

Zum ethischen Problem der Atomdiskussion

**Verlauf der Atomdiskussion in der Bundesrepublik Deutschland
und Versuch einer Darstellung der durch sie aufbrechenden
ethischen Probleme**

**Inaugural - Dissertation
zur Erlangung der Doktorwürde der
Philosophischen Fakultät**

**der
Albert - Ludwigs - Universität zu Freiburg im Breisgau**

vorgelegt von

**Ina Görlich
aus Bunzlau/ Schlesien**

Freiburg 1965



Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41543106_0052

Zum ethischen Problem der Atomdiskussion

**Verlauf der Atomdiskussion in der Bundesrepublik Deutschland
und Versuch einer Darstellung der durch sie aufbrechenden
ethischen Probleme**

**Inaugural - Dissertation
zur Erlangung der Doktorwürde der
Philosophischen Fakultät**

**der
Albert - Ludwigs - Universität zu Freiburg im Breisgau**

vorgelegt von

**Ina Görlich
aus Bunzlau/ Schlesien**

Freiburg 1965



Referent: Prof. Dr. D. Oberndörfer

Korreferent: Prof. Dr. C. von Dietze

Dekan: Prof. Dr. B. Boesch

Tag der mündlichen Prüfung: 22. 12. 1965

MEINEN ELTERN

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Motto	6
Vorwort:	
Methodische Fragen	7
Einführung:	
1. Die militärische Entwicklung in den USA und in der UdSSR seit 1945	10
2. Die Lage im geteilten Deutschland und die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik	17
I. Dokumentation:	
Darstellung und Verlauf der sogenannten "Atomdebatten" der Jahre 1957 und 1958	25
1. Vorspiel	25
2. Die Debatte vom 10. Mai 1957	36
3. Die Debatte vom 23. Januar 1958	51
4. Die Debatte vom 20. - 25. März 1958	66
5. Exkurs: Die Anti-Atomtod-Kampagne	86

	Seite
II. Die Ethische Frage	99
A. Das Historische Problem	
Die Erklärung der achtzehn Atomwissen- schaftler vom 12. April 1957	99
B. Das Grundsätzliche Problem	133
1. Der Protestantismus	133
a) Verlautbarungen aus der Ökumene und die Erklärungen amtlicher Organe der EKD und der Landeskirchen ⁺⁾	133
b) Exkurs: Der Begriff der Komplen- tarität	155
c) Die Position Helmut Gollwitzers	164
d) Die Vertreter einer Theologie von der Königsherrschaft Christi: Die Bruderschaften	186
e) Exkurs: Die Diskussionsbeiträge von Heinrich Vogel und Martin Niemöller	228
f) Die Vertreter einer Theologie der Ordnungen	237
g) Exkurs: Die Diskussionsbeiträge von Hans Asmussen und Walter Künneth	270

⁺⁾ Vgl. Evangelische Stimmen zur Atomfrage, 1958,
Inhaltsübersicht.

	Seite
Schluß	282
Anhang: Auswahl wichtigen Quellenmaterials	287
I. Dokument	287
II. Dokument	288
III. Dokument	290
IV. Dokument	290
V. Dokument	295
VI. Dokument	297
Wichtige Abkürzungen	302
Literatur:	303
1. Tageszeitungen, Wochenzeitungen, Zeitschriften, Informationsblätter und Schriftenreihen	303
2. Lexika, Handbücher, Jahrbücher	309
3. Direkt zitierte Quellen, Materialien, Literatur	311
4. Direkt zitierte briefliche Mitteilungen	328
5. Für den Rahmen der Arbeit erforderliche, nicht direkt zitierte Literatur	328

Motto:

Wir befinden uns in einer Übergangszeit, in der der große Krieg schon schlechthin verwerflich, aber doch noch möglich ist. So ist auch unser ethisches Verhalten zur Möglichkeit des Krieges ein unsicheres Verhalten des Übergangs. Einige versuchen heute schon streng nach derjenigen Ethik zu leben, die eines Tages wird die herrschende sein müssen, und sie verweigern jede Vorbereitung auf den möglichen Krieg. Andere, die die Forderung nicht minder deutlich verstehen, versuchen, inmitten der heute noch geltenden Normen für die Festigung einer rechtlichen und freiheitlichen Friedensordnung zu wirken. Beide tun etwas Notwendiges, das zu tun sich jemand bereit finden muß.

Am klarsten sollte das Bewußtsein von der Notwendigkeit, den Frieden zu sichern, bei den Menschen entwickelt sein, die den technischen Waffen am nächsten stehen: den Wissenschaftlern, deren Forschung sie ermöglicht, den Soldaten, die sie anwenden müßten, und den Politikern, die noch am ehesten Mittel haben, ihre Anwendung zu vermeiden. Aber jeder dieser Stände bleibt noch hinter seiner Aufgabe zurück. Der Wissenschaftler zieht sich oft in den elfenbeinernen Turm der reinen Forschung zurück, und wo er sich den politischen Folgen seiner eigenen Forschung stellt, muß er erst lernen, die verwickelte politische Realität gedanklich zu durchdringen. Dem Soldaten fällt es heute noch schwer, an eine so tiefgreifende Verwandlung der Welt zu glauben. Der Politiker schließlich ist gezwungen, mehrere Eisen im Feuer zu haben; er vertritt, so ernst es ihm mit dem Frieden sein mag, stets zugleich das Interesse seiner Partei, seiner Nation. Alle brauchen den Antrieb und den Rückhalt oder Widerstand eines Bewußtseins aller Menschen, auch derer, die unter ihrem Kommando stehen oder ihnen ihre politische Stimme geben; des klar herausgearbeiteten und zu Opfern bereiten Bewußtseins, daß Krieg nicht mehr sein darf.

Carl Friedrich von Weizsäcker: "Bedingungen des Friedens".
Politische Studien, H. 152, Nov./Dez. 1963, S. 645 ff

Vorwort

Methodische Fragen

Wenn man die umfangreiche Bibliographie in Helmut Schmidts Buch: "Verteidigung oder Vergeltung" überliest, die fast ausschließlich Titel anführt, die Probleme der Strategie, der Abschreckung und der Verteidigung im Atomzeitalter behandeln, so findet man unter der wirklich imponierenden Anzahl angelsächsischer Autoren eine verschwindend geringe Zahl deutscher Verfasser, von denen der breiten Öffentlichkeit wiederum nur einer bekannt sein dürfte, nämlich C.F. von Weizsäcker und seine kleine Schrift: "Mit der Bombe leben", erschienen 1958. Die übrigen angeführten deutschen Veröffentlichungen liegen später als 1958, wie ja auch Helmut Schmidts Buch selbst. Der Aufsatz Speidels vom Juli 1958 in der Revue Militaire Générale¹⁾ und eine Veröffentlichung von Expertenvorträgen über "Europäische Sicherheit", herausgegeben von der Europa-Union, ebenfalls 1958, dürfen sicher zum Zeitpunkt ihres Erscheinens als der deutschen Öffentlichkeit unbekannt vorausgesetzt werden²⁾. Für die Mitwirkung an den strategischen Entscheidungen der NATO sei die Bundesrepublik schlecht vorbereitet, meint Helmut Schmidt noch 1960. Sie verfüge über keine ausreichenden Organe zur Analyse strategischer Probleme. Das Studium, die Kritik und die Mitarbeit an militärpolitischen Projekten der NATO sei derzeitig fast ausschließlich dem Verteidigungsministerium vorbehalten. Sie gehe dort naturgemäß hinter verschlossenen Türen vor sich. Es gebe in der Bundesrepublik keine öffentliche Diskussion der zugrunde liegenden Probleme, es gebe nicht einmal eine über das Verteidigungsministerium wesentlich hinausgehende geheime Diskussion, es gebe keinerlei Einrichtungen, die zur wissenschaftlichen Durchdringung befähigt wären. Es sei notwendig, auch in der Bundesrepublik wissenschaftliche Einrichtungen zur Erforschung der verwickelten strategischen und politischen Problematik zu schaffen³⁾. Diese unzureichende theoretische Durchleuchtung militärpolitischer Fragen kennzeichnet die Lage der Bundesrepublik in

1) Die Rolle der deutschen Streitkräfte in der Verteidigung der freien Welt, S. 187 ff.

2) Zwei weitere Veröffentlichungen erschienen 1962 und 1963: Der Stand der europäischen Sicherheit, Frankfurt/Berlin 1962; Eine Strategie für Europa, Frankfurt/Berlin 1963.

3) H.Schmidt, Verteidigung oder Vergeltung, S. 203.

auffallender Weise in den Jahren nach 1954, als erst die Wiederbewaffnung und dann die Ausrüstung der entstehenden Bundeswehr mit taktischen Atomwaffen wie eine Lawine über Regierung und Öffentlichkeit hereinbrachen und die psychologische Voraussetzung für die sogenannte Atomdiskussion schufen, die ihren Höhepunkt in den Jahren 1957 und 1958 erlebte.

Die Aufgabe dieser Arbeit soll es sein, bestimmte ethische Themenkreise zu untersuchen, mit denen sich Politiker, Theologen, Philosophen und Naturwissenschaftler in diesen Jahren beschäftigten. Das ist aber nur möglich bei genauer Kenntnis der politischen Gegebenheiten in der Bundesrepublik in dieser Zeit. Der erste Teil der Arbeit besteht daher aus einer chronologischen Darstellung derjenigen politischen und militärischen Ereignisse, die überhaupt die ethische Diskussion auslösten und auf deren Hintergrund die einzelnen ethischen Beiträge gesehen werden müssen. Dabei wird deutlich werden, wie die ungenügende Kenntnis der strategischen Verhältnisse zu erstaunlichen politischen und ethischen Fehlurteilen führte, andererseits aber auch zu einer echten Durchdringung dieser Probleme anregte.

Der Unterschied zwischen "damals" und "heute" wird z.B. an Helmut Schmidt deutlich, der in der großen Bundestagsdebatte des Frühjahrs 1958 eine der unsachlichsten Reden hielt, jedoch zwei Jahre später, als sich die politische und die ethische Entrüstung etwas gelegt hatten, der Erkenntnis Ausdruck gab, daß alle wehrpolitischen und militärischen Diskussionen in den letzten Jahren - soweit die öffentliche Diskussion in der Bundesrepublik in Frage komme - unter der Hypothek einer übermäßigen Belastung durch Gefühlsmomente, durch Assoziationen und durch Vorurteile geführt worden seien. Infolgedessen seien die Ergebnisse nüchternen Durchdenkens sehr häufig nicht ausreichend zum Ausdruck gekommen. Das gelte auch für die beiden großen Parteien, die im Bundestag über Wehrpolitik debattiert hätten. Immerhin werde man heute sagen müssen, daß für einen großen Teil der Beteiligten der Konflikt über die Ausstattung der Bundeswehr mit nuklearen Waffen nicht ein Konflikt zwischen Vernunft und Unvernunft sei, sondern ein Konflikt 'innerhalb der Vernunft'¹⁾. Den Vorwurf der Unvernunft machten sich aber die großen Fraktionen in den drei entscheidenden Debatten der Jahre 1957 und

1) H. Schmidt, a.a.O., S. 11 f.

1958, welche die Höhepunkte und mit der Bundestagsdebatte vom 20. bis 25. 3. 1958 zugleich den Abschluß der politischen Atomdiskussion bildeten.

Vom Ablauf der politischen Diskussion mit ihren Schwerpunkten bei den drei bereits erwähnten "Atomdebatten" bestimmt sich der zeitliche Rahmen dieser Arbeit.

Die Atomdiskussion war und ist eine weltweite Diskussion. Bei größter Verschiedenheit der politischen Voraussetzungen in den einzelnen Ländern ist die ethische Problematik überall die gleiche. Ob z.B. die nuklearen Waffen als Massenvernichtungsmittel in theologischer Sicht Sünde sind oder nicht, eine These, wie sie bei uns in der Bundesrepublik von Helmut Gollwitzer, Ernst Wolf, Martin Niemöller und Heinrich Vogel vertreten wird, das ist zweifelsohne ein Problem, das keine Ländergrenzen kennt.

So liegt in den USA, Großbritannien, Japan, der Schweiz, Holland und den skandinavischen Staaten eine gleich umfangreiche Literatur zu diesem Problem vor wie in der Bundesrepublik.

Aus der Unteilbarkeit des ethischen Problems ergibt sich jedoch die Berechtigung zu einer Eingrenzung auf die Bundesrepublik. Wenn auch gefärbt durch die politische Sondersituation, so können die ethischen Probleme in der Bundesrepublik zugleich exemplarisch für andere Länder sein.

Als Quellenmaterial dient folglich vorwiegend Literatur deutscher Herkunft. Unter der deutschsprachigen Literatur wurden die Veröffentlichungen ausgewählt, die im direkten Zusammenhang mit der politischen Diskussion erschienen. Darüber hinaus wurden diejenigen Schriften herangezogen, die den Standpunkt der betreffenden Verfasser ausweiten, näher erklären oder ergänzen.

Unter den theologischen Autoren, besonders unter den protestantischen, wird die Meinung derer herausgestellt, die für eine ganze Gruppe sprechen, wie z.B. Helmut Gollwitzer, Ernst Wolf und Helmut Thielicke.

In dieser Form kann die Arbeit nichts weiter sein als der Versuch, inmitten der Atomdiskussion, die ja noch längst nicht beendet ist, in der Unzahl der Beiträge die ethischen Hauptprobleme gleichsam zu "orten", sie in ihrer engen Verknüpfung mit den politischen Erwägungen zu umreißen und nebeneinander zu stellen.

Einführung

1. Die militärische Entwicklung in den USA und in der UdSSR seit 1945.

Zu der NATO-Ministerkonferenz, die jedes Jahr Mitte Dezember in Paris stattfindet, konnte man am 19.11.1963 in einem Kommentar von Georg Schröder in der "Welt" lesen: "Ganz gewiß ist diese in ihren Formen einmalige nordatlantische Allianz weiter hinter den hochgespannten Hoffnungen zurückgeblieben, die manche vor Jahren an sie geknüpft haben.

Weder integrierte Versorgung noch gemeinsame Waffenproduktion und Ausrüstung der Truppe sind erreicht worden.

Zu den Tatsachen von heute gehört die resignierte Erkenntnis Washingtons, daß eine wesentliche Verstärkung der konventionellen Streitkräfte in Europa nicht zu erreichen ist.

Großbritannien hat unüberhörbar nein gesagt. An General de Gaulle sind alle Worte Kennedys abgeprallt wie an einer Wand. Die Bundesrepublik wird mit zwölf Divisionen und den dringend benötigten territorialen Verbänden an der äußersten Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angelangt sein.

So ist die Wirklichkeit. Nach ihr muß sich die gemeinsame Strategie der NATO richten. Sechszwanzig konventionelle Divisionen auch von höchster Leistungsfähigkeit können in der Mitte Europas keinen massierten Angriff abschlagen. Weil dem so ist, werden atomare Gefechtsfeldwaffen nicht etwa abgezogen, sondern im Gegenteil von den Amerikanern verstärkt der Truppe zur Verfügung gestellt werden.

Daher konnte der Bundesverteidigungsminister vor wenigen Tagen feststellen, daß die Abschreckung nach wie vor die Grundlage der NATO-Strategie bildet. Sie muß so lückenlos sein, daß der mögliche Gegner seine eigenen Opfer nicht einkalkulieren kann.

Zweite vereinbarte These der allgemeinen Strategie ist die Vorwärtsverteidigung. Damit ist unserem verständlichen Drängen Rechnung getragen worden, nicht große Teile der Bundesrepublik von vornherein als abzuschreibendes Gefechtsfeld in die Planung einzusetzen."

In dieser sehr kurzen Zusammenfassung werden fast alle Probleme angeschnitten, die seit vielen Jahren die Gemüter heftig erregen und zu einem Hin und Her der Ansichten über Stärke und Schwäche der NATO geführt haben.

Der Mangel an integrierter Versorgung und gemeinsamer Waffenproduktion, die nicht ausreichende konventionelle Bewaffnung Westeuropas, das Problem der Stationierung von Mittelstreckenraketen und taktischer Atommunition, die Frage der geeigneten Abschreckung und der Vorwärtsstrategie sind nicht nur die umstrittenen Themen des Augenblicks. Sie sind besonders aktuell, seit der amerikanische Verteidigungsminister McNamara auf der Pariser Atlantikkonferenz im Dezember 1962 die Schild- und Schwert-Theorie, wie sie in den fünfziger Jahren in den USA entwickelt worden war, umkehrte, indem er sagte, heute seien die atomaren Waffen nur noch der Schild des Bündnisses, während das Schwert von den konventionellen Truppen verkörpert werde¹⁾.

Diese aufsehenerregende Äußerung McNamaras war Ausdruck der sich seit dem Regierungsantritt Kennedys wandelnden amerikanischen Strategie. Wie unsicher und allmählich die neue Strategie ins Leben trat, beweisen die seither ständig schwankenden Äußerungen Washingtons, in denen manchmal vom rein konventionell zu führenden Krieg in Europa die Rede ist, dann von der Kombination einer konventionellen mit einer taktisch-atomaren Verteidigung, wobei die Zeitspanne vom Einsatz atomarer Sprengkörper zwischen "sofort" und einer sogenannten atomaren Pause von 30 über 60 bis zu 90 Tagen schwankt.

Es steht inzwischen fest, daß seit dem Ende der Regierung Eisenhower die Strategie der absoluten Abschreckung und der massiven Vergeltung offiziell vorüber ist, nachdem ihre Wirksamkeit bereits seit dem Jahr 1954 von angelsächsischen militärischen Sachverständigen aufs heftigste bezweifelt worden war.

Einsamer Vertreter dieser als veraltet geltenden Strategie dürfte innerhalb des atlantischen Bündnisses nur noch General de Gaulle sein. Frankreich beharre auf seinem Standpunkt, daß im Falle einer sowjetischen Aggression der Grundsatz der totalen nuklearen Vergeltung, wie er bis zur Ablösung Eisenhowers durch Kennedy die offiziell gültige Doktrin war, angewendet werden solle, betont Kurt Becker in seinem "Bürden der Allianz"²⁾ überschriebenen Kommentar zur NATO-Tagung im Dezember 1963³⁾.

1) Die "Welt" vom 15.12.1962

2) Die "Welt" vom 16.12.1963

3) Vgl. auch die "Welt" vom 15.8.1964. Lothar Ruehl berichtet dort in einem Kommentar über die Ausführungen des Generals Ailleret

Als Ergebnis der Diskussionen der vorangegangenen Jahre und der Ministerratssitzung der NATO vom Dezember 1963 gilt vielmehr, daß die gemeinsame Strategie des Bündnisses (außer derjenigen Frankreichs) die der abgestuften Abschreckung ist, d.h. die Fähigkeit, auf einen sowjetischen Angriff in allen Formen der Kriegführung zu reagieren - von der konventionellen Verteidigung bis zum massiven Vergeltungsschlag mit den strategischen Nuklearwaffen der USA. Nach wie vor haben in dieser Doktrin die taktischen Nuklearwaffen des Westens die Aufgabe, den Mangel an konventionellen Truppen auszugleichen. Nicht einheitlich ist jedoch bisher die Auffassung darüber, zu welchem Zeitpunkt die taktischen Atomsprengkörper eingesetzt werden sollen.

Obgleich die abgestufte Abschreckung, die immer in Verbindung mit dem begrenzten Krieg genannt wird, erst seit Beginn der Regierung Kennedy offizielle "Lehre" der NATO geworden ist, hat sie ihre Wurzeln bereits in den fünfziger Jahren, ja man kann sagen, daß sie zusammen mit dem "New Look" Eisenhowers und dem Schlagwort von der "massiven Vergeltung", das John Foster Dulles im Frühjahr 1954 prägte¹⁾, ins Leben trat und bei Autoren wie Lidell-Hart, Kennan, Brodie, Sir John Slessor, Sir Anthony Buzzard, Vannevar Bush, William Kaufmann und Hanson Baldwin ausführlich dargestellt wurde²⁾.

In Deutschland kann man die erste - Resonanz findende - Kritik an der Konzeption der massiven Vergeltung bei C.F. von Weizsäcker in seiner im Jahre 1958 erschienenen kleinen Schrift "Mit der Bombe leben" feststellen.

Beide Theorien - die der totalen und die der abgestuften Abschreckung - führen somit unmittelbar in die Nachkriegsgeschichte, die

betr. De Gaulles strategische Doktrin für die Verteidigung Europas, die in der Verurteilung der abgestuften Abschreckung für Europa gipfelt und die Theorie vom sofortigen massiven Gegenschlag aufrechterhält.

- 1) In einer Rede am 12.1.1954 sagte Außenminister John Foster Dulles: "Local defences must be reinforced by the further deterrent of massive retaliatory power". Zitiert bei Richard Nürnberger, Die internationalen Beziehungen und die atomare Rüstung, in: Atomzeitalter, Krieg und Frieden, hrsg. von Günter Howe; Originalzitat in: Dep. of State Bulletin, 25.1.54 S. 107/108 = Documents on int. Aff. 1954, S. 265-267, Rede vor dem Council on Foreign Relations.
- 2) Vgl. H. Schmidt, Verteidigung oder Vergeltung, S. 28 f. Die in der Bundesrepublik besonders bekannten Bücher Kissingers enthalten bereits Ergebnisse früherer Veröffentlichungen in den USA und in Großbritannien. Vgl. Literatur.

mit den Atompilzen über Hiroshima und Nagasaki am 6. und am 9. August 1945 ihren dramatischen Anfang nahm.

Die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik mit konventionellen Waffen, die damit verbundene heftige innenpolitische Fehde um die Wehrgesetzgebung und der sofort darauf einsetzende Streit um die atomare Ausrüstung der Bundeswehr vollziehen sich im Schatten der noch gültigen Lehre von der massiven Vergeltung und der bereits erste Gestalt annehmenden Lehre von der abgestuften Abschreckung und vom begrenzten Krieg.

In Verbindung mit der Gründung der NATO und dem Schock des Korea-Kriegs entstand die Schild- und Schwert-Theorie, wobei das Schwert die nuklear-strategischen Vergeltungswaffen der USA bildeten, zu dem sich später das im Vergleich zu den USA geringe Vergeltungspotential Großbritanniens gesellte. Der "Schild" der Boden-, Luft- und Seestreitkräfte entlang dem Eisernen Vorhang und das Stützpunktsystem der USA sollten jede sowjetische Aggression ausschließen. Falls eine solche doch erfolgen sollte, wollte man sofort mit dem nuklearen Vergeltungsschlag antworten, ganz gleich, welcher Art die sowjetische Aggression sein würde. Damit tauchten das Prinzip der absoluten Abschreckung und der massiven Vergeltung in der strategischen Konzeption auf. Man ging sogar so weit, die konventionellen Truppen der NATO nur noch als "Warn-" oder "Stolperdraht" zu bezeichnen, der lediglich die erste Abwehrmaßnahme bilden sollte, bis der atomare Vergeltungsschlag wirksam würde. Die Strategie war "global gesehen eine offensive Strategie, wenn sie auch in Europa durch die politischen und geographischen Gegebenheiten auf ein rein defensives Verhalten festgelegt war. Daher bestand zwischen der Politik der Festigkeit und der Strategie, auf die sie sich stützte, ein innerer Widerspruch: die Abschreckungsstrategie war nur wirksam durch ihre offensiven Möglichkeiten und die Politik der Festigkeit nur sinnvoll, solange von diesen Möglichkeiten kein Gebrauch gemacht wurde"¹⁾.

Bereits relativ früh, spätestens aber mit dem Eintreten des atomaren Gleichgewichts zwischen den USA und der UdSSR lag die Inkonsequenz dieser Konzeption auf der Hand.

Daß man auf der NATO-Konferenz im Frühjahr 1952 96 Divisionen für die Sicherheit Westeuropas in Aussicht nahm, erscheint heute uto-

1) Cornides, Die Westmächte und Deutschland, 2. überarbeitete Auflage 1961, S. 280 f.

pisch, bezeugte aber bereits damals das Streben nach Verstärkung des konventionellen Potentials der NATO und demonstrierte klar die Fragwürdigkeit der Theorie des Stolperdrahts, besonders für das Gebiet der Bundesrepublik.

Die NATO-Konferenz von 1952 brachte daher auch zum Ausdruck, daß die massive Vergeltung nicht in allen Fällen sowjetischer Aggression sinnvoll erscheine, daß aber mit der Einschränkung der massiven Vergeltung zugleich die Wirksamkeit der absoluten Abschreckung eingeschränkt würde.

Jedoch die Unmöglichkeit der Erstellung ausreichender konventioneller Truppen, zumal Großbritannien seinen Schwerpunkt auf die atomare Rüstung legte und von den geplanten zwölf Divisionen der Bundesrepublik noch nicht eine existierte, führte auf der NATO-Ratsitzung im Jahre 1954 zu dem Beschluß, durch Verwendung taktischer Nuklearwaffen die zahlenmäßige Überlegenheit der Sowjets auf konventionellem Gebiet auszugleichen.

Der von Eisenhower im Jahre 1953 eingeführte "New Look", der 1954 formuliert wurde und 1956 im Radford-Plan seinen Ausdruck fand, verminderte die Stärke amerikanischer Truppen um 800 000 Mann und förderte die Waffenentwicklung für die massive Vergeltung. Gleichzeitig setzte sich jedoch General Maxwell D. Taylor, der seit 1956 Chef des Stabes des amerikanischen Heeres war, dafür ein, daß die USA sich in gleicher Weise für atomare und begrenzte Kriegführung vorbereiten müßten.

Der Radford-Plan führte zu den heftigen Auseinandersetzungen über die beste Strategie des westlichen Bündnisses, die seither immer noch anhalten, in der strategischen "Übergangsphase" bis zum Regierungsantritt Kennedys aber besonders lebhaft waren.

Cornides spricht in dem Zusammenhang von einer "Übergangsphase, in der die bisherige Strategie gleichsam auf Abbruch ihre Geltung behielt, während ein Prozeß des militärischen Umdenkens und der Umrüstung einsetzte"¹⁾.

Die Deutschlandpolitik wie die gesamte Europapolitik der Westmächte sei in diesen dialektischen Prozeß einbezogen gewesen und abhängig von den Widersprüchen, die sich daraus ergaben²⁾.

Kissinger³⁾ legt dar, daß das Verhältnis zwischen den USA und der

1) Cornides, a.a.O., S. 285 f.

2) Ebd., S. 279

3) H.Kissinger, Die Entscheidung drängt, S. 25 f.

Sowjetunion sich seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges in vier Phasen abzeichne: das erste Stadium umgrenze die Zeit, in der die Vereinigten Staaten über das Atommonopol verfügt hätten und auch Monopolisten auf dem Gebiet der Träger für die A-Bomben gewesen wären. Im zweiten Stadium sei das Waffenmonopol zwar beendet, die USA seien aber noch immer überlegene Herren über die Träger dieser Waffen gewesen.

In der nachfolgenden dritten Phase habe die Sowjetunion mit der Entwicklung eines guten Trägersystems begonnen. Der Zahlenvorsprung der USA sei aber noch erheblich gewesen. Die vierte Periode sei endlich der Zeitpunkt des "Gleichziehens" beider Seiten, mit einem Vorsprung der Sowjetunion auf einigen Gebieten, so z.B. dem der Raketenentwicklung, zu der sich die UdSSR bereits 1954 in großem Maßstab entschlossen habe, während die USA unter der Präsidentschaft Eisenhowers damals noch primär an einer Weiterentwicklung ihrer strategischen Fernbomberflotte festgehalten hätten.

Erschwerend für eine schnelle Wandlung der Strategie der massiven Vergeltung kam hinzu, daß bis 1954 fast alle Forschungen auf nuklearem Gebiet sich auf physikalische und chemische Fragen beschränkten¹⁾.

Die politische, wirtschaftliche, ethische und soziale Problematik des Atomzeitalters stand noch völlig im Hintergrund, und Stichproben bei britischen und amerikanischen Zeitungen führen zu dem Ergebnis, "daß die populäre Presse in dem Jahrzehnt zwischen 1947 und 1957 nur den Bruchteil eines Hundertstels ihres Text- und Bildteiles den Problemen des Atomzeitalters widmete und sich dabei auf die sensationellen Nachrichten über die Gefahren der entfesselten Atomenergie beschränkte. So vollzog sich der Durchbruch der neuen Waffengeneration für die breitere Öffentlichkeit unsichtbar und unverständlich als anonymes technisches Geschehen"²⁾.

Die moralischen Proteste und Aufrufe der Atomforscher wurden überschattet von dem politischen und militärischen Wettkampf zwischen den USA und der UdSSR, der sich in jenen Jahren in steigendem Maße vollzog.

Das Niels Bohr-Memorandum an Präsident Roosevelt vom Juli 1944 und der Franck-Report an den Kriegsminister vom Juni 1945 fielen noch

1) Für das Folgende: Die Internationale Politik, S. 9 f.

2) Ebenda.

in die Zeit des großen Krieges, wurden dann durch den Abwurf der beiden amerikanischen Atombomben faktisch außer Kraft gesetzt und gehören heute bereits der Geschichte an¹⁾.

Das schreckliche Geschehen, das sich in Sekundenschnelle am 6. und 9. August 1945 in Hiroshima und Nagasaki vollzogen und zu einer intensiven moralischen Friedensbewegung geführt hatte, war der westlichen Welt zwar bekannt, aber Hiroshima und Nagasaki lagen fern, und die sowjetische Gefahr, verbunden mit den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Problemen, waren die Nöte, die sich unmittelbar und riesengroß vor den Staaten des Westens aufrichteten. Und durch immer drohendere und wirksamere Waffen wollte man ja gerade vermeiden, daß sich derartiges je wiederholte.

Es ist beispielsweise sehr interessant, was Matsumoto, ein amerikanischer Arzt japanischer Herkunft, der Mitglied der ABCC²⁾ war, in seinem "Patient Rapport in a Foreign Country" berichtet; daß es die Kommission nämlich ablehnte, auch nur "einen Anschein von Sühne in irgendeiner Weise anzudeuten"³⁾, indem sie z.B. die Atombombenopfer untersuchen ließ. Die offiziellen amerikanischen Stellen seien von Anfang an darauf bedacht gewesen, jede Sonderstellung der atombombardierte Städte und jedes Recht der atomgeschädigten Personen auf eine Sonderbehandlung zu leugnen. Sie befürchteten nämlich, das könnte dann schon als indirekte Anerkennung des Sondercharakters der Atombombe verstanden werden⁴⁾.

So blieb es etwa bis Mitte der fünfziger Jahre der Sowjetunion vorbehalten, außerhalb Rußlands die Fackel der moralischen Entrüstung zu schwingen und seit 1948 über die kommunistisch gelenkte Weltfriedensbewegung auf die Verwerflichkeit der Massenvernichtungs-

-
- 1) Beide Aufrufe sind im Wortlaut nachzulesen bei R. Jungk, Heller als tausend Sonnen; das Schicksal der Atomforscher, S. 382 ff.
 - 2) Robert Trumbull, Wie sie überlebten, 1958, S. 140: "Finanziert von der amerikanischen Atomenergiekommission ist die ABCC eine nicht der Regierung unterstehende Gruppe von Spezialisten, die von der amerikanischen Akademie der Wissenschaften und dem amerikanischen nationalen Forschungsrat ausgewählt werden. Sie arbeitet gemeinsam mit dem japanischen Nationalinstitut für Gesundheitswesen und dem Wohlfahrtsministerium und hat zwei japanische stellvertretende Direktoren, ein japanisches beratendes Komitee und Japaner im medizinischen Stab, außerdem etwa 700 japanische Angestellte".
 - 3) "No air of atonement is suggested in any way by the commission". Robert Jungk, Strahlen aus der Asche, S. 285.
 - 4) R. Jungk, ebd.

mittel hinzuweisen. Innerhalb der Sowjetunion wurden die Gefahren der atomaren Waffen dagegen bagatellisiert und diese selbst als "nicht kriegsentscheidend" hingestellt. Erst als die UdSSR selbst die Wasserstoffbombe besaß, erfuhr das russische Volk im Jahre 1954 von der neuen Qualität der nuklearen Waffengeneration¹⁾.

2. Die Lage im geteilten Deutschland und die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik.

Als das westliche Deutschland in Gestalt der Bundesrepublik im Jahre 1949 aus der politischen Anonymität heraustrat, erfuhr es sehr bald einen neuen Schock nach der gerade glimpflich überstandenen Berliner Blockade: am 25. Juni 1950 begann der Koreakrieg. Am 27. Juni 1950 ersuchte daher die Bundesregierung die drei Hohen Kommissare, "ihre Regierungen zu einer verbindlichen Sicherheitserklärung für die Bundesrepublik Deutschland zu veranlassen"²⁾.

Kurze Zeit darauf, in einem Interview mit der New York Times, nahm Bundeskanzler Dr. Adenauer zur deutschen Sicherheitsfrage Stellung und griff bei dieser Gelegenheit einen Gedanken aus der Bundestagsdebatte vom 16. Dezember 1949 auf, nämlich die Vorstellung "eines deutschen Kontingents im Rahmen der Armee einer europäischen Föderation"³⁾.

Damit setzte in der Bundesrepublik eine Entwicklung ein, die in der Ostzone Deutschlands schon viel früher begonnen hatte: Am 1. Juni 1945 war dort die Deutsche Volkspolizei gegründet und in der Deutschen Verwaltung des Innern zusammengefaßt worden.

Bald nach Beginn der Berliner Blockade am 3. Juli 1948 begann der Aufbau der kasernierten Volkspolizei.

Daß diese Polizeieinheiten ganz offen als Armee erkennbar waren, beweisen die Protestnoten der Westmächte vom 23. Mai 1949, in denen sie der Sowjetunion die Verletzung des Viermächteabkommens vom August 1945 vorwarfen⁴⁾.

Schon am 23. September 1950 nahm der deutsche Verteidigungsbeitrag

1) Vgl. Cornides, a.a.O., S. 282 f.

2) Bauer, Zehn Jahre nach Korea, S. 5.

3) ebd.

4) Vgl. auch Bauer, S. 8 ff.

auf der Außenministerkonferenz der USA, Großbritanniens und Frankreichs festere Umrisse an.

Im Kommuniqué des Nordatlantik-Rates vom 26.9.1950 über eine gemeinsame Streitmacht heißt es dazu:

"Der Rat war sich darüber einig, daß Deutschland in die Lage versetzt werden müßte, zum Aufbau der Verteidigung Westeuropas beizutragen, und, nachdem er zur Kenntnis genommen hatte, daß die Besatzungsmächte die Angelegenheit prüfen, forderte er den Verteidigungsausschuß auf, baldmöglichst Empfehlungen über die Art und Weise auszuarbeiten, durch welche Deutschland seinen Beitrag am zweckmäßigsten leisten könnte"¹⁾.

Einen Monat zuvor, am 7. August 1950, war die deutsche Delegation auf der Tagung der Beratenden Versammlung des Europarates mit dem gleichen Problem konfrontiert worden. Am 11. August forderte Churchill "die sofortige Schaffung einer vereinten europäischen Armee, die einer geeigneten europäischen demokratischen Kontrolle unterworfen ist und aufs engste mit den Vereinigten Staaten und Kanada zusammenarbeitet"²⁾. Die zu diesem Vorschlag gehaltenen Reden Heinrich von Brentanos und Carlo Schmidts kennzeichnen die in diesem frühen Stadium bereits auftretende gegensätzliche Haltung der SPD und der CDU zu Sicherheitsfragen.

Carlo Schmid lehnte solange eine Wiederbewaffnung der Bundesrepublik ab, bis nicht eine übernationale europäische Autorität bestehe, und wies auf die besondere Lage der Bundesrepublik hin, ein Hinweis, der immer wieder im Zusammenhang mit der Ablehnung der Verteidigungspolitik der Regierung durch die SPD auftauchen sollte und auch in der Erklärung der Göttinger 18 vom 12. April 1957 den entscheidenden Ausgangspunkt darstellt³⁾. Demgegenüber betonte von Brentano die Notwendigkeit, den westlichen Völkern die Freiheit zu erhalten, zu denen die Bundesrepublik als gefährdetster und exponiertester Vorposten gehöre. Sie könne ihre Sicherheit nur als integrierter Bestandteil der westlichen Völkergemeinschaft schützen. "Die Debatte zeigte, daß der Gedanke,

1) Kommuniqué des Nordatlantik-Rates vom 26.9.1950 über eine gemeinsame Streitmacht, in: Karl Bauer, a.a.O., S. 56, in: Der deutsche Verteidigungsbeitrag, Dokumente und Reden, hrsg. vom Auswärtigen Amt Bonn, 1954, S. 17 f.

2) Cornides, a.a.O., S. 230.

3) C.F. von Weizsäcker, Die Verantwortung der Wissenschaft im Atomzeitalter, S. 51.

Europa könnte als 'dritte Kraft' vermittelnd zwischen die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion treten, der im Vorjahr in Straßburg eine große Rolle spielte, völlig in den Hintergrund getreten war. 'Straßburg-Europa' war unter dem Druck der Koreakrise Bestandteil der Atlantischen Gemeinschaft geworden"¹⁾.

Am 24. Oktober 1950 erfolgte der Vorschlag des Pleven-Planes, mit dem sich die Bundesregierung unter der Bedingung einverstanden erklärte, daß die deutschen Truppen denen anderer Länder völlig gleichberechtigt sein sollten, eine Forderung, die besonders Kurt Schumacher immer wieder stellte.

Am 24. November 1950 erklärte sich die Beratende Versammlung des Europa-Rates in Straßburg mit diesem Plan einverstanden²⁾.

Am 9. Januar 1951 begann das Gespräch über einen deutschen Verteidigungsbeitrag auf dem Bonner Petersberg, und auf der Pariser Konferenz über eine Europaarmee wurde die gleichberechtigte Stellung deutscher Truppen erreicht. An diesen Pariser Verhandlungen über die EVG nahmen Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg, die Niederlande und die Bundesrepublik teil³⁾.

Das Endziel war die "Verschmelzung der Streitkräfte der Teilnehmerstaaten unter gemeinsamen supranationalen Organen, um die Verteidigung Europas zu sichern und den Frieden allen gegenwärtigen oder künftigen Bedrohungen gegenüber zu gewährleisten"⁴⁾.

Bei dem in Aussicht genommenen EVG-Vertrag, der am 27. Mai 1952

1) Cornides, S. 234.

2) Vgl. Regierungserklärung des französischen Ministerpräsidenten Pleven vor der Nationalversammlung am 24. Oktober 1950 über die Aufstellung einer Europa-Armee, in: Karl Bauer, a.a.O., S. 56 f.
in: Tönnies, Der Weg zu den Waffen, Köln, 1957, S. 90.
Vgl. ferner Regierungserklärung des Bundeskanzlers Dr. Adenauer vor dem Parlament am 8.11.1950 zum Pleven-Plan, in: Karl Bauer, a.a.O., S. 57 ff,
in: Der Deutsche Verteidigungsbeitrag, Auswärtiges Amt, a.a.O., S. 25 ff.
Vgl. ferner Die Beratende Versammlung des Europarates über die Schaffung einer europäischen Armee am 24.11.1950, in: Karl Bauer, a.a.O., S. 63,
in: Der Deutsche Verteidigungsbeitrag, Auswärtiges Amt, a.a.O., S. 40 ff.

3) Bericht der sechs Teilnehmerstaaten der Pariser Verhandlungen über die EVG an den Nordatlantikrat in Lissabon am 22.2.1952, in: Karl Bauer, a.a.O., S. 85 ff,
in: Der Deutsche Verteidigungsbeitrag, a.a.O., S. 52 ff.

4) ebd.

in Paris unterzeichnet wurde, handelte es sich um ein supra-nationales Gefüge, in dem die Europa-Idee der Nachkriegszeit nochmals stark hervortrat¹⁾.

Die Form der politischen und der militärischen Assozierung der Bundesrepublik stellte in diesem Vertrag jedoch eine so feste dar, daß das Problem der deutschen Einheit in die Gefahr geriet, sekundär gegenüber europäischer Integration und Verteidigung zu werden.

Die SPD wies auf dieses Faktum mit großer Schärfe hin, als der EVG-Vertrag in drei Lesungen, deren erste im Juli 1952 und deren letzte im März 1953 stattfand, verabschiedet wurde. Bis zur Ratifizierung des Vertrages waren alle Verhandlungsphasen von leidenschaftlichen parteipolitischen Kämpfen erfüllt²⁾.

In diese, innen- und außenpolitisch ohnehin sehr bewegte Zeit, fiel der Notenwechsel von März bis September 1952 zwischen den Westmächten und der Sowjetunion über eine Konferenz zur Erörterung eines deutschen Friedensvertrages, dem die Sowjetnote vom 10. März 1952 zugrundelag³⁾.

Die Frage, ob die Sowjetregierung damals wirklich bereit war, über eine Wiedervereinigung Deutschlands zu verhandeln, oder ob die Note eine allein propagandistische Zielrichtung verfolgte, wird wohl so lange ungeklärt bleiben, wie uns die wahren Absichten der Sowjetunion verborgen, d.h. ihre Archive verschlossen sind.

Für eine wohlberechnete Störung der EVG-Verhandlung spricht immerhin der Absendetermin der Note, denn zu diesem Zeitpunkt hatten die politischen Auseinandersetzungen um den EVG-Vertrag im Bundestag ihren ersten Höhepunkt erreicht.

Die Klage der SPD und der Föderalistischen Union am 31. Januar 1952 beim Bundesverfassungsgericht auf Feststellung der Unvereinbarkeit eines deutschen Verteidigungsbeitrages mit dem Grundge-

-
- 1) Vgl. Drei-Mächte-Erklärung anlässlich der Unterzeichnung des Deutschland-Vertrages und des EVG-Vertrages am 27.5.1952, in: Karl Bauer, a.a.O., S. 94 f, in: Der Deutsche Verteidigungsbeitrag, a.a.O., S. 74 f.
 - 2) Vgl. 1. Deutscher Bundestag, 221. und 222. Sitzung, 9./10.7.52, 1. Deutscher Bundestag, 240. - 243. Sitzung vom 3. - 6.12.1952, 1. Deutscher Bundestag, 255. Sitzung vom 19.3.1953.
 - 3) Heinrich von Siegler, Wiedervereinigung und Sicherheit Deutschlands, 4. Aufl. 1960, S.8, S. 32 ff und S. 192: Zwei Entschlüsse vom 3.4.1952 anlässlich des Notenwechsels der Westmächte mit der Sowjetunion über deren Friedensvertrag-Entwurf.

setz und die Ablehnung der Klage schuf die Voraussetzungen für die große Heftigkeit des politischen Meinungsstreites. Gleichzeitig verlief die "Ohne-uns-Aktion" gegen einen deutschen Wehrbeitrag und gegen die Verträge, die sich 1954 als Paulskirchen-Aktion und 1957/58 als Aktion "Kampf dem Atomtod" wiederholen sollte¹⁾.

Durch den Tod Stalins am 5. März 1953 entstand ein hartnäckiger Widerstand gegen die EVG in Frankreich, weil man auf den neuen und weicheren Kurs des Nachfolgers Stalins hoffte.

In den USA war Eisenhower Präsident geworden, der als neuer amerikanischer Regierungschef alle Chancen für eine Entspannung nutzen wollte.

Die Explosion der ersten sowjetischen Wasserstoffbombe im August des gleichen Jahres führte die Notwendigkeit einer Entspannung in aller Klarheit vor Augen.

Der Schock Korea war unter diesen Umständen in den Hintergrund getreten.

Im Stadium dieser Entspannungshoffnungen, die es Frankreich nicht mehr so drängend erscheinen ließen, zugunsten Europas auf einen Teil seiner Souveränität zu verzichten, scheiterte nach einem längeren Vorspiel die Europäische Verteidigungsgemeinschaft an der Ablehnung der Französischen Nationalversammlung am 30. August 1954²⁾.

Daraufhin trat Eden am 11. September 1954 seine Missionsreise in die Länder der EVG-Partner an mit dem Vorschlag, auf einer schnell einzuberufenden Konferenz die Bundesrepublik für souverän zu erklären und in die Westeuropäische Union und die NATO aufzunehmen.

Bereits am 28. September 1954 begannen die Neunmächte-Verhandlungen über diesen Vorschlag in London³⁾, am 23. Oktober wurde das neue Vertragswerk unterzeichnet, am 5. Mai 1955 wurden die Pariser Verträge ratifiziert und am 8. Mai 1955 wurde das Besatzungsstatut aufgehoben und die Bundesrepublik in die NATO und die WEU

1) Deutscher Bundestag, 19. Sitzung, 21. März 1958, 953 (C D).

2) Man vgl. hierzu: Siegler, S. 9: Berliner Vierer-Konferenz vom 25. Januar bis 18. Februar 1954, Wortlaut des Eden-Planes (I), der Vorschläge Molotows und der Westmächte, S. 36 ff.

3) Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg, Niederlande, Bundesrepublik, USA, Großbritannien, Kanada.

aufgenommen¹⁾.

Die sieben Monate, die zwischen Edens Vorschlägen und dem Eintritt der Bundesrepublik in die Atlantische Gemeinschaft lagen, waren abermals gekennzeichnet durch ein hartes innenpolitisches Ringen.

Obgleich die SPD seit 1948 allen Neutralisierungsplänen Deutschlands fernstand²⁾, lehnte sie den Eintritt der Bundesrepublik in die NATO und WEU gerade zu diesem Zeitpunkt ab, der beherrscht wurde von der sowjetischen Entspannungskampagne, welche seit der Berliner Viererkonferenz wieder im Gang war³⁾. Hauptargument der parlamentarischen Opposition war die Befürchtung, die sowjetische Haltung zu verhärten und die Wiedervereinigungspolitik dadurch zu erschweren. Für die Bundesregierung lagen Edens Vorschläge dagegen völlig auf der Linie ihrer außenpolitischen Konzeption und Rangfolge⁴⁾.

Da die Opposition die Methode nicht billigte, durch welche die Verwirklichung dieser Rangordnung erfolgen sollte, betrachtete sie die Initiative der Westmächte und der eigenen Regierung auf der Berliner Außenministerkonferenz und den Genfer Konferenzen des Jahres

- 1) H. von Siegler, Die Zusammenschlüsse und Pakte der Welt, 4. Aufl. 1960, S. 11.
- 2) "In einem Interview mit der italienischen Zeitung 'Il Tempo' nannte Kurt Schumacher schon im Herbst 1950 den Gedanken der Neutralisierung eine Waffe der sowjetischen Politik. Deutschland sei nicht fähig, die Neutralität politisch und militärisch zu verteidigen." Diese Haltung war "...einer der Faktoren der inneren Stabilität der Bundesrepublik und muß als Ergänzung der Polemik gegen die Methoden und das Tempo der Westintegration gesehen werden, um die Haltung der Opposition verständlich zu machen." Cornides, S. 261 f.
- 3) Vgl. H. von Siegler, Wiedervereinigung und Sicherheit Deutschlands, S. 38 ff.
- 4) Diese Rangfolge hat W. Grewe in wenigen Punkten zusammengestellt:
 - a) Wiedergewinnung der staatlichen Souveränität und der außenpolitischen Handlungsfreiheit
 - b) Sicherung der Bundesrepublik gegen die Gefahr einer kommunistischen Invasion von außen wie auch gegen die Gefahr eines von außen gelenkten kommunistischen Staatsstreichs
 - c) Wiederherstellung der Einheit Deutschlands
 - d) Politische und wirtschaftliche Integration Europas
 - e) Sicherung des Weltfriedens durch allgemeine kontrollierte AbrüstungWilhelm Grewe, Deutsche Außenpolitik der Nachkriegszeit, S. 13
Man kann wohl mit Recht feststellen, daß die Priorität von d vor c sich im Laufe der Regierung Adenauer erwiesen hat, zumal die Wiederherstellung der deutschen Einheit nicht gerade ein Herzensanliegen der Westalliierten war.

1955 als nicht ausreichend und die Schlüsse, die auf westlicher Seite aus den sowjetischen Angeboten gezogen wurden, als unzutreffend¹⁾. Besonders das Bestehen der Bundesregierung und der Westmächte auf dem Abhalten gesamtdeutscher freier Wahlen, die in allen Vorschlägen die erste Bedingung bildeten, wurde von der SPD als verhängnisvoll bezeichnet. Am 7. Oktober 1954 lehnte die SPD die Londoner Verträge, am 16. Oktober die Ablösung der EVG durch die NATO daher ab²⁾.

Als Konsequenz der Ablehnung erfolgte am 16. Januar der Vorschlag des Gewerkschaftsbundes, eine Volksbewegung zur Wiedervereinigung Deutschlands ins Leben zu rufen, um den Beitritt der Bundesrepublik in die NATO und in die WEU zu verhindern.

Dieser Vorschlag führte zu der großen Kundgebung in der Frankfurter Paulskirche am 29. Januar 1955³⁾, an der sich bekannte Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens beteiligten, u.a. Prof. Alfred Weber und Prof. Helmut Gollwitzer, der später als einer der führenden Atomwaffengegner in der BRD hervortreten sollte. Eine führende Rolle in dieser Aktion spielte ferner Gustav Heinemann. Dennoch setzte am 16.7.1955 - nachdem die Pariser Verträge in Kraft getreten waren - mit der Verabschiedung des Freiwilligen-Gesetzes⁴⁾ die Wehrgesetzgebung des Deutschen Bundestages ein.

Einen Monat zuvor war bereits das Amt Blank zum Bundesverteidigungsministerium umgebildet worden.

-
- 1) Vgl. H. von Siegler, a.a.O., S. 36 ff.
Entschließung des Bundestages zur Berliner Viererkonferenz am 23.2.1954, S. 194.
Direktive der Genfer Konferenz der Regierungschefs zur Lösung des deutschen Problems, 17. - 23.7.1955, S. 41.
Genfer Außenministerkonferenz und Eden-Plan (II) am 28.10.1955, S. 42 ff.
Vorschlag der Sowjetunion zur Bildung eines gesamtdeutschen Rates und sich anschließender Vorschlag der Westmächte, S.44 f.
Entschließung nach der Genfer Außenministerkonferenz, S. 196.
- 2) Vgl. Jahn, Für und gegen den Wehrbeitrag, Argumente und Dokumente, Köln 1957, S. 121.
"Die Welt" vom 19.10.1954.
"Welt der Arbeit" vom 15.10.1954.
- 3) Vgl. Karl Bauer, a.a.O., S. 121 f.
Vgl. Jahn, a.a.O., S. 195 ff.
- 4) Vgl. Karl Bauer, a.a.O., S. 128 ff.
Vgl. Deutschland im Wiederaufbau, Tätigkeitsbericht der Bundesregierung für das Jahr 1955, hrsg. vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, S. 2 ff.

Die Debatte um das Wehrpflichtgesetz¹⁾, ein Jahr später, am 7. Juli 1956, leitet hingegen schon in den Zeitraum über, in dem die atomare Ausrüstung der Bundeswehr ins Blickfeld rückte.

1) Vgl. 2. Deutscher Bundestag, 159. Sitzung, 6. und 7. Juli 1956.

I. Dokumentation: Darstellung und Verlauf der sogenannten "Atomdebatten" der Jahre 1957 und 1958

1. Vorspiel

Die Eingliederung der Bundesrepublik in die EVG und durch sie unmittelbar in die NATO sei eine politische Gewalttour gewesen¹⁾, bemerkt Wilhelm Cornides in seinem Buch "Die Weltmächte und Deutschland". Das Gleiche gilt in noch stärkerem Maße für das Problem der Ausrüstung der Bundeswehr mit atomaren Waffen. Dabei muß von vornherein klargestellt werden, daß es sich bei dieser Ausrüstung allein um die Trägerwaffen für Atomsprengkörper handelte (und bis zum heutigen Zeitpunkt handelt), Trägerwaffen, die ohne nukleare Sprengköpfe an die Bundesrepublik geliefert werden. Bei der Lagerung atomarer Waffen handelt es sich um die Trägerwaffen und die Munition, die jedoch bis heute ausschließlich unter amerikanischem Verschuß steht.

Als man am 1. Januar 1956 auf Grund des Freiwilligengesetzes mit der Aufstellung der Bundeswehr begann, war für diese militärischen Einheiten die Ausrüstung mit konventionellen Waffen vorgesehen.

Zum gleichen Zeitpunkt war zwischen den USA und der Sowjetunion das schon erwähnte atomare Gleichgewicht eingetreten, und es folgte in den USA und Großbritannien die Diskussion über die Umstellung der atlantischen Truppen auf Nuklearwaffen, die mit der Einschränkung der konventionellen Rüstung verbunden war²⁾.

Nachdem am 7. Juli 1956 die Bundesregierung nach heißen Redeschlachten das Wehrpflichtgesetz durchgefochten hatte³⁾, erschienen am 17. Juli in den großen amerikanischen Zeitungen Berichte über die Vorschläge Admiral Radfords zur Umrüstung und zur Verminderung der amerikanischen Streitkräfte um etwa 800 000 Mann⁴⁾. Gleich am 21. Juli wies die Bundesregierung ihre Botschafter in London,

1) S. 241

2) Vgl. hierzu: Die Internationale Politik, 1956/57, S. 381 ff: H.W.Kuhn, Die Bundesrepublik Deutschland in der NATO.

3) Vgl. 2. Deutscher Bundestag, 159. Sitzung, 6. u. 7. Juli 1956.

4) Karl Bauer, a.a.O., S.34

Washington, Paris und Rom an, auf die Nachteile der vorgesehenen Umrüstung aufmerksam zu machen, die zur Vernachlässigung der konventionellen Rüstung führe und durch die Herabsetzung der Truppenstärken die Gefahr eines Atomkrieges erhöhe¹⁾.

Durch den Prozeß der Umrüstung in den angelsächsischen Staaten geriet die Bundesregierung in eine recht verzwickte und peinliche Situation.

Seit der Diskussion um einen deutschen Wehrbeitrag, deren Beginn nun schon Jahre zurücklag, wurde die innenpolitische Atmosphäre zwischen den Parteien der Regierung und der Opposition von einer ständigen Spannung beherrscht, die in den großen Debatten um die Annahme der Bonner und Pariser Verträge von 1952 und 1954 ihren Höhepunkt erreichte.

Als Preis für den geforderten militärischen Beitrag der Bundesrepublik zur NATO hatte die Bundesregierung die Souveränität, die Nichtanerkennung des status quo der Teilung Deutschlands und ab 1956 die Verbindung des Abrüstungsproblems mit der Deutschlandfrage eingetauscht. Außerdem hatte sie ausdrücklich mit ihrem Beitritt zur WEU und zur NATO auf die Herstellung aller atomaren, chemischen und bakteriologischen Kriegsmittel verzichtet.

Der konventionelle Wehrbeitrag und die allgemeine Wehrpflicht waren gerade gegen die starken Bedenken der Opposition durchgekämpft worden, da "schien die bisherige Militärpolitik der Bundesregierung durch Nachrichten über die Rüstungspolitik der Westmächte in Frage gestellt zu werden. Die Vermutung lag nahe, daß diese deutschen Truppen gar nicht gebraucht würden, für deren Aufbau die gesetzlichen Grundlagen geschaffen worden waren"²⁾.

Die Opposition hatte schon immer behauptet, daß die Verteidigungskonzeption der Regierung vollständig veraltet sei. Nachdem die Bundesregierung diese Einwände entkräftet zu haben glaubte, indem sie darauf hinwies, daß die Erfordernisse der NATO und die Maßnahmen der deutschen Verteidigungspolitik einander deckten, sollte plötzlich in aller Eile im Rahmen der Notwendigkeiten des gleichen militärischen Bündnisses der Wehrbeitrag taktische Nuklearwaffen einbeziehen. Zu der Verwirrung der folgenden Zeitspanne trugen drei Komponenten bei, die schließlich die Atomdiskussion in der

1) Karl Bauer, a.a.O., S. 34.

2) "Die Internationale Politik 1956/57", S. 383

Bundesrepublik herbeiführten. Erstens waren die Regierung der BRD und die deutsche Öffentlichkeit in der Tat überrascht durch die veränderte militärische Lage zwischen den USA und der UdSSR.

Zweitens herrschte ein völliger Mangel an militärisch-strategischer Sachkenntnis in der Bundesrepublik.

Drittens verband sich die geplante atomare Ausrüstung der Bundeswehr mit der noch in Geltung befindlichen Doktrin von der absoluten Abschreckung und der massiven Vergeltung.

Diese sah den sofortigen Einsatz der nuklearen Vergeltungsmittel bei einem Angriff vor, ein Faktum, das für die Existenz der Bundesrepublik und Gesamtdeutschlands die schlimmsten Folgen haben können - zumal wenn sich die Schwache konventioneller Truppen als "Stolperdraht" mit dem sofortigen Einsatz taktischer und strategischer Kernwaffen verknüpfte¹⁾.

Zu der Verwirrung trug außerdem bei, daß "die Besprechungen der ranghöchsten Bundeswehroffiziere mit Verteidigungsminister Wilson und den amerikanischen Stabschefs im August 1956" ergaben, "daß im Rahmen der nordatlantischen Schwert- und Schild-Strategie die Funktion des Schildes immer mehr der Bundesrepublik und den übrigen kontinental-europäischen Verbündeten zufallen würde und diese der neuen Situation bald nicht mehr ohne 'taktische' Atomwaffen und ohne eine auf Automatisierung eingestellte Luftabwehr gewachsen sein würden"²⁾.

Bis sich die Regierung der Bundesrepublik in der neuartigen Situation zurecht fand, die nicht nur mit der Umstellung der NATO auf taktische Atomwaffen, sondern auch mit der eigenen - relativ ungefestigten - Position der BRD innerhalb der NATO und WEU zusammenhing, zeigte sich ihre Ratlosigkeit in recht widersprüchlichen Äußerungen und einem ziemlich unklaren Verhalten.

Während das Verteidigungsministerium noch Ende Juli alle Meldungen dementierte, die eine taktisch-atomare Bewaffnung für den mitteleuropäischen Raum vorsahen, hieß es bereits kurze Zeit später, auch für die Bundeswehr sei im Rahmen der NATO eine Ausrüstung mit taktischen Atom- und Raketenwaffen in Aussicht genommen.

1) Man erinnere sich z.B. an die Diskussion über das im Jahr 1957 in der Bundesrepublik abgehaltene Manöver "Schwarzer Löwe" während der Bundestagsdebatten vom 10. Mai 1957 und vom 22. und 25. März 1958.

2) Die Internationale Politik 1956/57, S. 384.

Daß man begann, sich mit den wandelnden militärischen Gegebenheiten vertraut zu machen, zeigt das "Dienstzeitgesetz", das vom Bundeskabinett am 27. September vorgelegt wurde¹⁾.

Es wurde am 5. Dezember 1956 gegen die Stimmen der SPD und zweier Abgeordneter der FDP angenommen und setzte die Dienstzeit auf 12 Monate fest. Der ursprüngliche Plan einer 18-monatigen Dienstzeit wurde mit der Begründung fallengelassen, die Verminderung der amerikanischen Truppenstärken mache eine Zustimmung des Bundestages zu einer so langen Wehrdienstzeit sehr unwahrscheinlich²⁾. Man kann also den Zeitpunkt, zu dem die Bundesregierung entschlossen war, sich der von den USA und Großbritannien ausgehenden neuen Strategie zu fügen, in den September 1956 legen. Seither begann sich die Atomdiskussion abzuzeichnen, die allerdings erst durch ein zweites entscheidendes Datum, nämlich den 4. April 1957 in den Blickpunkt der Öffentlichkeit trat, nämlich durch die Ausführungen von Bundeskanzler Adenauer über den Unterschied zwischen taktischen und strategischen Nuklearwaffen. Davon wird später noch die Rede sein.

Am 18. Oktober 1956 wurde Franz Josef Strauß anstelle von Theodor Blank zum Bundesminister für Verteidigung ernannt. Bereits am Tage zuvor hatte er in London erklärt, der Verzicht der Bundesrepublik auf die Produktion von ABC-Waffen bleibe gültig. "Die Frage, ob den deutschen Streitkräften Atomwaffen aus der Produktion anderer Staaten des Atlantikpaktcs zur Verfügung gestellt würden, bliebe davon unberührt"³⁾.

Vom 11. bis 13. Oktober hatte die Herbsttagung der WEU in Straßburg stattgefunden, deren Mitglied die Bundesrepublik seit Mai 1955 war; auf ihr wurde ebenfalls zu den Problemen der Umrüstung Stellung genommen⁴⁾.

Der Delegierte Fens betonte, daß die militärischen Probleme der NATO auch die militärischen Probleme der WEU seien, man könne die WEU als europäischen Kern der NATO ansehen. Die Mitgliedstaaten seien jedoch durch die Frage der Umrüstung in große Verwirrung geraten, da die verschiedensten Meinungsströmungen zu dieser Frage

1) Vgl. Tönnies, a.a.O., S. 242 ff.

2) Karl Bauer, a.a.O., S. 23.

3) Karl Bauer, a.a.O., S. 34.

4) Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 19. Oktober 1956, Nr. 198, S. 1881 ff.

in den einzelnen Ländern herrschten. Jede Umrüstung brauche ihre Zeit und könne nur mit Hilfe von Militärexperten der NATO erfolgen. Trotz der vorgesehenen Umrüstung müsse eine starke konventionelle Truppenstärke beibehalten werden, und es habe großes Erstaunen ausgelöst, daß die Bundesrepublik nur eine 12-monatige Dienstzeit einführen wolle, im Gegensatz zu den übrigen NATO-Staaten, die eine längere Dienstzeit hätten.

Daraufhin berief sich der Delegierte Dr. Lenz von der CDU (im Gegensatz zu Fritz Erler) auf die Feststellung von Präsident Eisenhower, "daß mit Hilfe der neuen Technik dieselbe Menge militärischer Kraft mit weniger Menschen aufrechterhalten werden könne als zuvor"¹⁾.

Im Gegensatz zu der Unsicherheit, die in Fragen der Umrüstung auf der Herbsttagung der WEU noch vorherrschte, steht die Ansprache des Bundesministers für Verteidigung Franz Josef Strauß, die er im Bayrischen Rundfunk am 7. November 1956 hielt²⁾. Einen schnellen und entschiedenen Aufbau der deutschen Verteidigung begründete er mit dem deutschen und westeuropäischen Sicherheitsproblem, das durch das Eingreifen der Sowjets in den Ungarnaufstand stark in den Vordergrund getreten sei. Die Formulierung des Ministers, daß die politische und militärische Situation die Einstellung erfordere, daß Qualität vor Quantität gehe, macht deutlich, wie schnell man sich in Regierungskreisen die amerikanische Verteidigungskonzeption zu eigen gemacht hatte.

Hinter den Äußerungen des Verteidigungsministers stand das Drängen der WEU und der NATO nach schneller Aufstellung deutscher Truppen, ferner die Erklärung des Bundeskanzlers vom 16. Oktober 1956, daß die Termine für den Aufbau der Bundeswehr nicht eingehalten werden könnten³⁾, und außerdem die zum damaligen Zeitpunkt allgemein vorherrschende Meinung, eine moderne atomare Rüstung sei billiger als eine starke konventionelle Aufrüstung und sei daher psychologisch akzeptabler für den Steuerzahler⁴⁾.

1) Ebenda, S. 1883.

2) Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 9.11.1956, Nr. 211, S. 2021.

3) Karl Bauer, a.a.O., S. 29.

4) Daß die Ausrüstung mit atomaren Waffen bei einer entsprechend hohen Anzahl herkömmlicher Truppen mit ganz moderner konventioneller Ausstattung nicht erforderlich zu sein braucht, eine These, die vor allem von Helmut Schmidt und mit Einschränkungen von Henry Kissinger vertreten wird, war dem strategischen

Es muß der Bundesregierung jedoch vorgeworfen werden, daß sie bis zu den Wahlen im Herbst 1957 ihre Absichten verschleierte, indem sie nämlich wechselnd ihre Bereitschaft zur atomaren Aufrüstung deutscher Truppen und ihre Ablehnung einer solchen Aufrüstung aussprach¹⁾.

Am 20. März 1957 erklärte General Norstad, der damalige Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte in Europa, auf einer Pressekonferenz in Bonn, daß sogenannte Doppelzweckwaffen, d.h. Waffen, die für atomare und konventionelle Sprengkörper geeignet seien, von den USA an ihre Alliierten geliefert werden könnten, ohne daß eine Änderung des amerikanischen McMahon-Gesetzes dafür notwendig sei. Er empfahl ferner, die atomare Leistungsfähigkeit der NATO-Truppen, d.h. auch der Bundeswehr, auszubilden, da die NATO-Strategie auf den Einsatz taktischer Atomwaffen angewiesen sei²⁾.

Im März und April schaltete sich Bundeskanzler Dr. Adenauer in die anlaufende Diskussion zur atomaren Aufrüstung der Bundeswehr ein³⁾.

Denken zum damaligen Zeitpunkt noch weitgehend fremd.

Vgl. zum gleichen Thema auch: Alastair Buchan und Philip Windsor: Eine Strategie für Europa, Bericht über eine britisch-französisch-deutsche Untersuchung der Rüstungspolitik und Stabilität in Europa, Alfred Merkur Verlag, Frankfurt/Berlin 1963.

- 1) Laut Sitzungsprotokoll der 25. Sitzung des Deutschen Bundestages vom 24. April 1958 erklärte Bundeskanzler Dr. Adenauer auf einer Pressekonferenz am 12. Juli 1957: "Die Absicht der britischen Regierung, zum Berufsheer überzugehen, muß deshalb anders beurteilt werden, weil Großbritannien im Gegensatz zur Bundesrepublik seine Armee auf atomare Bewaffnung umstellt; England stellt sich auf diese atomare Rüstung um. Wenn wir das beabsichtigten, könnten wir auch die Wehrpflicht abschaffen". Und Franz Josef Strauß äußerte einige Wochen vor der Bundestagswahl: "Nach den mir vorliegenden Informationen ist die atomare Bewaffnung weder in diesem noch in den nächsten Jahren vorgesehen oder möglich". Ebenda, S. 1413.
- 2) Außerdem entwickelte General Norstad am 8. Oktober 1957 in einem Gutachten für die Mitglieder der NATO seine Gedanken über den begrenzten Krieg. Ähnliche Überlegungen setzten sich ab 1957 bei der WEU und der NATO durch und fanden in der deutschen Öffentlichkeit erstmals 1958 Widerhall durch die in der "Zeit" erschienene Abhandlung von C.F. von Weizsäcker "Mit der Bombe leben", die im wesentlichen Überlegungen widerspiegelt, die der Verfasser von seinem Aufenthalt in den USA mitgebracht hatte.
- 3) The Times vom 20.3.1957.
FAZ 22.3.1957.
NYT 23.3. und 6.4.1957;
NZZ 7.4.1957;
"Die Welt" vom 4.4.1957;
Bauer, S. 35 und S. 140.

Aufsehen erregten seine Äußerungen auf einer Pressekonferenz, als man ihn zur Ausrüstung der Bundeswehr mit atomaren Waffen und zu den seit März laufenden Abrüstungsverhandlungen¹⁾ um seine Meinung bat: Die entscheidenden Sätze dieses Interviews lauten nach Angabe der "Welt" vom 4.4.1957: "Unterscheiden Sie doch die taktischen und die großen atomaren Waffen. Die taktischen Waffen sind nichts weiter als die Weiterentwicklung der Artillerie. Selbstverständlich können wir nicht darauf verzichten, daß unsere Truppen auch in der normalen Bewaffnung die neueste Entwicklung mitmachen. Die großen Waffen haben wir ja nicht. Aber wie sehr die Entwicklung im Fluß ist, sehen Sie daran, daß Großbritannien erklärt hat, es wolle eine nukleare Macht werden. Die ganze Entwicklung ist in vollem Fluß. Wir Deutschen können die Entwicklung nicht stoppen. Wir können uns nur anpassen und sorgen, daß irgendwann und irgendwo eine Entspannung eintritt." Dieses Presseinterview Dr. Adenauers, das als einer der Angelpunkte der Atomdiskussion betrachtet werden darf, löste unmittelbar die Erklärung der 18 Atomwissenschaftler vom 12. April 1957 aus²⁾. Auf Grund der geplanten atomaren Ausrüstung der Bundeswehr,

1) In der Internationalen Politik, S. 397 f, heißt es dazu: "Das im Winter 1956/57 plötzlich auftauchende Interesse Bonns an der Ausrüstung der Bundeswehr mit taktischen Atomwaffen wurde vor allem mit zwei Gesichtspunkten begründet. Zunächst befürchtete die Bundesregierung, die Westmächte könnten bei den Anfang März wiederaufgenommenen Abrüstungsverhandlungen in London ohne Berücksichtigung des deutschen Standpunkts in der Wiedervereinigungsfrage zu einem Abkommen mit der Sowjetunion neigen, das - etwa im Rahmen einer Zone der Rüstungsbeschränkung und -kontrolle - den Status quo der deutschen Teilung auf un-absehbare Zeit fixierte.

Andererseits verbesserte es nach Ansicht der Bundesrepublik die Verhandlungsposition gegenüber Moskau, wenn die Westmächte über die Möglichkeit eines eventuellen Verzichts auf eine deutsche Atombewaffnung verfügten."

Und auf Seite 387:

"Er (Adenauer) versuchte dadurch den Plänen der Sowjetunion entgegenzuwirken, die um diese Zeit in den Londoner Abrüstungsverhandlungen mit größtem Nachdruck die Bildung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa anstrebte, was unter den neuen waffertechnischen Gegebenheiten nach Auffassung der Bundesregierung nichts anderes als die militärische Neutralisierung Westdeutschlands bedeutete."

Im Zusammenhang mit den Bundestagsdebatten und dem Rapackiplan, der am 13. Dezember 1957 vorgelegt wurde, wird zu diesen Problemen noch näher Stellung genommen.

2) C.F. von Weizsäcker, Die Verantwortung der Wissenschaft im Atomzeitalter, S. 50 ff.

die in Adenauers Presseinterview offensichtlich unter dem Aspekt betrachtet wurde, daß taktische Atomwaffen nichts weiter seien als eine Fortentwicklung konventioneller Waffen, fühlten sich die Unterzeichner der Erklärung aufgerufen, klarzustellen, welche Fakten eine Definition taktischer und strategischer atomarer Waffen berücksichtigen muß¹⁾.

Auf diese Erklärung wird an anderer Stelle noch näher eingegangen werden.

Die Bemerkung des Bundeskanzlers über den Unterschied zwischen taktischen und strategischen Kernwaffen war auch bei nur laienhafter Kenntnis der physikalischen Gesetzmäßigkeiten der Atomkraft von erstaunlicher Oberflächlichkeit bzw. Unvorsichtigkeit. Es ist umso erstaunlicher, daß diese Äußerung nicht nur auf einen ganz persönlichen "lapsus linguae" Adenauers zurückgeht, sondern daß man im Dokument 28, Ziffer 16, vom 4. Oktober 1956 der WEU ebenfalls lesen kann²⁾: "Mit dieser Erklärung", so bemerkte Mr. Fens, "wurde eine neue Klassifizierung geschaffen, wonach Atomwaffen als konventionelle Waffen galten und von den Militärbehörden als solche eingesetzt werden konnten."

Mr. Fens bezog sich mit dieser Formulierung ausdrücklich auf das Kommuniqué des Nordatlantikrats vom 10. Dezember 1954 und betonte, daß der Rat der WEU die neuesten Entwicklungen auf dem Waffensektor und in technischer Hinsicht berücksichtigt habe.

Im Grunde liegen beide Äußerungen auf der Linie derer, die bemüht sind, mit der Entwicklung immer kleinerer taktischer Atomwaffen bis herunter zu den Atomgranaten mit relativ geringem Wirkungsradius Anschluß an die Waffengeneration der konventionellen Kriegsmittel zu finden. Beide Bemerkungen zeugen aber dennoch von einer erheblichen Verharmlosung des Sachverhalts, weil man sich bereits damals über einen qualitativen Schnitt zwischen konventionellen und atomaren Waffen im klaren war und weil man außerdem in den

-
- 1) Durch die Erklärung der Göttinger '18 und in der sich anschließenden Bundestagsdebatte am 10. Mai wurde auch bekannt, daß bereits am 29. Januar 1957 zwischen Bundesverteidigungsminister Strauß und den Wissenschaftlern über die atomare Ausrüstung der Bundeswehr ein Gespräch stattgefunden hatte.
 - 2) Schriften des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V., Bonn.
Bericht des Verteidigungs- und Rüstungsausschusses der Versammlung der WEU vom 10. November 1961.
Der Stand der Europäischen Sicherheit, Frankfurt/Berlin 1962, S. 68.

Jahren 1956 und 1957 noch mitten in der Entwicklung sogenannter kleiner Atomsprengkörper stand. Ferner wußte man, daß, gemessen am Fortschritt der Waffentechnik seit 1945, die Atombomben, die über Hiroshima und Nagasaki gefallen waren, bereits als "kleine", also taktische Bomben galten.

Die Schrecken ihrer Wirkung bildeten aber gerade den Maßstab für die Erkenntnis, daß es sich mit jeder Atomwaffe auf Grund ihrer geballten Zerstörungskraft und vor allem auf Grund ihrer Strahlenwirkung um etwas grundsätzlich Neues handelt.

Es war demnach verständlich, daß die Äußerung des Bundeskanzlers den Protest der deutschen Atomwissenschaftler zur Folge hatte, und es kann nur begrüßt werden, daß seither eine große Anzahl von Veröffentlichungen erschienen, die über die grundlegenden physikalischen, technischen und biologischen Wirkungsweisen der Nuklearwaffen Aufklärung geben.

In der politischen Diskussion der Atomdebatten kamen im übrigen alle Parteien und Meinungsströmungen von der Voraussetzung her, daß es sich bei jeder Art nuklearer Waffen um etwas qualitativ Neues handele.

Am 13. April reagierten Bundeskanzler Dr. Adenauer und der Bundesverteidigungsminister in nicht gerade geschickter Weise auf die tags zuvor veröffentlichte Erklärung¹⁾.

Beide verwahrten sich aufs entschiedenste gegen ihre politischen Aussagen und bestritten den Verfassern jegliche Verantwortung in Fragen der atomaren Ausrüstung der Bundeswehr.

Fatal an beiden Reaktionen war, daß man den Wissenschaftlern die Absicht unterschob, in die innenpolitischen Auseinandersetzungen eingreifen zu wollen und die Noten- und Entspannungskampagne der Sowjets (ungewollt) zu unterstützen²⁾.

Beide Stellungnahmen betonten, daß der Aufruf erst nach einer Fühlungnahme mit der Regierung hätte erfolgen dürfen.

Es lag nahe, daß die Opposition diese polemische Reaktion in der Bundestagsdebatte am 10. Mai aufgriff und in nicht minder polemischer Form gegen die Bundesregierung ausspielte.

1) Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, 16.4.1957, Nr. 73, S. 633 f.

2) Die Sowjetunion hatte zu diesem Zeitpunkt eine Serie von Drohnoten an Dänemark, Norwegen, Frankreich, Großbritannien, die Bundesrepublik, Italien, Griechenland und die Türkei gestartet.

Zu ungefähr der gleichen Zeit wies Albert Schweitzer auf die Gefahren radioaktiver Verseuchung für die zukünftigen Generationen hin und plädierte für den Verzicht auf Versuchsexplosionen. Außerdem hatte C.F. von Weizsäcker bereits verschiedene Vorträge über Atomenergie und Atomzeitalter gehalten. "Die politischen Wirkungen der Atomwaffen" war als elfter von zwölf Vorträgen im WS 1956/57 an der Universität Bonn gehalten und am 3.3.1957 als Rundfunkvortrag gesendet worden.

Am 29.4.1957 folgte ein weiterer Vortrag Weizsäckers vor Bonner Studenten: "Die Verantwortung der Wissenschaft im Atomzeitalter"¹⁾. In diesem Vortrag, der in erweiterter Form die Themen der Göttinger Erklärung aufnimmt und näher ausführt, äußert sich Weizsäcker in sehr positiver Form zu den Gesprächen der Atomwissenschaftler mit Franz Josef Strauß und Bundeskanzler Dr. Adenauer. Die entscheidenden Sätze über die beiden Unterhaltungen werden darum im Wortlaut an dieser Stelle zitiert, weil sie grundsätzliche Punkte der Bundestagsdebatte anschnitten, deren Analyse sich im folgenden Kapitel anschließt:

"Sachlich erfuhren wir von ihm (Strauß), zu unserer Beruhigung, daß auch die Bundesregierung eine deutsche Atomrüstung unter nationaler Souveränität ablehnt.

Zu unserer Beunruhigung erfuhren wir, daß Minister Strauß eine große atomare Aufrüstung der europäischen NATO für notwendig und für eine sichere Garantie des Friedens und der Freiheit hielt. Wenn ich unsere Stimmung nach diesem Gespräch kennzeichnen soll, muß ich sagen: Wir verließen den Minister zum Schweigen gebracht, aber nicht überzeugt²⁾.

Die Besorgnis der Bundesregierung bezog sich auf die Gefährdung des westlichen Verteidigungsgürtels, also der NATO, durch einen einseitigen und vorzeitigen deutschen Verzicht auf Atomwaffen. Wir kommen damit zum Thema des Gesprächs, zu dem der Herr Bundeskanzler einige von uns dann alsbald eingeladen hat. Das wichtigste an diesem Gespräch war für uns Wissenschaftler ohne Zweifel der tiefe Eindruck, den wir bekommen haben von der Stärke der Sorge des Bundeskanzlers vor der Atomrüstung in der Welt, von der

1) Beide Vorträge sind abgedruckt in: C.F. von Weizsäcker, Die Verantwortung der Wissenschaft im Atomzeitalter, Göttingen 1957, 1958, 1959.

2) C.F. von Weizsäcker, a.a.O., S. 23.

Aufrichtigkeit seines Strebens nach Abrüstung. Der Unterschied seiner Auffassung von der unsrigen war, daß er in dem harten politischen Handel um eine Abrüstung, die unsere Freiheit nicht zum Opfer bringt, in einem einseitigen deutschen Verzicht eine Vorausleistung sieht, die der Gegner nicht honorieren, sondern zum Anlaß erhöhten Drucks nehmen werde. Diese Überlegung ist konsequent im politischen Kalkül. Aber es ist nicht zu leugnen, daß unsere Erklärung hervorgegangen ist aus dem Glauben, daß mit dem politischen Kalkül allein die Welt vor der atomaren Selbstvernichtung nicht zu retten ist, und daß es Dinge gibt, die nicht zum Gegenstand politischen Kalküls gemacht werden dürfen¹⁾.

Der vorangegangene Satz wirft die ganze Problematik auf, unter der die Atomdiskussion in der Bundesrepublik stand.

Es war die Frage des Verhältnisses von Moral und Politik, die Carlo Schmid wenig später in seiner großen Rede vor dem Bundestag aufwarf, es war die Frage nach "der politischen Wirkung der spontanen moralischen Aktion"²⁾, die er geneigt war, positiv zu beantworten.

Durch diese Fragestellung wurde die Atomdiskussion von vornherein auf zwei Ebenen gestellt, die von der Sache her eng ineinander verzahnt sind. Es wird sich im Verlauf dieser Untersuchung jedoch herausstellen, daß die Verknüpfung beider Ebenen in der Diskussion sehr oft übersehen wurde, so daß sich das Bild der ineinander verschränkten Ebenen zum Bild der beziehungslos nebeneinander herlaufenden Ebenen verschiebt. Indem die moralische Ebene ins absolut Grundsätzliche überhöht wird, hebt sich die politische Ebene zu einseitig in ihrer ganzen Relativität und Fragwürdigkeit dagegen ab.

Die Atomdiskussion ist somit weniger eine Frage nach "gut" und "böse", sondern vielmehr eine Frage nach der richtigen Relation zweier Wertgebiete, die in ihrer Eigenständigkeit dennoch nicht isoliert gesehen werden dürfen.

1) Ebenda, S. 27 f.

2) Deutscher Bundestag, 209. Sitzung, 10. Mai 1957, 12083 (A).

2. Die Debatte vom 10. Mai 1957

Wenn man den Ablauf der Atomdiskussion graphisch darstellen wollte, so würde die Bundestagsdebatte vom 10. Mai 1957 den ersten Gipfelpunkt einer seit dem Presseinterview des Bundeskanzlers steil ansteigenden Kurve darstellen.

Diese Bundestagsdebatte ging zurück auf eine große Anfrage der SPD-Fraktion betreffend Atomwaffen vom 2. April 1957.

Im Mittelpunkt des neun Punkte umfassenden Fragenkomplexes standen folgende Probleme:

1. Schutz vor den Gefahren eines Atomkonfliktes,
2. die atomare Aufrüstung der Bundeswehr mit sogenannten taktischen Atomwaffen,
3. die Stationierung von Atomwaffen und Atommunition in der Bundesrepublik durch dritte Staaten,
4. die Einstellung der Atombombenversuche und des Atomwetterrüstens und einer damit verbundenen kontrollierten Abrüstung,
5. die erneute Bestätigung des Verzichtes der BRD, ABC-Waffen herzustellen, wie er in den Pariser Verträgen schriftlich festgelegt worden war,
6. Maßnahmen eines wirkungsvollen Strahlenschutzes für die Bevölkerung der Bundesrepublik¹⁾.

Bevor diese Fragen am 10. Mai von Sprechern aller Fraktionen²⁾ diskutiert wurden, fanden zwei Ereignisse statt, die die Stellung der Regierungskoalition während der Debatte psychologisch stärkten: erstens die turnusmäßige Frühjahrs-Sitzung des Nordatlantikrats und zweitens die Versammlung der Westeuropäischen Union zum Stand der europäischen Sicherheit.

In knappen Sätzen nehmen die Schlußkommunikés beider Sitzungen zu Fragen der modernen Verteidigungsmittel Stellung.

Am 3.5.1957 heißt es im Protokoll der ordentlichen Ministertagung des Nordatlantikrats³⁾:

"Das Atlantische Bündnis muß in der Lage sein, mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln jeden gegen es gerichteten Angriff zu beantworten. Nur wenn es über die modernsten Verteidigungsmittel

1) s. Anhang, I. Dokument.

2) CDU, SPD, FDP, DF (FVP), GB/BHE.

3) Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 83, S. 729.

verfügt, wird es jeden Versuch abschrecken, einen derartigen Angriff auf das Bündnissystem auszulösen. Bis zum Abschluß eines annehmbaren Abrüstungsabkommens kann keine Macht ihm den Besitz der zu seiner Verteidigung erforderlichen modernen Waffen verbieten wollen."

In ähnlicher Weise nahm am 9.5.1957 die Versammlung der WEU zur gleichen Frage Stellung. Im Sitzungsprotokoll der "Western European Union" vom 11.5.1957 kann man lesen¹⁾:

Die Versammlung empfiehlt, "daß alle westlichen Streitkräfte gleichmäßig mit taktischen atomischen Waffen und solchen Raketen ausgestattet werden, welche die taktische Kriegführung verbessern."

Beide Stellungnahmen bedeuteten eine Rückenstärkung für die Bundesregierung, auf die sie sich in der heiklen und unbeliebten Frage der Umstellung auf Nuklearwaffen berufen konnte. Zugleich konnte sie hoffen, daß trotz des Wahljahres die parlamentarische Debatte auf diese Weise keine ungünstige psychologische Ausgangsbasis schaffen würde. Die Reden des Bundeskanzlers und des Verteidigungsministers zeigten dann auch, daß die Regierung mit vollen Segeln und frischer Brise in die Atomdiskussion hineinsteuerte.

Die Bundestagsdebatte vom 10. Mai 1957 war im Gegensatz zu der großen Debatte des darauffolgenden Jahres eine eintägige Sitzung. Sie wurde frühmorgens um 9 Uhr eröffnet und endete am späten Abend kurz nach 22 Uhr. Erklärlicherweise steigerte sich das anfangs noch gemäßigte Klima im Verlauf der 14 Stunden durch die nervliche Überbeanspruchung der Teilnehmer zur Siedehitze. Dennoch ist gerade diese Debatte durch das Bemühen gekennzeichnet, dem politischen Gegner gerecht zu werden und seine Argumente als Vernunftgründe zu akzeptieren. Von den 13 Rednern, die im Laufe des Tages zu Wort kamen, gewannen drei durch die Art und Weise und die Überzeugungskraft ihrer Beweisführung das schärfste Profil: Der Bundesminister für Verteidigung Franz Josef Strauß²⁾ gab auf Grund einer knappen Zusammenfassung der militärischen und politischen Entwicklung in der Nachkriegszeit die Erklärung für den Beitritt der Bundesrepublik zum europäisch-atlantischen Sicherheitsbündnis der NATO, beantwortete sodann den Fragenkomplex der

1) K. Bauer, S. 142.

2) Deutscher Bundestag, 209. Sitzung, 10. Mai 1957, 12065 ff.

SPD und faßte abschließend in acht Punkten die Auffassung der Bundesregierung zusammen¹⁾.

Ihm antwortete der SPD-Abgeordnete Carlo Schmid²⁾, der ähnlich wie der erste Redner der Debatte, der SPD-Abgeordnete Erler, gleich zu Beginn seiner Rede die Frage der atomaren Aufrüstung der Bundeswehr in die Problematik des Verhältnisses von Moral und Politik einbezog und auf den radikalen qualitativen Unterschied zwischen herkömmlichen und atomaren Waffen hinwies. Gleichzeitig hatte er die Aufgabe, dem Bundestag den Entschließungsantrag seiner Fraktion vorzulegen.

Im Gegensatz zu Carlo Schmid versuchte der Präsident des Bundestages Gerstenmaier³⁾, die zur Diskussion stehenden Fragen in den politisch-militarischen Bereich zurückzuführen, um sie erst danach unter die Forderungen moralischer Überlegungen zu stellen.

Der Vorteil der Rede des Bundesverteidigungsministers bestand darin, daß er sich in seiner Argumentation ganz streng an die militärisch-politischen Gegebenheiten hielt. Der Hinweis auf die Gründung der Vereinten Nationen, ferner auf die Abrüstung der großen Militärmächte des Westens im Gegensatz zur anhaltenden Aufrüstung der Sowjetunion, die Schilderung der Versuche sowjetischer Machtausdehnung in Polen, der Tschechoslowakei, Ungarn, Bulgarien, Rumänien, Albanien, in Griechenland, Berlin und Korea, bis hin zur Gründung der NATO, dem Aufstand in Ost-Berlin und der ungarischen Volkserhebung rechtfertigten nochmals den Entschluß der Bundesregierung, dem atlantischen Verteidigungsbündnis beizutreten. Bisher sähe man keine konkreten Beweise dafür, daß die UdSSR, gestützt auf ihre Militärmacht, bereit sei, auf die Weltrevolutions- und Welteroberungspläne der bolschewistischen Ideologie zu verzichten⁴⁾, betonte Strauß.

Die Einschüchterungsoffensive der Sowjets, durch die sie eine Reihe von Völkern mit Drohungen überhäuft hätten, um Angst, Unruhe und Panikstimmung zu erzeugen⁵⁾, sei ebenfalls nicht dazu angetan, das Vertrauen zur UdSSR zu stärken.

Der Versuch der Sowjets, in die innenpolitische Meinungsbildung

1) s. Anhang, II. Dokument.

2) Ebenda: 12074 ff.

3) Ebenda: 12084 ff.

4) 12067 (C).

5) 12066 (C).

einzugreifen und gewisse politische und unpolitische Kreise in den Dienst ihrer psychologischen Kriegführung zu stellen, gehöre mit zu einer Kampagne, die darauf abgestellt sei, erstens die sowjetische Unterdrückung in Ungarn in Vergessenheit geraten zu lassen und zweitens, die öffentliche Meinung in verschiedenen Bündnisstaaten der Modernisierung ihrer Streitkräfte entgegenzustellen, um sich dadurch des Alleinbesitzes der Atomrüstung auf dem europäischen Kontinent zu versichern¹⁾, der nach der strategischen Konzeption des Westens für die Sowjetunion ein erhebliches Übergewicht bedeuten würde.

Mit dieser Interpretation des sowjetischen Verhaltens befand sich die Bundesregierung in Übereinstimmung mit dem Rat der Außenminister des atlantischen Verteidigungsbündnisses, worauf Strauß nachdrücklich hinwies.

Den Beitritt der Bundesrepublik zum europäisch-atlantischen Sicherheitsbündnis der NATO begründete der Bundesverteidigungsminister außer mit der Entwicklung der Weltlage seit Kriegsende mit der Verpflichtung der Bundesrepublik für die Freiheit und Einheit Gesamt-Deutschlands und mit der europäischen Verantwortung der Bundesrepublik.

Diese europäische Verantwortung erfordere die geballte Kraft eines gemeinsamen europäisch-atlantischen Verteidigungsbeitrages, der ohne die Mitarbeit der Bundesrepublik nicht möglich sei. Diese Bereitschaft zur Verteidigung habe nichts mit mangelndem Verhandlungswillen zu tun, sondern sei geradezu die Voraussetzung, erfolgreiche Verhandlungen mit der Sowjetunion über die Wiedervereinigung Deutschlands zu führen²⁾.

Hier zeichnet sich in der Rede des Bundesverteidigungsministers der Versuch ab, die Gewichte gleichmäßig auf die zwei Wege und die zwei Ziele zu verteilen, die nach Aussagen der Bundesregierung die Hauptpunkte deutscher Außenpolitik bildeten: Verhandlungen mit der Sowjetunion über die deutsche Einheit aus einer relativen Position politischer und militärischer Festigkeit heraus und gleichzeitig strenge Erfüllung vertraglicher Pflichten, ebenfalls politischer und militärischer Art, um die moralische und praktische Unterstützung der westlichen Bundesgenossen für die

1) 12066 (D), 12067 (A).

2) 12067 (B).

deutsche Einheit zu gewinnen.

Im Mittelpunkt der Kontroverse um die atomare Aufrüstung der Bundeswehr steht bei Regierung und Opposition immer das Problem der Wiedervereinigung, und der Streit dreht sich um die Rangordnung der Mittel, die die deutsche Einheit verwirklichen sollen. Ich halte daher die häufig wiederholte Behauptung der Opposition für falsch, die Regierung wollte, indem sie für die Bundesrepublik politische und militärische Macht im Rahmen der NATO erstrebte, die Wiedervereinigung bewußt ausklammern, so daß der Begriff der deutschen Einheit zum Schlagwort wurde.

Ich halte hingegen die Frage für diskutabel, ob es sich, wie Strauß betonte, in der deutschen Außenpolitik wirklich um zwei gleichrangige Wege und Ziele handelte, oder ob in ihr nicht doch die europäisch-atlantische Verantwortung Vorrang gegenüber der Wiedervereinigungsfrage besaß, schon allein darum, weil der erste Weg so viel müheloser gangbar war¹⁾.

Strauß betonte ferner, daß die Probleme Entspannung, Abrüstung, Wiedervereinigung und Sicherheit untrennbar ineinander verknüpft seien. Der Schlüssel zur Lösung der herrschenden Spannung in der Welt liege in einer allgemeinen Abrüstung. Ein Abrüstungsabkommen müsse herkömmliche und atomare Waffen umfassen. Voraussetzung einer Begrenzung konventioneller und einer Abschaffung atomarer Waffen bilde erstens eine technisch wirksame Kontrolle, der sich alle Staaten unterwerfen müßten, und zweitens ein angemessenes gegenseitiges Verhältnis der herkömmlichen Streitkräfte. Das bedeute den Aufbau einer lückenlosen Land-, See- und Luftüberwachung und damit einen einschneidenden Eingriff in den klassischen Begriff der absoluten Souveränität eines Staates²⁾.

Auch über die Zusammengehörigkeit von allgemeiner Abrüstung und Einstellung der Atombombenversuche sprach Strauß in Übereinstimmung mit den damaligen Einsichten der USA und Großbritanniens. "Es sind die Sicherheitsstreitkräfte der Vereinigten Staaten, die

1) Vgl. hierzu die Beiträge in: Die Ära Adenauer, Fischer 1964. Man lese außerdem: Karl Jaspers, Freiheit und Wiedervereinigung, 1960, in: Lebensfragen der deutschen Politik, dtv 1963, S. 171 ff. Gerade die grundsätzliche Glaubwürdigkeit deutscher Außenpolitik in der Forderung nach Wiedervereinigung macht ja z.B. Karl Jaspers zum Ausgangspunkt seiner Kritik an der Haltung der deutschen Regierung in dieser Frage.

2) 12070 (C, D).

in erster Linie die Verantwortung für die Verteidigung der freien Welt tragen.

Wenn von den Vereinigten Staaten eine volle Sicherheitsgarantie für die Bundesrepublik einschließlich Westberlins verlangt wird, und wenn man sich auf die Zuverlässigkeit dieser Garantie verlassen will, ...dann muß man den USA auch die Möglichkeit geben, die für die Wirksamkeit und Glaubhaftigkeit dieser Garantie erforderlichen Maßnahmen zu treffen." ¹⁾

An diese Stelle gehöre eine Erörterung über die Stationierung atomarer Waffen und Verbände auf dem Gebiet der Bundesrepublik.

Dieses Problem betreffe alle der NATO angehörigen Länder, da die Strategie eine gemeinsame sei.

Man könne nicht die Anwesenheit amerikanischer Truppen für die Sicherheit des eigenen Territoriums verlangen, ohne ihnen eine Bewaffnung zuzugestehen, die eine wirksame Verteidigung erlaube. Eine rein herkömmliche Verteidigung sei aber nach den strategischen Erkenntnissen des Bündnisses veraltet und nicht ausreichend. Es sei darum eine nicht haltbare These, den eigenen Truppen und den NATO-Streitkräften in der Bundesrepublik taktische Atomwaffen zu verweigern. Ein bedingungsloser Verzicht auf Besitz und Anwendung dieser Waffen, und zwar jetzt und für alle Zeiten, bedeute eine Vorleistung gegenüber den Sowjets, die die Aussicht auf ein umfassendes Abrüstungsabkommen vermindern würde. Die Sowjets würden auf eine einseitige Abrüstung der NATO-Staaten ohne sowjetische Gegenleistung hoffen ²⁾.

Die Bundesrepublik habe dagegen als einziger Staat der Welt auf die Herstellung von ABC-Waffen verzichtet und unterliege in der WEU gemeinsam mit ihren Partnern einer Rüstungsbegrenzung und Rüstungskontrolle.

Das bewiese, daß sie keine Ausdehnung der Atomwaffen auf mittlere und kleinere Staaten wolle und Atomwaffen unter nationalem Verfügungsrecht ablehne.

Zwei von der Opposition immer wieder erwähnte Einwände seien irrig: Die Bundesrepublik könne nicht allein auf sich gestellt handeln, um das eigene Gebiet und die sowjetische Besatzungszone aus einem allgemeinen Atomkrieg herauszuhalten, und man dürfe sich zur

1) 12069 (C).

2) 12071 (A).

Verhinderung eines Angriffs und zur Vermeidung eines Krieges nicht nur auf die Abschreckung durch die strategischen Atomwaffen der USA verlassen, deren Einsatz einen Krieg von vornherein unbegrenzt gestalten würde¹⁾.

Eine Politik in Gemeinsamkeit mit den NATO-Partnern gewähre dagegen die einzig mögliche Form von Sicherheit für die Bundesrepublik und die einzig mögliche Grundlage für die Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit: nämlich als gleichberechtigter Partner und unterstützt von den Verbündeten, mit der Sowjetunion Verhandlungen zu führen²⁾.

Bundesverteidigungsminister Strauß stellte die Politik der Bundesregierung unter das Leitwort:

"Vigilia pretium libertatis" - Frei bleibt nur, wer auf der Hut ist³⁾.

Die Aussprache über die große Anfrage der SPD eröffnete Carlo Schmid als erster Sprecher der Opposition. Seine Rede brachte am klarsten zum Ausdruck, worauf es der SPD in dieser Diskussion ankam.

Der sehr konsequent gegliederten und vom Diskussionsgegenstand her geschlossenen Rede des Verteidigungsministers stellte Carlo Schmid eine Rede gegenüber, die er über das Thema der großen Anfrage hinaus in den Bereich der Ethik hinein ausweitete. "Darum wirft diese Frage - wie jede Frage solcher Art - auch das Problem des Verhältnisses von Moral und Politik auf, und sie wirft dieses Problem in seiner ganzen tragischen Tiefe und tragischen Uferlosigkeit auf"⁴⁾. Anlaß für diese Verknüpfung, die Carlo Schmid von der Sache selber her⁵⁾ für gegeben hielt, boten ihm die Stellungnahmen "höchster spiritueller Autoritäten"⁶⁾, die zu diesem Thema das Wort ergriffen hatten.

Damit berief sich Carlo Schmid u.a. auf die am 12.4.1957 erfolgte Veröffentlichung der Erklärung der achtzehn Atomwissenschaftler, auf die bereits erwähnten Vorträge von C.F. von Weizsäcker und auf die Äußerungen bekannter evangelischer Kirchenmänner zu atomaren Fragen.

1) 12068 (B, C), 12069 (B).

2) 12068 (C, D).

3) 12074 (A).

4) 12074 (B).

5) 12074 (C).

6) Ebenda.

Der ausdrückliche Hinweis auf die Zusammengehörigkeit der politisch-militärischen und der ethischen Seite des Atomproblems war zwar sehr zu begrüßen, Carlo Schmid begab sich jedoch bereits in dem Moment in eine anfechtbare Position, als er auf Grund des öffentlichen und moralischen Prestiges der angeführten Persönlichkeiten zugleich erhöhte politische Qualitäten für sie in Anspruch nahm.

"Wenn man Menschen wie den Achtzehn nicht zutraut, auch unter dem Druck des Gewissens politisch richtig zu handeln - was sollten wir dann noch mit unserer Demokratie anfangen?"¹⁾

Dieser Satz mußte darum provozierend auf die Regierungsparteien wirken, weil ja gerade der Bundeskanzler und der Verteidigungsminister kurz zuvor den achtzehn Atomwissenschaftlern den politischen Anspruch ihrer Aussagen bestritten hatten und weil die politischen Forderungen der Achtzehn betreffend die atomare Ausrüstung der Bundesrepublik (die übrigens nicht mit dem Anspruch, politisch absolut richtig zu sein, gestellt worden waren) mit denen der parlamentarischen Opposition völlig übereinstimmten. Damit wurde die Göttinger Erklärung, zu deren Verteidiger sich Carlo Schmid in seiner Rede machte, von den Atomwissenschaftlern völlig unbeabsichtigt, zum Aushängeschild einer politischen Partei²⁾.

Auch die Max Webersche Definition der "Verantwortungsethik", die Carlo Schmid auf die Erklärung der Achtzehn anwandte, war insofern ungeschickt, als man die Gewissensentscheidung der Wissenschaftler, die Carlo Schmid gegen reine Zweckmäßigungsentscheidungen einerseits und reine Gesinnungsentscheidungen andererseits abhob, bei aufmerksamem Lesen der Rede nur mit den politischen Zielen der SPD selbst gleichsetzen konnte.

Mit Recht polemisierte Carlo Schmid hingegen gegen Formulierungen in der CSU-Korrespondenz vom 14. April, in denen den Achtzehn der Vorwurf gemacht wurde, sie hätten mit der Erklärung ihre Seele retten wollen und hätten vielleicht sogar östlichen Einflüsterungen gehorcht³⁾, Formulierungen, die recht primitiv anmuten. Mit Recht widersprach er auch der Forderung des Bundeskanzlers und des Verteidigungsministers, die Atomwissenschaftler hätten vor Veröf-

1) 12075 (D).

2) 12076 (B, C).

3) 12076 (A, B).

fentlichung ihrer Erklärung die Regierung um Rat fragen sollen¹⁾.

Im Anschluß an die sehr ausführliche Stellungnahme zur Göttinger Erklärung wies Carlo Schmid eindringlich auf das qualitativ Neue eines Atomkrieges gegenüber jeder anderen Form kriegerischer Auseinandersetzungen hin und führte aus, daß jener mit der totalen Vernichtung des Siegers und des Besiegten enden würde, und daß die biologische Substanz der Völker auf Generationen hinaus denaturiert werden könnte²⁾. Carlo Schmid berührt hier zwei wesentliche Probleme, die im II. Teil der Arbeit im Zusammenhang mit der Lehre vom gerechten Krieg dargestellt werden, nämlich die völlige Aufhebung der Grenze zwischen Kombattanten und Zivilbevölkerung in einem Kernwaffenkrieg, die Problematik des Völkermordes und des kollektiven Selbstmordes und die damit verbundene Frage, ob die Folgen einer solchen Auseinandersetzung die Anwendung nuklearer Waffen sittlich rechtfertigen könnten.

Daraufhin leitet er seine Auseinandersetzung mit den geplanten politischen und militärischen Maßnahmen der Regierung mit folgender Frage ein:

"Wozu ist - politisch und militärisch - eine 'atomare' Politik notwendig? Ist sie nützlich, ist sie schädlich? Die Bundesregierung behauptet ihre Notwendigkeit und ihre Nützlichkeit, denn sie erhöhe - insbesondere erhöhe die Stationierung von Atomwaffenverbänden auf unserem Boden - die Sicherheit des deutschen Volkes. Weiter sagt sie, daß durch taktische Atomwaffen in Händen der Bundeswehr die Sicherheitschancen in Deutschland erhöht würden, und drittens behauptet sie, eine atomare Ausrüstung der Bundeswehr könne die Sowjetunion abschrecken und, zum mindesten in Fragen der Wiedervereinigung und in Fragen der allgemeinen Abrüstung, verhandlungsgeneigter machen. Das sind Behauptungen, die auf den ersten Blick dem einen oder dem anderen schlüssig erscheinen mögen"³⁾.

Demgegenüber setzt Carlo Schmid die wesentlichen Einwände seiner Partei ab:

Die atomare Ausrüstung der Bundeswehr würde die Sowjetunion in Fragen der Wiedervereinigung und der Abrüstung nicht verhandlungsbereit stimmen, sondern ihre Haltung verhärten.

1) 12077 (B).

2) 12077 (C, D).

3) 12078 (A, B).

An den Lehren der "Stabsübung 'Lion noir'" weist Carlo Schmid auf, was aus Deutschland beiderseits des Eisernen Vorhangs im Falle eines konzentrierten Abwurfs von Atombomben (nicht von Wasserstoffbomben) würde und betont, daß Deutschland als am meisten gefährdetes Gebiet innerhalb des NATO-Raums mit anderen als mit atomaren Waffen verteidigt werden solle, da es sicher sei, daß die Lagerung von Atombomben auf deutschem Gebiet notwendig die Atombomben des Gegners anziehen müsse¹⁾.

Man könne die Abschußrampen für Atomraketen auch einige hundert Kilometer weiter westlich aufstellen, denn diese Länder seien nicht so gefährdet wie Deutschland²⁾.

Ferner bewirke die Anwendung taktischer Atomwaffen, die allein schon imstande seien, chaotische Zustände herbeizuführen, "unweigerlich die Anwendung strategischer Atomwaffen"³⁾.

Hier berührt Carlo Schmid das Problem, das der Verteidigungsminister in seiner Rede zu umgehen verstand, nämlich die Möglichkeit der sogenannten "atomaren Spirale", die den totalen Weltbrand durch den Einsatz strategischer Nuklearwaffen herbeiführen und das absolute atomare Chaos bedeuten würde, eine Möglichkeit, die innerhalb der ethischen Diskussion immer wieder als unlösbares Problem erscheint. Auf die Gefahr der "atomaren Spirale" wird auch in Militärfachkreisen warnend als auf ein ungelöstes Problem hingewiesen, dem Militärtheoretiker durch ein politisch und militärisch rationales Verhalten, Philosophen wie Karl Jaspers und C.F. von Weizsäcker durch eine neue Weise der Vernunft und christliche Theologen durch eine völlige Ablehnung aller Nuklearwaffen oder durch eine neue Form christlicher Disziplin in Handhabung der modernen technischen Mittel beizukommen trachten.

Außerdem sieht Carlo Schmid die atomare Ausrüstung der Bundeswehr unter dem Aspekt der geringen abschreckenden Wirkung, die in keinem Verhältnis zur Versteifung der sowjetischen Haltung in der Wiedervereinigungsfrage stehen würde.

Wiedervereinigung, kollektive Sicherheit und Abrüstung könnten aber nicht erreicht werden, solange die gegenwärtige Weltspannung andauere.

1) 12079 (D)

2) 12079 (A)

3) 12080 (D)

"Die Frage ist, ob wir etwas dazu beitragen können, diese Weltspannung zu vermindern, oder ob wir nicht diese Weltspannung vielleicht noch vergrößern, wenn auch wir zu einer Atommacht werden wollen"¹⁾.

Ansätze zu einer Entspannung erblickt Carlo Schmid im Eden-Plan²⁾. Damit wird bereits die Haltung angedeutet, die die SPD während der beiden Debatten des Jahres 1958 zur Frage des Rapackiplans eingenommen hat.

Das Zusammenfallen der Londoner Abrüstungsverhandlungen und der Debatte über eine atomare Aufrüstung der Bundeswehr bezeichnet Carlo Schmid als störend, denn zur atomaren Abrüstung könne nur raten, wer selbst durch sein Verhalten dartue, daß er keine atomaren Waffen wolle³⁾.

Die Verwirklichung von Abrüstung und kollektiver Sicherheit sieht er allein über "sehr langwierig zu durchschreitende Etappen"⁴⁾ als erreichbar.

Der Verzicht der BRD auf die Herstellung und den Gebrauch nuklearer Kriegsmittel und auf die atomare Ausrüstung deutscher Truppen solle gleichsam eine Vorleistung des guten Willens an die Sowjetunion darstellen. Dazu gehört nach Ansicht Carlo Schmid auch die unter Umständen einseitige Einstellung der Kernwaffen-Versuchsexplosionen durch den Westen. Es gebe nämlich "eine politische Wirkung der spontanen moralischen Aktion aus sich heraus auch auf das Volk der Sowjetunion"⁵⁾. Carlo Schmid zitiert hier eine "weisse Rede" Adenauers vom 7.10.1954, in der dieser für die BRD außer auf die Herstellung auch auf die Anwendung dieser fürchterlichen Massenvernichtungsmittel verzichtet habe, und er fordert ein gleiches "Beispiel des Vorangehens" auch für die Zukunft⁶⁾. Im gleichen Zusammenhang betont er die Entscheidungsfreiheit der Bundesrepublik innerhalb der NATO und weist auf die Beispiele Norwegens und Dänemarks hin, die einer Lagerung atomarer Waffen auf ihrem Gebiet nicht zugestimmt hätten⁷⁾.

1) 12082 (B).

2) Vgl. hierzu H. von Siegler, Wiedervereinigung und Sicherheit Deutschlands, S. 219, S. 221 f.

3) 12082 (C).

4) Ebenda.

5) 12083 (A).

6) Ebenda (B).

7) Ebenda (C).

Von der dargelegten Basis aus wird der Entschließungsantrag, den Carlo Schmid für die SPD am Schluß seiner Rede vorlegt, verständlich; es heißt dort:

- I. "Der Bundestag richtet angesichts der wachsenden Gefahren durch die atomaren Versuchsexplosionen und in dem Willen, die Verhandlungen über ein Abrüstungsabkommen zu erleichtern, einen feierlichen Appell an die Regierungen der Vereinigten Staaten von Amerika, des Vereinigten Königreiches von Großbritannien und Nordirland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, sofort Vorschläge für ein Abkommen zur Kontrolle, Begrenzung und schließlicher Einstellung der Versuchsexplosionen zu machen und inzwischen für eine begrenzte Zeitspanne auf alle Versuchsexplosionen zu verzichten, um den Widerhall auf die Vorschläge prüfen zu können.
- II. Die Bundesregierung wird ersucht:
 1. Die Ausrüstung der Bundeswehr mit atomaren Waffen zu unterlassen,
 2. die Zustimmung zur Lagerung von Atombomben und zur Stationierung von Atomwaffenverbänden durch dritte Mächte auf dem Gebiet der Bundesrepublik zu verweigern und, falls eine solche Zustimmung ausgesprochen sein sollte, sie zurückzunehmen,
 3. dem deutschen Volk bekanntzugeben, welche Maßnahmen die Bundesregierung ergreifen wird, um die Bevölkerung der Bundesrepublik vor den möglichen Auswirkungen der Stationierung von Atomwaffen auf seinem Gebiet zu schützen"¹⁾.

Mit dem Präsidenten des Bundestages, dem es vorbehalten blieb, auf die Ausführungen von Carlo Schmid zu antworten, gewann die Bundestagsdebatte noch einmal wirkliche Bedeutung. Als Repräsentant der großen Regierungspartei und zugleich als Vertreter der EKD lag auch bei Eugen Gerstenmaier eine Stellungnahme zur politischen und zur ethischen Problematik in der Atomwaffenfrage nahe.

Gerstenmaier nahm daher Bezug auf die Interpretation, die Carlo Schmid vom politischen Teil der Erklärung der Atomwissenschaftler gegeben hatte: echte Verantwortungsethik und eine echte Gewissensentscheidung nahm Gerstenmaier auch für seine Partei in Anspruch,

1) 12084 (B, C).

als er ausführte: "Ich möchte in diesem Zusammenhang nur sagen, daß das, was der Atomphysiker von Weizsäcker 'unser politisches Kalkül' nennt, natürlich nicht nur der Ausdruck einer taktisch-rationalen Überlegung ist, einer Überlegung, die beliebig gewechselt werden könnte.

.....dieses 'politische Kalkül' ist der auch von uns unablässig geprüfte Ausdruck des Gewissense Ernstes, mit dem wir es uns nicht leicht machen, unsere Politik zu treiben"¹⁾.

Gerstenmaier versucht in seinen Ausführungen zwischen ethischem und politisch-militärischem Themenkreis zu scheiden, um auf jedem Gebiet sachlich konsequent vorgehen zu können. So löst er beispielsweise die politischen und militärischen Vorschläge Carlo Schmidts und der SPD aus der rein ethischen Fragestellung, ohne ihnen ihren moralischen Anspruch zu bestreiten.

"Ich meine deshalb, daß es gerecht und billig ist, diese Forderungen nicht nur aus der Augenblicksstimmung und auch nicht nur aus der Tiefe politisch-moralischer Überlegungen her zu beurteilen. Man wird sie vielmehr im Bereich dieses politisch-militärischen Konzepts würdigen müssen.

Das politisch-militärische Konzept der Opposition in diesem Hause, das Europäische Sicherheitssystem, das die SPD seit geraumer Zeit dem NATO-Bündnis der Bundesrepublik, das von uns vertreten wurde, als leitende Idee entgegenstellt, scheint mir doch der Rahmen zu sein, aus dem heraus diese konkreten Einzelheiten zur Situation gedacht und vorgetragen werden"²⁾.

Auch auf politisch-militärischer Ebene geht Gerstenmaier somit über die Ausführungen von Franz Josef Strauß hinaus, indem er die Haltung der SPD zur atomaren Ausrüstung der Bundesrepublik sehr richtig in dem Gesamtrahmen ihrer Vorstellungen über die deutsche Wehrpolitik überhaupt verstanden wissen will.³⁾

1) 12097 (C).

2) 12086 (A, B).

3) Man orientiere sich über den damaligen "Stand" der Vorstellungen der SPD anhand des Ollenhauer-Plans vom 23.5.1957, der also kurz nach der Bundestagsdebatte veröffentlicht wurde und die Ansichten der Opposition über europäische Sicherheit und Wiedervereinigung herausgearbeitet hat; bei H. von Siegler, Wiedervereinigung und Sicherheit Deutschlands, S. 165 f. Es war hier jedenfalls nicht an Neutralität gedacht. Dazu heißt es in Absatz g:

"Es ist schon ausgeführt worden, aber um der Klarheit willen wird es noch einmal unterstrichen, daß das wiedervereinigte

Gerstenmaiers Ausführungen nehmen damit bereits Gedanken voraus, die in der großen außenpolitischen Debatte vom 23. Januar 1958 in den Vordergrund treten.

Das Sicherheitssystem der SPD habe zur Voraussetzung, daß sich die beiden Weltmächte zu einer Sicherheitsgarantie für ein wiedervereinigtes und bescheiden bewaffnetes Gesamtdeutschland bereit finden würden. Eine solche Sicherheitsgarantie setze wiederum eine weitgehende Einigung zwischen den USA und der UdSSR auch in anderen Streitpunkten voraus¹⁾.

Dabei entstehe die sehr entscheidende Frage, ob ein Gesamtdeutschland, das keinem Militärbündnis angehöre, "des Beistandes der Vereinigten Staaten von Amerika unter allen Umständen gewiß sein dürfte"²⁾.

Mit dieser Kardinalfrage stehe und falle die außenpolitische Konzeption der SPD. Es stehe dagegen fest, daß die Sowjetunion bisher nicht bereit sei, den Vorschlag eines europäischen Sicherheitssystems, wie ihn sich die SPD denke, anzunehmen³⁾.

Daß sich an den ideologischen Zielen der UdSSR und ihrer Außenpolitik nichts geändert habe, betonte auch Gerstenmaier mit aller Entschiedenheit⁴⁾. Daher sei es nur konsequent, daß die Regierung der BRD den Beitritt zur NATO vollzogen habe, die ihr den einzig sicheren Schutz gewähre, und es sei ihm, Gerstenmaier, unverständlich, daß die SPD, die sich doch voll und ganz zur Politik des Westens bekenne und außerdem bereit sei, einem militärischen Beitrag der Bundesrepublik zuzustimmen, nicht mit der Bundesregierung übereinstimme. In diesem Zusammenhang zeichnete Gerstenmaier stellvertretend für seine Partei die "heutigen Forderungen der SPD.....als die allerdings konsequenten aktuellen Einzelheiten einer politischen Fehlentscheidung"⁵⁾.

Für die Mitgliedschaft der BRD in der NATO sah Gerstenmaier die gleichen Notwendigkeiten wie der Verteidigungsminister. Eine militärisch schwächere NATO ohne die Bundesrepublik würde aufhören,

Deutschland im Rahmen eines solchen Systems auch seinen Beitrag - also auch einen eigenen militärischen Beitrag - leisten müßte, der in Umfang und Höhe mit den Vertragspartnern auszuhandeln ist". a.a.O., S. 166.

1) 12086 (B, C).

2) 12088 (D).

3) Ebenda.

4) unter Hinweis auf die Ereignisse in Ungarn.

5) 12090 (C).

Deutschland als gleichberechtigten Partner zu betrachten, was zur Folge hätte, daß "die Qualität der Sicherheitsgarantie des Westens dadurch für uns empfindlich gemindert würde"¹⁾. Das könnte aber bedeuten, daß im Falle eines Krieges über den deutschen Raum nicht mehr nach bundesgenössischen, sondern nur noch nach militärischen und strategischen Erwägungen verfügt würde, was die Bundesrepublik als vollgültiger Partner ja gerade vermeiden wollte²⁾.

Ähnlich wie Carlo Schmid mit der atomaren Ausrüstung der Bundeswehr Fragen des Naturrechts und das Problem des *iustum bellum* berührte, sieht Eugen Gerstenmaier die atomare Aufrüstung im Zusammenhang mit dem Recht zum Widerstand und dessen Infragestellung durch die qualitativ neuartige atomare Situation. Gegenüber der Gefahr totalitärer Herrschaft, die die freie Welt bedrohe, bedeutet für Gerstenmaier das traditionelle Recht zum Widerstand zugleich Pflicht zum Widerstand.

"Was heißt human sein? Human sein heißt doch, seine menschliche Berufung zu erfassen. Nun, mit der Berufung des Menschen zur Freiheit ist es auf unabsehbare Zeit vorbei, wenn wir, die Völker der freien Welt, die uns heute gegebenen Chancen ausschlagen.

Worin, frage ich, bestehen diese Chancen? Erstens in der Einigkeit und in der Einigung der freien Welt, zweitens in ihrem ebenso zähen wie geduldigen Bemühen um Ausgleich und Frieden, und drittens in ihrer Entschlossenheit zum Widerstand gegen jeden Angriff und notfalls mit allen Mitteln. Ist das nun eine Drohung? Das ist keine Drohung, jedenfalls keine Drohung im aggressiven Sinn des Wortes, sondern das ist eine höchst wirksame und einstweilen leider unentbehrliche Abschreckung³⁾.

Angriff heißt Selbstvernichtung! Dafür zu sorgen, daß dieser Satz wahr bleibt, das und nicht weniger ist die Aufgabe der NATO⁴⁾.

Um die sittliche Berechtigung gerade dieser Sätze sollte im Ablauf der "Atomdiskussion" ein erbitterter Streit entbrennen⁵⁾.

1) 12089 (D), 12090 (A). Diese Behauptung hat die SPD Jahre hindurch bestritten.

2) 12090 (A, B).

3) 12093 (B, C).

4) 12092 (C).

5) Es wird auffallen, daß bei der Darstellung der Debatte die Ansichten der FDP, der DP (FVP) und des GB (BHE) ausgespart wurden. Sie liegen politisch und militärisch völlig auf der Linie der CDU bzw. der SPD. Bei der FDP ist allein bemerkenswert, daß sie dem Beitritt der BRD zur NATO beigestimmt hatte und sich

3. Die Debatte vom 23. Januar 1958

Mit der Bundestagsdebatte vom 10. Mai 1957 und den ihr unmittelbar vorangehenden Ereignissen trat die Atomdiskussion aus ihrem latenten Zustand heraus und wurde im Laufe der Jahre 1957 und 1958 Hauptgegenstand des öffentlichen politischen Interesses. Neben dem Ablauf der politischen Diskussion, die mit dem 25. März 1958 als abgeschlossen angesehen werden darf (von den verfassungsrechtlichen Nachhutsgefechten betr. den Entwurf eines Gesetzes zur Volksbefragung wegen einer atomaren Ausrüstung der Bundeswehr abgesehen), begannen sich seit dem Frühjahr 1957 und weit über das Jahr 1958 hinaus die Kräfte zu regen, die die Atomdiskussion primär unter ethischen Gesichtspunkten geführt wissen wollten.

Bis zum Frühjahr 1958, das mit der großen viertägigen "Atomdebatte" zugleich die Aktion "Kampf dem Atomtod" brachte, wurde durch zahlreiche Veröffentlichungen, besonders aus theologischen Kreisen, die Richtung angegeben, in der sich die ethische Diskussion fortan bewegte.

Im Anschluß an die Veröffentlichung der Göttinger Erklärung und die Vorträge von Weizsäckers erschien am 27. April 1957 die Erklärung der Dekane der sechs evangelischen Fakultäten in der "DDR", der am 22. Mai der Beschluß der Bischofskonferenz der VELKD folgte. Am 24. Juli nahm die Weltkirchenkonferenz von New Haven zur atomaren Situation in der Welt Stellung, und vom 15. bis 25. August tagte die Vollversammlung des Lutherischen Weltbundes, der sich mit dem gleichen Problem befaßte. Außerdem begannen sich seit Ostern 1957 die kirchlichen Bruderschaften neu zu konstituieren, nachdem die Rheinische Bruderschaft in Wermelskirchen zur Frage der Atomwaffen Stellung genommen hatte.

Vom 14. bis 18. Oktober fand ein Treffen der Bruderschaften in Wuppertal statt, und Anfang März 1958 erfolgte die sensationelle "Anfrage" der Bruderschaften an die Synode der EKd, welche die "10 Thesen" und die Feststellung des "status confessionis" enthielt.

Im Herbst 1957 erschien die von Helmut Gollwitzer verfaßte Schrift "Die Christen und die Atomwaffen".

erst in der Frage der atomaren Aufrüstung den Vorstellungen der SPD anschloß. Den Entschließungsantrag der FDP findet man im Anhang, III. Dokument.

Die soeben aufgezählten Beiträge zur ethischen Diskussion um die atomare Aufrüstung der Bundeswehr sind nur die wichtigsten und können als Fixpunkte gelten, an denen sich die ethische und politische Kontroverse immer wieder orientierte.

Die Bundestagswahlen vom September 1957 und die große außenpolitische Debatte vom 23. Januar 1958 standen völlig im Banne der ethischen Probleme, die auch die deutsche Öffentlichkeit bewegten.

Auch auf der politischen Bühne hatte sich indessen Entscheidendes ereignet, das zu der Debatte vom 23. Januar den Anstoß gab.

Es muß in Erinnerung gerufen werden, daß die Bundestagsdebatte vom 10. Mai 1957 keinen endgültigen Entschluß über die atomare Ausrüstung der Bundeswehr gebracht hatte.

Im Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU, DP (FVP) stehen hierzu die lapidaren Sätze:

"Die Bewaffnung der Bundesrepublik mit atomaren Waffen steht jetzt nicht zur Entscheidung. Sie steht in engem Zusammenhang mit dem Erfolg der Abrüstungsverhandlungen. Der Deutsche Bundestag erwartet, daß diese Verhandlungen erfolgreich sein werden¹⁾".

Als dann am 23. November 1957 auf dramatische Weise der Abbruch der Abrüstungsgespräche erfolgte²⁾, trat die atomare Ausrüstung der Bundeswehr erneut in greifbare Nähe.

Außerungen General Norstads über die militärische Planung der NATO Anfang Oktober 1957³⁾ und die Herbsttagung des WEU-Parlaments vom 10. bis 14. Oktober trugen außerdem dazu bei, das Problem der atomaren Ausrüstung nicht einschlafen zu lassen, desgleichen der Dritte Kongreß der NATO-Parlamentarier vom 11. bis 16. November in Paris.

Sowohl auf der Tagung der Westeuropäischen Union über den Stand der europäischen Sicherheit als auch während der Tagung der NATO-Parlamentarier wurde ausführlich und in übereinstimmender Weise zum Problem der taktischen Atomwaffen Stellung genommen⁴⁾.

1) 209. Sitzung, 10.5.1957, S. 12138 (D).

2) Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 230, vom 12.12.1957, S. 2119.

3) New York Herald Tribune, 8.10.1957.

4) Vgl. Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 199, 24. Oktober 1957, Nr. 216 v. 22. November 1957, Nr. 218 v. 26. November 1957; ferner: Der Stand der Europäischen Sicherheit (Dok. 215), Frankfurt/Berlin 1962

"Solange man noch nicht zu einer Abrüstung komme, sei es von überragender Bedeutung, militärisch stark genug zu sein, um das Gleichgewicht zu bewahren. Der Westen müsse immer in der Lage sein, sowohl einem Angriff mit konventionellen Waffen wie einem Atomangriff zu begegnen. Es sei unerlässlich, daß die WEU 30 mit taktischen Atomwaffen ausgestattete Divisionen habe, was bedeute, daß ihre Wirkung streng auf die Kampfzone begrenzt wäre"¹⁾.

Auf der Herbsttagung der WEU wurde auch die Frage der europäischen Mitbestimmung für den Fall des Einsatzes taktischer und strategischer Nuklearwaffen angeschnitten. Erstmals wurden also bereits 1957 Mahnungen an den amerikanischen und britischen Verbündeten gerichtet, die atomare Verantwortung zu teilen²⁾.

Dementsprechend empfahl die Versammlung am 12. Oktober 1957: "Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die Entscheidung über den Einsatz strategisch-nuklearer Waffen für den diese Waffen besitzenden Staat eine Verantwortung bedeutet, die zu groß ist, um sie allein zu tragen", schlug der Rat vor..... den Verfahrensweg zu prüfen, "der erforderlich wäre, um eine wirksame gemeinsame Entscheidungsgewalt über den strategischen Einsatz nuklearer Waffen innerhalb der NATO auszuüben"³⁾.

Ähnliche Gedanken wurden für eine politische Kontrolle der taktischen Atomwaffen entwickelt. Es blieb jedoch unmißverständlich, daß auch sie nach wie vor alleiniges Eigentum der Vereinigten Staaten sein würden⁴⁾. In gleicher Weise wurde auf der Tagung der WEU die Stärkung der konventionellen Bewaffnung betont, um den Einsatz nuklearer Waffen möglichst ins "zweite Stadium"⁵⁾ hinauszuzögern.

Der Standpunkt des Weißbuches, das die britische Regierung im April 1957 veröffentlicht hatte, wurde nicht gutgeheißen, daß es sich nämlich bei jedem neuen Krieg um einen Atomkrieg handeln würde⁶⁾.

Für die wirksame Verteidigung Westeuropas auf der Grundlage der Vorwärtsstrategie seien an der mittleren Front mindestens Land-

1) BPIA v. 24.10.1957, Nr. 199, S. 1821.

2) Vgl. Bericht des Verteidigungs- und Rüstungsausschusses der WEU, Dok. 64, vom 21.9.1957; a.a.O.

3) Der Stand der europäischen Sicherheit, Frankfurt/Berlin 1962, S. 73 f.
Auch: BPIA, Nr. 199, S. 1823.

4) Der Stand der europäischen Sicherheit, S. 78.

5) Ebenda, S. 90.

6) Ebenda, S. 88.

streitkräfte in einer Stärke von 30 Divisionen erforderlich¹⁾.

Die beiden letzten Stellungnahmen erfolgten bereits im Frühjahr 1957 und zeigen aufs deutlichste, daß der Übergang von der Strategie der massiven Vergeltung zur Strategie des begrenzten Krieges ein allmählicher und fließender war.

In ganz ähnlicher Weise wie die WEU forderte auch die Versammlung der NATO-Parlamentarier "Verteidigung mittels angemessener strategischer Verteidigungswaffen und eines mit angemessenen taktischen atomaren Waffen, Luft- und Seestreitkräften und einer wirkungsvollen Zivilverteidigung ausgestatteten 'Schildes'"²⁾.

Bevor die Ministertagung des Atlantik-Rats vom 16. bis 19. Dezember stattfand, wurde am 13. Dezember der sogenannte Rapackiplan auf diplomatischem Wege unterbreitet.

Am 10. Dezember hatte der Botschafter der UdSSR im Auftrag des sowjetischen Ministerpräsidenten Bulganin Bundeskanzler Dr. Adenauer einen Brief überreichen lassen, in dem er die Bundesrepublik vor der "Vorbereitung auf einen Atomkrieg" warnte und werbend für die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Zentraleuropa eintrat. Die Umwandlung der BRD in eine Abschußzone für amerikanische Raketenwaffen und die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen würden die Gefahr eines Atomkrieges auf dem Territorium der Bundesrepublik erhöhen, führte Bulganin aus.

Ferner würde die Atomausrüstung Westdeutschland so fest an den Nordatlantischen Block binden, daß auch der einzige Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands versperrt würde, nämlich ein Übereinkommen zwischen den beiden deutschen Staaten (BRD und DDR)³⁾.

Die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Zentraleuropa, die beide Teile Deutschlands einschlösse, würde die Abrüstung fördern und die internationale Spannung mindern. Wenn es in Deutschland weder deutsche noch ausländische Atomwaffen gäbe, so könnten sich auch Polen und die Tschechoslowakei verpflichten, in ihren Ländern derartige Waffen weder zu stationieren noch herzustellen. Der Frieden würde durch diese Maßnahmen gefestigt, und die Länder, die dieser Zone angehörten, wären von der Gefahr eines Atomkrieges befreit⁴⁾.

1) Ebenda, S. 87.

2) BPIA v. 26.11.1957, Nr. 218, S. 2017.

3) BPIA v. 12.12.1957, Nr. 230, S. 2123.

4) Ebenda, S. 2124.

Der Brief brachte außerdem ganz klar zum Ausdruck, daß er anlässlich der Ministerratstagung des Nordatlantikpakts verfaßt worden war.

Dieses in sehr gemäßigtem Ton gehaltene Schreiben des sowjetischen Ministerpräsidenten verband auf äußerst raffinierte Art unannehm-bare sowjetische Feststellungen und Forderungen mit Thesen, die der parlamentarischen Opposition in der Bundesrepublik entgegenka-men:

Europäisches Sicherheitssystem - aber in der Form des Rapackipla-nes,

Erhöhung der Labilität in der Welt und Blockierung der deutschen Einheit, wenn die Bundesrepublik atomar aufrüsten würde - obgleich die Wiedervereinigung in jedem Fall nur durch ein Übereinkommen der beiden deutschen Staaten erfolgen könnte.

In der 6. Plenarsitzung des Deutschen Bundestages am 12. Dezember wurde durch Carlo Schmid namens der SPD eine außenpolitische De-batte gefordert, die Aufschluß über die Haltung wünschte, welche die Bundesregierung auf der NATO-Konferenz einzunehmen gedenke; diese Forderung wurde von der CDU abgelehnt.

Auf der Ministerratstagung am 16. Dezember bekannte sich Bundes-kanzler Dr. Adenauer zur "Ausrüstung der Allianz im ganzen mit mo-dernen Waffen, die der Ausrüstung unseres Gegners gleichwertig ist"¹⁾, also zu dem, was die Opposition gerade hindern wollte und wovor sie warnte.

Auch das Kommuniqué der NATO-Konferenz betonte infolge des Schei-terns der Londoner Abrüstungsverhandlungen durch sowjetisches Ver-schulden die Entschlossenheit des Bündnisses, seiner militärischen Verteidigungsstärke "die wirksamste Form zu geben und dabei den jüngsten Entwicklungen auf dem Gebiet der Waffentechnik Rechnung zu tragen"²⁾.

1) BPIA v. 17.12.1957, Nr. 233, S. 2150.

2) BPIA v. 21.12.1957, Nr. 237, S. 2191.

H. von Siegler, a.a.O., S. 240.

"Der Nordatlantik-Rat, der vom 16. bis 19. Dezember 1957 in Paris auf der Ebene der Regierungschefs der NATO-Staaten tagte, beschloß, Vorräte an atomaren Sprengköpfen anzulegen, die im Notfall für die Verteidigung des Bündnisses leicht erreichbar sind, und ballistische Geschosse (Raketen) von mittlerer Reich-weite dem Alliierten Oberbefehlshaber in Europa zur Verfügung zu stellen. Die Verteilung dieser Vorräte und Raketen und die Ver-einbarung für ihre Verwendung würden im Einvernehmen mit den direkt beteiligten Staaten erfolgen".

In einem Telegramm und Appell an den Bundeskanzler protestierten inzwischen 84 Professoren und Dozenten der Universität Heidelberg gegen die Errichtung von Abschußbasen für Kernwaffen auf dem Gebiet der Bundesrepublik. Bis zum 22. Dezember umfaßte der Protest 122 Persönlichkeiten der Heidelberger Universität¹⁾.

Mit diesem Appell, der sich auf die Göttinger Erklärung berief, zeichnete sich in Verbindung mit der Tagespolitik und der ethischen Diskussion die Anti-Atomtod-Kampagne als eine Erscheinungsform der öffentlichen Meinung ab, die fortan in Aufrufen, Unterschriftensammlungen, Flugblattaktionen, Protestmärschen und Protestkundgebungen ihren Ausdruck fand, eine Kampagne, die heute noch in den sogenannten Ostermärschen ihre Nachwirkung findet.

Die politische Spannung wurde noch erhöht durch eine erneute Serie von Bulganin-Briefen vom 8. bis 10. Januar 1958, deren Vorschläge Bundeskanzler Adenauer in einer Rundfunkansprache über alle westlichen Sender als Propagandafeldzug und großangelegtes Störmanöver bezeichnete. Bei dieser Gelegenheit betonte er erneut, daß er den Rapackiplan für zwecklos halte²⁾.

Daher lehnte Adenauer am 20. Januar 1958 in einem Schreiben an den sowjetischen Ministerpräsidenten den Rapackiplan ab und verwies darauf, daß die BRD freiwillig verzichtet habe, ABC-Waffen zu produzieren.

In diese Atmosphäre der Spannung fiel die außenpolitische Debatte am 23. Januar 1958.

In dieser Debatte, in der man sich über längst Vergangenes stritt, erstand, so ist man versucht zu sagen, das Gespenst der außenpolitischen Vergangenheit der BRD in den Jahren zwischen 1950 und 1958. Vor dem Parlament passierten die Wiedervereinigungs- und Sicherheitsvorschläge, die Noten und Memoranden der UdSSR und der Westmächte Revue, und zusammen mit der atomaren Aufrüstung der Bundeswehr und dem Rapackiplan stand die ganze Diskussion unter der Belastung durch die ethische Problematik, den noch nachwirkenden Wahlkampf und die sich ankündigende Anti-Atomtod-Kampagne.

Schon von der Themenstellung der Oppositionsparteien her ergab sich für die Diskussion ein weiterer Radius als für die Debatte vom 10. Mai 1957. Im Mittelpunkt stand darum auch der Gesamtkom-

1) A.d.G. 1957, 6823 B.

2) Die Welt, Nr. 13, 16.1.1958.

plex des Sicherheits- und Wiedervereinigungsproblems, das durch die Unterbreitung des Rapackiplans besonders aktuell erschien.

Daher gehört an diese Stelle die Frage, worum es sich bei diesem Plan handelte und in welchem Zusammenhang er gesehen werden muß.

Unter Berufung auf die Genfer Konferenz des Jahres 1955 hatte die Bundesregierung der UdSSR Anfang September 1956 ein Memorandum übermittelt, in dem sie einen Beitrag zum Verfahren der Wiedervereinigung unterbreitete¹⁾. Daraufhin schlug Pankow am 31.12.1956 zum ersten Mal eine "Konföderation der beiden deutschen Staaten" vor, welche die Wiedervereinigung herbeiführen sollte²⁾.

Von Februar bis April 1957 erfolgte ein Notenaustausch zwischen Bulganin und Adenauer, in dem Bulganin zum Ausdruck brachte, daß nur eine "Annäherung der beiden deutschen Staaten" die Wiederherstellung der deutschen Einheit vorbereiten könnte, und in dem Adenauer die Sowjetunion auf ihre Pflicht aufmerksam machte, zusammen mit den drei Westmächten die Wiedervereinigung herbeizuführen³⁾.

Ende Juli 1957 schlug Pankow erneut die Bildung einer Konföderation vor⁴⁾.

Daß dieser Vorschlag in die laufende Atomdiskussion in der Bundesrepublik eingreifen wollte, dürfte auf der Hand liegen.

Zwei Tage später, am 29. Juli, wurde die Berliner Erklärung der drei Westmächte und der BRD veröffentlicht, die in 12 Punkten das Problem der Wiedervereinigung darlegte⁵⁾.

Am 2. August lehnte die Sowjetunion bereits diese Erklärung ab und beharrte auf dem Konföderationsplan der 'DDR'⁶⁾.

Am 2. Oktober 1957 erfolgte dann die Bekanntgabe des nach dem polnischen Außenminister Rapacki benannten Planes einer kernwaffenfreien Zone in Europa, der später präzisiert und ausgeweitet und in einer zweiten und dritten Fassung am 14. Februar und am 4. November 1958 vorgelegt wurde.

Bereits am 17. November 1956 und am 18. März 1957 hatte die Sowjetunion eine Zone der Rüstungsinspektion, Truppenabzug und Nichtan-

1) Vgl. Siegler, S. 47 ff.

2) Vgl. Siegler, S. 58.f.

3) Vgl. Siegler, S. 59 ff.

4) Vgl. Siegler, S. 71.

5) Vgl. Siegler, S. 72 ff.

6) Vgl. Siegler, S. 72 und 74.

griffspakt zwischen NATO und Warschauer Pakt gefordert¹⁾.

Das erste Mal formulierte der polnische Außenminister Adam Rapacki seine Gedanken in einer Rede, die er vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen am 2. Oktober 1957 hielt: "Im Interesse der Sicherheit Polens und der Entspannung in Europa, nach Konsultierung aller Mitglieder des Warschauer Paktes über diese Initiative, erklärt die Regierung der polnischen Volksrepublik, daß, sofern die beiden deutschen Staaten ihre Zustimmung für ein Wirksamwerden des Verbots der Produktion und der Lagerung von atomaren und thermonuklearen Waffen auf ihrem Territorium geben sollten, die Volksrepublik Polen ebenfalls bereit ist, die gleichen Maßnahmen auf ihrem Territorium durchzuführen..."²⁾.

In der vorgeschlagenen Zone, die Polen, die Tschechoslowakei, die "DDR" und die BRD umfassen würde, sollten weder Kernwaffen produziert noch gelagert und sollten auch keine Einrichtungen für ihren Einsatz stationiert werden.

Desgleichen sollten sich die vier Mächte: Frankreich, Großbritannien, die UdSSR und die USA verpflichten, für die Ausrüstung ihrer Armeen auf den Territorien dieser Staaten keine Kernwaffen zu verwenden und auch keine Geräte für einen Einsatz dieser Waffen, wie z.B. Raketenabschußbasen, einzurichten.

Die Atommächte sollten außerdem garantieren, niemals Kernwaffen gegen diese Zone anzuwenden. Ein wirksames Kontrollsystem sollte die Durchführung der genannten Verpflichtungen gewährleisten³⁾.

Aus diesem, hier in sehr knappen Grundzügen dargelegten Plan zogen die Bundesregierung und die Opposition völlig verschiedene Schlußfolgerungen:

Beide Seiten wollten den Rapackiplan in dem Gesamtzusammenhang der westlichen und der östlichen Wiedervereinigungs- und Entspannungsoffensiven seit 1950 verstanden wissen. Hier liegt der Ansatzpunkt für die ausgedehnte Diskussionsbasis in der Debatte vom 23. Januar. Angelpunkt bildete für Regierung und Opposition der sowjetische Grundriß eines Friedensvertrags mit dem anschließenden Notenwechsel vom 10. März 1952⁴⁾.

Für die Bundesregierung war das Hauptkriterium des Verständigungs-

1) Vgl. Siegler, S. 226 f.

2) Vgl. Siegler, S. 234.

3) Vgl. Siegler, S. 234 ff.

4) Vgl. Siegler, S. 32 ff.

willens der Sowjetunion die Zulassung gesamtdeutscher freier Wahlen. Daher maß sie der Note vom März 1952 propagandistischen Charakter bei, zumal der Absendetermin mit dem Zeitpunkt der EVG-Verhandlungen zusammenfiel, die im Februar und im Mai 1952 ihre Höhepunkte erreichten.

Für die SPD, die sich aus Sorge um die Wiedervereinigung damals scharf gegen einen militärischen Beitrag der Bundesrepublik im Rahmen der EVG gewandt hatte, stellte der sowjetische Vorschlag eine willkommene Verhandlungsgrundlage dar, um auf diese Weise die Westintegration zu umgehen und den Grad der sowjetischen Bereitschaft zu erkunden. Gesamtdeutsche freie Wahlen besaßen für die SPD nicht unbedingte Priorität.

Mitten in den Notenwechsel, der bis zum 23. September 1952 anhielt, fielen ein Vortrag (am 6.6.) und eine Denkschrift (am 2.9.) von Karl Pfeleiderer (FDP), der eine Neutralisierung der Bundesrepublik zwar ablehnte, aber zugleich vor dem Beitritt in die EVG warnte.

Auch er bezweifelte sehr ein Weiterkommen auf dem Wege der Wiedervereinigung, wenn die Bundesrepublik auf der Priorität gesamtdeutscher freier Wahlen beharrte. "Nun, wir sollten den Gedanken an die Wahlen gewiß nicht preisgeben, denn sie sind nötig und müssen kommen. Wir sollten aber den Gedanken an die Wahlen zurückstellen und sollten klar und unverblümt von dem Hauptziel unserer Politik ausgehen, von der Räumung der Sowjetzone durch die Russen und von der Liquidierung des dortigen Systems. Und wenn wir dies tun, dann lautet die Frage einfach so: 'Was kostet dies? Wie hoch ist politisch der Preis?', mit anderen Worten: 'Wie soll das Staatensystem zwischen Ost und West ausgewogen werden, in dessen Mitte das freie und vereinte Deutschland einzutreten hätte?'¹⁾.

Vorbild für ein ausgeglichenes Verhältnis des wiedervereinigten Deutschlands nach Westen und Osten hin bildete für Pfeleiderer der Locarno-Pakt, d.h. das ehemalige europäische Vertragssystem der Jahre 1925/26²⁾.

Die Ablehnung von Verhandlungen durch die Bundesregierung bedeutete unter diesen Gesichtspunkten für die SPD ein schweres Versäumnis.

Während der Bundestagsdebatte vom 23. Januar 1958 wurde auf die-

1) Vgl. Siegler, S. 162.

2) Vgl. Siegler, S. 163.

ses Versäumnis besonders von dem ehemaligen CDU-Mitglied Gustav Heinemann hingewiesen¹⁾.

Von der Bundesregierung wurden alle Sowjet-Noten zur Deutschlandfrage in den Jahren nach 1950 hingegen als Taktik verstanden: die sowjetische Initiative im Jahre 1954 fiel in die Zeit der endgültigen Entscheidung für bzw. gegen die EVG, die dann in der Französischen Nationalversammlung am 30. August ja auch im negativen Sinne fiel. Als daraufhin der Beitritt der Bundesrepublik zum Pariser Vertragswerk akut wurde, wollte die Sowjetunion plötzlich über den Eden-Plan des Jahres 1954 verhandeln, der die Wiedervereinigung Deutschlands durch freie Wahlen gefordert hatte²⁾.

Auf der Genfer Gipfelkonferenz der Regierungschefs Frankreichs, Großbritanniens, der UdSSR und der USA und auf der Genfer Außenministerkonferenz kam es erstmals zu Vorschlägen der Westmächte, eine "militärisch-verdünnte Zone" zu schaffen, allerdings in Verbindung mit der Zulassung gesamtdeutscher freier Wahlen durch die Sowjetunion³⁾.

Auf diese Vorschläge hin erfolgten entsprechende Gegenvorschläge der UdSSR über einen Gesamteuropäischen kollektiven Sicherheitspakt, in dem weder von freien Wahlen, noch von Wiedervereinigung, dafür aber von der Nicht-Beteiligung der Teilnehmer-Staaten an Koalitionen und Bündnissen die Rede war⁴⁾. Der von der Sowjetunion ferner vorgeschlagene "Gesamtdeutsche Rat" setzte nach Ansicht der Bundesregierung praktisch eine Anerkennung der "DDR" voraus⁵⁾.

Das Verhalten der deutschen Opposition lag ganz konsequent weiterhin auf der bereits erwähnten Linie: Ihre Abneigung gegen einen Beitritt der Bundesrepublik zur NATO und zur WEU, die ihrer Furcht vor einer weiteren Verhärtung des Ost-West-Verhältnisses und vor einer weiteren Vertiefung der deutschen Spaltung entsprang,

1) Vgl. Deutscher Bundestag, Sitzungsprotokoll der 9. Sitzung, 23.1.1958, S. 401 ff.

"Ich erachte es für die historische Schuld der CDU, daß sie bis zum Jahre 1954 in dieser leichtsinnigen Weise die damaligen Möglichkeiten ausgeschlagen hat, denen wir heute nachtrauern müssen."

9. Sitzung, 23.1.1958, S. 403.

2) Vgl. Siegler, S. 36 ff.

3) Vgl. Siegler, S. 219 ff, S. 42 ff: Eisenhower-Plan, erster und zweiter Eden-Plan.

4) Ebenda, S. 220 f.

5) Ebenda, S. 44

und ihr Wunsch, diese militärische Bindung an den Westen zu hindern, ließ sie in den Vorschlägen auf den Genfer Konferenzen abermals eine Verhandlungsgrundlage erblicken.

Auch hierzu nahm Heinemann während der Bundestagsdebatte eindringlich Stellung.

Von dieser Basis aus wird die "Sympathie" verständlich, welche SPD und FDP den Vorschlägen Rapackis und den Disengagement-Plänen George F. Kennans entgegenbrachten, dessen Vorstellungen im November 1957 in einer Serie von Rundfunksendungen entwickelt wurden¹⁾.

Am 6. Dezember stand in der Bonner Diplomatischen Korrespondenz eine Kritik zu den Überlegungen Kennans, in der es u.a. heißt: "In ihrem praktischen Kern stimmen die Gedankengänge Kennans mit gewissen seit vielen Jahren diskutierten Ideen für eine Lösung der europäischen Fragen, insbesondere der Wiedervereinigungsfrage überein: es handelt sich um die Vorschläge eines beiderseitigen Rückzugs der Truppen der Hauptmächte nach Ost und West sowie die Schaffung einer verdünnten Zone beiderseits der Zonengrenze. Die 'Verdünnung' besteht nach den Vorschlägen Kennans in dem Verzicht, in den betreffenden Gebieten Atomwaffen aufzustellen."²⁾

Die Kritik der Bundesregierung an diesen Gedanken setzte bei zwei Problemen an: wie soll in diesem atomwaffenfreien Raum eine wirk-same Kontrolle garantiert werden, und wie kann verhindert werden, daß dieses System europäischer Sicherheit nicht auf dem status quo der Teilung Deutschlands errichtet wird? Außerdem wird Kennans Haltung zum Prinzip der Entscheidungsfreiheit Gesamtdeutschlands beanstandet, das er einschränkt, das die Bundesregierung aber nicht aufzugeben gewillt war.

Die Schaffung einer kontrollierten atomwaffenfreien Zone und die Herauslösung des östlichen und des westlichen Teiles Deutschlands aus dem jeweiligen östlichen bzw. westlichen Blocksystem, wodurch die Wiedervereinigung u.U. auf Kosten der völligen Entscheidungsfreiheit eines späteren Gesamtdeutschlands erreicht wurde, und wodurch außerdem das Sicherheitsproblem (in der Methode des Vorgehens) Vorrang vor der Wiederherstellung der deutschen Einheit

1) George F. Kennan, Rußland, der Westen und die Atomwaffe (The Reith Lectures) Ullstein, Frankfurt 1958; s. auch Siegler, S. 166 ff.

2) Vgl. Siegler, S. 237.

gewann, sind Gedanken, die auch der Ollenhauer-Plan vom Mai 1957 enthält¹⁾. Es lag darum nahe, daß SPD und auch FDP die Vorstellungen Kennans und Rapackis für diskutabel hielten. Die glatte Ablehnung von Rapackiplan und Reith Lectures durch die Bundesregierung betrachteten die Oppositionsparteien daher als Schlusstrich unter die Wiedervereinigung Deutschlands²⁾.

In völligem Gegensatz zu dieser Ansicht steht die Regierungserklärung des damaligen Bundesaußenministers H. von Brentano am 23. Januar 1958. Indem er sich hinter die Argumente stellt, mit denen Bundesverteidigungsminister Strauß in der Debatte vom 10. Mai 1957 die etwaige atomare Aufrüstung der Bundeswehr verteidigt hatte (vgl. S. 54 ff), kommt er auch auf den Rapackiplan zu sprechen, den er im Lichte der Erklärung der 12 kommunistischen Parteien vom November 1957 sieht, die auch von der polnischen Regierung unterzeichnet wurde.

In dieser Erklärung käme der Wille zum Ausdruck, den Kommunismus mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln auszubreiten³⁾.

1) Vgl. Siegler, S. 165 f.

2) Im Deutschland-Plan der SPD vom 18. März 1959 lebten diese Gedanken nochmals auf. Dieser Plan wurde seit dem Frühjahr 1960 von der SPD selbst als überholt betrachtet, s. hierzu Siegler, S. 173; Deutschland-Plan; S. 181: Erklärung Herbert Wehners vom 24.3.1960. Ganz ähnliche Gedanken beinhaltet der Deutschland-Plan der FDP vom 20.3.1959: s. Siegler, S. 175 ff. - Auch die Vorschläge von Helmut Schmidt, die er am 5. November 1959 in einer außenpolitischen Debatte des Bundestages machte, liegen auf der gleichen Linie: s. Siegler, S. 180 f. H. Schmidt, Verteidigung oder Vergeltung, S. 176, S. 177 ff.

3) Vgl. auch W. Grewe, Deutsche Außenpolitik der Nachkriegszeit, Stuttgart 1960, S. 378.

"Die friedliche Koexistenz", so konnte man vor einem Jahr auf der Tagung der Obersten Sowjets am 12. Februar 1957 hören, "ist Kampf: politischer Kampf, wirtschaftlicher Kampf, ideologischer Kampf". Sie bedeutet keinen Verzicht auf die Weltrevolution, im Gegenteil: die Moskauer Deklaration der kommunistischen Parteien vom 14. bis 16.11.1957 hat ganz detailliert dargelegt, daß der Hauptinhalt unserer Epoche der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus ist, daß es um die Zukunft eines sozialistischen Weltsystems gehe, "um die universale Wahrheit des Marxismus-Leninismus", um die Umgestaltung der alten Welt und die Schaffung einer neuen.

Die Arbeiterklasse werde bestrebt sein, die sozialistische Revolution mit friedlichen Mitteln durchzuführen und die Staatsmacht ohne Bürgerkrieg zu erobern; man müsse jedoch auch die Möglichkeit des nicht-friedlichen Übergangs zum Sozialismus im Auge haben - für den Fall nämlich, daß die Ausbeuterklassen dem Volke gegenüber Gewalt brauchen und die Macht nicht freiwillig abtreten sollten".

Die Annahme des Planes würde eine Vorleistung darstellen, die weder die Entspannung noch die Lösung der deutschen Frage brächte, denn der von der Sowjetunion vorgezeichnete Weg zur Wiedervereinigung über eine Konföderation der angeblich bestehenden deutschen Staaten auf der Grundlage der Anerkennung und allseitigen Wahrung ihrer Interessen sei für das deutsche Volk ungangbar, weil er zur Anerkennung der "DDR" führe¹⁾.

Ganz im Sinne der Vorstellungen der Sozialdemokratischen Partei entwickelte dagegen Erich Mende seine Gedanken über eine Wiedervereinigung Deutschlands.

Die deutsche Einheit könne nur erreicht werden, wenn freie gesamtdeutsche Wahlen am Ende der Entwicklung zu einem wiedervereinigten Deutschland stehen würden, das seine militärische Handlungsfreiheit freiwillig eingeschränkt habe, indem es weder einem West- noch einem Ostblock angehöre und auf die Produktion, den Besitz und den Gebrauch von ABC-Waffen verzichte.

Ein europäisches Sicherheitssystem, die Mitgliedschaft in der UNO und eigene Truppen sollten Ordnung und Sicherheit dieses wiedervereinigten Deutschlands gewährleisten²⁾.

Solange sich die Diskussion im Bundestag auf der rein politischen Plattform abspielte, herrschte bei aller Schärfe der Formulierungen und bei allen gegenseitigen Beschuldigungen und Unterstellungen doch das Bewußtsein vor, daß man innerhalb relativer Maßstäbe argumentierte³⁾.

Durch Thomas Dehler und Gustav Heinemann wurden jedoch in der zweiten Hälfte der Bundestagssitzung ethische Probleme in einer Form in die Diskussion hineingetragen, die der Schwierigkeit und der Differenziertheit der politischen, militärischen und ethischen Fragen nicht angemessen war.

1) Vgl. Siegler, S. 199 ff.

Vgl. auch Sitzungsprotokoll v. 23.1.1958, S. 300 f.

2) Vgl. Siegler, S. 170 f.

3) Wilhelm Grewe bemerkt hierzu ganz richtig, es gäbe bei der Beurteilung geschichtlicher und politischer Vorgänge dieser Art keine schlüssigen Beweise, solange die internen Überlegungen der sowjetischen Seite nicht durch beweiskräftige Dokumente belegt seien. Solange das nicht der Fall sei, müsse sich das politische Urteil auf Indizien stützen, die dann zu dieser oder jener Schlußfolgerung führten.
Wilhelm Grewe, Deutsche Außenpolitik der Nachkriegszeit, S. 231.

Wenn Dehler den von Strauß aufgestellten Vorwurf der 'Atompanik' mit den Fragen abweist:

"Wer hat sie (die Atombombe) in die Welt gebracht? Wer hat die erste Bombe über Hiroshima abgeworfen? Wir wollen unsere intellektuelle Mitschuld an der wissenschaftlichen Entwicklung nicht leugnen.... Wer hat sie in die Welt gebracht, wer hat den Vorsprung gehabt, und wer hat die Politik der Stärke auf den Besitz der nuklearen Waffen, auf den Besitz der Wasserstoffbombe gestützt?"¹⁾, so begibt er sich damit nicht nur auf ein 'weites Feld', sondern vereinfacht mindestens im gleichen Maße wie die Politiker, die den Gegnern atomarer Aufrüstung in der Bundesrepublik 'Atompanik' unterschoben.

Auf wesentlich höherem Niveau als die Rede Dehlers bewegten sich die Ausführungen von Gustav Heinemann²⁾. Es ist überhaupt völlig unbegreiflich, daß seine Bundestagsrede so viel Staub aufwirbeln konnte.

Die von ihm - und nicht von ihm allein - aufgeworfene Frage, ob es im politischen Sinne klug und im christlichen Sinne berechtigt sei, das Wort "christlich" in einen Parteinamen aufzunehmen, erscheint doch immerhin eine Diskussion wert zu sein³⁾.

Ebenso beinhaltet der Satz: "Es geht um die Erkenntnis, daß Christus nicht gegen Karl Marx gestorben ist, sondern für uns alle"⁴⁾, eine einfache und klare christliche Wahrheit, die erstaunlicherweise christliche Empörung auslöste.

Doch selbst, wenn man meint, es nicht gerade so ausdrücken zu sollen, ist die Entgegnung des Abgeordneten Schneider von der DP gewiß christlich verfehlt, wenn er sagt: "Den Ausspruch, den der Kollege Dr. Heinemann unter Nennung des Namens Christus im Zusammenhang mit Karl Marx, dem Lehrer der antichristlichen Weltanschauung, getan hat, betrachten meine Freunde als eine Lästerung!

Ich möchte Herrn Dr. Heinemann von dieser Stelle aus an den Katechismus Martin Luthers erinnern: Du sollst den Namen Deines Herrn nicht unnützlich führen, denn der Herr wird den nicht ungestraft

1) Deutscher Bundestag, Sitzungsprotokoll, 9. Sitzung, 23.1.1958, S. 390; vgl. auch zur Polemik Dehlers gegen die Bundesregierung und gegen seinen bayrischen Kollegen Alois Hundhammer, ebenda, S. 398: man lese am besten die ganze Seite!

2) Ebenda, S. 401 ff.

3) Ebenda, S. 403.

4) Ebenda, S. 405.

lassen, der seinen Namen mißbraucht"¹⁾:

Auch hier kann man nur feststellen: so sollte in einer parlamentarischen Debatte nicht diskutiert werden!

Die Reaktion des Bundestagspräsidenten Eugen Gerstenmaier war deshalb nur allzu berechtigt, als er beide Sprecher bat, die Theologie draußen zu lassen und sich auf die politische Themenstellung zu beschränken²⁾.

Wie wenig die politische Atomdiskussion in der Bundesrepublik zu diesem Zeitpunkt bereits ohne die ständige Orientierung an allgemein-ethischen und christlich-ethischen Maßstäben auskommen konnte, wie sehr die Gewissen aller Politiker mit den Verlautbarungen der Kirchen und kirchlicher Kreise konfrontiert wurden, wie heftig die öffentliche Meinung auf politische Debatten einerseits und die ethischen Stellungnahmen andererseits reagierte, und wie genau diese Reaktion von den führenden Politikern registriert wurde, soll mit der Bundestagsrede Heinemanns angedeutet werden.

Daß durch den ständigen Rückgriff auf ethische Grundsatzfragen die Gefahr bestand, die politische Thematik der Debatte ins grundsätzlich Moralische zu überhöhen und somit dem politischen Gegner nicht mehr gerecht zu werden, soll diese Rede ebenfalls zeigen.

Es ist zwar seelsorgerisch, die Frage zu stellen, wie eine sich christlich nennende Partei mit dem ethischen Problem fertig werden wolle, u.U. zu Atomwaffen zu greifen³⁾.

Es ist nicht mehr seelsorgerisch, sondern abwertend, wenn man dem politischen Gegner, der eine atomare Bewaffnung politisch und militärisch für notwendig hält, zuruft, Zwangsläufigkeit sei eine atheistische Denkkategorie, von der nur jemand sprechen könne, für den Gott nicht mehr im Weltregiment sitze⁴⁾.

1) Ebenda, S. 414.

2) Ebenda, S. 415.

3) Ebenda, S. 405.

4) Ebenda, S. 406.

4. Die Debatte vom 20. bis 25. März 1958

Die große Bundestagsdebatte, welche die Regierung ermächtigte, gegebenenfalls die Bundeswehr mit taktischen Atomwaffen auszurüsten, und die außerdem über die Lagerung von Atompotential durch dritte Staaten in der Bundesrepublik entschied, ging zurück auf eine große Anfrage der Fraktion der CDU/CSU betreffend die deutsche Frage auf künftigen internationalen Konferenzen und auf eine große Anfrage der Fraktion der FDP betreffend Gipfelkonferenz und atomwaffenfreie Zone.

Sie fand vom 20. bis 25. März statt und umfaßte vier volle Sitzungstage.

Eine sachliche Diskussion über die Atomwaffenfrage war zu diesem Zeitpunkt bereits nicht mehr möglich, weil die Debatte inmitten der Anti-Atomtod-Kampagne stattfand.

Der Aufruf des Arbeitsausschusses "Kampf dem Atomtod" war am 10. März erfolgt, und die lange Reihe der Unterzeichneten wies eine große Anzahl bekannter Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens auf.

Gerade in den Tagen, an denen die Bundestagsdebatte abrollte, fand die große Kundgebung in Frankfurt/M. statt, zu welcher der Ausschuß "Kampf dem Atomtod" am 10. März aufgerufen hatte¹⁾.

In knappen Sätzen stellt das Manifest dar, daß das deutsche Volk diesseits und jenseits der Zonengrenze im Falle eines Krieges zwischen Ost und West dem sicheren Atomtod ausgeliefert sei, und daß es keinen Schutz dagegen gebe.

Eine Beteiligung am atomaren Wettrüsten und die Bereitstellung deutschen Gebietes für Abschußbasen von Atomwaffen würden diese Bedrohung nur erhöhen.

Ziel einer deutschen Politik müsse deshalb die Entspannung zwischen Ost und West sein. Nur eine solche Politik diene der Sicherheit des deutschen Volkes und der nationalen Existenz eines freiheitlich-demokratischen Deutschlands.

Bundestag und Bundesregierung werden daher aufgefordert, den Rüstungswettkampf mit atomaren Waffen nicht mitzumachen, sondern als

1) Evangelische Stimmen zur Atomfrage, S. 142.

Blaubuch-Dokumentation über den Widerstand gegen die atomare Aufrüstung der Bundeswehr, S. 11 f.

Beitrag zur Entspannung alle Bemühungen um eine atomwaffenfreie Zone in Europa zu unterstützen. Das gesamte deutsche Volk wird außerdem aufgerufen, sich einer lebensbedrohenden Rüstungspolitik zu widersetzen und stattdessen eine Politik der friedlichen Entwicklung zu fördern.

"Wir werden nicht Ruhe geben, solange der Atomtod unser Volk bedroht"¹⁾.

Namen wie die von Stefan Andres, Heinrich Böll, Max Born, Max Brauer, Thomas Dehler, Walter Dirks, Helmut Gollwitzer, Gustav Heinemann, Erich Kästner, H.F. Kloppenburg, Eugen Kogon, Martin Niemöller, Erich Ollenhauer, Willi Richter, Carlo Schmid, Heinrich Vogel, Alfred Weber, Helene Wessel, Ernst Wolf u.a. wiesen darauf hin, daß es sich bei dieser Aktion um Kreise handelte, die der SPD und pazifistischen Gruppen nahestanden, bzw. aus ganz bestimmten theologischen Gründen das politische Programm der SPD unterstützten.

In dieser unguten, aufgeputschten Stimmung, in der sich beide Seiten, Gegner und Befürworter einer atomaren Bewaffnung der Bundeswehr, befanden, führte die Debatte über scharfe Formulierungen zu beleidigenden gegenseitigen Beschuldigungen, zumal bestimmte politische Ereignisse seit dem 23. Januar Regierung und Opposition in ihrem jeweiligen politischen Standpunkt zu bestätigen schienen.

In einer Rede am 22. Januar auf der Konferenz der Aktivisten der Landwirtschaft Bjelorußlands hatte sich der Erste Sekretär des ZK der KPdSU Nikita Chruschtschow mit der internationalen Lage befaßt. Er äußerte sich auch zur Deutschlandfrage und legte dar, daß man die geschichtliche Tatsache anerkennen müsse, daß in Deutschland zwei Staaten mit unterschiedlicher sozialer Struktur existierten: die sozialistische Deutsche Demokratische Republik und die kapitalistische Bundesrepublik Deutschland. Die Regierung der DDR habe den vernünftigen Vorschlag gemacht, im Interesse einer friedlichen Wiederherstellung der Einheit des Landes zunächst einen deutschen Staatenbund zu schaffen, der eine vertragsmäßige Vereinigung der beiden souveränen Staaten zur Durchführung einer gemeinsamen Politik in einem bestimmten Kreis außen- und innenpolitischer Fragen darstellen solle.... In Genf, lange

1) Ebenda.

vor Genf und sogar nach Genf hätten Moskauer Politiker in zahlreichen politischen Erklärungen und diplomatischen Noten eine Definition der 'europäischen Sicherheit' im Sinne der Entmilitarisierung und Neutralisierung Deutschlands gegeben¹⁾.

Laut "Die Welt" vom 29. Januar hatte Nikita Chruschtschow dem Zeitungsverleger Axel Springer und dem Chefredakteur der "Welt" Hans Zehrer außerdem schriftlich etliche Fragen zur Wiedervereinigung beantwortet.

Auch ihnen gegenüber betonte er, daß die Vereinigung Deutschlands ein zweiseitiger Prozeß sei, der sich nicht ohne die beiden deutschen Staaten vollziehen könne.

Es sei klar, daß an der Ausarbeitung eines Friedensvertragsentwurfs die Deutschen selbst, die DDR und die Bundesrepublik Deutschland, teilnehmen müßten. Die realsten Möglichkeiten für den Abschluß eines Friedensvertrags mit Deutschland sei der Vorschlag der DDR über die Gründung einer deutschen Konföderation.

"Wir sind der Ansicht", heißt es weiter, "daß beide deutsche Staaten bedingungslos auf alle Arten von Waffen der Massenvernichtung verzichten müssen, das heißt, daß sie verzichten müssen sowohl auf die eigene Erzeugung von Atom-, Wasserstoff- und Raketenwaffen als auch auf die Ausrüstung ihrer Streitkräfte mit solchen Waffen ausländischer Produktion, und daß sie die Errichtung von Atom- und Raketenstützpunkten anderer Mächte auf ihrem Territorium nicht zulassen dürfen. Beide deutsche Staaten müssen, wenn sie den Weg der Wiedervereinigung ihrer nationalen Einheit einschlagen, aufhören, Mitglieder militärischer Mächtigkeitsgruppen zu sein, denen sie gegenwärtig angehören. Und schließlich ist es unerlässlich, daß durch eine Vereinbarung zwischen den Regierungen der DDR und der Bundesrepublik der Stand der Streitkräfte beider deutscher Staaten in Übereinstimmung und Gewährleistung der inneren Sicherheit festgelegt wird"²⁾.

Ohne Zweifel schienen diese Feststellungen die Haltung des Bundesaußenministers H. von Brentano zu bestätigen, die er in der Debatte am 23. Januar geäußert hatte, daß die Unterbreitung des polnischen Rapackiplanes mit sowjetischer Rückendeckung geschehen sei, und daß er nichts Positives zur deutschen Wiedervereinigungs-

1) Vgl. hierzu AdG, 6867 C, 6868, 6869.

2) AdG 6884 C, 6885.

frage aussage, weil das sowjetische Beharren auf der Existenz von zwei deutschen Staaten und der Plan einer Konföderation für die BRD unannehmbar seien.

Auf der anderen Seite übermittelte das polnische Außenministerium am 14. und 15. Februar einer Anzahl von Regierungen Noten und ein Memorandum über die Durchführung des Rapacki-Planes, in dem ausdrücklich das Problem der Kontrolle angeschnitten wird, durch dessen Fehlen der Plan ohnehin indiskutabel gewesen wäre¹⁾.

Gerade das ausführliche Eingehen auf den wichtigen Punkt der Kontrollen bestärkte SPD und FDP in ihrer Annahme, daß es sich mit diesem Plan um ein selbständiges polnisches Anliegen handele, aus dem u.U., eben weil Polen an einer kernwaffenfreien Zone wirklich interessiert zu sein schien, in Verhandlungen Kapital zu schlagen sei.

Da die Vorbereitung auf die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen diesen Plan aber zunichte machen würde, was die SPD als äußerst verhängnisvoll betrachtete, unterstützte sie natürlich die einsetzende Anti-Atomtod-Kampagne, um so die öffentliche Meinung gegen ihrer Ansicht nach voreilige und verderbliche Entschlüsse der Regierung zu mobilisieren.

Kurz nach Überreichung des vollen Wortlauts des Rapackiplans lud Polen die BRD zu Verhandlungen über die Vorschläge ein²⁾.

In der gleichen Zeit äußerte sich die Sowjetregierung positiv zum Rapackiplan³⁾, ohne jedoch den sehr wesentlichen Vorschlag eines geeigneten Kontrollsystems überhaupt zu erwähnen.

Wenige Tage später sprach sich der NATO-Oberbefehlshaber General Norstad in einem Rundfunkinterview für die Bewaffnung der Bundeswehr mit Atomwaffen aus, welche er für "eine erfolgreiche Verteidigung als absolut unentbehrlich" ansah. Gleichzeitig lehnte Norstad eine kernwaffenfreie Zone aus politischen und militärischen Gründen ab⁴⁾.

Erfordernisse des Bündnisses und Gleichberechtigung innerhalb des Bündnisses, die beiden Punkte, welche die Bundesregierung immer wieder für eine Ausrüstung deutscher Truppen mit atomaren Waffen geltend machte, wurden erneut vom NATO-Oberbefehlshaber hervorge-

1) Vgl. Siegler, S. 235.

2) A.d.G., 6900 A.

3) A.d.G., 6902 E.

4) "Die Welt", Nr. 48, 26.2.1958.

hoben¹⁾.

Unter diesem Aspekt war die in Aussicht genommene Bestellung der zwölf unbemannten Bomber, Typ "Matador", über deren Liefermöglichkeiten der Bundesverteidigungsminister in Washington Gespräche führte, nicht so sensationell, wie dieses Ereignis für Gegner einer atomaren Ausrüstung erscheinen mochte²⁾.

In dieses Hin und Her politischer und militärischer Argumentationen und Gegenargumentationen, das sich mit der explosiven Stimmung der Anti-Atomtod-Kampagne verband, schlug plötzlich die Nachricht ein, daß ein amerikanischer Düsenbomber vom Typ B-47 auf einem Übungsflug über der Ostküste der USA eine Atombombe verloren habe.

Die Kernladung der Bombe explodierte zwar nicht, aber immerhin wurden durch die Explosion der Zündladung sechs Personen verletzt³⁾.

Diese Meldung steigerte natürlich die Erregung über die atomare Ausrüstung der Bundeswehr und führte zur Verschärfung der Kampagne gegen die Nuklearwaffen.

Am 15. März veröffentlichte das Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung eine Erklärung der Bundesregierung, in der diese darauf hinweist, daß die Frage der Wiedervereinigung auf jeden Fall Gegenstand von Verhandlungen auf einer möglichen Gipfelkonferenz sein müsse, da man ein politisches Problem von solch zentraler Bedeutung nicht ausklammern könne, ohne die Aussichten einer Konferenz auf höchster Ebene zu gefährden⁴⁾.

Daraufhin - am 19. März - überreichte der Sowjetbotschafter Smirnow dem Bundeskanzler ein Aide-Mémoire, das ausführlich zur Deutschlandfrage Stellung nahm und am 20. März, also am Tage des Beginns der Bundestagsdebatte, von der Agentur TASS im Wortlaut

1) Ebenda.

2) Vgl. "Die Welt", Nr. 59 v. 11.3.1958.

Es entspricht der Wahrheit, wenn der "Matador" in der Bundestagsdebatte vom 20. bis 25. März als Zweizweckwaffe bezeichnet wurde. H.Schmidt bezweifelt jedoch den Wert des "Matadors" für herkömmliche Sprengkörper auf Grund seiner Reichweite und seiner Kostspieligkeit.

Definition: Matador = US-amerikanischer ferngelenkter Boden-Boden-Flugkörper, luftatmend, Reichweite ca. 700 km; bei US-Luftwaffe in Europa eingesetzt, wird auch an Bundesrepublik Deutschland geliefert.

H.Schmidt, Verteidigung oder Vergeltung, S. 257.

3) "Die Welt" v. 13.3.1958.

4) Vgl. A.d.G., 6947 D.

veröffentlicht wurde. Unmißverständlich weist die Sowjetregierung in ihrer Note die Vorstellungen über die Wiedervereinigung, wie die Bundesregierung sie vertritt, zurück. Sie wiederholt die Gedanken über die Hinzuziehung der beiden deutschen Staaten bei der Vorbereitung eines einzigen Friedensvertrages für ganz Deutschland, und sie wiederholt ferner den Konföderationsplan der "DDR", den sie zur Vorbereitung der nationalen Einheit warm empfiehlt. Versuche, das deutsche Problem in der Form, wie sie bisher von der Bundesregierung vorgeschlagen worden sei, auf einer Gipfelkonferenz behandeln zu lassen, würde die Einberufung einer solchen Konferenz nur behindern.

Die Bundesregierung sei sich der Tatsache wohl bewußt, daß die sowjetische Regierung sich den bestehenden Vorschlägen, die deutsche Wiedervereinigung auf einer Gipfelkonferenz zu besprechen, entschieden widersetze, und zwar deshalb, weil diese Aufgabe von niemandem als von den beiden deutschen Staaten, die die Wiedervereinigung anstrebten, gelöst werden könne. Wenn die Bundesregierung trotzdem darauf bestehen sollte, die deutsche Wiedervereinigung bei der bevorstehenden Gipfelkonferenz zu erörtern, könne dies nur als Wunsch interpretiert werden, die Einberufung einer Konferenz zu verhindern und damit die Lösung der deutschen Frage weiterhin zu verzögern.

In ihren Vorschlägen, die auch der Regierung der Bundesrepublik übermittelt worden seien, habe sich die sowjetische Regierung dafür eingesetzt, daß die an der Konferenz beteiligten Staaten ihre Aufmerksamkeit auf die dringendsten internationalen Probleme konzentrieren sollten, wie die sofortige Einstellung der Versuche mit Atom- und Wasserstoffbomben, die Errichtung einer von Atomwaffen und Raketen freien Zone in Zentraleuropa, den Abbau der auf deutschem Territorium und innerhalb der Grenzen anderer Staaten stationierten ausländischen Truppen usw....¹⁾.

Die Themenstellung dieses Aide-Mémoires der Sowjetunion steht nun in engem Zusammenhang mit den beiden großen Anfragen der CDU/CSU und der FDP an die Regierung der Bundesrepublik.

Von der Formulierung der beiden großen Anfragen her gesehen, könnte die Debatte als Fortsetzung der außenpolitischen Diskussion vom 23. Januar aufgefaßt werden, der sozialdemokratische Abgeordnete

1) Vgl. hierzu: A.d.G. 6950 E.

Arndt lenkte sie jedoch bereits am ersten Diskussionstag auf die atomare Ausrüstung der Bundeswehr, die fortan Hauptthema der Debatte bildete.

Der CDU-Abgeordnete Gradl eröffnete die Sitzung mit dem Fragenkomplex der CDU/CSU: Behandlung der deutschen Frage auf künftigen internationalen Konferenzen, der fünf Punkte umfaßte. Man fragt:

1. Ob die Wiedervereinigung Deutschlands auf einer Gipfelkonferenz behandelt werden sollte¹⁾,
2. ob die Bundesregierung eine Behandlung von Fragen der europäischen Sicherheit auf einer Gipfelkonferenz für nützlich halte, wenn die Behandlung der Wiedervereinigungsfrage von der Sowjetunion abgelehnt werde²⁾.

Unter Berufung auf die Genfer Gipfelkonferenz wird von Gradl hierbei auf den inneren Zusammenhang von europäischer Sicherheit und Wiedervereinigung aufmerksam gemacht, ein Junktim³⁾, das auf alle Fälle aufrechterhalten bleiben müsse.

3. fragt Gradl für seine Fraktion, ob die Bundesregierung an dem Grundsatz festhalte, daß für die Wiedervereinigung freie Wahlen in beiden Teilen Deutschlands unerläßlich seien⁴⁾.
Allerdings brauchten sie nicht der allererste Akt im Vorgang des Wiedervereinigungsprozesses zu sein⁵⁾.
4. wird die Bundesregierung gebeten, zu dem Vorschlag einer Konföderation zwischen der Bundesrepublik und der sogenannten DDR Stellung zu beziehen⁶⁾.

Preis für den Abschluß einer Konföderation wäre nach Ansicht Gradls die Anerkennung der Deutschen Demokratischen Republik als zweiter deutscher Staat und die Befreiung der vier Mächte von ihrer Verantwortung für die Wiedervereinigung⁷⁾.

5. Soll die Bundesregierung über ihren Standpunkt Auskunft erteilen, ob und bis zu welchem Grade sie die NATO-Partner wegen dieser Probleme der Bundesrepublik zu konsultieren gedenke, da weder Sicherheit noch Wiedervereinigung ohne das Bündnis zu erreichen seien⁸⁾.

1) Deutscher Bundestag, 18. Sitzung, 20.3.1958, S. 824 B.
2) Ebenda, S. 825 B.
3) Ebenda, S. 825 D.
4) Ebenda, S. 826 A.
5) Ebenda, S. 826 B.
6) Ebenda, S. 827 B.
7) Ebenda, S. 827 C.
8) Ebenda, S. 828 A.

Die Antwort auf diese Anfrage, die Bundesaußenminister von Brentano erteilte¹⁾, lag völlig auf der Ebene der außenpolitischen Konzeption der Bundesregierung vom Vorjahr und ergab sich ferner aus der durchgehenden Linie der Außenpolitik der CDU/CSU, die im vorangegangenen Kapitel geschildert wurde; sie erhielt außerdem ihre besonderen Akzente durch die Tagung der Kommunistischen Parteien im November 1957, die beiden Stellungnahmen Chruschtschows zur Deutschlandfrage in Minsk am 22. Januar und in Moskau am 29. Januar, sowie durch das soeben zitierte Aide-Mémoire, welches der Sowjetbotschafter Smirnow dem Bundeskanzler übermittelt hatte.

Auf diesem Hintergrund erscheint die Antwort der Bundesregierung politisch konsequent und in ihrer Formulierung klar und eindeutig.

Sie läuft wie in der großen Debatte des Jahres 1957²⁾ auf den Zusammenhang von allgemeiner kontrollierter Abrüstung, Sicherheit, Entspannung und Wiedervereinigung hinaus.

In der Methode der Herstellung der deutschen Einheit wird erneut an dem Grundsatz festgehalten, daß freie Wahlen am Anfang der Wiedervereinigung stehen müssen, und daß ein gesamtdeutsches Parlament die Freiheit besitzen solle, innenpolitisch über seine soziale und wirtschaftliche Struktur, außenpolitisch über die Fortsetzung der europäischen Politik und sein Bekenntnis zu den freien Völkern der Welt zu entscheiden. Die Konföderation, welche normalerweise völkerrechtlich ein Staatenbund, d.h. der Vertrag zweier unabhängiger Staaten sei, wird darum abgelehnt, weil für die Bundesrepublik die DDR als Staat keine Geltung besitzt und weil der Konföderationsgedanke den Status quo der Teilung Deutschlands besiegeln würde³⁾.

Vor Bundesaußenminister H. von Brentano hatte der FDP-Abgeordnete Mende die große Anfrage seiner Fraktion: betreffend Gipfelkonferenz und atomwaffenfreie Zone - begründet⁴⁾.

Ganz im Sinne nicht nur seiner Partei, sondern auch der SPD, stellte er an die erste Stelle des geforderten Vertrages für Gesamtdeutschland die Regelung des militärischen Status des Landes, an die letzte Stelle, im Anschluß an die Gedanken der FDP am 23. Januar, die freien Wahlen.

1) Ebenda, S. 847 ff.

2) 10. Mai 1957.

3) Ebenda, S. 849 A.

4) Ebenda, S. 828 ff.

Für den Vollzug dieses Vertrages für Gesamtdeutschland, dessen Aushandlung die FDP auf einer Gipfelkonferenz wünschte, sah Mende vier Phasen vor, die zwischen das Abkommen über den militärischen Status Deutschlands und den Endakt der freien Wahlen eingeschaltet werden sollten.

Um zu einem Übereinkommen betr. den militärischen und politischen Status Gesamtdeutschlands zu gelangen, sollte die Bundesregierung von vornherein gewisse Einschränkungen ihrer Handlungsvollmacht auf sich nehmen, wozu in der ersten Phase, laut Mende, gehören könnten:

1. die freiwillige Verpflichtung, keine ABC-Waffen zu produzieren,
2. der freiwillige Verzicht auf die Ausrüstung deutscher Truppen mit diesen Waffen¹⁾,
3. die Frage, ob Gesamtdeutschland überhaupt eine Streitmacht zugestanden werden würde, und wenn ja, die Frage nach dem Umfang dieser Streitmacht,
4. u.U. die Regelung der Grenzfragen und eine Hinzuziehung der Regierungen Bonns und Pankows durch die vier Siegermächte, ohne daß daraus eine Anerkennung der "DDR" durch die BRD folgen müßte²⁾.

Für die zweite Phase wären Gespräche über die ökonomische Angleichung beider Teile Deutschlands, über die sogenannten sozialen Errungenschaften, Bodenreform, Wahlgesetz und die gegenseitigen Vertrags- und Blocksysteme denkbar.

Eine dritte Phase solle dann die Festlegung der ausgehandelten Modalitäten bringen und die letzte Entscheidungsgewalt den Siegermächten anheimstellen, die auf Grund des Potsdamer Abkommens die "Rechtspflicht" besäßen, für die Einheit Deutschlands zu han-

1) s. Anhang, IV. Dokument.

Entschließungsantrag der FDP, Umdruck 34.

2) Mende beruft sich hier auf bestimmte Stellen in dem Interview, das Chruschtschow am 29. Januar Axel Springer und Hans Zehrer gewährt hatte und deren Wortlaut darauf schließen lasse, daß an eine gegenseitige Anerkennung der beiden deutschen Staaten bei Aushandlung eines gesamtdeutschen Friedensvertrages nicht gedacht sei.

Vgl. Deutscher Bundestag, 18. Sitzung, 20.3.1958, S. 831 (D) bis 832 (B).

Die gesamte Tendenz der Stellungnahme Chruschtschows widerspricht einer solchen Interpretation jedoch und läuft eindeutig auf eine Anerkennung der "DDR" durch den Konföderationsgedanken hinaus.

Vgl. AdG 6884 C / 6885.

deln und einzutreten.

Die vierte Phase würde als Schlußphase die Ratifikation des gesamtdeutschen Friedensvertrages durch eine "gesamtdeutsche Repräsentanz" bringen, die hervorgehen müßte aus freien Wahlen¹⁾.

Auf die Frage der FDP, warum die Bundesregierung nicht die Tatsache nutze, daß die Sowjetunion noch einmal bereit zu sein scheine, sich den Verzicht auf eine atomare Bewaffnung der Bundeswehr und auf die Stationierung ausländischer Atomstreitkräfte in der Bundesrepublik politisch etwas kosten zu lassen²⁾, antwortete Bundeskanzler Dr. Adenauer, indem er auf den Beitritt der Bundesrepublik zur NATO und zur WEU im Herbst 1954 hinwies und ausführte, man

1) Ebenda, S. 833 (D).

In diesem Zusammenhang kommt Mende auf Gedanken des Bundesverteidigungsministers Strauß zu sprechen, die dieser in einem Fünf-Punkte-Plan geäußert hatte und die zum Rapackiplan Stellung nehmen. Es heißt dort:

1. Die atomwaffenfreie Zone müßte eine erheblich größere Ausdehnung erfahren, etwa auf den Gesamtbereich der sowjetischen Satelliten in Europa, was die Chancen und Risiken etwa gleichmäßig verteilen würde, da die Sowjetunion ein weites Hinterland des gesamten sowjetischen Herrschaftsreiches darstelle, während die Festlandpositionen des Westens diesseits der atomwaffenfreien Zone nur noch eine relativ schmale Plattform haben.
2. Stufenweise müßte darüber hinaus das konventionelle Potential von Ost und West in der verdünnten Zone auf die Stärke der in Westdeutschland stationierten Truppen ausbalanciert werden, sonst würde in der atomwaffenfreien Zone das konventionelle Übergewicht des Sowjetblocks zu einer gefährlichen Bedrohung des Friedens werden.
3. Die Ausführung dieser beiden Gedanken müßte mit einer intensiven Kontrolle verbunden sein, die sich in dem bereits geschilderten Sinne auch auf Gebiete außerhalb der verdünnten Zone erstreckt.
4. Ferner wäre es notwendig, ein System auszuarbeiten, das nach menschlichem Ermessen gewährleistet, daß ein Beschuß der Zone mit nuklearen und thermonuklearen Kampfmitteln unterbleibt.
5. Eine Vereinbarung auf der Basis dieser Vorschläge müßte konkrete Ansätze zu einer Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit enthalten, zumal der militärische Status Gesamtdeutschlands im Rahmen eines solchen Abkommens ja festgelegt wäre und somit dem oft zitierten Sicherheitsbedürfnis der Sowjetunion Rechnung tragen würde (ebenda, S. 838 f).

Diese Gedanken von Franz Josef Strauß, die erheblich über den Inhalt des vorgeschlagenen Rapackiplanes hinausgehen - schon allein in der Koppelung von europäischer Sicherheitszone und Wiedervereinigung -, sind immer ein inoffizieller Beitrag aus den Reihen der CDU/CSU zu diesem Problem geblieben.

2) Ebenda, S. 839 (D).

stoße auf eine auffallende Parallele zwischen der damaligen Situation und der Situation der atomaren Aufrüstung der Bundesrepublik¹⁾. Mit anderen Worten: die Bundesregierung glaubte nicht an ein Entgegenkommen der Sowjetunion, sondern interpretierte deren Verhalten in der gleichen Richtung wie die Sowjetnoten und Sowjetmemoranden, die immer dann eintrafen, wenn sich in der Bundesrepublik politisch und militärisch Entscheidendes vorbereitete.

Das Problem des militärischen Status Gesamtdeutschlands, das die FDP durch Erich Mende angeschnitten hatte, und die sehr zugespitzte Formulierung des Bundeskanzlers: "Wollen wir in der NATO bleiben oder nicht? Das ist die Frage, um die es sich handelt..."²⁾ boten Dr. Arndt begründeten Anlaß, den Verlauf der Debatte auf die atomaren Waffen zu lenken.

Arndt eröffnete seine Rede darum auch gleich mit einer Attacke auf die Bundesregierung: Ihre wirkliche Absicht ziele darauf ab, einer möglichen Gipfelkonferenz eine ganz bestimmte Entscheidung vorwegzunehmen, im Widerspruch mit sich selbst diese Entscheidung nach innen hin möglichst nicht in ihrem ganzen Gewicht und Ausmaß erkennen zu lassen, aber die Entschlossenheit zu dieser Entscheidung nach außen hin zu demonstrieren. Der nahezu unwiderrufliche Schritt in eigene atomare Ausrüstung der Bundesrepublik und ihrer Bundeswehr, das sei es, worum es sich handle³⁾. Vor allem warf Arndt der Bundesregierung Unredlichkeit in ihrer ganzen Haltung betr. die Wehrpolitik vor.

Als die Aufstellung deutscher Truppen mit konventioneller Bewaffnung zur Diskussion gestanden hätte, habe die Bundesregierung verschwiegen, daß es bald darauf auch zu einer atomaren Aufrüstung deutscher Truppen kommen würde⁴⁾.

Vor der Wahl im letzten Jahr habe es erst so ausgesehen, als ob die atomare Ausrüstung der Bundeswehr noch in weiter Ferne liege, und auch jetzt noch sei die "waffentechnische und strategische Umorganisation der NATO" der Deckmantel, unter dem man die atoma-

1) Ebenda, S. 842 (B).

2) Ebenda, S. 842 (A).

3) Ebenda, S. 855 (B).

4) Ebenda, S. 855 (C).

Daß es im Rahmen des Atomgleichgewichts und der Umstellung der amerikanischen Strategie auf Nuklearwaffen auch für die Bundesregierung sehr plötzlich zu dieser Lage kam, darauf ist an anderer Stelle der Untersuchung bereits hingewiesen worden.

re Aufrüstung mit Entschiedenheit betreibe¹⁾.

Arndt nannte das eine "Taktik des allmählichen Hineingleitens"²⁾ oder auch eine "Taktik des unentschiedenen Entscheidens"³⁾, ein Vorwurf, der die Bundesregierung nicht ganz zu Unrecht traf.

Dieser Taktik der Bundesregierung, fast unbemerkt vollendete Tatsachen zu schaffen, stellte die SPD ihre Anträge entgegen, die Arndt im Auftrag seiner Partei vortrug⁴⁾.

Ähnlich wie Fritz Erler und Carlo Schmid in den Debatten vom 10. Mai 1957 und vom 23. Januar 1958 verknüpfte auch er am Schluß seiner Rede politische und ethische Sachverhalte bei der Behandlung der atomaren Ausrüstung der Bundeswehr und behauptete sogar, daß es bei dieser Frage um ein letztes menschliches und sittliches Bekenntnis gehe⁵⁾.

Wie in der großen Bundestagsdebatte des Vorjahres führte Bundesverteidigungsminister Strauß, der nach Arndt das Wort ergriff, die atomare Ausrüstung der Bundeswehr sofort wieder auf die politische und militärische Ebene zurück⁶⁾.

Strauß zog abermals die Linie vom Verhalten der UdSSR von 1945 bis 1958 und zeigte an verschiedenen Beispielen, daß die Sowjetunion Deutschland immer als "Schlüsselpunkt ihrer Strategie" betrachtet habe⁷⁾.

Die Sowjets hätten mit der Proklamation ihres Willens zur deutschen Wiedervereinigung stets unerfüllbare Bedingungen verbunden⁸⁾.

So seien sämtliche Außenministerkonferenzen an dem Veto der Sowjetunion zur deutschen Einheit gescheitert, weil sie nicht die Kontrolle über die Ruhr erhalten habe⁹⁾.

Die Sowjetunion habe seit 1925 achtundfünfzig Verträge, Vereinbarungen und Abkommen politischen Inhalts mit fremden Regierungen geschlossen und davon siebenundvierzig gebrochen, verletzt oder ohne Verhandlungen einseitig gekündigt¹⁰⁾.

1) Ebenda, S. 856 (B, C).

2) Ebenda, (C).

3) Ebenda, (D).

4) s. Anhang, IV. Dokument.

5) Ebenda, S. 860 (B).

6) Ebenda, S. 861 ff.

7) Ebenda, S. 864 (A).

8) Ebenda, S. 866 (B).

9) Ebenda, S. 865 (C).

10) Ebenda, S. 868 (B).

Angesichts dieser Tatsachen gebe es ein sehr akutes Problem der Sicherheit, das die Bundesregierung zusammen mit ihren Verbündeten auf dem Wege der indirekten Verteidigung zu lösen suche.

Die Strategie der indirekten Verteidigung beruhe darauf, daß man das, was man früher aufgeboten habe, um einen Krieg zu gewinnen, heute aufbieten müsse, um ihn zu verhindern. Die technische Entwicklung, die Zerstörungskraft der Waffen, die Schnelligkeit, mit der sie ins Ziel getragen würden, böten einem Angreifer, der ohne Rücksicht auf die öffentliche Meinung seines Landes losschlagen könne, große Vorteile. Deshalb müsse, solange die Sowjetunion nach der Analyse der Lage fähig sei, einen solchen Angriff zu unternehmen, die kriegsverhindernde Wirkung des Bündnisses aufrechterhalten werden. Anders sei deutsche Sicherheitspolitik nicht möglich¹⁾.

Eine Verteidigung des Friedens - denn nichts weiter sei die Strategie der indirekten Verteidigung - sei mit konventionellen Waffen allein nicht möglich, sondern erfordere neben der thermonuklearen Abschreckungswaffe der Amerikaner eine möglichst weite Streuung von Raketenbasen zu Abwehrzwecken und die Bereitstellung von taktischen Atomwaffen in den NATO-Staaten.

Damit es zu keiner Aggression komme, müsse der Angreifer wissen, daß die Zentrale der NATO den Beschluß zum Einsatz von taktischen Atomwaffen fassen und auch ausführen lassen würde, weil diese Waffen vorhanden seien. Nur darum sollten sie auch in der BRD stationiert werden²⁾.

Dieses Ja zur Landesverteidigung ergebe nur einen Sinn, wenn es gelänge, einen dritten Weltkrieg zu verhindern. Das bezeichnete Strauß als sittlichen Auftrag der Politik der Bundesrepublik³⁾.

Im Grunde genommen wurden an diesem ersten Sitzungstag der großen Bundestagsdebatte bereits alle wesentlichen politischen und militärischen Thesen und Anti-Thesen erschöpfend behandelt, zumal sich in der jeweiligen außen- und wehrpolitischen Konzeption der Regierungsparteien und der Opposition seit dem Jahr zuvor nichts verändert hatte.

Da SPD und FDP aber unter allen Umständen eine endgültige Ent-

1) Ebenda, S. 870 (B).

2) Ebenda, S. 876 (C).

3) Ebenda, S. 880 (B).

scheidung über die atomare Ausrüstung deutscher Truppen verhindern wollten, bejahten sie die Fortdauer der Debatte. Mit der großen Kundgebung "Kampf dem Atomtod" in Frankfurt am Main am 23. März an einem der beiden sitzungsfreien Tage des Bundestages und durch die Diskussion im Bundestag selbst hoffte die Opposition, die öffentliche Meinung nachhaltig zu beeindrucken.

Die Bundesregierung bemühte sich hingegen, die Öffentlichkeit davon zu überzeugen, daß die sofortige Ausrüstung der Bundeswehr mit taktischen Atomwaffen gar nicht zur Entscheidung stünde. Man wolle sich nur die Legitimation verschaffen, die atomare Ausrüstung vorzubereiten, falls es auf den folgenden Konferenzen kein Weiterkommen in den Fragen des europäischen Sicherheitssystems, des Deutschlandproblems und der allgemeinen kontrollierten Abrüstung geben sollte. Eine effektive atomare Bewaffnung der Bundeswehr würde frühestens im Herbst 1959 durchgeführt sein¹⁾.

So brachten die folgenden Diskussionstage der Debatte, also die 19., 20. und 21. Sitzung, nicht nur eine ständige Wiederholung längst bekannter politischer und militärischer Behauptungen, sondern auch ein dauerndes Aneinandervorbeireden, das schließlich zu höchster Gereiztheit, persönlichen Beschimpfungen und tumultuari-schen Szenen führte. Besonders unerfreulich wurde die Atmosphäre immer dann, wenn man anfang, die politischen und militärischen Zweckmäßigkeitserwägungen auf die Ebene des absolut Grundsätzlichen zu erheben, und wenn man es für nötig befand, Äußerungen des Papstes, evangelischer Theologen und des einen oder anderen Atomwissenschaftlers für parteipolitische Polemiken zu verwenden. Die Reden von Carlo Schmid und von Eugen Gerstenmaier bildeten die großen Ausnahmen, weil beide sich bemühten, im Ton ausgleichend und in der Argumentation sachlich vorzugehen.

Doch auch ihre Ausführungen brachten in politischer und militärischer Hinsicht nichts Neues²⁾.

In den langen Ausführungen der Vertreter der Regierungsparteien wurde mit Eindringlichkeit die Gefahr totalitärer Herrschaft beschworen. Man wies darauf hin, daß dem Expansionsdrang der Sowjet-

1) Deutscher Bundestag, 21. Sitzung, 25.3.1958, S. 1077 (C).

2) Vgl. die Rede Gerstenmaiers auf der 21. Sitzung, 25. März 1958, S. 1067 ff.

Vgl. die Rede Carlo Schmidts auf der 20. Sitzung, 22. März 1958, S. 1015 ff.

union gegenüber nur die NATO die wirksame Barriere bilde. Es läge in Moskaus Hand, die atomare Ausrüstung der Bundeswehr durch das Eingehen auf eine allgemeine kontrollierte Abrüstung zu verhindern.

Die Vertreter der Oppositionsparteien betonten ebenso unermüdlich, daß die strategischen Nuklearwaffen der Amerikaner und die taktischen Atomwaffen der NATO außerhalb Deutschlands die Sicherheit der BRD ausreichend garantierten. Es gäbe auch andere NATO-Staaten (Norwegen, Schweden, Dänemark), die sich nicht atomar bewaffnen wollten, und es sei nicht einzusehen, warum das geteilte Deutschland nach taktischen Atomwaffen greife.

Diesem Beharren auf der unbedingten Sonderstellung Westdeutschlands im Gefüge der NATO hielt Eugen Gerstenmaier die Feststellung entgegen, daß ein Alleingang der BRD unmöglich sei, weil damit der Gedanke an die deutschen nationalen Möglichkeiten illusionär überschätzt werde¹⁾.

Man erkennt, daß alle diese Gedanken die Grundthemen der Regierung und der Opposition variieren, im günstigsten Falle sachlich klären, im ungünstigsten Falle polemisch zerreden. Einen nur irgendwo fruchtbaren Ansatz gegenseitigen Verstehens brachte die viertägige Debatte jedoch nicht.

Allein in der Rede von Carlo Schmid klang das Zugeständnis an, daß man die diskutierten Fragen nach verschiedenen Seiten hin auslegen könne; indem er zugab, daß Regierung und Opposition "andere Auffassungen von der Zweckmäßigkeit" hätten²⁾, argumentierte er auf der dem Diskussionsgegenstand angemessenen Ebene und näherte sich der ganz richtigen Erkenntnis, daß es sich bei dem Konflikt über die Ausstattung der Bundeswehr mit nuklearen Waffen nicht um einen Konflikt zwischen Vernunft und Unvernunft, sondern um einen "Konflikt innerhalb der Vernunft" handele³⁾. Zu dieser sachlichen Feststellung war in der spannungsgeladenen Atmosphäre dieser Bundestagsdebatte kaum einer der Abgeordneten mehr fähig.

Es blieb Carl Friedrich von Weizsäcker vorbehalten, in seiner im Mai 1958 erschienenen Artikelserie in der "Zeit" zu den Themen

1) 21. Sitzung, 25. März 1958, S. 1075 (B).

2) Deutscher Bundestag, 20. Sitzung, 22. März 1958, S. 1019 (B).

3) H. Schmidt, Verteidigung oder Vergeltung, S. 12 (s. auch Vorwort); s. auch "Die Zeit" vom 29. Mai 1958, Nr. 22, S. 3.

der Abrüstung, der massiven Vergeltung und der abgestuften Abschreckung, zu den Fragen des atomaren Chaos und der militärisch verdünnten Zonen in objektiver Form Stellung zu nehmen, allerdings aus dem erweiterten Wissen heraus, das ihm sein Amerika-Besuch und ausführliche Gespräche mit militärischen Fachexperten vermittelt hatten. Ähnliche Überlegungen wie v. Weizsäcker entwickelte im übrigen Franz Josef Strauß¹⁾ in seinem letzten Vortrag am 25. März, die wohl auch aus der Erfahrung seines Amerika-Aufenthaltes erwachsen waren. Der Atomwissenschaftler v. Weizsäcker und der Politiker Strauß stellten die Wirksamkeit der massiven Vergeltung bereits entschieden in Frage und betrachteten die abgestufte Abschreckung als die militärisch und politisch einzig sinnvolle Form, nicht etwa den begrenzten Krieg zu ermöglichen, sondern auch lokale Konflikte zu vermeiden.

An den "Atomdebatten" wird deutlich, welche schnelle und radikale Umstellung von der Bundesrepublik in den Jahren zwischen 1955 und 1958 verlangt wurde: in fast rasendem Tempo führte der Weg von der Waffenlosigkeit zu Truppenkontingenten mit modernster Bewaffnung innerhalb eines Bündnisses, das immerhin schon seit 1949 bestand, und dessen Teilnehmerstaaten mehr Mühe gehabt hatten, die aktuelle strategische Sachlage zu durchdenken. Man muß der Regierung und der Opposition in diesen entscheidenden Jahren wohl zugestehen, daß sie sachlich und psychologisch überfordert waren, und daß beide außerdem wegen der 1957 fälligen Wahlen aus wahlpolitischen Erwägungen zu vereinfachender Schwarz-Weiß-Malerei neigten.

Diese Methode der Vereinfachungen und Verzerrungen kann allerdings nicht entschuldigt werden, denn man unterschob dem politischen Gegner sehr oft gesinnungsmäßig unlautere Absichten. "Ihr bereitet den Atomkrieg vor" und "Ihr seid Wegebereiter der Bolschewisierung Deutschlands". Das waren in dieser Zeit die gängigen Parolen, die man dem politisch Andersdenkenden an den Kopf warf.

In diesem Lichte erschienen leider auch häufig die ethischen Argumente, die man für oder wider die atomare Ausrüstung der Bundesrepublik ins Feld führte²⁾.

1) Deutscher Bundestag, 21. Sitzung, 25. März 1958, S. 1107 (B) ff.

2) Deutscher Bundestag, 19. Sitzung, 21. März 1958, S. 971 (B) ff, S. 979 (D) f.

Man interpretierte z.B. sehr allgemein gehaltene und vorsichtig formulierte Stellungnahmen Pius XII.¹⁾ zum Problem der ABC-Waffen und des atomaren Krieges einseitig pro oder contra die atomare Ausrüstung der Bundeswehr und machte diese Äußerungen unter Herausstellung des eigenen katholischen Christentums parteipolitischen Zielen nutzbar. Daß man sich damit die Sache zu einfach machte, beweist schon allein die intensive Diskussion innerhalb der katholischen Moraltheologie und unter katholischen Laien über genau die gleichen Äußerungen des Papstes²⁾. Bis zum heutigen Zeitpunkt haben es bedeutende Katholiken sehr schwer gefunden zu beurteilen, unter welchen Bedingungen das kirchliche Lehramt die Anwendung nuklearer Waffen erlaubt, und ob es sie überhaupt gestattet³⁾. Das Problem der atomaren Ausrüstung einzelner Staaten wird in den Überlegungen Pius XII. überhaupt nicht berührt⁴⁾.

Infolge der inzwischen zahlreich erschienenen Veröffentlichungen, welche die atomare Ausrüstung deutscher Truppen aus ethischer Sicht behandelten, und infolge der lebhaften Diskussion, die mittlerweile in der EKiD und in der Ökumene über die Nuklearwaffen eingesetzt hatte, wurde es in der Bundestagsdebatte vom 20. bis 25. März üblich, sich auch auf diese Schriften und auf die Worte der Kirche und von Theologen zu berufen. Die Namen des hessischen Kirchenpräsidenten Martin Niemöller, des Bischofs von Berlin und Brandenburg Otto Dibelius, des Arztes Albert Schweitzer, der Atomwissenschaftler Otto Hahn, Carl Friedrich von Weizsäcker, Pascual Jordan, Linus Pauling, Robert Oppenheimer, Edward Teller und des Philosophen Karl Jaspers und deren Ansichten wurden ebenfalls zur Bestätigung des eigenen Standpunktes beschworen. Auch Gustav Heinemann legte in seiner Rede am 25. März auf das ethische Problem

1) Vgl. Pius XII., Von der Einheit der Welt, Herder-Bücherei, Bd. 8, S. 156 ff., HK, Jg. 1 - 11, 1946 - 1957.

2) Vgl. u.a. Die Katholiken vor der Politik, Freiburg 1958, S. 147 ff.

Karl Forster, Studien und Berichte der katholischen Akademie in Bayern, H. 10, München 1960 mit Beiträgen von R. Fleischmann, N. Monzel, Clemens Münster, G. Gundlach S.J., Karl Forster; José Antonio Almeida, Pius XII. und der Atomkrieg, Diss. Freiburg 1961.

Atomare Kampfmittel und Christliche Ethik, Diskussionsbeiträge Deutscher Katholiken, München 1960 (mit zahlreichen Literaturangaben).

3) Ebenda.

4) A.a.O.

das Hauptgewicht¹⁾.

Für ihn entschied sich die politische und militärische Zweckmäßigkeit der atomaren Ausrüstung der Bundeswehr an der Klärung von zwei Vorfragen. Die eine Vorfrage sei eine rechtliche, die andere hingegen eine ethische²⁾.

Unter Berufung auf die Haager Landkriegsordnung von 1907 und das Genfer Protokoll von 1925 betrachtete Heinemann "die Massenvernichtungsmittel" als im völkerrechtlichen Sinne unerlaubt. Er zitierte aus der Haager Landkriegsordnung den Satz, daß die Kriegführenden kein unbeschränktes Recht in der Wahl der Mittel zur Schädigung des Feindes hätten³⁾, und betonte, daß laut Artikel 25 des Grundgesetzes Völkerrecht Bundesrecht sei, und daß die allgemeinen Regeln des Völkerrechts den Gesetzen der Bundesrepublik übergeordnet seien⁴⁾. Auf Grund dieser Rechtslage gebe es die Berechtigung, ja sogar die Pflicht zur Gehorsamsverweigerung, wenn es sich um Massenvernichtungsmittel handle⁵⁾.

Wie in seiner Rede am 23. Januar stellte er dann aus ethischer Perspektive die Frage, ob ABC-Waffen christlich verantwortbar seien⁶⁾.

Bereits damals hatte er auf die intensive Besprechung dieses Themas im kirchlichen Raum aufmerksam gemacht⁷⁾. Jetzt bezeichnete Heinemann die Atomwaffen nicht mehr als Waffen, sondern als "Ungeziefervertilgungsmittel"⁸⁾ und stellte mit dieser Behauptung die christliche Wehrdienstpflicht in Frage⁹⁾.

Die Anwendung dieser Mittel, die ja möglicherweise die Folge

1) Deutscher Bundestag, 21. Sitzung, 25. März 1958, S. 1059 (D) ff.

2) Ebenda, S. 1063 (A).

3) Ebenda.

4) Ebenda (B).

5) Ebenda. - Man orientiere sich über die juristische Diskussion u. a. bei G. Schwarzenberger, *The Legality of Nuclear Weapons*, London 1958; bei H. Wehberg, *Krieg und Eroberung im Wandel des Völkerrechts*, Frankfurt/M.-Berlin 1953; bei Eberhard Menzel, *Legalität oder Illegalität der Anwendung von Atomwaffen* (Recht und Staat in Geschichte und Gegenwart, Tübingen 1960); und bei Ulrich Scheuner, *Krieg und Kriegswaffen im heutigen Völkerrecht*, in: *Atomzeitalter, Krieg und Frieden*, Witten/Berlin 1959, S. 76 ff (mit Literaturangaben).

6) Ebenda (C, D).

7) 9. Sitzung, 23. Januar 1958, S. 403 ff.

8) In Anlehnung an H. Gollwitzer, *Die Christen und die Atomwaffen*, in: *THEA*, H. 61, München 1957, S. 22.

9) 21. Sitzung, 25. März 1958, S. 1063 (C, D).

einer Drohung und der Ausrüstung mit ihnen sein könne, gehöre in den gleichen Bereich ethischer Vorfragen wie der Selbstmord und die Vernichtung "lebensunwerten" Lebens. Nach dem Maßstab, den sich die CDU mit ihrem Namen als Partei selbst gesetzt habe, und auf Grund der Feststellung, daß die Geltung des Christlichen nicht davon abhängig sei, daß es sich politisch auszahle, müsse die Regierung einfach in die Bedrängnis der Frage geraten, ob sie die Anwendung von Nuklearwaffen verantworten könne¹⁾.

Leider war es nicht möglich, diesen eindringlichen Hinweis auf die Grenzsituation, in der sich die CDU/CSU als christliche Partei mit ihrem Vorhaben befand, atomare Waffen in ihre Politik einzubeziehen, nüchtern zu diskutieren. Die Atmosphäre der Debatte war bereits so vergiftet, daß man nur noch bereit war, aus jeder kritischen Infragestellung eines Standpunktes die Verketzerung und den Vorwurf herauszuhören.

Außerdem waren Dr. Heinemann in seiner Rede einige grobe Ungeschicklichkeiten unterlaufen, die den positiven Ansatzpunkt seiner Ausführungen verdunkelten.

"Sie fragen uns, ob wir verantworten wollen, daß die Sowjetunion uns überwinden könnte. Ich frage Sie: Können Sie es verantworten, daß unser aller Selbstmord als die Alternative gegen ein politisches System ins Auge gefaßt wird²⁾?" Diese Frage konnte in der Form natürlich keine Diskussionsgrundlage für die Regierungspartei bilden, die die ganze Zeit über bemüht war, darzulegen, daß sie beides zu verhindern trachtete: sowohl einen möglichen sowjetischen Angriff als auch einen möglichen Selbstmord.

Auch die Ausführungen Heinrich Vogels, der auf der Frankfurter Kundgebung am 23. März gegen den Satz: "Lieber tot als Sklav" den Ausspruch: "Lieber tot als Massenmörder" gestellt hatte³⁾, waren nicht gerade differenziert formuliert. In der jeweils schlagwortartigen Gegenüberstellung zweier Zustände, die vermieden werden sollten, gingen beide Formulierungen haarscharf am Problem vorbei und widerlegten keineswegs die Thesen der Bundesregierung.

Die Rede Dr. Heinemanns ist ein Beispiel dafür, wie bedauerlich es ist, wenn man ethisch brauchbare Ansätze und Fragen mit politischen Behauptungen verbindet, die den Umfang eines komplexen

1) Ebenda, S. 1064, 1065.

2) Ebenda, S. 1064 (A).

3) Ebenda

Sachverhalts nicht berücksichtigen.

Es ist positiv beunruhigend, wenn man das relative Gebiet des Politischen unter einen letzten ethischen Vorbehalt stellt, es ist hingegen unfruchtbar, wenn man auf Grund einer ethischen Entscheidung politische Sachverhalte so zu lösen sucht, daß man sie in ihrer Problematik verkürzt.

Der vierte und letzte Tag dieser auf allen Seiten mit höchster Gereiztheit geführten Bundestagsdebatte hatte zum Glück Redezeitbegrenzung für alle Parteien vorgesehen.

Über das Thema der Aufhebung des Beschlusses auf Begrenzung der Redezeit zerstritten sich die Fraktionen des Hauses völlig.

Die Ankündigung Ollenhauers, daß die sozialdemokratische Partei entschlossen sei, den Entwurf eines Gesetzes zur Volksbefragung wegen einer atomaren Ausrüstung der Bundeswehr einzubringen¹⁾, und der Vorschlag Dr. Mendes, man möge auf Grund dieser schwersten Entscheidung der Nachkriegszeit das Trennende zurückstellen und gemeinsam eine Regierung bilden, die ein Programm des nationalen Notstands durchführen sollte, verschärften die Lage noch mehr²⁾. In dieser verfahrenen Situation erfolgte die Abstimmung über die Entschließungsanträge der Parteien³⁾. Diese Abstimmung fiel zugunsten der Anträge der Regierung aus.

Damit war politisch rechtskräftig innerhalb des Parlaments die Entscheidung darüber gefallen, daß bis zum Zustandekommen eines allgemeinen Abrüstungsabkommens der Aufbau der deutschen Landesverteidigung im Rahmen der nordatlantischen Verteidigungsgemeinschaft fortgesetzt werden würde. "In Übereinstimmung mit den Erfordernissen dieses Verteidigungssystems und angesichts der Ausrüstung des möglichen Gegners müssen die Streitkräfte der Bundesrepublik mit den modernsten Waffen so ausgerüstet werden, daß sie den von der Bundesrepublik übernommenen Verpflichtungen im Rahmen der NATO zu genügen vermögen und den notwendigen Beitrag zur Sicherung des Friedens wirksam leisten können"⁴⁾.

So heißt es in dem sehr vorsichtig formulierten Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und DP. Der Entscheidung für diesen Antrag durch die Mehrheit des Hauses folgte in der Anti-Atomtod-Kampagne der nächsten Monate ein turbulentes Nachspiel.

1) 21. Sitzung, 25. März 1958, S. 1096 (B), S. 1150 (D).

2) Ebenda, S. 1151 (C).

3) s. Anhang, IV. Dokument.

4) a.a.O., S. 1169 (C).

5. Exkurs: Die Anti-Atomtod-Kampagne¹⁾

Motto

"Es ist eben nicht die Erkenntnis, die geistige Einsicht, sondern die Bombe von Hiroshima, welche im Denken weitester Kreise zu dem Begriff "Atomzeitalter" führte, das Ahnen von etwas Schicksalhafterem, die Furcht des Ausgeliefertseins der Menschheit an eine unheimliche Macht, welche der Mensch selbst aus ihrem heilbringenden, verborgenen Wirken im Innern der Natur zu unheilvoller Verwendung bis zur möglichen Selbstvernichtung erweckte. Nur das erscheint bis heute real, alles andere bleibt - wenn auch wohl begründete - Zukunftshoffnung."

Walter Gerlach, aus: Die neue Gesellschaft;

Sonderheft: Der Mensch im Atomzeitalter, S.5, Bielefeld 1956.

Die Anti-Atomtod-Kampagne wurde bereits als eine Erscheinungsform der öffentlichen Meinung gekennzeichnet, die in der Reaktion auf das politische Tagesgeschehen einerseits und auf die Diskussion der ethischen Problematik andererseits bestand.

Diese Definition bedarf jedoch weitgehender Ergänzungen.

Als durch die Bundestagsdebatte vom 10. Mai 1957 eine mögliche atomare Ausrüstung deutscher Truppen bekannt wurde, reagierte die Öffentlichkeit, schon allein auf Grund der heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Parteien und infolge weitgehender Unkenntnis, was die Sache betraf, mit spontanem Interesse: Man wollte wissen, worum es sich bei dieser Frage eigentlich handelte. Die Äußerung des Bundeskanzlers über strategische und taktische Atomwaffen und die Erklärung der achtzehn Göttinger Atomwissenschaftler hatten den Boden für eine erhöhte Anteilnahme am politischen Geschehen außerdem vorbereitet.

Da die Debatte aber genau in den letzten sechs Monaten vor den Wahlen stattfand, verhinderte der Wahlkampf jede sachliche Erörterung dieses Themas.

1) Die sogenannte Anti-Atomtod-Kampagne, die in dieser Arbeit in einer Art Exkurs in ihren Grundtendenzen umrissen wird, bedarf einer eigenen Untersuchung. In diesem Zusammenhang wird auf eine in Vorbereitung befindliche Dissertation von Herrn Hans Karl Rupp, Bonn, verwiesen, der den hier nur äußerst kurz behandelten Themenkreis ausführlich soziologisch bearbeitet.

Die schlagwortartigen Thesen auf den Wahlplakaten¹⁾, die Verhetzungen des politischen Gegners auf Wahlkundgebungen und in den Parteiblättern ließen den Eindruck von einem unmittelbar bevorstehenden bedrohlichen Ereignis entstehen, das durch die atomare Ausrüstung der Bundeswehr, bzw. durch den militanten Kommunismus ausgelöst werden würde. In den vereinfachenden Ausdrücken: "Atomangst" und "Kommunistenschreck" offenbarte sich eine emotionale Haltung weiter Bevölkerungskreise, die im Mangel an gründlicher sachlicher Information ihren Ursprung hatte. Man bemächtigte sich bestimmter politischer und später auch ethischer Parolen, übernahm sie ungeprüft und oft lückenhaft und bildete sich so rein vordergründig sein Urteil.

Dennoch war diese spontane Bewegung, die durch die Öffentlichkeit ging, positiv. Sie hätte nur detaillierter, leidenschaftsloser Unterrichtung über die Fragen: Atomkrieg, Abschreckung, Bevölkerungsschutz, Strahlungsgefahren, "große" und "kleine" Nuklearwaffen usw. bedurft, um einige Themen von vielen aufzuzählen.

Da diese Unterrichtung jedoch ausblieb, begann sich aus der Mischung unkontrollierter emotionaler Beweggründe und vereinfachter politischer und militärischer Erkenntnisse eine Bewegung zu bilden, in deren Namen: "Anti-Atomtod-Kampagne" bereits der größte Einwand gegen sie lag²⁾.

1) Als Gegenbeispiel zum Bild des trojanischen Pferdes der CDU soll hier der Wahlslogan der SPD stehen: "Atomrüstung zeugt Massentod".

25. Sitzung, 24. April 1958, S. 1453 A.

2) Es ist m.E. durchaus berechtigt, wenn der Abgeordnete Wilhelmi in der 26. Sitzung des Deutschen Bundestages am 25. April 1958 dazu ausführt: "... das Bedenkliche ist doch folgendes. Kampf dem Atomtod! ist heute das Schlagwort, unter dem so manches läuft, unter dem Organisationen aufgezogen werden, denen Sie beitreten, die Sie unterstützen, und die Sie in eine ganz bestimmte Richtung steuern. Meine Damen und Herren, da wird die Sache kritisch. Wir haben in diesem Haus vier Tage lang eine außenpolitische Debatte gehabt. In dieser ganzen außenpolitischen Debatte ist von Ihnen niemals der Vorwurf gekommen, daß wir den Atomtod wollten. Sie haben Ihre Sorge zum Ausdruck gebracht, daß unsere Politik dahin führt, und wir haben unsere Sorge zum Ausdruck gebracht, daß Ihre Politik dahin führt. Das Entscheidende ist doch, daß Sie bei der Aktion "Kampf dem Atomtod" die Dinge verkehren, als wollten wir bewußt den Atomtod und als führe Ihre Politik vom Atomtod weg. der Hintergrund "Kampf dem Atomtod" ist ein falscher, ein verfälschter Hintergrund."

Ebenda, S. 1470 (B, C, D), S. 1471 (A).

Das Jahr 1957 kann als ihre "Anlaufzeit" bezeichnet werden.

Den Höhepunkt der Anti-Atomtod-Kampagne bildeten Frühjahr und Sommer 1958. Besonders die Monate zwischen der Bundestagsdebatte vom 20. bis 25. März und Ende Juli 1958, als das Bundesverfassungsgericht die Volksbefragungsaktion in Entscheidungen gegen Hamburg, Bremen und Hessen für verfassungswidrig erklärte¹⁾, kann man als die Zeit der "militanten" Anti-Atomtod-Kampagne bezeichnen.

Seit März lief die von der SPD und dem DGB gelenkte Aktion "Kampf dem Atomtod", die durch den Aufruf des gleichnamigen Arbeitsausschusses am 10. März 1958 und die sich anschließende große Kundgebung am 23. März in Frankfurt eingeleitet wurde.

Zum gleichen Zeitpunkt, nämlich am 9. März, erging ein Aufruf zur Bildung einer Aktionsgemeinschaft gegen die atomare Aufrüstung der Bundesrepublik²⁾, dem am 30. März die Gründungskonferenz³⁾ der Aktionsgemeinschaft folgte. Durch Beschlüsse und Aufrufe entfaltete diese Gemeinschaft in der Folgezeit eine erhebliche Aktivität. Es handelte sich hierbei um eine kommunistisch gelenkte Tarnorganisation.

Die Problematik der Anti-Atomtod-Kampagne lag fortan in ihrer "Vielschichtigkeit", die jedoch nicht als solche der unbefangenen öffentlichen Meinung offenbar war. Die eindeutig kommunistische Agitation in der Bundesrepublik während dieser Zeit verstand es so geschickt, sich in der Propagierung ihrer Grundsätze und Ziele terminologisch der Bewegung 'Kampf dem Atomtod' anzugleichen, daß es fast unmöglich wurde, die von der parlamentarischen Opposition gesteuerte Aktion und die kommunistisch gelenkte Kampagne auseinanderzuhalten.

Hinzu kam, daß oftmals die gleichen Persönlichkeiten ihre Namen unter die Manifeste beider Bewegungen setzten⁴⁾, eine Tatsache, welche die Öffentlichkeit zu Fehlurteilen führen mußte: gerade das wurde von kommunistischer Seite ja auch bezweckt⁵⁾.

1) A.d.G. 7210 C.

2) Blaubuch, S. 9.

3) Ebenda, S. 12.

4) Man vgl. die Namen unter dem Aufruf zur Bildung einer "Aktionsgemeinschaft gegen die atomare Aufrüstung der Bundesrepublik" und unter dem Aufruf des Arbeitsausschusses "Kampf dem Atomtod", um nur ein Beispiel von vielen zu nennen. Man kann die Namen von Prof. Walter Hagemann, Erich Kästner, Martin Niemöller, Prof. Alfred Weber unter beiden Erklärungen finden. Blaubuch, S. 10/11, S. 12.

5) Als Beispiel für die große Geschicklichkeit des Vorgehens der

Ausführlich Aufschluß über das Vorgehen der Kommunisten während dieser Kampagne gibt eine Rede des damaligen Bundesinnenministers Schröder, die er am 13. Juni 1958 hielt, als sich der Bundestag in zweiter Beratung mit dem Entwurf eines Gesetzes zur Volksbefragung wegen einer atomaren Ausrüstung der Bundeswehr befaßte¹⁾.

Im Zusammenwirken mit der kommunistischen Weltfriedensbewegung habe der kommunistische Weltfriedensrat bereits 1950 eine großangelegte Kampagne für das Verbot der damals nur in amerikanischen Händen befindlichen Atomwaffen begonnen, meint Schröder, Zum etwa gleichen Zeitpunkt seien nationale kommunistische Friedenskomitees entstanden (zu denen auch das Friedenskomitee der BRD gehöre), die sich die Ziele dieser ersten Atomkampagne zu eigen gemacht hätten.

Durch Unterschriftenaktionen habe sich diese kommunistische Weltfriedensbewegung für das absolute Verbot aller Atomwaffen eingesetzt. Dazu gehörten die Appelle von Stockholm am 19. März 1950, von Berlin am 26. Februar 1951 und von Wien am 19. Januar 1955.

Seit 1950 sei die deutsche Wiederbewaffnung zum Mittelpunkt kommunistischer Tätigkeit geworden.

Ausgerichtet auf die Linie der sowjetischen Außenpolitik und Propaganda seien auf allen Kongressen des Weltfriedensrates besonde-

kommunistisch gesteuerten Bewegung nehme man das "Blaubuch" - Dokumentation über den Widerstand gegen die atomare Aufrüstung der Bundesrepublik - zur Hand, zusammengestellt und herausgegeben vom Friedenskomitee der Bundesrepublik Deutschland, Düsseldorf, 2. Aufl., 1958.

Dieses Blaubuch enthält äußerst raffiniert zusammengestellte Dokumente, die sich gegen eine atomare Ausrüstung deutscher Truppen richten. Man findet hier chronologisch geordnet nicht nur die Aufrufe, Beschlüsse und Maßnahmen der "Aktionsgemeinschaft" und kommunistischer Komitees, sondern auch die gesamte Spannweite der Ansichten der parlamentarischen Opposition, des DGB, der EKD, bekannter evangelischer Kirchenmänner und katholischer Laien, man findet ferner die Appelle von Atomwissenschaftlern, Professoren, Künstlern, Frauen- und Jugendverbänden, die nicht kommunistisch sind, man entdeckt das Manifest der Göttinger Achtzehn, einen Aufruf Karl Barths und eine kurze Zusammenstellung japanischer, amerikanischer und sowjetischer Erklärungen. Es ist m.E. nur bei sehr aufmerksamem Lesen der verschiedenen Verlautbarungen möglich, an bestimmten Überspitzungen der Formulierungen bzw. der politischen Forderungen die kommunistischen Manifeste zu erkennen. Ein unbefangener Leser wird, durch die Gleichförmigkeit der Parolen in fast allen Erklärungen ermüdet, diese Nuancen bestimmt zunächst überlesen.

1) Deutscher Bundestag, 31. Sitzung, 13. Juni 1958, S. 1708 D ff.

re Resolutionen gegen die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik gefaßt worden¹⁾.

Mit der Diskussion über eine etwaige atomare Bewaffnung der Bundeswehr sei für die Kommunisten der Moment gekommen, "mit all ihren Tarn- und Hilfsorganisationen eine großangelegte Agitation zu beginnen"²⁾. Auf der 33. Tagung des ZK der SED im Oktober 1957, auf der 34. Tagung am 27. Dezember 1957 und auf der 35. Tagung im Februar 1958 sei die Dringlichkeit einer Volksbewegung gegen die atomare Aufrüstung der Bundeswehr im Zusammenhang mit der Unterstützung einer Volksbefragungsaktion³⁾ in der BRD betont worden. Diese Agitation laufe jeweils parallel zu den sowjetischen Noten und Erklärungen.

Das ZK der SED habe ausdrücklich den Auftrag erteilt, "alle kommunistischen Hilfsorganisationen im Bundesgebiet hätten die Koordinierung" der 'Friedenskräfte' der Sowjetzone mit dem 'Arbeitsausschuß Kampf dem Atomtod' der sozialdemokratischen Opposition, sowie mit den von den kommunistischen Hilfsorganisationen gegründeten Aktionsgemeinschaften anzustreben.

Neue derartige Aktionsgemeinschaften sollten auf Landes-, Kreis- und Ortsebene in der Bundesrepublik gebildet werden, damit "der Mann auf der Straße nicht mehr zwischen den von der parlamentarischen Opposition und den von den kommunistischen Hilfsorganisationen gegründeten Ausschüssen unterscheiden könne"⁴⁾.

Auf der Linie dieser Anordnung lag die Gründung verschiedener kommunistischer Tarnorganisationen seit dem Frühjahr 1958, und auf diese Weise entstand auch am 30. März die schon erwähnte "Aktionsgemeinschaft gegen die atomare Aufrüstung der Bundesrepublik".

In den "ersten Maßnahmen und Beschlüssen der Aktionsgemeinschaft

1) Deutscher Bundestag, 31. Sitzung, 13. Juni 1958, S. 1709 G/D.

2) Ebenda, 1710 A/B.

3) Die damals geplante Volksbefragung der SPD wird in diesem Kapitel noch behandelt werden. - Sie wird absichtlich als Teil der Anti-Atomtod-Bewegung und nicht als Fortsetzung der politischen Atomdiskussion angesehen, weil ihre Begründung und Zielsetzung nicht ganz redlich waren. Die verfassungsrechtlichen und verfassungspolitischen Argumentationen der SPD und der FDP (die den Gesetzentwurf im übrigen ablehnte) waren so stark durchsetzt von subjektiv-emotionalem Protest gegen die Regierung und so eindeutig mit der Aktion "Kampf dem Atomtod" verquickt und auf eine "Mobilisierung" breiter Volksschichten ausgerichtet, daß man sie nicht auf die gleiche Linie mit den Bundestagsdebatten stellen kann.

4) Ebenda, S. 1710 D.

gegen die atomare Aufrüstung der Bundesrepublik", die von der Gründungskonferenz am 30. März festgesetzt worden waren¹⁾, war bereits die Rede davon gewesen, den 1. Mai zum "Kampftag gegen den Atomtod" zu deklarieren, und einen "Ständigen Kongreß" gegen die atomare Aufrüstung der Bundesrepublik als Forum aller Gegner dieser Aufrüstung einzuberufen. Beide Maßnahmen zeugten von der großen Geschicklichkeit und Anpassungsfähigkeit der kommunistischen Agitationsmethoden; denn neben dem Aufruf zum 1. Mai der Aktionsgemeinschaft erschienen ein Aufruf des deutschen Gewerkschaftsbundes zum 1. Mai und ein Aufruf der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zum 1. Mai 1958²⁾.

Ein Textvergleich soll zeigen, daß ähnliche Formulierungen, wenn man es unterläßt, den hinter ihnen stehenden Motiven nachzugehen, den unbefangenen Leser irreleiten konnten: Im Aufruf der Aktionsgemeinschaft steht u. a. verzeichnet:

"Wir fordern alle verantwortungsbewußten Menschen in der Bundesrepublik auf, sich in diesem Jahr mit den Gewerkschaften am 1. Mai zu gemeinsamer öffentlicher Bekundung des Volkswillens gegen die atomare Aufrüstung der Bundesrepublik zu verbinden. Die Gewerkschaften wollen für den Frieden und die Freiheit demonstrieren. Sie wissen, daß der Frieden bedroht und die Existenz der Menschheit gefährdet ist, wenn dem Wettrüsten, der Herstellung und Erprobung der atomaren Massenvernichtungsmittel nicht Einhalt geboten wird.

Es besteht kein Zweifel: der Beschluß der Bundestagsmehrheit, in unserem Land die Atomaufrüstung durchzuführen, verschärft die gefährvollen internationalen Spannungen in der Welt, macht die Hoffnung auf Wiedervereinigung aussichtslos und bedeutet im Ernstfall die endgültige, unabwendbare Vernichtung Deutschlands. Wir protestieren dagegen, daß man den Gedanken eines atomaren Brudermordes überhaupt zu fassen wagt. Die Anwendung von Massenvernichtungsmitteln - und dazu gehören auch die "taktischen Atomwaffen" - steht im Widerspruch zum Völkerrecht, dem unsere Verfassung (Art. 25) den Vorrang vor allen anderen Gesetzen gegeben hat.

Die Mehrheit des deutschen Volkes lehnt die atomare Aufrüstung ab. Der 1. Mai sollte deswegen zu einer machtvollen Demonstration

1) Ebenda, vgl. für das Vorangehende: S. 1711; Blaubuch, S. 14.

2) Vgl. Blaubuch, S. 16, S. 32, S. 74.

des Volkswillens werden.

Der 1. Mai sollte vor aller Welt offenbar machen, daß nicht nur die Gewerkschaften, sondern das ganze deutsche Volk die Bundesregierung mahnt, den Beschluß über die atomare Aufrüstung rückgängig zu machen¹⁾."

Das hier Gesagte folgt in allen Punkten der politischen Linie der SPD, und man bemerkt ganz deutlich, daß eine Koordinierung mit der Bewegung "Kampf dem Atomtod" angestrebt wurde, denn der Ton dieses Aufrufs ist durchaus maßvoll.

Im Gegenteil: der Appell der SPD zum 1. Mai klingt sehr viel kampfesfreudiger, wohl aus dem Bewußtsein seiner parlamentarischen Legitimität und seiner demokratischen Zielsetzung heraus.

Es heißt dort:

"Der 1. Mai steht im Zeichen des Kampfes um die Erhaltung des Friedens. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ruft die Bevölkerung zu Kundgebungen in Stadt und Land auf.

Demonstriert gegen die Fortsetzung des atomaren Wettrüstens in Ost und West! Für die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Europa.

Gegen den Irrglauben, daß Atombomben Sicherheit gewähren können!

Für Verhandlungen mit dem Ziele der allgemeinen kontrollierten Abrüstung!

Die Menschheit hat ein besseres Schicksal verdient, als durch Atomwaffenversuche verseucht und in einem Atomkrieg vernichtet zu werden.

Unser Volk will in Frieden und Freiheit wieder vereint sein. Es verabscheut den Völkermord und seine Vorbereitung als Mittel der Politik.

Demonstriert machtvoll am 1. Mai gegen den sinnlosen Rüstungswettlauf! Verkündet der Welt unüberhörbar Euren Willen zu einer Politik der Verständigung unter den Völkern! Gebt nicht eher Ruhe, bis die Mächtigen dieser Welt begreifen, daß die Völker nicht Opfer von Atombomben sein wollen! Demonstriert für eine Ordnung der Freiheit und des Friedens in der Welt!²⁾"

Bei aufmerksamem Studium beider Deklarationen sind trotz gleichen Grundtones die Nuancen erkennbar. So wendet sich der Aufruf der

1) Blaubuch, S. 16.

2) Zitiert nach dem SPD-Pressedienst vom 25.4.1958.

SPD gegen den Rüstungswettlauf in Ost und West, die Aktionsgemeinschaft wendet sich ausschließlich an die Bundesrepublik. Außerdem hat die SPD m.W. nie behauptet, daß deutsche Soldaten schon bereitstünden, um in Amerika und Nordafrika an Atomraketen ausgebildet zu werden¹⁾.

Die ganze Linie des SPD-Aufrufs stimmt mit der Entschliebung des SPD-Parteitags überein²⁾, der im Mai 1958 in Stuttgart stattfand. Diese Entschliebung betont allerdings nachdrücklich die Verbundenheit der SPD mit der Bewegung "Kampf dem Atomtod", will eine weitere Unterstützung der Kampagne fördern und spricht vom Betrug der Regierung an den Wählern am 15. September 1957.

Die Ergebnisse des Parteitags lassen deutlich werden, welches Ausmaß an Verbitterung zwischen den Parteien im Frühjahr und Sommer 1958 bereits erreicht war.

Es ist daher nicht verwunderlich, daß sich der Bundesinnenminister für die ständig wiederholten Vorwürfe: "Betrug an den Wählern" und "Vorbereitung des Atomkriegs" revanchierte, indem er sagte:

"Wer, meine Damen und Herren, ob bewußt oder unbewußt, gutgläubig oder bösgläubig, mit seinem Willen oder ohne seinen Willen in diese Kampagne verstrickt wird, spielt das Spiel unseres gemeinsamen Gegners"³⁾.

Man übertreibt wohl nicht, wenn man behauptet, daß im ersten Halbjahr 1958 die großen politischen Parteien zu Feinden geworden waren.

Trotz Bildung von eigenen Komitees und Landesausschüssen⁴⁾ konnten die Sozialdemokratische Partei Deutschlands und der Deutsche Gewerkschaftsbund nichts daran ändern, daß sich die Grenzen zwischen parlamentarischer Opposition und kommunistischer Agitation immer mehr verwischten, weil es der Charakter und die Methoden der Kampagne "Kampf dem Atomtod" einfach nicht zuließen, sachlich zu differenzieren, und weil die Bewegung auf die emotionale Reaktion der Masse angewiesen war, um schlagkräftig zu sein. Außerdem

1) A.a.O., S. 16.

2) SPD-Pressedienst vom 20.5.1958.

3) Deutscher Bundestag, 31. Sitzung, 13. Juni 1958, S. 1712 B.

4) In Hessen und in anderen Bundesländern wurden Arbeitsausschüsse "Kampf dem Atomtod" gebildet. Die Bestrebungen des in Frankfurt gebildeten Ausschusses wurden u.a. von Innenminister a.D. Walter Menzel und vom Ministerpräsidenten Dr. Zinn unterstützt. (Blaubuch, S.19).

suchte man eine möglichst weit gestreute Anteilnahme innerhalb der Bevölkerung, wodurch man die Kontrolle darüber verlor, wo Menschen aus echter Verantwortung demonstrierten, wo es sich nur um Mitläufer handelte oder wo Kommunisten und Agitatoren der SED ihre Hand im Spiele hatten.

Die Entwicklung der politischen Lage seit der Bundestagsdebatte und der Streit um den "nationalen Notstand" und die Volksbefragungsgesetze taten ein übriges, um die Gemüter völlig zu verwirren.

Am 31. März hatte auf Antrag des sowjetischen Außenministers Andrej Gromyko der Oberste Sowjet den Beschluß gefaßt, Versuche mit allen Arten von Atom- und Wasserstoffbomben einseitig einzustellen¹⁾.

Die USA werteten diesen Akt als reine Propaganda und erklärten durch John Foster Dulles, daß sie fortfahren würden, Versuche mit kleineren nuklearen Waffen durchzuführen²⁾. Am 30. April dementierte Radio Moskau, daß auf den Territorien der "DDR", Polens und der Tschechoslowakei bereits sowjetische Abschußrampen für Raketen stationiert seien³⁾.

Am 4. Mai lehnten die USA den Rapackiplan ab⁴⁾. (Anfang Juli folgte das WEU-Parlament in der Ablehnung von Rapackiplan und Disengagement).

Die Tagung der NATO vom 5. bis 7. Mai 1958 bestätigte nochmals den grundsätzlichen Beschluß über die atomare Ausrüstung der NATO-Staaten vom Dezember 1957 in Paris. Das Dokument MC 70 der Standing Group der NATO sei als Grundlage der Planung vorgesehen⁵⁾.

Das Bundesverfassungsgericht erließ am 28. Mai auf Antrag der Bundesregierung eine einstweilige Verfügung, wonach die Volksbefragung über die Atombewaffnung der Bundeswehr vorläufig ausgesetzt werden sollte⁶⁾.

Am 13. Juni wies der Bundestag den Volksbefragungs-Gesetzentwurf der SPD zur atomaren Aufrüstung der Bundeswehr zurück⁷⁾, und am 30. Juli erklärte das Bundesverfassungsgericht die Volksbefra-

1) AdG 6990/3.

2) AdG 6994 A.

3) AdG 7034 C.

4) AdG 7045 E.

5) AdG 7048 A.

6) AdG 7093 B.

7) AdG 7124 A.

gungsgesetze für verfassungswidrig¹⁾.

Worum handelte es sich bei dieser Volksbefragungsaktion? Zur Diskussion stand ein Gesetzentwurf der SPD, dessen Einbringung der Vorsitzende der Fraktion, Erich Ollenhauer, gegen Ende der Bundestagsdebatte am 25. März bereits angekündigt hatte. Dieser Gesetzentwurf enthielt u.a. folgende 2 Fragen:

- "1. Sind Sie damit einverstanden, daß deutsche Streitkräfte mit atomaren Sprengkörpern ausgerüstet werden?
2. Sind Sie damit einverstanden, daß in Deutschland Abschußvorrichtungen für atomare Sprengkörper angelegt werden?"²⁾

In zwei Beratungen am 24. und 25. April und am 13. Juni 1958 wurde heftig um Annahme bzw. Ablehnung des Gesetzentwurfs gekämpft. Dieser Kampf war begleitet von der Klage der Bundesregierung gegen das Land Hessen wegen Einbruchs in die Bundeskompetenzen und wegen Verletzung der Treuepflicht zum Bunde³⁾.

Wie erwähnt, wurde der Klage der Bundesregierung am 30. Juli in Karlsruhe in Entscheidungen gegen Bremen, Hamburg und Hessen stattgegeben⁴⁾.

Hamburg und Bremen hatten im Mai beschlossen, eine Volksbefragung durchzuführen, der Frankfurter Magistrat hatte sich bereits im April bereiterklärt, mit den Vorbereitungen für eine Volksbefragung zu beginnen.

Die geplante Volksbefragung, die in den angeführten zwei Beratungen eine verfassungsrechtliche und verfassungspolitische Streitfrage bildete, wurde durch zwei Begleitumstände zu einer sehr zwielichtigen Angelegenheit:

Sie sollte auf Grund der Bundestagsentscheidung vom 25. März als Folge des dadurch eingetretenen nationalen Notstands in Verbindung mit der Aktion "Kampf dem Atomtod" durchgeführt werden. Das betonte der Abgeordnete Dr. Menzel von der SPD sehr nachdrücklich, indem er behauptete: "Dieser Gesetzentwurf ist die erste Folgerung

1) AdG 7210 C.

2) "Das Parlament" vom 7. Mai 1958, AdG 7124 A; Blaubuch, S. 74;

Deutscher Bundestag, 25. Sitzung, 24. April 1958, S. 1412 D.

3) In den drei hessischen Gemeinden Blossenbach, Niedershausen und Odersbach waren Volksbefragungen vorgenommen worden: Laut Protokoll der 31. Sitzung des Deutschen Bundestages, 13.6.1958, S. 1715 D.

4) Vgl. den Wortlaut der Entscheidungen im AdG 1958, 7210 C.

jenes Notstandes, den Sie durch Ihre Beschlüsse vom 25. März dieses Jahres heraufbeschworen haben, Beschlüsse, durch die Sie Westdeutschland in das atomare Wettrüsten einschließen wollen" ¹⁾).

Die Volksbefragung nahm jedoch zusammen mit der Parole des "nationalen Notstands", mit der Aktion "Kampf dem Atomtod", mit dem Gedanken des "Generalstreiks" und mit der Forderung nach einer atomwaffenfreien Zone einen Hauptplatz innerhalb der Kommunistischen Propaganda ein.

Da kommunistische Hilfsorganisationen schon 1951 im Zusammenhang mit der deutschen Wiederbewaffnung einen "Hauptausschuß für Volksbefragung" gebildet hatten ²⁾, stand man auch 1958 auf Seiten der Regierung einer Volksbefragungsaktion äußerst mißtrauisch gegenüber und machte der Opposition den Vorwurf, sich 1951 in aller Schärfe gegen eine solche gewandt zu haben ³⁾, sie nun jedoch selbst zu unterstützen.

Bundesinnenminister Schröder konnte außerdem in Verbindung mit der geplanten atomaren Aufrüstung deutscher Truppen Äußerungen zitieren, die auf Tagungen der SED seit Herbst 1957 gefallen waren.

Auf der 33. Tagung des ZK der SED im Oktober 1957 habe Grotewohl dazu aufgefordert, eine "Volksbewegung gegen die Atomrüstung" zu gründen.

Gleiche Forderungen seien auf der 34. Tagung des ZK der SED am 27. Dezember erhoben worden ⁴⁾.

Am 2. Februar habe es z.B. im Deutschlandsender geheißen:

"Es ist zweifellos zu erwarten, daß die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften gegen die Atomtodpolitik in allen Städten und Dörfern Sturm laufen und einen Volksentscheid organisieren" ⁵⁾.

Und auf der 35. Tagung des ZK der SED im Februar 1958 sei erneut darauf hingewiesen worden, daß die Organisationen der SBZ die "friedliebenden Kräfte" der Bundesrepublik dabei unterstützen müßten, eine Volksbefragung gegen die atomare Aufrüstung herbeizuführen ⁶⁾.

Am 24. März endlich habe Max Reimann im "Freiheitssender 904" be-

1) Deutscher Bundestag, 25. Sitzung, 24. April 1958, S. 1412 D.

2) Deutscher Bundestag, 31. Sitzung, 13. Juni 1958, S. 1710 A.

3) Deutscher Bundestag, 25. Sitzung, 24. April 1958, S. 1431 G/D.

4) Vgl. 31. Sitzung vom 13. Juni 1958, S. 1710 B.

5) Ebenda C.

6) Ebenda.

hauptet, daß der nationale Notstand den nationalen Widerstand gebiete¹⁾.

Dieses sehr geschickte Manöver der Kommunisten war natürlich dazu angetan, die von der SPD geforderte Volksbefragung und die These vom "nationalen Notstand", die auch die FDP unterstützte, höchst fragwürdig erscheinen zu lassen, und gab den Regierungsparteien hinreichend Anlaß, in beiden Beratungen darauf hinzuweisen, in welcher schlechter Gesellschaft sich SPD und FDP mit ihren Forderungen befänden²⁾.

Die Opposition sah in diesen Äußerungen wiederum die Absicht und das Ziel bewußter Diffamierung vor den Augen der Öffentlichkeit.

Es muß tatsächlich festgestellt werden, daß selbst, wenn eine objektive und strenge Trennungslinie zwischen der Bewegung "Kampf dem Atomtod" und der kommunistischen Kampagne zum damaligen Zeitpunkt noch möglich gewesen wäre, die SPD sich allein durch die Art ihrer Fragestellung in ihrem Gesetzentwurf zur Volksbefragung sehr geschadet hat.

Die Frage: "Sind Sie damit einverstanden, daß deutsche Streitkräfte mit atomaren Sprengkörpern ausgerüstet werden³⁾?" war in dieser simplifizierenden Form einfach unrichtig, da alle Regierungsverlautbarungen ja immer wieder nachdrücklichst betont hatten, daß die taktische Nuklearmunition unter alliierterem Verschluss bleiben würde und es sich bei der "atomaren Ausrüstung" um die Abschußvorrichtungen, die Trägerwaffen und die Ausbildung deutscher Soldaten an diesen handelte. Man verhehlte der Öffentlichkeit durch den Wortlaut der Frage entscheidende Tatsachen und erweckte auf diese Weise den Anschein, die sachliche Unkenntnis weiterer Personengruppen über diese Thesen parteipolitisch auszunutzen zu wollen.

Die Sprecher der Regierungsparteien mußten diese Art der Fragestellung einfach ablehnen⁴⁾. Der Abgeordnete Dr. Menzel von der

1) Ebenda, S. 1712 A.

2) Ein Beispiel von vielen: "Sie haben es auch zu vertreten, daß es einem Außenstehenden nicht mehr möglich ist, abzugrenzen, was Ihr Wollen ist und was dann daraus wird. Sie haben es auch zu vertreten, daß Sie in einer Lage sind, in der die SED Ihnen pausenlos Beifall spendet." 25. Sitzung, 24. April 1958, S. 1424 A (Dr. Barzel).

3) Ebenda.

4) Vgl. 25. Sitzung, 24. April 1958, S. 1428 A, ebenda, S. 1429 B, ebenda, S. 1451 D.

SPD meinte zwar: "Unsere Fragen sind klar, sachlich und führen mitten hinein in den Kern der Probleme. Sie lassen sich weder verwischen noch umkehren"¹⁾, aber die Behauptung entbehrte in diesem Falle wirklich des soliden Fundaments.

Andererseits muß betont werden, daß die SPD während dieser Zeit einen schweren Stand hatte, weil es ihr fast unmöglich war, sich gegen die kommunistische Agitation eindeutig abzuschirmen, die in jede Bresche einsprang und die Fehler der SPD in der ganzen Kampagne für sich ausspielte. Es waren also die lebhafteste kommunistische Tätigkeit und die unklaren Methoden der SPD selbst, die sie vor der Bundesregierung und der Öffentlichkeit ins Unrecht setzten.

Die ausführlichen verfassungsrechtlichen Streitgespräche (und die immer wieder versuchten Definitionen für "Volksentscheid - Volksbegehren - Volksbefragung - Meinungsforschung"), stets verbunden mit kürzerer bzw. längerer Rückblendung in die Zeit der Weimarer Republik und des Dritten Reiches²⁾, erhielten durch den Beschluß des Bundesverfassungsgerichts am 30. Juli ihren Schlußpunkt.

Ein weiteres Problem der Kampagne bildete die Tatsache, daß - wie bereits während der Bundestagsdebatten - auch in den beiden Beratungen über die Volksbefragungsgesetzgebung die Parteien teilweise wahllos und in sachlich unqualifizierter Weise Persönlichkeiten, die sich aus ethischer Sicht mit der atomaren Aufrüstung der Bundeswehr befaßten, als Waffen in ihrem unerfreulichen Streit benutzten; denn auf den Synoden der EKd, unter den evangelischen und katholischen Theologen und unter den Naturwissenschaftlern waren die theologischen und ethischen Kontroversen mittlerweile in vollem Gange.

Ebenso wie man dem politischen Gegner nur noch mit Slogans entgegentrat, setzte man sich auch nicht ernsthaft mit dem ethischen Für und Wider auseinander, sondern bediente sich der Namen bekannter Persönlichkeiten und einiger schlagwortartiger Thesen zum Vorteil des eigenen politischen Konzepts³⁾.

1) 25. Sitzung, 24. April 1958, S. 1412 D.

2) Vgl. hierzu die Reden von Dr. Menzel, Dr. Barzel, Bundesinnenminister Dr. Schröder, Dr. Bucher (FDP) am 24. April; Dr. Greve (SPD), Dr. Wilhelmi (CDU), Dr. Schröder am 25. April; Dr. Metzger (SPD), Dr. Schröder, Dr. Barzel am 13. Juni 1958.

3) Man vergleiche hierzu die Reden von Dr. Jaeger (CDU/CSU) am 24. April 1958 (25. Sitzung), S. 1448 B ff und von den Abgeordneten der SPD Metzger und Dr. Mommer am 13. Juni 1958 (31. Sitzung), S. 1695 B ff und S. 1721 B ff, ferner die Textstellen S. 1708 C/D, S. 1729 B/C.

Es liegt daher die Aufgabe vor, im zweiten Teil dieser Untersuchung zu zeigen, welchen Standort wir aufsuchen müssen, um die ethische Diskussion, die durch die politischen Kontroversen ausgelöst wurde, in ihrem Zusammenhang begreiflich zu machen. Dabei steht die theologische Problematik innerhalb der EKID im Mittelpunkt.

II. Die Ethische Frage

A Das Historische Problem

Die Erklärung der achtzehn Atomwissenschaftler
vom 12. April 1957

Motto:

"Hinter geheimnisvollen Mauern werden in fieberhafter Eile die Mittel einer Massenvernichtung vollendet. Wenn dieses Ziel erreicht ist, tritt die radioaktive Verseuchung des Luftraums und damit die Zerstörung jeglichen irdischen Lebens in den Bereich der technischen Möglichkeit.

Alles scheint sich diesem verhängnisvollen Ablauf der Dinge zu fügen. Jeder Schritt erscheint als die unausweichliche Folge des vorhergehenden. Am Ende des Weges zeichnet sich immer deutlicher das Gespenst der allgemeinen Vernichtung ab.

Unserer Welt droht eine Krise, deren Umfang anscheinend denen entgegen, in deren Macht es steht, große Entscheidungen zum Guten oder zum Bösen zu treffen.

Die entfesselte Macht des Atoms hat alles verändert - nur nicht unsere Denkweisen.

Auf diese Weise gleiten wir einer Katastrophe ohnegleichen entgegen. Wir brauchen eine wesentlich andere Denkungsart, wenn die Menschheit am Leben bleiben soll. Diese Drohung abzuwenden, ist eines der vordringlichsten Anliegen unserer Zeit geworden."

Albert Einstein an Noël Martin:

zitiert aus: Stimme der Gemeinde, II. Jhg., H. 6, 15. März 1959, Spalte 172: Forschung und Gewissen - Zum 80. Geburtstag von Albert Einstein.

Als am 12. April 1957 die Erklärung der 18 Atomwissenschaftler erschien, wurde sie von der Öffentlichkeit in zwei Richtungen interpretiert: einmal als willkommene Aufklärung über die vernichtende Wirkung taktischer und strategischer Atomwaffen und zum anderen Mal als politische Stellungnahme zur geplanten atomaren Ausrüstung der Bundeswehr. Im ersten Fall wurde die Unterrichtung durch Wissenschaftler, die in ihrem Fach, der Kernphysik, ausgebildet und erfahren waren, begrüßt und als kompetent empfunden, im zweiten Fall verstand man die Erklärung so, als ob die achtzehn Atomwissenschaftler auch auf politischer Ebene kraft einer besonderen Verantwortung sprechen wollten.

Aus beiden Gründen zollte man der Erklärung entweder begeisterten Beifall oder man übte herbe Kritik an ihr. In der Politik der Parteien sah das so aus, daß man das Manifest als "Dekorationsmittel" für die eigene Ablehnung der atomaren Ausrüstung deutscher Truppen benutzte oder ihm jegliche politische Kompetenz absprach und ihm in etwas herablassender Weise informatorischen Wert über die Wirkung taktischer und strategischer Atombomben zugestand und seine ethische Absicht allenfalls honorierte.

Man wurde der Bedeutung der Erklärung damit jedoch nicht gerecht. Es war zweifellos richtig, den Aufruf in der Verbindung von Kompetenz der Physiker und politischem Ratschlag zu verstehen, doch bleibt dieses Verständnis vordergründig.

Es war hingegen falsch, den Aufruf in parteipolitischer Richtung zu interpretieren, weil unter den Verfassern Mitglieder aller Parteien, die es in der Bundesrepublik gab, vertreten waren.

Den Wissenschaftlern war es daher auch gar nicht recht, daß das Manifest in den Wahlkampf gezogen wurde¹⁾, sie hielten sich in dieser Zeit mit ihren Stellungnahmen völlig zurück und äußerten sich erst wieder nach den Wahlen zu der von ihnen abgegebenen Erklärung²⁾.

1) In dieser Richtung äußerte sich Prof. Riezler auf einer Informationstagung im Oktober 1957.

Vgl. "Euratom: Wirtschaftliche, politische und ethische Probleme der Atomenergie".

Schriftenreihe der Europa-Union Deutschland, H. 2, Bonn 1957 und 1958, S. 138.

Betr. Informationstagungen in Hamburg, Königswinter und Nürnberg

2) Der Vorsitzende des Verbandes Deutscher Physikalischer Gesellschaften, Prof. Walther Gerlach, München, gab z.B. in Heidelberg im Namen der achtzehn Unterzeichner des Göttinger Manifestes eine Erklärung ab, in der die Atomwissenschaftler fest-

Bevor der Versuch unternommen werden soll, zu klären, wo die Deklaration der achtzehn Atomwissenschaftler ihren Standort hat, d.h. in welchen historischen und geistigen Zusammenhängen sie zu verstehen ist, muß danach gefragt werden, was sie in knapper Form und einfachen Sätzen aussagt.

Man kann zwei Teile der Erklärung unterscheiden¹⁾.

Im ersten Teil weisen die Wissenschaftler auf die physikalischen Tatsachen hin:

"Taktische Atomwaffen haben die zerstörende Wirkung normaler Atombomben. Als 'taktisch' bezeichnet man sie, um auszudrücken, daß sie nicht nur gegen menschliche Siedlungen, sondern auch gegen Truppen im Erdkampf eingesetzt werden sollen. Jede einzelne taktische Atombombe oder -granate hat eine ähnliche Wirkung wie die erste Atombombe, die Hiroshima zerstört hat.

Für die Entwicklungsmöglichkeit der lebensausrottenden Wirkung der strategischen Atomwaffen ist keine natürliche Grenze bekannt. Durch Verbreitung von Radioaktivität könnte man mit Wasserstoffbomben die Bevölkerung der Bundesrepublik wahrscheinlich heute schon ausrotten. Wir kennen keine technische Möglichkeit, große Bevölkerungsmengen vor dieser Gefahr sicher zu schützen²⁾".

Im zweiten Teil ist der Ausgangspunkt die Feststellung, daß die Tätigkeit der Forscher, die der reinen Wissenschaft und ihrer Anwendung gelte und bei der viele junge Menschen dem Gebiet der Naturwissenschaften zugeführt würden, die Wissenschaftler mit einer Verantwortung für die möglichen Folgen dieser Tätigkeit belade³⁾.

"Deshalb können wir nicht zu allen politischen Fragen schweigen"⁴⁾.

Diese Verantwortung führt die achtzehn Wissenschaftler zu drei Aussagen:

1. "Wir leugnen nicht, daß die gegenseitige Angst vor den Wasserstoffbomben heute einen wesentlichen Beitrag zur Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt und der Freiheit in einem Teil der Welt leistet. Wir halten aber diese Art, den Frieden und die Freiheit zu sichern, auf die Dauer für unzuverlässig, und wir

stellen, daß sie weiterhin an ihren am 12.4.1957 ausgesprochenen Überzeugungen festhalten.

- 1) Wortlaut der Erklärung s. Anhang, V. Dokument.
- 2) C.F. von Weizsäcker, Die Verantwortung der Wissenschaft im Atomzeitalter, S. 50 f.
- 3) Ebenda.
- 4) Ebenda.

halten die Gefahr im Falle des Versagens für tödlich.

2. Für ein kleines Land wie die Bundesrepublik glauben wir, daß es sich heute noch am besten schützt und den Weltfrieden noch am ehesten fördert, wenn es ausdrücklich und freiwillig auf den Besitz von Atombomben jeder Art verzichtet.
3. Jedenfalls wäre keiner der Unterzeichneten bereit, sich an der Herstellung, der Erprobung oder dem Einsatz von Atomwaffen in irgendeiner Weise zu beteiligen¹⁾.

Es ist vielleicht interessant, auf zwei kritische Stellungnahmen zu der Erklärung hinzuweisen, nämlich auf die Auseinandersetzung des Philosophen Karl Jaspers mit der Erklärung der Achtzehn, die wir als "Exkurs" in seiner umfangreichen philosophisch-zeitgeschichtlichen Analyse: "Die Atombombe und die Zukunft des Menschen" finden²⁾, und die Feststellungen von Theodor Litt auf den bereits erwähnten Informationstagungen im Oktober 1957.

Beide Stellungnahmen stellen Beispiele dar, an denen die Kompliziertheit der Situation verdeutlicht werden soll, die auch in ethischer Hinsicht mit der Existenz der Atombombe eingetreten ist.

Man wird sich beim Lesen dieses ganzen Kapitels des Gefühls einer gewissen Zwiespältigkeit nicht enthalten können. Diese Zwiespältigkeit ist beabsichtigt. Sie ist Merkmal der historisch-atomaren Lage und zweier sich überkreuzender Denkweisen, die im Wollen der Atomwissenschaftler und in der Kritik von Karl Jaspers und Theodor Litt ihren Ausdruck finden. Wenn man sich bemüht, die zwei Denkweisen aus ihren Motiven heraus zu begreifen, wird man ihnen beiden Berechtigung zugestehen müssen und wird dann auch leichter die jeweils verschiedenen Wege, die von der ethischen Erkenntnis zu den politischen Schlußfolgerungen führen, verstehen und billigen können.

Wo liegt der Ansatzpunkt der Kritik, die sowohl Karl Jaspers als auch Theodor Litt an der Erklärung üben?

Im Rundbrief Nr. 6 der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler vom Juni/Juli 1960 sagt Günter Howe:

"Seit 2000 Jahren leben wir doch etwa unter dem Dogma, das im großen und ganzen von Aristoteles herkommt, daß Physik und Ethik nichts miteinander zu tun haben. Und dieses Dogma hat uns ja bis-

1) Ebenda, S. 52.

2) Ebenda, S. 164 ff.

her auch daran gehindert, alles das zu tun, was wir hätten tun müssen. Aber dieses Dogma, darüber müssen wir uns klar sein, damit uns die Unkosten unseres Weges deutlich sind, hat ja erst die gesamte reale Wissenschaftlichkeit möglich gemacht. Ich würde auch meinen, daß wir hier vor Aufgaben stehen, die sozusagen ganz verschiedene Wachstumsverhältnisse haben. Der Gärtner hat ja eine andere Wachstumsschnelligkeit als der Forstmann. Und die Aufgaben, die von Ihnen so in Angriff genommen werden, sind eine Sache, wo man sich in aller Ruhe sagen muß, daß sie eine ganze Generation in Anspruch nehmen wird. Was wir hier jetzt im Augenblick leisten können, das sind zunächst Orientierungen..., aber diese Dinge müssen auch theoretisch behandelt und klargestellt werden"¹⁾.

Diese Sätze umschreiben sehr treffend den Schnittpunkt, in dem sich herkömmliche und "neue" Denkungsart treffen, miteinander in Kollision geraten, um Klärung ringen und sich dann zwar wieder trennen, aber fortan auf getrennten Wegen weiterschreiten in der Verbundenheit des gegenseitigen Wissens voneinander und des miteinander geführten Gesprächs.

In diesem Sinne möge auch die geistige Begegnung der Vertreter und der Gegner des Manifestes der achtzehn Atomwissenschaftler aufgefaßt werden.

Gemäß der Aussage von Günter Howe, daß man bisher die radikale Trennung von Physik und Ethik durchgehalten und für richtig befunden habe, bemerkt Theodor Litt in seinem Vortrag: "Atom und Ethik"²⁾: "Auf den ersten Blick scheinen Naturwissenschaft und Ethik zueinander in einem Verhältnis zu stehen, das ihre Verknüpfung ausschließt oder zumindest unfruchtbar machen muß. Ethik als die Lehre vom sittlichen Leben ist die Lehre von dem, was sein soll und nicht sein soll. Sie kann ihre Imperative nicht aussprechen, ohne die möglichen Verhaltensweisen des Menschen dem Gebot sittlicher Normen zu unterstellen und seine wirklichen Verhaltensweisen nach Wert und Unwert voneinander zu unterscheiden. Die Naturwissenschaft ist ihrem unablegbaren Charakter nach diejenige wissenschaftliche Disziplin, die uns nur sagen kann und sagen soll, was ist, und die dieser ihrer Aufgabe nur gerecht wer-

1) Rundbrief 6, S. 13.

2) Ich folge Theodor Litts Ausführungen in: "Euratom...", a.a.O., Bonn 1957 und 1958, S. 109 f.

den kann, indem sie den Unterschied von Wert und Unwert ignoriert, bzw. wenn er unübersehbar scheint, nivelliert. Gerade der Naturwissenschaft in ihrer der Neuzeit vorbehaltenen Form ist es eigentümlich, daß sie diese Gleichgültigkeit gegen alle Differenzen des Wertes bis zur Vollendung durchbildet. Ihre Methode kommt der Einebnung aller Wertunterschiede gleich. Denn es macht ihr Wesen aus, daß sie mathematische Naturwissenschaft ist. Die Mathematisierung aber der Natur ist ihre radikale Quantifizierung. Quantifizierung hinwiederum fällt zusammen mit der Austilgung aller qualitativen Unterschiede. Und mit den qualitativen Unterschieden entfallen selbstverständlich auch die von der Qualität nicht abtrennbaren Unterschiede des Wertes.

Vergleichen wir also die Haltung, in der die ethische Besinnung und die naturwissenschaftliche Forschung der Wirklichkeit gegenüberstehen, so gewinnen wir den Eindruck, daß beide gleichsam in entgegengesetzte Himmelsrichtungen blicken¹⁾. Erst wenn man die kompromißlose Scheidung der Welt, der die Mittel, und der Person, der die Zwecke zugeordnet sind, erkannt und akzeptiert hat, wenn man also im naturwissenschaftlich und ethisch herkömmlichen Sinne eine scharfe Trennung der Kategorien, die jeder Sphäre eigen sind, vorgenommen hat, vermag man die notwendige Zuordnung von Subjekt und Objekt wieder herzustellen.

"Der Mensch kann weder vor der Welt noch vor sich selbst die Verantwortung verleugnen wollen, die er als der über die Zwecke Entscheidende auf sich zu nehmen hat"²⁾.

Die Wertfreiheit der Mittelwelt erzeugt ihre Ambivalenz, denn es liegt in ihrem Wesen, dem Guten und dem Bösen in gleicher Weise zu dienen. Jeder, der die Welt um ein segensreiches Mittel bereichern will, schafft zugleich die Voraussetzung für dessen negative Verwendung.

Damit gerät der die Mittel Schaffende, der die Mittel Entdeckende und zur Verfügung Stellende in die Zwielfichtigkeit, die dieser Welt eigen ist.

"Da dem so ist, so würde man den Erforscher der Natur so gut überschätzen wie überfordern, wollte man ihm die Wirkungen, die durch sein entdeckendes Vorgehen möglich geworden sind, in dem Sinne zu rechnen, daß man ihm gestattete, sich die beifallswürdigen unter

1) Ebenda.

2) Ebenda, S. 116.

diesen Wirkungen als Verdienst gutzuschreiben, aber ihm auch zuzumuten, sich für die verdammungswürdigen unter diesen Wirkungen zur Rechenschaft ziehen zu lassen.

Und jetzt erkennen wir, wie sehr diejenigen im Irrtum sind, die da meinen, die jüngste Entwicklung der Physik habe die Kompetenzen der mathematischen Naturwissenschaft so erweitert, daß sie auch in der Erörterung ethischer Probleme mitzureden befugt, wo nicht berufen sei¹⁾.

Liegt in dieser letzten Feststellung nicht ein Widerspruch zu der ersten Aussage, daß der Mensch weder vor der Welt noch vor sich selbst die Verantwortung verleugnen könne?

Dieser Widerspruch soll sich lösen, wenn man die Verantwortung dem Menschen zugesteht, für den Wissenschaftler hingegen die Forderung beibehält, seine "Funde" in die Welt zu entlassen und ihr anheimzustellen, "was sie mit ihnen anfangen will"²⁾.

Hier kann man mit Recht einwenden, daß gerade diese von Theodor Litt erstrebte Trennung der Bereiche zu einer Schizophrenie der Persönlichkeit führe, daß damit der Widerspruch sich eben nicht löse, und daß die Existenz theoretisch streng voneinander geschiedener ethischer und physikalischer Kategorien in der Praxis des gesellschaftlichen und technischen Geschehens weder dienlich noch hilfreich sei. Man kann fragen, ob nicht dadurch die Lage eintrete, die C.F. von Weizsäcker als den "elfenbeinernen Turm der reinen Forschung" beschreibt, eine Haltung, die sich nicht den politischen Folgen der wissenschaftlich gefundenen Ergebnisse stelle. Auf diesen Einwand, der das Zentrum für einen Angriff gegen die Positionen von Theodor Litt und Karl Jaspers werden müßte, komme ich am Schluß dieses Kapitels noch zurück.

Nun muß gerechterweise betont werden, daß Theodor Litt eine solche Schizophrenie von wissender und handelnder Persönlichkeit auf keinen Fall will. Es geht ihm lediglich um eine saubere methodische Klärung der Kompetenzen, die dem Wissenschaftler, in diesem Fall dem reinen Naturwissenschaftler, und die dem Ethiker zukommen. "...wenn dem Naturforscher die Möglichkeit und die Befugnis abgestritten wird, ethische Probleme zu sichten und zu diskutieren, so bezieht sich dieses Veto nicht auf den Menschen, der uns in der Person des Naturforschers gegenübersteht.

1) Ebenda, S. 120 f.

2) Ebenda.

.....er soll ihr (der ethischen Problematik) seine ganze Teilnahme zuwenden, da doch schließlich die von ihm gepflegte Wissenschaft es ist, die sie zu dieser beängstigenden Gestalt hat gedeihen lassen. Nur soll er allerdings, wenn diese Zuwendung stattfindet, sich nicht darüber täuschen, daß sie recht eigentlich eine Umwendung, ein radikaler Wechsel der Blickrichtung und damit der Übergang in eine völlig andersartige geistige Haltung ist"¹⁾.

Die soeben umrissenen grundsätzlichen Überlegungen bilden die Basis, von der her Theodor Litt an das Manifest der achtzehn Atomwissenschaftler herantritt.

Er wendet sich weder gegen die sachlichen noch gegen die politischen und ethischen Aussagen der Erklärung für sich, er beanstandet hingegen die "Zusammenschau" aller drei Komponenten, die methodisch-rational aus seiner Perspektive eine Grenzverwischung der Kategorien darstellt, und die den Eindruck entstehen läßt, als ob die Wissenschaftler nicht nur kraft der Autorität ihres Fachgebietes, sondern auch kraft besonderer politischer und ethischer Autorität sprächen. "Gibt man sich von dieser Begrenzung der Kompetenzen Rechenschaft, dann kann man nicht umhin, Bedenken anzumelden gegenüber solchen Manifesten, in denen Vertreter der exakten Naturwissenschaft im Zuge einer in sich streng geschlossenen Darlegung einerseits, aus der Sachkenntnis des Eingeweihten heraus sprechend, unser Volk über die Wirkungen aufklären, die der Einsatz von atomaren Waffen herbeiführen müßte, andererseits, in die Haltung des politischen Beraters hinüberwechselnd, dasselbe Volk zu einer bestimmten höchst folgenreichen Entscheidung zu überreden versuchen.

Gleichgültig, ob dieser Rat um seiner Weisheit willen angenommen oder um seiner Torheit willen abgewiesen zu werden verdient, dürfte er, wie ich meine, mit der bewußten Aufklärung nicht so in eins gefaßt werden, daß der Angeredete den Eindruck gewinnen muß, es stehe hinter dem Einen und dem Anderen die gleiche Autorität des Wissenden und deshalb zur Wegweisung Berufenen"²⁾.

Mit genau den gleichen Argumenten vollzieht Karl Jaspers seine Kritik an der Erklärung der achtzehn Atomwissenschaftler. Welche große Bedeutung er ihr trotz entschiedener Ablehnung der Thesen, die

1) Ebenda, S. 121 f.

2) Ebenda, S. 124/125.

sie vertritt, beizumessen scheint, beweist allein der Umfang des "Exkurses", der die Länge des Aufrufes selbst um ein Vielfaches übertrifft.

Allerdings legt die kritische Stellungnahme von Karl Jaspers nicht den Hauptakzent auf die Methode des Vorgehens, d.h. auf die genaue Scheidung der naturwissenschaftlichen, politischen und ethischen Kompetenzen, um deren Einhaltung es Theodor Litt vor allem geht.

Sie setzt sich im Sinne der Gesamtkonzeption des Buches besonders mit dem politischen Wert der Erklärung auseinander und würdigt ihren ethischen Gehalt.

In zwei Erscheinungen unserer Zeit offenbaren sich laut Jaspers höchste Gefährdungen der Menschheit und unseres Menschseins: in der Existenz der Atombombe und in der Erfahrung bzw. der Möglichkeit totalitärer Herrschaft. Es ist die Aufgabe unserer Generation, beide Möglichkeiten, die Ausdrucksformen der absoluten Unfreiheit, der Unvernunft und des radikalen Ungeistes darstellen, zu vermeiden. Allein der Weltfrieden, ein in der Menschheitsgeschichte noch nie erreichter Zustand, vermag uns vor beiden Drohungen zu bewahren, die anscheinend "schicksalsgemäß zusammengehören"¹⁾.

In dieser Situation ist es wichtig, daß wir aus der schonungslosen Vergegenwärtigung dieser Tatbestände heraus die Kraft finden, unser Denken bis an den Grund des Menschseins zu treiben²⁾.

Die Lösung beider Probleme - nämlich sowohl einen Atomkrieg zu verhindern, als auch die Gefahr totalitärer Herrschaft auszuschalten - "fordert Kräfte des Menschen, die aus solcher Tiefe hervortreten müssen, daß er selbst in seiner sittlich-vernünftig-politischen Erscheinung sich wandelt in einem Maße, daß es der Wendepunkt der gesamten Geschichte würde"³⁾.

D.h.: Karl Jaspers schätzt die Größe des Opfers sehr hoch ein, das von der Menschheit gefordert wird, um den Weltfrieden zu realisieren: es besteht in der Aufgabe der Denkweisen, die uns historisch und ethisch vertraut und anerzogen sind, und im Durchbruch zu einer völlig neuen Denkungsart - der wahren menschlichen Vernunft - die den Einsatz der gesamten Persönlichkeit mit Intellekt, Willen und Fühlen verlangt.

"Die Grundsituation des Menschen ist, daß wir uns in der Welt fin-

1) Die Atombombe und die Zukunft des Menschen, S. 15.

2) Ebenda.

3) Ebenda.

den und nicht wissen: woher und wohin. Diese Situation wird durch die Möglichkeit der totalen Selbstvernichtung anders als früher bewußt. Denn sie zeigt eine Seite, an die vorher niemand gedacht hat. Wir müssen uns unserer selbst in der neuen Situation vergewissern. Mit unserer Vernunft vermögen wir zwar die letzten Gründe nicht zu erreichen, wohl aber das Sein für uns und, was wir wollen, zu klären¹⁾.

Die Forderung nach einer neuen Weise des Menschseins, nach einer neuen Denkungsart, nach der unsere Situation erhellenden Vernunft liegt auf genau derselben Ebene, die Carl Friedrich von Weizsäcker und der ihm gleich gesonnene Kreis von Atomwissenschaftlern aufstellen. C.F. von Weizsäcker nennt es eine neue Weise rationalen Verhaltens jedes einzelnen Menschen, die sich in einer geistigen Disziplin gegenüber dem technischen und politischen Geschehen unserer Zeit verwirklichen müsse. In den drei Thesen seiner Rede, die er unter dem Titel "Bedingungen des Friedens" bei der Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels in der Frankfurter Paulskirche hielt, verdeutlicht sich die gemeinsame Grundtendenz von Carl Fr. von Weizsäcker und Karl Jaspers. Es heißt dort:

"Der Weltfriede ist notwendig, denn die Welt der vorhersehbaren Zukunft ist eine wissenschaftlich-technische Welt.

Der Weltfriede ist nicht das Goldene Zeitalter, sondern sein Herannahen drückt sich in der allmählichen Verwandlung der bisherigen Außenpolitik in Welt-Innenpolitik aus.

Der Weltfriede fordert von uns eine außerordentliche moralische Anstrengung, denn wir müssen überhaupt eine Ethik des Lebens in der technischen Welt entwickeln²⁾.

Karl Jaspers erkennt aus dieser Gemeinsamkeit des Ansatzes heraus in der Verantwortung, die sich aus den Folgen wissenschaftlicher Tätigkeit ergibt, das wirkliche Anliegen der Erklärung und beurteilt sie deshalb in erster Linie als ein philosophisch und nicht als ein politisch bedeutendes Ereignis³⁾.

Aus seiner Schau läßt er der Erklärung damit Gerechtigkeit widerfahren, obgleich er ihre politischen Aussagen mit Entschiedenheit ablehnt und die Zuständigkeit der Atomwissenschaftler, solche Aus-

1) Ebenda.

2) a.a.O., S. 645 ff (vgl. S.6).

3) Die Atombombe und die Zukunft des Menschen, S. 172.

sagen zu machen, bezweifelt. Mit anderen Worten: er akzeptiert das ethische Wollen und verwirft die konkreten Details, die seiner Meinung nach einem Mangel an "klarem Bewußtsein" und einer "Unbestimmtheit der Grundhaltung" entspringen¹⁾.

Das große Ziel des Weltfriedens, der nur schrittweise und in einer steten Wandlung des politischen Bewußtseins der Menschen auf dieses Ziel hin zu erreichen ist, hat für K. Jaspers "die Einheit und Solidarität des weltweiten Abendlandes"²⁾ zur Voraussetzung. Diese Einheit sei militärisch notwendig in der Weltstrategie, sie sei zur Selbstbehauptung aller unumgänglich, sie sei geistig gefordert³⁾.

Für die kleinen Staaten, zu denen auch Deutschland gehöre, sei die Wahl unumgänglich, sich einem hegemonialen Großraum anzuschließen, weil die Außenpolitik der kleinen Staaten so in die Weltpolitik der Großmächte einbezogen sei, daß es für sie nur unter Führung der Großen Sicherheit gebe.

Da die Bundesrepublik sich entschlossen habe, sich dem von den USA geführten Großmachtraum anzuschließen, trete damit die unausweichliche politische und ethische Folge ein, daß die Bindung an das gewählte Ganze Vorrang habe vor den Interessen seiner Eigenmacht⁴⁾.

Abwehr totalitärer Herrschaft, Vermeiden des atomaren Krieges und die Verwirklichung des Weltfriedens sind für die Bundesrepublik in ihrer ganz konkreten politischen Situation (praktisch als augenblicklicher Schritt auf diese Ziele hin), nur erreichbar durch die relative Sicherheit des Bündnisses mit den NATO-Staaten unter dem Schutz Amerikas.

Die "Atombombenfrage" wird damit für Jaspers automatisch eine Fra-

1) a.a.O., S. 173.

"In der Göttinger Erklärung scheint eine hintergründige Vieldeutigkeit zu liegen, in dem einzelnen Bestimmten eine Unbestimmtheit der Grundhaltung sich zu verbergen. Aber das Verdienst der Erklärung bleibt: das große Thema öffentlich fühlbar gemacht zu haben. Die Spannweite zwischen dem Sinn angegebener Handlungen, die ausgehen vom Nächsten, und dem umgreifenden Sinn des Friedens in unserer geschichtlichen Weltlage ist faktisch, wenn auch keineswegs mit klarem Bewußtsein aufgetreten. Wahr und richtig sagt die Erklärung, wenn heute der Weltkrieg noch verhindert wird durch die gegenseitige Angst vor Wasserstoffbomben: "Wir halten diese Art, den Frieden und die Freiheit zu sichern, auf die Dauer für unzuverlässig, und wir halten die Gefahr im Falle ihres Versagens für tödlich."

2) Ebenda, S. 168.

3) Ebenda.

4) Ebenda, S. 167.

ge des Bündnisses, das, wenn auch unzureichend, allein die Fähigkeit zur Verteidigung des Abendlandes besitzt.

"Jede Politik, die auch nur droht, den Primat der Einheit des Abendlandes (darin heute der Hegemonie Amerikas) preiszugeben, ist faktisch selbstmörderisch und geistig treulos gegen das Abendland, gegen die Wurzeln unserer gemeinsamen Herkunft"¹⁾.

Von dieser Position aus stellt Jaspers nun natürlich die Frage:

"Wird in der Göttinger Erklärung deutlich, ob sie in diesem Bewußtsein der Weltlage und unserer politischen Realität als Bundesrepublik ihren Standort hat"²⁾?

Und er kommt zu der Feststellung: "Die Göttinger Erklärung hat diese reale Lage im ganzen nicht gegenwärtig"³⁾.

Sie betont zwar die Notwendigkeit des Weltfriedens, aber indem sie allein für die deutschen Truppen atomare Waffen ablehnt, verkennt sie den politischen und militärischen Standort der BRD im Bündnis der freien Völker der NATO.

Die Erklärung scheint folglich die Sicherheit Deutschlands zu isolieren und über die Sicherheit des Bündnisses und damit über den Weltfrieden zu stellen, obgleich sie ihn so ausdrücklich fordert.

Jaspers erblickt darin eine "Tendenz zum Neutralismus" in der Erklärung, womit er den Verfassern m.E. Unrecht tut.

Daß die Forscher auf Grund ihrer Entdeckungen und auf Grund ihrer Arbeit in der Atomphysik das Recht beanspruchen, "bei der Verwendung der Atomenergie mitzureden und Forderungen zu stellen"⁴⁾, betrachtet Jaspers als außer ihrer Zuständigkeit liegend.

Hier trifft er sich, wie bereits erwähnt, mit Theodor Litt.

"Die Vortrefflichkeit bei der Erfüllung der ersten Verantwortung bezeugt keineswegs eine besondere Fähigkeit zu politischen Vorschlägen oder Impulsen im Sinne der zweiten Verantwortung. Die politischen Urteile der Forscher haben ihren Grund in ihrer Unruhe. Denn die Forscher sind doch nicht nur Forscher, sondern Menschen und Staatsbürger. Dann aber sprechen sie nicht als Physiker. Der Zusammenschluß als Physiker zum Zwecke einer politischen Erklärung ist sinnwidrig. Autorität der Physiker und Autorität po-

1) Ebenda, S. 168.

2) Ebenda.

3) Ebenda, S. 169.

4) Ebenda, S. 166.

litischer Weisheit geraten irreführend ineinander"1).

Umso positiver beurteilt Jaspers das geschlossene Auftreten der Forscher in der Absicht, Aufklärung über bestimmte physikalische Tatsachen zu geben, das viel wirkungsvoller gewesen sei, als die Erklärungen einzelner2).

So setzt die neue Weise des Denkens, deren umfassender Begriff bei Jaspers die Vernunft ist, für ihn die traditionelle Trennung der Kompetenzen des Forschers und des Politikers voraus. Es ist die Vernunft, die eine klare Einhaltung der Grenzen gebietet, es ist die Vernunft, aus der wissenschaftliches, politisches und ethisches Urteil entspringen. Sie führte Jaspers zu genau den entgegengesetzten politischen Schlußfolgerungen, welche die Verfasser des Göttinger Manifestes gezogen hatten.

Die Einwände von Karl Jaspers und Theodor Litt gegen das Göttinger Manifest sind rational folgerichtig, und sie sind rational nachzuvollziehen, wenn man von streng geschlossenen Eigenbereichen der Physik und der Ethik einerseits ausgeht, wie es bei Theodor Litt geschieht, wenn man von ebenso streng geschlossenen Eigenbereichen der Naturwissenschaften und der Politik ausgeht, wie es bei Karl Jaspers der Fall ist. Das ethisch-philosophische Verhalten des 'vernünftigen' Menschen ist bei ihm zwar das Zentrum, in welches das Handeln des Politikers und das Forschen des Wissenschaftlers einmünden, jedoch unter Anerkennung jeweils verschiedener 'Verantwortungen'.

Die Verantwortung dessen, dem das Wohl des Staates vor Augen steht, ist eine andere als die Verantwortung dessen, der sich auf der Suche nach den Gesetzmäßigkeiten befindet, die in der Natur verborgen sind.

Doch würde man auch Karl Jaspers mißverstehen, wenn man ihm den Vorwurf machte, daß Wissen und Handeln bei ihm auseinanderfallen. Denn in der Vernunft sollen sie zueinander finden, und darum gehen der 'vernünftige' Wissenschaftler und der 'vernünftige' Politiker den gleichen Weg auf das große Ziel des Weltfriedens zu, indem sie nämlich beide bemüht sind, das Unausdenkbare eines atomaren Krieges und das Unerträglich totalitärer Herrschaft zu vermeiden.

1) Ebenda.

2) Ebenda, S. 165.

Am Beispiel der Atomwissenschaftler erkennt man nun aber, wie schwer es zu sein scheint, diesen denkerisch so klaren Weg, wie ihn Theodor Litt und Karl Jaspers gezeigt haben, mitzubeschreiben, und man fragt sich, warum die menschliche Verantwortung, die bei ihnen allen im Mittelpunkt steht, in ihrer konkreten Verwirklichung so verschiedene Bahnen einschlägt. Ziehen wir noch einmal die Erklärung vom 12. April 1957 zu Rate!

Lesen wir dort den Satz, der den Übergang bildet vom allgemein naturwissenschaftlich informierenden Teil zum politischen Ratschlag!

"Wir wissen, wie schwer es ist, aus diesen Tatsachen die politischen Konsequenzen zu ziehen. Uns als Nichtpolitikern wird man die Berechtigung dazu abstreiten wollen; unsere Tätigkeit, die der reinen Wissenschaft und ihrer Anwendung gilt und bei der wir viele junge Menschen unserem Gebiet zuführen, belädt uns aber mit einer Verantwortung für die möglichen Folgen dieser Tätigkeit"¹⁾.

Aus der Forderung nach unmittelbarer Wechselwirkung von Forschung und Politik spricht die bittere Erfahrung der 'Mitbetroffenen', d.h. derer, die Hauptakteure in dem historischen Prozeß wurden, an dessen Ende der Abwurf der ersten Atombombe stand. Aus dieser Forderung spricht ferner das große Erschrecken einer ganzen Generation bedeutender Forscher, die an der Furchtbarkeit dieser neuartigen Waffe erkennen mußten, wie die Freude reiner Wißbegier und das Glück des Auffindens von Naturgeheimnissen umschlagen können in das Entsetzen über die zerstörerischen Kräfte neuer Entdeckungen, wenn diese falschen Zielen dienstbar gemacht werden; und darum spricht aus dieser Forderung die tiefe Skepsis des wissenschaftlich erkennenden gegen den politisch handelnden Menschen, der sich aus seiner Skepsis heraus einfach verantwortlich dafür fühlt, daß die Ergebnisse der Forschung nicht der Versuchung der Macht anheimfallen, daß sie für und nicht gegen den Menschen verwendet werden.

Einer derjenigen, die unermüdlich in Reden, Aufsätzen und wissenschaftlich aufklärenden Schriften in diese Richtung zu wirken suchen, ist in Deutschland Carl Friedrich von Weizsäcker²⁾.

1) a.a.O., S. 51.

2) Vgl. Literaturverzeichnis und vor allem vom gleichen Verfasser "Ethische und politische Probleme des Atomzeitalters" in: Außenpolitik 5/1958, S. 302 ff.

In den beiden Titeln: "Die Verantwortung der Wissenschaft im Atomzeitalter" und "Politische Wirkungen der Atomwaffen", zwei Vorträge, die C.F. von Weizsäcker 1957 gehalten hat und die in engem Zusammenhang mit der Göttinger Erklärung stehen, liegt bereits die "neue" Tendenz, die Aufgabe des Wissenschaftlers einzubeziehen in die Verantwortung des Staatsbürgers.

"Verantwortung des Menschen in der technischen Welt heißt also zumindestens: er muß inmitten der Planung und der Apparate lernen, Mensch zu bleiben. Vielleicht muß er in entscheidenden Punkten erst lernen, Mensch zu werden. So Mensch zu werden, daß er Herr des Plans und der Apparate bleibt. Das etwa wäre der Inhalt einer Ethik der technischen Welt"¹⁾.

".....denn wir müssen überhaupt eine Ethik des Lebens in der technischen Welt entwickeln"²⁾, hieß es ferner in der schon erwähnten Rede, die C.F. von Weizsäcker im Herbst 1963 in der Frankfurter Paulskirche hielt.

Worin gründet sich die Berechtigung, eine solche Ethik der technischen Welt zu fordern? Sie gründet sich in dem Wissen, daß mit der Existenz der Atom- und erst recht der Wasserstoffbombe eine radikal neue Situation eintrat, die das Leben der Menschheit so zu verwandeln imstande ist, daß man dieser neuen Lage nur mit völlig neuen Verhaltensweisen auf politischem, wirtschaftlichem und ethischem Gebiet begegnen kann³⁾.

1) Die Verantwortung der Wissenschaft im Atomzeitalter, S. 11.

2) a.a.O., S. 645 ff.

3) Man vergleiche hierzu nochmals bei Theodor Litt, a.a.O., S. 109:

"'Atom und Ethik' - hier finden wir zusammengestellt einen Grundbegriff der modernen Physik mit jener philosophischen Disziplin, die an den Problemen des sittlichen Lebens ihren Gegenstand hat. Das ist eine Kombination von ungewohnter und überraschender Art. Sie hat, soviel ich sehe, in der Vergangenheit nicht ihresgleichen. Bisher ist man nicht auf den Gedanken gekommen, naturwissenschaftliche Grundbegriffe in das Licht der ethischen Besinnung zu rücken. 'Elektrizität und Ethik', 'Dampfkraft und Ethik', 'Schwerkraft und Ethik' - das sind keine Fragestellungen, durch welche sich die Geschlechter der uns Vorausgegangenen hätten beschweren lassen. Offenbar ist mit der Physik des Atoms etwas in unser Leben getreten, was uns nötigt, der Naturwissenschaft eine Bedeutung zuzusprechen, die ihr in ihrer bisherigen Gestalt nicht zukam oder die ihr, vorsichtiger gesprochen, in ihrer bisherigen Gestalt nicht abgemerkt werden konnte. Es ist da eine Akzentverschiebung vor sich gegangen, die sich auch in einem anderen Lieblingsausdruck unserer Tage deutlich bekundet. Man nennt unsere Epoche das 'Atomzeitalter'. Abermals ist festzustellen: bisher

Günter Howe, Mitglied der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler, hat dieses Anliegen Carl Friedrich von Weizsäckers, der hier nur stellvertretend für viele andere Forscher spricht, in einem Aufsatz präzisiert, der unter dem Titel: "Die atomare Bewaffnung als geistesgeschichtliches und theologisches Problem" erschienen

hat man es sich nicht einfallen lassen, eine Epoche auf einen der Naturwissenschaft entstammenden Namen zu taufen. Zum ersten Mal glaubt ein Zeitalter, in einem durch die Naturwissenschaft geprägten und inhaltlich bestimmten Begriff sein Wesen von der entscheidenden Seite her charakterisiert zu finden."

Man lese auch nach bei Günter Howe, in: "Atomzeitalter, Krieg und Frieden", S. 182 f.

"Wir können jetzt die wiederholt diskutierte Frage zu klären suchen, ob durch die Einführung der Atombombe eine qualitative Änderung des Kriegswesens erfolgt sei, die etwa die Anwendung des Begriffs des *justum bellum* unmöglich macht oder nicht. Mit einer rein technischen Betrachtung können wir nicht hinreichend begründen, daß durch die Atomwaffe eine qualitative Veränderung des Kriegswesens erfolgt sei, wenn wir nicht auf den oft erörterten Umschlag vom Quantitativen ins Qualitative zurückgreifen wollen. Hier stützen wir uns immer noch auf eine Ethik, die einen Entschluß auf eine vorherige genügende Klärung des Sachverhaltes gründen zu können meint, und wir müssen daher nach tragfähigeren Argumenten für die qualitative Veränderung des Kriegswesens suchen, von der auch wir überzeugt sind. Wenn wir von den Strahlungsschäden absehen, die möglicherweise im weiteren Verlauf der technischen Entwicklung stark herabgesetzt werden können, so liefert uns die physikalisch-technische Betrachtung zunächst lediglich die Aussage, daß die Hiroshimabombe etwa tausendfach stärker ist als die größten bisherigen Sprengkörper, und daß die Wasserstoffbombe wiederum etwa tausendfach stärker ist als die gewöhnliche Atombombe. Es ist bekannt, daß z.B. in Tokio oder in Dresden mit einem nicht einmal so sehr großen Einsatz an konventionellen Waffen ein Vielfaches an Menschen getötet und an Gebäuden zerstört worden ist als in Hiroshima oder in Nagasaki. Allein durch quantitative Vergleiche läßt sich daher ein grundsätzlicher Einschnitt etwa bei der Hiroshimabombe nicht beweisen, und die gleiche Betrachtung kann man dann auf die Wasserstoffbombe übertragen.

Wir stehen hier vor einem für die Geschichte der Menschheit richtungsgebenden Entschluß, der wohl durch technische Fakten angeregt und wesentlich beeinflusst ist, aber aus ihnen allein nicht zwingend begründet werden kann.

Zugespißt gesagt: Trotz der außerordentlichen Zunahme der Zerstörungskraft ist die qualitative Veränderung des Kriegswesens kein meßbarer Tatbestand, sondern sie ist erwachsen aus dem Entschluß etwa des russischen Physikers Kapitza, sich unter Gefahr für Leben und Freiheit der Mitarbeit an der Atombombe zu versagen, und ein entsprechender unableitbarer Entschluß liegt auch dem Göttinger Manifest vom März 1957 zugrunde."

Diese Textstelle wird deshalb in aller Ausführlichkeit zitiert, weil von der qualitativen Veränderung des Krieges durch die Atombombe noch vielfach die Rede sein wird.

ist¹⁾.

Indem er die Weise des Erkennens in der Quantentheorie abhebt vom Erkenntnisvorgang in der klassischen Physik²⁾, versucht er zu zeigen, daß die bisher durchgehaltene Trennung von Logik, Physik und Ethik als überholt anzusehen ist.

"Unser nächster Schritt beruht auf der durch die Quantentheorie neu bestätigten, aber auch der Philosophie und der Theologie nie ganz verloren gegangenen Einsicht, daß man die Ebenen des Erkennens und des Handelns wohl voneinander unterscheiden, aber nicht voneinander trennen kann"³⁾.

Und er fährt fort:

"Objektivität im alten Sinne ist dann nur noch unter bestimmten Einschränkungen möglich, aber umso wichtiger wird in dieser Lage die von Nietzsche hervorgehobene Tugend der Redlichkeit"⁴⁾.

Genau an dieser Stelle, bei diesem Ansatz, andere Kategorien für die zu lösenden Aufgaben im Atomzeitalter zu erarbeiten, vollzieht sich das große Mißverständnis zwischen Gegnern und Befürwortern der Göttinger Erklärung. In dem Bestreben, wieder in einem "integraleren" Sinn zu denken, sollen Physik und Ethik gleichsam aufeinander zu wachsen, wodurch das geschieht, was Karl Jaspers aus seiner Sicht die "Unbestimmtheit der Grundhaltung" und Mangel an "klarem Bewußtsein"⁵⁾, was Theodor Litt die "Grenzverwischung"⁶⁾ der Erklärung nennt.

Daß eine solche Verwischung der Grenzen auf jeden Fall vermieden werden soll, betont hingegen Günter Howe. Auch hier dient ihm wieder ein Bild aus der Physik zur Verdeutlichung des ethischen Anliegens. "Die um das Jahr 1600 aufleuchtende Einsicht von der Unendlichkeit des Weltenraumes ist nicht allein eine physikalische Erkenntnis, sondern ein Entschluß, der den unendlichen physikalisch-technischen Fortschrittswillen der Neuzeit symbolisiert. Umso bedeutungsvoller ist es daher, daß der heutige Physiker zu der Ansicht neigt, daß der Weltenraum in einer unanschaulichen Weise nur einen endlichen Rauminhalt besitze. Im Zusammenhang damit steht die dem Göttinger Manifest zugrundeliegende Überzeugung,

1) In: Atomzeitalter, Krieg und Frieden, S. 160 ff.

2) Ebenda, S. 160 f.

3) Ebenda, S. 181.

4) Ebenda, S. 182.

5) a.a.O., S. 173.

6) a.a.O., S. 125.

daß der Mensch aufhören müsse, alles zu tun, was ihm technisch möglich ist. Das ist zugleich ein neuer Hinweis darauf, daß die bisherige scharfe Scheidung von Physik und Ethik nicht mehr haltbar ist, ohne daß nun einer unreflektierten Verwischung der Grenzen das Wort geredet werden soll¹⁾.

Diese Textstelle veranschaulicht m.E. auf recht klare Weise, in welchem Sinn die Einheit der forschenden und handelnden Persönlichkeit bei den Verfassern der Göttinger Erklärung zu verstehen ist. Die ethischen Kategorien der "Redlichkeit", der "Entscheidung" und der in ihr beschlossenen Wahl müssen stärker sein als der unendliche, wertfreie Wissensdrang des Forschers. Der Wissenschaftler wird von diesen Kategorien in seinem Handeln geleitet und vermag seinen Drang nach Erkenntnis daher plötzlich abubrechen, wenn es ihm erforderlich erscheint. In diesem Sinne ist es richtig, wenn Günter Howe hervorhebt, daß man bestrebt sei, Erkennen und Handeln zwar voneinander zu unterscheiden, aber auf keinen Fall voneinander zu trennen.

Einem solchen Entschluß entspringt die Feststellung der achtzehn Atomwissenschaftler, daß keiner von ihnen bereit sei, "sich an der Herstellung, der Erprobung oder dem Einsatz von Atomwaffen in irgendeiner Weise zu beteiligen"²⁾.

Der Wert dieser Aussage liegt in ihrem ethischen Gehalt, nicht in ihrem politischen Effekt, eine Tatsache, die von den Unterzeichnern des Manifestes auch ganz offen ausgesprochen wird³⁾.

1) Howe, a.a.O., S. 181.

Vgl. auch Absatz 2 der Fußnote 3 von Seite 113 (auf Seite 114).

2) Die Verantwortung der Wissenschaft im Atomzeitalter, S. 52.

3) "Deshalb mußten wir auch insbesondere öffentlich sagen, daß keiner von uns persönlich bereit wäre, Bomben zu machen, zu erproben oder anzuwenden. Damit war nicht impliziert, man habe uns um so etwas gebeten. Damit war vielmehr gesagt: Niemand wird uns darum je mit Erfolg bitten können."

"Die Verantwortung der Wissenschaft im Atomzeitalter", S. 27. Daß Karl Jaspers aus seiner Perspektive, indem er die politische Verflochtenheit der BRD in das Bündnissystem der NATO zugleich als Forderung der Vernunft und damit als ethische Forderung auffaßt, gerade diesen Entschluß der Achtzehn nicht akzeptiert, ist verständlich. Er geht jedoch meiner Meinung nach in seiner sehr scharfen Verurteilung der Wissenschaftler zu weit, wenn er sagt:

"Soviel man weiß, sind diese Physiker gar nicht zur Mitarbeit vom Staat aufgefordert. Sie verweigern hypothetisch, was sein könnte, aber nach Lage der Dinge in absehbarer Zeit kaum zu erwarten ist. Die Verweigerung der Mitarbeit ist zur Zeit gegenstandslos. Trotzdem könnte auch solche prophylaktische Er-

Daß ihre Entscheidung u.U. auch politische Folgen nach sich ziehen würde, war von den Forschern zwar erwünscht; diese beabsichtigten politischen Wirkungen blieben aber im Hinblick auf das Ringen um neue, der atomaren Situation angemessene Kategorien sekundär.

Die Erklärung vom 12. April 1957 ist somit aus der Überzeugung erwachsen, daß unsere durch die Atombombe qualitativ veränderte Welt in ihrer ethischen Grundstruktur nicht mehr durchschaubar ist, d.h. daß sie sich nicht mehr durch eindeutig ethisch festgelegte Normen erschließt, sondern nur dann begreifbar wird, wenn wir bereit sind, "in ihr verantwortlich zu handeln"¹⁾. Im Entschluß der verantwortlichen Persönlichkeit werden gleichsam die Kategorien, die der Welt der naturwissenschaftlichen Forschung zugehören, aufgehoben: d.h. sie werden an der lebendigen Wirklichkeit des Menschen gemessen, zu der die konkrete politische Situation eines Landes gehört. In diesem Sinne wird die folgende Feststellung verständlich:

"Für ein kleines Land wie die Bundesrepublik glauben wir, daß es sich heute noch am besten schützt und den Weltfrieden noch am ehesten fördert, wenn es ausdrücklich und freiwillig auf den Besitz von Atomwaffen jeder Art verzichtet"²⁾.

Diese Aussage, die einem verantwortlichen Entschluß entsprungen ist, bezeugt die persönliche Redlichkeit der Verfasser und ist darum in sich konsequent.

Sie ist aber aus diesem Grunde zugleich dem Risiko des Irrtums unterworfen, und die Verfasser müssen entgegengesetzte politische Meinungen Andersdenkender, wenn diese redlich gemeint sind, gel-

klärung in dem Maße wahr sein, als ein sich selber klares, opferbereites Ethos sich kundgibt. In der Bundesrepublik ist bei den gegenwärtigen Zuständen eine solche Erklärung vielleicht risikoloser als irgendwo in der westlichen oder gar in der totalitären Welt. Die Bundesrepublik, die wenig Autorität und deren Regierung nur ein begrenztes Ansehen bei der deutschen Bevölkerung hat, wird ohne Gefahr diskreditiert. Es gibt sich eine moralisch fundierte Position kund, die Ansprüche macht, Aufsehen durch ethischen Ernst erregt. Dies geschieht kollektiv in einem Lande, das nach den Erfahrungen der Nazizeit vermuten läßt, daß in kommenden Situationen einer starken Staatsmacht manche ausgebildeten Physiker sich gehorsam zeigen würden."

K. Jaspers, Die Atombombe und die Zukunft des Menschen, S.171.

1) "Die atomare Bewaffnung als geistesgeschichtliches und theologisches Problem" von G.Howe, a.a.O., S. 182.

2) Die Verantwortung der Wissenschaft im Atomzeitalter, S. 51 f.

ten lassen.

Man würde der Erklärung Unrecht tun, wenn man die Ablehnung ihrer politischen Ratschläge mit der Behauptung verbände, die Verfasser hätten einen politischen Absolutheitsanspruch erhoben und eine besondere Autorität als politische Persönlichkeiten gefordert.

Das Manifest läßt erstens die Möglichkeit offen, zu entgegengesetzten politischen Ergebnissen zu gelangen, und zweitens bestreitet es an keiner Stelle den Mitbürgern das Recht, auf Grund eigener - anderer Erkenntnis ebenso verantwortungsbewußte Entschlüsse zu erzielen¹⁾.

Daß die Forscher aus ihren naturwissenschaftlichen Erkenntnissen eine ganz bestimmte staatsbürgerliche Aufgabe ableiten, und warum sie das tun, ist durch die vorausgegangenen Ausführungen hinreichend begründet worden. Durch sie sollte auch verdeutlicht werden, daß die ganz konkreten politischen Schlußfolgerungen der Atomwissenschaftler einer "philosophischen" Grundhaltung entspringen und nichts mit staatsbürgerlicher Exklusivität zu tun haben.

Es zeugte daher von einem recht mangelhaften Eindringen in die Absichten des Aufrufs, als die großen Parteien des Bundestages ihn parteipolitisch interpretierten.

Um noch eingehender auszuführen, auf welcher Basis die Erklärung steht, und um den geistesgeschichtlichen Zusammenhang spürbar werden zu lassen, dem sie ihre Entstehung verdankte, soll an dieser Stelle die Bedeutung der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler kurz umrissen werden.

Sie ist keine direkte Fortsetzung und Erweiterung des Kreises der achtzehn Atomwissenschaftler. Personell und sachlich besteht jedoch ein enger Zusammenhang. Die VDW wurde am 1. Oktober 1959 während der Tagung Deutscher Physikalischer Gesellschaften in Berlin gegründet. Man hatte ihre Gründung anlässlich der Lindauer Tagung

1) Man lese unter diesem Gesichtspunkt die zahlreichen Beiträge von C.F. von Weizsäcker, die immer wieder betonen, daß man mit den eigenen Feststellungen andere Meinungen nicht abwerten wolle.

So war man z.B. überrascht, daß er in seiner Schrift "Mit der Bombe leben" auf die berechtigten Argumente der Befürworter atomarer Rüstung hinwies, und man konnte diese Tatsache nicht mit seiner Einstellung in der Göttinger Erklärung vereinbaren. Durch diese Haltung - nämlich durch das Zugeständnis, daß auch eine Bejahung nuklearer Bewaffnung vertretbar sein könne - verdeutlicht v. Weizsäcker den Entscheidungscharakter seines persönlichen politischen Handelns.

der Nobelpreisträger im gleichen Jahre angeregt. An ihrer Entstehung waren die Professoren Born, Burkhardt, Hahn, Kliefoth, von Laue, von Weizsäcker und Wolf beteiligt. Im Jahre 1963 zählte die VDW 149 Mitglieder, wovon etwa die Hälfte Naturwissenschaftler waren.

Unter ihrem ersten Vorsitzenden Hans Kopfermann und ihrem späteren Vorsitzenden Gerd Burkhardt setzte sich die Vereinigung das Ziel, die Verantwortung des Wissenschaftlers für die Folgen seines Fachs in der Gesellschaft und in der Politik wachzuhalten und zu schärfen und "Versuchen zum Mißbrauch wissenschaftlicher Ergebnisse zum Schaden der Menschheit entgegenzutreten"¹⁾.

Als "Fernziel" der Vereinigung bezeichnete Gerd Burkhardt die Schaffung einer "selbständigen, unabhängigen Körperschaft qualifizierter Persönlichkeiten, die zwar nicht selbst politisch aktiv wird oder den Politiker ersetzen soll, die aber aus Wissenschaftlern besteht, die mit den politischen Problemen ihrer Zeit und ihres Landes wohlvertraut sind, sich mit politischen Fragestellungen auseinandergesetzt haben, und die aus ihrer Kenntnis heraus in der Lage sind, die politischen und wirtschaftlichen Folgen wissenschaftlicher Neuentwicklungen zu erkennen und zu beurteilen"²⁾.

Der wissenschaftlichen Durchdringung aktueller Probleme sollen dann Vorschläge und Gesetzesentwürfe folgen, die über die schädigenden Konsequenzen bestimmter Entwicklungen Aufklärung geben bzw. ihnen entgegenwirken.

Zwei Aufgabenkreise stehen dabei im Vordergrund:

1. Das Studium der Probleme von Krieg und Frieden im Zeitalter der Kernenergie,
2. die Frage, wie es sich vermeiden läßt, daß alles, was technisch möglich ist, allein aus diesem Grunde auch verwirklicht und als Fortschritt gepriesen wird, ohne die Vor- und Nachteile für die Gesellschaft genügend abzuwägen³⁾.

1) Rundbrief 16. März 1963, S. 3.

2) Rundbrief 7. September 1960, S. 3.

3) Einige Informationen über die VDW, die in diesem Kapitel übernommen werden, verdanke ich persönlichen Auskünften der Herren Afheldt und Dr. Howe.

In dem "Vorläufigen Studiendokument über das Thema: Christen und die Verhütung des Krieges im Atomzeitalter" äußert sich C.Fr. von Weizsäcker zum gleichen Problem. Er führt zum Abschnitt III "Disziplin in Bezug auf technische Faktoren" aus,

Da es sich bei der Mehrzahl der Mitglieder um wissenschaftliche Lehrer handelt, wird in der Verbindung von Forschung und Lehre bei der Auseinandersetzung mit diesen Themen eine willkommene pädagogische Methode erblickt, um die Gedanken und Absichten der VDW an die "nachfolgende Generation weiterzugeben"¹⁾.

Man hofft, daß die Vereinigung durch objektive, wissenschaftlich fundierte Analysen von jeder politischen Richtung unterstützt werden wird, und daß sie auf Grund ihres wissenschaftlichen Ranges von der jeweiligen Regierung respektiert werden muß. Man vertraut damit auf die moralische Kraft wissenschaftlicher Wahrheit und setzt im Grunde ein hohes moralisches Niveau und eine große Informationsbereitschaft der öffentlichen Meinung sowie außerdem eine beträchtliche Empfänglichkeit der Regierung für Kritik voraus.

In dieser Form und mit diesen Absichten versteht sich die VDW selbst als etwas vollkommen Neues. Gerd Burkhardt erwähnt dieses Faktum in einer seiner Reden, in der er wie folgt ausführt: "Alle bisher bestehenden traditionellen Organisationsformen, die es im wissenschaftlichen Leben gibt, scheinen mir für diese Aufgabe nicht geeignet zu sein. Es muß hier etwas völlig Neues geschaffen werden aus der Erfordernis unserer Zeit heraus.... Heute geht es darum, daß die Aufsicht über die Machtmittel, die durch die Erfolge der Naturwissenschaft den Menschen in die Hand gegeben worden sind, wieder wenigstens zum Teil an jene zurückgeht, die die Grundlagen dafür geschaffen haben.

Ein solches Verlangen geht der Tradition der Wissenschaft entgegen:

Die Wissenschaftler selbst wollen diese Macht oder eine Einfluß-

daß Wissen Macht und Macht Verantwortung bedeute, und daß Verantwortung wiederum zur Folge habe, daß der Gebrauch der Macht durch die Erkenntnis der Folgen des Gebrauchs der Macht begrenzt werden müsse. Es sei ein Mißverständnis der Technik, es sei ein zutiefst untechnisches Verhalten, technische Möglichkeiten und Mittel bis zum Letzten auszunutzen."

Ebenda, S. 13.

Wir haben hier wieder die Forderung nach einem Verhalten vor uns, das vorhin als die Möglichkeit und Notwendigkeit des Abbrechens des wertfreien Wissensdranges des Forschers auf Grund ethischer Erkenntnisse definiert wurde.

1) Man orientiere sich über die Pläne der VDW betr. Seminare und Vortragsreihen am besten im Rundbrief 16 der VDW vom März 1963, S. 10 ff.

Vgl. auch Rundbrief 6, Juni/Juli 1960, S. 4.

nahme auf die Macht gar nicht. Darin liegt ihre Ohnmacht heute begründet. Mir scheint es von brennender Wichtigkeit, daß sie lernen, daß sie diesen Einfluß wollen müssen, und daß sie schließlich auch können, was sie nur ernstlich wollen" ¹⁾).

In diesem Zitat konzentriert sich nicht allein das Streben der VDW nach verantwortlichem Wirken für die Gesellschaft, sondern eine Tendenz der Zusammenarbeit von Wissenschaftlern für das öffentliche Wohl, wie sie im Franck-Report, in der Federation of American Scientists ²⁾ und in der Arbeit der Pugwash-Konferenzen verwirklicht worden ist. So betrachtet ja auch die ständige Leitung der Pugwash-Konferenzen die VDW als ihren deutschen Ansatzpunkt, obgleich anfangs nur einzelne Mitglieder, wie z.B. Carl Fr. von Weizsäcker und Gerd Burkhardt, Verbindung zu diesen Konferenzen unterhielten.

Der sogenannte Franck-Report an den amerikanischen Kriegsminister Stimson vom Juni 1945 verdient darum besondere Aufmerksamkeit, weil mit ihm in einer ganz konkreten politischen und militärischen Situation von Seiten der Wissenschaft genau das unternommen wurde, was die Göttinger Erklärung zwölf Jahre später bezweckte, und was die VDW, die FAS und die BASA heute verwirklichen wollen: es liegt nämlich in ihm der Versuch, auf den weitgehend unpersönlichen Prozeß des technischen Geschehens als verantwortliche Persönlichkeit zu reagieren, d.h. das Bemühen, in ihn einzugreifen und ihn zu lenken.

Ähnlich wie das Niels Bohr-Memorandum an Präsident Roosevelt vom Juli 1944, wie die Entstehung der "Federation of Atomic Scientists" nach Kriegsende, wie die Pugwash-Treffen ist auch der Franck-Report einer der Brennpunkte im "Atomzeitalter", in dem eine Geisteshaltung aufleuchtet, die nicht bereit ist, anzuerkennen, daß in der Rasanz des technischen Fortschritts ein unpersönliches Fatum waltet. In der Auseinandersetzung des freien, verantwortlichen Geistes mit dem 'Schicksal' unabänderlichen Geschehens und dem Anteil persönlicher Schuld an historischen Abläufen liegt das Verdienst der Atomwissenschaftler, deren Existenz sich unter dem Schatten der Atompilze von Hiroshima und Nagasaki vollzieht. Der theoretische Physiker Max Born, einer der Unterzeichner des Göttinger Manifestes, spricht von dieser Problematik auf einer

1) Rundbrief Nr. 7, September 1960, S. 4.

2) FAS

der Diskussionen der VDW in ganz einfachen Worten:

"....die Bombe, daß sie über Japan abgeworfen wurde, wofür sie gar nicht gedacht war, das ist ein moralischer Fehler, der uns in diese Stellung hineingebracht hat, ein Fehler, bei dem die Wissenschaftler nicht unschuldig sind..... Ich spreche das ganz offen aus, obwohl es keiner von ihnen zugibt, und das ist sehr begreiflich, denn das ist eine solche Schuld, die niemand geistig ertragen kann"¹⁾.

Um die "Tat Hiroshima" zu verhindern, von der Robert Jungk sagt, sie sei entstanden aus der "Summe Tausender von Einzelhandlungen von höchster Gewissenhaftigkeit, die schließlich zu einem Akt kollektiver Gewissenlosigkeit von schauerlicher Größe"²⁾ geführt hätten, war der Franck-Report verfaßt.

Er wurde benannt nach dem ehemaligen Göttinger Professor und Nobelpreisträger James Franck und in Form eines Memorandums, das von sieben angesehenen Wissenschaftlern unterzeichnet war³⁾, am 11. Juni 1945 an den Kriegsminister gesandt. Der Absendetermin des Berichtes wurde bestimmt durch den Entschluß einer amerikanischen Regierungskommission, der auch Militärs und ein Fachauschuß von Atomforschern angehörten, die während der ersten sechs Monate des Jahres 1945 fertiggestellten Atombomben über japanischen Städten abzuwerfen⁴⁾.

Als diese Entscheidung in Chicago, Oak Ridge und Los Alamos bekannt wurde, beauftragte die Universität Chicago ein Gremium von sieben Wissenschaftlern, "einen ausführlichen Bericht über die sozialen und politischen Konsequenzen der Atomenergie"⁵⁾ abzufassen. Dieses Gremium bestand aus drei Physikern (J. Franck, D. Hughes, L. Szilard), drei Chemikern (T. Hogness, E. Rabinowitch, G. Seaborg) und einem Biologen (C.J. Nickson)⁶⁾.

1) Rundbrief Nr. 6, Juni/Juli 1960, S. 12.

2) Robert Jungk, Heller als tausend Sonnen, S. 232.

3) Man vergleiche den Wortlaut des Franck-Reports bei Robert Jungk, a.a.O., S. 386 ff.

und die Auseinandersetzung des Verfassers mit dem Bericht auf S. 204 ff.

Niels Bohr-Memorandum und Franck-Report sind neuerdings auch in dem kürzlich erschienenen Fischer-Band "Ist der Krieg noch zu retten?" zu finden.

Fischer-Bücherei 1965, ebenda, S. 107 ff, S. 110 ff.

4) Man lese die makabre Vorgeschichte des Abwurfs der beiden Atombomben über Hiroshima und Nagasaki bei Robert Jungk, a.a.O., S. 202 f.

5) Robert Jungk, a.a.O., S. 204.

6) Ebenda.

Am Anfang ihres Berichtes weisen die Verfasser darauf hin, daß die gesamte Forschung und alle Fortschritte auf dem Gebiet der Kernphysik so sehr in die politischen und militärischen Gegebenheiten der USA eingebaut seien, daß sich eine Diskussion politischer Fragen im Zusammenhang mit der Kernphysik nicht vermeiden lasse¹⁾.

Sie seien politisch zwar nicht sachverständig, aber als verantwortliche Staatsbürger und als Männer der Wissenschaft, die eingeweiht seien in die möglichen Gefahren der Kernphysik, von denen die übrige Menschheit noch nichts ahne, fühlten sie sich verpflichtet, warnend ihre Stimme zu erheben.

Es gehöre zur Verantwortung des Wissenschaftlers, darauf hinzuweisen, daß er "gegen die zerstörende Kraft der Kernenergie keinen wirksamen Schutz versprechen" könne. Dieser Schutz könne nur von einer weltumfassenden politischen Neuorganisation der Staatenwelt geschaffen werden.

Es folgte eine Warnung vor den Gefahren eines Kernwaffenwettrüstens, dem man durch eine wirksame Rüstungskontrolle entgehen müsse. Ein solches Abkommen setze jedoch Vertrauen voraus, und man gäbe daher zu bedenken, ob ein Atombombenabwurf über Japan nicht zu einem unabänderlichen Vertrauensverlust führen müsse.

"Vom 'optimistischen' Standpunkt (das heißt, wenn man dabei an ein internationales Abkommen zur Verhütung von Atomkriegen denkt) könnten also die militärischen Vorteile und die Ersparnis amerikanischer Menschenleben - Vorteile, die durch eine plötzliche Anwendung von Atombomben im Krieg gegen Japan errungen würden - aufgehoben werden durch den darauffolgenden Vertrauensverlust und eine Welle des Schreckens und Widerwillens, die sich über die übrige Welt ergösse und die vielleicht sogar die öffentliche Meinung in der Heimat spaltete"²⁾.

Stattdessen solle man vor den Vertretern aller Vereinten Nationen

1) Vgl. für das Folgende: ebenda, S. 386.

Mit dieser Feststellung wird die Problematik berührt, daß in den USA alle Entwicklungen auf atomarem Gebiet im Laufe des Krieges völlig der freien Forschung entglitten und unter strengster staatlicher Kontrolle und Geheimhaltungspflicht nur noch einem Ziel dienten: erst der Erarbeitung der Grundlagen für die Schaffung der Atombombe und dann der Fertigstellung der neuen Waffe.

Vgl. Robert Jungk, a.a.O., S. 122 ff.

2) Ebenda, S. 395.

in einer Wüste oder auf einer unbewohnten Insel die Wirkung der neuen Waffe demonstrieren, um dann der Welt sagen zu können: "Ihr seht, was für eine Waffe wir besaßen, aber wir haben sie nicht angewandt. Wir sind bereit, sie auch in Zukunft nicht anzuwenden, wenn sich die anderen Nationen uns darin anschließen und in die Gründung einer wirkungsvollen internationalen Kontrolle einwilligen"¹⁾.

Es ist bekannt, daß dieses Memorandum bei den verantwortlichen Regierungsstellen kein positives Echo fand, und am 6. und 9. August fielen über Hiroshima und Nagasaki die ersten beiden Atombomben. Zuvor hatte im Juli ein Bombentest stattgefunden, der ausgerechnet unter dem Decknamen "Trinity" lief. Wie stark und nachhaltig der Eindruck gewesen sein muß, den die Wirkung dieses Versuchs bei allen Beobachtern auslöste, berichtet uns Robert Jungk²⁾. Keiner der Anwesenden habe so sachlich reagiert, wie er es sich vorgenommen hätte. Selbst die Teilnehmer, die sich sonst frei von religiösen Bindungen fühlten, hätten dieses Ereignis in Worten geschildert, die terminologisch dem Mythos und der Theologie entstammten³⁾.

Es ist nicht die Aufgabe dieser Untersuchung, festzustellen, mit welchen politischen und militärischen Argumenten der Einsatz der beiden Atombomben in Japan damals gerechtfertigt wurde und heute gerechtfertigt wird. Infolge der Wirkung, die von diesem Geschehen ausging, läßt sich jedoch mit gutem Grund eine solche Rechtfertigung zumindest in Frage stellen. Man weiß außerdem, unter welch unrühmlichen Umständen der Einsatz der ersten Atombombe über Hiroshima erfolgte. Nach dem Sprengen eines Gebetes stiegen die Bomber vom Typ B - 29 in den Himmel auf, und in der Frühe des 6. August zerstörte, ohne vorherige Warnung der Bevölkerung, eine einzige Bombe die Stadt Hiroshima.

Zahlreiche Darstellungen künden heute von dem Grauen, das die neue Waffe in den unmittelbar diesem Ereignis folgenden Wochen und Monaten für die Bewohner der betroffenen Städte heraufbeschwor⁴⁾. Die menschliche Vorstellungskraft ist zum Glück (oder zum Unglück) nicht stark genug, um das Ausmaß des Elends geistig

1) Ebenda.

2) Ebenda, S. 218 ff.

3) Ebenda, S. 223.

4) Vgl. Literatur.

und seelisch nachzuvollziehen, das eine bis zu diesem Grad pervertierte Kriegführung verursachte. Selbst dem nüchternsten Leser wird es schwerfallen, auf alle diese Berichte nicht in irgendeiner Weise emotional zu reagieren.

Außerordentlich eindrucksvoll sind die Aufzeichnungen des japanischen Arztes Dr. Michihiko Hachiya, die den Zeitraum vom 6. August bis 30. September 1945 umfassen¹⁾.

Wir lesen dort:

"Über die Vernichtungskraft der Bombe, die eine Stadt von der Größe Hiroshimas zu zerstören vermag und fünfhunderttausend Tote und Verletzte hinterläßt, können wir uns nur fassungslos wundern. Wir sind nicht durch die Zahl der Kämpfer, sondern in einem wissenschaftlichen Krieg besiegt worden.

Wer das im Licht der Vergangenheit und der Zukunft überlegt, wird genug Stoff zum Nachdenken haben"²⁾.

Im letzten Satz deutet dieser japanische Arzt an, was uns heute zur Gewißheit geworden ist und was ja auch den Mittelpunkt aller politischen, militärischen, philosophischen und theologischen Erörterungen bildet: daß mit der Existenz der Nuklearwaffen unsere Situation eine qualitativ andere geworden ist und daß sich - von Hiroshima aus betrachtet - die Einstellung zum Geschehen des Krieges als eine völlig neuartige bestimmt.

"Von Hiroshima aus rückschauend erscheint uns heute jedes Kriegswerkzeug der Geschichte bis zur Mordwaffe Kains in einem anderen Lichte, und damit beginnt sich uns heute das Wesen des Krieges in einer tieferen Weise zu enthüllen, die so unseren Vätern nicht zugänglich sein konnte. Jeder Versuch, hier auf deduktivem Wege zu zwingenden Schlüssen gelangen zu wollen, bleibt dem Geiste verhaftet, aus dem die Atombombe erwachsen ist, und zerstört gerade das Moment der Freiheit und der verantwortlichen Entscheidung, dessen wir heute als Bürger und Soldaten, als Staatsmänner, Physiker oder Theologen bedürfen und ohne das die Überwindung der Atomgefahr nicht denkbar ist"³⁾.

Zu den wirklich unfaßbaren Bildern, die aus den Tagen des August 1945 heute noch Zeugnis ablegen, gehören jene eingebrannten Schat-

1) Michihiko Hachiya, Hiroshima-Tagebuch, Freiburg 1955.

2) Ebenda, S. 200.

3) Günter Howe, Die atomare Bewaffnung als geistesgeschichtliches und theologisches Problem - Atomzeitalter, Krieg und Frieden, S. 183.

ten auf Wänden und Mauern, die als einzige von der Existenz der tödlich Getroffenen Auskunft geben. Diese Schatten, in denen sich Schein und Sein auf unheimliche Weise vertauschen und die fast an die abgründigen Visionen eines Jean Paul oder eines E.T. A. Hoffmann erinnern, sind Symbol für die Sinnwidrigkeit der nuklearen Waffen, die jeden Krieg ad absurdum führen.

Im Licht des soeben Geschilderten wird es verständlich, daß um die Schriften von Pascual Jordan zur Zeit der Atomdiskussion eine heftige Kontroverse entstand, die bis ins Parlament drang und dort zu scharfen Ausfällen führte. Als Beispiel sei auf die Schrift: "Der gescheiterte Aufstand" verwiesen¹⁾ und in dieser Schrift auf Kapitel VII, das "Im Atomzeitalter" überschrieben ist²⁾.

Mit der größten Selbstverständlichkeit geht Pascual Jordan davon aus, daß das erstrebte Fernziel einer Weltregierung einmal Wirklichkeit sein werde, den Zeitpunkt der Verwirklichung läßt er zum Glück offen. Daß er mit einer immerhin noch recht langen Zeitspanne bis dahin rechnet, kann man aus seinen Ausführungen schließen, in denen er vom 26. Jahrhundert spricht. Auch er hält Kriege im traditionellen Sinne für ausgeschlossen, rechnet aber mit "Putschen, Aufständen, Revolutionen und Bürgerkriegen", die mit Nuklearwaffen zum Austrag kommen werden. Das Erstaunliche ist nun, daß er die dabei entstehenden Verluste an Menschenleben und die radioaktive Verseuchung der betroffenen Gebiete relativ gering wertet.

Denn selbst, wenn eine atomare Katastrophe z.B. im Jahre 2500 die Menschheit "auf wenige Promille ihres Bestandes reduzieren sollte, würde man im Jahr 3500 schon wieder das Problem der Übervölkerung für das bedrückendste aller Probleme halten"³⁾.

Daß es in Hiroshima zu so großen Verlusten an Menschenleben kam, schreibt Pascual Jordan der Tatsache zu, daß die Bewohner der Stadt keine Gelegenheit hatten, Luftschutzanlagen aufzusuchen.

Er empfiehlt daher für etwaige atomare Konflikte, eine "umfassende Neugestaltung unserer Städte" - "im Stil des Atomzeitalters"⁴⁾.

1) Pascual Jordan, "Der gescheiterte Aufstand", Betrachtungen zur Gegenwart, Frankfurt/M., 1956.

2) Ebenda, S. 157 ff.

3) Ebenda, S. 177.

4) Ebenda, S. 178.

Dieser Hinweis ist an sich recht verdienstvoll, obgleich gerade die Möglichkeiten geeigneter Luftschutzmaßnahmen im Atomzeitalter sehr umstritten sind.

Doch die Vorstellung von unterirdischen Städten, in denen die Menschheit u.U. Jahre verbringen soll, mutet nicht sehr überzeugend an¹⁾.

Es paßt ganz in den Rahmen dieser die Probleme völlig bagatellisierenden Ausführungen, wenn Pascual Jordan unter Hinweis auf eine päpstliche Kundgebung, die eine "furchtbare neue Waffe" verdammt, welche geeignet sei, die Menschheit zu vernichten, die Atombombe auf die gleiche Stufe mit der Armbrust stellt²⁾.

Dieser in seiner Substanz bedeutungslose, ja unbegreifliche Beitrag eines recht bekannten Wissenschaftlers wird erwähnt, weil er in den Jahren der Atomdiskussion mit Recht sehr viel Staub aufgewirbelt hat; denn er ist ein Beispiel dafür, zu welchen Kurzschlüssen man gelangt, wenn man die überwältigend neue Lage des atomaren Zeitalters in derart vereinfachenden Zusammenhängen und utopischen Perspektiven erblickt.

Dieser Beitrag hebt sich in erschreckendem Maße von den nackten Tatsachen ab, welche als Folge des Abwurfs nur zweier "kleiner" Atombomben eintraten. Ja, man ist versucht zu sagen, er zeugt von einer erstaunlichen Unempfindlichkeit und Ignoranz gegenüber der Möglichkeit menschlichen Elends.

Das verhängnisvolle Ergebnis einer solchen Haltung, welche die wissenschaftliche oder auch technische Betrachtungsweise von der existentiellen Not des Menschen trennt, hatte ja gerade die Atomwissenschaftler im Ablauf der letzten 25 Jahre exponiert und hatte sie in einen Zusammenhang mit der Geschichte gestellt, den sie selbst als schuldhaft - oder eben nicht als schuldhaft empfanden.

Robert Jungk berichtet uns von der Verwirrung, von der Mischung von Stolz und Beschämung, welche die Bekanntgabe der Atombombenabwürfe bei den Wissenschaftlern auslöste³⁾. Es gab einige, welche die Ausnutzung der Kernspaltung zu waffentechnischen Zwecken und die Herstellung der Bombe lediglich als patriotische Pflicht auffaßten, es gab solche, für die das Gelingen der Bombe unter der Faszination wertfreier Wissenschaftlichkeit stand, und es gab

1) Ebenda, S. 179.

2) Ebenda, S. 181.

3) Robert Jungk, a.a.O., S. 246 ff..

die vielen, bei denen die Meldung von der Zerstörung Hiroshimas und Nagasakis große Bestürzung auslöste. In dem Internierungstagebuch der deutschen Atomwissenschaftler heißt es unter: Dienstag, 7. August 1945, beispielsweise, daß die Meldung vom ersten Atombombenabwurf Otto Hahn tief erschüttert habe, weil ihm die Vorstellung einfach unerträglich gewesen wäre, daß seine eigene Entdeckung in zerstörerischem Sinne ausgewertet worden sei¹⁾.

In diesem Zusammenhang können wir bei Robert Jungk lesen, daß nicht nur Unkenntnis und Desinteresse von seiten der nationalsozialistischen Regierung und technische Schwierigkeiten den Fortschritt des deutschen Uran-Projekts hinderten, wie es Erich Bagge und Kurt Diebner darstellen, sondern auch die persönliche Haltung der deutschen Atomforscher. Sie hätten nichts unternommen, um den Bau einer solchen Waffe zu fördern und voranzutreiben. Robert Jungk betont ferner, daß über die persönlichen Motive bislang so wenig bekannt geworden sei, weil die Beteiligten es aus "Diskretion" und "Taktgefühl" vorgezogen hätten, über dieses Thema nur im engeren Kreise zu sprechen. "Sie begnügen sich damit, als Erklärung für das Nichtvorhandensein einer deutschen Atombombe bei Kriegsende das mangelnde Interesse der politischen Führung und die technischen Schwierigkeiten in den Vordergrund zu schieben, die tatsächlich ab Ende 1942, mit dem Beginn der alliierten schweren Luftangriffe, fast unüberwindlich wurden. Heisenberg, der Leiter des deutschen Uran-Projektes, hat Ende 1946 in der Zeitschrift "Naturwissenschaften" erklärt, die 'äußeren Umstände' hätten den deutschen Atomforschern 'die schwere Entscheidung, ob sie Atombomben herstellen sollten, aus der Hand genommen'²⁾.

Und in seinem Vortrag: "Die Verantwortung der Wissenschaft im Atomzeitalter" bemerkte C.F. v. Weizsäcker:

"Im Krieg blieb den deutschen Physikern die letzte Härte der Entscheidung erspart. Wir erkannten, daß wir keine Bomben machen konnten. Wir waren glücklich darüber. Andererseits überschätzten wir die Schwierigkeit und unterschätzten die Hilfsmittel Amerikas. So glaubten wir, auch auf der Gegenseite werde man keine Atombomben machen. Das war ein folgenschwerer Irrtum; denn sonst

1) Bagge, Diebner, Jay, Von der Uranspaltung bei Calder Hall, S. 56.

2) Robert Jungk, a.a.O., S. 107. Vgl. auch 107 ff.

hätten wir wohl die äußerste Anstrengung gemacht, dem Westen klarzumachen, daß wir keine Bomben bauten" ¹⁾).

In diesen Worten klingt das an, was C.Fr. von Weizsäcker ebenfalls ausspricht, und worin er und viele seiner Kollegen die Schuldverhaftung der Atomwissenschaftler sehen.

Man habe es sich immer zu einfach gemacht - damals, als man die Entscheidung traf, die Bombe zu bauen, und dann, als man beschloß, sie abzuwerfen ²⁾.

Bald nach 1945 bemühten sich die Atomforscher, zu der internationalen wissenschaftlichen Offenheit der Zeit vor dem Dritten Reich zurückzufinden und sich über die Grenzen hinweg die Hände zu reichen.

In den USA entstand zunächst die Vereinigung der Atomforscher, der gleich nach ihrer Entstehung bereits 100 Wissenschaftler angehörten. Sie setzte es sich zur Aufgabe, durch völlige Aufklärung der Öffentlichkeit über die Gefahren der Atomenergie Einfluß auf die Politik zu gewinnen. Dieses Unternehmen war recht gewagt, da es den Armeebestimmungen zuwiderlief, die nach wie vor strenge Geheimhaltung forderten.

Die 'Federation of Atomic Scientists', die später das Wort 'Atomic' durch 'American' ersetzte, weil viele ihrer Mitglieder gar nicht Atomforscher waren, setzte z.B. die Zivilkontrolle über die Atomforschung in den USA durch, d.h., statt der May-Johnson-Bill wurde im Juli 1946 die Mac-Mahon-Bill eingeführt, die heute noch in Kraft ist.

Die Wissenschaftler wandten sich damit vor allem gegen die Vorschriften absoluter Geheimhaltung, die während des Krieges üblich gewesen waren, sie sprachen sich ferner für die friedliche Ausnützung der Atomenergie aus ³⁾ und protestierten gegen die geplanten Atombombenversuche in der Nähe des Bikini-Atolls im Jahre 1946.

Ihre Bemühungen blieben jedoch vergeblich, weil die Sowjetunion den von den Amerikanern vorgeschlagenen Atomkontrollplan zurückwies, so daß im Jahre 1947 das von James Franck prophezeite Kern-

1) Carl Friedrich von Weizsäcker, a.a.O., S.18.

2) Ebenda.

Vgl. auch Robert Jungk, a.a.O., S. 407 f: Brief Heisenbergs an R.Jungk über seine Unterredung mit Bohr.

3) Vgl. Robert Jungk, a.a.O., S. 246 ff. "Der Kreuzzug der Wissenschaftler".

waffen-Wettrüsten bereits eingesetzt hatte. Noch einmal kam es zu einer Art "Aufstand der Gewissen" unter den Atomforschern, als man nach dem ersten sowjetischen Atombombentest im Jahre 1949 den Bau der Wasserstoffbombe verhindern wollte.

Die Forscher Rabi und Fermi sprachen für viele, als sie in einem Memorandum ausführten:

"Die Tatsache, daß der Zerstörungskraft dieser Waffe keine Grenzen gesetzt sind, macht ihre bloße Existenz und die Kenntnis ihrer Konstruktion zu einer Gefahr für die ganze Menschheit. Sie ist notwendigerweise etwas Böses, wie immer man es auch ansieht. Aus diesem Grunde halten wir es für wichtig, dem Präsidenten der Vereinigten Staaten, der amerikanischen Öffentlichkeit und der Welt zu sagen, daß wir es aus fundamentalen ethischen Grundsätzen für falsch halten, mit der Entwicklung einer solchen Waffe den Anfang zu machen"¹⁾.

Im Gegensatz zu der Gruppe um Fermi befanden sich die vielen Forscher, die von der Furcht beseelt waren, die Sowjets würden als erste die Wasserstoffbombe besitzen. Es wiederholte sich also in etwa die Situation, die 1939 bestand, als man sich aus Angst vor Hitler und Deutschlands Uran-Projekt zum Bau der Atombombe entschloß, nur daß man diesmal mit Sicherheit vorhersagen konnte, daß die Sowjets in den Besitz der thermonuklearen Waffe gelangen würden.

Den letzten Anstoß zum Bau der Wasserstoffbombe gab schließlich die Spionage-Affäre um Klaus Fuchs, der den Russen bereits seit vielen Jahren amerikanische Atomgeheimnisse mitgeteilt und sie auch über das Projekt der Wasserstoffbombe informiert hatte²⁾.

Der Ausbruch des Koreakrieges tat ein übriges, viele der Wissenschaftler erneut für die Fortsetzung der Kriegsforschung zu gewinnen. Dennoch erlahmte auch fortan das Bemühen nicht mehr, doch noch die Gefahr des atomaren Chaos aufzuhalten. Man wandte sich seither verstärkt den Problemen der Abrüstung zu, plädierte für die "Geschlossenheit" des Atom-Klubs und propagierte die Einstellung der Atom- und Wasserstoffbombentests.

Unter diesem Aspekt kam es seit 1955 zu den internationalen Treffen von Wissenschaftlern, die unter dem Namen "Pugwash-Konferenzen"

1) R. Jungk, a.a.O., S. 312.

2) R. Jungk, S. 313 ff.

zen" bekannt wurden¹⁾. In dem Namen: "Ost-West-Konferenz der Wissenschaftler", der diesen Treffen auch zugelegt wurde, liegt die deutliche Tendenz, über ideologische Barrieren hinweg die internationale "Familie der Atomforscher" wiederherzustellen. Diese Konferenzen, deren erste 1955 in London stattfand, hatten einen nicht-öffentlichen Charakter, gingen zurück auf die Initiative des britischen Philosophen Bertrand Russell und fanden die freudige Zustimmung Albert Einsteins.

Wie die Mitgliederzahl in der FAS und in der VDW nicht allein Naturwissenschaftler umfaßt, bestehen auch die Teilnehmer an den Pugwash-Treffen aus Naturwissenschaftlern, Juristen, Historikern, Soziologen und Militärfachleuten. Obwohl die Referate und Diskussionsbeiträge nicht veröffentlicht, sondern nur Regierungsstellen zugeleitet werden, sind diese Ost-West-Konferenzen im Laufe der Zeit immer mehr in der Öffentlichkeit bekannt geworden. So nahmen an der 10. Pugwash-Konferenz in London im September 1962 bereits 220 Wissenschaftler aus 35 Nationen teil, zahlreiche Regierungschefs ließen der Konferenz Grußbotschaften zusenden, die Britische Regierung gab den Teilnehmern einen Empfang, und der Wissenschaftsminister der britischen Regierung eröffnete das Treffen durch einen Vortrag. Die Bundesregierung hat sich den Pugwash-Treffen gegenüber bisher immer sehr vorsichtig und abwartend verhalten, weil auch Wissenschaftler aus der SBZ eingeladen wurden und dieser Einladung Folge leisteten.

Im wissenschaftlich-menschlichen Gespräch zwischen östlichen und westlichen Forschern und in der Zusammenkunft zwischen Vertretern hochspezialisierter Fachgebiete liegt der Wert dieser Konferenzen, die sich außerdem darum bemühen, die völlig neue Stellung und die einzigartige Verantwortung des Wissenschaftlers in der Gesellschaft zum Ausdruck zu bringen.

Wenn man die Absichten der genannten Vereinigungen und die 1957 erfolgte Erklärung der achtzehn Atomwissenschaftler unter der Belastung der historischen Zusammenhänge betrachtet, die nun schon ein Vierteljahrhundert andauern, verdienen sie unseren vollen Respekt; sie erscheinen wie eine späte und ständige Schuldabzahlung einer Generation von Forschern, die dem Bann der kernphy-

1) 1957 stellte der kanadische Großindustrielle und Millionär Cyrus Eaton seinen Landsitz in dem kanadischen Küstenstädtchen Pugwash den Teilnehmern an der Konferenz zur Verfügung.

sikalischen Entwicklung erlag, ohne ihre negativen technischen Konsequenzen zunächst vorauszusehen. Weil man im Kreise der VDW diesen Schuldzusammenhang anerkennt, verdienen die entsprechenden Forscher unseren Respekt als Menschen. Sie verdienen jedoch ebenso unseren Respekt als Wissenschaftler, weil sie in der Verbindung von Forschung und Lehre bestrebt sind, ihre Kenntnisse von den Problemen des Atomzeitalters der Öffentlichkeit zu übermitteln, um mit dieser geistigen Leistung das intellektuelle und moralische Bewußtsein der öffentlichen Meinung zu schärfen. Wenn man unter Atomwissenschaftlern die Sätze ernst nimmt, die R.Jungk im Zusammenhang mit den sogenannten "Oppenheimer-Hearings" schreibt, dann wird man sie als Vorwurf verstehen, dem ein nicht wieder gutzumachendes Versäumnis zugrundeliegt. Es heißt dort u.a.:

"... Es ging in diesem engen Amtszimmer nicht nur um Robert Oppenheimer. Es ging um alle die neuen, ungelösten Fragen, die den Wissenschaftlern mit dem Anbruch des Atomzeitalters aufgegeben worden waren: ihre neue Rolle in der Gesellschaft, ihr Unbehagen in einer Welt des mechanisierten Terrors und Gegenterrors, die sie selbst mitgeschaffen hatten, ihren Verlust eines tieferen Ethos, aus dem die Wissenschaft einst gewachsen war.

Die Atomforscher, die da vor dem 'Personnel Security Board' defilierten, waren in Wahrheit auch Angeklagte, und die kritische Frage, zu der sie sich äußern sollten, hieß nicht: 'Warst du dem Staate treu?', sondern: 'Warst du den Menschen treu?'¹⁾.

Man geht sicher nicht fehl, wenn man die Erklärung der Göttinger Achtzehn und die Arbeit der VDW im Sinne dieser von R. Jungk geforderten "Treue zum Menschen" interpretiert, die damit zugleich der "Redlichkeit" entspräche, die G. Howe für wichtiger hält, als die bislang als selbstverständlich geltende Tugend exakter "Objektivität". Setzt man "Treue zum Menschen" und "Redlichkeit" des Forschers als gültige Maßstäbe, mißt man also naturwissenschaftliche Erkenntnisse an ethischen Kategorien, dann entfernt man sich entscheidend von Theodor Litts und Karl Jaspers' Argumentationen gegen das Göttinger Manifest vom 12. April 1957. Ihre Einwände erscheinen aus dieser Perspektive tatsächlich unbegründet und überholt zu sein.

1) Robert Jungk, a.a.O., S. 360 f, S. 362.

B Das Grundsätzliche Problem

1. Der Protestantismus

a) Verlautbarungen aus der Ökumene und die Erklärungen amtlicher Organe der EKD und der Landeskirchen

Als Karl Barth im Jahre 1935 das Ende des bürgerlich-christlichen Zeitalters ankündigte¹⁾, war man erst auf dem Wege, die Kraft zu entdecken, die zehn Jahre später, allen Menschen spürbar, die "ungewohnt große Veränderung der Zeiten" heraufführen sollte, von welcher der bedeutende Schweizer Theologe im gleichen Zusammenhang spricht. Damals glaubte Karl Barth, die Veränderung, welche die "Notwendigkeit ungewohnt großer innerer Umstellungen" erfordern würde, allein in der Bedrängnis der Kirche und des Christentums durch das totalitäre nationalsozialistische Regime zu erkennen.

Seit der zweite Weltkrieg zu Ende ist, hat sich diese Veränderung potenziert: totalitäre Herrschaft und totaler Krieg bedrohen in gleicher Weise die Menschheit, und die Atombombe ist das Menetekel dieser Zeit der Wandlungen: im Dienste verantwortungsloser Macht vermag sie totale Zerstörung über die Völker zu bringen.

Es ist die schwere Aufgabe der Kirche, in diesem Prozeß tiefgehender historischer Veränderungen ihren Standort zu finden. Karl Barth geht so weit zu sagen, daß das christlich-bürgerliche Zeitalter abgelaufen, ja, daß das Christentum in seiner uns bisher bekannten Gestalt zu Ende sei.

Wenn wir diese Behauptung als Hypothese²⁾ zugrundelegen, so werden uns die vielen Widersprüchlichkeiten und die Ratlosigkeit verständlich, die uns im Raume der evangelischen Kirche und im

1) Karl Barth: "Das Evangelium in der Gegenwart" 1935, in: Theologische Existenz heute, H. 25, München 1935, S. 30 ff. (Vgl. auch Barths ungleich schärfere Formulierungen in: KD III, 4, 1951, S. 559). Zit. bei G.Howe, a.a.O., S. 169 ff.

2) Anders waren die Feststellungen Barths in der soeben angeführten Textstelle auch nicht gemeint: "Man kann nun gewiß sagen, und ich sage es selber: daß jener Bund wirklich abgelaufen und daß, auch historisch betrachtet, eine neue Zeit der Kirche angebrochen sei, das ist, ob man es nun im Sinn der ersten oder der zweiten jener beiden Auffassungen behaupte, eine Frage, eine historische Hypothese wie eine andere"
a.a.O., S. 35.

protestantisch-theologischen Gespräch begegnen, und die wir, wenn auch mit größerer Zurückhaltung in Erscheinung tretend, ebenfalls innerhalb des Katholizismus finden.

Obgleich die innerkirchlichen Polemiken dem außenstehenden Beobachter nur wenig hilfreich erscheinen mögen, sind sie doch im Grunde positiv zu werten. Sie sind Merkmale der Bewegung und des Aufbruchs zu einer ähnlichen neuen Geisteshaltung, von der bereits im vorangegangenen Kapitel die Rede war.

"Ich ermahne euch..., euch nicht zu fügen in die Gestalt dieser Welt, wohl aber in ihre Verwandlung"¹⁾.

"So spricht der Herr, der im Meer Weg und in starken Wassern Bahn macht; gedenket nicht an das Alte und achtet nicht auf das Vorige! Denn siehe, ich will ein Neues machen; jetzt soll es aufwachsen, und ihr werdet's erfahren, daß ich Weg in der Wüste mache und Wasserströme in der Einöde"²⁾.

Wie unendlich schwer es ist, diesem biblischen Auftrag nachzugehen, geschweige denn, ihn zu erfüllen, beweist der Weg der protestantischen Theologie seit dem Ende des ersten Weltkrieges. Wie dringlich und aktuell dieser Auftrag geworden ist, beweist hingegen die Situation der Kirchen nach dem zweiten Weltkrieg:

Die neuen Wege, welche die evangelische Theologie in den zwanziger Jahren dieses Saeculums einschlug, die die Grundlage für den Bekenntniskampf während der Hitlerzeit bildeten, wurden durch "die um 1947 zu beobachtende Rückwendung der Theologie zu einer in einem engeren Sinne akademischen Tradition"³⁾ wieder abgebrochen.

Die Wiederentdeckung des altkirchlichen Dogmas, die "Kirchliche Dogmatik" von Karl Barth und die Bücher "Ich glaube an den dreieinigen Gott" von Friedrich Gogarten und "Der Mittler" von Emil Brunner⁴⁾ bildeten die Ausdrucksformen einer Theologie, die sich als das kritische Gegenüber zur Kirchlichkeit, die bis zum Ende des ersten Weltkrieges gepflegt wurde, verstand. Das Barmer Bekenntnis, das niemals von allen Landeskirchen als "Bekenntnis" anerkannt worden war, das aber in seinen Formulierungen über das Verhältnis von Kirche und Welt einen entscheidenden Ansatz für ein gemeinsames lebendiges Miteinander aller protestantisch-

1) Röm. 12,2.

Karl Barth, Der Römerbrief, S. 419.

2) Jesaja 43, 16, 18, 19.

3) Günter Howe, Atomzeitalter, Krieg und Frieden, S. 201.

4) Vgl. ebenda.

theologischen Richtungen enthielt, wurde nach 1945 historische Erinnerung: umso mehr, als der Gedanke der Königsherrschaft Christi über alle Mächte der Geschichte und der Natur ein ganz bestimmtes Verständnis des politischen Dienstes der Kirche und ihres prophetischen Amtes zur Konsequenz hat, das sich nicht mit der Auffassung aller theologischen Richtungen in Deutschland deckt. An der Frage der nuklearen Waffen und der atomaren Ausrüstung der Bundeswehr brachen die tiefgreifenden theologischen Differenzen erneut auf, die bereits als Folge der Barmer Bekenntnissynode aufgetreten waren und die einheitliche Front der Gegner der Deutschen Christen aufgespalten und ihr Anliegen überschattet hatten¹⁾.

Man wird nicht sagen dürfen, daß das Für und Wider im Streit um die Atomwaffen den theologischen Schulstreit zwischen Vertretern der lutherischen Zwei-Reiche-Lehre und Anhängern des von den Theologen um Karl Barth neuentwickelten Leitbildes einer christokratischen Lösung des Kirche-Welt-Verhältnisses unmittelbar widerspiegelt. Das trifft schon deshalb nicht zu, weil die Barth'sche Begründung der Ethik in dem christozentrisch verstandenen Gnadenhandeln Gottes keineswegs eine prinzipielle Verneinung von Gewaltanwendung fordert und die lutherische Zwei-Reiche-Lehre ebensowenig eine uneingeschränkte Bejahung jeder Art von Gewaltanwendung erlaubt. Dennoch ist es ein Faktum, daß die Art, in der weithin die bedingungslose Verneinung jeglicher atomaren Bewaffnung als Verkündigungsinhalt und als Ausdruck eines vollen Glaubensgehorsams vertreten wird, ohne den Hintergrund einer Staat und Kirche der Königsherrschaft Christi gemeinsam einordnenden theologischen Position nicht zu denken ist. Es ist ebenso unverkennbar, daß das entgegengesetzte Bestreben, politische Gewissensentscheidungen nicht von vornherein als theologisch-dogmatisch verbindlich zu verstehen, auf dem Boden einer das christokratische Modell für die Lösung des Kirche-Staat-Verhältnisses ablehnenden Zwei-Reiche-Lehre erwachsen ist²⁾.

Die Synode der EKD in Berlin vom Jahre 1960 umriß die Standpunkte dreier Gruppen, die sich in etwa im Verlauf der theologischen

-
- 1) Vgl. Gerhard Niemöller: Die erste Bekenntnissynode der Deutschen Evangelischen Kirche zu Barmen, I und II, Arbeiten zur Geschichte des Kirchenkampfes, Bd. 5 und Bd. 6, Göttingen 1959.
2) E. Wilkens, Theologische Gespräche über die nuklearen Waffen, in: Atomzeitalter, Krieg und Frieden, S. 109.

Atomdiskussion herausgebildet hatten¹⁾:

In der ersten Gruppe werden diejenigen zusammengefaßt, für die die Nuklearwaffen einen absolut sündigen Charakter besitzen. Da diese Waffen, die man als Massenvernichtungsmittel bezeichnet, Symptome der Sünde schlechthin darstellen, ist es einem Christen verwehrt, sich an ihrer Herstellung, Bereithaltung und Verwendung in irgendeiner Weise zu beteiligen. Der Umgang mit diesen Waffen vernichtet die Menschlichkeit des Menschen, der von Gott her die Aufgabe hat, die Schöpfung zu bewahren und nicht zu zerstören. Den Vertretern dieser Auffassung geht es erst sekundär um die Frage, wo die Problematik der Atomwaffen und des Atomkrieges ihren Standort in einer theologischen Gesamtkonzeption hat und welche militärischen und politischen Vor- und Nachteile die Atomrüstung in sich birgt.

Das, was die erste Gruppe umgeht, ist nun gerade das besondere Anliegen der zweiten Gruppe. Ihre Vertreter findet man vorwiegend innerhalb der kirchlichen Bruderschaften: die konsequente Ablehnung jeder atomaren Bewaffnung wird in den Gesamtzusammenhang des Kirche-Staat-Verhältnisses gestellt. Dieser Richtung geht es vor allem "um die Befreiung des christlichen Gehorsams aus der Selbstbindung an immanente Sachgesetzmäßigkeiten. Die Bedeutung solcher Sachgesetzmäßigkeiten in der ethischen Entscheidungssituation wird nicht geleugnet, aber sie dürfen für das Handeln des Christen nicht den letzten Ausschlag geben"²⁾.

Der Strahl von Christi Königsherrschaft durchdringt in gleicher Weise alle Lebensbereiche, und der Mensch muß sich auch als politisch Handelnder im Glaubensgehorsam und konkret 'Christum bekennd' Gottes Anspruch fügen.

Da die Nuklearwaffen für die Bruderschaften in den Bereich der christlichen Gehorsamsentscheidung gehören, und sich an ihnen das rechte Verhältnis von Glauben und Handeln erweisen muß, werden für sie alle Aussagen über atomare Waffen zum "Bekenntnis", und die Bruderschaften können daher an der absoluten Entscheidung gegen diese Waffen, bzw. an der relativen Entscheidung für diese Waffen den Status confessionis ausrufen, wie es in der Anfrage an die Synode vom März 1958 geschehen ist.

1) Vgl. für das Folgende: Berichte der Tagungen der Synoden der EKd, Berlin 1960, S. 123.

2) Ebenda.

Es ist darum nur konsequent, daß ein Staat, der mit atomaren Waffen droht und sich mit ihnen ausrüstet, ihrer sündigen Beschaffenheit wegen hart an die Grenze des Verwerflichen streift, so daß das Adjektiv "christlich", wenn er oder eine seiner Parteien es sich zulegt, nur noch ideologischen Charakter hat und jeder tatsächlichen Berechtigung entbehrt.

Auch für die dritte Gruppe existiert die Problematik der Atomwaffen in einem größeren theologischen Zusammenhang. Sie geht dabei von dem Ansatzpunkt aus, den die Bruderschaften ablehnen: nämlich vom theologisch verstandenen Begriff der Erhaltungsordnung; innerhalb der die Frage der Nuklearwaffen keine absolute, sondern eine relative Bedeutung gewinnt.

Ohne die Lehre von der Königsherrschaft Christi aufgeben zu wollen, glauben die Vertreter dieser Richtung, daß das Handeln des Christen von den Strukturverhältnissen der politischen Welt und ihren Zwangsläufigkeiten bei ethischen Entscheidungen nicht absehen könne. Diese aus der Zwei-Reiche-Lehre entwickelte "Theologie der Ordnungen" läßt zwar keine Trennung, aber eine Unterscheidung zwischen Dogmatik und Ethik zu und gewinnt somit einen gewissen Spielraum für historische und politische Eigengesetzlichkeiten, denen ganz bestimmte Ermessensfragen zugeordnet werden, die mit Fragen des absoluten Glaubensgehorsams nichts gemein haben.

Aus dem soeben Geschilderten wird verständlich, daß sich besonders die Theologen der zweiten und der dritten Gruppe in fast allen Fragen uneinig sind, welche die ethische Entscheidung in der gegenwärtigen Weltsituation betreffen. Es wird die Aufgabe der folgenden Kapitel sein, die entscheidenden Streitpunkte in der Beurteilung der Nuklearwaffen herauszuarbeiten und sie in den umfassenden theologischen Zusammenhang mit der Kriegsfrage überhaupt hineinzustellen. Die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland hat in ihrer Entschliebung zur Atomfrage vom 30. April 1958 mit großer Klarheit und Ehrlichkeit von diesen Gegensätzen in der Beurteilung der Nuklearwaffen gesprochen:

"Die unter uns bestehenden Gegensätze in der Beurteilung der atomaren Waffen sind tief; sie reichen von der Überzeugung, daß schon die Herstellung und die Bereithaltung von Massenvernichtungsmitteln aller Art Sünde vor Gott ist, bis zu der Überzeugung, daß Situationen denkbar sind, in denen in der Pflicht zur Vertei-

digung der Widerstand mit gleichwertigen Waffen vor Gott verantwortet werden kann¹⁾).

Die Gegensätze, von denen in Verbindung mit der Evangelischen Kirche in Deutschland die Rede war, bestimmen auch das ökumenische Gespräch.

Die Probleme Krieg und Frieden gehörten schon immer zu den großen Anliegen der christlichen Kirchen. Auch in der Geschichte der modernen ökumenischen Bewegung, als deren Ausgangspunkt man im allgemeinen die Edinburger Missionskonferenz von 1910 ansetzt²⁾, spielten diese Fragen eine bedeutende Rolle. Als auf der Amsterdamer Konferenz von 1948 der 'Ökumenische Rat der Kirchen' gebildet wurde, standen die Themen Krieg und Frieden schon allein durch das, was die Völker im zweiten Weltkrieg an Schrecklichem erlitten hatten und durch den sofort nach 1945 einsetzenden Ost-West-Konflikt sehr stark im Vordergrund. Da seit 1948 der bis dahin selbständige Zweig: 'Glaube und Kirchenverfassung' als Referat der neu gegründeten 'Studienabteilung' an Bedeutung verloren hat, wandte man sich verstärkt den politischen und sozialen Fragen zu, die sich in der heutigen Weltsituation den Christen stellen. "Man weiß sich also in einer bestimmten Gemeinsamkeit angesichts der in der heutigen Weltlage an die Christen gerichteten Fragen: Ost-West-Spannung, Abrüstung, Entwicklungsländer, ohne daraus Konsequenzen für das kirchliche Selbstverständnis ziehen zu wollen"³⁾.

Innerhalb der Ökumene befaßt sich die "Commission of the Churches on International Affairs" (CCIA) mit der Atomwaffenfrage. Im Jahre 1957 hat die Kommission erstmalig dem Zentralausschuß des Ökumenischen Rates der Kirchen in New Haven eine Erklärung über Atomtests und Abrüstung unterbreitet. Diese Erklärung leitete der Zentralausschuß mit einem Appell an die Atom-Großmächte und an die Mitgliedkirchen des Ökumenischen Rates weiter.

Im Jahre 1955 war bereits eine internationale Studiengruppe, bestehend aus Theologen, Atomforschern und Politikern, damit beauftragt worden, sich mit dem Thema: "Christen und die Verhütung des Krieges im Atomzeitalter" in Form einer theologischen Diskussion auseinanderzusetzen.

1) Berichte der Tagungen der Synoden der EKD Berlin, 1958, S. 218, S. 455/56.

2) Fischer-Lexikon, Christliche Religion, S. 230.

3) Fischer-Lexikon, Christliche Religion, S. 231.

Das "Vorläufige Studiendokument" über dieses Thema lag 1958 in der Sitzung des Zentralausschusses von Nyborg vor. Obgleich dieses Dokument niemals den offiziellen Standpunkt des Ökumenischen Rates der Kirchen wiedergab, soll es in der Folge als Beispiel der zum damaligen Zeitpunkt weitesten und konkretesten Ausarbeitung des Atomwaffenproblems behandelt werden, zumal es den ganzen Spannungsbogen der Gegensätze in der Atomwaffenfrage umreißt. Inmitten der zahlreichen Erklärungen und Entschlüsse der Ökumene und der Synoden der EKD und der Landeskirchen bildet es auf Grund seines relativ weit gesteckten Rahmens das theologische Zentrum und zugleich eine Art theologischer Konstante, wenn man es - mit Einschränkung - einmal so ausdrücken darf.

Die Atomdiskussion wurde jedoch eingeleitet durch die Weltkirchenkonferenz von Evanston vom 15. bis 31. August 1954 mit dem Bericht der IV. Sektion: Internationale Angelegenheiten und einem Appell des Ökumenischen Rates der Kirchen.

Verglichen mit der drei Jahre später abgegebenen Erklärung von New Haven erwecken der Bericht und der Appell von Evanston einen politisch recht allgemeinen und ansonsten vorwiegend seelsorgerischen Eindruck¹⁾.

Im Mittelpunkt stehen Kriegsüberdruß und Friedenssehnsucht der Menschheit und ihr Streben nach dem Weltfrieden²⁾. In der Hoffnung auf die "umwandelnde Macht Jesu Christi in den Herzen der Menschen"³⁾ sollten sich die Christen durch Gebet und Buße bemühen, für den Geist der "Freiheit, Gerechtigkeit, Wahrheit und Liebe"⁴⁾ unter den Völkern zu wirken, der allein die Voraussetzung für den Frieden bilde.

Entgegen allen Rechtfertigungsversuchen sei der Krieg verderblich, aber es reiche nicht aus, wenn die Kirchen verkündeten, daß der

1) Vgl. Evanston Dokumente, S. 91 ff.

2) Vgl. hierzu auch die Friedensbotschaft der Präsidenten des Ökumenischen Rates der Kirchen zu Pfingsten 1956, in: Ökumenischer Pressedienst, Nr. 15, 23. Jhg., S. 100/101.

3) Evangelische Stimmen zur Atomfrage, S. 16.
Der Einfachheit und der besseren Übersicht halber wird im Folgenden, wenn irgend möglich, aus der eben genannten Quellensammlung zitiert. Man findet alle diese Dokumente auch in den wichtigen Zeitschriften der evangelischen Theologie:
Junge Kirche, 1957 ff.
Stimme der Gemeinde, 1957 ff.
Kirchliches Jahrbuch für die evangelische Kirche in Deutschland, 1957 ff.
Amtsblatt der Evangelischen Kirche in Deutschland, 1957 ff.

4) Ebenda, S. 15.

Krieg etwas Böses sei. Sie müßten aufs neue die christlichen Wege zum Frieden studieren und dabei beides in Rechnung setzen, christlichen Pazifismus als eine Möglichkeit des Zeugnisses und die Überzeugung anderer Christen, daß unter besonderen Umständen militärisches Eingreifen zu rechtfertigen sei¹⁾.

Dieser letzte Satz verdeutlicht die durchgehende Tendenz aller ökumenischen Erklärungen, nämlich dem christlichen Handeln den Spielraum zwischen unbedingter Ablehnung und einem begrenzten Einsatz von Waffengewalt zu gewähren. Der totale Krieg, d.h. ein Krieg, in dem alle zur Verfügung stehenden Waffen zum Einsatz kommen, wird jedoch schon in Evanston ausgeschlossen. Wenn auch noch nicht so detailliert wie der Appell von New Haven betont bereits die Erklärung von Evanston, daß die Kirchen die planmäßige Massenvernichtung von Zivilpersonen in offenen Städten, gleichviel mit welchen Mitteln und zu welchen Zwecken, verurteilen müßten²⁾.

Ansonsten beschränkt sie sich in politischen Fragen darauf, für das Verbot aller "der Massenerstörung dienenden Waffen, einschließlich der Atom- und Wasserstoffbomben"³⁾ zu plädieren, spricht sich für eine internationale Abrüstungskontrolle aus und betont, daß Atom- und Wasserstoffbombentests Probleme der Menschenrechte im völkerrechtlichen Sinne aufwerfen⁴⁾.

Sehr viel konkretere politische und militärische Vorschläge im Hinblick auf den Atomkrieg machen der Bericht und die Erklärung von New Haven. Beide Dokumente konstatieren die politischen und militärischen Tatsachen, machen aus der Erkenntnis der Weltlage heraus nüchtern und sachlich Vorschläge, halten sich dagegen in seelsorgerischer Hinsicht sehr zurück.

Unter Berufung auf eine bereits im Jahre 1950 in Toronto abgegebene Erklärung spricht der Zentralausschuß auch in New Haven die Überzeugung aus, "daß der totale Krieg - d.h. der Krieg, in dem alle Methoden erlaubt sind - mit dem Gewissen der Menschheit einfach nicht zu vereinen ist"⁵⁾, denn die Anwendung derartiger Kriegsmethoden bedeute eine Erniedrigung der geistigen Würde des handelnden Volkes⁶⁾. Nur in der Verbindung mit diesen Worten und

1) Ebenda, S. 16.

2) Ebenda, S. 17.

3) Ebenda, S. 18.

4) Ebenda.

5) a.a.O., S. 23.

6) Ebenda.

unter dem Aspekt des großen Zieles der Abschaffung des Krieges überhaupt, sind die Vorschläge zu verstehen, die der Exekutivausschuß der Kommission der Kirchen für Internationale Angelegenheiten über Atomtests und Abrüstung unterbreitet:

Es wird nicht allein auf die gesundheitsgefährdenden Folgen der Kernwaffenversuche für die lebenden und die noch ungeborenen Generationen hingewiesen, sondern sie werden auch als Zeichen der Vorbereitung auf einen atomaren Krieg gewertet.

In den "Forderungen" des Ausschusses steht daher die "Einstellung der Kernwaffenexperimente durch internationale Absprachen"¹⁾ an erster Stelle.

Entscheidend für den Stop von Atomtesten sei jedoch eine internationale Kontrolle und die Verknüpfung eines solchen Abkommens mit einer allgemeinen Abrüstung.

Überhaupt müssen alle vom Exekutivausschuß aufgestellten Forderungen, die er als Punkte eines Rahmenvorschlages "für verantwortungsbewußtes Handeln gegen die Atomgefährdung im ganzen"²⁾ verstanden wissen will, unter dem Aspekt betrachtet werden, daß sie allen Völkern Sicherheit gewähren.

An zweiter Stelle steht der "Produktionsstop für Kernwaffen unter möglichst wirksamen Kontrollmaßnahmen", und es folgt als dritte Forderung die "Entwicklung von Maßnahmen zur stufenweisen Abrüstung der nationalen Streitkräfte in Atom- und konventionellen Waffen bei entsprechenden Sicherheitsvorkehrungen".

In einer Erläuterung dieses Punktes wird die Zusammengehörigkeit von Teilabrüstungsmaßnahmen mit einer Gesamtabrüstung betont, ferner wird auf die Notwendigkeit hingewiesen, die gesamte Waffenskala einschließlich der ferngelenkten Geschosse, der biologischen und der chemischen Waffen, in eine wirkungsvolle Abrüstung einzubeziehen³⁾.

Eine "Intensivierung der internationalen Zusammenarbeit in der Entwicklung der Atomenergie für friedliche Zwecke" und die "Errichtung eines wirksamen Systems für die friedliche Beilegung internationaler Streitigkeiten und die friedliche Anpassung an veränderte Verhältnisse" bilden die abschließenden Forderungen des Ausschusses.

1) Vgl. hierzu a.a.O., S. 19 ff.

2) Ebenda, S. 20.

3) Vgl. "Atomzeitalter", 2/1964.

Die Notwendigkeit, unter diesen Vorschlägen eine Wahl zu treffen und sich zu entscheiden, wird unterstrichen, allerdings wird auch das Wagnis erkannt, das jede Entscheidung mit sich bringt; und es wird am Ende die Frage gestellt, ob nicht die Christen als erste "einem gewissen Risiko in der Frage des Friedens das Wort reden" sollten, wenn es darum gehe, Mißtrauen zu beseitigen und Vertrauen aufzurichten.

Die Erklärung von New Haven zu den Themen Abrüstung und Kernwaffenexperimente fand in den Mitgliedskirchen ein lebhaftes Echo: vor allem auch in Deutschland, wo die politische und militärische Atomdiskussion ohnehin das öffentliche Interesse beherrschte. Anfang August 1957 war der Appell der Ökumene an die Atommächte erfolgt, und zwei Wochen später erklärte sich die Vollversammlung des Lutherischen Weltbundes, dessen Beschlüsse wiederum für die lutherischen Gliedkirchen der EKD richtungsweisend sind, mit der Erklärung von New Haven einverstanden¹⁾.

(Die Vollversammlung des Lutherischen Weltbundes tagte vom 15. bis 25. August in Minneapolis).

Den Zeitpunkt des Beginns einer eingehenden Beschäftigung mit den Problemen des Atomkrieges innerhalb der Evangelischen Kirche in Deutschland kann man parallel zu den Diskussionen in der Ökumene mit dem Jahr 1954 ansetzen.

In einer Erklärung vom 21. Mai 1954 äußerten sich Bischof Dibelius und Bischof Lilje in ihrer Funktion als Vorsitzender und stellvertretender Vorsitzender des Rates der EKD zur Entwicklung der Atom- und Wasserstoffbomben. Der Wortlaut der Erklärung ist sehr allgemein gehalten und gibt primär der Sorge der Kirche Ausdruck, daß die waffentechnische Entwicklung einen solchen Höhepunkt der Zerstörung überhaupt erreichen konnte. Die Erklärung spricht außerdem die Mahnung aus, daß es die Aufgabe der Christenheit in ihrer Verantwortung vor Gott sei, durch Förderung internationaler Gespräche diese Entwicklung zu stoppen²⁾.

Ähnlich wie beim Appell von Evanston bestand der Wert der Erklärung in ihrem seelsorgerischen Bemühen und in der Tatsache, das Verwerfliche eines Atomkrieges auch von kirchlicher Seite öffentlich spürbar zu machen.

1) Vgl. a.a.O., S. 25.

2) Vgl. a.a.O., S. 35.

Richtungweisend für die spätere Atomdiskussion wurde hingegen die Theologische Erklärung der Berliner Synode vom 27. bis 29. Juni 1956. Es heißt in der Erklärung: Das Evangelium "verwehrt uns, mit der Wissenschaft Götzendienst zu treiben, ihrem Fortschritt den Menschen zu opfern und sie zur Herstellung von Massenvernichtungsmitteln zu mißbrauchen, die durch keinen Zweck geheiligt werden können"¹⁾.

Im Verlauf der theologischen Atomdiskussion erreichte diese Erklärung eine ähnliche Resonanz wie die ein Jahr später am 27. April 1957 abgegebene Erklärung der Dekane der sechs evangelischen Fakultäten in der DDR²⁾.

Ihre entscheidenden Sätze entwickeln die Gedanken der Theologischen Erklärung vom Vorjahr weiter und werden hier ihrer Bedeutung halber angeführt. Man liest dort:

"Mit der Synode der EKID und der gesamten Ökumene sind wir eins in der radikalen Verwerfung der Massenvernichtungsmittel. In ihnen werden Gottes Gaben, der menschliche Verstand wie die Kräfte der Natur mißbraucht. In ihnen wird der Mensch, der Gottes Ebenbild ist, und für den Christus gestorben und auferstanden ist, verraten. In ihnen wird die Güte des Schöpfers selbst gelästert. Wir warnen davor, in dieser Sache mitzumachen oder sich verantwortungsloser Gleichgültigkeit und Resignation zu überlassen. Die Weltgefahr, die nicht nur das gegenwärtige Geschlecht, sondern unsere Kinder und Kindeskinde bedroht, fordert den Einsatz jedes einzelnen, um das Ziel einer allseitigen Ächtung und Abschaffung der Massenvernichtungsmittel zu erreichen"³⁾.

Die Synode der EKD, die vor Abgabe dieser Erklärung vom 3. bis 8. März 1957 in Berlin-Spandau stattgefunden hatte, ging demgegenüber in ihrem Beschluß nicht gerade hinter ihre Stellungnahme vom Jahre 1956 zurück, sie vermied aber so deutliche Worte, wie wir

1) Vgl. a.a.O., S. 36 und Berichte über die Tagungen der Synode der EKID Berlin 1956, 27. bis 29.6.1956, S. 223/224.

2) Sie war von den Professoren Vogel (Berlin), Lehmann (Halle) Bardtke (Leipzig), Schmauch (Greifswald), Gloege (Jena) und Quell (Rostock) unterzeichnet. Die Bischöfe der evangelischen Landeskirchen in der DDR schlossen sich dieser Erklärung an, unter ihnen Bischof Dibelius (Berlin), Bischof Mitzenheim (Eisenach), Bischof Noth (Dresden), Bischof Krummacher (Greifswald) und Bischof Hornig (Görlitz).

3) Junge Kirche, Protestantische Monatshefte, 18. Jhg. 1957, S. 247.

sie soeben gelesen haben¹⁾).

Es ist interessant zu beobachten, daß die einander widerstrebenden theologischen Richtungen innerhalb der EKD fortan daran zu erkennen waren, ob sie sich - in den offiziellen Beschlüssen der Landeskirchen z.B. - auf die beiden soeben zitierten Erklärungen beriefen und sie oft im Wortlaut übernahmen, oder andere, meist allgemeiner gehaltene Formulierungen zur Frage der Herstellung und Anwendung von Atomwaffen fanden.

Einen Eindruck davon gewinnt man bei einem Vergleich der Beschlüsse der Bischofskonferenz der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands (vom 22.5.1957) und der Synode der Evangelischen Kirche der Union (vom 6.12.1957)²⁾.

Während der Beschluß der VELKD in recht farblosen Sätzen geistliche Ratlosigkeit gegenüber der Existenz von ABC-Waffen zum Ausdruck bringt³⁾, engagiert sich die Synode der Evangelischen Kirche der Union geistlich und auch politisch aufs stärkste⁴⁾.

1) Vgl. Berichte über die Tagungen der Synode der EKD - Berlin-Spandau 1957, S. 640 und: Evangelische Stimmen zur Atomfrage, S. 36.

"Seit der ernststen Mahnung, die die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland im Juni 1956 gegen die Herstellung von Atomwaffen ausgesprochen hat, sind die Versuche mit solchen Waffen fortgesetzt und die Streitkräfte der Staaten mit ihnen in steigendem Maße ausgerüstet worden. Die Synode richtet deshalb an den Ökumenischen Rat der Kirchen die dringende Bitte, auch in Zukunft im Sinne des Aufrufes von Evanston seine Bemühungen um ein allgemeines Verbot der Massenvernichtungswaffen mit Nachdruck fortzusetzen. Die Synode bittet die Glieder der christlichen Gemeinde, insbesondere ihre Prediger und Seelsorger, sich nicht durch Gleichgültigkeit an einem neuen Krieg mitschuldig zu machen, und ermahnt sie, noch ernster als bisher für ein friedvolles Zusammenleben der Völker zu beten und zu wirken". Diese Erklärung unterlag heftigster Kritik von Seiten Helmut Gollwitzers, der sie in seiner Schrift: "Die Christen und die Atomwaffen" einen "schwächlichen Appell" nennt. Ebenda, S. 4.

2) Evangelische Stimmen zur Atomfrage, S. 37/38.

3) Ebenda.

Vgl. auch die Erklärung der Lutherischen Bischofskonferenz zum Atomkrieg vom 16. April 1958, in: Junge Kirche, 19. Jhg. 1958, S. 320.

Sie übernimmt im wesentlichen die Vorschläge des Zentralaus-schusses von New Haven, verweist auf die Gültigkeit des Rechtfertigungsgeschehens (im Sinne der Zwei-Reiche-Lehre) auch im atomaren Zeitalter und mahnt zu Gebet und Buße.

4) Ganz im Sinne der vorangegangenen Formulierungen der EKD aus dem Jahre 1956 heißt es: "Darum verwirft die Synode alle Massenvernichtungsmittel und alle Versuche, sie durch irgendwel-

Im Laufe des Jahres 1957 machten sich zahlreiche Landeskirchen die Erklärung der Dekane der sechs evangelischen Fakultäten in der DDR zu eigen¹⁾. Obgleich sie alle Wert darauf legten, daß ihre Stellungnahmen auf keinen Fall für den Wahlkampf in der parteipolitischen Auseinandersetzung benutzt würden, wurde diese Forderung leider niemals eingehalten. Darauf wurde im I. Teil dieser Untersuchung bereits eingehend hingewiesen.

Die Appelle und Beschlüsse von Pfarrertagen, von kirchlich-theologischen Arbeitsgemeinschaften und das Hervortreten der Bruderschaften, die sich seit Ostern 1957 neu konstituierten²⁾, ergänzten und stützten jeweils die Erklärungen der Synoden der Landeskirchen³⁾.

Hinter diesen Appellen, Erklärungen und Beschlüssen, die bestimmte entgegengesetzte theologische Tendenzen zwar spürbar werden ließen, aber die Tiefe des Risses noch verdeckten, der sich innerhalb der protestantischen Kirche aufgetan hatte, vollzog sich in zunehmend schärferer Form das theologische Streitgespräch, das von einzelnen geführt wurde und das zur Folge hatte, daß dieser Riß auf der Synode der EKD im Frühjahr 1958 auch vor der Öffentlichkeit der Bundesrepublik offenbar wurde. Sichtbare Merkmale für die grundsätzlichen Differenzen waren die Veröffentlichung der

che Zwecke rechtfertigen zu wollen. Durch die Massenvernichtungsmittel wird in jedem Falle verraten, was man retten will, und seien es Freiheit und Frieden.

In ihrer Mitverantwortung für den Frieden in der Welt und für die Heilung des Risses, der durch unser Volk geht, warnt die Synode nicht nur vor einer Fortsetzung des selbstmörderischen atomaren Wettrüstens der Weltmächte, sondern insbesondere auch vor einer atomaren Bewaffnung deutscher Armeen".

Evangelische Stimmen zur Atomfrage, S. 37.

- 1) Vom 7. bis 10. Mai 1957 tagte in Berlin die Provinzialsynode der Evangelischen Kirche von Berlin-Brandenburg, am 24. Mai 1957 gab der Kirchenausschuß der Bremischen Evangelischen Kirche seine Erklärung ab, am 13. Mai 1957 erfolgte die Stellungnahme der Kirchenleitung der Evangelischen Kirche von Hessen und Nassau, am 15. Mai die der Kirchenleitung der Evangelischen Kirche im Rheinland. Sie alle übernahmen fast wörtlich die zitierte Erklärung. Anders verlauten die Entschlüsse der Evangelischen Kirche von Westfalen vom 16. Mai 1957 und des Fünften Württembergischen Evangelischen Kirchentages vom 22. November 1957, um zwei Beispiele der 'Gegenseite' zu nennen. Beide tragen deutlich den Stempel der Bischofskonferenz der VELKD. (Alle diese Erklärungen sind nachzulesen a.a.O., S. 40 ff).
- 2) Vgl. Erklärung des Konvents der Kirchlichen Bruderschaft im Rheinland, Wermelskirchen, Ostern 1957, a.a.O., S. 49.
- 3) Vgl. a.a.O., S. 47 ff.

"Anfrage" der Bruderschaften an die Synode und die Feststellung der zugleich veröffentlichten "10 Thesen"¹⁾, daß in der Atomwaffenfrage für die Kirche - ähnlich wie in der Judenfrage während des Dritten Reiches - der "status confessionis" eingetreten sei. Die Situation der Synodalen wurde außerdem noch dadurch erschwert, daß der im Jahre 1957 abgeschlossene Vertrag über die "Militärseelsorge" eng mit dem Atomwaffenproblem verknüpft war und auch 1958 abermals zur Debatte stand. Trotz dieser Belastung gelang es der Synode, in ihrer Entschließung Formulierungen zu finden, die nicht nur die Fülle der Gegensätze umfaßten²⁾, sondern auch die gemeinsame Basis umrissen³⁾. Ein offener Konflikt oder gar eine Kirchenspaltung, die von vielen befürchtet wurde, konnte auf diese Weise vermieden werden. Es heißt in der Entschließung: "In Übereinstimmung mit den Beschlüssen, die vom Ökumenischen Rat in New Haven im Sommer 1957 gefaßt wurden, verwirft die Synode den mit Massenvernichtungsmitteln geführten totalen Krieg als unvereinbar mit dem Gewissen der Menschheit vor Gott.

Sie bittet alle verantwortlichen Politiker, alles zu tun, was zu einer allgemeinen Abrüstung nicht nur der Atomwaffen, sondern auch der sogenannten konventionellen Waffen führen kann. Sie bittet die Weltmächte, die Atombombenversuche einzustellen und nicht wieder aufzunehmen. Sie bittet in unserem gespaltenen Vaterland die beiden Regierungen, alles zu tun, die Glaubens- und Gewissensfreiheit zu sichern, dem Frieden zu dienen und eine atomare Bewaffnung deutscher Streitkräfte zu vermeiden"⁴⁾.

Mit dieser Feststellung einer Gemeinsamkeit, die in der damaligen Lage sachlicher und persönlicher Polemiken gewiß nicht einfach war, ergab sich eine Basis, an der gemessen selbst die schärfsten theologischen Kontroversen durch die Einheit der Gesamtkirche⁵⁾

1) A.a.O., S. 55 ff.

Sie werden im Zusammenhang mit der Theologischen Erklärung vom 4.10.1958 an späterer Stelle behandelt.

2) Berichte der Tagungen der Synoden der EKD, Berlin, 1958, S.218, S. 455/456.

3) Ich umgehe absichtlich den Ausdruck "Ohnmachtsformel", den man gemeinhin für den Dissensus der Synode von 1958 gefunden hat, weil er mir das positive Ergebnis des Zusammenbleibens und Miteinandersprechens gar nicht zu berücksichtigen scheint.

4) Ebenda.

5) Es ist mir klar, daß mir entgegengehalten werden kann, es handle sich hierbei wesentlich um ein kirchenpolitisches Faktum,

begrenzt und gemäßigt erschienen. Außerdem behielt man die gemeinsame Grundlage mit den ökumenischen Erklärungen in der Beurteilung des Krieges und der Atomwaffen bei.

Wie wichtig der damalige Zusammenhalt für die Evangelische Kirche in Deutschland war, ist erst rückblickend zu ermessen, wenn man bedenkt, daß bis heute keine Annäherung der prinzipiellen theologischen Standpunkte gelungen ist, daß aber ein vom Rat eingesetzter Ausschuß für Atomfragen seither in sachlichen Gesprächen die Differenzen von Grund auf zu klären suchte, daß man sich also seither gemeinsam mit kirchlichem Auftrag um das bemühte, was während der Atomdiskussion in der Bundesrepublik einzelne Theologen bzw. Theologenkreise gegeneinander taten¹⁾.

Der Zwischen-Bericht über die Arbeit des Ausschusses auf der Synode in Berlin im Jahre 1960 legt von der inzwischen erworbenen Sachlichkeit Zeugnis ab.

Man ist sich zwar der grundsätzlichen Verschiedenheit der dogmatischen und ethischen Begründung politischen Handelns noch schärfer bewußt geworden, ist aber von daher gesehen auch besonders bereit, die bestehenden Gemeinsamkeiten zu betonen: Die von allen vorgenommene Verurteilung des totalen, d.h. des unter Einsatz aller Massenvernichtungsmittel geführten Krieges schließe die Erkenntnis in sich, daß das Aufkommen dieser Waffen einen tiefen Einschnitt in der Menschheitsgeschichte bedeute...., daß uns die traditionellen Auskünfte und Maßstäbe politischer Ethik im Stich lassen.... und daß es fortan nicht mehr genüge, mit der überlieferten, nur der Eindämmung des Krieges dienenden Lehre zwischen gerechten und ungerechten Kriegen zu unterscheiden oder etwa nur auf eine Humanisierung eines Atomkrieges zu drängen. Diese Aufgaben seien weiterhin wesentlich für das Völkerrecht, aber das Ziel der Christen müsse es sein, Kriege in jeder Gestalt abzuwenden

nämlich um die rein institutionelle Einheit, doch bin ich der Meinung, daß auch dieser formale Einigungsversuch, der, wenn ich recht verstehe, zeitlich zu begreifen ist, zum damaligen Zeitpunkt einen Akt begrüßenswerter Sachlichkeit darstellte.

- 1) Wie Herr Prof. E. Wolf, der Mitglied dieses Ausschusses ist, mir in einem Schreiben vom August 1964 berichtet, ist der Ausschuß in den letzten Jahren nicht wieder zusammengetreten. Er führt das z.T. darauf zurück, daß die theologisch-ethische Diskussion in einem amerikanischen Arbeitskreis im Bereich der Ökumene und auch in Holland weitergeführt wird, so daß der deutsche Arbeitsausschuß dadurch entlastet wurde.

Vgl. hierzu z.B. Deutsches Pfarrerberblatt 62, Nr. 10, vom 15. Mai 1962.

und zu ächten¹⁾.

Damit stellen auch die Theologen, die die Atomwaffen als Abschreckungsmittel in der heutigen politischen Weltsituation des atomaren Gleichgewichts gelten lassen, ihre Anwendung unter "einen letzten ethischen Vorbehalt" und unter eine Totalität der Sündhaftigkeit, die jenseits dessen liegt, was ein christliches Gewissen noch dulden kann. Von dieser Position aus ergibt sich automatisch auch für diese Theologen die Fragwürdigkeit nuklearer Waffen in der Hand des Staates. !

Andererseits wird bereits durch die Entschließung der Synode von 1958 auch von den radikalen Gegnern jeder atomaren Bewaffnung die "Kontrapunktik" der Verhältnisse in der Welt zugestanden, mit der von der Gegenseite die Berechtigung atomarer Waffen als Abschreckungsmittel behauptet wird.

Glaubens- und Gewissensfreiheit wiegen ebenso schwer wie der Weltfrieden, und sowohl in der Atomwaffenfrage wie in der Ausübung und Erduldung totalitärer Herrschaft wird der Mensch zum Erschrecken vor sich selbst aufgerufen²⁾.

Ein Dokument, das diese Problematik erstmals systematisch, ausführlich und kompromißbereit unter Aufrechterhaltung und Betonung der einander entgegengesetzten Auffassungen behandelte, ist das bereits erwähnte "Vorläufige Studiendokument über das Thema:

'Christen und die Verhütung des Krieges im Atomzeitalter' - Eine theologische Diskussion¹³⁾".

1) Berichte der Tagungen der Synoden der EKID, Berlin 1960, S. 120 ff.

2) Vgl. auch E. Wilkens, Atomzeitalter, Krieg und Frieden, S. 108 ff.

3) Man kann den 1959 erschienenen Sammelband: "Atomzeitalter, Krieg und Frieden" zwar nicht in Analogie zu dem Studiendokument setzen, da er durch seine in sich abgeschlossenen Beiträge über die sachlich verschiedensten Probleme des Atomzeitalters, durch seine Publizierung und durch die Sprengung des speziell theologischen Anspruchs, den das Studiendokument erhebt, in nicht vergleichbarer Gestalt vorliegt. Man erkennt in diesem ausgezeichneten Buch, das im Rahmen der Forschungen und Berichte der Evangelischen Studiengemeinschaft (in Heidelberg) veröffentlicht wurde, jedoch die gleiche Geisteshaltung christlich-brüderlicher Bereitschaft, miteinander ins Gespräch zu kommen, wie wir sie im "Studiendokument" antreffen. Die sich den einzelnen Beiträgen anschließenden gemeinsam erarbeiteten elf Thesen kommen - mit bestimmten andersartigen Nuancierungen - zu einem ähnlichen Ergebnis wie das Dokument. (In These 9 überschreiten die Verfasser am weitesten den Rahmen des Studiendokumentes, indem sie auch den begrenzten Einsatz

Weil hier im praktisch-christlichen Sinne vorbildlich diskutiert wurde, soll diese Studie den Abschluß dieses Kapitels bilden.

Ogleich die Kommission im einleitenden Teil des Studiendokumentes als ihr Zentrum "die christliche Offenbarung des Willens Gottes"¹⁾ verstanden wissen wollte, wurde darauf verzichtet, bestimmte theologische termini wie Schöpfung und Eschatologie oder moraltheologische Begriffe wie den des gerechten Krieges in der Diskussion zu verwenden. Carl Friedrich von Weizsäcker begründete in seinem Vortrag vor dem Zentralausschuß in Nyborg, warum das geschehen ist:

"Zum Beispiel hatten wir alle den sehr natürlichen Gedanken, daß es für Christen unmöglich sein sollte, Atomwaffen anzuwenden, weil wir dadurch Gottes Schöpfung zerstören. Wohl meinen wir immer noch, daß solche Feststellung ein Wahrheitselement enthält, aber am Ende schien es uns unmöglich, sie in einem streng theologischen Sinn anzuwenden. Auch Kriege vor dem Atomzeitalter haben Gottes Schöpfung in einem gewissen Ausmaß zerstört, und andererseits ist es nicht unmöglich, gewisse Atomwaffen so einzusetzen, daß ihre Wirkung begrenzt bleibt. Wenn wir also nicht von Anfang an die pazifistische Position beziehen, wird sich unser Problem zu einer Diskussion entwickeln, in der es nicht um Qualitäten, sondern nur um Quantitäten geht. Im Gefolge einer solchen Diskussion mag ein Einzelner oder eine Gruppe, auch eine Kirche, zu dem Entschluß gelangen, an einem bestimmten Punkt "nein" zu sagen; aber solch ein Entschluß könnte nicht auf einfache Weise theologisch vom Begriff der Erhaltung der Schöpfung Gottes abgeleitet werden²⁾. Daher wagten wir diese Art Argument in unser Dokument nicht aufzunehmen"³⁾.

atomarer Waffen, indem sie den Ausbruch eines atomaren Krieges überhaupt "als ein Gericht Gottes über uns alle" bezeichnen) (S.234). Helmut Gollwitzer spricht hingegen gewiß im Sinne der Verfasser, wenn er die "Thesen", die ja das Resultat der Beiträge bilden, ein "Übergangsdokument" und eine "Zwischenbilanz" nennt (S.248). Personell besteht insofern ein Zusammenhang zwischen der ökumenischen Studie und der deutschen Veröffentlichung, als die Herren von Weizsäcker und Howe (in Vertretung von Helmut Thielicke) Mitarbeiter an beiden Untersuchungen waren.

- 1) "Christen und die Verhütung des Krieges im Atomzeitalter", S. 23. Vgl. überhaupt für das Folgende: ebenda, S. 23 ff.
- 2) Ebenda, S. 12.

- 3) Helmut Gollwitzer verzichtet z.B. bei der Darlegung seiner Konzeption von der "Sündhaftigkeit der atomaren Waffen" auf

Die Verwendung des Begriffs vom 'gerechten Krieg' in der Diskussion wurde darum vermieden, weil er dem Begriff des 'begrenzten Krieges', wie ihn die Mitglieder der Kommission verstanden, nur nahekommt, aber in den Nuancen nicht mit ihm übereinstimmt. Auch hierzu führte C.F. von Weizsäcker aus:

"Jedoch kann nicht geleugnet werden, daß unsere Gedanken über den begrenzten Krieg von den alten Diskussionen über den gerechten Krieg nicht allzu weit entfernt waren, denn der Begriff 'gerechter Krieg' sollte ja niemals die Rechtfertigung des Krieges als solchen bedeuten, sondern gerade umgekehrt eine Beschränkung seiner Ziele und Mittel auf solche Gebiete, wo ein Rechtsgrund und ein Rechtsverhalten des Kriegführenden den Krieg zum geringeren von zwei Übeln machen würden. Doch ich meine, wir haben richtig gehandelt, indem wir den Begriff 'gerechter Krieg' nicht gebrauchten, teils weil er so viele Ausdeutungen zuläßt, die keine christlichen sind und es auch niemals waren, und teils, weil unsere Diskussion des begrenzten Krieges ganz entschieden auf die völlige Abschaffung des Krieges zielt und nicht auf die Einsetzung eines zulässigen Bereichs der Kriegführung"¹⁾.

Ausgangspunkt des Dokumentes ist eine kurze Analyse der 'gegenwärtigen Lage', in welcher festgestellt wird, daß es menschliche Konflikte weiterhin geben wird, daß aber in der Verbindung von menschlichen Konflikten mit nuklearer Zerstörungsgewalt erstmals in der Menschheitsgeschichte die Tendenz zum totalen Krieg in dem Sinne liegt, daß er in räumlicher und zeitlicher Hinsicht absolut unkontrollierbar zu werden vermag: in räumlicher Hinsicht, da er keine Unterscheidung zwischen kriegführenden und neutralen Staaten mehr zuläßt (man denke an den radioaktiven Niederschlag, der sich weit in der Atmosphäre zerstreut), und in zeitlicher Hinsicht, weil die genetischen Auswirkungen der Strahlung nicht einmal vor den ungeborenen Generationen haltmachen.

In krassem Gegensatz zu diesen Tatsachen steht die 'christliche Aussage', daß es Gottes Wille ist, daß Friede auf Erden herrsche und daß es die Aufgabe der christlichen Gemeinde sei, im Geist der Liebe und des Rechts für den Frieden zu wirken und Kriege abzuwenden.

die Entwicklung aus einem theologischen Gesamtzusammenhang heraus. Vgl. "Die Position Helmut Gollwitzers", S. 164 ff.
1) Ebenda.

Da die Christen aber als sündige Menschen zugleich Glieder sündiger Gemeinschaften, wie z.B. derjenigen des Staates seien, in dessen Wesen es liege, Macht auszuüben, im idealen Fall in dem Glauben, Recht und Ordnung zu schaffen oder wiederaufzurichten, durften bisher - allein mit dieser Zielsetzung - Kriege geführt werden, jedoch nur mit Mitteln und Methoden, die Recht und Ordnung nicht noch mehr zerstörten.

Das Vorhandensein nuklearer Waffen erfüllt diese Forderungen nicht mehr, und es ist daher die Pflicht der Christen und aller Menschen, eine neue geistige Disziplin zu entwickeln, die ihren Ursprung hat in der absoluten Disziplin gegenüber Gottes Gebot¹⁾, und die durch drei Arten praktischer Disziplin den Krieg zu verhüten vermag:

durch eine Disziplin in bezug auf technische Faktoren,
durch eine Disziplin in bezug auf politische Faktoren und
durch eine Disziplin in bezug auf die Kriegführung.

Mit der Disziplin in bezug auf technische Faktoren meint das Dokument eine Verhaltensweise, die im Fortschreiten des technischen Prozesses seine Ambivalenz erkennt, seine positive Seite zu nutzen lernt und seine negative Seite unter Kontrolle zu nehmen und auszuschalten versteht.

1) All dies legt den Christen nicht eine Reihe von Verordnungen zur Bestimmung ihres Tuns auf, sondern eine Disziplin unter Gott in der hochgefährlichen Situation, in der die Menschheit sich befindet. Das ist:

Eine Disziplin der Buße, die sich in den Konflikten unserer Tage mehr auf die Sünden unserer eigenen Nationen richtet als auf die Fehler der anderen.

Eine Disziplin der Hoffnung, welche sich weigert, den Kampf für ein geordnetes und rechtschaffeneres Leben der Menschheit aufzugeben.

Eine Disziplin des Glaubens, welche die Menschen, wenn sie furchtsam sind, stärkt und ihre Urteilkraft aus dem Wissen leitet, daß Gott siegreich ist.

Eine Disziplin der Weisheit, die zu unterscheiden vermöchte inmitten des Widerstreits der Propaganda und des Drucks unserer technischen Gesellschaft, und die den Menschen als Person im Auge hat als das Ziel der Liebe Gottes.

Eine Disziplin des Gehorsams, die im Licht unserer letzten Pflicht gegenüber Gott unsere Pflicht gegenüber dem Staat zu erfüllen sucht.

Eine Disziplin der Liebe, die eine unbegrenzte Verantwortung für alle Menschen anerkennt, für Freunde und Feinde, für den Unterdrücker und die Unterdrückten, wie bitter der Konflikt auch sein mag.

A.a.O., S. 29 f.

Es ist hingegen ein Zeichen der "Unreife unserer Gesellschaft", technische Möglichkeiten bis zum Letzten auszuschöpfen.

"Was vonnöten ist, das ist eine gewisse Menschlichkeit, die sich in einer disziplinierten Lebensführung verkörpert und auf die besonderen geistigen und ethischen Notwendigkeiten der technischen Gesellschaft gerichtet ist"¹⁾.

Es gilt dann, diese Disziplin und diese "Menschlichkeit" im Umgang mit den Atomwaffen zu gebrauchen. So gehört es z.B. zum "Nicht-Ausnutzen" technischer Möglichkeiten, die Fähigkeit zu entwickeln, die mögliche Explosionsgewalt der Megaton-Waffe, der keine Grenze durch technisches Wissen gesetzt werden kann, allein durch eine "Entscheidung der Gesinnung und des Willens" zu hindern. Diese Entscheidung sollte Christen dahin führen, eine absolute Grenze zu setzen: d.h. für die Christenheit gibt es keinerlei Rechtfertigung, einen totalen Atom-Weltkrieg zu führen, und es ist jede Anstrengung geboten, einem solchen zu widerstehen, sei es auch zu den Bedingungen des Gegners.

"Obwohl solche Nationen Atomwaffen besitzen, die Christen als Bürger haben, dürfen Christen dem Gebrauch von Atomwaffen im totalen Krieg niemals zustimmen. Wir haben darauf hingewiesen, daß die bei solcher Kriegführung entstehende Zerstörung so massiv ist, daß sie sich der Kontrolle entzieht, indem sie unterschiedslos alle physischen Objekte ebenso wie politische und moralische Zielsetzungen auslöscht. Alle Elemente des christlichen Glaubens, der Hoffnung und der Ethik, die zur christlichen Aussage gehören, stehen gegen solche Kriegführung"²⁾.

Mit der Forderung, um der Verhütung eines absoluten Atomkriegs willen einen Waffenstillstand zu den Bedingungen des Feindes anzunehmen und sich damit in den gewaltlosen Widerstand zu flüchten, will das Dokument nicht etwa andeuten, daß das Ertragen totalitärer Herrschaft für die Menschheit akzeptabel sei. Diese Forderung soll lediglich den Anspruch der christlichen Botschaft in der heutigen Weltlage und die Schwere der Entscheidung klar machen, wenn unsere politische Phantasie und die Anstrengung in der Abwendung eines Krieges versagen sollten.

Gerade weil die Kommission in dem Glauben diskutierte, daß durch Ausbildung und Einhaltung einer neuen geistigen Disziplin der to-

1) a.a.O., S. 33.

2) a.a.O., S. 39.

tale Einsatz nuklearer Kriegsmittel vermeidbar sein werde, entwickelte sie abschließend Maßstäbe für begrenzte Kriegführung.

Das Dokument betont ausdrücklich, daß eine "radikal begrenzte" Anwendung von Waffengewalt quasi nur für eine Übergangszeit, d.h. im Hinblick auf das Ziel der Abschaffung des Krieges schlechthin, gelten solle, also nichts zu tun habe mit dem traditionellen christlichen Begriff des gerechten Krieges.

Das "Mittel" des begrenzten Krieges darf also, differenzierter ausgedrückt, nur gebraucht werden, um einen totalen Krieg zu verhindern und "vor dem Ausbrechen eines begrenzten Krieges abzuschrecken in dem Sinne, daß eine Nation oder eine Gruppe von Nationen, von der bekannt ist, daß sie bereit und entschlossen ist, ihre Zuflucht zum begrenzten Krieg zu nehmen, eben dadurch einen Aggressor abschrecken kann"¹⁾.

Um den Prozeß der Kriegführung gleichsam umzukehren, d.h. um von der Möglichkeit totalen Waffeneinsatzes zurück- bzw. fortzuschreiten zu einem "kriegslosen" Zustand der Welt, muß sich eine Disziplin der Ziele bilden, die es verbietet, vorschnell und unbedacht zu den Waffen zu greifen:

Der Einsatz von Waffen sollte darum nie aus ideologischen Gründen erfolgen, und die bedingungslose Kapitulation des Gegners sollte niemals das Ziel des Krieges bilden, weil in ihr die Wurzel zu einem totalen Krieg liege: Kriegshandlungen sollten darauf beschränkt werden, die Gegenseite verhandlungsbereit zu machen, um sie dann sofort einzustellen.

Für die Gefahr des "Aufschaukelns" der Waffenarten, d.h. für die Möglichkeit der "atomaren Spirale", die aus jedem begrenzten Konflikt entstehen kann, legt das Dokument ebenfalls die absolute Grenze fest, von der bereits die Rede war: nämlich Feuereinstellung, selbst zu den Bedingungen des Feindes.

Daß diese Forderungen den steten Willen zur Abrüstung als eine moralische Notwendigkeit beinhalten und den kontrollierten Einsatz atomarer Waffen solange strikt verbieten, bis sie von der Gegenseite gebraucht werden, bedarf kaum noch besonderer Erwähnung.

Ebenso schließen diese Feststellungen das Streben einzelner Staaten nach nationalem Besitz der H-Bombe aus Prestigegründen aus, und die Studie tritt diesem Verlangen mit Entschiedenheit entgegen.

1) a.a.O., S. 43.

Es wurde schon angedeutet, daß das Dokument weder allgemeine Zustimmung gefunden hat, noch als "verpflichtende Meinung" des Ökumenischen Rats der Kirchen aufgefaßt werden wollte.

Man widmete dem Studiendokument daher eine eingehende Kritik, die als eine Art Anhang dem Text beigelegt ist¹⁾.

In der vorliegenden Untersuchung wird trotz mancher Zustimmung zu dieser Kritik absichtlich das Positive und Nützliche des Ökumenischen Diskussionsbeitrages betont. Es gelingt ihm, zu einem Zeitpunkt, da erregte theologische Polemiken über das Problem der ABC-Waffen an der Tagesordnung waren, durch das Maßvolle seines Tones ein Beispiel praktischer christlicher Zusammenarbeit auf ökumenischem Boden zu geben und damit dem Geist christlicher Versöhnung zu entsprechen.

Es gelingt ihm ferner, trotz Einbeziehung und Anerkennung verschiedenartiger theologischer Standpunkte auf der Ebene der Vernunft und der christlichen Verantwortlichkeit, die verpflichtet ist, sich am Evangelium zu messen, durch den Begriff der Disziplin eine gleichsam "mittlere" Basis zu finden. Die auf Grund dieser Disziplin geforderten Grenzen mögen den einen zu scharf, den anderen hingegen nicht scharf genug gezogen sein, sie stellen auf jeden Fall einen ersten Schritt auf dem Wege zur Abschaffung des Krieges dar, der nicht nur christlich akzeptabel, sondern auch rational vollziehbar erscheint²⁾. Dazu heißt es am Schluß des Dokumentes sehr richtig: "Es muß eine Disziplin sein, die gelebt wird inmitten der ständigen Spannung zwischen den hohen Forderungen des Evangeliums und den schwierigen Entscheidungsfragen dieser gequälten Welt. Sie muß gelenkt werden von einer sorgfältigen und wiederholten Analyse der Weltlage, auf daß sie für die zentralen Streitfragen unserer Welt von Belang sei"³⁾.

Der "doppeldeutige und unterschiedliche Sinn"⁴⁾, der dem Begriff Disziplin in der Studie eigen ist und den die dem Dokument beigelegte Kritik beanstandet, scheint mir eher ein Vorteil als ein Nachteil zu sein. Er gibt dem Bemühen um den Wandel von Gesinnung,

1) Vgl. a.a.O., S. 49 ff.

2) Das war gemeint, wenn eingangs gesagt wurde, das Dokument bilde durch seinen ökumenischen Charakter eine Art theologisches Zentrum und eine Art theologische Konstante in den Wirren und Gegensätzlichkeiten der Atomdiskussion.
Vgl. Skriptum S. 139.

3) a.a.O., S. 47.

4) Ebenda, S. 50.

Geist und Handeln Ausdruck, das oft verschlungene Wege geht, weil das Ziel zwar klar ist, aber die zurückzulegende Strecke sich noch im Dunklen befindet. Das Wort "Disziplin", wie es hier gemeint ist, bildet eben das genaue Gegenteil zu jedem "Programm" und dürfte in etwa der "neuen Weise rationalen Verhaltens" und der "neuen Weise der Vernunft" entsprechen, die C.Fr. von Weizsäcker und Karl Jaspers der atomaren Situation gegenüber so eindringlich fordern. Das "Mehr" im Vergleich mit dem "philosophischen" Denkansatz von Karl Jaspers z.B., liegt in dem einzigartigen Anspruch der christlichen Botschaft an unsere Menschlichkeit, die noch dort um der liebenden Solidarität mit allen Geschöpfen willen Risiken und Vorleistungen verlangt, wo die Vernunft sie bereits versagt; auch diese Tendenz bringt der Begriff der "Disziplin" im Dokument klar zum Ausdruck.

"Aber jene, die Christen sind, stehen unter einem zwingenderen Gehorsam. Sie sind sich bewußt, daß die Entwicklung der modernen Kriegführung stärker denn je zuvor den Widerspruch zwischen Krieg und dem göttlichen Gebot der Liebe offenbar gemacht hat. Im Fall der H-Bombe ist dieser Widerspruch so groß und handgreiflich, daß er ernsthafte Zweifel an der Gültigkeit aller Urteile weckt, auf die man sich zur Sanktionierung des Gebrauchs solcher Waffen berufen kann, auch wenn dahinter tausend Jahre Kirchengeschichte stehen. Christliche Menschen müssen fragen, ob nicht für sie die Zeit gekommen ist, einen entscheidenden Schritt zur Durchbrechung des schrecklichen Kreislaufs von Rüstung und Gegenrüstung, in dem die Welt gefangen ist, zu unternehmen. Einige unserer Mitglieder denken, daß jetzt der Punkt erreicht ist, an dem das Evangelium, das uns Liebe, zumal die Feindesliebe einschärft, zu einer neuen Art des Handelns und Opfern um der Rettung der Welt willen aufruft. Und auf diesen Ruf, glauben sie, sind die Menschen zu antworten bereit¹⁾).

b) Exkurs: Der Begriff der Komplementarität

Ähnlich wie der Begriff der "Disziplin" wurde ein anderer terminus, der in Verbindung mit der Atomdiskussion auftauchte, einer eingehenden Kritik unterzogen.

1) a.a.O., S. 41 f.

Es handelt sich um den Gedanken der "Komplementarität" der Begriffe, der aus den Naturwissenschaften stammt und in unserem Zusammenhang in das Gebiet der Ethik übertragen erscheint.

Ich will vorausschicken, daß auf der Berliner Synode des Jahres 1960 der Ausschuß für Atomfragen davor warnte, den Begriff der Komplementarität zu verwenden, um die theologischen Gegensätze innerhalb der EKD zu überwinden. Der Begriff müsse hinsichtlich seiner Brauchbarkeit zur Versöhnung konträrer ethischer Entscheidungen erst noch geprüft werden¹⁾.

Was beinhaltet dieser Begriff?

In der modernen Physik sind u.U. verschiedene, einander ergänzende Versuchsreihen erforderlich, um ein gewünschtes Ergebnis zu erzielen. Die zur Gewinnung dieses Resultats notwendigen Beobachtungen vollzieht man nacheinander, nicht miteinander, d.h. die eine Beobachtung schließt die andere zum gleichen Zeitpunkt aus.

Will man beispielsweise die Bewegung eines Elektrons verfolgen, "so benötigt man dazu die genaue Kenntnis des Ortes und der Geschwindigkeit in einem bestimmten Augenblick. Aber jedes Experiment, das den Ort scharf hervortreten läßt, verdrängt die Geschwindigkeit in die Unerfahrbarkeit und umgekehrt, so daß eine objektive und damit zugleich kausale Beschreibung in der Weise der klassischen Physik nicht mehr möglich ist, da die dazu notwendigen Angaben niemals gleichzeitig vorhanden sind.

Damit ist schon dem Erkenntnisvorgang in der Quantentheorie ein in der klassischen Physik so nicht bekanntes Moment der Geschichtlichkeit zu eigen²⁾.

Niels Bohr prägte im Jahre 1927 den Begriff der Komplementarität, und bei dem soeben Vorgetragenen handelt es sich um die Kopenha-

1) Synodaldebatten, Berlin 1961, S. 377.

Der Begriff der Komplementarität tauchte als Folge des Beitrages IV und der Thesen 6 bis 11 in dem Buch "Atomzeitalter, Krieg und Frieden" in der Atomdebatte auf.

(a.a.O., S. 160 ff, 230 ff).

Der Ausschuß für Atomfragen der EKD hat sich mit diesem Begriff auseinandergesetzt und seine Meinung darüber in dem Zwischenbericht niedergelegt, den der Vorsitzende, Professor Raiser, im Februar 1960 auf der Synode der EKD vorgetragen hat. Das Problem wurde vor der Synode jedoch nicht diskutiert. Ebenso wenig wurde seither vor der Synode oder auch innerhalb der Bruderschaften dieser Vorschlag als möglicher Ansatz für eine Lösung wieder aufgenommen.

2) Günter Howe, in: Atomzeitalter, Krieg und Frieden, S. 161.

gener Deutung "der Quantentheorie"¹⁾, die man allerdings nicht unwidersprochen gelassen hat. Noch im gleichen Jahr äußerte z.B. Albert Einstein die Befürchtung, daß dieser Denkansatz den "Verlust der physikalischen Wirklichkeit" zur Folge habe. "Komplementarität und Nichtobjektivierbarkeit bedeuten, kurz gesagt, daß sich die drei Ebenen des Seins, des Handelns und des Erkennens nicht mehr in der Schärfe voneinander trennen lassen, wie es bisher für die abendländische Denktradition grundlegend gewesen ist"²⁾.

Für unseren Zusammenhang genügt jedoch die Klärung und Bedeutung des Begriffs selbst und der Versuch seiner Übersetzung in eine ethische und theologische Kategorie³⁾.

Unter Berufung auf die schon vielfach zitierte Erklärung der Spandauer Synode der EKD von 1958⁴⁾ formuliert These 6 der 11 Heidelberger Thesen⁵⁾, was für die theologische Atomdiskussion "Komplementarität" bedeuten solle. Es heißt dort:

"Wir müssen versuchen, die verschiedenen im Dilemma der Atomwaffen getroffenen Gewissensentscheidungen als komplementäres Handeln zu verstehen"⁶⁾.

Die Absicht, "unter dem Evangelium zusammenzubleiben", und das angestrebte Ziel des Weltfriedens in dem Sinn der Verhütung und der Abschaffung des Krieges⁷⁾ führte die Mitarbeiter und Heraus-

1) Ebenda, S. 162.

2) In: "Antwort", Karl Barth zum 70. Geburtstag am 10. Mai 1956, Zürich 1956, S. 413.

G. Howe: "Parallelen zwischen der Theologie Karl Barths und der heutigen Physik", S. 409 ff.

3) Man lese hierzu den sehr interessanten Beitrag von Günter Howe, a.a.O., S. 160 ff., besonders den Abschnitt: "Die Struktur der ethischen Erkenntnis", S. 186 ff.

4) "Die unter uns bestehenden Gegensätze in der Beurteilung der atomaren Waffen sind tief. Sie reichen von der Überzeugung, daß schon die Herstellung und Bereithaltung von Massenvernichtungsmitteln aller Art Sünde vor Gott ist bis zu der Überzeugung, daß Situationen denkbar sind, in denen in der Pflicht zur Verteidigung der Widerstand mit gleichwertigen Waffen vor Gott verantwortet werden kann. Wir bleiben unter dem Evangelium zusammen und mühen uns um die Überwindung dieser Gegensätze. Wir bitten Gott, er wolle uns durch sein Wort zu gemeinsamer Erkenntnis und Entscheidung führen".
a.a.O.

5) "Thesen" und Erläuterung zu den "Thesen" in "Atomzeitalter, Krieg und Frieden", S. 226 ff.

6) Atomzeitalter, Krieg und Frieden, S. 230.

7) Vgl. These 1. Ebenda, S. 226.

geber des Bandes "Atomzeitalter - Krieg und Frieden"¹⁾ im Verlauf zweijähriger Zusammenarbeit zu dieser neuartigen Begriffsbildung.

Im Wissen von der Gegensätzlichkeit ihrer Überzeugungen und aus der Erfahrung ihres gemeinsamen Gesprächs heraus veranlaßte "die brüderliche Liebe" die Kommission zu der Erkenntnis, daß das Zusammenbleiben unter dem Evangelium eine tiefere Bedeutung haben müsse, als die einer bloßen gegenwärtigen Duldung des Unversöhnlichen²⁾.

Im Bemühen, die entgegengesetzten "Gründe des Bruders" zu verstehen, gelangte man zu der Einsicht, daß die einander widersprechenden theologischen Entscheidungen in der Atomwaffenfrage die Möglichkeit in sich bergen könnten, daß der eine seinen Weg nur zu geben vermöchte, weil jemand da sei, der den anderen Weg verfolge³⁾, daß die Gegensätze sich also in einer Weise ergänzten, die für jede Seite auf ihrem Weg die Entscheidung der anderen Seite allerdings existentiell ausschlosse.

Mit einem aus der Physik entlehnten Wort sollen solche Wege - nach Ansicht der Verfasser - komplementär genannt werden⁴⁾.

Diese Überzeugung führte dann zu den Feststellungen von These 7 und These 8: Die Kirche müsse beides als eine christliche Handlungsweise anerkennen: sowohl den Waffenverzicht als auch die Zustimmung zu dem Versuch, durch das Dasein von Atomwaffen einen

1) Der vorliegende Band, der, wie erwähnt, im Auftrag des wissenschaftlichen Kuratoriums der Evangelischen Studiengemeinschaft in Heidelberg entstand, zählte zu seinen Mitarbeitern die Professoren C.Fr. von Weizsäcker, Richard Nürnberger, Ulrich Scheuner, Edmund Schlink, Karl Janssen, Helmut Gollwitzer, Dr. Günter Howe und Oberkirchenrat Erwin Wilkens.
Vgl. Anmerkung Seite 148/149 im Skriptum.

2) Ebenda, These 6, S. 231.

3) "Faktisch stützt heute jede der beiden Haltungen, die wir angedeutet haben, die andere. Die atomare Bewaffnung hält auf eine äußerst fragwürdige Weise immerhin den Raum offen, innerhalb dessen solche Leute wie die Verweigerer der Rüstung die staatsbürgerliche Freiheit genießen, ungestraft ihrer Überzeugung nachzuleben. Diese aber halten, so glauben wir, in einer verborgenen Weise mit den geistlichen Raum offen, in dem neue Entscheidungen vielleicht möglich werden; wer weiß, wie schnell ohne sie die durch die Lüge stets gefährdete Freiheit in nackten Zynismus umschlüge".

A.ä.O., S. 235.

4) Ebenda.

Frieden in Freiheit zu sichern¹⁾).

Die Trennung dieser beiden Möglichkeiten des Handelns in einer Weise, daß jede beanspruche, die einzig richtige zu sein, zeugt, laut Günter Howe, von "neuprotestantischem Ethizismus", bzw. einer "kasuistischen Moralthologie"²⁾.

Diese Trennung gehe daran vorüber, daß die Rechtfertigung und Heiligung unseres ethischen Handelns mit Christus in Gott verborgen sei. Die Gegner der atomaren Bewaffnung hätten fraglos entscheidende Gründe für ihre Auffassung vorzutragen. Dennoch leugneten sie die Verborgenheit Gottes, wenn sie den nur seelsorgerisch zu verstehenden Konflikt leugneten, der die Welt zu den Atomwaffen habe greifen lassen. Suche man hingegen die Anwendung der Atomwaffen zu rechtfertigen, so verleugne man das rechtfertigende Handeln Gottes im Abgrund eines uns menschlich unlösbar erscheinenden Konflikts, und eben diese Rechtfertigung des Sünders sei die einzige Hoffnung, an die wir uns hier noch halten könnten³⁾.

Diesen Ausführungen, die um ihres christlich-brüderlichen Gehalts willen überaus sympathisch erscheinen, steht nun immerhin die kritische Haltung der Synode der EKD entgegen⁴⁾.

Die Initiative für diese Haltung ist beim Atomausschuß der Synode

1) Ebenda.

In einem Schreiben vom August 1964 an mich betont Herr Dr. Howe ausdrücklich, daß im Blick auf den Weltfrieden der Begriff der Komplementarität zeitlich, d.h. für eine Übergangszeit gemeint sei, "in der das Neue noch nicht durchführbar und das Alte nicht mehr haltbar ist".

2) G. Howe, Atomzeitalter - Krieg und Frieden, a.a.O., S. 189.

3) Ebenda.

4) Auf der Berliner Synode von 1960 hieß es im Bericht des Ausschusses für atomare Aufrüstung: "Dagegen fanden die 11 Thesen, in denen diese sogenannte Heidelberger Kommission ihre Beratungsergebnisse zusammengefaßt hat, in unserem Ausschuß jedenfalls keine ungeteilte Zustimmung. Vor allem die in den theologischen Beiträgen des Bandes nicht ganz gleichsinnig erläuterte Möglichkeit einer sogenannten Komplementarität entgegengesetzten Handelns aus entgegengesetzten sittlichen Überzeugungen schien unserem Ausschuß noch keine tragfähige Brücke im Meinungsstreit zu ergeben, solange die dahinter stehenden Fragen der ontologischen Grundlagen des hier vorausgesetzten Wahrheitsbegriffes noch nicht voll geklärt sind. Unter diesen Umständen meint unser Ausschuß, vor einer voreiligen Verwendung des Begriffes Komplementarität in der öffentlichen Diskussion als einer Art Palliativ eher warnen zu sollen."

Berichte der Tagungen der Synoden der EKD, 1960, S. 121.

zu suchen und gründet sich auf einen Beitrag, den Ernst Wolf als Mitglied des Arbeitskreises diesem Problem gewidmet hat. Über die von ihm angestellten Erwägungen ist der Ausschuß nicht hinausgekommen, zumal er zum letzten Mal im Januar 1961 zusammengetreten ist¹⁾.

Sein ablehnendes Votum der Frage der Komplementarität gegenüber faßt Ernst Wolf in mehreren kritischen Punkten zusammen.

Er erkennt diesem Begriff die Qualität einer geistesgeschichtlichen Kategorie zu, die bewußt die Grenzen der Theologie überschreitet²⁾, einer "Denkformel", die ihm jedoch ungeeignet erscheint, zur Lösung der schwierigen ethischen Probleme beizutragen, welche die Atombombe gleichsam als Symptom des gegenwärtigen geistigen Wandels aufwirft³⁾.

Die Möglichkeit zu Mißverständnissen liege erstens darin, Komplementarität als "additive Vereinbarkeit von sachlich Unvereinbarem", als "die gleichmäßige relative Richtigkeit und Erlaubtheit" der entgegengesetzten Positionen aufzufassen.

Die Übersetzung aus einer naturwissenschaftlich-erkenntnistheoretischen Kategorie in eine solche der Ethik geschehe zweitens nicht einheitlich. Die Lösung des Gegensatzes werde einmal auf der Ebene "theoretischen Erkennens" gesucht, indem sich Günter Howe "auf eine Benachbarkeit der Strukturen der Gotteserkenntnis bei Karl Barth und der physikalischen Erkenntnis bei Niels Bohr"⁴⁾ berufe, zum anderen aber auf die "Möglichkeit komplementären Handelns"⁵⁾ hinweise, wie z.B. das Handeln verschiedener Gruppen in der Kirche oder differentes Handeln desselben Menschen zu verschiedenen Zeiten.

Durch die Wandlung vom "erkenntnistheoretischen Begriff der Kom-

1) Die folgenden Gedanken basieren auf einem mir vorliegenden Nachdruck des Teils des Zwischenberichts, der sich mit dem Komplementaritätsproblem befaßt, und einem von Ernst Wolf verfaßten Aufsatz in der Zeitschrift Junge Kirche, 21, 1960, S. 3 bis 7, der das gleiche Problem abhandelt.

2) Hierzu höre man G.Howe in dem bereits angeführten Brief vom August 1964:

"Karl Barth hat in einem Privatgespräch mit mir durchaus anerkannt, daß man den Begriff der Komplementarität für theologische Prinzipienfragen verwenden könne, und auch Ernst Wolf ist weitgehend dieser Meinung. Man stößt sich aber daran, daß man auf diese Weise keine Eindeutigkeit der ethischen Entscheidung erhält."

3) Vgl. Junge Kirche, 21, 1960, S. 3 ff.

4) Ebenda, S. 4. (Vgl. nochmals G.Howe, a.a.O., S. 186 ff).

5) Junge Kirche, 21, 1960, S.4.

plementarität" zum "komplementären Handeln" erfahre der terminus drittens eine zu "tiefgreifende sachliche Umdeutung"¹⁾.

Während es sich in der Physik "um das wissenschaftliche Auffinden der Wahrheit" handele, solle in der Atomwaffenfrage "die eine Wahrheit Gottes auf Grund seines Wortes für eine konkrete Entscheidungssituation im Glauben" erfaßt werden²⁾.

"Komplementäres Handeln würde nur dann dem erkenntnistheoretischen Begriff der Komplementarität entsprechen, wenn es darin sein Wesen hätte, daß im vorliegenden Fall die beiden grundsätzlichen Entscheidungen..... miteinander von derselben Person realisiert werden könnten"³⁾.

Das hatte auch Helmut Gollwitzer in seiner Erläuterung der Heidelberger Thesen gefordert (Atomzeitalter, Krieg und Frieden, S. 266).

Ferner stelle der zum Ausdruck gebrachte Wille, einen Atomkrieg zu vermeiden, keine ausreichende gemeinsame Ausgangsbasis dar. Eine solche könne nur "die eindeutig bestimmte Erkenntnis" bilden, "daß es keine Rechtfertigung des Atomkrieges" gebe, daß Atomwaffen schlechthin illegitim seien. "D.h. aber: ethische Differenzen im Grundsätzlichen.... können nicht durch den Gedanken vom 'komplementären Handeln' versöhnt werden"⁴⁾.

Jede der in der Atomdiskussion hervortretenden Gruppen handele stellvertretend für das Ganze der Kirche⁵⁾.

Ernst Wolf weist damit entschieden den Vorschlag zurück, die grundsätzlichen Gegner der Atomwaffen könnten sich in Analogie zu einem Orden verstehen, der die Unbedingtheit der Entscheidung sichtbar machen, aber auch die geschichtliche Begrenzung auf einen bestimmten Personenkreis nach sich ziehen würde⁶⁾. Laut Ernst Wolf "boten die alten Orden der römischen Kirche die Möglichkeit, an ihre Wurzel greifende innerkirchliche Reformbewegungen abzufangen und sich einzugliedern". Die Reformation habe es bewußt abgelehnt, sich als 'Orden' zu verstehen oder verstehen zu lassen. Zudem sei der Gedanke eines Ordens mit 'Gelübden'..... für die reformatorische Theologie jedenfalls in einer solchen Si-

1) Ebenda.

2) Ebenda, S. 5.

3) Ebenda, S. 5.

4) Ebenda, S. 5.

5) Ebenda, S. 6.

6) Günter Howe, a.a.O., S. 190.

tuation nicht vollziehbar, durch die die ganze Christenheit vor eine Entscheidungsfrage gestellt werde¹⁾.

Die soeben vorgetragenen Gedanken, die das Gespräch über die Möglichkeit komplementären Handelns innerhalb der EKD zum Erliegen brachten, sind im Rahmen der Gesamteinstellung der Bruderschaften zum Atomwaffenproblem durchaus einsichtig.

Das Imponierende dieser Konzeption liegt dabei - ähnlich wie bei der Position Helmut Gollwitzers - in der Forderung nach absoluter Eindeutigkeit der ethischen Entscheidung als Folge christlichen Glaubensgehorsams. Zugleich bedeutet dieses Postulat das große Dilemma der Bruderschaften (in diesem Fall Ernst Wolfs), weil es sie unweigerlich dahin führt, Meinungen und Vorschläge, die anders gelagert sind als die ihrigen, als nicht gleichrangige zu interpretieren.

Es ist hingegen die Voraussetzung des Begriffs der "Komplementarität", darauf hinzuweisen, daß vorläufig kein eindeutiges Votum zur Atomwaffenfrage zu erreichen ist, was nicht ausschließt, daß einzelne Personenkreise nebeneinander für sich eindeutig zu handeln vermögen. Ich kann den Begriff daher auch nicht als "Versöhnungsformel" verstehen, weil er ja die entgegengesetzten Positionen gar nicht versöhnen will.

Die Heidelberger Kommission ist jedoch zu der auch von Ernst Wolf geforderten eindeutigen Auffassung gelangt, daß ein Atomkrieg grundsätzlich unerlaubt sei (These 9), ohne aber als Konsequenz dieser Feststellung die absolute Illegitimität der Atomwaffen zu erklären. Hier tritt das in der theologischen Diskussion bisher ungelöste Problem zutage, ob zwischen Bereithaltung und Anwendung atomarer Waffen prinzipiell und qualitativ eine Scheidung möglich ist oder nicht. Ernst Wolf verneint die Möglichkeit einer solchen Trennung.

Über die tiefe sachliche Umdeutung, welche der Begriff "Komplementarität" strukturell innerhalb der Ethik erfährt, sind sich seine Befürworter jedoch wohl völlig im klaren.

Günter Howe führt z.B. in einem lange vor 1959 geschriebenen Aufsatz zu diesem Problem aus, daß die Wirklichkeit Gottes mit zwei reziproken Aspekten bezeichnet werde, die sich gegenseitig ergänzten, die aber nicht in einem zeitlichen Zugleich bekannt werden

1) Ernst Wolf, a.a.O., S. 6.

könnten: nämlich die Liebe und die Freiheit Gottes. Die Liebe entspreche der göttlichen Enthüllung, die Freiheit der göttlichen Verhüllung. Wie G. Howe betont, stamme von Niels Bohr selbst der Vorschlag, "das Verhältnis dieser beiden Aspekte mit dem Begriff der Komplementarität zu umschreiben".

In diesem Zusammenhang wird dann auf die völlige sachliche Umdeutung und die Grenzen dieser Analogie hingewiesen, wenn es heißt: "Die Grenzen auch dieser Parallele sind deutlich: Zunächst findet nicht wie im extremen Falle in der Physik eine vollständige Verdrängung des einen Aspektes durch den anderen statt, sondern auf dem Grunde der göttlichen Liebe bleibt immer die Freiheit erhalten und umgekehrt....

Ferner stehen die komplementären Aspekte, was so in der Physik nicht der Fall ist, in einer nicht umkehrbaren Beziehung zueinander, da der Weg des göttlichen Handelns vom Karfreitag nach Ostern, von der Verhüllung zur Enthüllung, von der Freiheit zur Liebe geht, wobei sich die beiden Aspekte aber stets wechselseitig bedingen.

Wir fügen die Bemerkung hinzu, daß nach der ursprünglichen Auffassung Bohrs die zueinander komplementären Begriffe nicht auf gleicher Ebene nebeneinanderstehen, sondern verschiedenen Bereichen angehören und sich gegenseitig bedingen. Bohrs Konzeption hängt mit dem mehrfach erwähnten Zirkel der Erkenntnis zusammen und zielt auf eine Besinnung über die Struktur unseres Denkens überhaupt¹⁾.

Man wird dem Vorschlag der Heidelberger Kommission meiner Meinung nach nicht gerecht, wenn man ihn aus der eigenen eindeutig bezogenen Stellung heraus als eben die Forderung der Eindeutigkeit nicht erfüllenden Begriff ablehnt. Man begreift ihn damit irrtümlicherweise als endgültigen Versuch, Unvereinbares auszugleichen bzw. einander anzugleichen, was er gar nicht beabsichtigt. Er will doch vielmehr ausdrücken, daß Unvereinbares da ist, welches zur Zeit nicht ausgeglichen werden kann. Damit verbunden ist die seelsorgerische Aufforderung bzw. Bitte, es vorläufig nebeneinander zu dulden, ohne die Hoffnung zu verlieren, daß es einmal zu

1) G. Howe, in: "Antwort", a.a.O., S. 420 f.
Vgl. auch Niels Bohr, "Physical Science and the Study of Religions", Pedersen Festschrift 1953,
zit. bei G. Howe, S. 420.

einem consensus "zwischen den Parteien" kommen könnte. Ich verstehe den terminus als Kennzeichnung einer höchst widersprüchlichen geistesgeschichtlichen und theologischen Lage, der den Auftrag beinhaltet, miteinander im Gespräch zu bleiben und die eigene Glaubensentscheidung immer wieder zu überprüfen und damit in Frage zu stellen, d.h. als - wenn man so will - Formel, die ein historisch höchst dynamisches und christlich noch weitgehend verborgenes Geschehen ausdrückt.

c) Die Position Helmut Gollwitzers¹⁾

Motto:

"...Muß im Krieg nicht auf breitester Front ungefähr alles getan werden, was Gott verboten hat? Darf und soll er, da das Alles unleugbar so ist, trotzdem verantwortet und gewagt werden? Jedes Ja auf diese Frage ist falsch, das nicht von der Voraussetzung herkommt, daß das rigoreose Nein der pazifistischen Ethik fast unendlich viel für sich hat, fast überwältigend stark ist".

Karl Barth, KD III, 4, S. 520.

Das Faszinierende an der Position Helmut Gollwitzers liegt darin, daß seine entschiedene Ablehnung der atomaren Bewaffnung der Bundesrepublik, die sich auf die Herstellung, Bereithaltung, Androhung und Anwendung der modernen Vernichtungswaffen erstreckt, auf einer Argumentation beruht, die mit den traditionellen theologischen Denkformen arbeitet und mit ihnen selbst diese Denkformen in Bezug auf die ABC-Waffen widerlegt.

D.h.: Gollwitzer will nicht das Recht der Christen zur Teilnahme am Kriege grundsätzlich außer Kraft setzen. Indem er jedoch den Begriff des bellum iustum als den einzigen, kriegserische Gewaltausübung rechtfertigenden Begriff zugrundelegt, kommt er zu dem Ergebnis, daß gerade das Festhalten an diesem die Anerkennung der

¹⁾ In diesem Kapitel wird vorwiegend Gollwitzers Schrift "Die Christen und die Atomwaffen" diskutiert. In ihr konzentrieren sich seine wesentlichen Gedanken zur Atomfrage. Alle anderen Beiträge des Verfassers in Zeitungen und Zeitschriften münden gedanklich in diese Schrift ein: vgl. Literatur.

ABC-Waffen als Kriegsmittel ausschließt. Die Klarheit und Schlüssigkeit seiner Beweisführung ergibt sich somit aus der strikten Begrenzung des Themas auf die Prinzipien des gerechten Krieges und ihr Verhältnis zur Existenz der nuklearen Waffen.

Um die ablehnende Haltung Helmut Gollwitzers gegenüber den atomaren Kriegsmitteln nicht mißzuverstehen, ist es daher angebracht, mit einer kurzen Übersicht über die Herkunft und die Entwicklung der Prinzipien vom gerechten und ungerechten Krieg dieses Kapitel einzuleiten, zumal Gollwitzer selbst dem Begriff in seiner Schrift "Die Christen und die Atomwaffen" eine ausführliche Abhandlung widmet:

In den ersten Jahrhunderten nach Christus stand die christliche Gemeinde dem Kriegshandwerk vorwiegend ablehnend gegenüber. Von den Kirchenlehrern Tertullian und Origenes wurde die Teilnahme der Christen am Kriegsdienst verneint, obschon gleichzeitig "der apostolische Grundsatz" Gültigkeit hatte, "daß jeder in seinem Stande, in welchem er zum Christentum berufen worden, bleiben solle"¹⁾. Es gab daher bereits vor Kaiser Konstantin Christen, die Heeresdienst leisteten.

Da sich das Christentum zum heidnischen Staatswesen im Gegensatz befand, trat eine christliche Kriegsethik noch nicht in das Blickfeld der Kirche, deren Sorge allenfalls dem einzelnen christlichen Krieger galt, dessen Seelenheil durch Blutvergießen und die Berührung mit nichtchristlichen Kulte im heidnischen Heer gefährdet war, zumal die vom Staat geforderte Anerkennung der Göttlichkeit des Cäsars für einen christlichen Soldaten sündhaftes Tun bedeutete. Als dann unter Konstantin die christliche Kirche Staatskirche wurde, änderte sich diese Haltung. Der Staat, der nun nicht mehr bloß sich selbst, sondern zugleich auch die Christen vor Überfällen und Bedrohung von außen schützte, gewann die Unterstützung der Kirche, deren Gebete und Segenswünsche das Kriegshandwerk fortan miteinschlossen. Dennoch ist das erste christliche Jahrtausend von einem ständigen Schwanken der Kirche gegenüber kriegerischer Betätigung gekennzeichnet, und das Fehlen kriegerischer Heiliger in den ersten Jahrhunderten nach Christus in der römischen Kirche, sowie die Ansicht, daß es den "Streitern Christi", d.h. dem Klerus und dem Mönchtum verboten sei, Waffen

1) Carl Erdmann, "Die Entstehung des Kreuzzugsgedankens", S. 3.

zu tragen, mögen als Beispiele für die Spannung dienen, unter der sich die Kirche in der Konfrontation mit den Erfordernissen des irdischen Lebens der Sünde einerseits und mit den Geboten des Evangeliums (und in diesem speziell mit dem Anspruch der Bergpredigt) andererseits befand. Wenn auch Augustinus die Konsequenzen aus dem Konstantinischen Bündnis zwischen Kirche und Staat zog und die Grundlagen für die abendländische Kriegsethik schuf, ergibt sich gerade aus seinen Darlegungen die Fragwürdigkeit kriegerischer Handlungen. Er beantwortet zwar die Frage nach der grundsätzlichen Erlaubtheit des Krieges mit der Einführung des Begriffs vom *bellum iustum*. Er gesteht somit der einen kämpfenden Partei moralisch gute, gerechte Gründe zu, die er der anderen Partei abspricht, doch hat der Krieg für ihn seine Wurzel prinzipiell im Bösen der menschlichen Natur und ist darum auch immer ein beklagenswertes Übel.

"Doch, so sagt man, der Weise wird nur gerechte Kriege führen. Als ob er nicht, wenn er menschlich fühlt, noch viel mehr über die Notwendigkeit gerechter Kriege trauern müßte. Denn wären sie nicht gerecht, dürfte er sie nicht führen, gäbe es also für den Weisen keine Kriege. Nur die Ungerechtigkeit der gegnerischen Seite zwingt ja den Weisen zu gerechter Kriegführung. Und diese Ungerechtigkeit muß ein Mensch an Menschen betrauern, auch wenn keine Nötigung zu Kriegen daraus erwächst"¹⁾.

"Denn wenn auch ein gerechter Krieg geführt wird, kämpft man doch auf der Gegenseite für die Sünde. Und jeder Sieg, auch wenn er Bösen zufällt, ist ein Gottesgericht zur Demütigung der Besiegten, sei es um sie von Sünden zu reinigen, sei es um sie für Sünden zu bestrafen"²⁾.

Die Behauptung, daß bei der einen Seite die Gerechtigkeit stehe, bei der anderen Seite die Sünde, setzte bereits das Prinzip der *iusta causa* voraus, deren Vorhandensein für das Führen eines gerechten Krieges fortan unentbehrlich werden sollte. Mindestens eine der kämpfenden Parteien müsse durch Ungerechtigkeit den Anlaß gegeben haben, denn gerechte Kriegsgründe seien nur die Verteidigung und die Wiedererlangung geraubten Gutes³⁾.

Carl Erdmann meint, daß durch das Prinzip der "*iusta causa*" die

1) Augustinus, "Vom Gottesstaat", II, 7, S. 545.

2) Ebenda, II, 15, S. 562.

3) Vgl. Erdmann, S. 5.

Idee der "Kriegsschuld" in die christliche Geschichte eingeführt worden sei¹⁾, und auch Helmut Gollwitzer erblickt in der "Stärke dieses Prinzips", das ja die Beteiligung am Krieg einschränken sollte, zugleich seine große Schwäche²⁾: da ja dadurch der Krieg in Analogie zu einer Polizei- und Strafaktion trat, bot gerade die iusta causa das überzeugendste Motiv zur Diskriminierung des Gegners und zur heuchlerischen Selbsterhebung auf Grund der eigenen Gerechtigkeit.

Daß Augustinus die soeben negativ geschilderte Wirkung der Idee von der iusta causa nicht auf diese Weise verstanden wissen wollte, beweist seine Auffassung, daß auch der Gerechte einen Krieg nur äußerstem Zwang gehorchend führen solle und daß der Zweck des Krieges der Friede und das Wohl des Feindes sei. Auch macht Augustinus schon die Unterscheidung zwischen Angriffs- und Verteidigungskrieg, wobei zu beachten ist, daß der Angriffskrieg durchaus ein bellum iustum, der Verteidigungskrieg ein bellum iniustum sein kann.

Diese bei Augustinus erst vorgebildete Lehre vom bellum iustum erfuhr bei Thomas von Aquin ihre Systematisierung und bestimmte seither das Denken der katholischen Moraltheologie über den Krieg.

Man kann vielleicht, wenn man sich der Schematisierung bewußt bleibt, die diese Aussage bedeutet, von drei Strängen sprechen, welche von Thomas ausgingen und das nach-mittelalterliche Zeitalter beherrschten:

mit dem einen Strang vollzog sich die moraltheologisch-kirchliche und naturrechtlich begründete Auffassung vom gerechten Krieg in direkter Fortbildung der thomistischen Lehre, wie sie noch heute im Katholizismus der Gegenwart Gültigkeit besitzt. Sie beeinflusste nicht nur das sich allmählich säkularisierende Kriegs- und Völkerrecht, sondern nahm umgekehrt auch Elemente aus diesem in sich auf.

Ebenfalls als Verlängerung der scholastischen Lehre vom gerechten Krieg muß die Idee vom bellum iustum bei den Reformatoren betrachtet werden. Sowohl Luther als auch Calvin fußen ganz selbstverständlich auf ihr.

Sie soll jedoch darum an dieser Stelle als der zweite Strang be-

1) Ebenda.

2) Gollwitzer, Die Christen und die Atomwaffen, S. 14.

zeichnet werden, weil z.B. die lutherischen Bekenntnisschriften keine durchgeformte Kriegslehre im eigentlichen Sinn des Wortes kennen. Deshalb müssen die völlig unsystematisch auftauchenden Äußerungen der Reformationszeit zum Krieg für eine systematische Weiterbildung und eine allmähliche Anpassung an die sich ändernden Verhältnisse als ungeeignet angesehen werden.

Der dritte Strang stellt endlich das sich seit der Reformation und dem Humanismus säkularisierende Kriegs- und Völkerrecht dar, die laut Carl Schmitt, juristisch-staatliche, juristisch-formale Auffassung vom Krieg, die mit dem "iustus hostis" und dem "debitus modus" einen den Gegner nicht diskriminierenden Kriegsbeginn schuf und wesentlich zur Humanisierung des Krieges beigetragen hat. Unabhängig von der "iusta causa", und darin liegt der wesentliche Unterschied zum ersten und zweiten Strang, erklärte die "legitima auctoritas" gleichberechtigter souveräner Staaten den Krieg. Der Name "Krieg" wurde fortan gleichsam reserviert für die Streitigkeiten souveräner Staaten untereinander. "Man entschloß sich, die Frage der causa iusta dem Jüngsten Gericht zu überlassen, die bona fides beiden Teilen a priori zuzugestehen (aequalitas hostium) und den Gegner als hostis iustus anzusehen und zu behandeln. Der Krieg wurde damit aus der Analogie zur Polizeiaktion hinübergeschoben in die Analogie zum ritterlichen Duell, das unter gegenseitiger Honorierung nach bestimmten Regeln ausgetragen wird"¹⁾.

Alle drei Stränge wirken bis heute in Theologie und Völkerrecht als die traditionellen Denkformen nach, erleben aber durch die Existenz der nuklearen Waffen eine radikale Infragestellung. Da aber jede Aussage über die Neuartigkeit der atomaren Situation sich am herkömmlichen Denken ausrichtet und orientiert, ist es für uns unbedingt notwendig, seine Grundlagen zu kennen. Die klassische Lehre vom gerechten und ungerechten Krieg, die hier in ihren Grundprinzipien umrissen wird²⁾ und die angesichts der heutigen Verhältnisse in der gegenwärtigen römisch-katholischen Moraltheologie eine Wandlung erfährt, soll uns das Verständnis der

1) Gollwitzer, a.a.O., S. 16.

2) Ich folge der Darstellung in "Atomzeitalter, Krieg und Frieden", S. 148 ff.

Vgl. auch Thomas von Aquin, Summe II, II, 40, 1.

Plus XII: Von der Einheit der Welt, Herder, S. 156 f.

Messner, Das Naturrecht, S. 772 f.

sich anschließenden reformatorischen Aussagen über den Krieg erleichtern und soll ferner zu einer Verdeutlichung des juristisch-formalen Kriegsbegriffs beitragen. Für den Katholizismus ist ein Krieg bisher unter folgenden Voraussetzungen erlaubt:

- a. Der Friede muß das eigentliche Ziel des Mittels des Krieges zur Bewahrung des Rechtes sein (*recta intentio*). Friede aber ist nicht nur eine bloße Abwesenheit von Gewalttaten, sondern eine Frage sittlicher Gesinnung und rechtlichen Handelns.
- b. Der Krieg muß von einer dazu befugten rechtmäßigen Obrigkeit erklärt und geführt werden (*legitima auctoritas*).
- c. Ihm muß eine gerechte und schwerwiegende Ursache zugrunde liegen (*iusta et gravis causa*). Das Motiv muß in der Abwehr, Erreichung des Guten, Verhinderung des Bösen und Ausübung strafender Gerechtigkeit liegen.
- d. Der Krieg muß ein letztes Selbstbehauptungsmittel sein (*ultima ratio*). Alle erdenklichen Versuche, ihn zu verhindern, müssen gemacht worden sein. Das drohende Unrecht darf nicht anders abgewehrt werden können.
- e. Die zu erwartenden Leiden des Krieges müssen geringer wiegen als das erlittene Unrecht bzw. als das zu bewahrende oder wiederzuerlangende Gut. Es muß eine vernünftige Relation bestehen zwischen den Mitteln und dem Zweck, zwischen dem abzuwehrenden Kriegsübel und dem voraussichtlichen Kriegserfolg.
- f. Die innere Gesinnung muß von Rachsucht, Grausamkeit, Unversöhnlichkeit und Ruhmsucht freibleiben. Die angewandten Mittel müssen zur Erlangung des gerechten Zieles unbedingt notwendig sein. In sich verwerfliche Mittel sind ausgeschlossen (z.B. Lüge, Treubruch, Grausamkeit; nicht dagegen Kriegslist).
- g. Überhaupt muß die Kriegführung den für alle verbindlichen Regeln eines allgemeinen Rechtes entsprechen (*debitus modus*). Insbesondere ist zwischen Kämpfenden und Nichtkämpfenden zu unterscheiden. Unschuldige sind zu schonen, Gefangene, Verwundete und Waffenlose menschenwürdig zu behandeln.
- h. Direkte, absichtliche Tötung ist auch in einem erlaubten Kriege sittlich nicht gerechtfertigt. Tötung ist zwar unvermeidlich und auch vorgesehen, aber doch nur eine Nebenwirkung, niemals Selbstzweck, da der eigentliche Zweck auf Abschreckung, Schwächung, Aufrichtung des Rechtes gegenüber dem Unrecht geht.
- i. Ausbreitung des Christentums ist kein gerechter Grund für einen

Krieg. Nach Thomas von Aquin ist der Krieg aber bei Verhinderung und Unterdrückung der christlichen Religion sowie gegen wilde Völkerstämme erlaubt, die die Mission gewaltsam verhindern oder sonstige durch Raubzüge oder Menschenopfer schweres Unrecht begehen.

k. Auch die Bundesgenossenschaft mit einem ungerecht angegriffenen Volk kann zum kriegerischen Eingreifen verpflichten.

Ein Präventivkrieg und ein Angriffskrieg gelten dann als gerecht, wenn man sie aus Notwehr, d.h. mit der Absicht, sich zu verteidigen, unternimmt.

Ebenso wie Augustinus ist auch Thomas und dem gegenwärtigen katholischen Naturrecht der Krieg ein furchtbares Übel, und die Lehre vom gerechten Krieg dient daher niemals der Ermöglichung, sondern immer der Einschränkung des Krieges.

Da die Gedanken der Reformatoren auf der scholastischen Lehre vom gerechten Krieg basieren, vermitteln die soeben vorgetragenen Prinzipien einen recht klaren Überblick dessen, was auch sie über das Kriegshandwerk aussagen wollen.

Luthers Aussagen über das bellum iustum gehören in den großen Zusammenhang seiner Lehre von den zwei Reichen. Es sei innerhalb der lutherischen Bekenntnisschriften auf CA XVI und ferner auf die Schriften: "Ob Kriegsleute auch in seligem Stand sein können", "Sermon von den guten Werken" und "Von weltlicher Obrigkeit" verwiesen, welche die entscheidenden Formulierungen über das Recht zum Kriegführen enthalten und z.T. die gleichen Einschränkungen machen wie die katholische Lehre vom gerechten Krieg. So spricht CA XVI davon, daß es der Obrigkeit gestattet sei, "iure bellare", um Ordnung und Frieden zu erhalten, und sie macht damit die "iusta causa" zur Vorbedingung eines Krieges.

Schon allein dadurch, daß der Krieg bei Luther in Verbindung mit seinen Aussagen über das "Reich Gottes zur Linken" untergebracht ist, offenbart er seine Affinität zur Sünde, denn das Reich der Welt ist das Reich des göttlichen Zorns, in dem nicht die Gnade Gottes des Erlösers, sondern die Gnade Gottes des Erhalters wirksam ist, in dem die Obrigkeit das "regimen Dei externum" kraft des Schwertes verwaltet.

Alle Aussagen Luthers über den Krieg wurzeln daher in der Spannung zwischen Röm.13, 1 f und 1. Petr.2, 13 f einerseits, sowie Röm.12, 1 f, Apostelgeschichte 5, 29 und dem Gebot der Bergpredigt

Matth.5, 38 f andererseits. Wenn man den Zusammenhang der zitierten Bibelstellen berücksichtigt, verbietet sich eine Trennung der zwei Reiche, die beide zusammen das "regnum Christi" bilden. Von daher gesehen verbietet sich also auch eine Auffassung vom Krieg als einer eigenständigen, unausweichbaren Gewalt der Geschichte. Wenn man die angeführten Textstellen aus dem Evangelium einander ergänzen läßt, werden alle positiven Aussagen Luthers über das bellum iustum wieder in Frage gestellt. Von dieser tiefen Problematik des Krieges, die Luther völlig erkannte, geht Gollwitzer aus, wenn er den Begriff des gerechten Krieges zur Klärung seiner Position in der Atomwaffenfrage heranzieht.

Angesichts der nuklearen Waffen und der Kriegführung im 20. Jahrhundert setzt die Kritik Gollwitzers bei zwei Problemen an: bei der iusta causa und bei der scharfen Trennung von erlaubten und unerlaubten Mitteln.

Gollwitzer betont mit Recht, daß die Vielzahl der Bedingungen, die das Führen eines gerechten Krieges einschränken sollten, immer schon daran krankten, daß sich zwischen Theorie und Praxis eine tiefe Kluft öffnete, d.h. daß es den Untertanen nicht möglich war¹⁾, "ihr Gegebensein nachzuprüfen" und daß die staatliche Autorität durch den Krieg Ziele verfolgte, die den Rahmen der vorgeschriebenen Prinzipien sprengten. Einerseits war (und ist) die "iusta causa" für die sittliche Begründung jedes "christlichen" Krieges unentbehrlich, weil "die Analogisierung des Krieges mit den Aktionen der Polizei" den Gegner in die Ordnung stellte, innerhalb derer man sich selbst befand. Man betrachtete damit auch den Feind als ebenbürtig, eine Auffassung, die allein unter diesem Aspekt eine humane Kriegführung gebot. Andererseits barg die "iusta causa" immer die Gefahr in sich, in Überspitzung des Gefühls eigener "Gerechtigkeit" den Feind zum Verbrecher zu stemmeln. Der Weg vom Auftrag der Rechtswahrung zum usurpatorischen Griff nach dem Richteramt sei meist nur ein kurzer, meint Gollwitzer, und da die Anklage auf Rechtsbruch gegenseitig sei, verseehe man sich gegenseitig mit der Etikette "Mörder"²⁾.

Die Glaubenskriege des 16. und 17. Jahrhunderts lieferten u.a. das beste Beispiel dafür, wie die einschränkende Wirkung der

1) Vgl. Gollwitzer, a.a.O., S. 14 ff.

2) Vgl. Gollwitzer, a.a.O., S. 15.

iusta causa verlorenging und gerade sie zu einer Barbarisierung des Krieges führte, weil beide Seiten meinten, für die gerechte Sache zu streiten.

Diese Gefahr erkannten seit dem 16. Jahrhundert einige bedeutende Rechtsgelehrte, und zwei Jahrhunderte hindurch vollzog sich eine Entwicklung, die zur "Hegung des Krieges durch eine neue, spezifisch staatsbezogene Ordnung" und damit zur "Kristallisierung eines humanisierten Kriegsbegriffes" führte¹⁾. Bodinus, Balthazar Ayala, Francisco de Vitoria, Albericus Gentilis, Hugo Grotius und Richard Zouch begründeten neben Pufendorf, Bynkershoek und Vattel eine ehrwürdige völkerrechtliche Tradition. Die "Ent-Theologisierung und Rationalisierung" des Kriegsbegriffs, welche eine Akzentverschiebung von der "iusta causa" zum "iustus hostis" zur Folge hatten, ermöglichten für einige Jahrhunderte eine Milderung der Kriegshandlungen.

"Der Krieg wurde die ultima ratio regum. Nicht sein Beginn, lediglich seine Führung wurde Einschränkungen unterworfen. Das Kriegsrecht galt zwischen iusti hostes, ohne Rücksicht auf die iusta causa"²⁾.

Bereits Erasmus fragte: Cui non videtur causa sua iusta?, und auch Joh. Jakob Moser erklärte in seinem "Europäischen Völkerrecht in Kriegszeiten" (1752), daß meistens darüber gestritten werde, welches die wahren Ursachen seyen, warum man die Waffen ergriffen habe, weil der Gegenteil die angegebenen Ursachen nie für gerecht und hinlänglich erkennet, und weil kein Richter sei, der entscheiden könne³⁾. Das Kriegsrecht, das von der iusta causa zugunsten des iustus hostis absah, war bis zur Gründung des Völkerbundes in Kraft.

Die Unterscheidung von Kombattanten und Nicht-Kombattanten, die Schonung der Kriegsgefangenen, das Rote Kreuz und die Bestimmungen der Haager Landkriegsordnung von 1907 wurden Errungenschaften eines säkularisierten Kriegsbegriffs.

Obgleich auch die mittelalterliche Lehre vom bellum iustum zwischen zulässigen und nicht-zulässigen Kriegsmitteln unterscheidet, liegt in ihr, wie wir erkennen mußten, die Gefahr, daß diese Be-

1) Carl Schmitt, Der Nomos der Erde im Völkerrecht des Ius Publicum Europaeum, S. 123.

2) Hans Wehberg, Krieg und Eroberung im Wandel des Völkerrechts, Frankfurt/Berlin 1953, S. 22.

3) Ebenda, S. 25.

stimmung als sekundäre hinter die primäre der iusta causa zurücktritt. Mit dem zunehmenden Vernichtungsradius der Waffen wurde es paradoxerweise aber christlich, das Schwergewicht von der iusta causa weg auf den iustus hostis zu verlegen, um so den vollen Blick auf die zulässigen Kriegsmittel zu lenken: die immer mögliche Fanatisierung der "iusta causa" sollte durch den Respekt vor dem "iustus hostis" in Grenzen gehalten werden. D.h. die christliche Lehre vom gerechten Krieg mußte immer mehr die juristisch herausgearbeiteten Prinzipien zur Unterscheidung von erlaubten und verwerflichen Waffen berücksichtigen.

Seit der Petersburger Deklaration von 1868 durchzieht der Gedanke das Völkerrecht, daß die Verwendung von Waffen, die geeignet seien, unnötige Leiden zu verursachen, den Geboten der Menschlichkeit widerspreche¹⁾.

Von den zahlreichen völkerrechtlichen Bemühungen, diese Bestimmung ins Blickfeld zu rücken²⁾, sei an dieser Stelle allein die Haager Landkriegsordnung von 1907 herausgegriffen, auf die sich auch Gollwitzer zur Stützung seiner Argumente beruft.

Bereits in der Präambel dieses Abkommens betreffend die Gesetze und Gebräuche des Landkrieges heißt es, daß "die Bevölkerung und die Kriegführenden unter dem Schutze und der Herrschaft des Völkerrechts bleiben, wie sie sich ergeben aus den unter gesitteten Völkern feststehenden Gebräuchen, aus den Gesetzen der Menschlichkeit und aus den Forderungen des öffentlichen Gewissens"³⁾.

Artikel 22 der HLKO bestimmt daraufhin, daß die Kriegführenden kein unbeschränktes Recht in der Wahl der Mittel zur Schädigung des Feindes hätten, und das Abkommen verbietet dementsprechend die Verwendung von Gift und vergifteten Waffen, von allen Kriegsmitteln, die geeignet seien, unnötige Leiden zu verursachen, es verbietet die Bombardierung offener Städte, die Strategie der ver-

1) Ulrich Scheuner, Krieg und Kriegswaffen im heutigen Völkerrecht, in: "Atomzeitalter, Krieg und Frieden", S. 92.

2) Haager Deklaration vom 29.7.1899.

Genfer Protokoll vom 17.7.1925.

Londoner Abkommen vom 4.8.1945 über das Statut für den Internationalen Militärgerichtshof (IMT) in Nürnberg (Verbrechen gegen die Menschlichkeit).

Genocid Konvention vom 9.12.1948.

Genfer Rotkreuzkonvention vom 11.9.1949.

3) Eberhard Menzel, Legalität oder Illegalität der Anwendung von Atomwaffen, S. 10.

brannten Erde und beschränkt die Kriegführung auf Maßnahmen, die für die Kampfhandlungen zwischen den Truppen oder zum Schutz der Truppen unumgänglich sind¹⁾.

"Wenn nicht alles trügt, dann dürfte der zweite Weltkrieg der letzte Krieg gewesen sein, in dem diese Selbstverpflichtung der modernen Staaten wenigstens partiell noch respektiert wurde; die zunehmende Verletzung ihrer Bestimmungen im letzten Krieg ist der Auftakt zur neuen Kriegführung des restlos 'kriminalisierten Krieges', wie sie durch die neuen "Waffen" erzwungen wird. Diese nämlich sind die prinzipielle Außerkraftsetzung alles Kriegsrechtes und damit das Ende der Errungenschaften abendländischer Gesittung"²⁾.

Zu der gleichen Schlußfolgerung wie der Theologe Helmut Gollwitzer gelangt Carl Schmitt in seinem Buch:

"Der Nomos der Erde im Völkerrecht des *Ius Publicum Europaeum*". Die Kriege des 20. Jahrhunderts seien gekennzeichnet durch die kritiklose Wiederaufnahme eines ideologisierten Begriffs von der "iusta causa" bei gleichzeitiger Beseitigung des "iustus hostis". In Verbindung mit der Furchtbarkeit der Kriegsmittel ergebe sich daraus eine höchste Re-Barbarisierung des Krieges.

"Die modernen Tendenzen enthalten keine Auferstehung christlicher Lehren, sondern sind ein ideologisches Begleitphänomen der industriell-technischen Entwicklung moderner Vernichtungsmittel. Der Bomben- oder Tiefflieger gebraucht seine Waffe gegen die Bevölkerung des feindlichen Landes vertikal wie der heilige Georg seine Lanze gegen den Drachen gebrauchte. Indem man heute den Krieg in eine Polizeiaktion gegen Störenfriede, Verbrecher und Schädlinge verwandelt, muß man auch die Rechtfertigung der Methoden dieses "police bombing" steigern. So ist man gezwungen, die Diskriminierung des Gegners ins Abgründige zu treiben"³⁾.

Indem in der Kriegsauffassung des 20. Jahrhunderts der Akt der Aggression als solcher den Aggressor zum Verbrecher, und zwar im kriminellen Sinn des Wortes zum Verbrecher erklärt⁴⁾, geht der

1) Vgl. Gollwitzer, S. 19 f.

2) Ebenda, S. 20.

3) Carl Schmitt, *Der Nomos der Erde...*, S. 299.

4) Vgl. hierzu Hans Wehberg, a.a.O., der sich in seiner Analyse ausführlich mit dem juristischen Begriff des Angriffskrieges seit 1914 befaßt, dessen Verbot seit dem KelloggPakt (27. August 1928) formelle Wirksamkeit besaß. "Man wird dem Kellogg Pakt

christliche Begriff der "iusta causa" in unserer Zeit völlig verloren.

Man kann auch sagen, daß die Begriffe sich verkehrt haben. Die "iusta causa", deren Wert in ihrer politischen und moralischen Wirksamkeit bestand, die also eine substantielle Schuld feststellen sollte, erscheint formal-juristisch verengt im "crime de l'attaque", während sich der ursprünglich "juristisch gedachte justus hostis - Begriff" zum "quasi-theologischen Feindbegriff" verwandelt hat.

Diese Feststellungen führen Carl Schmitt zu dem Resultat, daß der Krieg abgeschafft sei, weil die Feinde sich gegenseitig nicht mehr auf der gleichen moralischen und juristischen Ebene anerkennen¹⁾.

Gollwitzer baut seine Auseinandersetzung mit den atomaren Waffen also auf einer recht gesicherten Position auf.

Es ist ihm unbegreiflich, daß die Kirche die modernen Waffen bisher keiner eingehenden Prüfung unterzogen hat, denn bei einem Vergleich mit dem Zeitalter Luthers, in dem ja die reformatorischen Aussagen über den Krieg entstanden seien, werde die Problematik dieser Waffen als Vernichtungsmittel offenkundig.

Bei einem Vergleich der ABC-Waffen mit den Kriegsmitteln des zweiten Weltkriegs liege der grundsätzliche Unterschied hingegen nicht so deutlich auf der Hand, weil die Zerstörungsgewalt der Waffen des letzten Krieges bereits ein Ausmaß erreicht habe, dem man die

nur gerecht, wenn man in ihm den endgültigen Bruch mit der klassischen Lehre der iusti hostes erblickt.

Nun verzichteten die Staaten endgültig auf das ius belli ac pacis.

.... Diese Worte können in Wahrheit nur so gedeutet werden, daß fortan, abgesehen vom Verteidigungskrieg, lediglich der von der Staatengemeinschaft beschlossene Krieg gegen einen Rechtsbrecher noch weiter als zulässig betrachtet werden sollte."

(Ebenda, S. 45).

Und weiter:

"Der Kellogg Pakt beendet das Zeitalter des Völkerrechts, in dem der Krieg grundsätzlich noch ein erlaubtes Mittel der Streiterledigung war" (S. 53).

1) Vgl. hierzu a.a.O., S. 92 und S. 95.

Der "gerechte Krieg" wäre demzufolge schon vor Erscheinen der nuklearen Waffen rechtsgeschichtlich überholt. Die in der Gegenwart vorhandene, durch die neue Qualität der ABC-Waffen begründete existentielle Notwendigkeit, den Krieg abzuschaffen, würde zugleich ergänzt durch die rechtshistorische Tatsache, daß der Begriff Krieg im herkömmlichen Verständnis keine Gültigkeit mehr besitzt.

Bezeichnung "konventionell" kaum noch zugestehen dürfe.

"Es könnte ja sein, daß in der neuzeitlichen Entwicklung der Kriegswaffen eine 'grundsätzliche' Zäsur überhaupt nicht sichtbar wird und doch ein qualitativer Unterschied besteht. Man wird dabei an Hegels Begriff der Entwicklung denken können, nach dem die quantitative Vermehrung einer Eigenschaft an einem gewissen, aber vorher nicht zu bezeichnenden Punkte in ein neues qualitatives Verhältnis umschlägt. Der grundsätzliche Unterschied wird dann erst bei einem Vergleich des Anfangs- und des Endzustandes sichtbar"¹⁾.

Für Gollwitzer ist es geradezu eine Beleidigung "jener alten ehrlichen Waffen" aus Luthers Zeit, die man im Angesicht des Feindes trug, und die einen persönlichen Einsatz des Waffenträgers für das Recht, für die Ordnung, für die Heimat und für deren Bewohner verlangten, wenn man sie mit den Vernichtungsmitteln unseres Zeitalters vergleichen wollte, die den, der mit ihnen umgeht, zum Mörder machen.

Zwei Behauptungen Gollwitzers verdienen dabei besondere Beachtung. Spätestens mit der Existenz der nuklearen Kriegsmittel werden die Waffen zu absoluten Vernichtungsmitteln (analog Ungezielervernichtungsmitteln). Sie versetzen daher jeden, der mit ihnen umgeht, in die Lage eines Mörders.

Gollwitzer mißt die ABC-Waffen sodann an den bisher geltenden Prinzipien des christlichen sowie des juristischen Kriegsrechts, wodurch es ihm gelingt, die Möglichkeit, mit diesen Mitteln einen gerechten Krieg zu führen, als eine "nicht mehr mögliche" aufzuweisen. In mehreren Punkten faßt er seine Argumente zusammen²⁾; allen Kriegen, besonders aber denen, welche die Kirchen mit dem Attribut "gerecht" versahen, war bisher ein Kriegsziel gemeinsam: nämlich ein Friede des Rechts mit dem Gegner.

Die ABC-Waffen können diesem Ziel nicht mehr dienen.

Denn

1. "Diese neuen Gewaltmittel erlauben in ihrer Beschaffenheit keine Unterscheidung von Kämpfern und Nichtkämpfern"³⁾.

Im Gegensatz zu den herkömmlichen Waffen "vom Steinbeil bis zur Fliegerbombe" ist ihnen das Prinzip der "Wahllosigkeit" eigen.

1) Die Christen und die Atomwaffen, S. 20.

2) Vgl. a.a.O., S. 22 ff.

3) Ebenda, S. 22.

Sie vernichten die Menschen des feindlichen Lagers wie "ausrottenswertes Ungeziefer". Sie drängen damit das kriegführende Volk in die Rolle dessen, der den Feind nicht mehr als Menschen zu betrachten vermag.

2. "Die neuen 'Waffen' erlauben als Kriegsziel nur die Vernichtung des Gegners, die sie durch Überfall zu bewirken suchen, sie erlauben keine andere Forderung als die der bedingungslosen Kapitulation"¹⁾.

Während es bisher der Zweck christlicher Kriegsethik war (analog einer Polizeiaktion), dem 'Verbrecher' "die Waffe aus der Hand zu schlagen", liegt der Bereitschaft zum Einsatz nuklearer Kriegsmittel die Gesinnung "absoluter Kampfausschaltung" zugrunde. Sowohl der Begriff der "iusta causa" wie auch der des "iustus hostis" gestanden dem Gegner das Lebensrecht im Raume souveräner Staatlichkeit zu, die atomare Kriegführung nimmt ihm hingegen dieses elementare Recht. Indem man um der eigenen absoluten Selbsterhaltung willen die absolute Vernichtung des Feindes zuläßt und bewirkt, wird man zum Mörder.

"Denn nur in mörderischer Gesinnung kann man sie herstellen und anwenden... Wer sie besitzt, wird durch sie in die Gesinnung des Mörders gedrängt"²⁾.

Dem entspricht das Wegfallen einer förmlichen Kriegserklärung, die ja theoretisch und praktisch sinnlos wird, weil man den anderen vorsätzlich überfallen muß, um selbst zu überleben.

(Die Versicherungen des Westens, nur im Zuge eines Gegenschlages nukleare Waffen zu verwenden, und die Bemühungen beider politischer Blöcke, weiche in harte Waffensysteme umzuwandeln, außerdem die Möglichkeit einer Warnung, bevor man atomare Kriegsmittel einsetzt, schränken die letzte Behauptung Gollwitzers zumindest theoretisch ein).

3. "Im Unterschied zu allen bisherigen und auch den biologischen und chemischen Kriegsmitteln treffen die Atomwaffen auch die kommenden Generationen und die Vegetation. Die Vernichtung, die sie bringen, läßt wegen ihres unabsehbaren Nachwirkens keine Vergebung zwischen den Völkern aufkommen, sie gefährdet zugleich, wo sie massenhaft wird, das Menschbleiben der Mensch-

1) Ebenda, S. 24.

2) Ebenda, S. 25.

heit, wobei der Verlust an biologischer Humanität nur das Siegel auf den vorangehenden Verlust moralischer Humanität wäre" ¹⁾).

Wenn durch kein anderes Argument, so wird durch dieses Nachwirken atomarer Kriegsmittel, das in die biologische, geistige und seelische Substanz der Menschen eingreift, offensichtlich, daß Friede nach einem Atomkrieg nicht mehr möglich sein wird.

4. "Der Begriff der Landesverteidigung ist ein antiquierter Begriff geworden; wer ihn noch in den Mund nimmt, ist blind oder heuchelt" ²⁾.

Diese bei den Gegnern Gollwitzers besonders umstrittene These resultiert aus der Tatsache, daß ein Krieg der Zukunft gerade den Heimatboden zum absoluten Frontgebiet machen würde, weil der Wirkungsradius von taktischen und größeren Nuklearwaffen zu groß ist, um sich auf reine Kriegsziele beschränken zu lassen.

(Gollwitzer führt als einen Vorgeschmack des Entsetzlichen, was wir zu erwarten hätten, den Luftkrieg des zweiten Weltkriegs an).

Da die Truppe nur noch kämpfen könnte, wenn sie sich selbst schützte, ginge jedes soldatische Ethos verloren. Demnach demonstrierten die Wirkungen der atomaren Waffen die Unmöglichkeit eines Verteidigungskrieges, denn Verteidigung bedeutete bisher Schutz der hinter der Front befindlichen Heimat.

5. "Der kommende Krieg wird nicht nur das Problem des Tötens, sondern auch das des Selbstmords stellen" ³⁾.

Während bisher Abschreckung den Sinn hatte, dem Gegner bewaffneten Widerstand anzudrohen, um, wenn sie fehlschlagen würde, die Heimat und ihre Menschen vor Schaden zu bewahren, reißt die "Atomabschreckung", falls sie nicht wirksam sein sollte, das eigene Volk mit in die Selbstvernichtung hinein.

Kriegsmittel, welche die Vernichtung des Gegners und die Selbstvernichtung des eigenen Volkes bewirken, zerstören jedoch das Recht, statt es zu bewahren, und verlieren somit jegliches Wahrheitsmoment, das sie zu erlaubten Waffen macht..

"Es gibt Mittel und Drohungen, die das Recht zerstören, das man mit ihnen erhalten will. Denn wirksam drohen kann nur, wer auch

1) Ebenda, S. 25.

2) Ebenda, S. 26.

3) Ebenda, S. 27.

auszuführen bereit ist und sich als einen darstellt, dem die Ausführung zuzutrauen ist¹⁾.

Angesichts der Folgen, die eine wirksame Abschreckung und eine glaubwürdige Drohung nach sich ziehen müßten, wenn es zum Krieg kommen sollte, gehören beide Begriffe einer Terminologie an, die nicht mehr das bezeichnet, was sie ursprünglich zu bezeichnen beabsichtigte.

Da die ABC-Waffen auf Grund der ihnen eigentümlichen Qualität schlechthin unzulässige - unanwendbare Kriegsmittel sind, verkehren sich nach Meinung Gollwitzers die Worte "Abschreckung" und "Drohung" in sinnentleerte Formeln.

Die absolut gebotene Unanwendbarkeit von Kernwaffen jeder Art erweist zugleich den Begriff der "iusta causa" als überholt.

Ein Krieg, dem keine "iusta causa" mehr zugrundeliegt und der nicht mehr den Einsatz erlaubter Waffen eindeutig gewährleistet, kann folglich auch nicht mehr als bellum iustum angesehen werden. Man kann es auch anders sagen: Die Lehre vom gerechten Krieg, wenn man sie weiterhin vertritt, schließt die Existenz der ABC-Waffen als in sich selbst unsittliche Vernichtungsmittel aus. Gollwitzer weist darauf hin, daß die Überlegungen seines Aufsatzes ganz bewußt an die kirchengeschichtliche Tradition anknüpfen, die eine grundsätzliche Teilnahme des Christen am Krieg nicht verbiete. Wenn man diese Basis jedoch nicht antasten wolle, müsse man eingestehen, daß die gleichen Prinzipien, die bisher eine Teilnahme an Kriegshandlungen gestatteten, sie nunmehr unmöglich machten. "Wer mit Berufung z.B. auf die Lutherischen Bekenntnisschriften die Teilnahme weiterhin auch unter den neuen Bedingungen freistellt, steht nicht auf dem Boden dieser Bekenntnisschriften, sondern mißbraucht sie"²⁾.

Sofern man die Sündhaftigkeit der ABC-Waffen einmal erkannt habe, die nicht allein in ihrem Gebrauch, sondern in ihrer Beschaffenheit liege, müsse man diesen Kriegsmitteln gegenüber ein absolutes Nein sprechen. Die Kirche hat in dieser Situation zu sagen, daß Gott weder die Herstellung und Bereithaltung, noch die Verwendung dieser Waffen billige. Diesen Auftrag hat sie allen Menschen zu verkünden, speziell aber den Christen und unter diesen ganz besonders denen, die das Amt des Staatsmannes, des Forschers und

1) Ebenda, S. 23.

2) a.a.O., S. 48.

des Soldaten ausüben. Wie sie in früheren Zeiten oft genug mit ihrem Ja einem Kampf für die Freiheit und das Recht des Vaterlandes zugestimmt habe, so hat sie hier nicht nur auszusprechen, daß es einen Atomkrieg niemals geben dürfe, sondern auch, daß es einen solchen niemals geben werde, soweit es jedenfalls den einzelnen Christen und den sich christlich nennenden Politiker betreffe¹⁾. Sonst macht sie sich und die Redlichkeit ihres Wachteramtes unglaublich.

Die allzu häufige Unsicherheit der Kirche im politischen Bereich, auch in Fragen des Kriegsrechtes, exemplifiziert Gollwitzer an den Beispielen Hiroshima und Nagasaki.

"Hiroshima und Nagasaki wurden unter Begleitung christlicher Gebete zerstört, weil in der Kirche nicht rechtzeitig vorher die Prüfung der kriegstechnischen Möglichkeiten unseres Jahrhunderts vorgenommen worden war, sondern man bei jeder neuen Waffe unbesehen weiter rezitiert hatte, was die Väter einmal zu den Waffen ihrer längst vergangenen Zeit geglaubt hatten, sagen zu müssen"²⁾.

Auch den Entschluß, die erste Atombombe zu bauen, bezeichnet Gollwitzer als ein schuldhaftes Verstricktsein der amerikanischen Politiker und der amerikanischen Atomwissenschaftler, weil neben der Furcht vor Hitler zugleich die Ansicht wirksam gewesen sei, daß die Greuelthaten Hitlers eine Kriegsführung mit allen Mitteln rechtfertige, eine Auffassung, die dem gleichen Kreuzzugsphearisismus entsprungen sei, den Carl Schmitt als kennzeichnend für unser Jahrhundert anführt und die Gollwitzer als eine Form des praktischen Atheismus³⁾ charakterisiert.

"Der Besitz der Atomwaffe ersparte aber, über ihn überhaupt nachzudenken, und unterstützte alle Fehler in der Kriegsführung der Alliierten, durch die diese ihren eigenen Anspruch Lügen strafften und siegend einen Weltzustand herbeiführten, der den von ihnen geführten und mit guten Gründen für einen gerechten Krieg gehal-

1) Vgl. a.a.O., S. 42.

2) Vgl. a.a.O., S. 38.

Bereits an anderer Stelle (S.7) verurteilt Gollwitzer aufs schärfste die Billigung der beiden Atombombenabwürfe durch evangelische und katholische amerikanische Christen. Das Gebet, das ein lutherischer Feldgeistlicher vor dem Start der Enola Gay sprach, nennt Gollwitzer ein "Dokument christlicher Gotteslästerung".

3) A.a.O., S. 48.

tenen Krieg nachträglich sinnlos machte"¹⁾.

Wenn es die Pflicht der Kirche ist, ein vorbehaltsloses Nein den ABC-Waffen gegenüber zu sprechen, was muß sie dann dem christlichen Staatsbürger und dem christlichen Politiker zurufen?

Die Haltung, die jeder einzelne Christ diesen Kriegsmitteln gegenüber einnehmen sollte, läßt sich in dem kurzen Satz zusammenfassen:

"Si omnes ego non"²⁾.

Obschon die Staatsführung den Friedensauftrag, den sie von Gott her hat, in den Ordnungen dieses Äons oft nur mit "dem Schwert" erfüllen konnte und erfüllen kann, so ist doch immer an die einzelnen Christen der Ruf ergangen, das Gesetz dieser Welt zu durchbrechen. Der Gott des Friedens (1. Thess. 5, 23) hat sie mit dem Evangelium des Friedens (Eph. 6, 15) als pacifici (Matth. 5, 9) in die Welt gesandt³⁾. Von diesem Friedensauftrag her bestimmt sich ihr Handeln im politischen Leben. Wenn Christen auf staatliche Anordnung hin Gewalt anwenden und sich am Kriege beteiligen, so müssen sie das mit der Überzeugung tun, daß selbst dieses Mittel der Liebe, dem Frieden, dem Recht und dem Leben dient.

"Nur wenn es möglich wäre, die Anwendung der neuen Vernichtungsmittel als Mittel des Friedens und des Rechts auszuweisen, könnte sich die Beteiligung der Christen, der pacifici, an ihnen als möglich erweisen"⁴⁾. Da die ABC-Waffen diese Forderung nicht erfüllen, muß sich jeder christliche Staatsbürger von ihnen distanzieren. Falls ein Christ in einem Staat lebt, für den diese Waffen ein Mittel der Politik und der Kriegführung darstellen, ist es seine Pflicht, sein Verhältnis zum Krieg und zum politischen Dienst dem des Staates entgegenzustellen, denn einem Staate, der Unrecht anordnet, soll er den Gehorsam verweigern. Hier tritt die christliche Widerstandspflicht in Kraft, welcher er mutig zu folgen hat. Ein Vergleich mit den historischen Friedenskirchen bietet sich hier an: So wie sie auf Grund ihres Gewaltverzichtes immer schon in sehr viel beschränkterem Maße am staatlichen Leben sich aktiv beteiligen konnten, werden vielleicht fortan auch protestantische und katholische Christen bestimmte bisher übliche

1) A.a.O., S. 29 f.

2) A.a.O., S. 42.

3) A.a.O., S. 44.

4) A.a.O., S. 45.

Dienstleistungen für den Staat ablehnen müssen; denn die Friedenssendung, die das Neue Testament ausspricht, ist "der einzig mögliche Ansatzpunkt, von dem her die Probleme der Teilnahme des Christen am politischen Leben immer neu durchdacht werden" können¹⁾.

Daß Gott dem Mord entgegensteht, gilt jedoch nicht nur für die einzelne "Privatperson", sondern auch für jeden Menschen, der ein "Amt" verwaltet.

Das fünfte Gebot: "Du sollst nicht morden", gilt folglich der Staatsführung in gleichem Maße, wie es den einzelnen Christen fordert. Aufgabe der Kirche ist es daher, den Staatsmann gerade in unserer Zeit an die Sünde des Mords zu erinnern und ihn in seinem Gewissen unter das fünfte Gebot Gottes zu binden. Ziel und Mittel müssen auch in der Politik einander entsprechen; weil sich die ABC-Waffen als Mordwerkzeuge ausweisen, muß der Politiker "die schwere Aufgabe lösen, eine Politik zu treiben, die ohne dieses Mittel auskommt"²⁾: es liegt jenseits der Grenze, die dem Staatsmann erlaubt ist zu überschreiten. So stellt sich die Frage nach den Atomwaffen als Gehorsamsfrage (und niemals als Ermessensfrage) an den Staatsbürger, an den Staatsmann und speziell auch an den Soldaten (Gollwitzer deutet in diesem Zusammenhang die Schwierigkeiten an, die der Kirche mit der Militärseelsorge erwachsen sind. Seiner Ansicht nach kann und darf die Kirche dem Soldaten von heute nicht mehr ein gutes Gewissen für den Fall seiner Beteiligung an einem Atomkrieg predigen. Weil in den bewegten Monaten der Atomdiskussion der gerade 1957 abgeschlossene Militärseelsorgevertrag ebenfalls zur Sprache kam, stießen diese Feststellungen Gollwitzers bei den Befürwortern dieses Vertrages auf heftige Kritik, obgleich sie sich folgerichtig aus seiner Konzeption ergeben. Für ihn ist die Freiheit des Evangeliums durch diesen Vertrag gefährdet und einseitig politisiert).

Nun türmt sich vor der bisher sehr klaren und schlüssigen Argumentation Gollwitzers die Wucht des politisch Faktischen auf. Wie wird er mit ihr fertig?

Da er zwischen Herstellung, Bereithaltung und Gebrauch atomarer Waffen keine qualitative Trennung zuläßt - das ergibt sich konsequent aus der sündigen Beschaffenheit dieser Kriegsmittel -, schei-

1) a.a.O., S. 45, 46.

2) a.a.O., S. 32.

det er scharf zwischen Besitz und Nicht-Besitz dieser Waffen. Im ersten Fall hat er sich mit der ethischen Situation der atomaren Großmächte auseinanderzusetzen, im zweiten mit der Lage der noch nicht atomar gerüsteten Staaten, d.h. in seinem Fall speziell mit der Bundesrepublik Deutschland. Diese gehört für Gollwitzer zu den Staaten, welche die Entscheidungssituation noch vor sich haben, welchen es noch freisteht, der Gehorsamsfrage durch einen Verzicht auf atomare Bewaffnung zu antworten. Besonders eine Außenpolitik, die von sich behauptete, nach christlichen Grundsätzen zu handeln, habe geradezu die Pflicht, auf eine solche Bewaffnung zu verzichten und Mut zu dem damit verbundenen Risiko zu bezeigen. "Die Kirche hat oft genug unser Volk, wenn seine Führung glaubte, das Risiko eines Krieges auf sich nehmen zu müssen, seelisch gestärkt, ...und sie hat, sofern es sich tatsächlich um einen "Notkrieg" im Sinne Luthers gehandelt hat, damit getan, was ihrer Erkenntnis vom Rechtswillen Gottes entsprach. Sollte sie nicht heute ebenso das deutsche Volk stärken, in Glaubensmut und Gottvertrauen das Risiko des Verzichts auf Atomwaffen (das noch dazu mindestens nicht größer ist als das Risiko des Besitzes!) zu übernehmen, weil mit ihnen ein gerechter Krieg auf alle Fälle nicht geführt werden kann"¹⁾?

Mit dieser Fragestellung, die sich folgerichtig aus Gollwitzers christlich-ethischer Konzeption herleitet, tritt er auf die Seite derjenigen politischen Position in der Bundesrepublik, die ihre Ablehnung atomarer Bewaffnung während der Bundestagsdebatten 1957 und 1958 politisch und militärisch rational begründete. Wir können daher auf ihre Argumente verweisen (s. Teil I).

Für die Mächte, welche bereits im Besitz von ABC-Waffen waren, ergibt sich eine andere Fragestellung; für sie stellt sich die Frage nach ihrer Abschaffung und wie man eine solche Abschaffung am schnellsten herbeiführen könne.

Gollwitzer läßt durchaus den Spielraum zu schrittweisen politischen Lösungen offen. So anerkennt er - wenn auch mit großen Vorbehalten - die vorläufige, relative, höchst labile Wirksamkeit der gegenseitigen atomaren Abschreckung und der mit ihr verbundenen Drohung.

".... wir 'brauchen' die Atomwaffen, weil ohne ihren Druck die

1) a.a.O., S. 41.

menschliche Vernunft nicht energisch genug wäre, wirksame Sicherungen gegen sie und gegen das Aufkommen noch schrecklicherer Vernichtungsmittel des Atomzeitalters zu schaffen, und weil einseitige Abschaffung die Einigung auf solche Sicherungen nicht befördern, sondern eher verhindern könnte" ¹⁾).

Trotz dieses Zugeständnisses fragt Gollwitzer die Atommächte, ob einseitige Abschaffung vor dem Zustandekommen eines allseitigen Abkommens diesem nicht dienlich sein könne.

"Für die Kirche wird es jedenfalls näher liegen, zur Prüfung der Ratsamkeit einer solchen einseitigen Vorleistung zu drängen.

.....Verbrecherisches Tun zu unterlassen, muß immer ein höchst 'einseitiger', ohne Rücksicht auf den Gegner vollzogener Entschluß sein" ²⁾).

Falls, was Gollwitzer meines Erachtens durchaus mit einkalkuliert, die Wirksamkeit dieser höchst christlichen und höchst moralischen Vorleistung im Hinblick auf den Gegner versagen sollte, müssen Christen bereit sein, das von Gott geschickte Leiden zu ertragen.

"Wo Gott mir nicht Vollmacht und rechte Mittel gibt, gegen ein Übel anzugehen, da ist der Raum, in dem er mir und den Meinen das Leiden beschieden und die Befreiung vom Übel sich allein vorbehalten hat, ein Raum, in dem er verspricht, mit seiner ganzen geistlichen Hilfe gegenwärtig zu sein, solange er das Übel dauern läßt, allen in rechter Weise gegen das Übel geschehenden Widerstand zu segnen, und zu seiner Zeit und auf seine Weise dem Übel ein Ende zu setzen, so daß es seine Menschheit nicht verschlingen kann" ³⁾).

Das sei allerdings eine Glaubenszumutung - fügt Gollwitzer hinzu. Ein Atomstreik der Christen würde daher, seiner Ansicht nach, der Sache des Friedens und der Freiheit nur nützen und den Trend zur Abrüstung kräftig verstärken ⁴⁾).

Am Schluß seiner Überlegungen erwägt Gollwitzer, ob nicht doch die Haltung der absoluten Pazifisten die vielleicht wahrhaft christliche sei, ob nicht doch die qualitative Zäsur bereits zwischen dem Krieger und dem Polizisten bestehe, und ob nicht die

1) Atomzeitalter, Krieg und Frieden, S. 260.

Vgl. auch den neuesten Aufsatz Gollwitzers in "Junge Kirche", 10, 1964, S. 554 ff, "Zur weltpolitischen Lage".

2) Die Christen und die Atomwaffen, a.a.O., S. 40.

3) a.a.O., S. 33 (Zitat nach Luther).

4) a.a.O., S. 39.

bösartige Wahlllosigkeit des Tötens im Kriege heute nur in besonders gesteigertem Maße sichtbar werde¹⁾).

Denn wie selten seien die wirklich und eindeutig gerechten Kriege in der Geschichte gewesen! (was übrigens bereits Thomas behauptete).

So endet die Abhandlung Helmut Gollwitzers mit den gleichen Erwägungen, die auch das Studiendokument von Nyborg aufwarf, mit den gleichen Erwägungen, die auch Martin Niemöller anstellte, als er fragte, ob es heutzutage ein Christ überhaupt noch verantworten könne, Staatsmann zu sein.

Bis hierher ist die Gedankenführung Gollwitzers in ihrer radikalen Christlichkeit klar, folgerichtig und imponierend. Umso erstaunlicher ist daher der gedankliche Bruch in einem Aufsatz, in dem Gollwitzer es unternimmt, die Heidelberger Thesen zu erläutern. Seine sehr zögernde Zustimmung zur atomaren Abschreckung war lediglich verständlich, wenn klar blieb, daß sie "Sünde gegen Gott und Verbrechen gegen die Menschen"²⁾ darstellt. Hier heißt es plötzlich, "daß der Unterschied zwischen den Mächten des sogenannten 'Atomclubs', also den Weltmächten, die schon Atomwaffen besitzen, und den Staaten, die sie noch nicht besitzen, ethisch relevant"³⁾ sei.

Gollwitzer sucht sich zwar gegen Inkonsequenz abzusichern, indem er behauptet, es heiße die Frage nach dem konkreten Gebot Gottes mit ethischen Grundsätzen verwechseln, wenn man es für unmöglich erkläre, die atomare Ausrüstung der Bundeswehr ethisch zu unterscheiden von der derzeitigen Ausrüstung der USA-Armee. Denn diese könne immerhin die Funktion der Abschreckung erfüllen, wozu die westdeutsche Ausrüstung nicht tauglich sei⁴⁾. (Diese Behauptung mag stimmen, mag aber auch nicht stimmen: sie ist tatsächlich eine Ermessens- und nicht eine Glaubensfrage.)

Die Folge dieser Behauptung sieht bei Gollwitzer fatalerweise so aus, daß das Tun amerikanischer Erfinder, Techniker und Soldaten "nicht mehr einfach als Sünde bezeichnet werden kann"⁵⁾. Meines Erachtens untergräbt Gollwitzer mit diesen Feststellungen seine gesamte Konzeption, obschon er das abstreitet; denn wenn er in

1) a.a.O., S. 49.

2) Deutsches Pfarrerblatt, Nr. 15, 1.8.1958; S. 343.

3) Atomzeitalter, Krieg und Frieden, S. 261.

4) Ebenda.

5) Ebenda, S. 258.

Bezug auf die amerikanischen Verhältnisse plötzlich eine ethische Unterscheidung zwischen Herstellung, Bereithaltung und Gebrauch atomarer Waffen zuläßt, kann er kaum noch seine These von der sündhaften Beschaffenheit dieser Waffen aufrechterhalten, die ihn ja gerade dazu führte, eine solche Trennung nicht zu gestatten. Dann erscheint aber seine Haltung der deutschen Bundeswehr gegenüber vom ethischen Blickwinkel aus ungerecht und unter christlich-seelsorgerischen Aspekten lieblos, zumal er versucht ist, das Ja zur Bereithaltung atomarer Waffen, das die deutsche Regierung gesprochen hat, in eine Bejahung atomarer Kriegführung umzudeuten. Das ist erstens falsch und zweitens unfair¹⁾. Oder sollte sich Gollwitzer mit diesen Feststellungen, die später getroffen wurden als die in der Schrift: "Die Christen und die Atomwaffen" auf dem Wege zu der Position zahlreicher Lutheraner befinden, die gleichfalls zwischen Herstellung, Bereithaltung und Anwendung von ABC-Waffen qualitativ unterscheiden, eine solche Unterscheidung aber für amerikanische und deutsche Erfinder, Techniker und Soldaten in gleicher Weise treffen?

- d) Die Vertreter einer Theologie von der Königsherrschaft Christi: Die Bruderschaften

Motto:

"Die Beziehung dieses Gottes zu diesem Menschen, die Beziehung dieses Menschen zu diesem Gott ist für mich das Thema der Bibel und die Summe der Philosophie in einem.... Das Problem der "Ethik" ist identisch mit dem der "Dogmatik". Soli Deo Gloria! Alles sekundäre ethische Handeln aber.... muß sich an dieses primäre anschließen, aus ihm hervorgehen...."

Karl Barth: Der Römerbrief, S. 413 und 417.

Ausgangspunkt dieses Kapitels soll das Schreiben sein, das die Kirchlichen Bruderschaften im Rheinland und in Westfalen den Synodalen der Evangelischen Kirche in Deutschland im März 1958 vor-

1) Ebenda, S. 262.

legten¹⁾.

Es war in Form einer "Anfrage zur atomaren Bewaffnung" in II Teilen an die Synode gerichtet und erregte vornehmlich durch seine zehn Thesen, die den Inhalt des dritten Abschnitts bilden, nicht nur großes Interesse, sondern auch erheblichen Widerspruch. Während im ersten Teil unter Berufung auf den V. Satz der Barmer Theologischen Erklärung und im Anschluß an die Position Helmut Gollwitzers, dessen Einstellung durch die Schrift "Die Christen und die Atomwaffen" auch den Bruderschaften bekannt war, ein "vorbehaltloses Nein" zur Erprobung, Herstellung, Lagerung und Anwendung atomarer Waffen ausgesprochen und dieses Nein als ein "Akt der Diakonie, den wir Christen der bedrohten und geängsteten Welt heute schulden"²⁾, bezeichnet wurde, sprach der zweite Teil für die Kirche in der Frage der atomaren Bewaffnung der Bundeswehr den "status confessionis" aus³⁾.

Im dritten Abschnitt der Anfrage heißt es dann:

"Wir fragen darum die Synode, ob sie die folgenden zehn Sätze zur Unterweisung der Gewissen als Antwort auf die Frage nach dem Handeln des Christen angesichts der Atomwaffen mit uns gemeinsam sprechen kann.

1. Der Krieg ist das letzte, in allen seinen Gestalten von jeher fragwürdige Mittel politischer Auseinandersetzung zwischen Völkern und Staaten.
2. Kirchen aller Länder und Zeiten haben die Zubereitung und die Anwendung dieses Mittels bis heute aus verschiedenen guten und weniger guten Gründen nicht für unmöglich gehalten.
3. Die Aussicht auf einen künftigen, unter Gebrauch der modernen Vernichtungsmittel zu führenden Krieg hat eine neue Lage geschaffen, angesichts derer die Kirche nicht neutral bleiben kann.
4. Krieg als Atomkrieg bedeutet die gegenseitige Vernichtung der an ihm beteiligten Völker mit Einschluß unzähliger Menschen anderer Völker, die am Kampf beider Seiten nicht beteiligt sind.
5. Krieg als Atomkrieg ist damit als ein zur politischen Auseinan-

1) Evangelische Stimmen zur Atomfrage, S. 53 ff.
Werner Schmauch, Ernst Wolf: "Königsherrschaft Christi", S. 67ff.
Vgl. vollen Wortlaut der Anfrage im Anhang, VI. Dokument.
2) Evangelische Stimmen zur Atomfrage, S. 56.
Schmauch/Wolf, S. 69.
3) Ebenda.

dersetzung untaugliches, weil ihre Voraussetzung aufhebendes Mittel erwiesen.

6. Die Kirche und der einzelne Christ können darum zu einem als Atomkrieg zu führenden Krieg im voraus nur Nein sagen.
7. Schon die Vorbereitung eines solchen Krieges ist unter allen Umständen Sünde gegen Gott und den Nächsten, an der sich keine Kirche, kein Christ mitschuldig machen darf.
8. Wir verlangen darum im Namen des Evangeliums, daß der Vorbereitung dieses Krieges im Bereich unseres Landes und Staates ohne Rücksicht auf alle anderen Erwägungen sofort ein Ende gemacht werde.
9. Wir fordern alle, die mit Ernst Christen sein wollen, auf, sich der Mitwirkung an der Vorbereitung des Atomkrieges vorbehaltlos und unter allen Umständen zu versagen.
10. Ein gegenteiliger Standpunkt oder Neutralität dieser Frage gegenüber ist christlich nicht vertretbar. Beides bedeutet die Verleugnung aller drei Artikel des christlichen Glaubens¹⁾).

Dieses als theologisches Dokument verfaßte Schreiben wurde während der Atomdiskussion nicht nur innerhalb der EKD von zahlreichen Theologen als unberechtigte Einmischung in ein fremdes Sachgebiet, nämlich das der Politik, betrachtet und scharf verurteilt, sondern es löste auch in nicht-theologischen Kreisen Empörung aus und zog sich den Vorwurf des Schwärmertums und der politischen Parteinahme zu.

Während man gegen die Thesen 1 bis 5 im allgemeinen nichts einzuwenden hatte, stieß man sich hingegen an der Formulierung der Thesen 6 bis 10. Die Feststellung, daß es sich bei der Bereithaltung atomarer Waffen zum Zwecke der Abschreckung um die "Vorbereitung eines Atomkriegs" handele, wie es die Thesen 7, 8 und 9 zum Ausdruck bringen, empfand man als Unterstellung. Die in These 9 ausgesprochene Aufforderung an alle wahrhaften Christen, sich einer solchen Vorbereitung des Atomkriegs "unter allen Umständen zu versagen", betrachtete man als unzulässige schwärmerische Gesetzmäßigkeit, als "unevangelisch" im Wortverstand, erblickte besonders im Wortlaut der zehnten These höchste christliche Intoleranz und bezeichnete sie als theologische Zumutung.

Innerhalb weniger Monate schwoll die Literatur zum Thema "Anfrage

1) a.a.O., S. 57, S. 70.

der Bruderschaften" an, und Angriff sowie Verteidigung der zehn Thesen wechselten einander ab¹⁾.

- 1) Aus der Menge der Beiträge seien an dieser Stelle nur einige genannt, die auch im Rahmen dieser Untersuchung eine Rolle spielen:
- H. Asmussen, Verleugnung der drei Glaubensartikel, München 1958. - Gegenthesen und Antwort in: Junge Kirche 19, 1958, H. 7/8, S. 196 f.
- H. Diem, Kein Bekenntnis erzwingen, "Politische Verantwortung" 1/2, 1958.
- C. v. Dietze, Evangelische Synode in Berlin 1958, (Manuskriptdruck) Freiburg 1958.
- G. Heidtmann, Profilierte Positionen, Bericht über die EKD-Synode 1958, in: "Kirche in der Zeit" 13, H. 5, 1958.
- G. Jacob, Synode der Ratlosigkeit, in: Zeichen der Zeit, H. 6, 1958, S. 202 ff.
- W. Künneth, Die Atomfrage in christlicher Sicht, in: "Die politische Meinung", H. 25, Juni 1958.
- K. Kupisch, Antwort an Asmussen, J.K. 19, H. 9/10, 1958.
- Mochalski, Küppers, Werner, Die Synode der EKD 1958, in: StdG 10, H. 10, 1958, S. 414 ff.
- G. Müller, In statu confessionis, in: Politische Verantwortung, 7, 1957.
- D. Schellong, Status confessionis in der Atomfrage, J.K. 19, H. 7/8, 1958, S. 187 ff.
- W. Schweitzer, Zu Hans Asmussens "Gegenthesen", J.K. 19, H. 7/8, 1958. - "Zur Atomwaffendiskussion in der Evangelischen Kirche", Bl. f. dt. u. internat. Politik 3, H. 9, 1958, S. 668 ff.
- H. Treblin: Was heißt "Wir bleiben unter dem Evangelium zusammen?" StdG 10, 1958, H. 14, S. 542 ff.
- E. Wilkens, Atom Pazifismus zwischen Bundestag und Synode, Inf. Bl. Nd. LLK., H. 8, 1958. - Die Angst vor der Sünde. Zur EKD-Synode, ELKZ, H. 11, 1958. - Nach der Synode, Inf. Bl. Nd. LLK, H. 10/11, 1958.
- E. Wolf, In statu confessionis, in: Politische Verantwortung 4, 1958. - Theologische Atomdiskussion, J.K., H. 11/12, 1958.
- H. Lilje, Schreiben an die Pfarrer der Hannoverschen Kirche vom 18. April 1958, in: Kirchl. Jahrb. f. d. EKd, 1958, S. 41 ff.
- Ferner in J.K., 19. Jhg., 1958, S. 198:
- "Spaltung in der Evangelischen Kirche?" übernommen aus der Badischen Volkszeitung vom 18. März 1958, ein ziemlich unqualifizierter Beitrag von Wolfgang Oesling Voß.
- Ebenda, S. 199: Übernahme eines ähnlich unqualifizierten Artikels aus dem Informationsblatt: "Blick in die Woche", Bonn, Nr. 4, April 1958 unter dem Titel: "Selbstmord aus Angst vor dem Tode?" Ohne namentliche Angabe des Verfassers.
- Am 6./7. Juni 1958 tagte der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU in Essen und veröffentlichte einen Aufruf unter dem Titel: "An die Evangelischen Christen Deutschlands", in: "Kirchl. Jahrb. f. d. EKd 1958", Gütersloh 1959, S. 69 ff.
- In dem unerfreulichen Stil der zuletzt angeführten Beiträge wurde in den Jahren 1957 und 1958 vielfach vor der Öffentlich-

Fraglos erscheint die "Erkenntnis" der Bruderschaften, daß angesichts der atomaren Bewaffnung der Bundeswehr für die Kirche der status confessionis gegeben sei, d.h. "die unausweichlich erscheinende Notwendigkeit, Stellung zu beziehen"¹⁾, zusammen mit den sehr pointiert formulierten Thesen zunächst recht befremdlich, und die von kirchlicher Seite erfolgende sehr heftige und zum Teil sehr negative Reaktion auf die Anfrage ließ nicht-theologische Kritiker natürlich erst recht nach ihrem Sinn und nach

keit die Atomdiskussion geführt: der gegnerische Standpunkt wurde vergrößert und propagandistisch diffamiert, indem man ihn mit den Vokabeln "schwarmgeistig" und "bolschewistenfreundlich" bezeichnete. Es gibt allerdings genügend Gegenbeispiele, in denen den Befürwortern einer atomaren Bewaffnung der Bundeswehr bewußte Vorbereitung eines Atomkriegs unterstellt wird. Die Jahrgänge 1957 und 1958 der StdG bieten hierfür zahlreiche Beweise.

Ein geradezu skandalöser Beitrag ist die "Geschichte": "Das rote Telefon" von Kurt Hirsch, StdG 10, H. 12, 1958, Spalte 499a bis 500. Leider muß ich es mir versagen, Passagen daraus anzuführen. Er "wirkt" auch nur als Ganzes. -

Für mehr als verfehlt halte ich auch den Wortlaut des von Herbert Mochalski verfaßten Flugblatts "Es geht um Mord! Wir rufen zum Aufstand der Gewissen", StdG 10, H. 11, 1958, Spalte 443.

Im entscheidenden Passus stehen u.a. folgende Sätze:

"..... Gegenüber allen Beruhigungsversuchen und Verharmlosungen muß deutlich ausgesprochen werden: der Atomtod geht längst auch schon in unserem Volk um! Schon einmal haben wir es erlebt, daß die Staatsgewalt selber zum Massenmörder wurde. Wir können nur mit Grauen und Verzweiflung an jene staatlich legitimierten Massenmorde an unschuldigen Menschen zurückdenken. Daß das nie wieder geschehe, dagegen wehren wir uns heute mit den Kräften des Gewissens, das uns keine Ruhe läßt. Wir wehren uns dagegen, daß heute - 13 Jahre danach - schon wieder einige Minister, Abgeordnete und eine Handvoll Generäle von gestern den Massenmord unseres ganzen Volkes in West und Ost mit einkalkulieren.

Jeder Kulturstaat läßt zum Schutz der in ihm zusammengeschlossenen Menschen einen Mörder durch die Polizei verfolgen, durch den Staatsanwalt verklagen und durch ein Gericht verurteilen. Wenn die Presse schweigt, wenn kein Staatsanwalt sich findet - dann muß das Volk aufstehen!

Die Lage ist wirklich so ernst wie noch nie! Es geht nicht um politische Ermessensfragen, nicht um Parteien, ökonomische Systeme, nicht um Verteidigung von Freiheit, Frieden, Sicherheit. Es geht um Mord.....".

Es erübrigt sich, glaube ich, diesem Aufruf innerhalb einer Arbeit über die Atomdiskussion mehr Raum als den einer Anmerkung zu widmen. Er gehört zu den bereits vielfach zitierten Auswüchsen der Atomdebatte und ist nur insofern ernstzunehmen, als er eine wirklich ernste Sache in derart simplifizierenden und propagandistischen Sätzen behandelt.

1) E. Wolf, Zur Geschichte der kirchlichen Bruderschaften, S. 54.

ihrer Berechtigung fragen. Der Wortlaut der Thesen 7 bis 10 war in der vorliegenden Form außerdem tatsächlich mißverständlich, und es lag nahe, den stark fordernden Ton des zweiten Teils der Anfrage als geistliche Überheblichkeit zu interpretieren, denn wir lesen dort:

"Meint die Synode, diesem Bekenntnis nicht zustimmen zu können, so müssen wir sie fragen, wie sie uns durch Gründe der Schrift, des Bekenntnisses und der Vernunft widerlegen kann.

Um der uns anvertrauten Menschen und um unserer selbst willen müssen wir darauf bestehen, daß wir auf diese Frage eine Antwort erhalten. Wir sind es der Synode schuldig, sie an ihre geistliche Verantwortung zu erinnern, da sie sich in der Wahrnehmung dieser Verantwortung als rechtmäßige Leitung der Kirche erweist. Nach unserer Erkenntnis ist für die Kirche in dieser Frage jetzt der status confessionis gegeben¹⁾.

Hinzu kam, daß die Bruderschaften mit dieser Aktion erstmals gemeinsam in Erscheinung traten und man außerhalb der EKD im allgemeinen gar nicht wußte, wen man in den Bruderschaften vor sich hatte²⁾. Man kann daher die Anfrage zur atomaren Bewaffnung wirklich erst dann als legitimes Bekenntnis in einen theologischen Gesamtzusammenhang einordnen, wenn man Anliegen und Geschichte der Bruderschaften kennt.

In einem kurzen Aufsatz in "Communio Viatorum" hat Ernst Wolf ihre Geschichte und ihre Ziele umrissen, um sie gegen ungerechtfertigte Angriffe abzusichern, denen sie sich immer wieder ausgesetzt sehen³⁾.

Man kann vielleicht sagen, daß sich die Entwicklung der Bruderschaften in zwei Abschnitte gliedert: in ihre Vorgeschichte, die in enger Verknüpfung mit den Jahren des Kirchenkampfes gesehen werden muß und bis Barmen zurückweist, und in den Zeitraum ihrer Entstehung im Jahre 1957 mit den Aufgaben, die sie sich damals

1) a.a.O., S. 56, S. 69.

2) Wer sich an akademischen Theologen zu den Bruderschaften zählt, läßt sich schwer bestimmen.

Vgl. S. 90 der Schrift:

"Christusbekenntnis im Atomzeitalter".

Mit Ausnahme der Herren Michel, Rendtorff, Stracke, Weerda zählen die übrigen Unterzeichner des Göttinger Gutachtens zu den Bruderschaften oder stehen ihnen nahe. Ferner noch Professor D.D. Kreck, Bonn.

3) Vgl. Ernst Wolf, "Zur Geschichte der Kirchlichen Bruderschaften", in "Communio Viatorum", 1962/1, Prag, S. 47 ff.

stellten. - Bereits den Namen haben sie mit den Pfarrbruderschaften der Bekenntenden Kirche gemeinsam, die ihr Zentrum in der "Württembergischen Sozietät" hatten, welche sich durch besondere Aktivität und besonders konsequente Opposition gegen das nationalsozialistische Regime auszeichnete. Gleich nach Kriegsende, im Jahre 1946, erwuchs aus dieser Sozietät und der 1940 für die Bekenntende Kirche gegründeten "Gesellschaft für evangelische Theologie" die sogenannte KTA, d.h. die Kirchlich-Theologische Arbeitsgemeinschaft für Deutschland, mit der sich entsprechend ähnliche "Sozietäten, Arbeitskreise und Bruderschaften" der deutschen Landeskirchen verbanden (1948 wurde auch in der Schweiz eine KTA gegründet).

Diese Kirchlich-Theologische Arbeitsgemeinschaft setzte es sich zum Ziel, eine intensive kirchenpolitische Tätigkeit zu entfalten und die neuerstehende EKD vor einer Restauration zu bewahren.

Wieder ging die Württembergische Sozietät auf diesem Weg voran, indem sie auf der "Basis der Barmer theologischen Erklärung" ihre Arbeit auf folgende Programmpunkte abstellte: Wortverkündigung, Verselbständigung der Gemeinden, Erarbeitung eines zeitgemäßen Katechismus, Abbau der Verwaltungskirche, geistliche Kirchenzucht, Predigt der Verantwortlichkeit der Gemeinde für Familie, Wirtschaft, Staat, Kultur und Völkerwelt, ferner bessere wissenschaftliche Vorbildung der Theologen¹⁾.

Die angestrebte Hinwendung zur politischen Mitverantwortung der Kirche spricht Ernst Wolf sehr treffend aus:

"... die gern geübte Beurteilung der Bruderschaften unter betont politischen Vorzeichen hat freilich ihre sehr viel tieferen Gründe..... Sie liegen in der Tatsache, daß die Kirche, auch die evangelische Kirche, unabweisbar ein Politikum ist - weil das Evangelium auch die Welt des politischen Daseins betrifft. Und sie liegen zweitens in der Tatsache, daß die Evangelische Kirche in Deutschland im Kirchenkampf die Anfangsgründe der politischen Mitverantwortung auch der Gemeinde (nicht nur des einzelnen) neu gelernt, nach 1945 freilich bestürzend rasch wieder vergessen oder restaurativ-reaktionär mißverstanden hat.

Selbstverständnis, Vorgeschichte und das bisherige Handeln der Bruderschaften lassen deutlich erkennen, daß es ihnen darum geht, die jeweils gebotene Gestalt christlicher Existenz als Kirche in

1) a.a.O., S. 50.

der Welt und für sie und darum auch im Raum des Politischen und für ihn in einer die Gemeinde als solche angehenden Weise zu erkennen und einzuüben" ¹⁾).

Daß die Bruderschaften ganz bewußt an die Überlieferung der Bekennenden Kirche anknüpfen und "das Erbe des Kirchenkampfes in der heutigen Situation neu zu erwerben" ²⁾ trachten, zeigt sich in der durchgehenden Linie bestimmter Bekenntnisse, deren vorläufig letztes die "Frankfurter Theologische Erklärung" vom 4. Oktober 1958 darstellt, die sich bemüht, die Frage zu beantworten: "Was heißt Jesus Christus in der atomaren Bedrohung der Welt bekennen?" Von ihr wird gleich noch zu sprechen sein. Wegweisend über allen bekennenden Stellungnahmen zu bestimmten politischen Brennpunkten seit 1945 steht der zweite Satz der Theologischen Erklärung der Barmer Bekenntnis-Synode vom 31. Mai 1934, in dem es heißt:

- "a) 'Jesus Christus ist uns gemacht von Gott zur Weisheit und zur Gerechtigkeit und zur Heiligung und zur Erlösung'. (1. Kor. 1, 30).
- b) Wie Jesus Christus Gottes Zuspruch der Vergebung aller unserer Sünden ist, so und mit gleichem Ernst ist er auch Gottes kräftiger Anspruch auf unser ganzes Leben; durch ihn widerfährt uns frohe Befreiung aus den gottlosen Bindungen dieser Welt zu freiem dankbarem Dienst an seinen Geschöpfen.
- c) Wir verwerfen die falsche Lehre, als gebe es Bereiche unseres Lebens, in denen wir nicht Jesus Christus, sondern anderen Herrn zu eigen wären. Bereiche, in denen wir nicht der Rechtfertigung und Heiligung durch ihn bedürfen" ³⁾.

Dieses Leitwort allein zeigt den umfassenden theologischen Zusammenhang, aus dem heraus die jeweiligen Mahnungen der Bruderschaften erfolgen, denn als Mahnungen sind alle ihre Erklärungen gedacht, "nicht zuletzt angesichts des Umstandes, daß entscheidende Erklärungen der großen kirchlichen Synoden vielfach ohne Wirkung bleiben, nicht befolgt oder gar bewußt wieder abgeschrieben werden" ⁴⁾).

Es geht im Grunde um den großen theologischen Gesamtkomplex der

1) a.a.O., S. 48.

2) Ebenda, S. 49.

3) E. Wolf, Christusbekenntnis im Atomzeitalter, in: Theologische Existenz Heute, N.F., Nr. 70, S. 26.

4) E. Wolf, Zur Geschichte der Kirchlichen Bruderschaften, Communio Viatorum, S. 49.

"Einheit der Kirche in Glauben und Gehorsam", wie es Ernst Wolf ausdrückt, in dem die atomare Bewaffnung eine Art "Modellfall" darstellt¹⁾. Und es geht damit zugleich um die nicht abreißende Auseinandersetzung mit der Zwei-Reiche-Lehre Luthers, es geht ferner um die Abgrenzung gegen eine zu starke Institutionalisierung und Konfessionalisierung der EKD gegen "eine merkwürdige Uneinigkeit und Schwäche gegenüber der heimlichen römisch-katholischen Unterwanderung im Denken und Tun"²⁾.

In dieser Reihe legitimer Bekenntnisse im Anschluß an Barmen erfolgten das "Stuttgarter Schuldbekenntnis" vom 18. Oktober 1945³⁾ und das "Darmstädter Wort zum politischen Weg unseres Volkes" vom 8. August 1947⁴⁾, dem sich als viertes die bereits angeführte "Frankfurter Theologische Erklärung" anschließt.

Die Themen der Tagungen der in Bad Boll gegründeten Kirchlich-Theologischen Arbeitsgemeinschaft kreisten in der Folge immer um die schon angedeuteten Probleme, nämlich um:

Die Frage der Legitimität der lutherischen Trennung von Gesetz und Evangelium,

um die Frage der Legitimität der Landeskirchen und ihrer Ordnungen,

um Probleme des Verhältnisses von Christengemeinde und Bürgergemeinde,

um die Kirche neben der Welt,

um Macht und Recht,

um den Protestantismus zwischen Naturrecht und dialektischem Materialismus⁵⁾.

Das sind jedoch nur einige der brennenden Themen, die zwischen

1) Ebenda, S. 54.

2) Ebenda, S. 53.

3) und 4) Vgl. Christusbekenntnis im Atomzeitalter, S. 28/29.

1. "... wir klagen uns an, daß wir nicht mutiger bekannt, nicht treuer gebetet, nicht fröhlicher geglaubt und nicht brennender geliebt haben...".

2. "Indem wir das erkennen und bekennen, wissen wir uns als Gemeinde Jesu Christi freigesprochen zu einem neuen, besseren Dienst zur Ehre Gottes und zum ewigen und zeitlichen Heil der Menschen. Nicht die Parole: Christentum und abendländische Kultur, sondern Umkehr zu Gott und Hinkehr zum Nächsten in der Kraft des Todes und der Auferstehung Jesu Christi ist das, was unserem Volke und inmitten unseres Volkes vor allem uns Christen selbst nottut."

5) Vgl. E. Wolf, Zur Geschichte der Kirchlichen Bruderschaften, a.a.O., S. 51.

1946 und 1956 zur Sprache kamen.

Mit diesen zehn Jahren ist zugleich die Vorgeschichte der Bruderschaften ganz kurz dargestellt.

Schon die Württembergische Sozietät hatte sich in einem Brief an Bischof Wurm gegen die Wiederbewaffnung Deutschlands ausgesprochen. Als dann die atomare Ausrüstung deutscher Truppen zur Diskussion stand, erklärte sich die rheinische Bruderschaft zu Ostern 1957 in Wermelskirchen ganz entschieden gegen sie¹⁾.

"Ihre Stellungnahme hat sie der für Januar 1958 einberufenen rheinischen Landessynode zugeleitet, um sie zu einer entsprechenden synodalen Erklärung zu veranlassen²⁾. Gleichzeitig hatte sie dazu angeregt, die verschiedenen ähnlichen Kreise in Deutschland wieder stärker zusammenzuführen. Die kirchliche Bruderschaft in Westfalen schloß sich bereits im Frühjahr 1957 dem Vorschlag an, und die Tagung in Wermelskirchen war so etwas wie eine erste Begegnung der rheinischen und der westfälischen Kreise in gemeinsamer Arbeit"³⁾.

Die beiden kirchlichen Bruderschaften im Rheinland und in Westfalen luden nun wiederum zu einem Arbeitstreffen vom 14. bis 16. Oktober 1957 nach Wuppertal-Barmen ein, an dem elf "bruderschaftliche Kreise" aus Baden, Bayern, Berlin, Göttingen, Hessen/Nassau, Rheinhessen, Rheinland, Pfalz, Westfalen, Württemberg und Nordwestdeutschland teilnahmen. Das Ergebnis dieser Begegnung liegt in der Schrift: Schmauch/Wolf: "Königsherrschaft Christi", Theologische Existenz Heute, NF, Nr. 64, 1958, vor.

"... die Blickrichtung war bewußt nach innen gerichtet, zu den einzelnen Christen, zu den Gemeinden, es ging um die spezifische Stellung des Christen als Staatsbürger und sein Verhalten unter dem Anruf der Bergpredigt"⁴⁾.

Man entschloß sich auf dieser Tagung zu einem "losen organisatorischen Zusammenschluß" und traf sich am 3. Februar 1958, um über die Anfrage an die Synode der EKD zur atomaren Bewaffnung zu beraten, die auch im Wortlaut in die soeben zitierte Schrift aufgenommen ist⁵⁾. Die "Anfrage löste das akute Stadium der Atomdiskussion innerhalb der EKD aus und nötigte die Bruderschaften, ihre

1) Evangelische Stimmen zur Atomfrage, S. 49.

2) Ebenda, S. 50.

3) Ernst Wolf, Communio Viatorum, a.a.O., S. 52.

4) Königsherrschaft Christi, S. 4.

5) Ebenda, S. 67 ff.

Position noch ausführlicher zu begründen. Das geschah im Herbst auf einer Frankfurter Tagung des Arbeitskreises... Das Ergebnis der Frankfurter Tagung war die 'Frankfurter Theologische Erklärung' vom 4. Oktober 1958, die im letzten Abschnitt den Sachgehalt der so heftig angegriffenen zehnten These ausführlich, aber ohne Abstrich neu formulierte¹⁾.

Das Ergebnis dieses Treffens liegt uns in der Schrift:

"Christusbekenntnis im Atomzeitalter", Theologische Existenz

Heute, NF, Nr. 70, 1959, in umfangreicher Gestalt vor.

(Inzwischen war es im "Rheinischen Konvent" zu einer Gegenbildung gekommen; er konstituierte sich am 30. April 1958 in Düsseldorf und berief sich ebenfalls auf die Theologische Erklärung von Barmen, jedoch ohne nähere theologische Motivierung. Siehe: Kirchl. Jahrb. f.d. EKiD 1958, Gütersloh 1959, S. 68.)

Während man das Resultat der Diskussionen vom Oktober 1957 in fünf Thesen zusammenfaßte²⁾, sah man sich ein Jahr später genötigt, in den Mittelpunkt der Besprechungen eine Theologische Erklärung in drei Teilen zu stellen, die von Ernst Wolf eingehend erläutert wurde. Diese Begegnung vom 2. bis 4. Oktober 1958 beabsichtigte einerseits, vom Zentrum des Evangeliums her die Mißverständnisse richtigzustellen, welche die Anfrage hervorgerufen hatte, und dadurch gleichzeitig die als ungerechtfertigt empfundenen Vorwürfe zurückzuweisen, andererseits begründete man die bereits gewonnene Position zwar ausführlicher, machte aber keinerlei Konzessionen an die Gegenseite (was bei einem Bekenntnis ohnehin schwer denkbar ist).

Abschnitt I der Theologischen Erklärung ist dementsprechend ganz bewußt in Fortführung von Barmen I formuliert, Abschnitt II ist allein im Anschluß an Barmen II zu verstehen, und Teil III knüpft an Barmen V an.

Obgleich allein dieser Teil für unseren Zusammenhang von unmittelbarer Bedeutung ist, erscheint es mir doch unumgänglich, den Wortlaut der ganzen Erklärung vor Augen zu haben, weil nur dann die sich anschließenden Ausführungen voll verständlich werden.

Auf die Frage: "Was heißt Jesus Christus in der atomaren Bedrohung der Welt zu bekennen?" antworten die vom 2. bis 4. Oktober 1958 in Frankfurt/Main versammelten Vertreter kirchlicher Bruder-

1) Ernst Wolf, *Communio Viatorum*, a.a.O., S. 54.

2) *Königsherrschaft Christi*, S. 65 ff.

schaften in Deutschland:

I. Die christliche Gemeinde verkündigt Jesus Christus, den einen Offenbarer des einen gnädigen Willens Gottes. Damit bekennt sie, daß Jesus Christus der Herr der Welt ist. Ihm sind auch alle Bereiche des Lebens untertan, in denen die Menschen Wahrheit suchen, Recht setzen und Macht ausüben. Das ist zwar der Welt noch verborgen, der Kirche aber im Glauben gewiß.

Es gibt keine Werte und Ordnungen, Prinzipien und Ideale für das menschliche Leben, durch die das eine Wort Gottes, Jesus Christus, gedeutet, begrenzt oder suspendiert werden kann; ihre Anerkennung und Anwendung bedürfen und unterliegen vielmehr stets der Begrenzung, Interpretation und Korrektur durch Ihn¹⁾.

II. Jesus Christus ist am Kreuz gestorben, damit auch wir, der Sünde gestorben, in der Kraft seiner Auferstehung mit dem Tun der guten Werke ihm leben²⁾.

Die Heilstat Jesu Christi wird verleugnet, wenn sie nicht als Zuspruch und Anspruch gepredigt wird. Der Zuspruch der Rechtfertigung ist immer zugleich der Ruf zur Umkehr in der Heiligung des Lebens. Wie die Rechtfertigung den Sünder ganz rechtfertigt, so gilt die Heiligung unserem ganzen Leben. Deshalb ist auch das politische Dasein dem Anspruch des Glaubensgehorsams nicht entzogen.

III.³⁾ Das neue Leben aus dem Evangelium Jesu Christi schließt in

1) Vgl. Barmen I:

- a) "Ich bin der Weg und die Wahrheit und das Leben; niemand kommt zum Vater denn durch mich" (Joh. 14,6).
'Wahrlich, wahrlich ich sage Euch: wer nicht zur Tür hineingeht in den Schafstall, sondern steigt anderswo hinein, der ist ein Dieb und ein Mörder. Ich bin die Tür; so jemand durch mich eingeht, der wird selig werden' (Joh. 10, 1, 9).
- b) Jesus Christus, wie er uns in der Heiligen Schrift bezeugt wird, ist das eine Wort Gottes, das wir zu hören, dem wir im Leben und im Sterben zu vertrauen und zu gehorchen haben.
- c) Wir verwerfen die falsche Lehre, als könne und müsse die Kirche als Quelle ihrer Verkündigung außer und neben diesem einen Worte Gottes auch noch andere Ereignisse und Mächte, Gestalten und Wahrheiten als Gottes Offenbarung anerkennen."

2) Barmen II, s. Seite 193 dieser Arbeit.

3) Barmen V:

- a) 'Fürchtet Gott, Ehret den König!' (1. Petr. 2, 17).
- b) Die Schrift sagt uns, daß der Staat nach göttlicher Anord-

sich die tätige Mitverantwortung der Gemeinde wie des Einzelnen für die Erhaltung menschlichen Lebens und darum auch für die durch Gottes Geduld ermöglichte Einrichtung menschlicher Rechtsordnungen. Der christliche Glaube erkennt den Staat an als von Gott in seiner Gnade gebrauchtes Mittel zur Erhaltung des Lebens der Menschen, denen das Evangelium gepredigt werden soll bis zum Ende der Tage. Die Mitverantwortung der Christen für den Staat besteht darin, durch die Verkündigung und das ihr entsprechende Handeln die Träger der Staatsgewalt an ihren Auftrag zur Erhaltung des menschlichen Lebens zu erinnern, ihnen bei der Erfüllung ihrer Aufgabe zu helfen und sie vor dem Mißbrauch der Macht zu bewahren. So gehört unser Tun zum Regiment Christi, der sein Reich dadurch vor der Welt bekundet und in unserer Schwachheit seine Macht offenbart. (Vgl. Apol. IV, 189.)

In der Wahrnehmung solcher Mitverantwortung müssen wir bekennen: Die Einbeziehung von Massenvernichtungsmitteln in den Gebrauch staatlicher Machtandrohung und Machtausübung kann nur in faktischer Verneinung des Willens des seiner Schöpfung treuen und den Menschen gnädigen Gottes erfolgen. Ein solches Handeln ist christlich nicht vertretbar. Der Standpunkt der Neutralität in dieser von uns als Sünde erkannten Sache ist mit dem Bekenntnis zu Jesus Christus unvereinbar. Jeder Versuch, solches Handeln und solche Neutralität theologisch zu rechtfertigen, wird zur Irrlehre, bewirkt Verführung und setzt den Willen des dreieinigen Gottes außer Geltung. Wer diese unsere Warnung vor den Massenvernichtungsmitteln als Einladung zum Glauben an die Verheißung des Evangeliums versteht, der hat uns recht verstanden.

nung die Aufgabe hat, in der noch nicht erlösten Welt, in der auch die Kirche steht, nach dem Maß menschlicher Einsicht und menschlichen Vermögens unter Androhung und Ausübung von Gewalt für Recht und Frieden zu sorgen. Die Kirche erkennt in Dank und Ehrfurcht gegen Gott die Wohltat dieser seiner Anordnung an. Sie erinnert an Gottes Reich, an Gottes Gebot und Gerechtigkeit und damit an die Verantwortung der Regierenden und Regierten. Sie vertraut und gehorcht der Kraft des Wortes, durch das Gott alle Dinge trägt.

- c) Wir verwerfen die falsche Lehre, als solle und könne der Staat über seinen besonderen Auftrag hinaus die einzige und totale Ordnung menschlichen Lebens werden und also auch die Bestimmung der Kirche erfüllen."

Diese unter dem Wort Gottes gewonnene Erkenntnis verbindet uns in der Gemeinsamkeit des Zeugnisses und der Tat und verpflichtet uns zu entsprechendem Handeln.

Frankfurt (Main), den 4. Oktober 1958¹⁾.

Eine kurze Interpretation der Frankfurter Erklärung, die anhand der sehr klaren und sachlichen "Erläuterung" von Ernst Wolf vorgenommen werden soll, führt mitten hinein in die theologische Diskussion um die rechte Christusverkündigung, um das rechte Bekenntnis zum "Kyrios Jesus Christos", das die Herrschaft Christi "als Haupt der Kirche und Herr der Welt zum Inhalt hat"²⁾.

Man vermag dem zweifelsohne sehr provozierenden Anspruch der Sätze der Frankfurter Erklärung nur gerecht zu werden, wenn man sie als Bekenntnis in die Geschichte der Bruderschaften einordnet, die mit der Theologischen Erklärung der Barmer Bekenntnissynode beginnt.

Nur als jeden gegenteiligen Standpunkt ausschließendes Bekenntnis wird sie zur theologisch ernst zu nehmenden "Streitschrift" in der Kontroverse zwischen der Lehre Karl Barths vom "politischen Gottesdienst der Kirche"³⁾, (die jegliche Unterscheidung zwischen Dogmatik und Ethik aufhebt und keine naturrechtlich begründete ethische und politische Eigengesetzlichkeit im Sinne von Schöpfungs- und Erhaltungsordnungen anerkennt), und der Lutherischen "Ordnungstheologie" von den beiden Regimenten Gottes.

Das Fordernde des Tones in allen bruderschaftlichen "Worten" erklärt sich somit einmal aus dem Anspruch des Evangeliums, das durch die bruderschaftlichen Bekenntnisse spricht, und ist zum anderen aus der ständigen Frontstellung und Abgrenzung der Bruderschaften gegen eine jede vom Naturrecht herkommende "Ordnungstheologie" zu begreifen. In ständiger Ausrichtung an der "Christologie" Karl Barths und in ebenso ständiger Absicherung gegen eine Theologie der Ordnungen, gewinnen die Bruderschaften ihre von der Königsherrschaft Christi her begründete Position; das spe-

1) Theologische Erklärung, in: Junge Kirche, Protestantische Monatshefte, 19. Jahrgang 1958, S. 505/506:
Die Tagung der Bruderschaften in Frankfurt (Main) vom 2. bis 4. Oktober 1958, und in:
Christusbekenntnis im Atomzeitalter, S. 17.

2) Ebenda.

3) Vgl. Karl Barth, Rechtfertigung und Recht, S. 3.

zielle Verständnis, das die bruderschaftliche Konzeption vom Staat hat, soll in der Folge herausgearbeitet werden.

Als grundlegende Dokumente dienen uns die beiden bereits zitierten vorzüglichen "Rechenschaftsberichte", nämlich "Königsherrschaft Christi" - Der Christ im Staat - aus dem Jahre 1957 und "Christusbekenntnis im Atomzeitalter " aus dem Jahre 1958.

In beiden Schriften spiegeln sich neben den Thesen der Barmer Theologischen Erklärung wesentliche Gedanken aus Karl Barths Ausführungen über "Rechtfertigung und Recht" und "Christengemeinde und Bürgergemeinde" wider. Außerdem werden wir ein vom christologischen Ansatz her "umgedeutetes" Verständnis der lutherischen Zwei-Reiche-Lehre gewinnen, deren Interpreten im allgemeinen immer bei Gott dem Schöpfer, d.h. beim ersten Artikel, ansetzen.

Bereits im ersten Abschnitt der Frankfurter Erklärung wird auf die genaue Unterscheidung zwischen legitimer und illegitimer Christuspredigt hingewiesen¹⁾.

Bei der legitimen Christuspredigt handelt es sich um die Verkündigung des Herrseins Christi über alle menschlichen Lebensbereiche, um das Gekommensein und tägliche Kommen der Königsherrschaft Christi, die sich uns zwar nur "gebrochen, zeichenhaft, im Rahmen der Gestalt dieser Welt"²⁾ offenbare, die aber nach Gottes Willen geschehe und zwar "nicht ohne uns" geschehe.

Man legt Wert auf die Betonung der "Verborgenheit" der Königsherrschaft Christi, um den Vorwurf "christokratischen Schwärmertums" und Tolstoischer "Direktheit" und Gesetzmäßigkeit zu widerlegen: es gehe keinesfalls darum, sich durch ein gesetzesmäßiges Verständnis der Gebote der Bergpredigt "Christi zu bemächtigen".

Es handele sich hingegen darum, eine "Christusidee", die sich mit anderen - für die Verkündigung als wesentlich betrachteten - Ordnungen verbinde, entschieden abzuweisen.

Aus der Bergpredigt dürfe weder ein Gesetz gemacht werden, noch dürfe sie auf Grund einer theologisch falsch ausgelegten Eschatologie im Reiche Gottes angesiedelt werden, denn das führe zur Trennung der beiden Regimente Gottes und damit zur Existenz eigenständiger Schöpfungs- und Erhaltungsordnungen; zu deren Gunsten werde die Geltung von Christi Königsherrschaft dann relativiert

1) Vgl. a.a.O., S. 17 ff.

2) Ebenda, S. 18.

oder gar suspendiert. Naturrechtliche Prinzipien, Schöpfungsordnungen oder auch Eigengesetzlichkeit der Technik würden auf diese Weise der unbedingten Herrschaft des Wortes Gottes vorgeordnet, es käme zur Trennung von Dogmatik und Ethik, und der absolute Anspruch Christi auf unser ganzes Leben werde somit aufgehoben. Das theologisch richtige Verhältnis von Rechtfertigung und Heiligung verschiebe sich daraufhin zugunsten eines recht "billigen" Rechtfertigungstrostes.

"Genau an dieser Stelle liegt eine der entscheidenden theologischen Differenzen zwischen uns und unseren 'Gegnern', die das Problem der Atomwaffen mit Hilfe naturrechtlicher Prinzipien und als ein vom Glauben ablösbares, bloß ethisches Problem zu behandeln suchen, in einer auffallenden grundsätzlichen Übereinstimmung mit der Katholischen Moraltheologie und ihren naturrechtlichen Fundamenten, bzw. im Zusammenhang einer als gemeinsame christliche Substanz verstandenen abendländisch-christlichen Weltanschauung"¹⁾.

Im zweiten Abschnitt wird mit den Worten "Zuspruch" und "Anspruch" das richtige Verhältnis von Rechtfertigung und Heiligung umschrieben.

Die Rechtfertigungspredigt rufe zu ständiger Buße, zum Um-denken, zur Abkehr von der Sünde und von da aus dann zum "Tun der guten Werke", auch im Bereich des Politischen. Damit wurzele rechtes christliches Handeln im Staat ebenso im Glaubensgehorsam wie rechtes christliches Handeln in privater Sphäre.

Eine legitime Rechtfertigungspredigt werde nie von der Unentrinnbarkeit des Sündenschicksals sprechen. Ganze Rechtfertigung fordere ganze Heiligung, und erst diese befreie den Menschen dazu, seinem ihm von Gott übertragenen Herrschaftsauftrag über die Schöpfung nachzukommen, der immer zugleich Dienst an der Schöpfung und an ihren Geschöpfen einschließe.

In der ersten Hälfte des dritten Abschnitts der Frankfurter Erklärung wird dieser Dienst an der Schöpfung und an jedem einzelnen Geschöpf konkretisiert.

Er zielt vor allem auf die Erhaltung geschöpflichen Lebens und aus diesem Grunde auf die Erhaltung der durch Gottes Geduld ermöglichten Einrichtung des Staates.

1) a.a.O., S. 19.

Der Dienst der Erhaltung gilt dem Leben des Menschen, für den Christus gestorben ist, und deshalb werden alle Staatsideale und Weltanschauungen durch die Pflicht, für das Leben dieses Menschen einzustehen, begrenzt. Die Mitverantwortung des Christen für den Staat besteht darin, das Evangelium, das solches gebietet, zu verkündigen und gemäß der Verkündigung zu handeln.

"Dieses Handeln hat den Trägern staatlicher Gewalt gegenüber eine dreifache Aufgabe:

1. Die Erinnerung an den Zweck und an den Dienstcharakter des Staates, daß er nämlich um der Menschen willen da sei und nur so lange Staat bleibe, als er diesen Zweck anerkennt. Damit sind alle ideologischen Staatszwecke, auch einer lutherischen Staatslehre, wie z.B. Durchsetzung des 'geschichtlichen Auftrags' eines Volkes usw., abgewiesen.
2. Wird gesagt, daß der Christ dem Staat insofern positiv begegnet, als er sich zur Mithilfe an der Erfüllung seiner Aufgaben berufen weiß; darin nimmt er seine Mitverantwortung als Bürger, als christlicher Staatsbürger, wahr und bekundet, daß der Christ eben als solcher keine Privatperson, kein privater Bürger ist....
3. Aber darin, daß der Christ den Staat vor seiner Selbstvergötterung, vor seiner Totalisierung, vor dem darin sich auswirkenden Mißbrauch der Macht zu bewahren sucht, indem er immer wieder auf seine Grenzen verweist und auf das dienende Verhältnis der Macht zum Recht¹⁾.

Diesen Ausführungen schließt sich - "nachdem der Weg von der Verkündigung Jesu Christi über die Wirklichkeit des Glaubensgehorsams zur Mitverantwortung im Bereich des Politischen zurückgelegt ist" - die Stellungnahme zu den Massenvernichtungsmitteln an²⁾. Sie bildet den Inhalt der zweiten Hälfte des dritten Abschnitts.

Mit Absicht werde bereits im ersten Satz das Verb bekennen verwandt, sagen die Verfasser, weil damit deutlich werde, daß die folgenden Aussagen in Glaubensurteilen wurzeln.

Wir sind nun bei dem Teil der Theologischen Erklärung angelangt, der heftig kritisiert wurde und über dessen eindeutige Verbindlichkeit fordernden Inhalt bis heute kein consensus in der **EKD**

1) a.a.O., S. 22/23.

2) Ebenda, S. 23.

zustandegekommen ist.

Da die Atombombe geradezu das Symbol der Zerstörung der Schöpfung und der Selbstverlorenheit des Menschen darstelle, heißt es darin, sei es absurd, ihr Erhaltungsfunktionen zuschreiben zu wollen.

Die Atombombe besitzt aus der Perspektive der Bruderschaften die gleiche qualitativ negative Beschaffenheit, die auch H. Gollwitzer als ihr Wesensmerkmal betrachtete. Die Anfrage der Bruderschaften enthält daher - in Anlehnung an Gollwitzers Schrift: "Die Christen und die Atomwaffen" - Passagen, welche die nuklearen Kriegsmittel als qualitativ sündhafte charakterisieren¹⁾.

Indem ferner der Formulierung aus Barmen V: "Androhung und Ausübung von Gewalt" die Formulierung: "Einbeziehung von Massenvernichtungsmitteln in den Gebrauch staatlicher Machtandrohung und Machtausübung" gegenübergestellt wird, gelangt man in bruderschaftlichen Kreisen zu derselben Konsequenz, die auch Gollwitzer aus der sündigen Beschaffenheit der ABC-Waffen zieht.

"Das wendet sich gegen jene Position in der kirchlichen Atomdiskussion, die bemüht ist, zwischen Androhung und Einsatz der Atomwaffen einen grundsätzlichen und wesentlichen Unterschied zu machen und die Androhung als ein noch legitimes Mittel der Politik gelten zu lassen.

Wir widersprechen dem nicht nur, weil diese Trennung zwischen Androhung und Einsatz, also die Theorie der Abschreckung, nach unserer Überzeugung die Fehlsamkeit und die Hybris des Menschen, der hier zuletzt zu entscheiden hatte, nicht nüchtern genug in Rechnung stellt, sondern vor allem, weil wir sagen wollen, daß die Atomwaffen als solche kein legitimes Mittel staatlicher Gewaltandrohung, wie etwa die Polizeiwaffen nach innen, sind. Die Atomwaffen müssen in der Kirche gerade in ihrer Illegitimität gekennzeichnet werden"²⁾.

Wenn wir diese Feststellungen als Bekenntnisaussagen verstehen, dann ist ein gegenteiliger Standpunkt allerdings "christlich nicht vertretbar", und der Wortlaut der 10. These bietet sich erneut an³⁾.

1) Vgl. a.a.O., S. 68 f, S. 55 f.

2) a.a.O., S. 23/24.

3) "Wo Gottes Gebot und des Menschen Handeln sich begegnen, da begegnen sich immer und überall: der göttliche Schöpfer und sein Geschöpf, der göttlicher Versöhner und der von seiner Treue

Man hat diese These in der Frankfurter Erklärung unter Beibehaltung ihres Sinnes umschrieben, und E. Wolf hat sie außerdem erläutert:

Da wir unabweichlich mit der Atomfrage konfrontiert seien, die außerdem "die Antwort unseres Glaubens fordert"¹⁾, könnten wir uns nicht in die Neutralität flüchten, müßten wir, besonders die Kirche, eindeutig Stellung beziehen. Die Notwendigkeit, Stellung zu beziehen, heiße, daß der "status confessionis" eingetreten sei, welcher allerdings "um der Einheit im Glauben willen" die Zustimmung der Brüder fordere²⁾.

Dem Bruder werde im "status confessionis" der Glaube nicht etwa abgesprochen, sondern er werde bei ihm vorausgesetzt.

Eine theologische Rechtfertigung der abschreckenden Bereithaltung oder gar des Einsatzes atomarer Waffen liege dann "auf dem Weg zur Irrlehre", wenn man diese Waffen als Garanten gegenüber bolschewistischer Überwältigung und als Schutzmittel vor "Seelenmord" betrachte, sie also in Gottes Heilsplan positiv einordne.

In der positiven Einplanung der Kernwaffen ins historische Geschehen stecke die Gefahr, daß nicht mehr der Kyrios Jesus Christus, sondern ein ganz anderer Gott gepredigt werde: auf diese Gefahr zielen die Aussage, daß eine solche Handlungsweise "den Willen des Dreieinigens Gottes außer Geltung" setze³⁾.

Eine Personalkondemnation sei mit diesen Worten keinesfalls gemeint. (Gerade dieser Vorwurf war den Bruderschaften vielfach gemacht worden.)

Ernst Wolfs Aufsatz: "Die Einheit der Kirche in Glauben und Gehorsam" bietet uns die Möglichkeit, die theologische Bedeutung und den Sinn der Begriffe: "Einheit der Kirche - Confessio - Anathema" noch eingehender kennenzulernen. Außerdem versucht der Beitrag, den gegen die Bruderschaften ausgesprochenen Vorwurf des Schwärmertums als unberechtigt zurückzuweisen.

Ernst Wolf betrachtet die kirchliche Einheit unter dem Aspekt der fortwirkenden Gültigkeit des Barmer Bekenntnisses, das von Theologen reformierter und lutherischer Herkunft gemeinsam formuliert wurde. Man wendet sich in bruderschaftlichen Kreisen somit gegen

gehaltene Sünder, der göttliche Erlöser und Vollender und das Kind Gottes mit seiner ewigen Anwartschaft".

Karl Barth, KD III, 4, S. 27.

1) a.a.O., S. 20/21.

2) Ebenda.

3) a.a.O., S. 25.

jeden Konfessionalismus, im Grunde gegen jede auch gemäßigt konfessionsgebundene Haltung.

Die Frontstellung erfolgt dabei wieder gegen das noch stark konfessionsbetonte Luthertum, wie es die VELKD nach außen hin vertritt.

Ernst Wolf wirft dem Luthertum vor, daß es die Einheit der Kirche angesichts der Atomfrage als aufweisbare Einheit des Bekenntnisstandes und des daraus abgeleiteten Lehrbesitzes betrachte, daß es praktisch das Atomproblem unter dem Aspekt der richtigen Einordnung in die dogmatisierte Zwei-Reiche-Lehre sehe¹⁾.

Die Behauptung dürfte die Aussage Walter Künneths bestätigen, daß "in der Atomfrage gleichsam brennpunktartig und symptomatisch die dahinter stehende Grundkonzeption, die konfessionelle Entscheidung sichtbar" werde²⁾. Und er fährt etwas später fort: "Der Name (nämlich EKD) erweckt in der Tat den Anschein, als ob es sich im strengen Sinn um eine 'Kirche' handle. Die EKD ist jedoch ihrem Wesen und ihrer Verfassung nach keine 'Kirche', sondern ein 'Bund bekenntnisbestimmter Kirchen', eine organisatorische Zusammenfassung des deutschen Protestantismus in seiner Vielgestalt, ein christlich-brüderlicher Zusammenschluß, der sich bisher als eine großartige Klammer der östlichen und westlichen Zonen bewährt hat...

Ganz anders aber verhält es sich mit den politisch-ethischen Möglichkeiten der lutherischen Kirche. Auch sie ist innerhalb der EKD in der Gestalt ihrer Gliedkirchen maßgebend vertreten. Diese 'lutherische Kirche' erhebt wesensmäßig den Anspruch, eine 'Kirche' zu sein, deren Verkündigung eindeutig an die Heilige Schrift nach dem Verständnis ihres reformatorischen Bekenntnisses gebunden ist. Hier haben wir es mit einer klaren ethischen Grundposition zu tun. Von den bekenntnismäßigen theologischen Prämissen der 'evangelisch-lutherischen Lehre' aus ist es erst sinnvoll möglich, die 'Atomfrage in kirchlicher Perspektive' zu beurteilen³⁾.

Genau gegen diese Haltung, die bei Walter Künneth allerdings besonders ausgeprägt in Erscheinung tritt und die nach der Meinung der Bruderschaften das Ereignis "Barmen" einfach überspringt,

1) a.a.O., S. 57.

2) W. Künneth, Die Atomfrage in christlicher Sicht, in: Die politische Meinung, H. 25, 1958, S. 31.

3) Ebenda, S. 36 f.

richtet sich die Argumentation von Ernst Wolf.

An das Schlußwort der Synode der EKD vom April 1958 anknüpfend: "Wir bleiben unter dem Evangelium zusammen" bedeutet für ihn Einheit der Kirche, "die ihr jeweils neu geschenkte Einheit im Glauben - im Unterschied zu einer möglicherweise taktisch zu sichern Einheit der Selbstbehauptung der Kirche als Institution" - eine Einheit, die auch in dem Bekenntnis der Ohnmacht mitbekannt werde; denn sonst sei das Evangelium zuletzt nichts anderes "als die taktisch auswertbare Toleranz gegenüber subjektiven, als Gewissensentscheidung deklarierten Meinungen"¹⁾. Verstehe man die Einheit der Kirche jedoch als organische Einheit in Glauben und Gehorsam, dann ziele auch jede Auseinandersetzung und jede confessio innerhalb einer solchen Kirche auf Einheit.

"Im Bekennen erhält und in ihm lebt die Kirche ihre Einheit auf dem Weg aus der Einheit Gottes zur Einmütigkeit seines Volkes.

Denn confessio ist die besondere und unauflösliche Einheitsform von Glauben und Gehorsam, von Rechtfertigung und Heiligung, von Dogmatik und Ethik.

Zwischen dem credere und dem docere steht nun einmal - das haben auch die Väter der Konkordienformel wohl gewußt - das confiteri"²⁾.

Die ständige Verpflichtung der Kirche sich selbst gegenüber, "bekenkende Kirche" zu sein, habe sich nun angesichts der Atomfrage aus verschiedenen Gründen zum "status confessionis" verdichtet.

Man wende sich einmal gegen "unhaltbare exegetische Behauptungen".

1) E. Wolf, a.a.O., S. 35.

2) a.a.O., S. 45 f, S. 48.

Zum gleichen Problem sagt Karl Barth: "Eine kirchliche Konfession ist eine auf Grund gemeinsamer Beratung und EntschlieÙung zustandegekommene Formulierung und Proklamation der der Kirche in bestimmtem Umkreise gegebenen Einsicht in die von der Schrift bezeugte Offenbarung ohne bestimmte rechtliche Legitimation bestimmter Glieder der Kirche zur Urheberschaft.

Die zu gemeinsamer Abfassung und Ablegung einer Konfession sich zusammenfinden, werden es wagen müssen, als ihren Auftrag und ihre Vollmacht nur dies angeben zu können, daß sie im Gehorsam gegen Gottes Wort zusammengekommen seien und nun das und das zu bekennen hätten - nicht ohne die Gefahr, zwar das Zeugnis der Hl. Schrift für sich zu haben, bei der übrigen Kirche aber nun dennoch auf taube Ohren zu stoßen. Gleichwohl müssen sie es wagen, im Namen der ganzen Kirche zu der ganzen Kirche zu reden, auch wenn sie als Schwärmer angesehen werden sollten".

Karl Barth, KD I/2, S. 709, 693.

Ernst Wolf, a.a.O., S. 49 f.

So sei die Atombombe im Sinne von 2. Thess. 2, 7 als "Katechon"¹⁾ bezeichnet worden, d.h. als aufhaltende Macht, die den vom Osten kommenden Antichrist abwehren solle²⁾.

Ferner habe H. Asmussen für die Atombombe das Theologoumenon von der "Strafrute in Gottes Hand"³⁾ gebraucht, und Walter Künneth habe behauptet, sie könne im Dienst der Nächstenliebe stehen⁴⁾.

Der "status confessionis" sei außerdem überall dort erforderlich, wo man sich für die wahre Menschlichkeit des Menschen einsetzen müsse. So wie man im Dritten Reich gegen den Arierparagraphen gekämpft habe, kämpfe man jetzt gegen die Gefahr physischer und seelischer Vernichtung des Menschen. Die Möglichkeit seelischer Zerstörung sei mit der "Atomgewöhnung" gegeben, d.h. mit der Unfähigkeit, das Unrecht atomarer Vernichtung ins Bewußtsein aufzunehmen, das mögliche Geschehen also zu "anonymisieren".

Es liege in der Natur eines Bekenntnissatzes, daß zu seinem positiven Hauptstück eben auch die canones gehörten, zur thetischen Aussage immer die Verwerfungssätze⁵⁾. Das mit den Verwerfungssätzen gegebene Anathema definiert und begründet Ernst Wolf, indem er auf die Bestimmungen Luthers zurückgreift.

Luther gelangte "zur Neubegründung der Verwerfung im Wort des Evangeliums selbst" und setzte sich damit "über das 'strafrechtliche' Anathema des mittelalterlichen Ketzerrechts und der kirchlichen Zensurpraxis" hinweg⁶⁾.

Das solchermaßen geübte Anathema bedeutet folglich keine Personalkondemnation, sondern ruft vom Worte Gottes her zur Selbstprüfung auf, gibt den "Irrlehrer" dem Gericht Gottes anheim "und hebt die grundsätzliche Verborgenheit der Offenbarung Gottes im Wort nicht auf"⁷⁾.

"Wenn reine Lehre nichts anderes bedeutet als sachgemäße Ausrichtung der Evangeliumspredigt.... so ist nicht mehr der Wider-

1) In "Reformatio", Juli 1957 und in "Evangelische Verantwortung", August 1957.

2) E. Wolf, vgl. a.a.O., S. 68 ff.

Ders., Königsherrschaft Christi, S. 32.

3) Vgl. Evangelische Stimmen zur Atomfrage, S. 61.

4) Vgl. Exkurs: Asmussen/Künneth.

5) E. Wolf, a.a.O., S. 51.

Vgl. als Beispiel die Barmer Theologische Erklärung! Alle sechs Sätze gliedern sich in drei Teile: a) Evangelium, b) Bekenntnissatz, c) Verwerfung.

6) Ebenda.

7) Ebenda.

spruch gegen ein von der Kirche festgestelltes Dogma, sondern die Abweichung vom Sola Gratia und Sola Fide das Kriterium der Irrlehre.... Die Verwerfung falscher Lehre gibt dann nur der Scheidung Ausdruck, die durch das Evangelium selbst gegeben ist¹⁾.

Das Liebesgebot kann Luther freilich nicht als Begrenzung der Verwerfung anerkennen, da damit der grundsätzliche Primat der Lehre vor dem Leben durchbrochen wäre²⁾.

Mit dem soeben Vorgetragenen bezweckten die Bruderschaften die Klärung und die Richtigstellung ihrer Position. Vor allem verwahrten sie sich dagegen, mit den 10 Thesen kirchenspaltend und schwarmgeistig, im Sinne eines kirchlichen Enthusiasmus, vorgegangen zu sein. Die nur teilweise angeführte Literatur zu These 10 machte die Fülle der Meinungen zu diesen Problemen ja bereits sichtbar.

An dieser Stelle sollen jedoch lediglich die Einwände Walter Künneths gegen die Bruderschaften erörtert werden, weil Künneths Behauptung, die ethischen Postulate der Bruderschaften seien Ergebnis einer christokratischen Denkweise, zur Verdeutlichung des Unterschieds zwischen christokratischer und christologischer Konzeption beitragen soll; (die Bruderschaften beanspruchen für sich, daß ihre theologischen und politischen Ansichten dem "christologischen" Ansatz ihres Denkens entspringen). Künneth kennzeichnet als "Christokratie" das "unmittelbare, direkte Eingreifen der Kirche in die Sphäre des Politischen 'im Namen des Evangeliums'"³⁾.

Diese Definition verwendet er, um den Bruderschaften, und nicht nur ihnen, sondern auch H. Gollwitzer und Karl Barth, eine Vermischung der beiden Reiche, des Weltreichs und des Gottesreichs, und damit eine Vermischung von Evangelium und Gesetz vorzuwerfen; er will die genannten auf diese Weise mit dem Stempel des "Sektiererertums" versehen und ihnen ein "Tolstoisches Schriftverständnis" unterschieben.

Man muß gerechterweise zugestehen, daß Künneth nicht gegen die theologischen Darlegungen in "Königsherrschaft Christi" und in "Christusbekenntnis im Atomzeitalter" polemisiert, daß seine Äußerungen vor Erscheinen des letztgenannten Heftes getan wurden.

1) Ebenda.

2) Ebenda, S. 52.

3) W. Künneth, Die Atomfrage in christlicher Sicht, S. 34.

Künneth hätte aber immerhin die Referate von Schmauch und Wolf einer Prüfung unterziehen sollen, denn dann wäre seine Verurteilung des bruderschaftlichen Standpunktes wohl nicht in der Form erfolgt, wie sie uns in dem Aufsatz: "Ist das noch lutherische Theologie - Eine Antwort an W. Anderden" vorliegt¹⁾.

Karl Barths (allerdings sehr scharfe) Ablehnung der Zwei-Reiche-Lehre scheint W. Künneths eigener Abneigung gegen dessen "christokratische" Konzeption jedenfalls die Waage zu halten, weil sonst folgende Sätze unverständlich wären, die das Anliegen der Bruderschaften erheblich abwerten:

"Es ist nun nicht zu verwundern, daß sämtliche Schüler Karl Barths und weit darüber hinaus auch politisch unsicher gewordene lutherische Theologen das christlich-politische Programm des Basler Meisters sich zu eigen machten und ein wesentliches Anliegen darin sehen, mit propagandistischer Lautstärke gegen die lutherische Ethik von den "zwei Regimenten Gottes" Sturm zu laufen....

Von hier aus ist es zu begreifen, daß der geistige Initiator des politisch-ethischen Vorstoßes der rheinisch-westfälischen Bruderschaft in der Atomfrage kein anderer ist als Karl Barth selbst ...

Die Wege scheiden sich schon bei den zugrunde liegenden Prämissen der politischen Ethik, schon bei der Frage des Schriftverständnisses, ob Luther oder Tolstoi der maßgebende Interpret sein soll, schon bei dem Verständnis von 'Gesetz und Evangelium', bei dem Staatsbegriff, bei dem Selbstverständnis der Kirche. In Konsequenz dieses anti-lutherischen Barthschen politischen Aktivismus mußte daher freilich in peinlicher und fataler Übereinstimmung mit den Direktiven Moskaus - die Auflösung des bisherigen 'Militärseelsorgevertrages' liegen²⁾.

Man mag gerade zu Karl Barths politischen Schriften stehen wie man will - jedenfalls zu denen, die sich mit der Stellung der Kirche im Ost-West-Konflikt befassen - man mag sie in ihrer Tendenz weitgehend für unreal und für verfehlt halten, man sollte Karl Barths theologischen Ansatz jedoch nicht im Bereich schwärmerischen und enthusiastischen Denkens ansiedeln.

Daß sich Ernst Wolf gegen diese Art, das bruderschaftliche Vorge-

1) In: Evangelisch-Lutherische Kirchenzeitung, 12. Jhg., 21, 1958, S. 343 ff.

2) Künneth, a.a.O., S. 35.

hen zu interpretieren, mit Schärfe wendet, ist deshalb nicht weiter erstaunlich¹⁾.

Ernst Wolf legt großen Wert darauf, daß der auf der Synode ausgesprochene Dissensus nicht dazu führen dürfe, das bruderschaftliche Bekenntnis einfach als erledigt zu betrachten oder die "differenzen Positionen im Sinn zweier in der Kirche nebeneinander möglicher und formal gleichberechtigter Standpunkte"²⁾ anzusehen. Von daher begründet sich seine Ablehnung des Auswegs der Komplementarität einerseits und die Zurückweisung des Vorschlags, die konsequenten Gegner einer atomaren Bewaffnung sollten sich innerhalb der EKD als "Orden" verstehen andererseits.

Dennoch scheint Ernst Wolf gegenüber den Vertretern "jener Mittelposition", die z.B. "den Einsatz von Atomwaffen für unmöglich halten, aber zugleich die Herstellung und Bereithaltung etwa aus dem Grund der möglichen Abschreckung für unausweichlich"³⁾ ein gewisses Verständnis anzudeuten, indem er betont, diese Fragen könnten sinnvollerweise nur diskutiert werden, wenn die Erkenntnis zwingend sei, daß es keinerlei christliche Rechtfertigung für die atomare Bewaffnung als solche im Prinzip gebe, sondern daß hier das Nein des Glaubens im voraus, also als grundsätzliches Nein des Glaubens, gewagt werden müsse⁴⁾. Er scheint demnach für das Gebiet der Heiligung, denn um dieses geht es dabei, auf dem Hintergrund des grundsätzlichen Nein einen stets in Frage zu stellenden Spielraum des Handelns zuzugestehen.

Genau an diesem Punkt wird wahrscheinlich immer wieder das Gespräch mit den theologischen Gegnern ansetzen müssen, die es auf sich nehmen, die sich aus der Widersprüchlichkeit zwischen Bereithaltung und Einsatz atomarer Waffen ergebende Spannung durchzuhalten.

Daß die Bruderschaften mit ihrem Standpunkt in der Praxis "christlicher" dastehen könnten, als ihre theologischen Gegner, wird schon allein durch die Tatsache widerlegt, daß sie in christlicher und mitmenschlicher Solidarität in einer Welt leben, in der die Atombombe potentiell und faktisch existiert. Sie können zwar mit guten christlichen und politischen Gründen die atomare Be-

1) Wolf, a.a.O., S. 60 ff.

2) Wolf, a.a.O., S. 63.

3) a.a.O., S. 75.

4) a.a.O., S. 76.

waffnung für Deutschland ablehnen, sie müssen aber trotz ihrer christlichen Argumente das Atomgleichgewicht und die bestehende atomare Abschreckung zwischen den Großmächten dulden und sich, bisher jedenfalls, dadurch schützen lassen. Dieser Umstand scheint mir wohl auch in folgenden Sätzen E.Wolfs mit ausgesprochen zu sein:

"Indem wir in der Bindung an Gottes Gebot heute besonders nachdrücklich auf die Grenzen hinweisen, die dem Handeln aus Glauben in unserer Lage gesetzt sind, behaupten wir selbstverständlich keineswegs, daß die Verletzung dieser Grenzen die einzige Versuchung zur Sünde sei, die uns heute bedroht.

Ebensowenig behaupten wir, daß wir durch Gehorsam an diesem Punkt vor Gott gerecht würden; das wäre die oben abgelehnte Umkehrung des Verhältnisses von Glauben und Handeln"¹⁾.

Es stellt sich nun die Frage, ob die radikale Ablehnung atomarer Waffen, zu der die Bruderschaften mittels ihrer zugrundegelegten These von der sündhaften Beschaffenheit dieser Kriegsmittel gelangten, tatsächlich ihren Ursprung im christologischen Ansatz ihrer Theologie hat, wie sie immer behaupten; träfe das zu, dann stünde aus ihrer Sicht die Menschheit, gewiß aber die Christenheit, tatsächlich vor der theologischen Forderung, ohne nukleare Kriegsmittel zu leben.

"Verantwortliche Entscheidungen setzen gewiß stets eine nüchterne, vernünftige und sachgemäße Erfassung des gegebenen Tatbestandes voraus. Es sei einmal unterstellt, daß eine nur politische und militärische Wertung des Tatbestandes ebenso viele oder gar mehr Argumente für die atomare Bewaffnung ergeben sollte als gegen sie.

Keinesfalls darf das für den Christen in der Nachfolge ausschlaggebend sein, da er zuerst und vor allem nach dem Willen seines Herrn zu fragen hat. Nur innerhalb der Grenzen und unter der Weisung des Gebotes Gottes kann der Christ zwischen den sich bietenden politischen und militärischen Möglichkeiten wählen"²⁾.

Es gab zahlreiche Stimmen, die behaupteten, die Bruderschaften seien konsequente Pazifisten, bzw. es bleibe ihnen kein anderer

1) a.a.O., S. 86.

2) a.a.O., S. 135.

(Theologische Auseinandersetzung mit den Einwänden gegen die Thesen der Bruderschaften.)

Ausweg als der des konsequenten Pazifismus, wenn sie die atomare Bewaffnung der Bundeswehr ablehnten. Die Behauptung ist auch politisch gesehen irrig und verkennt das Anliegen der Bruderschaften, bzw. drängt diese wieder auf die Ebene des Schwärmertums. (Daß Pazifisten den Bruderschaften nahestehen, wie z.B. Martin Niemöller, widerspricht dem keineswegs.)

Walter Künneth hat trotz aller unsachlichen Polemik in seinen Schriften den wirklich bestehenden Zusammenhang zwischen den Bruderschaften und Karl Barth erkannt und ausgesprochen.

Wir wissen zudem, daß Karl Barth bereits ein Gegner der Wiederbewaffnung der Bundesrepublik war und erst recht die atomare Bewaffnung deutscher Truppen ablehnte¹⁾.

Wir bemerken außerdem seine seltsame Allergie gegen die Politik der sogenannten westlichen Welt unter Führung Amerikas in der Nachkriegszeit, die in seinen zahlreichen politischen Stellungnahmen zum Ausdruck kommt, welche wiederum weitgehend Zustimmung in bruderschaftlichen Kreise finden.

Wir kennen ferner seine entschieden ablehnende Haltung gegenüber der faschistischen und nationalsozialistischen Diktatur und seine damals durchaus positive Einstellung gegenüber den westlichen Demokratien, wir kennen ihn ferner als einen der Hauptinitiatoren des Barmer Bekenntnisses.

Wie paßt das alles zueinander?

Oder paßt es nicht zueinander?

Als Ausgangspunkt bezeichnend erscheinen mir folgende Zeilen in seiner Stellungnahme zum Atombombenproblem:

"Es geht nicht um Prinzipien, Ideologien und Systeme. Es geht nicht um Machtfragen. Es geht ums Leben. Es geht um sie, die Menschen"²⁾.

Vom Menschen her, vom eigentlichen, wahren Menschen her, wie er uns in Christus begegnet, vom Menschen, um dessentwillen Jesus Christus gestorben ist, und von der Beziehung dieses Menschen zu Gott in Christus sind alle theologischen und politischen Aussagen Karl Barths zu verstehen.

So kreist die gesamte Barthsche Theologie um den zweiten Artikel, d.h. um Jesus Christus als um ihr Zentrum. Diese christologische Ausrichtung der Theologie Karl Barths bestimmt auch sein Verhält-

1) Evangelische Stimmen zur Atomfrage, S. 93.

2) Ebenda.

nis zum Staat und zur Politik.

Von seinen recht zahlreichen Beiträgen, die sich mit politischen Problemen beschäftigen, interessieren uns die wohl als grundlegend anzusehenden Schriften "Christengemeinde und Bürgergemeinde", und "Rechtfertigung und Recht".

Beide Hefte behandeln das rechte bzw. das unrechte Verhältnis zwischen Kirche und Staat und zwar in der der Theologie Karl Barths eigentümlichen Weise.

Bereits die Wahl des Wortes: "Gemeinde" als Existenzweise, die Staat und Kirche gemeinsam eignet, denkt nicht in erster Linie an "Institutionen" und "Ämter", sondern an Menschen, "die zur Bearbeitung und im Dienst gemeinsamer Aufgaben in einem 'gemeinen Wesen' zusammengefaßt sind"¹⁾.

Man gewinnt die klarsten Einblicke in Karl Barths Auffassungen von diesem "politischen Wesen", wenn man "Christengemeinde und Bürgergemeinde" sowie "Rechtfertigung und Recht" als einander in langen Abschnitten zwar überschneidende, aber vorwiegend als ergänzende Schriften interpretiert. Verdeutlicht uns "Christengemeinde und Bürgergemeinde" primär die aktiv-mitverantwortliche, sich aktiv-unterordnende Haltung des christlichen Bürgers, so betont "Rechtfertigung und Recht" in erster Linie die "positiv-ablehnende" Verhaltensweise des Christen bestimmten staatlichen Ansprüchen gegenüber und damit die passiv-mitverantwortliche, sich passiv-unterordnende Haltung des christlichen Bürgers.

Beiden Schriften gemeinsam ist die strenge Hinordnung jeglichen Staatswesens, des Rechtsstaates sowie des "Pilatus"-Staates, wie Barth den Unrechtsstaat nennt, auf Christus als ihren Kyrios.

Christengemeinde ist, laut Karl Barth, die Gemeinschaft derjenigen Menschen, die "zum Bekenntnis Jesu Christi" und zum Gehorsam gegen sein Wort "herausgerufen" sind.

Bürgergemeinde ist hingegen die Gemeinschaft von Christen und Nichtchristen, die in einer "durch Zwang geschützten Rechtsordnung" vereinigt leben²⁾.

Beide Gemeinschaften existieren als Rechtskörper in qualitativ völlig andersartiger Gestalt und dennoch in gegenseitiger dialektischer Ergänzung und Durchdringung.

1) Christengemeinde und Bürgergemeinde, S. 3.

2) Vgl. Christengemeinde und Bürgergemeinde, S. 4.

Kirche und Staat stehen gemeinsam "in der noch nicht erlösten Welt", beider Verhältnis zum einzelnen Menschen ist wesentlich ein dienendes. Der einzelne Christ und der einzelne Nicht-Christ dienen ihrerseits gemeinsam dem Staat, der Christ aber noch außerdem und primär seinem Herrn als Haupt des Leibes, dem er wesentlich angehört. Die Kirche ist "Anordnung" oder auch "Stiftung" Gottes, welche die Verheißung des immerwährenden Beistandes des Heiligen Geistes besitzt. Darin besteht die Einmaligkeit ihrer Würde und ihre absolute Verpflichtung zur Demut. Die hohe Würde und die notwendige Demut des Staates bestimmen sich hingegen von der, "vom Himmel auf die Erde kommenden polis, in deren Licht die Völker wandeln und in die die Könige der Erde ihre Herrlichkeit bringen werden (Offenb. 21, 2. 24)"¹⁾. Die himmlische "polis" bedarf keines Tempels mehr, weil das "Lamm", weil Jesus Christus, der Kyrios, ihr Tempel ist.

Dem Staat und der Kirche ist es in gleicher Weise verheißen, der-einst ins himmlische Jerusalem einzugehen. So ist auch das Ziel der Kirche die himmlische politeia.

"Eines geschieht ja im Neuen Testament ganz unzweifelhaft, und das ist die Bezeichnung der Ordnung gerade des neuen Äons als einer politischen Ordnung... nicht etwa die reale ekklesia sondern gerade die reale polis ist die Verfassung des neuen Äons. Oder anders ausgedrückt: nicht in einem himmlischen Spiegelbild ihrer eigenen Existenz, sondern gerade in dem realen himmlischen Staat sieht die reale irdische Kirche ihre Zukunft und Hoffnung"²⁾.

Ja, als irdische Kirche existiert sie bereits "mit bestimmten Autoritäten und Ämtern, Gemeinschaftsformen und Arbeitsteilungen"³⁾ ähnlich einem Staatswesen.

Schon von ihrem Ziel her weiß die Kirche also um die Notwendigkeit staatlicher Autorität, und sie weiß um die Notwendigkeit staatlicher Gewalt, weil sie Gottes Zorn und die Sünde des Menschen kennt, die immer Aufruhr bedeutet.

Die Kirche versteht den Staat wie sich selbst als "die Auswirkung einer göttlichen Anordnung", als "ordinatio, Einsetzung, Stiftung".

1) a.a.O., S. 8.

2) Rechtfertigung und Recht, S. 23 f.

3) Christengemeinde und Bürgergemeinde, S. 7.

"Wo Bürgergemeinde, wo Staat ist, da haben wir es, wieviel menschlicher Irrtum und menschliche Willkür dabei im einzelnen mitlaufen mögen, in der Sache nicht etwa mit einem Produkt der Sünde, sondern mit einer der Konstanten der göttlichen Vorsehung und Weltregierung in ihrer zugunsten des Menschen stattfindenden Gegenwirkung gegen die menschliche Sünde und also mit einem Instrument der göttlichen Gnade zu tun. Die Bürgergemeinde hat mit der Christengemeinde sowohl den Ursprung als auch das Zentrum gemeinsam. Sie ist Ordnung der göttlichen Gnade, sofern sie - in ihrem Verhältnis zum sündigen Menschen als solchen, im Verhältnis zu der noch unerlösten Welt - immer auch Geduld ist.... Sie dient ja dazu, den Menschen vor dem Einbruch des Chaos zu schützen und also ihm Zeit zu geben: Zeit für die Verkündigung des Evangeliums, Zeit zur Buße, Zeit zum Glauben"¹⁾.

Demnach stehen Kirche und Staat, so scharf sie in Wesen und Aufgabe getrennt sein mögen, beide innerhalb des göttlichen Herrschaftsbereiches. Man kann es auch so ausdrücken: Die Kirche ist der innere Kreis inmitten des weiteren Kreises des Staates, und Zentrum dieses Kreises ist der in der himmlischen polis thronende Kyrios Jesus Christus²⁾.

Seinetwegen sind die Christen auch für den Staat mitverantwortlich, ganz gleich in welcher Gestalt er jeweils existiert. Sie ordnen sich dem Staat unter, weil sie wissen, daß seine Ordnung voller Hinweis auf die göttliche Ordnung ist, weil sie wissen, daß es ohne staatliche auch keine christliche Ordnung gäbe³⁾. Sie ordnen sich also nicht nur um "der Strafe", sondern um "des Gewissens" willen unter (Röm. 13,5).

Das heißt aber, daß die Kirche die dem Staate eigene Autorität respektiert, weil sie ihm seine Aufgabe nicht abnehmen kann, so wenig wie der Staat der Kirche ihre Aufgabe abzunehmen vermag. Ein direktes Eingreifen in die Angelegenheiten der Bürgergemeinde ist der Christengemeinde deshalb verwehrt. Da Kirche - Kirche und Staat - Staat bleiben muß, gibt es auch keinen "der christlichen Kirche entsprechenden christlichen Staat"⁴⁾.

Zwar sei der Staat immer und in jeder Gestalt göttliche Anordnung, meint Karl Barth, was aber noch nicht besage, daß in ihm Gott of-

1) a.a.O., S. 9 f.

2) Vgl. ebenda.

3) Vgl. ebenda.

4) Ebenda, S. 14.

fenbar sei, daß in ihm Gott geglaubt werde.

Und sogar die im christlichen Sinn zu befürwortenden besten "politischen Gestalten und Systeme" seien "menschliche Erfindungen, die als solche nicht den Charakter der Offenbarung tragen"¹⁾. Der Staat ist "geistlich blind", so wie er in der "Wahrheitsfrage neutral" ist²⁾. Auch christliche Parteien verfälschen somit den Auftrag des Christen in der Bürgergemeinde. Denn es gibt "keine Idee, kein System, kein Programm, wohl aber eine unter allen Umständen zu erkennende und innezuhaltende Richtung und Linie der im politischen Raum zu vollziehenden christlichen Entscheidungen"³⁾. Weil die Christengemeinde immer die Grenze zwischen sich und dem Staat zu beachten hat, wird sie im politischen Raum nie für sich selbst, wohl aber für das Gebot Christi und für dementsprechendes gehorsames Handeln kämpfen.

"Die Richtung und Linie des christlich politischen Unterscheidens, Urteilens, Wählens, Wollens und Sicheinsetzens bezieht sich auf die Gleichnisfähigkeit und Gleichnisbedürftigkeit des politischen Wesens"⁴⁾. Die Bürgergemeinde besitzt diese beiden Eigenschaften der Gleichnisfähigkeit und der Gleichnisbedürftigkeit, weil ihr jegliche "selbständige Natur", jegliche "Eigengesetzlichkeit" fehlen.

"... die Gerechtigkeit des Staates in christlicher Sicht ist seine Existenz als ein Gleichnis, eine Entsprechung, ein Analogon zu dem in der Kirche geglaubten und von der Kirche verkündigten Reich Gottes. Indem die Bürgergemeinde den äußeren Kreis bildet, innerhalb dessen die Christengemeinde mit dem Geheimnis ihres Bekenntnisses und ihrer Botschaft der innere ist, indem sie also mit dieser das Zentrum gemeinsam hat, kann es nicht anders sein, als daß sie, obwohl und indem ihre Voraussetzung und Aufgabe eine eigene und andere ist, im Verhältnis zu der die Christengemeinde konstituierenden Wahrheit und Wirklichkeit gleichnisfähig ist: fähig dazu, sie indirekt, im Spiegelbild zu reflektieren"⁵⁾. Eben weil der Staat von sich aus ganz und gar nicht weiß, was Recht ist - denn er kennt und besitzt keine zuverlässige, legitime na-

1) Ebenda, S. 14.

2) Christengemeinde und Bürgergemeinde, S. 5.
Rechtfertigung und Recht, S. 11.

3) Ebenda, S. 17.

4) Ebenda, S. 22.

5) Ebenda, S. 23.

turrechtliche Instanz, deren Gebot er folgen könnte -, ist er umgekehrt: gleichnisbedürftig. Die Bürgergemeinde "kann sich nicht von sich aus an das wahre und wirkliche Maß ihrer Gerechtigkeit erinnern, sich nicht von sich aus zu deren Erfüllung in Bewegung setzen. Sie bedarf eben dazu der heilsam beunruhigenden Gegenwart, der unmittelbar und direkt um jenes Zentrum rotierenden Tätigkeit und also eben: der politischen Mitverantwortung der Christengemeinde" ¹⁾).

Die Kirche legt in dieser Mitverantwortung Zeugnis ab für ihren Glauben an den Gott, der Mensch und des Menschen Mitmensch wurde. Sie wird sich im politischen Bereich folglich immer für diesen Menschen und nie für eine Sache einzusetzen haben. "So ist auch ihr politisches Handeln Bekenntnis" ²⁾).

Im innerweltlichen Bereich - in der konkreten Praxis sieht das so aus, daß die Kirche immer der "prinzipiellen Diktatur" und dem "totalitären Staat" entgegenstehen wird, weil sie um Christi Recht auf den Menschen und um des Menschen Recht gegen Sünde und Tod weiß, weil es ihr ferner gewiß ist, daß die Menschen durch Christi Gnade auserwählt sind, in Freiheit Gott zu dienen. Daher unterstützt die Kirche den Rechtsstaat und bejaht die politische Freiheit ³⁾).

"Es ist darum doch nicht zu übersehen und zu leugnen, daß das christlich-politische Unterscheiden, Urteilen, Wählen, Wollen, Sicheinsetzen auf der ganzen Linie eine Tendenz auf die Gestalt des Staates hat, die in den sogenannten "Demokratien" wenn nicht verwirklicht, so doch mehr oder weniger ehrlich und deutlich gemeint und angestrebt ist. Man muß, wenn man Alles überblickt, schon sagen: es hat jedenfalls eine stärkere Tendenz nach dieser als nach irgend einer anderen Seite. Es gibt schon eine Affinität zwischen der Christengemeinde und der Bürgergemeinde der freien Völker" ⁴⁾).

Nun betrachtet es die Kirche als Teil ihrer Mitverantwortung, für den Staat zu beten und ihm die Botschaft vom kommenden Reich Gottes zu verkündigen, und der Staat ist darauf angewiesen, daß ihm das Evangelium ausgerichtet werde ⁵⁾, so wie es sein tiefster,

1) Ebenda, S. 24.

2) Ebenda, S. 25.

3) Ebenda, S. 25 ff.

4) Ebenda, S. 36.

5) Ebenda, S. 11.

letzter, göttlicher Sinn ist, Raum zu schaffen für die Botschaft der Kirche¹⁾.

Dennoch besitzt die Kirche laut Barth keinerlei Öffentlichkeitsanspruch, und alle ihr in dieser Richtung gewährten Rechte hat sie als ein Geschenk dankbar anzuerkennen²⁾.

Endlich wird die Kirche als Verkünderin des göttlichen Friedens immer für den irdischen Frieden eintreten und eine "bis an die Grenzen des Menschenmöglichen"³⁾ gehende Friedenspolitik treiben und befürworten, ohne sich darüber zu täuschen, daß es absoluten irdischen Frieden nie geben kann. "Erkenntnis Gottes heißt in der Kriegsfrage, daß wir von jeder kriegerischen Höhe herunter-, nicht aber, daß wir auf eine friedliche Höhe hinaufgeführt werden.

Eine Kirche, die weiß, was sie will, wird sich also mit starker Hand den Militarismus, mit freundlicher Geste aber auch den Pazifismus - vom Leibe halten.

Der Ernst des Gebotes, Friede zu halten, liegt darin, daß auch es das erste Gebot illustriert, daß auch es auf Gott hinweist. Er liegt durchaus darin, daß es kein absolutes, kein präzises Friedensgebot ist. Es ist dieses Gebot gerade in seiner Gebrochenheit Hinweis auf den Frieden der kommenden Welt"⁴⁾.

Im Grunde umkreisen die beiden Begriffe "Rechtfertigung und Recht" des gleichnamigen Heftes aus dem Jahre 1938 dieselbe Problematik, um die es Karl Barth in "Christengemeinde und Bürgergemeinde" geht. Sie sind gleichsam "Stich"- und "Merkworte" für diese Problematik⁵⁾. Die Schrift ist insofern für die erst 1946 erschienene Abhandlung "Christengemeinde und Bürgergemeinde" unentbehrlich, weil sie die exegetische Grundlage und Ergänzung für diese darstellt.

In ihr werden der Rechtsstaat und der Unrechtsstaat und die gleitende Skala der zwischen diesen beiden Möglichkeiten liegenden staatlichen Spielarten ins Auge gefaßt.

In den einleitenden Sätzen von "Rechtfertigung und Recht" macht es sich Karl Barth zur Aufgabe, die Frage "nach dem positiven Zusammenhang der beiden Bereiche"⁶⁾ zu beantworten, da uns an die-

1) Ebenda, S. 19.

2) Ebenda, vgl. S. 20.

3) Ebenda, vgl. S. 33.

4) Karl Barth, Römerbrief, S. 455.

5) Rechtfertigung und Recht, S. 3.

6) a.a.O., S. 9.

ser Stelle die Reformatoren im Stich gelassen hätten. Sie hätten uns wohl mit aller Deutlichkeit zu verstehen gegeben, daß die göttliche Rechtfertigung und das menschliche Recht, daß der Auftrag der Kirche und der Auftrag des Staates einander nicht widersprächen, sie hätten hingegen versäumt, uns zu sagen, wie beides zusammengehöre, sie hätten es, mit anderen Worten, unterlassen, diesen Teil ihres Bekenntnisses im strengen Sinn christologisch zu begründen¹⁾.

"Daß sie auch hier nur biblisches Gut zur Darstellung bringen wollten, kann natürlich keine Frage sein. Wohl aber besteht die Frage: ob und inwiefern sie bei der Einführung dieses biblischen Gutes in ihr Bekenntnis der Richtschnur folgten, an die sie sich sonst für gebunden hielten, ob sie nämlich auch das Recht auf die Rechtfertigung, auch die politische Gewalt auf die Gewalt Christi begründet oder ob sie hier nicht heimlich auf einem anderen Grund gebaut und damit dann trotz alles scheinbaren Biblizismus jenes biblische Gut doch nicht wirklich zur Darstellung gebracht haben"²⁾?

(Wie vernichtend Karl Barth diese Frage im Blick auf die Zwei-Reiche-Lehre der lutherischen Orthodoxie beantwortet, ist uns bekannt!)

Im Gegenüber von Christus und Pilatus wird die Natur des Unrechtsstaates veranschaulicht: Im Staate des Pilatus liegt uns nämlich das typische Beispiel eines Staates vor, der mit seiner Existenz sein Desinteresse der Wahrheit gegenüber bezeugt; denn er läßt Christus ans Kreuz schlagen! Und dennoch ist er zugleich mit Recht Staat, wie Christus es ihm nachdrücklich bestätigt.

Nirgendwo wird nach Meinung Karl Barths die Heimatlosigkeit der Kirche in der Welt und die drohende Dämonisierung des Staatswesens, das ohne die Verkündigung der Rechtfertigung auszukommen meint, so "grell" sichtbar wie in dem Gegenüber von Jesus und dem römischen Statthalter³⁾. Die in der Wahrheitsfrage grundsätzlich neutrale staatliche Gemeinschaft kann sich also auf verschiedene Weise verwirklichen: im Staat, wie er sein soll, welcher der Botschaft von der Rechtfertigung Raum gewährt, und im dämonischen Staat, der den Ruf des Evangeliums überhört⁴⁾, indem er der Kirche

1) Vgl. a.a.O., S. 3 ff.

2) a.a.O., S. 6.

3) a.a.O., vgl. S. 9 ff.

4) Vgl. a.a.O., S. 14 ff, S. 46.

ihre Freiheit weder "positiv läßt" noch "aktiv gibt".

Da Karl Barth nachdrücklich feststellt, daß auch Paulus in Röm.13 bei seiner "Begründung und Begrenzung des Staates"¹⁾ auf Christus geblickt habe, der mit seinem Gekommensein der Schöpfung erst ihren wahren Sinn verleihe, mißt er den Wert jedes Staates an Seiner Königsherrschaft im himmlischen Jerusalem²⁾.

Unter dem Aspekt der unbedingten christologischen Begründung jedes politischen Wesens ist das Verhältnis der Christen und der Kirche zum Staat und seinen Vertretern immer ein positiv-kritisches³⁾.

Selbst wenn der Staat der Kirche die Freiheit, Gottes Wort zu verkünden, vorenthält, selbst wenn er die Bösen ehrt und die Guten straft⁴⁾, kann er seiner Sendung, doch der Ehre Gottes dienen zu müssen, nicht entinnen.

Der Christ wird daher auch einen Unrechtsstaat als Gottes gnädige Anordnung erkennen und sich seinen Gesetzen in den Grenzen, die ihm von Christus her gesteckt sind, unterwerfen.

Widersetzt sich die Staatsgewalt jedoch dem Gebote Gottes, so wird die bürgerliche Fügsamkeit den staatlichen Machthabern gegenüber nur noch eine passive und beschränkte sein können⁵⁾. In dem, was die Christen dann nicht wollen und nicht tun, zeigen sie sich öffentlich mitverantwortlich für den Staat, in einer kritischen Form des ihm auf alle Fälle zu leistenden Respekts⁶⁾.

1) S. 20.

2) Diese Behauptung Barths schließt jede naturrechtliche Begründung staatlicher Autorität und Gewalt radikal aus.

3) a.a.O., S. 24.

"Eine Vergötterung des Staates ist von da aus offenbar unmöglich: nicht darum, weil es eine Göttlichkeit des Staates nicht gäbe, wohl aber, weil sie die Göttlichkeit des himmlischen Jerusalem ist und als solche dem irdischen Staat nicht zukommen kann. Unmöglich ist aber von da aus auch das Gegenstück solcher Vergötterung, das gewissermaßen in einer Verteufelung des Staates bestehen würde. Es geht nicht einmal an, die 'civitas terrena', wie Augustin es gern tat, so ohne weiteres als die 'civitas Cain' zu verstehen. Nicht weil ihre Vertreter, Träger und Bürger sie davor schützen könnten, zum Staate Kains oder auch des Teufels tatsächlich zu werden, wohl aber, weil auch das himmlische Jerusalem ein Staat ist und jeder, auch der schlechteste und verkehrteste irdische Staat darin seine unverlierbare Bestimmung hat, dereinst zu der Herrlichkeit des himmlischen Jerusalem beizutragen...."

4) Vgl. S. 30.

5) Vgl. S. 37.

6) Vgl. S. 38.

"Die Kirche erwartet vom Staat um der freien Predigt der Rechtfertigung willen, daß er Staat sei und also Recht schaffe und spreche. Die Kirche ehrt den Staat aber auch dann, wenn er diese Erwartung nicht erfüllt. Sie verteidigt dann den Staat gegen den Staat, sie repräsentiert dann, indem sie Gott gibt, was Gottes ist, indem sie Gott mehr gehorcht als den Menschen, mit ihrer Fürbitte die einzige Möglichkeit, den Staat wieder herzustellen und vor dem Untergang zu retten.

Wie die göttliche Rechtfertigung das rechtliche Kontinuum ist, so ist die Kirche das politische Kontinuum¹⁾.

Indem Karl Barth die gegenseitige Zuordnung von Staat und Kirche in dem soeben vorgetragenen, streng christologischen Bezug herausarbeitet, schiebt er tatsächlich einer Verteufelung der kommunistisch-atheistischen Ideologie einen Riegel vor, versucht er die sogenannte freie Welt des Westens vor der großen Illusion und Selbstgefälligkeit zu bewahren, sie sei eine dem Christentum und Gott wohlgefällige Welt, versucht er ferner, von Weltanschauungen fort - und auf den Menschen, der in Ost und West der gleiche ist, hinzuweisen. In diesem Sinne werden viele seiner sehr umstrittenen Äußerungen zum Ost-West-Konflikt verständlich, und in diesem Sinne sind sie auch als christliche Mahnung zur ständigen Selbstprüfung als konstruktiv anzusehen²⁾. Dennoch lassen bestimmte Widersprüche, bestimmte Akzentverschiebungen in seinem Verhältnis zum Nationalsozialismus/Faschismus einerseits und zum bolschewistischen Kommunismus andererseits die Frage als berechtigt erscheinen, ob Karl Barth in seinen diese Probleme behandelnden Beiträgen³⁾ nicht selbst bis zu einem gewissen Grade zum Opfer der

1) a.a.O., S. 39/40.

2) Hier liegt auch zweifelsohne das Verdienst derjenigen deutschen Theologen, welche vor einer Überschätzung der christlichen Werte des Abendlandes bzw. der freien Welt und vor der Anschauung warnen, den Kommunismus als ein so furchtbares Übel zu betrachten, daß man über ihm die Menschen vergesse, die unter seiner Herrschaft als Menschen und als Christen leben. Man lese hierzu als ein Beispiel: "Forderungen der Freiheit" von H. Collwitzer und denke daran, was Ernst Wolf zu Recht betont: daß wir nämlich in Gefahr seien, nur noch in "Ideologien", auch in "christlichen Ideologien" zu denken.

3) Es handelt sich hier vor allem um folgende Schriften:
Das Evangelium in der Gegenwart - 1935.
Die Evangelische Kirche in Deutschland nach dem Zusammenbruch des dritten Reiches - 1946.
Christliche Gemeinde im Wechsel der Staatsordnungen, Dokumente einer Ungarnreise - 1948.

Gefahren wird, vor denen er in seinen Schriften "Rechtfertigung und Recht" und "Christengemeinde und Bürgergemeinde" so dringlich warnt.

Selbstverständlich sind auch die westlichen Demokratien als säkulare Staatsgebilde, als in der Wahrheitsfrage folglich wesentlich neutrale Gemeinschaften ständig der drohenden Dämonisierung ausgesetzt. Selbstverständlich ist in ihnen die Trägheit des menschlichen Herzens ebenso als Gefahr gegeben wie in den Staaten, in denen ein totalitäres Regime seinen "Untertanen" diese Trägheit geradezu zu legitimieren scheint.

Aber sind sie nicht in ihrem relativen Bemühen um Freiheit, Gerechtigkeit, Menschlichkeit und Ordnung, auch indem sie der Botschaft von der Rechtfertigung den ihr zustehenden Raum doch nun tatsächlich nicht bestreiten, die wirklich und eindeutig "besseren" Staaten im Vergleich zu den "prinzipiellen Diktaturen" des Nationalsozialismus und des Kommunismus¹⁾?

Warum hat Karl Barth diese Tatsache im Blick auf das Dritte Reich sehr wohl erkannt und sich damals in Konsequenz seiner Feststellungen in "Rechtfertigung und Recht" und in "Christengemeinde und Bürgergemeinde" bestimmt und eindeutig gegen die prinzipielle Diktatur und für die westliche Demokratie entschieden, sehr wohl bemerkend, daß in dieser auch viele unchristliche Maßnahmen gutgeheißen wurden?

Demgegenüber muß man dann allerdings fragen, weshalb Karl Barth heute auf die Sünden der "prinzipiellen Diktatur" des Sowjetstaates nicht ebenso mit dem Finger zeigt wie auf die Sünden der westlichen Welt²⁾.

Denn laut seiner eigenen Aussage ist jeder Staat, der beginnt,

Kirche zwischen Ost und West - 1949.

Politische Entscheidung in der Einheit des Glaubens - 1952.

Brief an einen Pfarrer in der DDR - 1958.

- 1) Vgl. hierzu A.Schwan, Karl Barths christologische Begründung der Politik, in: Civitas 2/1963, S. 31 ff.
- 2) Karl Barth begründet seine unterschiedlichen Stellungnahmen damit, daß die Gott- und Kirchenfeindlichkeit der atheistisch-kommunistischen Regierungen offen zutage trete, während der Nationalsozialismus Christentum und Kirche unter Proklamation eines "nationalen Jesus" für seine Zwecke verwenden wollte. Damals hätte es gegolten, die evangelische Kirche vor der Gleichschaltung mit dem nationalsozialistischen Regime zu bewahren, heute gelte es, die evangelische Kirche vor einer unchristlichen Verteufelung des Marxismus zu warnen.
Vgl. A.Schwan, a.a.O., S. 65 f.

"Liebe" zu fordern, welche nur Gott zustehe - und "Liebe", d.h. den ganzen Menschen fordert die kommunistische Ideologie doch nun wahrhaftig - ein Unrechtsstaat, dem in irgend einer Nähe oder Ferne das Tier aus dem Abgrund drohe¹⁾.

Die Widersprüchlichkeit in Karl Barths Ansichten über das aktive Bekennen der Kirche im Hitlerstaat einerseits und das passive Schweigen und Dulden der Kirche im Sowjetstaat und in den Ländern des Ostblocks andererseits hat wohl darin ihre Wurzel, daß Karl Barth - mit aller Vorsicht möge das gesagt sein - den Nationalsozialismus und Faschismus eben doch "verteufelt", jedenfalls gemessen an seiner Einstellung zum Kommunismus²⁾!

Heutzutage erkennt er zwar die große Gefährdung der westlichen Demokratie durch eine mögliche pseudo-christliche Ideologisierung, aber anscheinend unterschätzt er die Gefährdung des Menschen - um den es ihm doch so offensichtlich geht - durch die wahrhaft massive atheistische Ideologie, die sich hinter dem Bolschewismus verbirgt.

Die Fronten der Vorkriegs- und der Nachkriegszeit haben sich für ihn demzufolge auf eine seltsame Weise vertauscht, indem er bis 1945 primär die "Diktaturen", seither primär die "Demokratien" tadelte.

Wir beobachten also bei Karl Barth das Phänomen, daß während der nationalsozialistischen Diktatur die Mitverantwortung der christlichen Gemeinde im öffentlich-bekennenden, aktiven Zeugnis gesehen wurde - Karl Barth hat gerade dazu geraten -, während den christlichen Staatsbürgern unter kommunistischer Herrschaft passives, schweigendes Zeugnis unter Beschränkung auf die innerkirchlichen Aufgaben und unter Verzicht auf öffentliches Eintreten für ihren Glauben empfohlen wird. Obgleich diese einander diametral entgegengesetzten Verhaltensweisen in ganz offensichtlich politisch analogen Situationen zutiefst befremden, entspringen sie doch gemeinsam Karl Barths theologischem Ansatz und gehören somit

1) Vgl. Rechtfertigung und Recht, S. 42.

2) Man lese als ein Beispiel, das diese Behauptung bestätigt, den Aufsatz: "Die Kirche zwischen Ost und West", Theologische Existenz Heute, NF 17, 1949. Siehe speziell S. 14: "... Es entbehrt nun wirklich alles Sinnes, wenn man den Marxismus mit dem "Gedankengut" des Dritten Reiches, wenn man einen Mann von dem Format (!) von Joseph Stalin mit solchen Scharlatanen, wie Hitler, Göring, Heß, Goebbels, Himmler, Ribbentrop, Rosenberg, Streicher usw. es gewesen sind, auch nur einen Augenblick im gleichen Atem nennen wollte...".

zusammen, entsprechen sie genau der aktiv-mitverantwortlichen bzw. der passiv-mitverantwortlichen Haltung des christlichen Bürgers, von der eingangs die Rede war.

Damit rücken in Karl Barths Urteil (seit 1945) durch eine fast schon unbegreifliche Nachsicht, die er dem sowjetischen Totalitarismus entgegenbringt, und eine allzu ungerechte Kritik am Westen die Grenzen der Demokratie und der Diktatur so eng aneinander, daß im Rechtsstaat des Westens - in seiner Sicht - überspitzt die Spuren des Unrechtsstaates sichtbar werden - auf daß er nur ja nicht "vergöttlicht" werde! - während umgekehrt im Unrechtsstaat des Ostens allzu deutlich die Spuren des Rechtsstaates sichtbar werden - auf daß er nur ja nicht "verteufelt" werde!

Es trifft für die politischen Beiträge Karl Barths zum Ost-West-Konflikt in erstaunlicher Weise das zu, was er einmal im "Römerbrief" sagt:

"Denn es vollzieht sich unser ganzes anschauliches Tun notwendig als Bejahung oder als Verneinung eines Bestehenden und eben damit sind wir schon im Unrecht. Wir haben unseren Standort irgendwo in einer der auf diesem Boden möglichen Positionen und Negationen und müssen es unweigerlich büßen, daß alle Positionen und Negationen auf diesem Boden relativ sind"¹⁾.

Genau in dieser Richtung liegt auch die Gefahr der Bruderschaften: nämlich in einer Überschätzung des rechtsstaatlichen Wollens der kommunistischen Welt - in ihrem derzeitigen Zustand jedenfalls - und in einer Unterschätzung der rechtsstaatlichen Wirklichkeit der westlichen Demokratien.

Gerade wenn man die Unterscheidung innerweltlichen Tuns und christlicher Existenz durchhält, gerade wenn man alles politische Handeln radikal christlich in Frage stellt, müßte man doch erkennen, daß der Ruf "Sehet den Menschen" - trotz des politischen und militärischen Mittels der Atombombe! - in den westlichen Demokratien auf einen eindeutig und ungleich größeren Widerhall stößt als im östlichen Totalitarismus.

Um die sehr entschiedene Kritik der Vertreter einer Theologie von der Königsherrschaft Christi an der Zwei-Reiche-Lehre andeutungsweise vorwegzunehmen, sei darauf verwiesen, daß zwar der von Karl Barth und seinen Schülern konsequent durchgeführte christologi-

1) Der Römerbrief, S. 473.

sche Ansatz ein theologisch neuartiger ist, daß aber dieser "Einheitsbezug", in dem alles zusammenfällt, was heilageschichtlich "als Nacheinander in Erscheinung tritt", "was heilageschichtlich in Polaritäten auseinandertritt", im "decretum absolutum" Calvins vorgebildet ist, dessen Denkweise eine entschieden andere genannt werden muß als die Luthers¹⁾. Man vermag zwar die Zwei-Reiche-Lehre christologisch umzudeuten und damit die Barriere des Konfessionalismus zu durchbrechen, aber sie würde dann wohl doch in dem von Calvin sich herleitenden Ansatz aufgehen und von diesem überwölbt, wozu sich viele lutherische Theologen offensichtlich nicht bereit finden, weil man diese Schwierigkeiten erkannte, bestand auf der Tagung der Bruderschaften im Oktober 1957, als es um das Problem der Königsherrschaft Christi ging, die Bereitschaft, "die Lehre von den beiden Reichen (zugunsten von Barmen II) vorläufig zu suspendieren"²⁾.

Die Herleitung des Barth'schen Ansatzes aus dem decretum absolutum Calvins zeigt sich insofern, als auch bei diesem Staat und Kirche zwar zwei völlig verschiedene, aber zugleich "unmittelbare Äußerungen der Herrschaft Gottes"³⁾ sind. Der Staat ist somit keine "nachträgliche Not-Institution", sondern eine "providentielle a priori-Institution"⁴⁾.

"Da nun der Kirche das Wort Gottes anvertraut ist - jenes Wort also, in dem Gott die Souveränität seines Willens über beide Bereiche und zugleich seine Absicht bezeugt, daß beide seiner Ehre dienen sollen - , so fällt der Kirche damit das Amt zu, über dieser Bestimmung des Staates und über sein Innestehen in jener Analogie zu wachen"⁵⁾.

Das Verständnis des Verhältnisses von altem und neuem Testament und von Gesetz und Evangelium ist damit bei Calvin ein entscheidend anderes als bei Luther.

Indem nämlich im decretum absolutum "Vorsehung und Erwählung - Bürgergemeinde und Christengemeinde - Weltgeschichte und Heilsgeschichte - Gesetz und Evangelium" zusammenschießen, wird Christus zum "Ausführer jenes Dekrets".

1) Vgl. hierfür H. Thielicke: Theologische Ethik II, 2. Ethik des Politischen, Ziffer 4008 ff.

2) Königsherrschaft Christi, S. 62.

3) Thielicke, a.a.O., Ziffer 4008.

4) Vgl. Ziffer 4045 ff.

5) Thielicke, Ziffer 4009.

"Er ist nicht der Bringer eines novum foedus, sondern nur der Vollzieher eines aeternum pactum"¹⁾.

Während nach lutherischer Auffassung der Staat als Folge des Sündenfalls in Erscheinung tritt und primär den Auftrag hat, das drohende Chaos mit den Mitteln der gefallenen Welt abzuwehren, treten Staat und Kirche bei Calvin aus dem gemeinsamen Ursprung des decretum absolutum hervor: das erklärt die Tatsache, daß beide aufeinanderhin angelegt, aufeinander zugeordnet sind.

"Denn der Wille Gottes kann sich selbst nicht widersprechen. Demgegenüber gehört es zum Herzstück der lutherischen Lehre, daß Gott sich selbst widerspricht, daß er seinem Gericht mit der Gnade, seiner Heiligkeit mit der Liebe widerspricht"²⁾.

Karl Barth bestimmt nun seinen Analogiebegriff nicht vom "Ursprung" des decretum absolutum, nicht von Gott dem Schöpfer her, sondern von der "Aktualisierung des Dekrets" im Zentrum des Sohnes - des Versönners. Auch Karl Barths Bild vom kleineren Kreis der Christengemeinde im weiteren Kreis der Bürgergemeinde bedeutet eine Um- und Weiterbildung des Ansatzes Calvins, der als echten, wahren nur den christlichen Staat vor Augen hatte und für den sich, laut Thielicke, "als graphische Darstellung eher das Bild zweier kongruenter, übereinander gelagerter Kreise eignen" würde³⁾.

Ja, der Calvinismus fordert sogar, völlig im Gegensatz zu Karl Barth, eine christliche Gestalt des Staates, und er drängt auf den Öffentlichkeitsanspruch des christlichen Bekenntnisses⁴⁾.

Ähnlich wie bei Calvin rücken jedoch auch bei Barth Gesetz und Evangelium eng zusammen.

"Genauso wie das Gesetz schon den gnädigen Gott predigt und also Evangelium in sich trägt, hat auch das Evangelium nun seinerseits die Züge des Gesetzes, denn es fordert mich"⁵⁾.

Ganz in diesem Sinne kann Karl Barth in seiner KD folgendes formulieren:

"Eben das Evangelium selbst und als solches hat die Form und Gestalt des Gesetzes. Das eine Wort Gottes ist Evangelium und Gesetz: kein Gesetz für sich und unabhängig vom Evangelium, aber

1) Thielicke, vgl. Ziffer 4045 ff.

2) Ebenda.

3) Ziffer 4200.

4) Vgl. Ziffer 4180.

5) Vgl. Ziffer 4126 ff.

auch kein Evangelium ohne Gesetz. Es ist Evangelium nach seinem Inhalt, Gesetz nach seiner Form und Gestalt. Damit wird nun aber sichtbar, daß zum Aufgabenkreis wie der Dogmatik überhaupt so auch schon der Gotteslehre auch die Ethik gehört¹⁾.

Die Forderung nach strenger, unauflöslicher Zusammengehörigkeit von "Zuspruch" und "Anspruch" der christlichen Botschaft, die wir bei den Bruderschaften bemerken können, und ihre theologisch zu verstehende These, daß auch politisches Handeln immer Gott bekenndes Handeln sei, werden damit abschließend nochmals als theologisch legitim verdeutlicht und bestätigt. Es wird außerdem klar, daß eine theologische Denkweise, die so sehr die liebende Erhaltung des Geschöpfes und der Schöpfung durch Gott den Versöhner in den Mittelpunkt stellt, eine mögliche absolute Vernichtung dieser Schöpfung und ihrer Geschöpfe durch den Menschen ersonnene Mittel als Hohn auf den göttlichen Erhaltungswillen und damit als "Verleugnung der drei Glaubensartikel" empfindet. Da der Geist, der diese Vernichtungsmöglichkeit nur denken konnte, der Mitmenschlichkeit, deren Maßstab die Menschlichkeit Christi ist, genau entgegensteht, ist es nur konsequent, Herstellung, Bereithaltung und Einsatz nuklearer Waffen abzulehnen und diese Ablehnung - der Pflicht des christlichen Bürgers folgend - als Bekenntnis zu formulieren.

Hinzu kommt, daß sich das Leben unter einem totalitären Regime diesem theologischen Denken nicht als unzumutbar darstellt, weil auch der Unrechtsstaat den Keim zum Guten in sich birgt, weil auch er zu Gottes Ruhm beiträgt und von Christi erhaltender Geduld getragen wird. Es ist möglich, in einem solchen Staat als Christ zu leben und ihm durch Fürbitte als Bürger zu dienen, es ist hingegen völlig ausgeschlossen, mit Kernwaffen zu drohen und sie anzuwenden und sich dennoch Christ zu nennen.

Obgleich das soeben Gesagte - aus der Sicht der Bruderschaften - völlig eindeutig erscheint und gemeint ist, ist es wieder ihr Lehrer Karl Barth selbst, der jede Eindeutigkeit des Ethos in die dialektische Spannung zurücknimmt, die sich aus der stets durchzuhaltenden christlichen "Wachsamkeit" gegenüber konkretem innerweltlichem Tun ergibt.

"Eben das ist die Absolutheit der christlichen Ethik, daß sie in

1) Karl Barth, KD, II, 2, S. 567 f.

ihrem Wesen ganz und gar nur in einer Frage und in ihrer Entfaltung ganz und gar nur in Fragen besteht, in solchen Fragen, auf die nur Gott selbst die Antwort sein kann" ¹⁾).

Wenn die Bruderschaften und die ihnen nahestehenden Theologen die Eindeutigkeit ihrer theologischen und ethischen Aussagen im Hinblick auf die atomare Bewaffnung der BRD ebenfalls in diesem Sinne als Frage verstehen, die ja immer zugleich die Bereitschaft zur Selbstprüfung nach sich zieht, besteht für uns alle wahrlich genug Veranlassung, uns durch ihre eingangs zitierten Thesen und die Frankfurter Theologische Erklärung immer erneut "gefragt sein" zu lassen.

e) Exkurs: Die Diskussionsbeiträge von Heinrich Vogel und Martin Niemöller

Das Erscheinen Martin Niemöllers und Heinrich Vogels auf öffentlichen Kundgebungen, die in Verbindung mit der Kampagne "Kampf dem Atomtod" stattfanden, erregte meist extrem positiven bzw. extrem negativen Widerhall. Es stellte genau die praktische Konsequenz dessen dar, (bzw. war als die praktische Konsequenz dessen gemeint), was die Bruderschaften in der Atomfrage als politisches Handeln im Gehorsam gegen Christi Gebot verstanden wissen wollten ²⁾.

Die Verwirrung, welche aber nun gerade die Reden dieser beiden Theologen auslösten, äußerte sich im allgemeinen in zwei genau gegeneinanderstehenden Behauptungen: Man unterschob sowohl Niemöller als auch Vogel entweder einen massiven Mißbrauch des Evangeliums zugunsten parteipolitischer Propaganda, oder man bezeichnete sie als völlig irreale theologische Schwärmer.

Die erste Unterstellung macht deutlich, daß sich das Problem der atomaren Bewaffnung in der Öffentlichkeit noch gar nicht als mögliches theologisches Problem gestellt hatte, und zwar als spezifisch theologisches Problem im Gegensatz zu einer allgemein ethi-

1) Karl Barth, Römerbrief, S. 449.

2) Ich zitiere folgende drei Beiträge Martin Niemöllers nach gesondert gedruckten Einzelheften des Stimme-Verlages:

Martin Niemöller, Zur atomaren Rüstung, 1959;

Niemöllers Kasseler Rede, 1959;

Gottes Gebot im Atomzeitalter, 1958;

Die Kasseler Rede findet man auch in: Martin Niemöller, Reden 1958 - 61.

schen, sehr eng mit politischem Ermessen verknüpften Frage; die zweite Behauptung manifestiert hingegen ein erstaunliches Unverständnis in theologischen Dingen, bzw. eine große Gedankenlosigkeit theologischen Problemen gegenüber. In beiden Fällen zeigte sich in erschreckendem Ausmaß die tiefe Kluft, die Politik und "Christlichkeit" in der Atomfrage trennt, "Christlichkeit" wohl-gemerkt nicht als religiöses Gefühl verstanden, das im Gefolge politischer oder wirtschaftlicher oder kultureller Vernunft einhergeht, sondern Christlichkeit verstanden als den Menschen bindender Anspruch der christlichen Botschaft einschließlich der Bergpredigt.

In einem zugestandenermaßen unbequemen und aggressiven "Mahn- und Weckruf" liegt das Verdienst der unermüdlich den gleichen Inhalt wiederholenden und variierenden Reden Martin Niemöllers und Heinrich Vogels.

Doch die Form und die Zusammenhänge, in denen beide der Forderung des Evangeliums Geltung zu schaffen suchten, mußten zu Mißverständnissen führen und Kritik hervorrufen.

Während die Bruderschaften präzise und leidenschaftslos ihre Ansichten begründet hatten, während die Synodalbeschlüsse der EKD und der Landeskirchen praktisch "in Stellvertretung" Worte der "Gemeinde" zum Ausdruck brachten¹⁾, während Helmut Gollwitzer seine Meinung innerhalb einer theologischen Schriftenreihe ausführlich motiviert und dargestellt hatte, haftete besonders den Reden Martin Niemöllers, die in sehr temperamentvoller Weise provozierende Thesen nebeneinanderstellten, ohne deren theologische Basis zu verdeutlichen, etwas Streitsüchtiges und Mißverständliches an.

Dies und der absolut nicht eindeutige Charakter der Kampagne "Kampf dem Atomtod", der sich beide Theologen zwar mit bester Absicht zur Verfügung stellten, trugen dazu bei, daß ihre Stellungnahmen nicht klärten und damit die Situation versachtlichten und die öffentliche Aufregung mäßigten, sondern die Lage im Gegenteil

1) "Die Christengemeinde handelt auch dann im Sinn und in den Grenzen ihres Auftrags und ihrer Kompetenz, wenn sie durch den Mund ihrer presbyterialen und synodalen Organe in wichtigen Situationen des politischen Lebens durch besondere Eingaben an die Behörden oder durch öffentliche Proklamationen sich zu Worte meldet."

Karl Barth: "Christengemeinde und Bürgergemeinde", S. 40.

noch mehr erhitzten und verwirrten.

In theologischer Hinsicht bringen weder die Beiträge Martin Niemöllers noch die zahlreichen Reden und Aufsätze Heinrich Vogels etwas bemerkenswert Neues.

Sie schließen sowohl die Ausführungen Helmut Gollwitzers als auch die der Bruderschaften über die sündhafte Beschaffenheit der nuklearen Waffen und die sich daraus ergebenden Folgen für das politische Handeln der Christen im Glaubensgehorsam ein.

Man kann ihr öffentliches Auftreten während der Atomdiskussion durchaus nicht als das theologischer Einzelgänger bezeichnen. Sie exponierten sich indessen dadurch, daß sie ihr Augenmerk ausschließlich auf die Atomwaffenfrage richteten und - ähnlich wie Karl Barth in seinen politischen Schriften - den Westen und die Bundesrepublik zur Selbstkritik riefen, ohne der kommunistischen Gefahr eine gleich starke Aufmerksamkeit zu schenken. Diese inhaltlichen Schwerpunkte verbanden sich mit einem sehr einfachen, leicht faßbaren und daher schlagkräftigen Stil, der seine Wirkung nicht verfehlte, zumal der Mehrzahl der Zuhörer das sehr komplexe theologische Anliegen, das hinter Ausdrücken wie: "praktischer Atheist" - "Vehikel des Nihilismus" - "Vehikel des Dämonischen" - stand, keineswegs klar war und auch gar nicht klar sein konnte¹⁾.

Es war also nicht erstaunlich, daß Niemöllers und Vogels Reden propagandistisch ausgewertet wurden, weil sie eine absichernde Erklärung einfach schuldig blieben.

Der Standpunkt Heinrich Vogels zum Problem der Herstellung, Bereithaltung und Verwendung nuklearer Waffen, der uns in zahlreichen Vorträgen, welche er in Frankfurt, Prag, Warschau und Tokio gehalten hat, verstreut vorliegt, konzentriert sich in seinen 60 Thesen. Es genügt daher, ganz kurz auf diese einzugehen²⁾.

Sie sind weitgehend in Anlehnung an die uns bekannten Auffassun-

1) "Das heißt, wer für diese Dinge eintritt oder diesen Dingen gegenüber neutral ist, der ist, wenn man die Konsequenzen aus dieser Aussage zieht, der ist, und wenn er sich tausendmal einen Christen nennt, ein praktischer Atheist. Der verleugnet den Vater und verleugnet den Sohn und verleugnet den heiligen Geist."

Martin Niemöller: "Was sagt die Kirche zur atomaren Rüstung?" Rede, gehalten am 23. September 1958 in der Katharinenkirche in Frankfurt am Main, S. 18.

2) H. Vogel, Um die Zukunft des Menschen im atomaren Zeitalter, S. 20 ff. - Vgl. Vogels übrige Beiträge in der Literatur.

gen Gollwitzers und der Bruderschaften formuliert und setzen lediglich einige Nuancen anders.

So ist z.B. für Heinrich Vogel bereits die Möglichkeit christlich unausdenkbar, daß der Mensch seinem Mitmenschen und geschöpflichem Leben überhaupt mit der atomaren Kraft derart Ungeheuerliches zufügen könne¹⁾.

Herstellung und Bereithaltung nuklearer Kriegsmittel befinden sich für ihn darum auf der gleichen Ebene des absolut Sündhaften wie ihre Anwendung²⁾. Heinrich Vogel gelangt aus diesem Grunde zu den sehr pointierten Formulierungen der Thesen 13 bis 17, in denen er die Massenvernichtungsmittel als "Vehikel des Nihilismus" und als "Vehikel des Dämonischen"³⁾ bezeichnete und (in These 20) die Abschreckung einen "Wahn" nannte, "als ob man die Sünde mit einer Sünde und den Teufel mit einer Teufelei bekämpfen könne"⁴⁾.

Indem H. Vogel bereits die Möglichkeit, den Menschen "als Objekt von Massenvernichtungsmitteln auch nur denken zu wollen"⁵⁾, qualitativ dem Abwurf einer Atombombe gleichstellt, bleibt ihm natürlich keinerlei Spielraum, in welchem die Faktoren der bereithaltenden Abschreckung und der Drohung und des begrenzten bzw. des abgestuften Einsatzes atomarer Waffen, mit denen die Politik in Ost und West gleichermaßen rechnet, Platz finden könnten.

Er zieht deshalb in den Thesen 12 und 40 auch die Konsequenzen aus seinen Einsichten, indem er schreibt:

These 12:⁶⁾

"Wollte jemand fragen, ob auch der Satz gelten sollte: 'Lieber Sklave als Massenmörder', so ist diese Frage zu bejahen, da nichts so zu fürchten ist wie die Sünde, und derjenige wahrhaft frei sein wird, der die Sünde mehr fürchtet als die Sklaverei."

These 40:⁷⁾

"Die Gemeinde Jesu Christi müßte in der Wahrnehmung ihrer prie-

1) These 1 (a.a.O., S. 20).

2) Das ist zwar auch bei den Bruderschaften der Fall, wird bei ihnen jedoch nicht derart stark betont wie bei Heinrich Vogel, der sich bei seiner Interpretation der Kategorie der Möglichkeit, welche zugleich die Kategorie der Angst und des Dämonischen umfaßt, sehr stark an Kierkegaard anlehnt.

3) a.a.O., S. 22.

4) a.a.O., S. 23.

5) a.a.O., S. 20.

6) a.a.O., S. 22.

7) a.a.O., S. 26.

sterlichen politischen Verantwortung für den Menschen des Atomzeitalters auch einen ihr aufgenötigten Ausschluß des Christen von staatlichen Ämtern und politischen Funktionen auf sich zu nehmen bereit sein."

Genau die gleiche Meinung vertrat Martin Niemöller wiederholt in seinen Stellungnahmen während der Atomdiskussion. "Die Frage heißt, was wir als Christen verantworten können, und nicht, was der Staatsmann verantworten kann; denn ob wir als Christen noch Staatsmann sind und sein können, das hängt an der Frage, ob ich als Staatsmann entschlossen bin, als letzte Frage bei dem, was ich tue oder lasse, zu fragen: Herr Jesus Christus, was willst du, daß ich jetzt tun soll"¹⁾?

Wie Niemöller diese Frage für sich und die christliche Gemeinde beantwortet, ist uns bekannt, zumal er nicht nur wie Gollwitzer eine Teilnahme der Christen am atomaren Krieg scharf ablehnt, sondern zu der "vorkonstantinischen", "urchristlichen" Grundhaltung zurückgefunden hat, die jedem Krieg mit prinzipiellem Mißtrauen begegnete.

Das Jahr 1954 bedeutet für ihn den entscheidenden Einschnitt, da sich ihm die Frage nach der Bedeutung der Bergpredigt im Leben eines Christen völlig neu gestellt hat. D.h. der Zeitpunkt, zu dem es der Menschheit möglich wurde, nicht nur Leben, sondern das Leben zu vernichten, bot sich ihm als eine völlig neue Situation dar, für welche die traditionellen Begriffe und die herkömmlichen Denkweisen plötzlich nicht mehr zutrafen und ihren relativ positiven Sinngehalt verloren.

"Ich bin seit 1954 theologisch etwas anderes, als was ich vorher war. Ich glaube nicht, daß heutzutage noch jemand das Recht hat, von Waffen zu sprechen und so oder so die Möglichkeit der Anwendung von Waffen in Rechnung zu stellen"²⁾.

Martin Niemöller ist damit wohl der einzige deutsche Theologe, der auf öffentlichen Kundgebungen unermüdlich die Frage nach der Bergpredigt stellte, der mit Entschiedenheit das konstantinische Zeitalter als abgelaufen betrachtete³⁾ und der den ihm zuhörenden

1) Martin Niemöller, Gottes Gebot im Atomzeitalter, S. 15.

2) Ebenda, S. 6.

3) "Wir sind eben an einem Ende angelangt, das Jahr 1954 bedeutet irgendwo ein Ende... Wenn dies das Ende ist, ist dann der Weg zu diesem Ende hin ein richtiger, ein rechter Weg gewesen?"

Menschen das Phänomen begreiflich zu machen suchte, daß die Worte, mit denen wir sprechen, und die Begriffe, mit denen wir gleichsam gedankenlos umgehen, heute anderes zum Ausdruck bringen als ehemals.

"...Krieg ist ja nicht mehr Krieg. Das, was wir heute Frieden nennen, ist ja schon Krieg, wenn es der Frieden mit der Atom- und Wasserstoffbombe ist. Wir leben mitten im Kriege... Und weil das Wort Krieg seine Bedeutung vollkommen verändert hat, stimmt auch das Wort Frieden nicht mehr. Und weil es eine Atomwaffe gibt, stimmt auch das Wort Verteidigung nicht mehr.... In dieser Welt leben wir heute, und es nimmt uns natürlich Zeit, umzulernen und Gedankenverbindungen, die sich bei uns von alleine einstellen, loszuwerden, mit denen wir und unsere Vorfahren durch Jahrtausende gelebt haben und die alle plötzlich im Verlauf eines Jahrzehntes ungültig geworden sind"¹⁾.

Diese zweifellos richtigen Gedanken und das starke persönliche Engagement, das aus allen seinen Reden und Vorträgen spricht, verdienen unbedingt Respekt, und nichts war bössartiger, als Martin Niemöller und Heinrich Vogel pro-kommunistische Tendenzen zu unterstellen, wie es vielfach geschehen ist. Ihr Optimismus dem kommunistisch-ideologischen Denken und ihr Pessimismus dem westlich-ideologischen Denken gegenüber liegen auf der gleichen Ebene, die wir bereits in Verbindung mit Karl Barths politischen Schriften andeuteten.

Ihre Forderung, im Ernstfall lieber Knechtschaft zu ertragen, als sich an einem atomaren Krieg zu beteiligen, hat gar nichts mit Vorliebe für das kommunistische Regime zu tun, sondern ist das konsequente Ergebnis einer Auffassung, die von der sündhaften Beschaffenheit der ABC-Waffen her denkt und für die Möglichkeit und Wirklichkeit ihres Einsatzes qualitativ das Gleiche darstellen. In dieser Hinsicht sind weder Niemöller noch Vogel zu tadeln, es sei denn, man streite die Richtigkeit der Voraussetzung ihrer Gedanken ab.

Man wird jedoch zustimmen, daß das beispielhafte Verhalten der christlichen Gemeinde den nuklearen Waffen gegenüber, welches sie

Oder ist nicht der ganze Weg falsch gewesen, weil er nämlich zu diesem Ende führt?"

Niemöllers Kasseler Rede, S. 12/13.

- 1) Martin Niemöller, Was sagt die Kirche zur atomaren Rüstung? S. 13/14.

fordern, für die gegenwärtige politische Lage nur wenig hilfreich ist. Die Politik hört auf, wo die Verwirklichung ihrer Forderungen beginnt. Daß sowohl Vogel wie auch Niemöller diese Tatsache im Grunde klar erkannt haben, beweist der zitierte Wortlaut von These 40 H. Vogels und die diesem entsprechenden Äußerungen M. Niemöllers. Beide Textstellen besagen klar, daß es ihnen gar nicht primär um die atomare Bewaffnung der Bundeswehr ging. Denn: "Wenn ich mich selbst vor dem Angesicht Gottes nicht als den Menschen denken darf, der eine Atombombe konstruierte, ihren Abwurf beföhle oder sie abwürfe, so darf ich auch keinen anderen als diesen Menschen denken"¹⁾.

Diese Worte können doch wohl nur als ein alle Christen betreffender Anspruch verstanden werden und gehen nicht nur deutsche Politiker, deutsche Soldaten und deutsche Staatsbürger etwas an. Mit Recht wurde daher die Einschaltung von Martin Niemöller und Heinrich Vogel in der Anti-Atomtod-Kampagne als ärgerlich empfunden.

Erstens wurde es in dem Augenblick möglich, beide Theologen als "Aushängeschilder" der SPD zu betrachten, weil die SPD schließlich der Initiator dieser Aktion war.

Zweitens entwickelte sich diese Kampagne, wie wir gesehen haben, unter dem Einfluß kommunistischer Tarnorganisationen in einer Weise, die das politisch-christliche Anliegen von Niemöller und Vogel bei vielen verdächtig machte. Drittens brachten sie ihre Forderungen teilweise in einer Form vor, die ihren theologischen Anspruch unerträglich gestaltete.

Dabei steht allerdings die Auseinandersetzung mit Martin Niemöller im Vordergrund, weil Heinrich Vogel sich wesentlich geschickter verhielt und das, was er in Deutschland sagte, ebenso in Warschau, Prag und Tokio an die Adresse aller Christen richtete²⁾.

Für die Auseinandersetzung mit Martin Niemöller sei auf drei Ereignisse verwiesen, die eine Kritik an der Art seines Vorgehens rechtfertigen sollen. Es handelt sich einmal um eine Rede, die Niemöller auf mehreren Kundgebungen des Arbeitsausschusses "Kampf dem Atomtod" gehalten hat.

An dem Wortlaut dieser Rede entzündete sich ein Streit mit dem Präses der Landessynode der EKD von Hessen und Nassau Dr. Wilhelm,

1) H. Vogel, a.a.O., These 18, S. 22.

2) H. Vogel, vgl. a.a.O., S. 5 ff, S. 13 ff, S. 163 ff, S. 181 ff.

der auf einer a.o. Synodaltagung Anfang Dezember 1958 jedoch beigelegt werden konnte.

Den dritten "Stein des Anstoßes" bildete Niemöllers "Kasseler Rede" mit dem Titel "Sie wissen, was sie tun!" am 25. Januar 1959.

In der ersten Rede, die "Wehrt euch gegen den Atomtod!" betitelt ist, stehen im Zusammenhang mit der Ablehnung atomarer Waffen in der Hand eines Christen folgende Sätze:

"Es ist Lästerung Gottes, wenn Menschen sich anmaßen, über Leben und Sterben der Menschheit entscheiden zu dürfen. Daran sich zu beteiligen, ist uns verwehrt; und wer es tut, der ist - auch wenn er sich ein religiöses Mäntelchen umhängt - praktisch ein Atheist. Und die praktischen Atheisten sind gefährlicher als die weltanschaulichen, wie die Wölfe in Schafspelzen gefährlicher sind als die unverkleideten..."¹⁾

Natürlich fühlten sich alle, die nicht Gegner der atomaren Aufrüstung der Bundeswehr waren, von der Bezeichnung "praktischer Atheist" angesprochen oder gar angegriffen, und in theologischen sowie nicht-theologischen Kreisen löste diese Formulierung Empörung aus. Ihretwegen kam es auch zu den Differenzen zwischen Niemöller und Wilhelmi, der solche Worte als Bruch des Synodalbeschlusses: "Wir bleiben unter dem Evangelium zusammen..." und außerdem als "Personalkondemnation" auffaßte. Das war nun gewiß eine übertrieben empfindliche Reaktion, zumal Niemöller auf der Synodaltagung im Dezember 1958 den Sinn seiner Worte klarte, die seiner Deutung nach theologisch das Gleiche aussagen sollten wie die zehnte These der Bruderschaften.

"Ich habe deshalb auch nicht politisch zu den Dingen Stellung genommen, sondern ich habe deutlich zu machen versucht, so gut mir das gelang zu sagen, daß das Umgehen mit diesen Dingen und das Hineinbeziehen dieser Dinge in irgendein Kalkül ein Dreifaches bedeutet, wozu ein Christ sich nicht hergeben darf und soll, weil er in Jesus Christus seinen Herrn hat, und das ist einmal der materialistische Grundzug, der sich hier kundtut; das ist zum anderen der nihilistische Grundzug, der im Rechnen mit solchen Möglichkeiten hervorkommt, und das ist schließlich dieser atheistische Zug.... Ich habe Atheismus nicht moralisch gemeint"²⁾.

1) M.Niemöller, "Wehrt euch gegen den Atomtod", S. 31.

2) M.Niemöller, Gottes Gebot im Atomzeitalter, S. 10/11.

Selbst wenn man Niemöller glaubt, daß er in der Atomfrage unter einem Zwang zur Verkündigung stehe, wenn man ihm ferner darin zustimmt, daß die "Schärfe der Form in der Verkündigung" daran liege, "daß es so furchtbar viel Verharmlosung in der Verkündigung" gebe¹⁾, soll doch die Frage gestellt werden, ob es noch seelsorgerisch ist, in nicht-theologischen Kreisen Worte zu wählen, die von vielen Menschen mißverstanden werden müssen. Der Ton sowie auch die sachlichen Vereinfachungen innerhalb der soeben genannten Rede sind dazu angetan, ihren theologischen Anspruch zu verdunkeln.

In noch stärkerem Maße ist das der Fall in Niemöllers Kasseler Rede, deren Stil wirklich reißerisch genannt werden darf, und der stellenweise dem von Herbert Mochalski verfaßten Flugblatt: "Es geht um Mord" in nichts nachsteht.

Die abermals helle Empörung auslösenden Sätze in dieser Rede überschreiten aber auch tatsächlich die Grenze des Zumutbaren:

"Jedes Mittel, womit man seinen Gegner klein kriegen kann, kann angewandt werden. Und darum ist heute die Ausbildung zum Soldaten, die Ausbildung der Kommandos im zweiten Weltkrieg, die Hohe Schule für Berufsverbrecher. Mütter und Väter sollen wissen, was sie tun, wenn sie ihren Sohn Soldat werden lassen. Sie lassen ihn zum Verbrecher ausbilden"²⁾.

So unkompliziert ist die politische Weltlage und die politische und militärische Situation der Bundesrepublik wahrhaftig nicht, um Politiker und Soldaten, die in ihr nach Niemöllers Ansicht "unchristlich" handeln, pauschal mit der Kategorie "Berufsverbrecher" zu stempeln. "Sünde" und "Atheismus" sind theologische Kategorien, gegen deren Gebrauch, streng genommen, nichts einzuwenden ist, wenn ein Theologe sie in den Mund nimmt und begründet. Ein "Verbrecher" gehört hingegen in das Sachgebiet der Moral, in den Bereich "moralisch wertender" Kategorien, und daher sind diese Worte Niemöllers weder politisch noch theologisch relevant, sondern ganz schlicht eine Entgleisung und klingen recht fatal nach den Mahnungen dessen, der moralisch "besser" ist, zumal wenn ein Pazifist sie ausspricht. Es soll Niemöller keinesfalls unterstellt werden, daß er diese Sätze in dem hier dargelegten Sinn gemeint hat, es sollen jedoch Form und Stil seiner Rede beanstandet wer-

1) Ebenda, S. 13.

2) Niemöllers "Kasseler Rede", S. 5.

den, die zu dieser moralisierenden Wirkung führten, und die einem Theologen von seinem Ruf und Einfluß eigentlich nicht anstehen. Und es soll, da wir den Vergleich mit der sehr gründlich ausgearbeiteten Position der Bruderschaften haben, bezweifelt werden, ob man ein politisch, militärisch und theologisch so komplexes Gebiet wie die Atomwaffenfrage mit einer solchen Naivität behandeln darf, wie es Martin Niemöller und im Grunde auch Heinrich Vogel im allgemeinen zu tun pflegen; denn sie erreichen dadurch nicht sachliche Klarheit, worauf es ihnen ja doch wohl ankommt, sondern das genaue Gegenteil.

f) Die Vertreter einer Theologie der Ordnungen

Motto:

Es kann sein, daß den Menschen eines Volkes in und mit dessen Eigenleben etwas anvertraut ist, das sie.... durch ihre Existenz zu bezeugen den Auftrag haben, das preiszugeben ihnen also nicht erlaubt sein kann.

Karl Barth: KD III, 4, S. 529.

Wenn wir uns nun mit der lutherischen Stellungnahme zur atomaren Aufrüstung zu befassen haben, sehen wir uns einer ähnlichen Schwierigkeit gegenüber wie im vorangegangenen Kapitel: die Konzentration des ethischen Problems auf die Herstellung und Verwendung atomarer Kriegsmittel, die strenge Scheidung zwischen abschreckender Bereithaltung und tatsächlichem Einsatz dieser Waffen und die daraus resultierende Tendenz, eine atomare Aufrüstung zu befürworten, einen atomaren Krieg hingegen im allgemeinen strikt abzulehnen, führen uns hinein in die sehr komplizierte und immer noch im Fluß befindliche Diskussion um die lutherische Zwei-Reiche-Lehre und somit in ein entschieden anderes Verständnis von Gesetz und Evangelium und von Rechtfertigung und Heiligung, als es die Bruderschaften besitzen.

Bei der Herausarbeitung der theologischen Konzeption der Bruderschaften war darum auch bereits auf ihre Ablehnung der Zwei-Reiche-Lehre hingewiesen worden. Umgekehrt sehen sich die Lutheraner in ihren Ansichten über das Atomwaffenproblem immer mit den "christo-

logisch" begründeten Feststellungen der bruderschaftlichen Theologen konfrontiert, und daher tragen ihre theologischen Beiträge zur Frage nuklearer Kriegsmittel ebenfalls einen stark polemischen Zug.

Um beide Positionen wirklich zu begreifen, ist es unumgänglich, auf die Problematik der Lehre von den Zwei Reichen kurz einzugehen. Da sie jedoch ein sehr umfangreiches Thema für sich bildet, da ferner das Schrifttum zu diesem Thema fast unübersehbar ist, müssen wir uns darauf beschränken, uns auf das theologische Verständnis von den "Zwei Regimenten Gottes" derjenigen Theologen zu konzentrieren, die auch zum Problem der atomaren Aufrüstung der Bundeswehr Entscheidendes beigetragen haben.

Dabei wird so vorgegangen, daß im ersten Teil dieses Kapitels in Anknüpfung an das vorangegangene, d.h. als Ergänzung des Standpunktes der Bruderschaften, deren kritische Stellungnahme zur Zwei-Reiche-Lehre anhand eines Beispiels dargelegt wird, das zugleich eine Spielart lutherischer Ordnungstheologie verdeutlicht. Im zweiten Teil wird die Zwei-Reiche-Lehre aus lutherischer Sicht anhand weiterer Beispiele umrissen. Der dritte Teil überträgt die Zwei-Reiche-Lehre auf die atomare Lage, bzw. weist dem Atomwaffenproblem seinen Platz innerhalb der Zwei-Reiche-Lehre zu. Ein Exkurs bringt die Beispiele, welche die Vorwürfe der Bruderschaften rechtfertigen.

Eine ausführliche Kritik am lutherischen Verständnis von den Zwei Reichen Gottes, welche sich besonders gegen die Auswirkung dieser Doktrin in der politischen Praxis wendet und von daher den lutherischen Ansatz zumindest in Frage stellt, liegt uns in der schon vielfach zitierten Schrift von Werner Schmauch und Ernst Wolf vor: "Königsherrschaft Christi - Der Christ im Staat"¹⁾.

Die Thesen, die als Zusammenfassung der Arbeitsergebnisse dieser Tagung vom Oktober 1957 vorliegen, formulieren in fünf Punkten die wesentlichen Probleme, um die es den Bruderschaften ging. Es seien darum der klareren Übersicht halber die wichtigsten Stellen aus den Thesen angeführt:

"1) Wir müssen uns entschlossen von dem Weg abwenden, die Frage nach der Stellung des Christen im Bereich des Politischen durch Entwürfe einer auf Wesen und Sinn des Staates bezogenen

1) Vgl. dort, S. 20 ff.

'theologischen Staatslehre' zu dem Zwecke beantworten zu wollen, daß von daher die einzelnen sittlichen Anweisungen gewonnen werden könnten. Es geht um die Befreiung von einem statisch-institutionellen Denken in überkommenen Schemata (Theologie der Ordnungen usw.). Jenes Fragen nach 'Wesen und Sinn' ist zwar nicht verwehrt, aber es bleibt sekundär und ist auch kein eigentlich theologisches Problem.

- 2) Zugleich sollten wir auch auf den verschiedenartigen Gebrauch der sogenannten Lehre von den beiden Reichen vorläufig verzichten und ihrem Mißbrauch wehren, weil und sofern sie nicht nur das Verharren im institutionellen Denken stärkt, sondern vor allem, weil sie dazu verführt, die Inanspruchnahme des ganzen Lebens durch unseren Herrn (These 2 der Barmer Erklärung) für bestimmte weltliche Bezirke zu suspendieren....

Insbesondere hat jene Lehre heute zu dem Schlagwort von den sogenannten Ermessensfragen geführt, mit dessen Hilfe der Christ von seiner unbedingten Verantwortung für die Welt dispensiert und ihm darüber hinaus das Mitreden in weltlichen Fragen fallweise aus Gründen der 'Zuständigkeit' theologisch verwehrt wird.

- 3) Auch die herkömmliche und selbstverständliche Berufung auf Röm. 13 wird sich bei einer unbefangenen Auslegung nicht aufrechterhalten lassen. In Röm. 13 wird nicht eine Lehre vom Staat ausgesprochen, es wird auch nicht zu einem Untertansein um jeden Preis aufgerufen, wohl aber wird die Gemeinde zu einer durch die Liebe Gottes und die Erwartung seines Reiches bestimmten und begrenzten mitverantwortlichen Loyalität verpflichtet gegenüber der jeweiligen faktischen politischen Macht¹⁾.

Da man sich in bruderschaftlichen Kreisen prinzipiell weigert, die Frage nach "Wesen" und "Sinn" des Staates und nach den "politischen Ordnungen" als theologische Frage zu begreifen, verstehen wir den Vorwurf, der den Lutheranern immer wieder gemacht wird, daß es ihnen nämlich nur darum möglich sei, Dogmatik und Ethik zu trennen und damit der Ethik des Politischen einen Eigenbereich zuzuweisen, weil sie eben doch - trotz aller Leugnung dieses Tatbestandes - einen heimlichen Pakt mit der "natürlichen Theologie"

1) a.a.O., S. 65/66.

geschlossen hätten. Und gegen diesen Pakt, gegen dieses fundamentale Mißverständnis des römisch-katholischen Christentums wendet sich ja die gesamte Theologie Karl Barths. Aus diesem Grunde betont Ernst Wolf, daß die lutherischen Theologen fast alle vom Staat und sogar von seinem Verhältnis zum Herrenwillen Gottes theologisch handeln könnten, ohne daß dabei zunächst auch von Jesus Christus die Rede sei¹⁾. Ernst Wolf beschränkt sich nun nicht etwa darauf, die entartete Ordnungslehre des Neuluthertums zu verurteilen, die ihm und den bruderschaftlichen Theologen unter dem Einfluß ihres Lehrers Karl Barth zunächst zum Anlaß wurde, die reformatorischen Bekenntnisschriften danach zu befragen, was sie über den Staat und seine Problematik auszusagen hätten, sondern er ist grundsätzlich der Ansicht, daß Luthers Lehre von den zwei Reichen, die beide als "corpora mystica" dem "regnum Christi" zugehören, im Ansatz steckengeblieben und somit unausgebildet geblieben sei. Während die Reformation in ihrer Auseinandersetzung mit dem "Papsttum" den Begriff der Kirche aus den Bindungen institutionellen Denkens befreit und ihn biblisch von seinem christologischen Zentrum her neu erfaßt habe, sei sie bei ihrer Bestimmung christlichen Handelns in der Welt herkömmlichem Denken verhaftet geblieben²⁾. Ernst Wolf betrachtet also die "Traditionslast" der lutherischen Ethik von der Politik in doppelter Weise als verhängnisvoll: einmal in den Verfälschungen des lutherischen Ansatzes, die uns in der Zwei-Reiche-Lehre der lutherischen Orthodoxie und des Neuluthertums vorliegen und zum anderen im "Grundansatz" selbst, "d.h. bei ihrer dem Neuen Testament völlig fremden Fragestellung nach Wesen und Stiftung des Staates"³⁾. Er sieht hier "illegitimerweise Reste einer der katholischen philosophia perennis entsprechenden Ontologie des Staates"⁴⁾. Die besondere Kritik gilt dabei der Interpretation von Röm. 13. Die Reformationszeit habe keine eigene "reformatorische" Auslegung von Röm. 13 hervorgebracht, sondern man habe gemäß der Tradition diese Bibelstelle ontologisch interpretiert⁵⁾. D.h. man habe sie nicht als "Ermahnung" des Apostels an die christliche Gemeinde, sondern als "allgemein gültigen Grundsatz" verstanden,

1) a.a.O., S. 23.

2) Vgl. a.a.O., S. 24.

3) a.a.O., S. 37.

4) Ebenda.

5) Vgl. a.a.O., S. 37/38 ff.

als Aussage über die "schöpfungsmäßige Setzung der Staatsgewalt" und d.h. als Aussage über Ursprung und Wesen des Staates. Demgegenüber geht die Tendenz (auch in lutherischen Kreisen) neuerdings dahin, die Paulusstelle so zu verstehen, daß sie "eine Weisung für das Verhalten des Christen im Bereich faktischer staatlicher Wirklichkeit in der üblichen politisch-technischen Terminologie" gebe¹⁾.

Damit verschiebt sich aber die Frage nach Wesen und Sinn des Staates hin zu der ganz anderen Frage nach der Aufgabe des Staates und nach der "Gehorsamsforderung" an den christlichen Bürger. "Das bedeutet dann, konkret nach der Stellung der Christen in 'seinem' jeweiligen Staat zu fragen"²⁾.

Zu welchen Konsequenzen eine solche Deutung führt, ist im vorangegangenen Kapitel dargestellt worden; und man wird sicher, ohne zu übertreiben, sagen können, daß ein Aufgreifen und Weiterbilden der lutherischen Aussagen über den Staat im Sinne Ernst Wolfs die Lehre von den Zwei Reichen so "verschieben" bzw. so "zurechtrücken" würde, daß sie in dem christologischen Ansatz Barths und der Bruderschaften verschwinden müßte. Denn daß das weltliche Reich in das kritische Licht des geistlichen gerückt sei³⁾, behaupten ja auch die Vertreter einer Theologie der Ordnungen und führen für ihre These ebenso die Bedeutung und Wirksamkeit der Bergpredigt im Leben des einzelnen Christen an wie die Bruderschaften⁴⁾.

Es wird also in der Tat sehr schwer sein, "die notwendige Befreiung von einem institutionellen und ideologischen Denken", dessen Ursache die "dogmatisierte Zwei-Reiche-Lehre"⁵⁾ darstellt, zur Befriedigung der bruderschaftlichen Kreise und der lutherischen Theologen durchzuführen.

In einem zusammenfassenden Überblick beanstandet Ernst Wolf "zwei Grundformen", die "den Staat als Stiftung und Ausdruck des Herrenwillens Gottes" interpretieren⁶⁾:

"1) Die eine ist durch den Gedanken von Schöpfung und Ordnung bestimmt und sucht den Staat vom Schöpferwillen her zu begrei-

1) a.a.O., S. 39.

2) a.a.O., S. 41.

3) a.a.O., S. 44.

4) Vgl. Werner Schmauch, Reich Gottes und menschliche Existenz nach der Bergpredigt in: Königsherrschaft Christi, S. 5 ff.

5) a.a.O., S. 49.

6) a.a.O., S. 23.

fen,

- a) als 'Schöpfungsordnung', wobei entweder anthropologisch das Verständnis des Menschen als animal sociale oder der Gedanke des Volkes bzw. Volkstums als soziologischer Schöpfungsgröße den entscheidenden Ansatz für die Entfaltung einer Staatstheorie bilden,
oder
- b) eine 'trinitarisch' gefaßte Erhaltungsordnung das Fundament abgibt,
oder
- c) der Staat als infralapsarische Notordnung heilsgeschichtlich begriffen wird.

Es begegnen auch Kombinationen aus diesen drei Ansätzen.

- 2) Die andere ist durch den Gedanken des Reiches Gottes bestimmt¹⁾.

Diese Varianten einer lutherischen Theologie der Ordnungen sind das Ergebnis eines seit der Reformation einsetzenden Prozesses, der die Königsherrschaft Christi aus dem Reich Gottes zur Linken verdrängt hat. "Ein hintergründiges (augustinisch-) heilsgeschichtliches Denken"²⁾ erzeugte ferner die Auffassung, den Staat als ein Produkt des Sündenfalls zu deuten, um dann zu der Behauptung zu gelangen, man könne dem Chaos, das dem Reich des göttlichen Zorns ständig drohe, nur mit den Mitteln dieses Reiches wehren. In Verbindung mit dieser Deutung des Staates sieht man z.B. auch in bruderschaftlichen Kreisen "die Bedenkenlosigkeit in der Wahl der Mittel zur Erreichung politischer Zwecke"³⁾, d.h. unter anderem die "Bedenkenlosigkeit" in der "positiven" Einstellung zu den Atomwaffen, und in den gleichen Zusammenhang stellt man "das Phänomen eines christlichen Antikommunismus"⁴⁾, das man bei zahlreichen lutherischen Theologen beobachtet. Besonders ist man aber der Ansicht, daß alle Spielarten einer "Ordnungstheologie" dahin führen, Autorität mit Macht zu verwechseln und daß sie der Eigengesetzlichkeit der Macht freie Bahn geben⁵⁾.

1) Ebenda.

2) a.a.O., S. 24.

3) a.a.O., S. 67.

4) Ebenda.

5) Hier verweist Ernst Wolf auf die katholische Kritik an protestantischen Staatslehren, welche gerade auf diese Gefährdung

Ich beziehe mich hier lediglich auf die Kritik Ernst Wolfs an Walter Künneths Konzeption, weil Künneths Ansichten zur Frage der atomaren Ausrüstung der Bundeswehr uns noch beschäftigen werden¹⁾.

Die Auseinandersetzung E.Wolfs mit Künneth berührt so ziemlich alle Punkte, die den "christologischen" Theologen Anlaß geben, gegen die "Ordnungstheologen" Vorwürfe zu erheben: Jene kritisieren an diesen das falsche Verständnis der Rechtfertigung, die von der Heiligung getrennt werde und zu einer unabhängigen Ethik führe, der wiederum eine entsprechende Obrigkeitslehre zugeordnet sei. Durch das falsche Verständnis der Rechtfertigung werde die Sünde dem Schicksalsgedanken angenähert, so daß sie weniger als Aufruhr, sondern als Verhängnis verstanden werde²⁾. Indem man den Geboten

des Protestantismus Gewicht gelegt hat. E.Wolf zitiert besonders R.Hauser, "Autorität und Macht - Die staatliche Autorität in der neueren protestantischen Ethik und in der katholischen Gesellschaftslehre", 1949.

Der gleichen Auffassung wie E.Wolf ist hier übrigens Helmut Thielicke, der von E.Wolf ebenfalls den "Ordnungstheologen" zugerechnet wird, da er die verschiedenen öffentlichen Lebensbereiche als "Notverordnungen der gefallenen Welt" versteht. Thielicke veranschaulicht die "Kurzschlüsse" des Neuluthertums, die für ihn nicht im "Wesen des Luthertums" liegen, sondern die einen "Abfall von diesem Wesen" darstellen, und er schreibt in dieser Verbindung: "Aus den öffentlichen Lebensbereichen werden, wie wir sehen und nun noch genauer verdeutlichen müssen, "Ordnungen", die in einem noch viel stärkeren Grade als im Katholizismus den göttlichen Schöpferwillen spiegeln sollen. So wird aus der gegebenen Ordnung eine zweite Offenbarungsquelle. Es ist das kirchengeschichtliche Verdienst der 'Barmer Theologischen Erklärung von 1934' die Abwehr jedes derartigen Versuchs zu einem kirchlichen Bekenntnisanliegen erhoben zu haben. Daß gerade hier gewisse Formen des Neuluthertums eine wahrhaft beklemmend wirkende Anfalligkeit bewiesen haben, zeigt der sogenannte 'Ansbacher Ratschlag' von 1934, der sich als Stimme des 'genuinen Luthertums' ausgab und als solche Stimme die in der Barmer Erklärung ausgesprochenen Sätze nun 'lutherisch' zu korrigieren unternahm".

H.Thielicke: "Kirche und Öffentlichkeit". Zur Grundlegung einer lutherischen Kulturethik, Tübingen 1947, S. 74, vgl. auch S. 74 ff.

- 1) Die Kritik Ernst Wolfs an W. Künneth gründet sich auf dessen Darlegungen in: "Politik zwischen Dämon und Gott". Vgl. bei Ernst Wolf, a.a.O., S. 31 ff.
- 2) "Im Gegensatz zu diesen Vorstellungen kommt es darauf an, den christlichen Gewissenstrost in folgendem Beziehungsgefüge zu sehen und zu verstehen: Das Gewissen jedes Menschen, auch des Christen, ist immer befleckt und steht unter der Anklage der Schuld. Das gilt für alle Lebensbezüge. In der politischen Welt wird nur wie in einem Brennspiegel paradigmatisch deutlich, in welcher heillosen Situation sich die ganze Menschheit befindet

der Bergpredigt nur im "privaten" Bereich außerhalb des Reiches zur Linken im Reiche zur Rechten Geltung zuspreche, gelange man zu einem falschen Verständnis der Eschatologie. Die Deutung des Staates als "Katechon", d.h. als aufhaltende Macht gegenüber den Gewalten des Chaos und der Finsternis knüpfe an "vorneutestamentliche apokalyptische Kategorien" an¹⁾.

W.Künneth verzichtet nun allerdings auf den Begriff der "Schöpfungsordnung", und er betrachtet die von Gott eingesetzten "Ordnungsmächte" unter heilsgeschichtlichem Aspekt²⁾.

"Der für Künneth grundlegende Begriff der göttlichen 'Erhaltungsordnung' soll die Wahrheitsmomente von Schöpfungsordnung und Naturrecht aufnehmen, zugleich natürliche Offenbarung, Ent-Christologisierung und Ent-Eschatologisierung als die Gefahren aus dem Begriff der Schöpfungsordnung abwehren und ebenso die Statik und den autonomen Sachcharakter einer Schöpfungsordnungs-Ontologie. Demgegenüber ist nach der These von Künneth die Erhaltungsordnung offenbarungsbedingt, offenbarungsgebunden, sie hat Botschaftscharakter und ist trinitarisch bestimmt. Darüber hinaus zeigt die Erhaltungsordnung auch noch einen 'dialektischen' Charakter: Sie darf weder idealisiert noch 'schwärmerisch' mit dem Bösen identifiziert werden"³⁾.

In ihr, die Gottes gute Ordnung, die Gottes grundlegendes Fundament "politisch-ethischer Wirklichkeitsgestaltung" ist⁴⁾, waltet aber zugleich die Dämonie.

Der Staat als "politische Gestalt der Erhaltungsordnung Gottes" ist wesentlich Machtinstrument, durch welches Gott der Schöpfer (in seiner Trinität!) das drohende Chaos und den Angriff der satanischen Elemente abwehrt⁵⁾.

"In der Anordnung und Gewährung von Macht, die außerhalb Gottes eine Gültigkeit besitzt, vollzieht sich eine Übertragung eines Stückes göttlicher Schöpfermacht auf die Menschen. Die irdische Staatsmacht hätte keine Existenz und keine Gültigkeit, wenn Gott, der Schöpfer, sie nicht als Ausfluß seiner eigenen Macht den Men-

und zwar schicksal- und schuldhaft sich vorfindet mit und ohne Atomwaffen".

W. Künneth, Rechtfertigung im Atomzeitalter, S. 26.

1) Vgl. Wolf, Christusbekenntnis im Atomzeitalter, S. 68.

2) E.Wolf, "Königsherrschaft Christi", a.a.O., S. 31.

3) E.Wolf, a.a.O., S. 32 f.

4) Vgl. Künneth, Politik zwischen Dämon und Gott, S. 145. Wolf, S. 33.

5) Vgl. Künneth, a.a.O., S. 151 ff.

schen anvertraut hätte. Darum kann die staatliche Machtsetzung nicht als ein Werk der Bosheit oder der autonomen Hybris des Menschen gedeutet werden, sondern sie beruht auf der göttlichen Stiftung. Die in der Tat außerordentliche Hoheit und unvergleichliche Würde der Staatsmacht gründet in der Allmacht Gottes¹⁾.

Von daher erklärt sich Künneths außerordentlich hohe Wertung der "Obrigkeit" als "Hüterin der Machtordnung", durch welche der dreieinige Gott als eigentliches Subjekt wirkt²⁾.

Es ergeben sich im staatlichen Bereich somit Über- und Unterordnungsverhältnisse: der Obrigkeit steht der Bürger als Untertan gegenüber, jedoch als verantwortlicher Untertan³⁾, dem es unter Umständen zur ethischen Pflicht werden kann, die vorfindliche Ordnung zu ändern. "Hinter jeder irdischen Macht soll daher die Erinnerung an die schöpfungsgemäße Anordnung Gottes stehen und sichtbar werden. Gott der Schöpfer vollzieht eine Ursetzung in der kreatürlichen Welt in der Gestalt einer Überordnung und einer Unterordnung und statuiert damit ein ganz bestimmtes Machtverhältnis. Macht wird hier zu einem Mittel des sachgemäßen, d.h. dem Schöpferplan Gottes entsprechenden 'Aufbauens', und damit zugleich zu dem Ermöglichungsgrund geschöpflicher Existenzentfaltung. Diese ursprüngliche Machtsetzung bedenkt die Setzung einer harmonischen Friedensordnung, welche die Zueinanderordnung der Kreaturen möglich macht. Damit ist auch gegeben, daß diese Machtsetzung Gottes die göttliche Rechtssetzung für die Schöpfungswelt in sich schließt, so daß also im Raum der 'patriarchalischen' Unterordnung des Schöpfers Macht und Recht nicht auseinanderfallen"⁴⁾.

Obgleich E. Wolf in der "Staatsmetaphysik" Künneths ein christologisches Element erkennt, das dieser im Begriff des Schöpfers, im Bild des Kreuzes, das der Staat errichtet hat, und in der bewahrenden Wirkung des Staates als Katechon ausgedrückt zu haben meint⁵⁾, sieht er in dieser Form lutherischer Ordnungstheologie die Tendenz, den Staat zu verklären. Auch bei Künneth werden, laut Wolf, Reich Gottes und Reich der Welt nicht nur unterschied-

1) Künneth, a.a.O., S. 152.

2) Vgl. Künneth, a.a.O., S. 158 f.

3) Vgl. Künneth, a.a.O., S. 143.

4) Künneth, a.a.O., S. 152/53.

5) Vgl. Wolf, a.a.O., S. 34 f.

den, sondern geschieden¹⁾, so daß für den "Bereich des Schöpfers" eigene Gesetze gelten, mittels derer die Atomwaffen dann schließlich als im Dienste der Nächstenliebe²⁾ stehend verstanden werden können.

Da für E. Wolf hingegen Barmen V alles aussagt, was legitimerweise über den Staat ausgesagt werden kann, begrüßt er z.B. den Entwurf einer Staatslehre von A. de Quervain, welcher beim V. Satz der Barmer Theologischen Erklärung ansetzt und von daher die "obrigkeitliche Autorität", die aus der Souveränität Gottes hervorgeht, als "die konkrete Souveränität des Kyrios" entfaltet³⁾.

Positiv äußert er sich auch zu einem Beitrag H.D. Wendlands über "Die Weltherrschaft Christi und die Zwei Reiche"⁴⁾. Wolf würdigt Wendlands Gedanken deshalb, weil durch sie im Raume des Lutherturns der Anspruch der Königsherrschaft Christi wieder stärker in den Vordergrund tritt.

Auch für Helmut Thielicke ist der Begriff der "Schöpfungsordnungen" theologisch unhaltbar:

"Die Ordnungen der gefallenen Welt sind nicht vom Schöpfungsgebot, sondern vom noachitischen Bund her bestimmt, der geheimnisvoll den Schöpfungsbefehl zwar wiederholt, aber diese Wiederholung zugleich dadurch weiterführt, daß das Prinzip der Gewalt und der Vergeltung benutzt wird...., daß also an die Stelle der verlorenen Hierarchie der Schöpfungswelt die Notverordnung des gefallenen Äons tritt. So gelten die Ordnungen dieses Äons weder einfach als schöpfungsmäßig 'gut' noch als wertneutral in dem Sinne, daß sie dem Bereich einer reinen, jenseits von gut und böse stehenden Sachgesetzmäßigkeit angehörten, sondern sie sind im tiefsten Sinn 'menschliche' Ordnungen und folglich die Strukturform eines gefallenen Daseins"⁵⁾. Diese Auffassung, die auch den Staat als Folge des Falles Adams begreift, hängt mit dem reformatorischen qualitativen Sündenverständnis zusammen⁶⁾. Die "Imago Dei", d.h.

1) Vgl. Wolf, a.a.O., S. 36.

2) So äußerte sich K. 1958 während der Tagung der Synode der EKD in Berlin, Berichte der Tagungen der Synoden der EKD 1958, S. 250.

3) Vgl. Wolf, a.a.O., S. 52 f.

4) Vgl. Wolf, a.a.O., S. 52 f. In: Kosmos und Ekklesia, Festschrift für W. Stählin, 1953. und: Die Kirche in der modernen Gesellschaft, 1958.

5) H. Thielicke, Kirche und Öffentlichkeit. S. 61.

6) Vgl. Erik Wolf, Das Problem der Naturrechtslehre, 2. Aufl., 1959, S. 71 f, im Gegensatz zum quantitativen Sündenbegriff der katho-

der Mensch, der Gott in seiner "Natürlichkeit" ebenbildlich ist und der das göttliche Recht nicht nur erkennen, sondern auch ihm gemäß handeln kann, ist allein in Christus erschienen¹⁾. Der sündhafte Mensch hingegen vermag das "ius divinum" und die "lex Christi" kraft seiner Vernunft nicht mehr klar zu sehen: denn die Vernunft ist durch den Sündenfall nicht nur geschwächt (wodurch sie quantitativ negativ bestimmt ist), so daß die dem Menschen verbliebene "participatio luminis Dei" ihn befähigt, wenigstens begrenzt dem Richtigen und Guten zuzustreben, sondern sie ist so total von der Sünde durchdrungen (also qualitativ negativ bestimmt), daß sie Gottes Gebote überhaupt nicht mehr erkennen kann. Alles menschliche Recht ist somit Ausdruck der Verfallenheit, und das göttliche Recht rückt in "jenseitige Ferne und Unzugänglichkeit", "es ist als 'Gesetz' unerfüllbar, nur als 'Gebot' bleibt es Direktive des Gewissens"²⁾.

Es stimme zwar nicht, daß für das reformatorische Denken die Welt 'total verdorben' und also mehr oder weniger die Domäne des Teufels geworden sei, betont Helmut Thielicke. Für die ontologischen Kategorien des katholischen Denkens liege es freilich nahe, die reformatorische Sündenlehre so zu deuten, weil der Katholizismus jede negative Aussage notwendig für die Aussage über Seinseigenschaften halten müsse, während Luther nur auf unser 'Sein vor Gott', also nicht auf das Sein selbst, sondern auf eine Beziehung des Seins, den Schwerpunkt setze. Die Reformation, sowohl in ihrer lutherischen als auch in ihrer calvinistischen Ausprägung verstehe den Sündenfall also nicht als etwas, das das Schöpfungsgut im ontischen Sinn zerstöre und vernichte, sondern als etwas, das dieses Schöpfungsgut total durchdringe und es insofern als unerlaubt erscheinen lassen müsse, dieses Schöpfungsgut in intakte Restbestände einerseits und in Verlustquoten andererseits auf-

lischen Theologie.

1) Vgl. Erik Wolf, Das Problem der Naturrechtslehre, 2. Aufl., 1959, S. 71.

2) Vgl. Erik Wolf, Das Problem der Naturrechtslehre, 2. Aufl., 1959, S. 72.

Nicht allein die menschliche Vernunft ist durch die Sünde qualifiziert, sondern dieser ganze Kosmos hat Teil am menschlichen Fall. Mensch und Kosmos sind gemeinsam durchdrungen von der Sünde und bedroht von dämonischen Mächten.

"In diesem Sinne spricht Paulus vom Seufzen der Kreatur". (Röm. 8, 19 ff). Vgl. H. Thielicke, a.a.O., S. 57 ff.

zuteilen¹⁾. Thielielles Kritik wendet sich damit in gleicher Weise gegen die Naturrechtslehre der römisch-katholischen Kirche wie auch gegen die Theologen, die im Rahmen von Schöpfungsordnungen ihre Ethik des Politischen entwickeln.

H.Thielicke versteht die "Stände" und Lebensgebiete, in denen die Menschen handeln, in Zuordnung auf Gott in Christus, der ihnen ihre relative Würde aus Gnade und Erbarmen mit seiner Schöpfung verleiht, die er erhalten will.

Sie haben also ihren Zweck und ihren Wert nicht in sich selbst, sondern außerhalb ihrer selbst²⁾.

In dieser Hinordnung auf Gott einerseits und in ihrer ständigen Bedrohung durch die Macht des Bösen andererseits befinden sie sich ständig im Zwielficht. "Die Ordnungen und Stände sind nicht von einer Eigengesetzlichkeit her verstanden, die den Rang eines 'außermenschlichen' Schicksals besäße und als solches Schicksal insofern eine Diktatur ausübte, als sie mich folglich in sich hinein zwängen und mich zu einer bloßen Objektkontrolle degradierten. Vielmehr bilden sie einmal den Ort meines Existierens; sie sind zweitens die Form dieses Existierens, in dem sich alle Eigenschaften der gefallen Existenz objektiviert wiederfinden.

Endlich und drittens sind die Ordnungen auch das Objekt meiner Einwirkung, insofern ich in und an ihnen verantwortlich zu handeln habe. Sie sind insofern 'menschlich', als ich sie in allen drei Formen vollziehe. Und sie sind insofern 'göttlich', als sie vom Worte Gottes her eine fremde Würde und eine von ihm abgeleitete Autorität besitzen, die ständig über sich hinausweist. Die Ordnungen sind also nicht primär 'sachlich' bestimmt - wie es für die Ideologie der Eigengesetzlichkeit Voraussetzung wäre -, sondern sie sind nach der göttlichen und nach der menschlichen Seite durch und durch personhaft bestimmt. Das letzte Thema des menschlichen In-der-Welt-seins ist nicht die Ordnungsgemäßheit des Menschen, sondern sein 'Gottesdienst' in den Ordnungen ..."³⁾.

Die Ausführungen Thielielles scheinen uns gegenüber der Konzeption W.Künneths nun doch ein Verständnis der lutherischen Zwei-Reiche-Lehre zu vermitteln, welches das Reich Gottes zur Linken, in dem

1) Vgl. H.Thielicke, Theologische Ethik II, 2, 1958, Ethik des Politischen, Ziffer 3873 f, S. 678.

2) Vgl. Thielicke, Kirche und Öffentlichkeit, S. 67.

3) H.Thielicke, a.a.O., S. 69 f.

die Gnade des Erhalters wirksam ist, nicht vom Reich Gottes zur Rechten, das die Gnade des Erlösers schenkt, trennt, sondern lediglich unterscheidet.

Thielickes Ordnungslehre ist durchaus christologisch bestimmt, indem sie beim zweiten Artikel ansetzt und Rechtfertigung und Heiligung durch die personhafte Bestimmtheit aller Lebensordnungen in ein Verhältnis des gegenseitigen Aufeinander-Angewiesenseins setzt. Freilich begeht auch Thielicke (nach Ansicht bruderschaftlicher Theologen) den "Kardinalfehler", nach Ursprung und Wesen der staatlichen Ordnungen zu fragen, welche er infralapsarisch deutet; und er ist "Ordnungstheologe" insofern, als er die Form des menschlichen Existierens in "Ständen" und Lebensbereichen objektiviert sieht. Daher bedeutet auch für ihn die - natürlich durch den politischen Menschen personhaft bestimmte - Sphäre des Staates einen "objektivierten" Lebensbereich, für den Thielicke innerhalb seiner "Theologischen Ethik" eine "Ethik des Politischen" geschrieben hat, die eine relative Selbständigkeit des politischen Raumes manifestiert. Für die Bruderschaften ist jede politische Ethik hingegen ein Ding der Unmöglichkeit, die nicht zugleich aufs engste mit der Dogmatik verbunden bleibt. Daher empfiehlt Ernst Wolf statt "einer theologischen Metaphysik des Staates", "eine evangelische Lehre von politischen Tugenden", welche genau dem strengen Gegenüber von Kyrios und Mensch, von Christi Anspruch und Zuspruch und des Menschen Glaubensgehorsam entspreche¹⁾.

Mir scheint allerdings der geschenkte Zuspruch und der fordernde Anspruch Christi auch bei Thielicke betont, mit dem Unterschied jedoch, daß unser Handeln im Glaubensgehorsam auf Grund der Verfassung dieses Äons bei ihm stärker im Zwielficht steht als bei den Bruderschaften - eben weil Sünde aktiv Aufruhr und nicht passiv Schicksal bedeutet.

Desgleichen scheint mir die Faktizität der Ordnungen, in denen der Mensch mitverantwortlich handeln soll, ganz klar hervorgehoben und damit auch ein Verständnis des Staatlichen gegeben, das Barren V einschließt und somit die "Annahme" des Staates durch den christlichen Bürger zwar empfiehlt, zugleich aber nach Aufgabe und Zweck des Staates fragt und von daher die Fügeamkeit des Bür-

1) Vgl. Ernst Wolf, a.a.O., S. 53.

gers gegenüber der Staatsautorität eingrenzt und relativiert. Im Gegensatz zu den Bruderschaften fordern jedoch die bisher zitierten lutherischen Theologen den Öffentlichkeitscharakter der christlichen Botschaft und der Kirche, was zur Folge hat, daß das Luthertum von seinem Ansatz her (der jedoch auch bei Calvin gegeben war, wie wir kurz erwähnten), den Ordnungen, d.h. den Staaten positiver gegenübersteht, die diesen Anspruch anerkennen und ihm Raum gewähren, als denen, welche ihn zurückweisen.

"... Öffentlichkeitsanspruch bedeutet ganz klar, daß die Hand des Herrn über den Erdbereich gereckt ist und daß die Gemeinde mit ihrer verschwindend kleinen, kümmerlichen und wahrhaftig nicht 'Räume erfüllenden' Schar hinter dieser Hand hergeht¹⁾).

So wird man also recht tun, die Totalherrschaft des Christus, seine Öffentlichkeit, in beiden Dimensionen des Lebens verankert und wirksam zu sehen: Einmal in der Weite des Kosmos; und dann in der Durchdringung der Lebensbereiche selbst, in der Beanspruchung und in der Durchsäuerung des Staates, des Rechtes, der Kultur und der anderen öffentlichen Lebensbereiche²⁾.

Wir werden noch sehen, daß der Öffentlichkeitsanspruch, den die lutherische Kirche im allgemeinen postuliert, das "Phänomen eines christlichen Antikommunismus", das die Bruderschaften kritisieren, bis zu einem gewissen Grade erklärt und gleichzeitig die von den Bruderschaften abweichende Einstellung zur atomaren Bewaffnung der Bundeswehr mitbestimmt.

In Heft 67 der "Theologischen Existenz Heute", das den Titel trägt: "Lutherische Stimmen zur Frage der Atomwaffen", haben wir es mit den Ausführungen dreier Lutheraner zu tun, die, ohne den lutherischen Ansatz von den "zwei Regimenten Gottes" aufzugeben, zu einer gewissen Annäherung an den Standpunkt der Bruderschaften gelangen. Es handelt sich um Wilhelm Andersen, Friedrich Wilhelm Kantzenbach und Georg F. Vicedom.

Man stimmt hier vor allem mit Helmut Thielicke in einer kritischen Überprüfung der Ordnungstheologie überein, wie sie sich im Laufe der Jahrhunderte seit der Reformation herausgebildet hat.

"Es sind ja doch im Dritten Reich auf dem Hintergrund einer langen politisch-geistigen Vorgeschichte im Namen des Luthertums

1) H. Thielicke, a.a.O., S. 22.

2) H. Thielicke, a.a.O., S. 33.

Dinge gesagt und getan worden, die Anlaß zur Buße sind und eine kritische Überprüfung der herkömmlichen Positionen einfach fordern. Es war schon notwendig, daß die lutherische Theologie von ihren Konzeptionen weg und zur Sache zurückgerufen wurde.

Und hier hat Karl Barth uns einen Dienst getan, für den ihm die Kirche und Theologie bleibenden Dank schulden" ¹⁾.

Die Beiträge dieser Schrift, die in bewußter und scharfer Abgrenzung gegen die Stellungnahmen Walter Künneths zur atomaren Aufrüstung der Bundeswehr formuliert sind, bestätigen nicht nur die Richtigkeit und Gültigkeit der von Luther ausgesprochenen Gedanken über die beiden Reiche, sondern sie bestimmen durch die Deutung von CA, Art. XVI auch die Grenze der Anordnungen der Obrigkeit und des Gehorsams der christlichen Bürger. Damit sollen der Vorwurf, daß die spätere Trennung der beiden Regimente im lutherischen Ansatz mitgegeben, und die Behauptung, daß Luther uns in seinem theologischen Verständnis des Staates Wesentliches schuldig geblieben sei, entkräftet werden.

Die Schrift bildet darum auf lutherischer Seite in etwa eine Parallele zu den Ausführungen der bruderschaftlichen Theologen in den beiden Heften "Königsherrschaft Christi" und "Christusbekenntnis im Atomzeitalter".

Ohne das Bild der beiden konzentrischen Kreise zu gebrauchen, das in Karl Barths "Christengemeinde und Bürgergemeinde" zur Veranschaulichung des Verhältnisses von Kirche und Staat vor unseren Augen erstand, verdeutlicht Georg Vicedom mit dem Bild des "Ineinander" der beiden Reiche Gottes ihr strenges Aufeinanderbezogensein unter der Herrschaft des Kyrios Jesus Christus.

Thielicke hatte bereits unter eindringlichem Hinweis auf den Sündenzusammenhang, in dem sich dieser Äon befindet, alle menschlichen Ordnungen aus jeder Eindeutigkeit herausgelöst und ins Zweiflicht gerückt; das Gleiche geschieht hier durch die Interpretation des Artikels XVI der CA ²⁾: Das Ineinander der beiden Regi-

1) Lutherische Stimmen zur Frage der Atomwaffen, S. 11.

2) Zu Luthers "politischen" Schriften vgl. auch:
Die Bekenntnisschriften der evangelisch-lutherischen Kirche, hrsg. im Gedenkjahr der Augsburgischen Konfession, 4. Aufl., 1930, Göttingen 1959.

Art. XVI: Von der Polizei und weltlichem Regiment, S. 70 f.
Vgl. auch nochmals Luthers Werke, Berlin, Schwetschke und Sohn, 1905 ff.

Bd. I, S. 1 ff, Bd. III, S. 223 ff und S. 383 ff.

mente erinnert daran, daß Christus auch der Herr und Richter des Reiches zur Linken ist und daß alle irdischen Pflichten, Stände und Ordnungsgefüge zwar von Gott geschaffen und auferlegt und darum "gut" sind, aber zugleich in ständiger Spannung zu Gottes Gebot stehen, weil die Faktizität der Welt und Gottes Anspruch auf die Menschheit und der diesem entsprechende Gehorsam nie zur Deckung gelangen.

Die Wachsamkeit und die hohe Mitverantwortlichkeit der christlichen Gemeinde allen Ordnungen gegenüber einerseits und die starke Betonung der Personhaftigkeit und daher der Sündenverstrickung der obrigkeitlichen Gewalt andererseits bestimmen diese Definition der zwei Regimente Gottes, ohne nach Ursprung und Wesen des Staates zu fragen.

"Diese Mitverantwortung der Christen wird durch die Lehre von den beiden Reichen nicht unmöglich gemacht, sondern geradezu gefordert, denn die beiden Wirkungsweisen Gottes sind nicht in der Parallele zu sehen, sondern in dem Ineinander. Es ist derselbe Gott, der in den beiden Reichen herrscht. Es ist derselbe Wille Gottes, der durchgeführt werden soll. Es ist dasselbe Ziel Gottes, daß er mit der Welt und mit den Menschen hat. Wenn er in dem Reiche Jesu Christi durch seine Liebe mit dem Wort seiner Gnade herrscht, so ist seine Herrschaft in dem anderen Reich nicht deshalb verborgen, weil er dort das Gesetz anwenden muß, sondern weil er dort durch die Sünden der Menschen zu Wegen greifen muß, die trotz der Sünde sein Ziel erreichen. Das Gesetz Gottes ist auch in der Gemeinde da, auch wenn es durch die Kraft des Heiligen Geistes in dem neuen Leben so verwirklicht wird, daß es seine gebietende und drohende Funktion nicht mehr erfüllen muß. Das Ineinander ist aber auch noch in einer anderen Weise gegeben. Die Gemeinde ist nicht aus der Welt herausgenommen, sondern hat als das Reich der Rechten Hand Gottes in dem Reich der Linken Hand zu leben. Sie ist eine Größe für sich, an welcher der Welt deutlich werden soll, wie Menschen, die sich Gott unterstellt haben und von ihm gerettet sind, leben, was sie glauben und hoffen. So muß die Gemeinde das andere Reich in ihren Strahlungsbereich bringen. Durch sie wirkt Gott in die Welt hinein. Die Gemeinde hat darum dem andern Reich gegenüber eine Bezeugungspflicht. Durch sie begegnet der Mensch des anderen Reiches dem Handeln Gottes und wird dadurch

selbst vor die Verantwortung gestellt" ¹⁾).

Wie stark in einer solchen Definition der Zwei-Reiche-Lehre die Machtverwaltung des Staates zugunsten der Verantwortlichkeit des einzelnen Christen zurückgedrängt wird, ist offensichtlich. Ergänzt wird diese Definition der beiden Regimente Gottes durch eine Interpretation von Artikel XVI der CA von F.W. Kantzenbach.

Er stellt seinen Ausführungen den deutschen und lateinischen Wortlaut des Artikels voran, der innerhalb des "entscheidenden Bekenntnisses der Reformation" ²⁾ Aussagen über das weltliche Regiment enthält ³⁾.

Kantzenbach konstatiert zu Beginn seiner Interpretation, daß der Artikel sich in zwei Teile gliedere, dessen erster Abschnitt die reformatorischen Gedanken über "Polizei und weltliches Regiment" enthalte, dessen zweiter Abschnitt die Damnation ausspreche, welche erstens die Widertäufer treffe und zweitens diejenigen, "die ein falsches Ideal der christlichen Vollkommenheit vertreten und die vorfindlichen Lebensordnungen des Menschen verachten" ⁴⁾.

Es sei daher empfehlenswert, die im ersten Teil formulierte Lehraussage immer von der Damnation her zu deuten ⁵⁾.

Unter diesem Aspekt betrachtet, zeige sich die Zeitgebundenheit des Artikels und es sei irrig, die Aussagen im Wortlaut eindeutig auf unsere Situation übertragen zu wollen - in dem Sinne etwa, daß das "iure bellare" aus dem Jahr 1530 heute ebenso unproblematisch sei wie ehemals. (Die Absetzung von Küneth und die Übereinstimmung mit Thielicke, Gollwitzer und den Bruderschaften wird hier deutlich.)

Andererseits sei der Artikel gleichzeitig als "Bestimmung der rechten Lehre" zu begreifen, weil alle Bekenntnisaussagen "im Lichte des Wortes Gottes gemacht werden".

"Die Aussagen in diesem Artikel sind primär nicht irgendwie 'material' in dem Sinne einer besonderen christlichen politischen Ethik, die eine Norm, ein Idealbild für Polizei und weltliches Regiment aufstellen muß im Sinne eines Sollens für die in Frage kommenden Ordnungen und ihre Äußerungen. Nein, unser Artikel ist

1) Lutherische Stimmen zur Frage der Atomwaffen, S. 35.

2) a.a.O., S. 26.

3) Vgl. a.a.O., S. 24.

4) a.a.O., S. 24.

5) Ebenda.

insofern 'formal', als er ganz nüchtern das Dasein dieser Ordnungen konstatiert. Die Aufgabe des weltlichen Regiments wird nicht durch Aussagen über das weltliche Regiment an und für sich bestimmt. Die Kirche ruft die Christen zum Gehorsam, das weltliche Regiment als 'gute Ordnung' anzuerkennen. Man fragt hier nicht danach, ob Formen der Exekutive dieses weltlichen Regiments umgestaltet werden müssen, man kennt keine spezifische Staatslehre. Hier wird lediglich behauptet, daß alle Obrigkeit in der Welt und geordnete Regiment und Gesetze gute Ordnung und von Gott geschaffen und eingesetzt sind¹⁾.

Wir finden damit auf lutherischer Seite - indem man gerade die Gültigkeit der reformatorischen Bekenntnisschriften auch für das moderne Luthertum aufzuweisen sucht -, Feststellungen über den Staat, die sich in entscheidender Weise denen der Bruderschaften annähern; denn es wird nicht nur darauf verzichtet, nach Ursprung und Wesen staatlicher Autorität zu fragen²⁾, sondern man begnügt sich, die schlichte Vorfindlichkeit des Staates festzustellen, und es wird ebenso eindringlich nach der Aufgabe dieses Staates und nach dem Glaubensgehorsam jedes einzelnen christlichen Bürgers gefragt.

Man sieht in diesen vorausgesetzten "legitimae ordinationes" Staatsgefüge, die, indem sie als rechtmäßige auf die Erhaltung von Recht und Frieden hinielen, von Gott her eben gute und gebilligte Ordnungen sind, in denen der Christ die Erlaubnis und die Verpflichtung hat, Urteil und Recht zu sprechen, Übeltäter mit dem Schwert zu strafen, rechte Kriege zu führen, aufgelegte Eide zu tun usw.³⁾.

1) a.a.O., S. 26.

2) "Es ist wichtig zu hören, daß in den Bekenntnisschriften nicht darüber reflektiert ist, ob die Ordnung des weltlichen Regiments schon im Paradies war oder erst nach dem Fall hinzukam. Auch die Unterscheidung von Schöpfungs- und Erhaltungsordnungen fehlt."

a.a.O., S. 28.

Vgl. auch E. Schlink, Theologie der lutherischen Bekenntnisschriften, 1948, S. 322.

3) "Die CA weiß, daß das weltliche Regiment eine der größten Gaben Gottes ist (beneficia Dei). Die Vollmacht der Obrigkeit wird inhaltlich umrissen; die wesentlichen Funktionen der Obrigkeit sind ihre Maßnahmen für die Erhaltung und Sicherheit von Recht und Frieden. Deshalb gebührt der Obrigkeit auch das Recht, Übeltäter mit dem Schwerte zu strafen, iure bellare und militare. Bei allen Mitteln, die Aufgaben des Regimentes zu

Einer solchen Ordnung vermögen die Bürger, ohne daß ihre sie absolut verpflichtende Gewissensbindung an Gottes Wort Schaden leidet, Gehorsam zu leisten. Der Artikel XVI der CA gibt demnach zwei Grenzen an: die eine umschreibt den Raum, "in dem für den Christen jede ethische Entscheidung gesucht werden will und im Glauben gewagt werden muß"¹⁾.

Alle Anordnungen staatlicher Autorität in diesem Raum werden zweitens begrenzt durch die Forderung, daß der Christ ihnen nur insoweit Folge zu leisten habe, "so ohne Sünde geschehen mag"²⁾.

Wesentlich erscheint mir nun, daß die eben ausgeführten Gedanken lutherischer Theologen in genauer Anlehnung an die Bekenntnisschriften formuliert sind, und daß sie im Rahmen der Zwei-Reiche-Lehre vorgetragen wurden: denn auch Kantzenbach knüpft ohne Schwierigkeiten an das "Schema" der beiden Regimente Gottes an und deutet es so, daß es die Inanspruchnahme des ganzen Lebens durch Christus veranschaulicht, dennoch aber das typisch lutherische Merkmal beibehält, daß Gott nämlich durch die weltliche Ordnung seine Schöpfung bewahre und daß das weltliche Regiment nach Gottes Willen seine Eigenständigkeit darin besitze, daß Gott vor und außer dem Evangelium die Welt und die Menschen in ihr unter dem Gesetz halte³⁾. Wir erkennen also, daß man nicht unbedingt die Zwei-Reiche-Lehre zu "suspendieren" braucht, um zu einem ähnlichen Staatsverständnis zu gelangen, wie es uns bei den Bruderschaften begegnete⁴⁾.

erfüllen, bleiben die ausführenden Organe doch an Gottes Gebot und Ordnung gebunden."

a.a.O., S. 27.

1) a.a.O., S. 18.

2) Vgl. Ebenda.

3) a.a.O., S. 28.

Vgl. Thielicke, Theologische Ethik II, 2, S. 707 ff.

Hierin drückt sich das typisch lutherische Spannungsverhältnis von Gesetz und Evangelium aus. Es fehlt der calvinistische Einheitsbezug durch das decretum absolutum, das strenge Nacheinander von Gesetz und Evangelium wird deutlich. Das Evangelium ist qualitativ die "Wende der Äonen", indem Gott sich selbst widerspricht, indem er dem Gesetz mit der Gnade und dem Zorn mit der Liebe begegnet. AT und NT rücken hier weiter auseinander als im Calvinismus: dort ist das NT, wie erwähnt, "lediglich fortsetzende 'Explikation' jenes vorzeitlichen Dekrets".

4) a.a.O., S. 28.

"Im weltlichen Regiment mit seiner Autonomie der Geltung, nicht des Ursprungs, regiert Gott selbst. So ist, wie die neu-

Die Schranken, welche der Artikel XVI der CA staatlicher Macht und christlichem Bürgergehorsam setzt und außerdem die Einsicht, daß Gott seine Schöpfung für alle Menschen gnädig durch weltliche Ordnungen bewahre, lassen darum W. Andersen die Herstellung und den Einsatz von Massenvernichtungsmitteln als einen Mißbrauch der guten Gaben Gottes bezeichnen¹⁾.

Er schließt sich mit dieser Feststellung der schon vielfach zitierten Theologischen Erklärung der Synode der EKD aus dem Jahre 1956 und der Erklärung der Fakultätsdekane und Bischöfe in der DDR aus dem Jahre 1957 an.

Es wird somit auch auf lutherischer Seite in den Atomwaffen etwas qualitativ Neues gesehen, und die Möglichkeit eines mit atomaren Kriegsmitteln zu führenden Krieges wird ebenso ausgeschlossen wie bei Gollwitzer und den Bruderschaften.

Während das eigentlich theologische Problem bei der Herstellung und dem Einsatz der nuklearen Waffen gesehen wird, während man beides vom christlichen Gewissen her grundsätzlich für verwerflich hält²⁾, zögert man hingegen, eine Befürwortung atomarer Rüstung zum Zwecke der Abschreckung zum Anlaß eines geistlichen "Damnamus" zu machen³⁾.

Die absolute Sündhaftigkeit aller Lebensbereiche in ihrer Beziehung zu Gott mache es unmöglich, das eindeutige Gebot Gottes für die konkrete Situation zu erkennen.

Der Pflichtenzwiespalt, der darin liege, (relativ) rechtmäßige Ordnungen zu erhalten und ihnen zu dienen⁴⁾ und die einschränkende (absolute) Forderung "so ohne Sünd geschehen mag" zu verwirklichen, erzeuge eine Spannung, die man zu lösen suche, indem man

ere Lutherforschung wieder stark hervorgekehrt hat (Törnvall), weltliches Regiment ebenso von Gott wie das geistliche. Gott erhält durch die weltlichen Ordnungen seine Schöpfung. Dem weltlichen Regiment in seiner ihm von Gott gegebenen Würde und Funktion steht nun das geistliche Regiment gegenüber. Die Gewalt des geistlichen Regiments ist allein Gottes Wort, nicht ein Wort, hinter dem das Schwert irdischer Gewalt steht, sondern das Wort, das das Schwert des Geistes ist."

1) Vgl. a.a.O., S. 6.

2) a.a.O., S. 6.

3) Ebenda.

4) a.a.O., S. 19.

".... Aber hüten wir uns davor, daß wir nicht Gottes Ordnungs- und Erhaltungswillen sagen und 'westdeutsches Staatsgefüge' oder 'Sicherheitssystem der westlichen Welt' meinen. Auch das ist eine Vermengung von geistlichen und weltlichen Urteilen, die beiden nicht dienlich ist....".

nach der einen oder der anderen Seite ausweiche:

"Entweder sehen wir alles vom Ordnungs- und Erhaltungswillen Gottes her, der in seiner Geduld diese irdische Welt, über die ja seit dem Kommen Christi schon das Urteil gefallen ist, noch weiter existieren läßt. Das ist eine legitime Betrachtungsweise, auch wenn hier unsere geistliche Leidenschaft nicht brennt. Denn unser Bürgerrecht ist im Himmel und des Christen Existenz schließt das Gebet ein: Es vergehe diese Welt und es komme Gottes Reich.... Oder es wird versucht, der Spannung nach der entgegengesetzten Seite zu entgehen. Wenn Künneth sich fragen lassen muß...., ob sein theologisches Argument nicht einem solchen Ausweichen vor der christlichen Verantwortung im ersten Sinne Vorschub leistet und dafür Motive liefert, so ist umgekehrt an die Verfasser der 10 Thesen die Frage zu richten, ob sie sich der Schwere der schicksalsmächtigen Schuldverhaftung bewußt sind. Die geistliche Stärke ihrer Position ist es, daß sie Sünde konkret beim Namen nennt, die Schwäche liegt aber in unmittelbarer Nähe, nämlich in der Illusion, als ob es noch irgendeine Stelle in der Welt geben könnte, die zur Atombewaffnung und damit zum Atomkrieg 'im voraus' noch nein sagen könnte. (Vgl. These 6.)

Das entbindet die Kirche und die Christen nicht von der Notwendigkeit, das Nein auch jetzt noch nachträglich in die Welt hinauszuschreien, in der Hoffnung und Bitte, Gott wolle noch größeres Unheil verhüten und es nicht zulassen, daß die Menschheit sich selbst vernichtet. Aber es muß ausgesprochen werden, daß die wirkliche Not und Schuld noch viel unheimlicher und abgründiger ist, als die 10 Thesen es aussprechen. Keine Erklärung der Atomphysiker verschafft irgendeinem von ihnen nachträglich ein Alibi. Und ob wir nicht alle schon längst 'mitschuldig' (These 7) geworden sind, das wird spätestens das Jüngste Gericht zeigen¹⁾.

Das soeben Vorgetragene stellt gleichsam eine mittlere Position dar zwischen den sehr exponierten Standpunkten Gollwitzers und der Bruderschaften einerseits und Künneth (der für zahlreiche Vertreter des deutschen Luthertums stehen möge) andererseits.

Die große Zurückhaltung, die man gegenüber jeder Staatstheorie und jeder Verklärung der obrigkeitlichen Macht und Autorität übt, die Entschlossenheit, mit der man die Verantwortung des einzelnen

1) a.a.O., S. 19.

Christi Gebot gegenüber betont, verhüten sowohl die Gefahr eines "christlichen Antikommunismus" als auch "die Bedenkenlosigkeit in der Wahl der Mittel zur Erreichung politischer Zwecke"¹⁾.

Es fehlt jedoch der "Analogiegedanke" Barths, der im "guten" wie im pervertierten Staatswesen in gleicher Weise einen schwachen Abglanz der himmlischen polis erkennt, in der jede irdische Herrschaft ihr Ziel hat.

Vom lutherischen Ansatz der Zwei Reiche her tritt weniger die Fragwürdigkeit und die Gefährdung, die auch jeder rechtmäßigen staatlichen Ordnung eigen ist, in den Vordergrund, sondern ihre von Gott gewollte Stabilität und ihr Auftrag, dem Chaos zu wehren. Eine gewisse Objektivierung, die sich daraus ergibt, daß der sündige Mensch in - von der Sünde durchdrungenen - Lebensbereichen existiert, ist daher, wenn man von der Zwei-Reiche-Lehre her denkt, nicht zu vermeiden. Durch die verborgene - verlarvte - Wirklichkeit Gottes in den von Gesetz und Sünde durchdrungenen Lebensbereichen treten Staat und Kirche im Luthertum faktisch tatsächlich stärker auseinander als bei Karl Barth und den Bruderschaften.

Der Kreis Gollwitzers und der Bruderschaften "wird vor allem für das Leben kämpfen, das durch die Atomwaffen bedroht ist", während der Kreis lutherischer Theologen "vor allem Recht und Ordnung gewahrt sehen möchte, aber in seltsamer Umkehrung wird gerade der erste Kreis auf Gottes Gerechtigkeit bestehen müssen, deren Forderungen er sogleich verwirklicht sehen möchte, während es der zweite Kreis mit Gottes Barmherzigkeit hält, die dem Menschen Zeit läßt, sich zu wandeln"²⁾.

Es wird demnach begreiflich, daß in dem Bemühen, das rechte Verhältnis von Rechtfertigung und Heiligung zu erkennen, das Luthertums geneigt ist, den Hauptakzent auf das Rechtfertigungsgeschehen, d.h. auf Gottes Zuspruch zu legen, während Karl Barth und seine Schüler die Heiligung, d.h. Gottes Anspruch auf unser gehorames Handeln in allen Lebensfragen, besonders stark betonen.

Da sich diese verschiedene Akzentsetzung aus dem jeweils verschiedenen theologischen Ansatz herleitet, ist es nicht nur unfair,

1) Vgl. nochmals "Königsherrschaft Christi", S. 67.

2) Günter Howe, "Die atomare Bewaffnung als geistesgeschichtliches und theologisches Problem", in: Atomzeitalter - Krieg und Frieden, S. 193 f.

sondern auch überheblich, wenn man sich in theologischen Kreisen gegenseitig "billige Sündenvergebung" bzw. "unbiblische Gesetzmäßigkeit" vorwirft.

Auch die Position Helmut Thielickes zum Problem der atomaren Ausrüstung der Bundeswehr kann man als eine mittlere bezeichnen. Die ethische Frage ist für ihn unteilbar und betrifft allein die Herstellung und den Einsatz nuklearer Waffen, während die atomare Ausrüstung der Bundeswehr seiner Meinung nach eine ausschließlich politische Frage darstellt¹⁾.

"Zu diesen ausgesprochen 'politischen' Fragen, ..., gehört das Problem, ob die deutsche Bundeswehr mit Atomwaffen ausgerüstet werden soll. Dieses Problem ist ausgesprochen und nur politischer Natur. Ich stimme sowohl mit Carlo Schmid wie C.F. von Weizsäcker überein, wenn beide darauf aufmerksam machen, daß die ethische Frage sich ausschließlich auf die Herstellung und Verwendung von Atomwaffen überhaupt beziehe. Die ethische Frage ist unteilbar, das heißt: es ist unmöglich, der deutschen Bundeswehr eine Atomrüstung abzusprechen, sie aber für Amerika aus den gleichen ethischen Gründen für erlaubt zu halten. Die Ethik erlaubt nur ein Gesamt-Ja und ein Gesamt-Nein. Hält man die Herstellung einer Atomäquivalenz unter den Großmächten - mit dem selbstverständlich angestrebten Ziel einer beiderseitigen kontrollierten Abrüstung - für ethisch vertretbar oder zum mindesten diskutabel, so ist die Atomrüstung oder Nicht-Atomrüstung der Bundeswehr in der Tat eine ausschließlich politische Frage...."²⁾.

-
- 1) Es wird bei der Behandlung des Standpunktes von H. Thielicke vorwiegend nach seinem Aufsatz: "Die Atomwaffe als Frage an die christliche Ethik" zitiert (Tübingen 1958). Dieser Aufsatz präzisiert Thielickes Gedanken zum Atomwaffenproblem in einer Weise, daß es überflüssig wird, auf seine übrigen Beiträge zur gleichen Frage näher einzugehen.
Vgl. dennoch vom gleichen Verfasser:
"Atomaufrüstung - eine Gewissensentscheidung", in: Evangelische Welt, Informationsblatt für die EKD, 11. Jhg., Nr. 11, S. 309 - 311.
"Abschaffung der Atomwaffen - was kann die Kirche dazu tun", in: Sonntagsblatt, 18/1957, S. 14 - 15.
"Die neue Situation im Atomzeitalter", in: Theologische Ethik II/2, S. 586 ff.
"Das Atomplebiszit als Frage der christlichen Staatsethik", in: Sonntagsblatt 17/1958, S. 2.
"Verantwortung und Gewissen im Atomzeitalter" (Auszug), in: Evangelische Stimmen zur Atomfrage, S. 89 ff.
- 2) H. Thielicke, Die Atomwaffe als Frage an die christliche Ethik, S. 4.

Der letzte Satz gibt genau die Richtung an, in der alle lutherischen Theologen argumentieren. Da sie ihr Hauptaugenmerk nicht auf die sündhafte Beschaffenheit der atomaren Kriegsmittel konzentrieren, wie Helmut Gollwitzer und seine Freunde, und da sich für sie das Verhältnis zwischen Christus und dem einzelnen Menschen im Reich zur Linken in Ordnungsgefügen vollzieht, die es nach Gottes Ratschluß zu bewahren gilt, wenn sie den Auftrag erfüllen, das Chaos abzuhalten, gewinnen für diese Theologen die Gefahr eines Atomkriegs und die Bedrohung (relativ) rechtsstaatlicher Ordnungen durch eine christusfeindliche und ganz und gar nicht rechtsstaatliche totalitäre Herrschaft eine ebenbürtige Bedeutung.

Da Thieliicke aber jedem totalitären Regime die "Signatur des Reiches zur Linken" abspricht¹⁾, ist meiner Meinung nach bei ihm durchaus die Tendenz gegeben, das bolschewistisch-atheistische Staatswesen zu "dämonisieren".

Vor einem solchen "christlichen Anti-Kommunismus", den Ernst Wolf sehr entschieden als "ideologisches Christentum" bezeichnet, bleiben Gollwitzer und die Bruderschaften auf Grund ihres theologischen Ansatzes tatsächlich bewahrt. Andererseits haben die lutherischen Theologen den Vorteil - eben weil sie in gewisser Weise in Ordnungsgefügen und Lebensbereichen denken - die reale militärische und ideologische Gefahr des kommunistischen Systems klarer zu sehen und nüchterner zu bewerten, als ihre theologischen Gegner es tun. Diese müssen sich den Vorwurf gefallen lassen, daß gegenüber ihrer Einschätzung totalitärer Herrschaft ihre Beurteilung atomarer Waffen übertrieben erscheint und diese selbst sich in jeder Hinsicht überdimensional darstellen, während sich die lutherischen Theologen davor hüten müssen, die Notwendigkeit der Erhaltung der Ordnungen so zu überspitzen, daß die Fragwürdigkeit nuklearer Kriegsmittel abgeschwächt und die ständige tatsächliche Kriegsgefahr verkleinert wird²⁾.

1) H.Thieliicke, Christliche Verantwortung im Atomzeitalter, S.57 und S. 70.

2) "Es wird zwar stark zum Ausdruck gebracht, ein nuklearer Krieg sei zu verhindern und nach ethischen Wertmaßstäben zu verwerfen. Es bleibt aber der Eindruck, daß die Frage nach der tatsächlichen Zulässigkeit einer Anwendung nuklearer Waffen im äußersten Notfall unbeantwortet bleibt."
Atomzeitalter, Krieg und Frieden, S. 134.

Man ist in lutherischen Kreisen wirklich bemüht, Maßstäbe zu finden, um die Welt vor Totalitarismus und Atomkrieg zu schützen. Das führt zu einer gewissen Ratlosigkeit und Inkonsequenz, die sich darin zeigt, daß man den Atomkrieg theologisch zwar verurteilt, aber das atomare Gleichgewicht und die atomare Abschreckung bedingt befürwortet, weil man hofft, daß sie sowohl die Kriegsgefahr als auch die Gefahr totalitärer Herrschaft bannen werden, obgleich man im Grunde weiß, daß wirksame atomare Abschreckung immer die Bereitschaft zum Einsatz atomarer Waffen voraussetzt.

Man kann mit einer solchen Einstellung natürlich nicht die Herstellung atomarer Kriegsmittel verdammen. Daher betrachtet man die Herstellung als unter dem Gesetz einer gewissen Zwangsläufigkeit stehend und verlegt den eigentlich beklagenswerten, sündhaften Akt in die Entscheidung, die mit dem Bau der ersten Atombombe gefallen war.

Doch entbehren auch in diesem Fall die lutherischen Stellungnahmen jeder Präzision, weil man weiß, daß der damalige Entschluß auch bereits unter dem "Gesetz von Zug und Gegenzug" stand, indem nämlich das totalitäre Regime des Dritten Reiches mit seiner Möglichkeit, die A-Bombe zu konstruieren, zumindest die amerikanische Entschlossenheit förderte und erleichterte. Man konstatiert deshalb das Konto und die Last der eigenen deutschen Schuld an den seit Kriegsbeginn einsetzenden Geschehnissen viel zu intensiv, als daß man eine deutliche christliche Verurteilung der damaligen amerikanischen Haltung auszusprechen wagte.

So klare und unmißverständliche Worte wie die bereits zitierten von Wilhelm Andersen, daß nämlich keine Erklärung der Atomphysiker diesen nachträglich ein Alibi verschaffe¹⁾, findet man darum in theologischen Kreisen äußerst selten.

In den soeben kurz gekennzeichneten Zusammenhängen haben wir auch die Beiträge Helmut Thielickes zur atomaren Bewaffnung der Bundeswehr zu sehen und zu untersuchen.

Das Dilemma, eindeutige Kriterien für die Beurteilung der Herstellung, der Bereithaltung und der Anwendung atomarer Waffen zu gewinnen, tritt auch bei ihm stark hervor.

Die bei Luther noch logische Verbindung zwischen der Existenz des Staates und der Notwendigkeit des Krieges einerseits und seine

1) a.a.O., S. 19.

Feststellung, daß auch das Schwertamt seinen Sinn allein durch die Liebe zum Nächsten empfangen¹⁾, andererseits, sei in dieser "simplifizierenden" Weise auf die heutige Situation nicht mehr anwendbar, betont Thieliicke²⁾.

Die unermeßliche Gewalt nuklearer und supernuklearer Waffen habe den Krieg nicht allein in seiner Gestalt, sondern in seinem Wesen verändert³⁾. "Die Veränderung in der Qualität und nicht nur in der Quantität des Krieges kann nur bedeuten, daß es keine nuklearen Kriege geben darf und daß es folglich auch keine Diskussion über das Recht eines bellum iustum geben kann. Denn der Begriff des iustum bellum, der in der Regel identisch ist mit dem des Verteidigungskrieges, ist nur so lange sinnhaft, wie Verteidigung möglich ist und also Chancen des Überlebens bestehen. Wenn aber Angriff sowohl wie Verteidigung bei gleichrangigen Atommächten identisch sind mit Selbstvernichtung, entfallen diese Unterscheidungen und damit auch der Begriff des iustum bellum"⁴⁾. Das entscheidende Kriterium für die neue Qualität des Krieges sieht Thieliicke also noch nicht primär in der Vernichtung des Gegners, d.h. im Problem des Tötens, sondern im Moment der Selbstverteidigung, d.h. im Problem des Selbstmords⁵⁾.

"Damit wäre der bisher angenommene Zusammenhang von Staatlichkeit und Krieg in dem Sinne gesprengt, daß der Krieg nicht mehr eine prinzipielle Möglichkeit im Rahmen der Erhaltungsordnung, sondern ein prinzipielles Attentat auf diese Ordnung wäre"⁶⁾.

Streng methodisch gesehen sei der Begriff "Krieg" schlechthin un-

1) Vgl. H. Thieliicke, Die Atomwaffe als Frage an die christliche Ethik, S. 9 f.

2) Vgl. folgende Textstellen bei Luther: WA 19, 625 ff. - Cl. 319 f.

3) Vgl. H. Thieliicke, Der Christ und die Verhütung des Krieges im Atomzeitalter, Zeitschrift für evangelische Ethik, 1957, H. 2, S. 1. - Vgl. auch: Die Atomwaffe als Frage an die christliche Ethik, S. 19.

4) Ebenda.

Es ist sehr interessant festzustellen, wie Thieliicke, indem er die Lehre vom gerechten Krieg im Atomzeitalter für überholt hält, dahin gelangt, einen atomaren Krieg zu verwerfen, aber die Bereithaltung nuklearer Waffen zum Zwecke der Abschreckung für ethisch vertretbar zu halten, während Gollwitzer, indem er von der Gültigkeit dieser Doktrin auch in unserer Zeit ausgeht, zur sündhaften Beschaffenheit atomarer Kriegsmittel kommt, um dann natürlich Herstellung, Bereithaltung und Einsatz zu verurteilen.

5) Vgl. H. Thieliicke, Die Atomwaffe als Frage an die christliche Ethik, S. 19.

6) Thieliicke, a.a.O., S. 14.

brauchbar geworden, denn das voratomare und das atomare Zeitalter könne von diesem Begriff nicht mehr gemeinsam umfaßt werden. Wenn man ihn dennoch beibehalte, dann nicht darum, weil man an den herkömmlichen Gebrauch dieses Wortes anknüpfe, sondern weil man von den "anthropologischen und kosmologischen Voraussetzungen" her "Anschluß an die Tradition" zu gewinnen suche¹⁾, d.h. von der kriegerischen Potenz des Menschen im Reiche zur Linken her, in welchem die Sünde regiere, die Gott aber paradoxerweise zum Zeichen seines Erbarmens, seiner Erhaltung und seiner Geduld umzukehren vermöge.

Diese kriegerische Potenz des Menschen, (die immer am Werke ist, auch in den Friedenstaten des Staates), fand bisher ihre unheimliche Verdichtung in den Kriegen der Menschheit und zwar immer als "Grenzauftrag staatlicher Selbstbehauptung"²⁾.

Daher ist auch jeder irdische Friede ein "Friede der Angst", d.h. höchstens "Koexistenz", niemals "pax", denn die Störung in der Vertikalen (in der Beziehung zu Gott) bewirke zugleich eine Unordnung auf der Horizontalen, so daß die Ordnung dieser Welt nichts anderes sei als die Neutralisierung der Elemente der Unordnung³⁾.

Während nun die Summe aus Vernichtung und Selbstvernichtung, aus Mord und Selbstmord in einem Atomkrieg diesen absurd und christlich verwerflich erscheinen läßt, muß doch die Möglichkeit, die Ordnung in der Welt gegen Unordnung zu verteidigen, aufrechterhalten werden, eben weil die kriegerische Potenz des Menschen immer in gesteigerter, konzentrierter Form hervorzubrechen drohe.

Ein Verzicht auf Verteidigungsbereitschaft im Westen würde unter Umständen der Willkür eines atombewaffneten Gegners Raum geben und das Recht des Stärkeren zum Prinzip der Weltverfassung machen⁴⁾. Das Dilemma Thieliokes liegt demnach in der Tatsache, daß er den Einsatz nuklearer Waffen zwar als Verbrechen brandmarkt, die Abwehr eines atombewaffneten Gegners aber nur mit gleichartigen Kriegsmitteln für möglich hält. Des logischen Selbstwiderspruches, trotz Verurteilung des Atomkriegs die atomare Rüstung

1) Vgl. a.a.O., S. 6.

2) a.a.O., S. 13.

3) Vgl. Thielicke, "Der Christ und die Verhütung des Krieges im Atomzeitalter", Zeitschrift für Evangelische Ethik, S. 3 u. 6.

4) Thielicke, Die Atomwaffe als Frage an die christliche Ethik, S. 15.

für ethisch nicht verwerflich zu halten, ist Thielicke sich deutlich bewußt. "Welcher Schluß läge also näher als der, daß es auch keine atomaren Waffen geben dürfe, wenn ein Atomkrieg absurd sei?! Ist ein bestimmter Zweck als unmöglich erkannt, dann müssen logischerweise auch die Mittel zu diesem Zweck als unmöglich gelten. Wenn der Atomkrieg abgeschafft werden soll, dann muß auch das, was ihn möglich macht, abgeschafft werden. Oder?

Beim Schritt von diesen Prämissen zu diesen Schlußfolgerungen zeigt sich nun eine eigentümliche Schwierigkeit: Während sich in der Diagnose, daß ein Atomkrieg absurd sei, alle Besitzer und Nicht-Besitzer von Atomwaffen einig sind, zuckt ein Teil von ihnen davor zurück, jene scheinbar logische Folgerung zu ziehen und auch jene Waffen abzuschaffen. Warum verharret man in diesem 'logischen Selbstwiderspruch', daß der Zweck verneint wird, die Mittel zu diesem Zweck aber bejaht werden oder jedenfalls bejaht zu werden scheinen?"¹⁾

Bei der Beantwortung dieser Frage durchzieht die Argumentationsweise Thielickes jenes eigenartige Schwanken zwischen theologischen und politischen Motiven, das schließlich im "Unbereitschaftseffekt" seine zwar sehr originelle und verblüffende, aber meines Erachtens völlig untheologische und zugleich politisch gewagte Zuspitzung erfährt.

Die Erklärung für diesen logischen Selbstwiderspruch, nämlich einen Atomkrieg zu verneinen, atomare Rüstung hingegen für vertretbar zu halten, sieht Thielicke in der Tatsache, daß die menschliche Existenz dem Mißtrauen überantwortet ist²⁾, das alle Lebensbereiche durchdringt, und ein Merkmal der Struktur der gefallenen Welt bildet. Im persönlichen Bereich der Ich-Du-Beziehung sei das Wagnis der Vertrauensvorleistung möglich und geboten, lasse sich aber nicht in den überpersönlichen Bereich der Ordnungen übertragen. "Im überpersönlichen Bereich der Ordnungen ist das insofern anders, als ich erstens in dieses Wagnis ganze Völker und Kulturen hineinziehen würde und als ich zweitens nicht wie im persönlichen Bereich die Gesinnung des Vertrauenswagnisses evident machen kann - ja als diese Gesinnung bei solchen komplexen Gebilden wie Völkern und Staaten in dieser Eindeutigkeit auch gar nicht

1) a.a.O., S. 20.

2) Thielicke, a.a.O., S. 24.

vorliegen kann"¹⁾. Thieliicke bezeichnet ganz richtig die Unterscheidung zwischen dem menschlichen Verhalten in den Ordnungen und im direkten mitmenschlichen Gegenüber als "das zentrale Problem, um das die Lehre von den beiden Reichen kreist"²⁾.

An diesem Problem scheiden sich daher auch die Geister: der Unterschied zwischen der lutherischen und der bruderschaftlichen Auffassung über das Verhältnis von Zuspruch und Anspruch Gottes, über das Verhältnis von Gesetz und Evangelium, liegt hier offen zutage.

So gesteht Thieliicke dem einzelnen beispielsweise zu, daß er sich gewissensmäßig und für das eigene Handeln von der Herstellung, Bereithaltung und Verwendung atomarer Kriegsmittel distanzieren, streitet hingegen ab, daß ein solches Verhalten allgemein verbindlich sei. Indem er Gewaltandrohung und Gewaltanwendung qualitativ unterscheidet, leugnet er nicht etwa die enge Verbindung von Glauben und Handeln und die Herrschaft Christi über beide Reiche, sondern er gewinnt die Möglichkeit, mehrere Arten des Glaubensgehorsams gleichsam als Fragen nach dem eindeutig rechten christlichen Handeln nebeneinander zu dulden.

Da ferner das Problem für ihn nicht in der sündhaften Qualität der nuklearen Waffen liegt, sondern in der prinzipiellen menschlichen "Verkehrtheit", hält Thieliicke es immerhin für möglich, daß selbst diese Waffen das Unheil abhalten können und damit indirekt dem Guten zu dienen vermögen.

Die atomare Gewaltenteilung, die sich aus dem gegenseitigen Mißtrauen ergeben habe, habe eine Art Neutralisierung der Atomgewalt, eine "pax atomica" herbeigeführt.

Die Stabilität dieser pax atomica sei trügerisch, da sie nur relative Sicherheit gewähre, indem sie eine ernsthaftige Drohung enthalte und also die Möglichkeit des Ernstfalles einkalkuliere³⁾.

Thieliicke berührt hier die vieldiskutierte Frage nach der Glaubwürdigkeit atomarer Abschreckung. Wenn die Abschreckung die Entschlossenheit zum Einsatz atomarer Waffen beinhalte, bedeute sie die Bereitschaft, gemeinsam mit dem Gegner unterzugehen. Das beweise aber wieder die These, daß der Sinn einer Verteidigung und die Idee des bellum iustum absurd geworden seien, und daß es,

1) a.a.O., S. 23.

2) a.a.O., S. 22.

3) Vgl. a.a.O., S. 25 ff.

christlich gesehen, einfach unverantwortlich ist, atomare Rüstung zu billigen.

Sollte man dann nicht wirklich trotz grundsätzlicher Ablehnung des Kommunismus unter Umständen lieber vor ihm kapitulieren als eventuell die Verwüstung der Erde auf sein Gewissen laden, fragt Thieliicke daraufhin¹⁾.

Die Art und Weise, wie er diese Frage beantwortet, ist nun logisch zwar sehr einleuchtend, aber insofern anfechtbar, als die Antwort eine Überbetonung der westlichen "guten" Ordnung und der östlichen pervertierten Ordnung ausdrückt, und danach der kommunistische Staat tatsächlich in beängstigende Nähe eines "Teufelsstaates" rückt.

"Es geht primär gar nicht darum, zwischen Kommunismus und Untergang zu wählen, sondern es geht vielmehr darum, ob wir das Recht des Stärkeren in der Welt prinzipiell anerkennen sollen....

Wer sich also für den Sieg der ungehemmten Macht entscheidet, der muß wissen, welche Entscheidung er damit immerhin trifft: Es ist die Entscheidung gegen die noachitische Weltordnung, in der die ungesteuerte, unlimitierte Macht ihre Grenze finden soll an anderer Macht und innerhalb deren das Prinzip der Welterhaltung gerade darin besteht, daß Grenzen gesetzt und gegebenenfalls durch Gewalt erzwungen werden.

Wer sich deshalb für das Recht des Stärkeren entscheidet, der entscheidet sich wider dasjenige Prinzip der Weltordnung, dem die Staatlichkeit entspringt - ja noch mehr: mit dem alle Autorität und alle Rechtlichkeit zusammenhängt. Er trifft also eine Entscheidung gegen die Fundamente der Welt und muß sich darüber klar sein, daß dann, wenn diese Entscheidung einmal gefallen ist, auch die Legitimität aller anderen Ordnungen tödlich angetastet wird...."2).

Indem Thieliicke vom "Faktisch-Speziellen" kommunistischer Herrschaft völlig absieht, das sich ja in den einzelnen kommunistisch regierten Staaten in seiner Vielfalt dokumentiert, und indem er seinen Blick auf das eine Moment des sehr ausgeprägten Machttriebes dieser Herrschaftsform konzentriert, verschieben sich ihm die richtigen Relationen. Alle Erscheinungen kommunistischer Herrschaft schießen praktisch in dieses Moment (der Macht) zusammen

1) a.a.O., S. 28.

2) a.a.O., S. 29.

und verleihen der Wirklichkeit des Kommunismus etwas furchterregend Unmenschliches. Diese Tendenz wird dadurch verstärkt, daß sich bei Thieliicke der totalitäre Staat außerhalb des Reiches zur Linken befindet, so daß auch hier die Gefahr entsteht, ihn in völliger Gottesferne zu sehen - obgleich Thieliicke diese Sichtweise in solcher Schärfe keineswegs beabsichtigt.

Das Dilemma der westlichen Welt besteht für ihn darum in zwei Möglichkeiten totalen Untergangs: im physischen - durch einen Atomkrieg verursachten -, bzw. im moralischen - durch totalitäre Herrschaft herbeigeführten¹⁾.

Thieliicke stellt daraufhin die Frage, wie man dieses Dilemma lösen könne, und er hilft sich aus der Verlegenheit mit dem "Salto" des "Unbereitschaftseffektes":

Wenn man den Weg der Atomäquivalenz zu Ende gehe, laufe man Gefahr, einen Weltbrand zu entfesseln, auch wenn man keine Bemühungen scheue, zu einer kontrollierten Abrüstung zu gelangen und wenn man deswegen Teil-Risiken und Opfer auf sich nehme. Das sei die eine Meinung.

Wolle man hingegen einen Atomkrieg auf jeden Fall verhindern, so müsse man eventuell vor dem kommunistischen Totalitarismus kapitulieren. Diese Entscheidung habe einen einseitigen Verzicht auf nukleare Waffen dann zur Folge, wenn es erwiesen sein sollte, daß der Besitz von Atomwaffen notwendig zum Atomkrieg führe²⁾ - so die andere Meinung.

"Es spitzt sich folglich alles auf die eine Frage zu, wie es mit dem Verhältnis von Abschreckung und Entschlossenheit zum Gebrauch der Atomwaffen, wie es mit dem Verhältnis des psychischen zu dem elementaren Effekt stünde...."³⁾.

Eine zwangsläufige Folge von Abschreckung und Anwendung leugnet Thieliicke entschieden, indem er die "pax atomica" als "psychische Äquivalenz" deutet, welche bei den großen, Atomwaffen besitzenden Gegnern zum "Unbereitschaftseffekt" führe.

"Ob man entschlossen ist, die Atombombe im Ernstfall zu verwenden,

1) Vgl. a.a.O., S. 30.

Die Relativität dieser Gegenüberstellung zeigt sich schon allein darin, daß umgekehrt Gollwitzer und die Bruderschaften im Entschluß zur Herstellung, Bereithaltung und Verwendung atomarer Waffen zugleich die Entscheidung zu moralischer Selbstvernichtung erblicken.

2) Vgl. a.a.O., S. 31 f.

3) a.a.O., S. 32.

ist für den Abschreckungseffekt und also für die Verhütung des nuklearen Krieges keineswegs entscheidend. Da das Abschreckungsziel auf einer psychologischen Überlegung beruht, muß diese Überlegung auch psychologisch zu Ende gedacht werden. Dann aber besagt sie: Es kommt nicht darauf an, ob ich im Ernstfalle entschlossen bin, sondern es kommt darauf an, ob der Gegner mit meiner Entschlossenheit rechnet....

Er wird nämlich nur in dem Maße mit dieser Entschlossenheit rechnen, wie er sie selber besitzt....

Er wird ihm somit eine Unbereitschaft für den Ernstfall nur im gleichen Maße zutrauen, wie er sich seinerseits genötigt sieht, es nicht zum Ernstfall kommen zu lassen¹⁾.

Es ist nun Thielickes Ansicht, daß wir uns in diesem Stadium der "Unbereitschaft" zur Zeit befinden, und daß eine einseitige Ausschaltung atomarer Waffen den Unbereitschaftseffekt aufheben würde²⁾.

Die "pax atomica" enthält folglich, laut Thielicke, nicht die Entschlossenheit zum Ernstfall, sondern sie stellt eine Art "prophylaktischer Verteidigung" dar³⁾.

Die Wendung der Gedankenführung Thielickes hin zum "Unbereitschaftseffekt" ist zweifellos faszinierend, vielleicht auch politisch und militärisch zutreffend. Man sollte darüber jedoch nicht vergessen, daß seine Ansicht nur eine von mehreren Hypothesen darstellt.

Das theologische Problem bleibt letzten Endes bei Thielicke ungelöst.

Er sprengt zwar den Rahmen lutherischer Tradition, indem er auf Grund der qualitativen Veränderung des Krieges eine sinnvolle Verteidigung und die Bedeutung des "bellum iustum" für überholt hält.

Er argumentiert jedoch innerhalb der Zwei-Reiche-Lehre, indem er jede totalitäre Herrschaft an der gottgewollten - gottzugewandten Ordnung des Reiches zur Linken mißt und das Verhalten des einzelnen in den Lebensbereichen und in der unmittelbaren Ich-Du-Beziehung vom lutherischen Ansatz her bestimmt.

Ohne die Zerstörungsgewalt der atomaren Waffen zu unterschätzen, hütet er sich doch davor, sie als theologisches Hauptproblem unse-

1) a.a.O., S. 33.

2) Vgl. a.a.O., S. 34.

3) Ebenda.

rer Zeit zu betrachten. Er weist ihnen ihren Platz innerhalb der Zwei-Reiche-Lehre zu, nämlich als Mittel der gefallenen Welt, die zwar auf höchst fragwürdige, aber nicht unbedingt verwerfliche Weise ihren Sinn erfüllen können.

Damit setzt Thieliicke mit Recht einen klaren qualitativen Unterschied zwischen Bereithaltung und Einsatz nuklearer Kriegsmittel, der nicht nur eine größere Offenheit - auch seelsorgerische Offenheit - gegenüber den Problemen der Politiker und Militärs gestattet, sondern auch den Realitäten in Ost und West besser Rechnung trägt.

Thieliicke wendet sich scharf dagegen, aus der Befürwortung atomarer Waffen den status confessionis und ein "non licet des Glaubens" abzuleiten¹⁾ und wirft vor allem Gollwitzer vor, nur kategorische Imperative aufzustellen, ohne aus der Forderung, einseitig auf Atomwaffen zu verzichten, eindeutig die Konsequenz zu ziehen, daß wir das Schicksal einer kommunistischen Welt zu akzeptieren bereit seien²⁾.

Außerdem weist er auf die "falsche Thesensetzung" der Gegner einer atomaren Rüstung hin, die darin bestehe, "mit dem Abschreckungseffekt der Atomwaffen die Entschlossenheit zum Ernstfall notwendig zu verbinden"³⁾.

So richtig es ist zu betonen, daß die atomare Abschreckung nicht notwendig den Atomkrieg zur Folge habe, so unrichtig ist Thieliickes Annahme, er habe mit dem "Unbereitschaftseffekt" theologisch argumentiert. Es muß ihm vorgeworfen werden, daß er seine These mit allzu großer Sicherheit formuliert hat, daß er sich sehr kühn sehr weit vorgewagt hat, ohne das Problem des Einsatzes

1) Vgl. a.a.O., S. 35.

2) Vgl. a.a.O., S. 28.

Ich verweise hier nochmals auf die Inkonsistenz und Widersprüchlichkeit in Gollwitzers Ausführungen, welche die amerikanische Verhaltensweise den Atomwaffen gegenüber grundsätzlich anders beurteilen als die Verhaltensweise der deutschen Regierung. In diesem Falle bin ich allerdings mit Thieliicke der Meinung, daß das ethische Problem unteilbar ist.

3) a.a.O., S. 35.

Die Behauptung, daß atomare Bewaffnung notwendig zum Atomkrieg führe, findet man - unter den theologischen Stellungnahmen, die ernst zu nehmen sind -, eigentlich lediglich in den Beiträgen H. Vogels. Die Tendenz zu dieser Einstellung ist jedoch bei fast allen "Atomwaffengegnern" zu finden und ist ebenso untheologisch wie Thieliickes Unbereitschaftseffekt.

atomarer Waffen zu lösen¹⁾.

Es wäre jedoch ungerecht zu unterschlagen, daß Thieliicke im Grunde die Eindeutigkeit seiner Aussage abschwächt, indem er schließlich zugibt:

"Denn trotz der beschriebenen Formen der Äquivalenz und der Neutralisierung wäre es denkbar, daß unverhoffte Funken dem nuklearen Pulverfaß zu nahe kämen und daß dann das notdürftig ordnende Gleichgewicht der Atomgewalten einer jähen Weltkatastrophe wich^e"²⁾.

g) Exkurs: Die Diskussionsbeiträge von Hans Asmussen und Walter Künneth³⁾

Die Stellungnahmen Hans Asmussens und Walter Künneths zur atomaren Bewaffnung der Bundesrepublik sind ganz bewußt als Streitschriften angelegt. Die Aggressivität des Tones erklärt sich aus der unbedingten Ablehnung der Konzeptionen Gollwitzers und der Bruderschaften und aus dem Vertrauen auf die absolute Wahrheit der eigenen Position.

1) Während wir von H.Thieliicke recht klar erfahren, daß die Entscheidungen für bzw. gegen die atomare Ausrüstung der Bundeswehr, für bzw. gegen die Äquivalenz der Atompotentiale, für bzw. gegen einseitige Abrüstung für ihn Ermessensfragen, nicht aber Glaubensfragen darstellen, löst er die von ihm angeregte theologische Problematik der Herstellung und des Einsatzes atomarer Waffen auch insofern unzureichend, als er auf die Herstellung überhaupt nicht näher eingeht.

2) a.a.O., S. 35.

3) Die in diesem Exkurs herangezogenen und verarbeiteten Aufsätze Walter Künneths machen es, ähnlich wie an anderer Stelle bei H.Vogel und H.Thieliicke, überflüssig, alle in den Jahren 1957 und 1958 zum Atomproblem erschienenen Beiträge desselben Verfassers zu behandeln. Ich verweise daher auf die Literatur! (s. unter Künneth). - In dem gleichen Problemzusammenhang müssen zahlreiche Beiträge von Erwin Wilkens gesehen werden. Es sei hier auf folgende Titel verwiesen: E. Wilkens:
1. Kirche und Atomrüstung, in: Inf.Bl. NdLLK, 14/1957, S.228 ff.
2. Atom Pazifismus zwischen Bundestag und Synode, in: Inf.Bl. NdLLK, 8/1958.
3. Nach der Synode, in: Inf.Bl. NdLLK, 10/11, 1958.
4. Kirche oder Sekte? in: ELKZ, 8/1958, S. 119.
5. Die neue Aktion der Kirchlichen Bruderschaften, in: ELKZ, 21/1958.
6. Die Angst vor der Sünde - Zur EKD-Synode, in: Ev. Verantwortung, H. 5/1958.
7. Stand des theologischen Gesprächs über die Atomwaffen, in: Deutsches Pfarrerberblatt, 1958, S. 509 - 514.

Man kann diesen Feststellungen entgegenhalten, daß der theologische Anspruch, mit dem sowohl der Kreis um H.Gollwitzer und Ernst Wolf als auch H.Thielicke auftraten, nicht weniger absolut formuliert war.

Dennoch besteht zwischen ihren Analysen und den Beiträgen H.Asmussens und W.Künneths ein wesentlicher Unterschied: jene bemühen sich, ihre Ablehnung oder auch ihre Bejahung atomarer Rüstung von einer ganz bestimmten zugrundegelegten theologischen These her zu entwickeln und begreiflich zu machen. Die polemischen Seitenhiebe, die bei dieser Gelegenheit dem theologischen Gegner versetzt wurden, kann man zwar nicht gutheißen, doch stehen sie in keinem Verhältnis zum sachlich-positiven Ergebnis ihrer Ausführungen.

Bei Hans Asmussen und Walter Künneth drohen die polemischen Äußerungen jedoch die Ernsthaftigkeit ihres Anliegens zu verdecken, das mir außerdem recht unflexibel erscheint. So wie man Martin Niemöller (und der "Stimme der Gemeinde") ein "Zuviel" an Schärfe und ein "Danebengreifen" im Ton und in der Form vorwerfen mußte, muß man auch H.Asmussen und W.Künneth fragen, ob ihr Vorgehen der eigenen Sache nicht mehr geschadet als genützt habe. Wilhelm Andersen setzte sich darum z.B. als lutherischer Theologe klar von Künneth ab und behauptete sogar, dieser mache aus dem theologischen Gegner eine Karikatur¹⁾.

In besonderem Maße wird diese Tendenz, die theologische Gegenseite abzuwerten, bei Hans Asmussen spürbar. Das Schreiben "An die Diener der Evangelischen Kirche in Westdeutschland"²⁾ und die Streitschrift "Verleugnung der drei Glaubensartikel - Eine Antwort an die Kirchlichen Bruderschaften"³⁾ bagatellisieren die Position der "Atomwaffengeegner" in unzulässiger Weise, ohne eine gründliche, abgesicherte eigene Analyse dagegenzusetzen. In den "10 Thesen" oder auch "Punkten", die Hans Asmussen den zehn, von ihm als schwärmerisch bezeichneten Sätzen der Bruderschaften entgegenhält, steht zwar viel Richtiges, obgleich die übermäßige Betonung der Eigenständigkeit der Erhaltungsordnung des Staates zu theologisch recht gewagten Behauptungen führt, die Ernst Wolf und den Bruderschaften eine überaus willkommene Angriffsfläche und die Bestätigung für ihre Ansicht liefern, daß nämlich die lutheri-

1) Lutherische Stimmen zur Frage der Atomwaffen, S. 9.

2) In: Evangelische Stimmen zur Atomfrage, S. 59 ff.

3) Im "Evangelischen Presseverband für Bayern", München 1958.

sche Trennung der beiden Reiche in der Kriegs- und speziell in der Atomkriegsfrage verhängnisvolle, theologisch nicht mehr zu rechtfertigende Konsequenzen nach sich ziehe.

Den Stein des Anstoßes bei H. Asmussen bildet nach Meinung Ernst Wolfs das "Theologumenon" von der Atomwaffe als "Zuchtrute" Gottes¹⁾; d.h. die Tendenz, unsere 'westliche' Gesellschaftsordnung so eindeutig als 'gute Erhaltungsordnung Gottes' zu verstehen, daß man die Atomwaffe als den bösen, gottlosen Kommunismus aufhaltende Macht interpretiert, ihre Fragwürdigkeit aber zugleich dadurch unterstreicht, daß man sie als 'Strafrute in der Hand Gottes' und als Hinweis auf Gottes künftiges Gericht deutet. Einige Textstellen sollen das soeben Behauptete belegen.

"Es muß deshalb mit aller nur möglichen Deutlichkeit gesagt werden, daß es Sünde ist, unser Gemeinwesen in die Hände der Sowjets kommen zu lassen"²⁾.

"Unsere Politiker haben die Entscheidung getroffen, daß wir an der Seite der uns verbündeten Nationen stehen und also die Atomwaffe, so weit sie in deren Händen ist, als Teil unserer Sicherungsmaßnahmen gegen Überfälle anerkennen. Unsere Politiker werden zu entscheiden haben, ob auch unsere Bundeswehr mit Atombomben auszurüsten ist und wer die Entscheidung über deren Anwendung trifft. Daß wir dreizehn Jahre nach dem schrecklichen zweiten Weltkrieg in dieser Situation sind, sollten wir als eine Zuchtrute Gottes hinnehmen"³⁾.

Und drittens:

"Wer 'im Namen des Evangeliums' über die Atombombe spricht, kann nicht übersehen, daß die Atombombe eine Strafrute in der Hand Gottes ist. Wer sie abwenden will, muß vor allem als Vertreter der Kirche zur Buße rufen und zum Gebet.... Wäre das der Fall, dann würde dieses Programm (nämlich das der Bruderschaften) als kirchliches Dokument zum Ausdruck bringen, daß die Atombombe als Zuchtrute in der Hand Gottes ein Zeichen von dem kommenden jüngsten Tag ist...."⁴⁾.

"Kirchlich gesehen bedürfen wir also einer Theologie der Gerichte Gottes...."⁵⁾

1) Christusbekenntnis im Atomzeitalter, S. 68.

2) Verleugnung der drei Glaubensartikel, S. 15.

3) Ebenda, S. 16.

4) Evangelische Stimmen zur Atomfrage, S. 61.

5) Verleugnung der drei Glaubensartikel, S. 10.

Diese "Balancentheologie", die sich auf den Irrtum gründe, je furchtbarer das Übel sei - in diesem Falle das Übel des "Seelenmords" durch den Bolschewismus -, umso furchtbarer seien auch die Mittel, die Gott dagegen setze -, d.h. die Betrachtung der Atomwaffe als Garantin der Seelenrettung -, weist Ernst Wolf mit aller Schärfe als neulutherische Ideologie¹⁾ und als Mißbrauch der lutherischen Bekenntnisschriften zurück²⁾.

Die Fragwürdigkeit der Alternative: physischer Untergang - Seelenmord wurde bereits im vorangegangenen Kapitel angeschnitten: Erstens liegt in dieser Alternative eine Simplifikation vor, und zweitens nähert sich eine solche Gegenüberstellung tatsächlich der Verteufelung des Sowjetstaates.

Ich stimme zwar mit Asmussen in der Aufforderung an die Bruderschaften überein, den Bolschewismus nüchtern einzuschätzen³⁾, kann aber nicht seine Ansicht teilen, daß die "christliche Qualität" unserer westlichen Gesellschaftsordnung so eindeutig und absolut erwiesen sei, daß wir sagen könnten: "Wenn man die Wahl hat, wie wir sie in Westdeutschland haben, zwischen dem seelenmordenden System und irgendeinem Preise zu wählen, den man bezahlen müßte, um diesem System zu entgehen, dann darf man nicht das System wählen"⁴⁾.

Auch die qualitative Scheidung von läßlichen Sünden, die der Westen begehe, und Todsünden, die der Osten auf sich lade, indem er Christum leugne, halte ich nicht nur von der protestantischen Sündenlehre her, sondern auch aus katholischer Sicht, ja, aus christlicher Sicht überhaupt, für indiskutabel und unhaltbar⁵⁾.

Der Grund für Asmussens Fehldeutungen scheint mir bei einem entscheidenden Mißverständnis des Atomzeitalters zu liegen. Für ihn stellen nukleare Waffen und atomare Kriegführung nichts qualitativ Neues dar, sondern er ordnet sie getrost in die Zusammenhänge ein, aus denen heraus die lutherischen Bekenntnisschriften im 16. Jahrhundert entstanden, er versäumt jedoch nicht, auf die graduelle, quantitative Steigerung der Vernichtungsmöglichkeiten der

1) Man vermißt bei Ernst Wolf leider eine präzise Definition dessen, was er unter "Ideologie" versteht. Das gilt für alle seine Beiträge, die im Rahmen dieser Arbeit zur Sprache kamen.

2) Vgl. Christusbekenntnis im Atomzeitalter, S. 68 ff.

3) Vgl. Verleugnung der drei Glaubensartikel, S. 11.

4) Ebenda, S. 15.

5) Vgl. a.a.O., S. 11/12.

ABC-Waffen hinzuweisen. Das damals entwickelte Verständnis vom weltlichen Regiment, von der Obrigkeit und vom Schwertamt des Staates gilt für ihn als zeitlose Norm, und auf die modernen Waffen und den modernen Vernichtungskrieg wird diese zeitlose Norm einfach übertragen. Das Ausmaß der heutigen Problematik wird dadurch meines Erachtens überhaupt nicht sichtbar. Hinter dem institutionellen Denken in Ordnungen und Stiftungen, sei es in denen des Staates, oder sei es in denen der Kirche, verschwindet das Gebot Christi, das jedem einzelnen Geschöpf in diesen Lebensbereichen gilt, verschwindet nun wirklich die enge Zusammengehörigkeit der beiden Reiche Gottes.

Es ist zweifellos christlich zu sagen, daß die Atombombe keine Naturkatastrophe sei und daß sie Einblicke gewähre in die Unheimlichkeit der menschlichen Sünde¹⁾. Es dürfte aber christlich nicht haltbar sein, aus der Sündhaftigkeit aller Lebensbezüge die Folgerung zu ziehen, daß der Abwurf einer Atombombe eine gleich schwere Sünde darstelle wie das Unterlassen eines solchen Abwurfs²⁾: weil nämlich die Güter des freien Westens (einschließlich der Öffentlichkeitsarbeit der Kirche) so hoch zu bewerten seien, daß sie die Anwendung atomarer Waffen als einen Akt christlicher Nächstenliebe rechtfertigen könnten, um die Kirche vor dem Ghetto und die Seelen vor dem Verderben zu schützen. Die Trennung der zwei Reiche scheint mir hier in der Tat zu einer Staatsmetaphysik zu führen, die E. Wolf und die Bruderschaften mit Recht als "unbiblisch" bezeichnen.

Andererseits halte ich Asmussens Kritik an den Sätzen 7, 8 und 9 der Bruderschaften für durchaus berechtigt.

Auch Wilhelm Andersen nannte das "falsche Pathos", mit dem die Bruderschaften in These 8 - 10 Standpunkte bezogen oder verworfen, bzw. Forderungen angemeldet hätten, "ungut" und fragte, wer wir denn eigentlich seien, die etwas zu fordern und zu verlangen hätten³⁾.

Ich bin deshalb mit Asmussen der Ansicht, daß die radikal formulierten Ansprüche in den Thesen 7, 8 und 9⁴⁾ tatsächlich nur propagandistischen Wert besitzen⁵⁾. Es war einfach eine Unterstel-

1) Vgl. a.a.O., S. 10.

2) Vgl. a.a.O., S. 16.

3) Vgl. Lutherische Stimmen zur Frage der Atomwaffen, S. 20.

4) s. Anhang, Dokument VI.

5) Vgl. Verleugnung der drei Glaubensartikel, S. 8.

lung, von der Bundesregierung zu behaupten, sie habe im Jahre 1958 den Atomkrieg vorbereitet.

"Wenn die Synode diesen Satz so annehmen würde, dann würde sie unser Staatswesen vor aller Welt schuldig sprechen, wessen sie die sowjetische Propaganda schon lange anklagt: Daß wir einen Atomkrieg vorbereiten, ja, daß wir mitten in den Vorbereitungen stehen"¹⁾.

Walter Künneths Kritik richtet sich einmal gegen die Anfrage der Bruderschaften an die Synode, dann gegen den "Neopazifismus" Helmut Gollwitzers und außerdem an die Adresse Wilhelm Andersens²⁾.

Wir erinnern uns nochmals kurz an Künneths Interpretation der Zwei-Reiche-Lehre, in der die Eigenständigkeit der von Gott gesetzten Ordnungen deutlich wurde und in der die mit Macht ausgestattete, aber Gott verantwortliche weltliche Obrigkeit, (die mit den Mitteln dieser von Sünde durchdrungenen Welt den Einbruch der chaotischen Mächte verhindern soll), eine so hervorragende Rolle spielt. Künneths Betonung der hohen Würde des Weltreiches und seiner Erhaltungsordnungen, ferner seine Hervorhebung der außergewöhnlichen Verantwortung der Regierenden und die Erkenntnis, daß diese Welt Stätte der Dämonie³⁾ sei, führen ihn in der Frage der atomaren Bewaffnung der Bundeswehr zu ähnlichen Fehlschlüssen, wie sie Asmussen zog. Hinzu kommt bei Künneth die gleiche unflexible Einstellung zu den Aussagen der lutherischen Bekenntnisschriften; sie sind auch für ihn von zeitloser Gültigkeit.

Trotz aller Kritik an Künneth muß jedoch klar zum Ausdruck gebracht werden, daß seine theologische Argumentation in der Atomfrage sich im Vergleich mit derjenigen Asmussens als eine weitaus seriösere darstellt.

Wenn man einmal von seiner üblichen Polemik absieht, die christliche Ethik der Gegenseite als "enthusiastisch" zu bezeichnen, weil sie sowohl einem irrigen subjektiven Gewissensbegriff erlie-

1) Ebenda.

2) "Lutherische Stimmen zur Frage der Atomwaffen", S. 8 ff. "Was ist in der Atomfrage verbindliche Lehre der lutherischen Kirche - Einspruch gegen Walter Künneth" und dessen Erwiderung: "Ist das noch lutherische Theologie? Eine Antwort an W. Andersen" in: Evangelisch-Lutherische Kirchenzeitung, 12. Jhg., 21, Berlin 1958, S. 343 ff.

3) Zum Begriff 'Dämonie' bei Künneth vgl. "Politik zwischen Dämon und Gott", S. 31 ff.

ge als auch das reformatorische Rechtfertigungsgeschehen verfälsche, kann man Künneths ethische Einstellung zur Problematik der atomaren Ausrüstung wie folgt umreißen:

Die Lehre vom gerechten Krieg wird weiterhin als anwendbar betrachtet, weil Künneth eine quantitativ wertende Kriegslehre vertritt und keine qualitative Zäsur mit der Existenz atomarer Waffen setzt¹⁾. So gibt es für ihn nur die Alternative: gerechter Krieg bzw. Pazifismus. Da die Möglichkeit, ein "bellum iustum" zu führen, auch heute noch zu den Funktionen der Obrigkeit gehört, die damit dem göttlichen Auftrag nachkommt, die Ordnungsmächte zu erhalten, bedeutet jede Form des Pazifismus für Künneth Ungehorsam gegen das göttliche Gesetz, das in den Ordnungen des Reiches zur Linken waltet²⁾.

Während Wilhelm Andersen und Fr.W. Kantzenbach die Grenze abstecken, bis zu der staatliche Machtausübung erlaubt ist, und das Gebot "so ohne Sünd geschehen mag" in das Zentrum ihrer Deutung von CA, Art. XVI stellten, unterstreicht Künneth bei seiner Interpretation des gleichen Artikels die Erhaltungsfunktion der Obrigkeit gegen Aufruhr von innen und außen.

"So ist das Verständnis der Staatsmacht als einer von Gott gestifteten Ordnungsgewalt eine Glaubenserkenntnis, also eine politische Grundsatzerkennung, die Allgemeingültigkeit in sich schließt. Nichts anderes als diese grundlegende Offenbarungserkenntnis wollen die Bekenntnisschriften, etwa Aug. und Apol. 16, zum Ausdruck bringen.

Die Entscheidung über die Gültigkeit dieser Aussagen fällt nicht auf Grund der Analyse unserer weltpolitischen Situation, also nicht gemäß einer politischen Zeitdeutung, sondern fordert eine theologische Beurteilung und vollzieht sich ganz schlicht an dem Verständnis des 'weltlichen Regimentes' Gottes.

Nicht die Reflexion auf das "iure" - was jeweils im Laufe der

-
- 1) "...Man wird dann nicht mehr von der qualitativen Andersartigkeit der modernen Kriegführung reden können, sondern den Unterschied in den universalen Ausmaßen und der Intensität der Vernichtung sehen müssen, also in einem quantitativen Geschehen". Walter Künneth, Rechtfertigung im Atomzeitalter, S. 11.
 - 2) Es ist erstaunlich, daß Künneth bei einer gründlichen Überprüfung der Kriterien, die für einen gerechten Krieg maßgebend sind, nicht wenigstens die Fragwürdigkeit dieses Begriffes für das Atomzeitalter hervorhebt, oder aber von der Unmöglichkeit handelt, in einem modernen Krieg die einschränkenden "Vorschriften" der Lehre vom gerechten Krieg zu erfüllen.

Kriegsgeschichte der Menschheit darüber verstanden sein könnte - bringt zum Ziel, sondern das "iure bellare militare" muß von dem gottgestifteten Recht der Obrigkeit, Macht zu besitzen und Macht zu üben, aus interpretiert werden....¹⁾.

Es gilt also auch heute noch, nicht bloß im 16. Jahrhundert, ... daß der Staat daher auch legitim handelt, wenn er die Staatsbürger durch 'Gesetze' 'zwingt', die Staatsordnung zu schützen.... Verweigert aber ein Christ das militäre und bellare, dann leistet er einen gefährlichen Beitrag an der Zerstörung der Ordnung und steht im Ungehorsam gegen Gottes Erhaltungswillen"²⁾.

Künnehts Einwände gegen Gollwitzer, Vogel, Niemöller, die Kirchlichen Bruderschaften und auch gegen Andersen richten sich in dieser Verbindung gegen deren Verständnis der Obrigkeit und des Gewissensbegriffes. Es ist ihm einfach unverständlich, daß Gollwitzer beispielsweise dem Bürger die prinzipiell gleiche Verantwortlichkeit wie der Regierung zugesteht und nur von einer "Abstufung der Kompetenzen" von der Obrigkeit bis hinunter zum Bürger sprechen kann³⁾.

Künneht weist hingegen den Regierenden eine besondere Verantwortung zu, und er meint damit eine qualitativ geringere Verantwortlichkeit der Staatsbürger, was bei ihm zu der These von der "abgenommenen Verantwortung" führt.

Diese konkreten Schlußfolgerungen aus Künnehts "Ordnungslehre" führen, übertragen auf die Lage der Bundesrepublik im atomaren Zeitalter, zu entsprechenden Aussagen über die atomare Bewaffnung. "Die verantwortlichen Politiker und Staatsmänner in Bonn haben Recht und Pflicht, für den Schutz in der ihnen erforderlich erscheinenden Weise Sorge zu tragen, auch in der Berücksichtigung der heute notwendigen atomaren Rüstung....

Hier geht es um eine in letzter Gewissenhaftigkeit vor Gott zu vollziehende Ermessensfrage auf Grund umfassender Sachkenntnis.

-
- 1) Man fragt sich bei einer solchen Behauptung, was das "iure" dann überhaupt noch für einen Wert hat, denn die ohnehin höchst relative "Gerechtigkeit" war immer Maßstab für den gerechten Krieg, d.h. das Hauptgewicht liegt gerade auf dem "iure" und nicht auf dem "bellare militare" - wenn ich die Lehre vom bellum iustum richtig verstanden habe.
 - 2) Walter Künneht, Neopazifismus? Antwort an H.Gollwitzer, in: Deutsches Pfarrerblatt 1958, Nr. 7. - In: Evangelische Stimmen zur Atomfrage, S. 77/78.
 - 3) Vgl. H.Gollwitzer, Die Christen und die Atomwaffen, S. 11.

Angesichts der Tatsache, daß die östliche Macht über eine geradezu ungeheure Atomrüstung verfügt, kann sinnvollerweise eine Verteidigung nur mit gleichwertigen Waffen, d.h. mit Atomwaffen erfolgen.

Eine vorzeitige Preisgabe dieser Schutzmöglichkeiten aber käme einem verantwortungslosen Handeln, einem unethischen lieblosen Verhalten der Staatsführung gleich. Gerade das politische Ethos fordert die Erhaltung des anvertrauten Staates durch die allein zur Stunde wirksamen Mittel¹⁾".

Ich wende mich nun nicht etwa gegen eine Bejahung atomarer Rüstung als eine Möglichkeit politischen Handelns, ich wende mich aber gegen die Selbstverständlichkeit, mit der hier im Bereich christlicher Theologie von dieser Rüstung gesprochen wird, und ich vermisse allerdings einen ebenso deutlichen Hinweis auf die Labilität und Fragwürdigkeit des atomaren Gleichgewichts und auf das Faktum - das in allen kirchlichen Stellungnahmen bisher ausgesprochen wurde -, daß ein atomarer Krieg - christlich betrachtet - nicht mehr sein darf.

Es ist meiner Ansicht nach einfach nicht möglich, das Atomzeitalter völlig selbstverständlich mit dem 'weltlichen Regiment' zu verbinden, das Luther im 16. Jahrhundert vorfand und von dem aus er seine Aussagen über den Staat formulierte. Hier scheinen mir die Verfasser der Schrift 'Lutherische Stimmen zur Frage der Atomwaffen' mit ihrem Einspruch gegen Künneth wesentliche Dienste geleistet zu haben, und hier scheint mir auch das positive Ergebnis von Thieliicks Beiträgen zu liegen, der nicht nur die Verwerflichkeit eines atomaren Krieges, sondern auch das qualitativ Neuartige der nuklearen Waffen erkennt.

Ich stimme darum auch Wilhelm Andersen zu, dem an den Äußerungen Künneths die Sicherheit "theologisch verdächtig" und "zutiefst geistlich beunruhigend ist", mit der dieser nicht nur über die "sozialethische Tradition der Kirche" und die "große ethische Entscheidung der Reformation" redet, sondern den Anspruch erhebt, "verbindliche Lehren der lutherischen Kirche" vorzutragen²⁾.

-
- 1) Walter Künneth, Die Atomfrage in christlicher Sicht, in: Die politische Meinung, H. 25, Juni 1958, S. 38/39. "...Politiker und Soldaten können auch im Atomzeitalter unter dem Vergebungs-trost des Evangeliums und darum in einem 'seligen Stand' stehen, das ist verbindliche Lehre der lutherischen Kirche".
- 2) Vgl. Lutherische Stimmen zur Frage der Atomwaffen, S. 12.

Nun gesteht Künneth dem einzelnen Christen zwar zu, daß er sich in "echter, eindrucksvoller Gewissensentscheidung" gegen Herstellung, Bereithaltung und Anwendung atomarer Kriegsmittel aussprechen könne, und er betont, daß einer solchen Verhaltensweise die "ethische Anerkennung" nicht versagt werden solle, er verweigert einer solchen Haltung jedoch den Anspruch auf theologische Verbindlichkeit.

"Das 'an Gottes Wort gebundene Gewissen' muß also im Einklang stehen mit dem in der Stiftung der Obrigkeiten sich dokumentierenden Ordnungswillen Gottes. Jedenfalls ist dies einhelliges Zeugnis des NT und der Reformation. Ein rein subjektivistisch-individualistischer Gewissensbegriff dagegen führt zur Auflösung der Staatsordnung, während umgekehrt das "christliche Gewissen" sich in der Verwirklichung des Gehorsams gegenüber der politischen Ordnung 'tamquam divinae ordinationi' manifestiert"¹⁾.

Eine solch enge Bindung des christlichen Einzelgewissens an die Ordnungen, die auch bei Künneth - in den soeben zitierten Sätzen jedenfalls - eine zweite Offenbarungsquelle bilden, ermöglicht ihm den Vorwurf, Gollwitzer sowie die Bruderschaften hätten einen "rein subjektivistisch-individualistischen Gewissensbegriff". Das Unverzeihliche ist nun - aus Künneths Sicht - allerdings, daß sie diesen nicht nur für sich, gleichsam im stillen Kämmerlein, haben, sondern daß sie ihre Ablehnung atomarer Rüstung zu einer Frage des Glaubensgehorsams erheben und außerdem noch die Gefahr sowjetischer Bedrohung unterschätzen; denn ein subjektivistisches Gewissen, das seine Glaubenserkenntnisse innerhalb der Erhaltungsordnung des Staates in politisches Handeln umsetzen wolle, verwirre das richtige Verständnis von den zwei Regimenten Gottes aufs heilloseste.

"Prinzipiell aber begegnet uns hier wiederum jene berüchtigte, schon von Luther leidenschaftlich bekämpfte Vermischung der 'beiden Reiche', die Verwechslung von Gottesreich und Weltreich. Niemand behauptet, daß die Kirche einer Verteidigung durch Gewalt bedürfe, und gerade die lutherische Lehre schließt jede Kreuzzugs-idee aus. Verhängnisvoll aber ist es, den Gottesglauben an die Stelle der politischen Vernunft zu setzen. Eine solche Haltung

1) W. Künneth, Neopazifismus, in: Evangelische Stimmen zur Atomfrage, S. 80.

käme einem 'Gottversuchen' gleich und muß sich den Vorwurf der Verantwortungslosigkeit gefallen lassen.

...Ethisch unfruchtbar und belastend wäre es, Gewissensskrupel zu provozieren und die Gewissen unter die Anklage einer verbrecherischen Tat zu stellen; notwendig und hilfreich aber ist es, die Gewissen zu schärfen und einen an dem Erhaltungswillen Gottes und der Nächstenliebe orientierten rechten Machtgebrauch zu fordern¹⁾.

Beim Lesen der soeben angeführten Textstelle kann man sich eines unbehaglichen Gefühls nicht erwehren. Es ist zwar meines Erachtens theologisch hybrid und seelsorgerisch lieblos, die Befürworter atomarer Rüstung, seien sie nun einfache Staatsbürger, Politiker, Soldaten oder Techniker, "Verbrecher" und "Mörder" zu nennen - ich wies derartige Bezeichnungen bei Niemöller und in der "Stimme der Gemeinde" darum auch scharf zurück, und ich kann hier sogar Gollwitzer den Vorwurf nicht ersparen, daß seine Formulierungen zuweilen hart die Grenze des Zumutbaren streifen²⁾ -, aber es ist andererseits gefährlich, so sehr auf die "iustificatio impiorum propter Christum" zu vertrauen, daß man es für "unfruchtbar und belastend" hält, Gewissensskrupel in der Frage atomarer Verteidigung überhaupt aufkommen zu lassen, so als ob einem Gottes Vergebung auf Grund der Aussagen der Bekenntnisschriften jedenfalls sicher sei. Man vermißt bei Künneth die "Zweideutigkeit", in der sich alles menschliche Tun in dieser Welt vollzieht und das selbst bei reinstem Wollen und bei höchster Glaubensgewißheit von Christus her gesehen immer nichtiges Tun sein kann.

Ganz im Gegensatz zu seinen Ausführungen in "Politik zwischen Dämon und Gott", in denen Künneth auf diese Zweideutigkeit allen menschlichen Tuns als Folge der "Unentrinnbarkeit der Schuldverhaftung" so großen Wert legt, rücken seine Beiträge zur Atomdiskussion im Ergebnis in gefährliche Nähe zu jener Eindeutigkeit, die er bei seinen theologischen Gegnern so tadelt. Es ist richtig, daß Künneth die fast nicht zu lösende "Pflichtenkollision" betont, vor der Physiker, Politiker, Techniker und Soldaten im Atomzeitalter stehen, wenn sie der Aufgabe gerecht werden wollen, einen Atomkrieg zu verhindern und zugleich unsere höchst relativ

1) W.Künneth, Atomrüstung und Ethos, in: Zeitwende - Die neue Furche, 32. Jhg., 1961, S. 243/244.

2) Vgl. als Beispiel: "Die Christen und die Atomwaffen", S. 42.

"gute", freiheitliche westliche Ordnung zu erhalten. Andererseits geht es doch wohl entschieden zu weit, die Befürwortung atomarer Rüstung mit dem Hinweis auf die christliche Nächstenliebe für völlig problemlos zu halten¹⁾.

"Das Motiv der Nächstenliebe kann den um die atomare Verteidigung sich bemühenden Christen, sei es als Politiker, Soldaten oder Techniker, nicht abgesprochen werden, denn es wäre lieblos, in Befolgung des pazifistischen Gebotes auf den Schutz der Atomrüstung einseitig zu verzichten.

Das christliche Verhalten im Licht der Auferstehung würde sich also gerade im verantwortlichen Dienst in den Ordnungen und an ihrer Erhaltung und Förderung dokumentieren, und wenn diese Aufgabe in einer bestimmten Geschichtsstunde Maßnahmen der atomaren Waffengewalt verlangt, so kann das christliche Ethos nicht seinen Ausdruck in der Verweigerung des Wehrdienstes finden, welche die Handlungs- und Entscheidungsfreiheit der 'Obrigkeit' lähmen und bedrohen muß²⁾.

Dem "theologischen" Denken Künneths und Asmussens, das - in der Atomfrage jedenfalls - ein völlig theoretisches und institutionelles genannt werden muß, indem es eine Mauer von unpersönlichen Ordnungsgefügen um das lebendige Einzelgewissen herum aufrichtet, kann man nur folgende Sätze entgegenhalten, die von einer katholischen Schriftstellerin stammen:

"...es gilt die Menschlichkeit und den christlichen Glauben zu retten, aber man kann die Menschlichkeit nicht retten, indem man sie vernichtet, man kann auch den christlichen Glauben nicht retten, indem man ihm zuwiderhandelt. Wie Christus den Atomkrieg beurteilt hätte, kann keinen Augenblick zweifelhaft sein. Das Christentum, auf eine ganz kurze Formel gebracht, bedeutet die Offenbarung Gottes im Menschen - die christliche Erfahrung des Göttlichen ist also untrennbar mit unserer Menschlichkeit verbunden. Wir können das Christentum nicht verteidigen, wenn wir die Menschlichkeit preisgeben. Wir können uns als Christen nur verteidigen, wenn wir es wirklich sind³⁾.

1) Künneth, Neopazifismus, in: Evangelische Stimmen zur Atomfrage, S. 80.

2) Ebenda, S. 80 und S. 81.

3) Gertrud von le Fort: "Der Christ im Atomzeitalter", in: Gegen den Tod, 1964, studio bibliothek 1, Stuttgart, S. 116. Rede, gehalten am 12. Juni 1958 in München auf einer Kundgebung gegen die Atomrüstung.

S c h l u ß

Daß protestantische Theologen, Atomwissenschaftler und Politiker mit sich einander ähnelnden, oder gar entsprechenden ethisch-humanitären und ethisch-christlichen Argumenten zu den gleichen Resultaten gelangten: nämlich in übereinstimmender Weise zur Verwerfung des Krieges mit Kernwaffen, häufig jedoch auch zur Ablehnung der Herstellung und der abschreckenden Bereithaltung dieser Waffen, läßt uns die Frage stellen, ob wir damit am Ende dieser Untersuchung nicht vor einem negativen Ergebnis stehen, negativ insofern, als den herausgearbeiteten ethischen Postulaten im staatsmännischen und staatsbürgerlichen Selbstverständnis der Bundesrepublik gar keine Rechnung getragen wird.

Betrachten wir unser Ergebnis daher zunächst "ex negativo"! Es ist eine Tatsache, daß die Bundesrepublik Deutschland der NATO angehört. Es ist eine Tatsache, daß die Strategie dieses Bündnisses den Einsatz taktischer (und strategischer) Kernwaffen zu Verteidigungszwecken vorsieht und daß von daher betrachtet die Herstellung und Bereithaltung nuklearer und thermo-nuklearer Waffen für diese Strategie selbstverständliche Voraussetzung bilden. Es ist ebenfalls eine Tatsache, daß auf dem Gebiet der Bundesrepublik atomare Sprengköpfe lagern und daß wir in unserer Bundeswehr Truppeneinheiten haben, die als sogenannte "ABC-Einheiten" an Mehrzweckwaffen ausgebildet werden.

Die politische und militärische Einbeziehung der Bundesrepublik in die NATO ist also längst vollzogen (inzwischen hat auch die SPD diesem Faktum zugestimmt¹⁾, und von der FDP hört man ebenfalls nichts mehr gegen die atomare Ausrüstung deutscher Truppen).

Von dem "Ostermarsch der Atomwaffengegner" abgesehen, welcher - der Name sagt es - jedes Jahr zu Ostern und anlässlich einiger Gedenkfeiern, wie z.B. zu Ehren Hiroshimas am 6. August, von sich reden macht, ist es still geworden um die "Kämpfer" gegen nukleare Kriegsmittel. Es sieht so aus, als habe sich die Öffentlichkeit in der Bundesrepublik den Tatsachen gefügt - als habe sie sich abgefunden.

1) Die Welt vom 17.12.1963, "Erler bejaht multilaterale Atom-macht".

Muß man auf Grund dieser Feststellungen nicht zu dem Schluß kommen, daß sich zwischen dem, was wir im Laufe dieser Untersuchung als ethisches Problem der Atomdiskussion erkannt haben, und den konkreten Ergebnissen der politischen und militärischen Diskussion selbst, deren Mittelpunkt die im ersten Teil behandelten "Atomdebatten" bildeten, eine tiefe Kluft auftut, die nach Lage der Dinge unüberbrückbar erscheint?

Es mag so aussehen! Dennoch bin ich der Meinung, daß den Tatsachen zum Trotz das Ergebnis dieser Arbeit positiv formuliert werden darf: es besteht in der Wechselwirkung, die politisch-militärische und ethische Diskussion aufeinander ausüben.

Die politische Diskussion der Jahre 1957 und 1958 hat in ganz entscheidender Weise die Diskussion ethischer und militärischer Probleme veranlaßt und gefördert. Sie hat in gleicher Weise die öffentliche Meinung in der BRD für diese Fragen vorbereitet und die "Hellhörigkeit" der Bevölkerung geschärft. Der kritische Bewußtseinszustand der Bundesbürger der atomaren Ausrüstung gegenüber mag ein latenter genannt werden; aber er ist vorhanden: das "Aufschrecken" der Öffentlichkeit z.B. angesichts der Möglichkeit, daß entlang der Zonengrenze Atomminen gelegt werden könnten, und die daraufhin erfolgte "beschwichtigende" Reaktion von Seiten der Bundesregierung beweisen es!¹⁾

Jeder Politiker wird fortan mit einer "Allergie" der öffentlichen Meinung atomaren Rüstungsproblemen gegenüber zu rechnen haben.

Hervorragende Bedeutung muß bei den Vorgängen seit 1957 der Erklärung der "Göttinger Achtzehn" vom 12. April 1957 beigemessen werden: sie hat sowohl die politisch-militärische als auch die ethische Diskussion in Gang gesetzt; sie war gleichsam der auslösende Faktor.

Umgekehrt ist es der ethischen Diskussion gelungen - indem sie es sich nämlich zum Ziel gesetzt hat, zum Korrektiv der Politik und der öffentlichen Meinung zu werden -, durch Publikationen, Vorträge und Aufrufe die Aufmerksamkeit weiterer Kreise auf sich zu lenken, obgleich sie sich im eigentlichen Sinne intern, d.h. im Rahmen der verschiedenen Fachrichtungen abspielt.

Die kritischen Stellungnahmen von Seiten der Atomwissenschaftler

1) Die Welt vom 17.12., 18.12., 19.12.1964; dann laufend!

und von seiten protestantischer und katholischer Theologen und Laien¹⁾ haben zumindest die tiefe Fragwürdigkeit der gegenwärtigen politischen und militärischen Lage in unser Bewußtsein geprägt und uns mehr oder weniger deutlich klargemacht, daß wir politisch, militärisch und ethisch "Spätentwickler" sind; man kann es auch so ausdrücken, daß wir in der augenblicklichen Situation wie Kinder denken und handeln, welche die ihnen drohende Gefahr noch nicht erkannt haben oder noch nicht genügend erkannt haben - bzw. sie gar nicht erst realisieren wollen -, und daß es deshalb höchste - allerhöchste Zeit ist, dieser uns drohenden Gefahr gegenüber angemessen denken und handeln zu lernen.

In diesem Sinne habe ich Carl Friedrich von Weizsäcker verstanden, als er in seiner Rede anläßlich der Verleihung des Friedenspreises des deutschen Buchhandels von der "Übergangszeit" sprach, in welcher wir leben und in der wir es erst lernen müßten, an die tiefgreifende Verwandlung der Welt zu glauben²⁾.

Wenn auch der erste kleine Erfolg der ethischen Diskussion darin bestehen mag, daß wir überhaupt darüber nachzudenken beginnen, wo wir stehen, d.h. wohin wir gelangt sind, denn es ist einfach ein Faktum, daß eine Politik, die den Einsatz taktischer und strategischer Kernwaffen für den Ernstfall einkalkuliert, mit den Forderungen der christlichen Botschaft und des Naturrechtes kaum noch etwas gemein hat, dann haben wir schon viel gewonnen.

1) Vgl. Anm. 1 und 2 auf S. 82.

Vgl. ferner Carl Amery, Die Kapitulation oder Deutscher Katholizismus heute, Rowohlt 1963, S. 98.

Heinrich Böll berührt in seinem "Brief an einen jungen Katholiken" z.B. die Problematik des modernen christlichen Soldaten und die Frage der Militärseelsorge. Man lese nach in "Christ und Bürger heute und morgen", hrsg. von A. Horné, Düsseldorf 1958, S. 113 ff.

W. Dirks, Eine Antwort, in: FH, 13. Jhg., H. 6, 1958, S. 391.
Ders., Die Gefahr der Gleichschaltung, in: FH, 13. Jhg., H. 6, Juni 1958.

Ders. Nonkonformisten sind nicht repräsentativ, in: FH,

13. Jhg., H. 12, Dezember 1958, S. 828 f.

Eugen Kogon, Die Insel der Friedfertigkeit, in: FH, 13/1958, S. 525 ff.

Ders., Gegen den Atomtod, ebenda, S. 305 ff.

P. Nellen, Atombombe und Moraltheologie, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, H. 9, 1958, S. 531 ff.

Ders., Gustav Gundlach SJ und Pius XII. zur Atomfrage, in: Die neue Gesellschaft, 6/1959, S. 378 ff.

2) Vgl. Motto S. 6.

Wenn wir uns im immer noch christlich genannten Abendland nicht nur über unseren Mangel an politischer und militärischer Phantasie, sondern auch über die Trägheit unserer Herzen und den Niedergang und Tiefstand unseres christlichen Glaubens ohne Beschönigung Rechenschaft ablegen, sollte der Weg frei sein zu dem Entschluß, umzudenken, auch wenn es Zeit braucht, die sich wandelnden politischen, militärischen und ethischen Gegebenheiten intellektuell und existentiell zu akzeptieren und sich ihnen anzupassen. Denn daß sich, wie die Dinge zur Zeit noch stehen, "das Mittelmaß unseres Glaubens mit der Macht paart oder von der Illusion der Macht überdeckt wird, ist unsere große Versuchung"¹⁾.

So sehr sich auch die Politik mit ihren Notwendigkeiten in erschreckendem Ausmaß von christlichen Maßstäben entfernt hat, muß man doch ihre Vertreter andererseits speziell gegen die Theologen etwas in Schutz nehmen. Gewiß - wenn die Politiker und Militärs die Herstellung, Bereithaltung und Anwendung von ABC-Waffen christlich begründen wollen, haben sie die Theologie gegen sich.

Die Theologen handeln jedoch "unchristlich" im Sinne des praktischen Christentums, wenn sie nur "verdammten" und die Nöte der Politiker nicht verstehen. Für diese ist säkular-ethisch heute eben vieles noch möglich, was streng christlich betrachtet bereits unmöglich ist.

Auf jeden Fall kommt der Theologie von ihrem Auftrag her in der Atomdiskussion eine hochpolitische Aufgabe zu: sie verkündet den Einbruch des Evangeliums auch in alles politische Geschehen als Warnung, Mahnung und Ermutigung. In diesem Sinne bedeuten die Worte der Bruderschaften und Gollwitzers primär Warnung und Mahnung, die Worte zahlreicher lutherischer Theologen primär Ermutigung. Natürlich werden erstere darauf erwidern, ihre Warnungen seien zugleich ermutigend gemeint, und letztere werden darauf hinweisen, daß ermutigende Hilfe der Mahnungen nicht zu entbehren brauche. Das ist gewiß richtig - mir kam es mit dem Gesagten auch lediglich auf die Akzente an.

In diesem Zusammenhang soll daher nochmals abschließend die Frage gestellt werden, ob nicht der Begriff der zeitlich gemeinten Komplementarität sowohl für die Politiker und Militärs als auch für

1) Heinz Theo Risse: "Katholizismus und Politik in der Bundesrepublik", in: Christ und Bürger heute und morgen, Düsseldorf 1958, S. 189.

die Theologen selbst eine hilfreiche - gleichsam seelsorgerische
- Lösung darstellen würde.

A n h a n g

Auswahl wichtigen Quellenmaterials

I. Dokument

Wortlaut der Großen Anfrage der SPD vom 2. April 1957

Frage 1: Was tut die Bundesregierung, um der Gefahr entgegenzuwirken, daß Deutschland in einen Atomkrieg einbezogen wird, und was gedenkt sie zu tun, um auch die Deutschen in der sowjetischen Besatzungszone vor den Gefahren eines Atomkonfliktes zu schützen?

(209. Sitzung, 10.5.1957, 12067 (D))

Frage 2: Trifft es zu, daß bei der kürzlich durchgeführten Stabsübung der NATO (Lion noir) der beiderseitige Einsatz von nuklearen Waffen in beiden Teilen Deutschlands Bestandteil der Übung war?

(Ebenda: 12068 (D))

Frage 3: Was tut die Bundesregierung zur Unterstützung der gegen das Atomwetterrüsteten gerichteten Forderungen Japans, die aus den eigenen leidvollen Erfahrungen der ersten Atombombenabwürfe entstanden sind, auf Einstellung der Atomversuchsexplosionen durch alle Beteiligten?

(Ebenda: 12069 (A))

Frage 4: Ist die Bundesregierung bereit, dem japanischen Beispiel zu folgen und ihre Zustimmung zur Stationierung von Atomwaffenverbänden auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland zu verweigern?

(Ebenda: 12069 (B))

Frage 5: Was tut die Bundesregierung, um dazu beizutragen, daß durch ein allgemeines Abkommen über die Begrenzung der Streitkräfte und ihrer Bewaffnung sowie über die Einführung eines wirksamen Kontrollsystems dem Atomwetterrüsteten ein Ende gemacht und die Sicherheit auch für unser Volk erhöht wird?

(Ebenda: 12070 (C))

Frage 6: Wann, unter welchen Umständen und aus welchen Gründen hat die Bundesregierung der Stationierung von Atomwaffen und Atommunition in der Bundesrepublik Deutschland zugestimmt?

(Ebenda: 12069 (B))

Frage 7: Trifft es zu, daß ein Sprecher des Bundesverteidigungsministeriums in den Vereinigten Staaten die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen verlangt hat, und ist das die Auffassung der Bundesregierung?

Frage 8: Hält die Bundesregierung an der im Zusammenhang mit der Unterzeichnung der Pariser Verträge schriftlich abgegebenen Erklärung fest, wonach die Bundesrepublik Deutschland keine Atomwaffen herstellen wird?

Frage 9: Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung getroffen, um die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland vor den möglichen Auswirkungen der Stationierung von Atomwaffen auf ihrem Gebiet zu schützen, und ist die Bundesregierung bereit, die Bevölkerung über diese Maßnahmen aufzuklären?

(Ebenda: 12072 (B))

II. Dokument

Die Bundesregierung faßt ihre Auffassung zusammen
(209. Sitzung, 10. Mai 1957, 12073 f):

1. Nach wie vor ist die Bundesrepublik durch das militärische Potential und die unverändert gebliebene politische und ideologische Zielsetzung der Sowjetunion einer ernststen Bedrohung ausgesetzt.
2. Eine isolierte Sicherheitspolitik der Bundesrepublik ist heute nicht mehr möglich. Nur im Verein mit unseren Bundesgenossen können die einzig wirksamen Maßnahmen getroffen werden, die geeignet sind, den Ausbruch eines Krieges zu verhindern und damit ganz Deutschland vor ihm zu schützen.
3. Diese Maßnahmen, die ausschließlich der Erhaltung des Friedens und der Sicherheit unserer Freiheit dienen, können von der Sowjetunion nicht als Bedrohung aufgefaßt werden und werden von

ihr in Wirklichkeit auch nicht als Bedrohung aufgefaßt.

4. Die Bundesregierung versichert erneut ihre Bereitschaft, alles zu tun, was in ihren politischen Möglichkeiten liegt, um ein umfassendes Abrüstungsabkommen herbeiführen zu helfen. Die beste Voraussetzung für ein solches Abkommen ist allerdings die Beseitigung der Spannungsherde. Entspannung, Abrüstung, Sicherheit und Wiedervereinigung gehen Hand in Hand.
5. Die Bundesregierung hat die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen bisher weder verlangt, noch ist sie ihr angeboten oder aufgedrängt worden. Es ist ihr ausgesprochener Wunsch, daß durch den Abschluß eines Abrüstungsabkommens sich dieses Problem von selbst erledigt.
6. Bis zum Erfolg der Abrüstungsbemühungen kann die Bundesregierung im Interesse der Sicherheit der Bundesrepublik den Streitkräften der Vereinigten Staaten, dem Rückhalt der gemeinsamen Verteidigung, die Bereitstellung solcher Waffen nicht verweigern, die denen der Roten Armee im entsprechenden Bereich mindestens gleichwertig sind.
7. Zum Schutz der Bevölkerung sind, unter Berücksichtigung des neuesten Standes der Technik, wirksame Maßnahmen geplant. Ihre Durchführung hat bereits begonnen und wird nach Verabschiedung des Gesetzes über den Schutz der Zivilbevölkerung in verstärktem Maße fortgesetzt werden.
8. Die Sowjetunion ist nach wie vor eine gewaltige Militärmacht, die über die stärksten konventionellen Streitkräfte und über Atomwaffen aller Art verfügt. Bisher liegt leider kein Beweis dafür vor, daß die Sowjets ihre aggressive politische Zielsetzung aufgegeben haben. Die Bundesregierung warnt davor, in der politischen und psychologischen Verteidigungsbereitschaft nachzulassen, bevor die Sowjetunion eine sichtbare Bereitschaft zeigt, die Spannungsherde zu beseitigen und nach jahrelangen Verhandlungen endlich einem Abrüstungsabkommen zuzustimmen. Die Bundesregierung ist bereit, sich einem solchen Abkommen jederzeit zu unterwerfen.

III. Dokument

Entschließungsantrag der Fraktion der FDP zur Beratung der Großen Anfrage der Fraktion der SPD betr. Atomwaffen: Sitzungsprotokoll (209. Sitzung vom 10. Mai 1957, S. 12139 - C - D):

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird ersucht:

1. einen Beitrag zur allgemeinen Abrüstung durch den Verzicht auf die Ausrüstung der Bundeswehr mit atomaren Waffen zu leisten;
2. unter Berücksichtigung der Spaltung unseres Vaterlandes und der Bemühungen zur Wiedervereinigung mit Hilfe geeigneter Kontrollmaßnahmen zu erreichen, daß sowohl in der Bundesrepublik als auch im anderen Teil Deutschlands Atomwaffen weder stationiert noch gelagert werden;
3. sich in allen Fragen der gemeinsamen Verteidigung bei den Mächten der Atlantischen Verteidigungsgemeinschaft um Berücksichtigung der besonderen Lage des geteilten Deutschland zu bemühen;
4. in engem Zusammenwirken und dauernder Beratung mit der deutschen Atomwissenschaft dafür Sorge zu tragen, daß geeignete Maßnahmen für den Atomschutz der Bevölkerung getroffen werden und daß die Nutzung der Atomenergie ausschließlich friedlichen Zwecken dient.

IV. Dokument

Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU, DP (Umdruck 41): betr. Bundestagsdebatte vom 25. März 1958, 21. Sitzung

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Bundestag ersucht die Bundesregierung, auch weiterhin getreu ihrer grundsätzlichen Auffassung bei allen internationalen Verhandlungen und Konferenzen, an denen sie teilnimmt oder auf die sie Einfluß hat,
 - a) für eine allgemeine kontrollierte Abrüstung sowohl atomarer wie konventioneller Waffen einzutreten,
 - b) die Bereitschaft zu bekräftigen, daß die Bundesrepublik jedes derartige Abrüstungsabkommen annehmen wird, um dadurch

zur Entspannung und zur Lösung der internationalen Probleme einschließlich der deutschen Frage beizutragen.

2. Solange der Kommunismus seine weltrevolutionären Ziele weiterverfolgt, die er noch im November 1957 auf der Tagung der Kommunistischen und Arbeiter-Parteien der sozialistischen Länder in Moskau erneut bekräftigt hat, können Friede und Freiheit nur durch eine gemeinsame Verteidigungsanstrengung der freien Welt gesichert werden. Der Bundestag stellt fest, daß die Bundeswehr lediglich der Erhaltung des Friedens und der Verteidigung dient. Darum fordert er die Bundesregierung auf, bis zum Zustandekommen eines allgemeinen Abrüstungsabkommens den Aufbau der deutschen Landesverteidigung im Rahmen der nordatlantischen Verteidigungsgemeinschaft fortzusetzen. In Übereinstimmung mit den Erfordernissen dieses Verteidigungssystems und angesichts der Aufrüstung des möglichen Gegners müssen die Streitkräfte der Bundesrepublik mit den modernsten Waffen so ausgerüstet werden, daß sie den von der Bundesrepublik übernommenen Verpflichtungen im Rahmen der NATO zu genügen vermögen und den notwendigen Beitrag zur Sicherung des Friedens wirksam leisten können.
3. Das ganze deutsche Volk diesseits und jenseits der Zonengrenze erwartet, daß auf der kommenden Gipfelkonferenz die deutsche Frage erörtert und einer Lösung nähergebracht wird. Der Bundestag ersucht die Bundesregierung, sich dafür mit allen Kräften einzusetzen.
4. Der Bundestag wiederholt seine Überzeugung, daß freie Wahlen die Grundlage der deutschen Wiedervereinigung bilden müssen. Er lehnt mit Entschiedenheit ab
 - a) den Abschluß eines Friedensvertrages für zwei deutsche Staaten,
 - b) Verhandlungen mit den Vertretern des derzeitigen Zonen-Regimes,
 - c) den Abschluß einer Konföderation mit diesem Regime.
5. Der Bundestag bekräftigt seine Überzeugung, daß die Wiedervereinigung Deutschlands in Verbindung mit einer europäischen Sicherheitsordnung die dringlichste Aufgabe der deutschen Politik ist.

Bonn, den 25. März 1958

Dr. Krone und Fraktion

Schneider (Bremerhaven) und Fraktion

(a.a.O., S. 1169 - B - C - D)

Diese von den Fraktionen der CDU/CSU und DF eingebrachte Entschlie-ßung wurde mit 270 Stimmen (CDU/CSU und 1 Abgeordneter der FDP) gegen 165 Stimmen (SPD und 1 Abgeordneter der FDP) und bei 26 Enthaltungen (FDP) angenommen.

Anträge der Fraktion der SPD..... (Umdruck 36):

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Bundestag stellt fest,

daß atomare Sprengkörper jeder Art Werkzeuge der blinden Massenvernichtung sind und ihre Anwendung keine Verteidigung, sondern unberechenbare Zerstörung alles menschlichen Lebens bedeutet. Atomare Sprengkörper rotten unterschiedslos und unbegrenzt Frauen und Kinder, Männer und Greise, jung und alt aus und verwandeln das Land in eine strahlenverseuchte, unbewohnbare Wüste.

Von der Bundesregierung wird erwartet,

daß sie unter Berufung auf ihre feierliche Erklärung vom 3. Oktober 1954 - dem Vertrag über den Beitritt der Bundesrepublik zum Brüsseler Vertrag und zum Nordatlantikvertrag als Anlage I zum Protokoll Nr. III über die Rüstungskontrolle beigelegt -, in der die Bundesrepublik auf die Herstellung atomarer Sprengkörper verzichtet hat, den Staaten, die nicht über Atomwaffen verfügen, vorschlägt, ein Übereinkommen zum Verzicht auf Herstellung und Verwendung von Atomwaffen abzuschließen und dadurch zugleich den Atomweltmächten die moralische Verpflichtung aufzuerlegen, die Verhandlungen über die kontrollierte Begrenzung der Rüstungen so zu fördern, daß auch ein Abkommen über die Ausschaltung der Atomwaffen zustandekommt.

(a.a.O., S. 1168 - B - C)

(Umdruck 37):

Die Bundesregierung wird ersucht,

keinerlei Verpflichtungen einzugehen, und keinerlei Maßnahmen zu treffen, die die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atom- und Wasser-

stoff-Sprengkörpern, die Stationierung von Atomraketen und den Bau von Basen für diese Raketen zum Ziele haben.

(a.a.O., S. 1168 - C - D)

(Umdruck 38):

Die Bundesregierung wird ersucht,

mit der Regierung der Volksrepublik Polen und den anderen beteiligten Mächten in Verhandlungen über die Verwirklichung des Planes einer atomwaffenfreien Zone in Europa einzutreten.

(a.a.O., S. 1168 - D)

(Umdruck 39):

Der Bundestag stellt fest,

daß die Wiedervereinigung Deutschlands in gesicherter Freiheit Verhandlungen und Maßnahmen voraussetzt, die schrittweise eine Entspannung bewirken. Eine solche Politik dient zugleich der Kriegsverhütung und vermehrt die Aussichten auf die für das deutsche Volk lebensnotwendige Sicherheit. Eine atomare Ausrüstung der Bundeswehr ist abzulehnen, weil sie eine politische Lösung der deutschen Frage bis zur Hoffnungslosigkeit erschwert. Sie verschärft die Spannungen und ist der Sicherheit des deutschen Volkes abträglich.

(a.a.O., S. 1169 A)

(Umdruck 43):

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Frage, ob die Bundeswehr mit atomaren Massenvernichtungsmitteln üben oder ausgerüstet werden kann oder soll, wird zurückgestellt, bis die in Aussicht genommene Konferenz zwischen den Regierungschefs der Vereinigten Staaten von Amerika und der Sowjetunion stattgefunden hat.

Von dem amerikanischen Angebot, 48 "Matador"-Raketen für die Bundeswehr zu erwerben, wird kein Gebrauch gemacht.

Bonn, den 18. und 25. März 1958

Ollenhauer und Fraktion

(S. 1170 B)

Anträge der Fraktion der FDP (Umdruck 33):

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird beauftragt,

sich bei den Vier Mächten, den USA, der UdSSR, dem Vereinigten Königreich und Frankreich, dafür einzusetzen, daß eine Viermächtearbeitsgruppe (Ständige Konferenz der Stellvertreter der Außenminister oder Botschafterkonferenz) zur Behandlung der Deutschlandfrage gebildet wird mit dem Auftrag, die Grundzüge eines Vertrages für Gesamtdeutschland zu erarbeiten.

(S. 1167 C)

(Umdruck 34):

Die Bundesregierung wird ersucht,

1. einen Beitrag zur allgemeinen Abrüstung durch den Verzicht auf die Ausrüstung der Bundeswehr mit atomaren Waffen zu leisten;
2. unter Berücksichtigung der Spaltung unseres Vaterlandes und der Bemühungen zur Wiedervereinigung mit Hilfe geeigneter Kontrollmaßnahmen zu erreichen, daß sowohl in der Bundesrepublik als auch im anderen Teil Deutschlands Atomwaffen weder stationiert noch gelagert und Atomwaffenanlagen nicht errichtet werden;
3. sich dafür einzusetzen, daß gleichzeitig mit einem Abkommen über eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa eine Vereinbarung über die Stationierung konventioneller Streitkräfte im Raum der atomwaffenfreien Zone erzielt wird;
4. sich in allen Fragen der gemeinsamen Verteidigung bei den Mächten der atlantischen Verteidigungsgemeinschaft um Berücksichtigung der besonderen Lage des geteilten Deutschlands zu bemühen;
5. in engem Zusammenwirken und dauernder Beratung mit der deutschen Atomwissenschaft dafür Sorge zu tragen, daß geeignete Maßnahmen für den Atomschutz der Bevölkerung getroffen werden und daß die Nutzung der Atomenergie ausschließlich friedlichen Zwecken dient.

(Ebenda - D)

(Umdruck 35):

Die Bundesregierung wird beauftragt,

mit allen Mächten, die noch keine atomaren Waffen herstellen und

besitzen, Verhandlungen aufzunehmen mit dem Ziel des Abschlusses einer Konvention über Verzicht auf Herstellung und Besitz atomarer Waffen.

(S. 1168 B)

(Umdruck 40):

Die Bundesregierung wird ersucht,

sich bei den Vier Mächten für die Aufnahme von Verhandlungen über einen Vertrag für Gesamtdeutschland einzusetzen.

Bonn, den 18. und 22. März 1958

Dr. Mende und Fraktion

(S. 1169 B)

V. Dokument

Erklärung der 18 Atomwissenschaftler vom 12. April 1957

Die Pläne einer atomaren Bewaffnung der Bundeswehr erfüllen die unterzeichneten Atomforscher mit tiefer Sorge. Einige von ihnen haben den zuständigen Bundesministern ihre Bedenken schon vor mehreren Monaten mitgeteilt. Heute ist die Debatte über diese Frage allgemein geworden. Die Unterzeichneten fühlen sich daher verpflichtet, öffentlich auf einige Tatsachen hinzuweisen, die alle Fachleute wissen, die aber der Öffentlichkeit noch nicht hinreichend bekannt zu sein scheinen.

1. Taktische Atomwaffen haben die zerstörende Wirkung normaler Atombomben. Als "taktisch" bezeichnet man sie, um auszudrücken, daß sie nicht nur gegen menschliche Siedlungen, sondern auch gegen Truppen im Erdkampf eingesetzt werden sollen. Jede einzelne taktische Atombombe oder -granate hat eine ähnliche Wirkung wie die erste Atombombe, die Hiroshima zerstört hat. Da die taktischen Atomwaffen heute in großer Zahl vorhanden sind, würde ihre zerstörende Wirkung im ganzen sehr viel größer sein. Als "klein" bezeichnet man diese Bomben nur im Vergleich zur Wirkung der inzwischen entwickelten "strategischen" Bomben, vor allem der Wasserstoffbomben.
2. Für die Entwicklungsmöglichkeit der lebensausrottenden Wirkung der strategischen Atomwaffen ist keine natürliche Grenze be-

kannt. Heute kann eine taktische Atombombe eine kleinere Stadt zerstören, eine Wasserstoffbombe aber einen Landstrich von der Größe des Ruhrgebietes zeitweilig unbewohnbar machen. Durch Verbreitung von Radioaktivität könnte man mit Wasserstoffbomben die Bevölkerung der Bundesrepublik wahrscheinlich heute schon ausrotten. Wir kennen keine technische Möglichkeit, große Bevölkerungsmengen vor dieser Gefahr sicher zu schützen.

Wir wissen, wie schwer es ist, aus diesen Tatsachen die politischen Konsequenzen zu ziehen. Uns als Nichtpolitikern wird man die Berechtigung dazu abstreiten wollen; unsere Tätigkeit, die der reinen Wissenschaft und ihrer Anwendung gilt und bei der wir viele junge Menschen unserem Gebiet zuführen, belädt uns aber mit einer Verantwortung für die möglichen Folgen dieser Tätigkeit. Deshalb können wir nicht zu allen politischen Fragen schweigen. Wir bekennen uns zur Freiheit, wie sie heute die westliche Welt gegen den Kommunismus vertritt. Wir leugnen nicht, daß die gegenseitige Angst vor den Wasserstoffbomben heute einen wesentlichen Beitrag zur Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt und der Freiheit in einem Teil der Welt leistet. Wir halten aber diese Art, den Frieden und die Freiheit zu sichern, auf die Dauer für unzuverlässig, und wir halten die Gefahr im Falle des Versagens für tödlich.

Wir fühlen keine Kompetenz, konkrete Vorschläge für die Politik der Großmächte zu machen. Für ein kleines Land wie die Bundesrepublik glauben wir, daß es sich heute noch am besten schützt und den Weltfrieden noch am ehesten fördert, wenn es ausdrücklich und freiwillig auf den Besitz von Atomwaffen jeder Art verzichtet. Jedenfalls wäre keiner der Unterzeichneten bereit, sich an der Herstellung, der Erprobung oder dem Einsatz von Atomwaffen in irgendeiner Weise zu beteiligen.

Gleichzeitig betonen wir, daß es äußerst wichtig ist, die friedliche Verwendung der Atomenergie mit allen Mitteln zu fördern, und wir wollen an dieser Aufgabe wie bisher mitwirken.

Fritz Bopp	Heinz Maier-Leibnitz
Max Born	Josef Mattauch
Rudolf Fleischmann	Friedrich-Adolf Paneth
Walther Gerlach	Wolfgang Paul
Otto Hahn	Wolfgang Riezler
Otto Haxel	Fritz Strassmann

Werner Heisenberg
Hans Kopfermann
Max von Laue

Wilhelm Walcher
Carl Friedrich Frhr. v. Weizsäcker
Karl Wirtz

VI. Dokument

Anfrage an die Synode der EKiD zur atomaren Bewaffnung

I.

Wie haben wir Christen uns gegenüber der Erprobung, Herstellung, Lagerung und Anwendung atomarer Waffen sowie gegenüber ihrer politischen Einplanung zu verhalten?

Die bisherige Diskussion über diese Frage ist nicht nur durch gefühlsbetonte Einstellung und taktische Erwägungen belastet, sondern besonders durch zweierlei:

Entweder setzte sie spekulativ bei einer überkommenen Lehre über das Wesen des Staates und von daher über Sinn und Rechtfertigung der Gewaltanwendung und des Krieges an (im Rahmen etwa einer Theologie der Ordnungen);

oder sie setzte zwar theologisch legitim ein bei der Aufgabe des Staates, der "in der noch nicht erlösten Welt, in der auch die Kirche steht, nach dem Maß menschlicher Einsicht und menschlichen Vermögens unter Androhung und Ausübung von Gewalt für Recht und Frieden zu sorgen" hat (These 5 der Barmer Erklärung), übersah aber, daß damit gerade nicht jede Gewaltanwendung und jedes Mitmachen in einem Krieg uneingeschränkt gerechtfertigt, sondern bedingt und begrenzt ist durch die politische Aufgabe der Wahrung von Recht und Frieden. Sie unterließ es, die fortschreitende waffentechnische Entwicklung ständig mit der Frage zu begleiten, ob sie das Wesen des Krieges als letztes und gleichwohl problematisches Mittel politischer Auseinandersetzung nicht so verändert, daß Recht und Frieden durch ihn keinesfalls mehr gewahrt werden können.

Beide Gedankengänge kreisen mit der Frage nach der Berechtigung eines Krieges "an sich" um vergangene Wirklichkeiten und Möglichkeiten und entziehen sich dadurch der Antwort des Gehorsams auf die Frage, vor die uns die atomare Aufrüstung heute stellt: Dürfen wir als Christen unseren und unserer Mitmenschen irdischen Schutz der Erprobung, Herstellung, Lagerung und - in äußerster

Konsequenz - der Anwendung atomarer Waffen anvertrauen und dürfen wir sie als Mittel der Politik einplanen?

Hier ist ein vorbehaltloses Nein geboten, "weil spätestens mit den neuen Vernichtungswaffen der Krieg endgültig so bestialisch geworden ist, daß eine Teilnahme an ihm mit dem Willen Gottes unmöglich vereinbart werden kann" (Gollwitzer).

1. Die neuen Waffen erlauben - schon durch ihre Beschaffenheit, nicht erst durch ihren Mißbrauch - keine Unterscheidung mehr zwischen Kämpfern und Nichtkämpfern. Sie treffen wahllos alle Menschen des gegnerischen Volkes. Vom Krieg als Mittel der Rechtswahrung kann hier nicht mehr die Rede sein.
2. Die neuen Waffen führen nur zur Vernichtung des Gegners und erlauben als Kriegsmittel keine andere Forderung als die der bedingungslosen Kapitulation. Sie erzwingen eine Gesinnung der absoluten Kampfausschaltung des Gegners; sie sind als Abschreckungs- und Kampfmittel nur brauchbar, sofern wir bereit sind, zur Verteidigung der eigenen Güter, des eigenen Rechts und der eigenen Freiheit Millionen Menschen des anderen Lagers das Leben oder kommenden Generationen die Gesundheit zu nehmen. Von einem Miteinanderleben im Frieden als dem Ziel des Krieges kann dann nicht mehr die Rede sein.
3. Die neuen Waffen machen den allenfalls unter dem Gesichtspunkt der äußersten Staatsnotwehr erlaubten Verteidigungskrieg illusorisch. "Durch die Massenvernichtungsmittel wird in jedem Fall verraten, was man retten will, und seien es Freiheit und Frieden" (Synode der EKV). Wer sich auf einen atomaren Krieg einstellt, muß bereit sein, die Vernichtung auch des eigenen Volkes von vornherein in Kauf zu nehmen. Diese Bereitschaft unter der romantisch-idealistischen Parole "lieber tot als Sklav" ist heidnisch. Ein Christ achtet die Gabe und Aufgabe des irdischen Lebens und wirft es nicht weg.
4. Die neuen Waffen treffen im Unterschied zu allen bisherigen die gänzlich Unbeteiligten ebenso wie die kommenden Generationen aller Kreatur, und zwar nicht erst in der Anwendung, sondern schon in der Erprobung.

Die evangelische Kirche bekennt, daß ihr "durch Jesus Christus frohe Befreiung aus den gottlosen Bindungen dieser Welt zu freiem, dankbarem Dienst an seinen Geschöpfen" widerfährt (These 2 der

Barmer Erklärung). Das verbietet ihr nicht nur jegliche Billigung und Mitwirkung an einem atomaren Krieg und seinen Vorbereitungen, sondern ebenso ein stillschweigendes Geschehenlassen. Dies Bekenntnis gebietet zugleich, im Gehorsam des Glaubens - wie überall, so auch hier - mit der Abwehr drohenden Verderbens selbst den Anfang zu machen und der Wirklichkeit des Wortes Gottes mehr zu vertrauen als den "Realitäten" des politischen Kalküls. Dieser Anfang ist ein Akt der Diakonie, den wir Christen der bedrohten und geängsteten Welt heute schulden. Mögen die Ungläubigen damit zögern, wir Christen dürfen und müssen ihn wagen im Vertrauen auf Gott, der diese Welt samt aller Kreatur in West und Ost auf den leidenden und siegenden Christus hin geschaffen hat und durch ihn und die Verkündigung seines Evangeliums erhalten will bis auf seinen Tag.

II.

Meint die Synode, diesem Bekenntnis nicht zustimmen zu können, so müssen wir sie fragen, wie sie uns durch Gründe der Schrift, des Bekenntnisses und der Vernunft widerlegen kann.

Um der uns anvertrauten Menschen und um unserer selbst willen müssen wir darauf bestehen, daß wir auf diese Frage eine Antwort erhalten. Wir sind es der Synode schuldig, sie an ihre geistliche Verantwortung zu erinnern, da sie sich in der Wahrnehmung dieser Verantwortung als rechtmäßige Leitung der Kirche erweist. Nach unserer Erkenntnis ist für die Kirche in dieser Frage jetzt der status confessionis gegeben.

Stimmt die Synode aber mit uns darin überein, daß den Christen angesichts der neuen Waffen ein vorbehaltloses Nein geboten ist, muß sie dann nicht dem Staat gegenüber rechtzeitig und deutlich sagen, daß auch in der Militärseelsorge rechte Verkündigung des Evangeliums die Bezeugung einschließt, daß sich der Christ an der Konstruktion, Erprobung, Herstellung, Lagerung und Anwendung atomarer Waffen sowie an der Ausbildung an diesen Waffen nicht beteiligen kann und darf?

III.

Wir fragen darum die Synode, ob sie die folgenden zehn Sätze zur Unterweisung der Gewissen als Antwort auf die Frage nach dem Handeln des Christen angesichts der Atomwaffen mit uns gemeinsam

sprechen kann:

1. Der Krieg ist das letzte, in allen seinen Gestalten von jeher fragwürdige Mittel politischer Auseinandersetzung zwischen Völkern und Staaten.
2. Kirchen aller Länder und Zeiten haben die Zubereitung und die Anwendung dieses Mittels bis heute aus verschiedenen guten und weniger guten Gründen nicht für unmöglich gehalten.
3. Die Aussicht auf einen künftigen unter Gebrauch der modernen Vernichtungsmittel zu führenden Krieg hat eine neue Lage geschaffen, angesichts derer die Kirche nicht neutral bleiben kann.
4. Krieg als Atomkrieg bedeutet die gegenseitige Vernichtung der an ihm beteiligten Völker mit Einschluß unzähliger Menschen anderer Völker, die am Kampf beider Seiten nicht beteiligt sind.
5. Krieg als Atomkrieg ist damit als ein zur politischen Auseinandersetzung untaugliches, weil ihre Voraussetzung aufhebendes Mittel erwiesen.
6. Die Kirche und der einzelne Christ können darum zu einem als Atomkrieg zu führenden Krieg im voraus nur Nein sagen.
7. Schon die Vorbereitung eines solchen Krieges ist unter allen Umständen Sünde gegen Gott und den Nächsten, an der sich keine Kirche, kein Christ mitschuldig machen darf.
8. Wir verlangen darum im Namen des Evangeliums, daß der Vorbereitung dieses Krieges im Bereich unseres Landes und Staates ohne Rücksicht auf alle anderen Erwägungen sofort ein Ende gemacht werde.
9. Wir fordern alle, die mit Ernst Christen sein wollen, auf, sich der Mitwirkung an der Vorbereitung des Atomkrieges vorbehaltlos und unter allen Umständen zu versagen.
10. Ein gegenteiliger Standpunkt oder Neutralität dieser Frage gegenüber ist christlich nicht vertretbar. Beides bedeutet die Verleugnung aller drei Artikel des christlichen Glaubens.

Theologische Sozietät in Baden
Evangelischer Arbeitskreis Un-
terwegs in Berlin-Brandenburg

Kirchlich-Theologische Arbeits-
gemeinschaft Niedersachsen in
Göttingen

Kirchliche Bruderschaft in Hessen-Nassau

(Aus Hessen liegen ferner 49 Einzelunterschriften von Pfarrern vor.)

Kirchliche Bruderschaft in
Nordwestdeutschland

Kirchliche Bruderschaft im
Rheinland

Kirchlich-Theologische Ar-
beitsgemeinschaft in der Pfalz

Kirchliche Bruderschaft in
Westfalen

Kirchliche Bruderschaft in Württemberg

Weitere Einzelunterschriften, darunter von bekannten Theologen, liegen vor aus Berlin, Bielefeld, Bremen, Dortmund, Göttingen, Hamburg, Hannover, Kassel, Oldenburg, Osnabrück, Schleswig, Tübingen, Wuppertal und der DDR. Insgesamt lagen bis Anfang März 364 Unterschriften vor.

Im März 1958.

Wichtige Abkürzungen

AdG	= Archiv der Gegenwart
BPIA	= Bulletin des Presse- und Informations- amtes der Bundesregierung
EA	= Europa - Archiv
EKD (EKiD)	= Evangelische Kirche in Deutschland
EKL	= Evangelisches Kirchenlexikon
ELKZ	= Evangelisch-Lutherische Kirchenzeitung
FH	= Frankfurter Hefte
HK	= Herder-Korrespondenz
Inf. Bl. Nd. LLK	= Informationsblatt für die Gemeinden in den niederdeutschen lutherischen Landes- kirchen
JK	= Junge Kirche
RGZ	= Die Religion in Geschichte und Gegenwart
StdG	= Stimme der Gemeinde
ThEH	= Theologische Existenz Heute
VELKD	= Vereinigte Evangelisch-Lutherische Kirche Deutschlands

L i t e r a t u r

1. Benutzte Tageszeitungen, Wochenzeitungen, Zeitschriften, Informationsblätter und Schriftenreihen

Atomkernenergie

Zeitschr. für die Anwendung der Kernenergie in Wissenschaft,
Technik und Wirtschaft

Hrsg. E. Bagge, K. Diebner u.a.

München

Atomzeitalter

Information und Meinung

hrsg. von Stefan Andres, Gerd Burkhardt, Heinz Kloppenburg
Frankfurt/Main 1960 ff

Außenpolitik

Zeitschr. für internat. Fragen

Hrsg. Herbert von Borch, Herbert Gross u.a.

Kurt Georg Kiesinger, Hans Rothfels, Carlo Schmid u.a.

Stuttgart

Bekennende Kirche

Schriftenreihe der Bekennenden Kirche

Stuttgart / Evangelisches Verlagswerk

Blätter für deutsche und internationale Politik

Hrsg. Hilde Beutele, Hermann Etzel, Ernst Wolf u.a.

Köln

Blick in die Woche

(Nr. 4) (Zweitzeitat)

Bonn (April 1958)

Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung

BPIA

Bonn

Communio Viatorum

A Theological Quarterly (Ecumenical Institute of the Come-
nius Theological Faculty, Prague)

Erstmals 1958

Deutsches Pfarrerberblatt

Bundesblatt der deutschen evang. Pfarrervereine

Hrsg.: Verband der evang. Pfarrervereine in Deutschland
Essen

Dokumente

Zeitschr. f. Internat. Zusammenarbeit

Hrsg. und Verlag: Gesellschaft für übernationale Zusammen-
arbeit e.V., Verlag der Dokumente
Köln

Europa - Archiv

hrsg. von Wilhelm Cornides

Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige
Politik (Institut für Europäische Politik und Wirtschaft)
Frankfurt am Main 1956 ff

Evangelisch-Lutherische Kirchenzeitung

ELKZ

hrsg. im Auftrag der VELKD Berlin

Evangelische Theologie

Monatsschrift, NF

hrsg. von Ernst Wolf
München

Evangelische Welt

Informationsblatt für die EKD
Bethel - Bielefeld

Evangelische Zeitstimmen

Evangelischer Verlag, Herbert Reich
Hamburg-Bergstedt

Frankfurter Allgemeine Zeitung

(FAZ)

Zeitung für Deutschland

Hrsg. Jürgen Eick, Karl Korn, Benno Reifenberg, Jürgen Tern,
Erich Welter
Frankfurt/Main

Frankfurter Hefte

Zeitschr. für Kultur und Politik

Mitglieder der Schriftleitung u.a. Walter Dirks, Eugen Kogon,

Walter Maria Guggenheimer
Frankfurt

Gegenwart

hrsg. von Michael Freund und Robert Haerdter +
Frankfurt/Main

Gewerkschaftliche Monatshefte

hrsg. vom Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes
Köln

Herder Korrespondenz

(HK) (Orbis Catholicus)
Schriftleiter Karlheinz Schmidhüs, Lili Sertorius
Freiburg

Hochland

Monatsschrift
begr. von Carl Muth, Kösel-Verlag
München und Kempten

Informationsblatt für die Gemeinden in den Niederdeutschen
Lutherischen Landeskirchen

(Inf. Bl. Nd. LLK)
hrsg. im Auftrag eines Kuratoriums aus den evang.-luth.
Landeskirchen von Hannover, Schleswig-Holstein, Braunschweig,
Hamburg, Oldenburg, Lübeck, Eutin, Schaumburg-Lippe
Hamburg

Informationsdienst der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen
Kirche Deutschlands

Hrsg.: Pressestelle des Lutherischen Kirchenamtes,
Schriftleiter E. Wilkens
(Nicht im Buchhandel) 1957 nicht erschienen, 1958 ff
Hannover-Herrenhausen

Junge Kirche

JK Protestantische Monatshefte
hrsg. von W. Herrenbrück, H.J. Iwand, H. Kloppenburg,
W. Niemöller, F. Söhlmann
Dortmund

Kirche in der Zeit

Evang. Informations- und Nachrichtendienst
Hrsg.: Presseverband der Evang. Kirche im Rheinland,

Schriftleiter G. Heidtmann
Düsseldorf

Kirchliche Zeitfragen
Zwingli-Verlag
Zürich

Die Neue Gesellschaft
hrsg. von Otto Breuner, Fritz Erler, Carlo Schmid,
Herbert Wehner u.a.
Bielefeld

Neue Politik
Unabhängige Wochenschrift
Hrsg.: Wolf Schenke
Hamburg

Die Neue Rundschau
Hrsg.: Golo Mann, Herbert Heckmann, Harry Pross,
Gottfried B. Fischer
Frankfurt/Main

Neue Züricher Zeitung
(NZZ) und schweizerisches Handelsblatt
Zürich

New York Herald Tribune
European Edition

New York Times
(NYT) International Edition
Paris

Ökumenischer Pressedienst
unter den Auspizien des Ökumen. Rates der Kirchen, des Internationalen Missionsrates, des Weltbundes für Internationale Freundschaftsarbeit der Kirchen u.a.
Genf Route de Malagnou

Das Parlament - Die Woche im Bundeshaus
hrsg. von der Bundeszentrale für Heimatdienst
Bonn

(Aus Politik und Zeitgeschichte
Beilage zur Wochenzeitung "Das Parlament"
s. dieses)

Die Politische Meinung

Monatshefte für Fragen der Zeit,
Hrsg.: E. P. Neumann
Verlag Staat und Gesellschaft
Bonn

Politische Studien

Zweimonatsschrift für Zeitgeschichte und Politik (PolSt)
München

Politische Verantwortung

Evang. Stimmen
Hrsg.: Adolf Arndt, Hermann Diem u.a.
Wuppertal - Barmen

Recht und Staat in Geschichte und Gegenwart

(1913 erstmals) Mohr 225/226
Tübingen

Reformatio

Zeitschr. für evang. Kultur und Politik
Hrsg.: Schweizerischer Evangelisch-Kirchlicher Verein
Schriftleiter Peter Vogelsanger
Bern

Sonntagsblatt

Unabhängige Wochenzeitung für Politik, Kultur und Wirtschaft
Hrsg.: Hanns Lilje
Hamburg

Der Spiegel

Das Deutsche Nachrichten-Magazin
Hrsg.: Rudolf Augstein
Hamburg

Stimme der Gemeinde

(St.d.G.) Ein Blatt kritischer Protestanten
hrsg. von M. Niemöller, O.Hammelsbeck, E.Küppers, K.Linke,
H.Mochalski, K.G.Steck, H.Vogel, G.Weber, Ernst Wolf
(9. Jhg. ff)
Frankfurt/Main

Stimmen der Zeit

Monatsschrift für das Geistesleben der Gegenwart
Hrsg. und Schriftleiter: Oskar Simmel SJ
Herder - Freiburg

Studien und Berichte der Katholischen Akademie in Bayern

Hrsg.: Karl Forster

München

Studien von Zeitfragen

Hrsg.: N.J. Ryschkowsky - Verlag der Studien von Zeitfragen

Frankfurt/Main

Studium Generale

Zeitschr. für die Einheit der Wissenschaften im Zusammenhang
ihrer Begriffsbildungen und Forschungsmethoden

Berlin - Göttingen - Heidelberg

Theologische Existenz Heute

NF ThEH, eine Schriftenreihe

hrsg. von K.G.Steck und G.Eichholz

München

Theologische Studien

hrsg. von Karl Barth - Evangelischer Verlag

Zollikon - Zürich

Universitas

Zeitschr. für Wissenschaft, Kunst und Literatur

Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft m.b.H.

Stuttgart

Die Welt

Unabhängige Tageszeitung für Deutschland

Hamburg - Essen - Berlin

Welt der Arbeit

Wochenzeitung des DGB

Bund-Verlag GmbH.

Köln-Deutz

Welt ohne Krieg

Hrsg.: Prof. Dr. U. Noak

Würzburg

Die Weltwoche

Unabhängige schweizerische Umschau, Berichte und Bilder aus
allen Gebieten der Politik, der Kunst und der Unterhaltung

Zürich

Werkhefte Katholischer Laien

Hrsg.: Arbeitsgemeinschaft Werkhefte e.V.
Schriftleiter Christel Beilmann, Gerd Hirschauer
München

Zeichen der Zeit

Evang. Monatsschrift für Mitarbeiter der Kirche
Evang. Verlags-Anstalt
Berlin

Die Zeit,

Wochenzeitung für Politik, Wirtschaft, Handel und Kultur
Hamburg

Zeitschrift für Evangelische Ethik

Studien, Kommentare, Dokumente
Hrsg.: Klaus von Bismarck, Friedrich Karrenberg u.a.
Gütersloh

Zeitwende

Die neue Furche
Hrsg.: W.Böhme, O.Gründler
Verlag Sonntagsblatt
Hamburg

2. Benutzte Lexika, Handbücher, Jahrbücher

Außenpolitik - Fischer Lexikon

hrsg. von G.Mann und H.Pross - Fischer-Bücherei 1957
ad vocem: Abrüstung, Atomproblem, Krieg
Frankfurt/Main

Berichte über die Tagungen der Synode der EKD

hrsg. im Auftrag des Rates von der Kirchenkanzlei der EKD
Hannover: Amtsblatt der Evang. Kirche in Deutschland

Eisenach 1948	Bethel 1949
Berlin-Weißensee 1950	Hamburg 1951
Elbingerode 1952	Berlin-Spandau 1954
Espelkamp 1955	Berlin 1956 (direkt zitiert)
Berlin-Spandau 1957	(direkt zitiert)
Berlin 1958	(direkt zitiert)
Berlin 1960	(direkt zitiert)
Berlin 1961	(direkt zitiert)

Christliche Religion - Fischer Lexikon

hrsg. von O. Simmel SJ und Rudolf Stählin

Fischer - Bücherei 1957

ad vocem: Ökumene

Frankfurt/Main

Civitas

Jahrbuch für christliche Gesellschaftsordnung II/1963

Hrsg.: Pesch

Mannheim

Evangelisches Kirchenlexikon

Kirchlich-Theologisches Handwörterbuch

Hrsg.: Heinz Brunotte und Otto Weber

Göttingen Vandenhoeck/1956 ff

Evangelisches Soziallexikon

im Auftrag des Deutschen Evangelischen Kirchentages (1954)

hrsg. von Fr. Karrenberg

Kreuz-Verlag, 4. Aufl., 1963

Stuttgart

Die Internationale Politik

Bd. II 1956/57

Die Begegnung mit dem Atomzeitalter

Jahrbücher des Forschungsinstituts der deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (W.Cornides, A.Bergstraesser, W.Hofer, H.Rothfels)

Keesing's Archiv der Gegenwart

(AdG 27. Jhg. 1957 und 28. Jhg. 1958)

Zusammenstellung des Nachrichtenstoffes von Heinrich von Siegler

Zentralverwaltung und Zentralredaktion: Bad Godesberg

(s. Anmerkungen Teil I)

Kirchliches Jahrbuch für die Evangelische Kirche in Deutschland
1957 und 1958

Begründer: Joh. Schneider, Hrsg.: Joachim Becker

Gütersloh

Lexikon für Theologie und Kirche

Hrsg. von M. Buchberger - Verlag Herder

Bd. IV² 1932 ad vocem: Frieden

Bd. VI² 1934 ad vocem: Krieg

Bd. IX 1937 ad vocem: Staat und Kirche

Kleines Theologisches Wörterbuch, Karl Rahner (Hrsg.)

Herder - Bücherei, Bd. 108/109

Freiburg i. Br.

Die Religion in Geschichte und Gegenwart

Handwörterbuch für Theologie und Religionswissenschaft,

3. Aufl., J.C.B. Mohr (Paul Siebeck) 1957 ff,

Tübingen

Staatslexikon, Recht, Wirtschaft, Gesellschaft

Hrsg.: Görres - Gesellschaft, 6. Aufl., Verlag Herder 1957 ff,

Freiburg i. Br.

Theologia Viatorum VII

Jahrbuch der Kirchlichen Hochschule Berlin 1959 - 1960

Lettner-Verlag

Hrsg.: Heinrich Vogel

Berlin - Stuttgart

Utz - Groner

Aufbau und Entfaltung des gesellschaftlichen Lebens
(Soziale Summe Pius XII.)

Hrsg.: A.-F. Utz OP und J.F. Groner OP,

Bd. I 1954, Bd. II 1959, Bd. III 1961

Freiburg (Schweiz)

3. Direkt zitierte Quellen, Materialien, Literatur

J.A. Almeida

Pius XII. und der Atomkrieg

Diss. Phil. Freiburg 1961

Carl Amery

Die Kapitulation oder Deutscher Katholizismus heute

Rowohlt 1963

W. Andersen, F.W. Kantzenbach, G.F. Vicedom

Lutherische Stimmen zur Frage der Atomwaffen, in:

THEH, N.F., H. 67, München 1958

Propst D. Asmussen

an die Diener der Evang. Kirche in Westdeutschland,
14.3.1958, in: Evang. Stimmen zur Atomfrage, S. 59 ff.

Hans Asmussen,

Verleugnung der drei Glaubensartikel,
Eine Antwort an die kirchlichen Bruderschaften,
München 1958, Evang. Presseverband für Bayern

Augustinus

Vom Gottesstaat I und II, Vollständige Ausgabe, eingeleitet
und übertragen von Wilhelm Thimme,
Zürich 1955, Artemis-Verlag

Bagge, Diebner, Kenneth Jay

Von der Uranspaltung bis Calder Hall
Hamburg 1957

Karl Barth

Der Römerbrief (erstmalig 1921, 2. Aufl., 1922 München)
(Die große Störung, Das Problem der Ethik, S. 410 ff),
Zollikon-Zürich 1954, 9. Abdruck der neuen Bearbeitung.

Karl Barth

K D I / 2, 3. Aufl. Zollikon-Zürich 1945
K D II / 2, 2. Aufl. Zollikon-Zürich 1946
K D III / 4 Zollikon-Zürich 1951

Karl Barth

Das Evangelium in der Gegenwart, THEH, H. 25,
München 1935

Karl Barth

Rechtfertigung und Recht, Theologische Studien,
Eine Schriftenreihe, hrsg. v. Karl Barth, H. 1,
Zollikon-Zürich 1938

Karl Barth

Christengemeinde und Bürgergemeinde
Theologische Studien, Eine Schriftenreihe,
hrsg. v. Karl Barth, H. 20
Zollikon-Zürich 1946

Karl Barth

Die Evangelische Kirche in Deutschland nach dem Zusammenbruch
des Dritten Reiches, Stuttgart 1946

Karl Barth

Christliche Gemeinde im Wechsel der Staatsordnungen
Dokumente einer Ungarnreise
Zollikon-Zürich 1948

Karl Barth

Die Kirche zwischen Ost und West
Vortrag, gehalten in der Stadtkirche in Thun und im Münster
in Bern am 6.2.1949. - ThEH, N.F., H. 17, München 1949

Karl Barth

Politische Entscheidung in der Einheit des Glaubens
München 1952

Karl Barth

Brief an einen Pfarrer in der Deutschen Demokratischen Republik
Zollikon-Zürich 1958

Karl Barth

Zum Kernwaffenproblem, in: Evang. Stimmen zur Atomfrage,
S. 93.

Karl Bauer

Zehn Jahre nach Korea
Ein Beitrag zur Wehrpolitik in der Bundesrepublik Deutschland (mit Quellenanhang),
Boppard/Rhein 1961

Die Bekenntnisschriften der evang.-luth. Kirche

hrsg. im Gedenkjahr der Augsburgischen Konfession 1930
4. Aufl., Göttingen 1959

Blaubuch

Dokumentation über den Widerstand gegen die atomare Aufrüstung der Bundesrepublik
Hrsg.: Friedenskomitee der Bundesrepublik Deutschland
2. Aufl., Düsseldorf 1958

Niels Bohr

Memorandum an Präsident Roosevelt, Juli 1944, in:
Robert Jungk: Heller als tausend Sonnen, S. 382 ff.

Botschaft der Präsidenten des Ökumenischen Rates der Kirchen
Pfingsten 1956, in: Ökumenischer Pressedienst, 23. Jhg.,
Nr. 15, 13.4.1956

Kurt Becker

Bürden der Allianz, "Die Welt" vom 16.12.1963

Heinrich Böll

Brief an einen jungen Katholiken, in: Christ und Bürger heute und morgen, hrsg. von A. Horné, Stuttgart - Düsseldorf 1958, S. 113 ff.

Donald G. Brennan

Strategie der Abrüstung (Dädalus-Papiere), 28 Problemanalysen, Dt. Ausgabe Bertelsmann, Gütersloh 1962.

Alastair Buchan

Eine Strategie für Europa, Bericht über eine britisch-französisch-deutsche Untersuchung der Rüstungspolitik und Stabilität in Europa von Alastair Buchan, Philip Windsor, Alfred Merkur Verlag, Frankfurt/Berlin 1963.

- BPIA 19.10.1956, Nr. 198 (betr. Fußnote 4, S. 28)
BPIA 9.11.1956, Nr. 211 (betr. Fußnote 2, S. 29)
BPIA 16. 4.1957, Nr. 73 (betr. Fußnote 1, S. 33)
BPIA 7. 5.1957, Nr. 83 (betr. Fußnote 3, S. 36)
BPIA 24.10.1957, Nr. 199 (betr. Fußnoten 4, 1 u. 3, S. 52 u. S. 53)
BPIA 22.11.1957, Nr. 216 (betr. Fußnote 4, S. 52)
BPIA 26.11.1957, Nr. 218 (betr. Fußnoten 4 u. 2, S. 52 u. S. 54)
BPIA 12.12.1957, Nr. 230 (betr. Fußnoten 2, 3 u. 4, S. 52 u. S. 54)
BPIA 17.12.1957, Nr. 233 (betr. Fußnote 1, S. 55)
BPIA 21.12.1957, Nr. 237 (betr. Fußnote 2, S. 55)

Christusbekenntnis im Atomzeitalter

ThEH, N.F., Nr. 70, München 1959

Wilhelm Cornides

Die Weltmächte und Deutschland
(Geschichte der jüngsten Vergangenheit) 1945 - 1955
Tübingen /Stuttgart, 2. überarb. Auflage 1961

Frank Demming, Dirk Michael Harmsen, Karl Fr. Saur (Hrsg.)

Kernexplosionen und ihre Wirkungen,
Fischer-Bücherei, Frankfurt/Main - Hamburg 1961

1. Deutscher Bundestag

Stenographische Berichte, 221. und 222. Sitzung vom 9. und 10. Juli 1952; 240. bis 243. Sitzung vom 3. bis 6. Dezember 1952; 255. Sitzung vom 19. März 1953.

2. Deutscher Bundestag

Stenographische Berichte

159. Sitzung, 6. und 7. Juli 1956

209. Sitzung, 10. Mai 1957

3. Deutscher Bundestag

Stenographische Berichte

9. Sitzung, 23. Januar 1958; 18. Sitzung, 20. März 1958;

19. Sitzung, 21. März 1958; 20. Sitzung, 22. März 1958;

21. Sitzung, 25. März 1958; 25. Sitzung, 24. April 1958;

26. Sitzung, 25. April 1958; 31. Sitzung, 13. Juni 1958.

Deutschland im Wiederaufbau

Tätigkeitsbericht der Bundesregierung für das Jahr 1955

hrsg. vom BPfA - Bonn

Hermann Diem

Kein "Bekenntnis" erzwingen, in: Evang. Stimmen zur Atomfrage, S. 67 f.

Constantin von Dietze

Evangelische Synode in Berlin, 26. - 30. April 1958

Vortrag, gehalten an der Universität Freiburg i. Br. am

9. Mai 1958, Manuskriptdruck

Walter Dirks

Eine Antwort, FH, 13. Jhg., H. 6, 1958, S. 387 ff.

Walter Dirks

Die Gefahr der Gleichschaltung, FH, 13. Jhg., H. 6, 1958

Walter Dirks

Christ und Bürger in der Bundesrepublik, FH, 13. Jhg.,
H. 10, 1958, S. 673 ff.

Walter Dirks

Nonkonformisten sind nicht repräsentativ, in: FH, 13. Jhg.,
H. 12, 1958, S. 828 f (Kritische Stellungnahme zu G.E.Kafka:
Die Katholiken vor der Politik)

Carl Erdmann

Die Entstehung des Kreuzzugsgedankens (erstmal 1935)

Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Stuttgart 1955

Europa - Union Deutschland: Euratom

Wirtschaftliche, Politische und Ethische Probleme der Atom-

energie, Expertenvorträge, Bonn 1957 und 1958

Evangelische Stimmen zur Atomfrage

Verlag des Amtsblatts der EKD, hrsg. von Oberkirchenrat
Dr.Dr.Niemeier, 1958

Evanston Dokumente

Berichte und Reden auf der Weltkirchenkonferenz in Evanston
Luther-Verlag, Witten/Ruhr, 1954

Karl Forster (Hrsg.)

Studien und Berichte der kathol. Akademie in Bayern, H. 10,
München 1960, mit Beiträgen von Rudolf Fleischmann, Nikolaus
Monzel, Clemens Münster, Gustav Gundlach SJ, Karl Forster

F A Z

vom 22.3.1957 (betr. Fußnote 2, S. 30)

Der "Franck-Report"

Ein Bericht an den Kriegsminister, Juni 1945, in:
Robert Jungk, Heller als tausend Sonnen, S. 386 ff

Gegen den Tod

Stimmen deutscher Schriftsteller gegen die Atombombe,
Studio Neue Literatur, Stuttgart-Cannstatt 1964

Helmut Gollwitzer

Die Christen und die Atomwaffen
ThEH, H. 61, München 1957

Helmut Gollwitzer

Kirche und atomare Rüstung - Votum zu den Heidelberger
Thesen (1960), in: Atomzeitalter, Krieg und Frieden, S.302 ff

Helmut Gollwitzer

Zur weltpolitischen Lage, in: JK, 10/1964, S. 554 ff

(Helmut Gollwitzer

Krieg und Christentum, in: RGG, 3. Aufl., Bd.IV, S. 66 - 73.
Die Kirche und der Friede, in: Evang. Stimmen zur Atomfrage,
S. 75.

Rechtfertigung des Sünders oder Rechtfertigung der Atombom-
be, in: Deutsches Pfarrerberblatt 1958, S. 219 ff.

H.G. und Adolf Schiller, Was uns beunruhigt, in: Deutsches
Pfarrerberblatt 1958, S. 342 ff.

H.G., Die Christen und die Atomwaffen, Vortrag, gehalten

am 27.9.1957 im Süddt. Rundfunk, in: StdG, 10. Jhg., H. 1, 1958, S. 289 ff.

Der Friedensbeitrag der Christen, Vortrag auf der 3. Friedenskonferenz in Prag, Sept. 1960, in: JK, 21. Jhg., H. 12, 1960, S. 322 ff.

Forderungen der Freiheit, München 1962, Aufsätze und Reden zur politischen Ethik, S. 275 ff.

Zur Frage des Wehrdienstes, in: "Korrespondenzblatt", hrsg. vom Pfarrerverein in der Ev.-Luth. Kirche in Bayern, Jhg. 72, Nr. 3, Ansbach 1957, S. 282 ff)

Wilhelm G. Grewe

Deutsche Außenpolitik der Nachkriegszeit, Stuttgart 1960

H. Grüber

Der Auftrag der Kirche in der atombedrohten Welt, in: Evang. Stimmen zur Atomfrage, S. 96 ff

Dieter Gutzeit

Wie steht der Christ zu den Atomwaffen? In: Evang. Stimmen zur Atomfrage, S. 101 f

Dr.med. Michihiko Hachiya

Hiroshima - Tagebuch, Aufzeichnungen eines japanischen Arztes vom 6. August bis 30. September 1945, Freiburg i. Br. 1955

Götz Harbsmeier

Kirchenspaltende Atomwaffen? In: Evang. Stimmen zur Atomfrage, S. 72 ff

G. Heidtmann

Profilierte Positionen, Bericht über die EKD Synode 1958, in: Kirche in der Zeit, 13, H. 5, 1958

Herder-Korrespondenz

(Orbis Catholicus), Jhg. 1 - 11, Freiburg i.Br. 1946 - 1957, ad vocem: Päpstliche Enzykliken und Aussprachen

Alfred Horné (Hrsg.)

Christ und Bürger - heute und morgen, Ring-Verlag, Stuttgart und Düsseldorf 1958, mit Beiträgen von: Walter Dirks, Gerd Hirschauer, Heinrich Bauer, Heinrich Böll, Heinz Theo Risse, Franz Ansprenger, Lorenzo Gomis, Alfred Horné

Günter Howe

Parallelen zwischen der Theologie Karl Barths und der heutigen Physik, in: Antwort: Karl Barth zum 70. Geburtstag am 10. Mai 1956, Zürich 1956, S. 409 ff.

Günter Howe (Hrsg.)

Atomzeitalter, Krieg und Frieden, Witten und Berlin, 3. unveränderte Auflage 1962

Günter Howe

Die atomare Bewaffnung als geistesgeschichtliches und theologisches Problem, in: Atomzeitalter, Krieg und Frieden, S. 160 ff.

H.E. Jahn.

Für und gegen den Wehrbeitrag, Argumente und Dokumente
Köln 1957

Karl Jaspers

Die Atombombe und die Zukunft des Menschen,
Deutscher Taschenbuch Verlag, München 1961

Karl Jaspers

Lebensfragen der deutschen Politik, München 1963

Johannes XXIII

Pacem in Terris, Einführung und Kommentar von A. - F.
Utz OP, Herder Freiburg 1963

Pascual Jordan

Der gescheiterte Aufstand - Betrachtungen zur Gegenwart
Frankfurt/Main 1956

Robert Jungk

Heller als tausend Sonnen,
Das Schicksal der Atomforscher,
Europäischer Buchclub, Stuttgart, Zürich, Salzburg
(ohne Angabe des Erscheinungsjahres)

Robert Jungk

Strahlen aus der Asche - Geschichte einer Wiedergeburt
Bern, Stuttgart, Wien 1959

G.E. Kafka (Hrsg.)

Die Katholiken vor der Politik, Freiburg 1958

Atomare Kampfmittel und Christliche Ethik

Diskussionsbeiträge Deutscher Katholiken, Kösel, München 1960,
mit Beiträgen von: Rudolf Fleischmann, P. Franziskus Strat-

mann OP, Karl Peters, Clemens Münster, Nikolaus Monzel,
Peter Nellen, Hubertus Schulte Herbrüggen, E.W. Böckenförde
und Robert Spaemann

G.F. Kennan

Rußland, der Westen und die Atomwaffe
Ullstein, Frankfurt/Main 1958 (Oxf. Univ. Pr. London 1957)
Reith Lectures

Henry Kissinger

Die Entscheidung drängt (Grundfragen westlicher Außenpolitik)
Düsseldorf 1961

Eugen Kogon

Gegen den Atomtod, FH, 13. Jhg., 1958, S. 305 - 308

Eugen Kogon

Die Insel der Friedfertigkeit, FH, 13. Jhg., 1958, S. 525 ff.

Walter Künneth

Politik zwischen Dämon und Gott,
Eine christliche Ethik des Politischen,
Berlin 1954

Walter Künneth

Rechtfertigung im Atomzeitalter, Kritische Anfragen an
H. Gollwitzer, München 1958

Walter Künneth

Neopazifismus? Antwort an H. Gollwitzer, Inf. Dienst VELKD
2/1958, S. 10 ff und: Evang. Stimmen zur Atomfrage, S. 77 ff

Walter Künneth

Die Atomfrage in christlicher Sicht, in: Die Politische Mei-
nung, 6/1958, S. 31 - 40

Walter Künneth

Atomtheologie heute, ELKZ, Nr. 16, 1958, S. 263 ff.

Walter Künneth

Ist das noch lutherische Theologie? Eine Antwort an W. Ander-
sen, ELKZ, Nr. 21, 1958, S. 343 ff.

Walter Künneth

Atomrüstung und Ethos; Zeitwende 32/1961, S. 234 - 244

K. Kupisch

Antwort an Asmussen, in: JK 19, H. 9/10, 1958

H. Lilje

Schreiben an die Pfarrer der Hannoverschen Kirche vom
18. April 1958, in: Kirchl. Jahrbuch f.d. EKd 1958, S.41 ff

Helmut Lindemann

Ist der Krieg noch zu retten? (Hrsg.), mit Beiträgen von:
Raymond Aron, Robert Jungk, Herman Kahn, Helmut Lindemann,
Golo Mann, Bertrand Russell, Maxwell D. Taylor, Edward Tel-
ler.

Fischer, Taschenbuchausgabe, Januar 1965

Theodor Litt

Atom und Ethik, in: Euratom (s.dort),
Bonn 1957 und 1958

Luthers Werke

hrsg. von Pfarrer D. Dr. Buchwald, Prof. Dr. Kawerann,
Prof. D. Köstlin, Prof. D. Rade, Pfarrer Ew. Schneider.
Berlin, Schwetschke und Sohn 1905 ff

Sermon von den guten Werken (1520) I, 1 ff;

Von weltlicher Obrigkeit, wie weit man ihr Gehorsam schuldig
sei (1523) VII, 223 ff;

Ob Kriegsleute in seligem Stand sein können (1526) VII,
S. 383 ff.

Eberhard Menzel

Legalität oder Illegalität der Anwendung von Atomwaffen
(Recht und Staat in Geschichte und Gegenwart)
Tübingen 1960

Johannes Messner

Das Naturrecht
Innsbruck - Wien - München 1958

Herbert Mochalski

Es geht um Mord! Wir rufen zum Aufstand der Gewissen, in:
StdG, 10. Jhg., H. 11, 1958

Mochalski, Küppers, Werner

Die Synode der EKD 1958, in: StdG 10, H. 10, 1958, S.414 ff

Herbert Mochalski

Ausbildung zum Verbrecher? In: StdG, 11. Jhg., H.4, 1959

Gerhard Müller

In statu confessionis, in: Evang. Stimmen zur Atomfrage,
S. 65 f

Peter Nellen

Atombombe und Moraltheologie, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, H. 9, 1958, S. 531 - 536

Peter Nellen

Gustav Gundlach SJ und Pius XII zur Atomfrage, in: Die neue Gesellschaft 6/1959, S. 378 ff

Die Neue Gesellschaft

Sonderheft: Der Mensch im Atomzeitalter, S. 3 - 64
Bielefeld 1956

New York Herald Tribune

vom 8.10.1957: (betr. Fußnote 3, S. 52)

NYT

vom 23.3.1957, vom 6.4.1957: (betr. Fußnote 3, S.30)

NZZ

vom 7.4.1957: (betr. Fußnote 3, S. 30)

Gerhard Niemöller

Die erste Bekenntnissynode der Deutschen Evangelischen Kirche zu Barmen I und II, Arbeiten zur Geschichte des Kirchenkampfes Bd. 5 und Bd. 6,
Göttingen 1959

Martin Niemöller

Gottes Gebot im Atomzeitalter
Stimme-Verlag, Darmstadt 1958

Niemöllers Kasseler Rede

am 25. Januar 1959
Stimme-Verlag, Darmstadt 1959

Martin Niemöller

Zur atomaren Rüstung, Zwei Reden,
Stimme-Verlag, Darmstadt 1959

(Martin Niemöller: Wo steht die Kirche 1958? Vortrag, gehalten

am 3. Januar 1958 in Frankfurt a.M. auf Einladung des Landesbruderrates der Evang. Kirche in Hessen und Nassau, in: StdG, 10. Jhg., H. 3, 1958.

Die Evang. Kirche in Deutschland zwischen gestern und morgen, Ansprache auf der Weltausstellung in Brüssel am 13. Juni 1958 in: StdG, 10. Jhg., H. 14, 1958)

Richard Nürnberger

Die internationalen Beziehungen und die atomare Rüstung,
in: Atomzeitalter, Krieg und Frieden, S. 60 ff

Nyborger Tagung des Zentralausschusses des Weltkirchenrates,
Dokumente und Berichte, JK, 19. Jhg., H. 17/18, 1958

Das Parlament

vom 7.5.1958 (betr. Fußnote 2, S. 95)

Pius XII

Von der Einheit der Welt. Das Programm des Papstes für eine
internationale Friedensordnung
Herder - Freiburg 1957

Heinz Theo Risse

Katholizismus und Politik in der Bundesrepublik, in:
Christ und Bürger heute und morgen, hrsg. von A. Horné,
Stuttgart - Düsseldorf 1958, S. 131 ff

Lothar Ruehl

De Gaulles strategische Doktrin für die Verteidigung Europas
in: "Die Welt" vom 15.8.1964

Rüstungsbeschränkung und Sicherheit

Schriften des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft
für Auswärtige Politik e.V. Bonn, Der Stand der europäischen
Sicherheit, Bericht des Verteidigungs- und Rüstungsausschus-
ses der Versammlung der Westeuropäischen Union vom 10.11.61.
Mit einer Einführung von Georg Kliesing
Frankfurt - Berlin 1962

Rundbrief der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler e.V.

Nr. 6 (Juni/Juli 1960), Nr. 7 (September 1960),
Nr. 16 (März 1963)

H. Siegler

Wiedervereinigung und Sicherheit Deutschlands, Eine dokumen-
tarische Diskussionsgrundlage, 4. erweiterte Auflage, Stand
von 1960, Verlag für Zeitarchive Bonn - Wien - Zürich
(1. Aufl. Bad Godesberg 1958)

Dieter Schellong

Status confessionis in der Atomfrage? In: JK, 19. Jhg.,
1958, S. 187 ff

Ulrich Scheuner

Krieg und Kriegswaffen im heutigen Völkerrecht, in:
Atomzeitalter, Krieg und Frieden, S. 76 ff.

Helmut Schmidt

Verteidigung oder Vergeltung
Stuttgart 1961

Carl Schmitt

Der Nomos der Erde im Völkerrecht des Ius Publicum Europaeum
Köln 1950

Georg Schröder

Gemeinsame Strategie, in: "Die Welt" vom 19.11.1963

Alexander Schwan

Karl Barths christologische Grundlegung der Politik, in:
Civitas 2/1963, S. 31 - 71

W. Schweitzer

Zu Hans Asmussens "Gegenthesen", in: JK, 19. Jhg., H. 7/8,
1958.

W. Schweitzer

Zur Atomwaffendiskussion in der Evang. Kirche, in:
Bl. f. dt. u. internat. Politik 3, H. 9, 1958, S. 668 ff.

Ein Vorläufiges Studiendokument über das Thema "Christen und die
Verhütung des Krieges im Atomzeitalter - Eine Theologische
Diskussion", Ökumenischer Rat der Kirchen-Studienabteilung
Nyborg 1957

Maxwell D. Taylor

The Uncertain Trumpet, Harper, New York, Stevens, London
1959, 1960 (dt. 1962).

Die Elf Heidelberger Thesen

in: Atomzeitalter, Krieg und Frieden, S. 226 ff.

Helmut Thielicke

Kirche und Öffentlichkeit. Zur Grundlegung einer lutheri-
schen Kulturethik, Tübingen 1947

Helmut Thielicke

Christliche Verantwortung im Atomzeitalter, Stuttgart 1957

Helmut Thielicke

Der Christ und die Verhütung des Krieges im Atomzeitalter

in: Zeitschrift für Evangelische Ethik, März 1957

Helmut Thielicke

Abschaffung der Atomwaffen - was kann die Kirche dazu tun?

In: Sonntagsblatt 18/1957, S. 14 - 15

Helmut Thielicke

Gewissen und Verantwortung im Atomzeitalter, in:

Inf. Bl. Nd. LLK 10/1957, S. 160 - 168

Helmut Thielicke

Theologische Ethik II/2, Ethik des Politischen,

ad vocem: Der Krieg: S. 514 - 668; Die neue Situation im

Atomzeitalter: S. 586 - 617; Das Problem des Pazifismus:

S. 618 - 640; Das Recht der Kriegsdienstverweigerung: S.

641 - 668. - Tübingen 1958

Helmut Thielicke

Die Atomwaffe als Frage an die christliche Ethik

Tübingen 1958

Helmut Thielicke

Verantwortung und Gewissen im Atomzeitalter (Auszug), in:

Evang. Stimmen zur Atomfrage, S. 89 ff

Helmut Thielicke

Das Atom-Plebiszit als Frage der christlichen Staatsethik,

in: Sonntagsblatt 17/1958, S. 2

The Times

vom 20.3.1957 (betr. Fußnote 2, S. 30)

Norbert Tönnies

Der Weg zu den Waffen

Köln 1957

H. Treblin

Was heißt "Wir bleiben unter dem Evangelium zusammen?" In:

StdG 10, H. 14, 1958, S. 542 ff

Robert Trumbull

Wie sie überlebten. Der Bericht der Neun von Hiroshima und

Nagasaki, Düsseldorf 1958

Verteidigungsbeitrag:

Der Deutsche Verteidigungsbeitrag, Dokumente und Reden,

hrsg. vom Auswärtigen Amt, Bonn 1954

Heinrich Vogel

Sechzig Thesen, in: JK, H. 13/14, 1958; in: Um die Zukunft des Menschen im atomaren Zeitalter, Lettner, Berlin 1960

(Heinrich Vogel

Die Wasserstoffbombe - das Ende? Lettner-Verlag Berlin 1955.
Die Frage der Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen, in: JK, 18. Jhg., H. 1/2, 1957; ferner in: Um die Zukunft des Menschen im atomaren Zeitalter, Lettner-Verlag Berlin 1960.

Zum Militärseelsorgevertrag (vor der Hessischen Synode 1957), in: JK 18. Jhg., H. 15/16, 1957; ferner in: Um die Zukunft des Menschen im atomaren Zeitalter, Lettner-Verlag Berlin 1960.

Kampf dem Atomtod, in: JK, 19. Jhg., H. 7/8, 1958; ferner in: Um die Zukunft des Menschen im atomaren Zeitalter, Lettner-Verlag Berlin 1960.

Die Gemeinde Jesu Christi und die atomare Bedrohung der Welt in: StdG, 10. Jhg., H. 18, 1958; in: Um die Zukunft des Menschen im atomaren Zeitalter, Lettner-Verlag Berlin 1960.

Der Ruf von Hiroshima, in: StdG, 11. Jhg., H. 14/15/23, 1959; ferner in: Um die Zukunft des Menschen im atomaren Zeitalter, Lettner-Verlag, Berlin 1960.

Staat und Kirche, 24 Thesen, in: Theologia Viatorum VII, Jahrbuch der Kirchlichen Hochschule Berlin 1959/1960.

Wiedervereinigung ad acta? In: Blätter für Deutsche und Internationale Politik, VI. Jhg., Heft 4, April 1961.

Vom Herrengeheimnis der Wahrheit, Festschrift für Heinrich Vogel, Lettner-Verlag Berlin - Stuttgart, 1962; darin: Gesamtbibliographie)

Peter Vogelsanger

Die Verantwortung der Kirche in der Atomfrage, in: Reformatio 7/1957, S. 357 ff; ferner in: Evang. Verantwortung, August 1957

Hans Wehberg

Krieg und Eroberung im Wandel des Völkerrechts
(Völkerrecht und Politik)
Frankfurt/Main - Berlin 1953

Carl Friedrich von Weizsäcker

Die Verantwortung der Wissenschaft im Atomzeitalter,
Vandenhoeck, Göttingen 1957; Die Erklärung der 18 Atomwis-
senschaftler vom 12. April 1957, ebenda, S. 50 ff.

C.F. v. Weizsäcker

Atomenergie und Atomzeitalter, 12 Vorlesungen,
Fischer, Frankfurt/Main 1957

C.F. v. Weizsäcker

Mit der Bombe leben, in: "Die Zeit", 15.5., 22.5., 29.5.,
5.6.1958.

C.F. v. Weizsäcker

Ethische und politische Probleme des Atomzeitalters, in:
Außenpolitik 5, 1958, S. 302 ff.

C.F. v. Weizsäcker

Bedingungen des Friedens, in: Politische Studien, H. 152,
Nov./Dez. 1963, S. 645 ff.

Die Welt

19.10.1954: (betr. Fußnote 2, S. 23)

4. 4.1957: (betr. Fußnote 3, S. 30)

16. 1.1958: (betr. Fußnote 2, S. 56)

26. 2.1958: (betr. Fußnote 4, S. 69)

11. 3.1958: (betr. Fußnote 2, S. 70)

13. 3.1958: (betr. Fußnote 3, S. 70)

15.12.1962: (betr. Fußnote 1, S. 11)

19.11.1963: vgl. S. 10

16.12.1963: (betr. Fußnote 2, S. 11)

17.12.1963: (betr. Fußnote 1, S. 282)

"Erler bejaht multilaterale Atommacht".

Welt der Arbeit

vom 15.10.1954 (betr. Fußnote 2, S. 23)

H.D. Wendland

Die Weltherrschaft Christi und die Zwei Reiche, in:

Kosmos und Ekklesia, Festschrift für W. Stählin 1953; in:
Die Kirche in der modernen Gesellschaft, 1958

Alfred Willems

Die Christen und die Atomwaffen - eine Wahlbroschüre? In:
Evang. Stimmen zur Atomfrage, S. 87 f

E. Wilkens

Atom Pazifismus zwischen Bundestag und Synode,
Inf. Bl. Nd. LLK 8/1958.

E. Wilkens

Nach der Synode, Inf. Bl. Nd. LLK 10/11 1958

E. Wilkens

Kirche und Atomrüstung, Inf. Bl. Nd. LLK 14/1957, S. 228 ff

E. Wilkens

Kirche oder Sekte? In: ELKZ, Nr. 8, 1958, S. 119.

E. Wilkens

Die Angst vor der Sünde - Zur EKD Synode, in: Evang. Ver-
antwortung, H. 5/1958.

E. Wilkens

Die neue Aktion der kirchlichen Bruderschaften, in:
ELKZ 21/1958

E. Wilkens

Stand des theologischen Gesprächs über die Atomwaffen, in:
Deutsches Pfarrerblatt, 1958, S. 509 - 514.

E. Wilkens

Theologisches Gespräch über die nuklearen Waffen, in:
Atomzeitalter, Krieg und Frieden, S. 108 ff.

Erik Wolf

Das Problem der Naturrechtslehre, 2. Aufl., Karlsruhe 1959.

Ernst Wolf

Theologische Atomdiskussion, in: JK, 19. Jhg., H. 11/12,
1958, S. 285 ff.

Ernst Wolf, Werner Schmauch

Königsherrschaft Christi - Der Christ im Staat, in:
TheH N.F. Nr. 64, München 1958

Ernst Wolf

Erläuterung zur "Theologischen Erklärung";
ders.: Die Einheit der Kirche in Glauben und Gehorsam, in:
ThEH, NF, Nr. 70, München 1959.

Ernst Wolf

Zur Frage der Komplementarität, in: JK, 21. Jhg., 1960.

Ernst Wolf

Zur Geschichte der kirchlichen Bruderschaften, in:
Communio Viatorum 2/1, Theological Quarterly, Praha 1962
Sonderdruck

4. Direkt zitierte briefliche Mitteilungen

Ferner erhielt ich briefliche Auskünfte durch;

Herrn Rechtsanwalt H. Afheldt

VDW, Hamburg

Herrn Dr. G. Howe

VDW, Heidelberg

Briefe vom 18.11.1963

und vom 11.8.1964

Herrn H. Mochalski

Stimme-Verlag Frankfurt/M.

Brief vom 31.1.1964

Herrn Prof. Dr. Ernst Wolf

Göttingen

Briefe vom 5.6.1963

und vom 7.8.1964

5. Für den Rahmen der Arbeit erforderliche, nicht direkt zitierte Literatur

P. Althaus

Zwei-Reiche-Lehre, EKL III, Göttingen 1959, S. 1927 ff.

Hans Asmussen

Krieg und Frieden, Fromms Taschenbücher, Bd.15, Osnabrück
1961

Die Große Atomdiskussion

Berichte und Analysen, Politische Meinung II/1957, 12 (5),
S. 55 - 60

Die Ausrüstung der NATO-Streitkräfte mit Atomwaffen und Raketen
Europa-Archiv, 13. Folge, 1958, S. 10687 - 10691

Hanson W. Baldwin

The Great Arms Race, A Comparison of U.S. and Soviet Power
To-day, New York - London 1958

H.U.v.Balthasar

Karl Barth, Darstellung und Deutung seiner Theologie,
2. Aufl., 1962, Köln

Barmen

Die Religion in Geschichte und Gegenwart, ³1957, S. 874 ff.

Karl Barth

Der Götze wackelt. Zeitkritische Aufsätze, Reden und Briefe,
hrsg. von Karl Kupisch, Berlin 1961

H.W.Bartsch

Die Evangelische Predigt vom Frieden,
"Evang. Zeitstimmen", H. 1, Hamburg 1958

Albrecht Bausch

Politische Predigt und atomare Aufrüstung, in:
"Evang. Zeitstimmen", H. 3, Hamburg-Bergstedt 1961

F.Below

Armee und Soldat im Atomzeitalter,
Karlsruhe 1957

Arnold Bergstraesser, Theodor Eschenburg

Die Eingliederung der Streitkräfte in das Staatswesen der
Bundesrepublik, Europa-Archiv, 1958, S. 7953 ff.

A.Bergstraesser (Hrsg.)

Das Atlantische Bündnis, Schriftenreihe "Politik",
Rombach-Verlag, Freiburg i.Br. 1960

Walter Bienert

Krieg - Kriegsdienst und Kriegsdienstverweigerung.
Nach der Botschaft des Neuen Testaments (Schriftenreihe der
Bekennenden Kirche) Stuttgart 1952.

Helmut Bohn (Hrsg.)

Armee gegen die Freiheit. Ideologie und Aufrüstung in der
Sowjetzone, Köln 1956.

Helmut Bohn

Bonner Berichte aus Mittel- und Ostdeutschland.

Die Aufrüstung in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, hrsg. vom Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen, Bonn 1958.

Max Born

Der Mensch und das Atom, in: Atomkernenergie, H. 1, München 1957; in: Universitas, 10/1957, S. 1009 - 1026.

Max Born

Europäische Betrachtungen eines Naturforschers, in: Universitas 3/1958, S. 225 - 240.

Werner Braunbek

Forscher erschüttern die Welt
Stuttgart 1956

Gerd Burkhardt

Die Veränderung der Welt durch die Atomwaffen, FH,
14/1959, S. 635 - 650.

Gerd Burkhardt

Die Pugwash-Konferenzen 1962, in: Information und Meinung,
H. 10, Oktober 1962

Der Christ im Atomzeitalter,

Vorträge auf der Theologischen Tagung des Rheinischen Konvents im Januar 1959, Evang. Verlagswerk, Stuttgart 1959

Christ und Welt

18. Jhg., Nr. 2, 8.1.1965, Porträt: Martin Niemöller

Wilhelm Cornides,

Die Neutralitätslehre des Nauheimer Kreises und der geistige Hintergrund des West-Ost Gesprächs in Deutschland

1. Teil: EA 1950, S. 3069 ff

2. Teil: EA 1950, S. 3103 ff

3. Teil: EA 1950, S. 3227 ff

Wilhelm Cornides

George Kennan und die Probleme des Friedens in Europa
(Material zur Beurteilung der Reith Lectures), EA, 13. Folge
1958, S. 10503 ff

Arthur H. Compton

Die Atombombe und ich. Ein persönlicher Erlebnisbericht
Frankfurt/Main 1958

Otto Dibelius

Grenzen des Staates
Furche-Verlag, Tübingen 1949

Otto Dibelius

Obrigkeit
Stuttgart - Berlin 1963

K. Diebner

Der deutsche Forscher-Anteil, in: Die Zeit (August 1955)

Hermann Dietzfelbinger

Die Existenz der Kirche Jesu Christi im Atomzeitalter,
ELKZ, Nr. 10, 1958, S. 154 ff

John F. Dulles

War or Peace
New York 1950

Julius Ebbinghaus

Die Atombombe und die Zukunft des Menschen
Studium Generale X, 3, 1957

Julius Ebbinghaus

Die Verantwortung der Physiker und die atomaren Waffen
Studium Generale X, 7, 1957

Fritz Erler

Disengagement und die Wiedervereinigung Deutschlands,
EA, 1958, S. 291 ff

Fritz Erler, Richard Jaeger

Sicherheit und Rüstung
Verlag Wissenschaft und Politik, Köln 1962

Laura Fermi

Mein Mann und das Atom; dt. Übersetzung von "Atoms in the
Family - My Life with Enrico Fermi"
Düsseldorf 1956

Ludwig Freund

Krisen des Atomzeitalters. Aus Politik und Zeitgeschichte,
Beilage zur Wochenzeitung "Das Parlament", B 27/63, 3.7.1963

S.A.Goudsmit

Alsos

New York 1947

A.G.Gray

Der schmale Weg zum Frieden, in: Evangelische Theologie,
10. Jhg. (5. Jhg. der Neuen Folge)

München 1950/51

Erwin Gross

Der Atom pazifismus und seine Theologie, in: Gegenwart 1958,
S. 463 - 466

E. Gross

Das Geheimnis des Pazifismus - Theologie und Politik der
kirchlichen Bruderschaften

Stuttgart 1959

Otto Hahn

Cobalt 60 - Gefahr oder Segen für die Menschheit?

Rundfunkvortrag vom 13.2.1955; Druck der Max Planck Gesellschaft,
Dokumentationsstelle

Adolf v. Harnack

Militia Christi. Die christliche Religion und der Soldaten-
stand in den ersten drei Jahrhunderten

Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 1963

Johann Heckel

Zwei-Reiche-Lehre, EKL III, Göttingen 1959, S. 1937 ff

Jürgen von Hehn

Die Weltfriedensbewegung im Atomzeitalter, EA, 1954,
S. 6807 ff

Günther Heidtmann

Hat die Kirche geschwiegen?

3. Aufl., Berlin 1958

G.W.Heinemann

"23. Januar 1958", in: StdG, 10. Jhg., H. 4, 1958

Gustav W. Heinemann

Die Debatte, in: StdG, 10. Jhg., H. 8, 1958

J. Herz

Weltpolitik im Atomzeitalter, Urban-Taschenbücher, Bd.55,
Kohlhammer - Stuttgart 1961

Karl Janssen, Helmut Gollwitzer

Stellungnahmen zu den 11 Heidelberger Thesen, in:
Atomzeitalter, Krieg und Frieden, S. 237 ff.

Jeder hat eine Chance

Hrsg. im Auftrage des Bundesministers des Innern vom Bundes-
amt für zivilen Bevölkerungsschutz in Bad Godesberg

Pascual Jordan

Atomkraft, Drohung und Versprechen
München 1954

P. Jordan

Der Naturwissenschaftler vor der religiösen Frage.
Abbruch einer Mauer.
Oldenburg - Hamburg: Stalling 1963

H. Kahn

On Thermonuclear War
Prin. Univ. Pr., Prin. NJ. 1960

Friedrich Karrenberg

Spannungsfelder der evangelischen Soziallehre. Aufgaben und
Fragen vom Dienst der Kirche an der heutigen Gesellschaft.
Hrsg.: Friedrich Karrenberg und Wolfgang Schweitzer,
Hamburg 1960
(Bd. VII der Studien zur Evang. Sozialtheologie und Sozial-
ethik)

J.F. Kennedy

The Strategy of Peace
Harper, New York 1960

St. King - Hall

Defence in the Nuclear Age
Gollancz, London 1958

H.A. Kissinger

Das westliche Bündnis im Raketenzeitalter, in:
Dokumente, Juni 1958

Henry A. Kissinger

Die ungelösten Probleme der Verteidigung Europas, in:
Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung
"Das Parlament", B 42/62, 17. Okt. 1962

Eugen Kogon

Atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa, in: FH, 13. Jhg.,
H.3, März 1958, S. 157 ff.

Walter Kreck

Analogia Fidei oder Analogia Entis? In: "Antwort",
Festschrift für Karl Barth, S. 272 ff.

Prälat D. Kunst

Die Militärseelsorge in der Bundesrepublik (Wortlaut der Rede auf der Tagung der hessen-nassauischen Kirchensynode am 9. Juli 1957).

(Vgl. dazu den Beitrag H. Vogels auf der gleichen Tagung als Erwiderung an Kunst!)

In: JK, 18. Jhg., 1957, S. 452 ff.

Karl Kupisch

Um das Konstantinische Erbe (zur Gesamtdeutschen Synode 1958), in: JK, 19. Jhg., 1958, S. 299 f.

F. Lau

Zwei-Reiche-Lehre, RGG 3. Aufl., Tübingen 1962, S. 1948/1949

W.L. Laurence

Die Geschichte der Atombombe, List-Bücher Nr. 11
München 1952

B.H. Lidell - Hart

Deterrent or Defense
Stevens, London 1960

H. Lilje

Aus dem mündlichen Tätigkeitsbericht des Leitenden Bischofs vor der Lutherischen General-Synode in Hamburg, Mai 1957.
In: Evang. Stimmen zur Atomfrage, S. 94

Charles Noël Martin

Hat die Stunde H geschlagen? Die wissenschaftlichen Tatsachen über die Wirkung der Wasserstoffbombe. Vorwort von
Albert Einstein
Fischer - Berlin 1955

Wilhelm Niesel

Die Theologie Calvins
München 1957

Robert Oppenheimer

Wissenschaft und allgemeines Denken
Hamburg 1955

Robert Oppenheimer

Atomkraft und menschliche Freiheit
Hamburg 1957

R.E. Osgood

Limited War
Chicago 1957

Politisches Kalendarium

vom 15. Sept. 1957 bis zum 15. Dez. 1958
Sonderdruck der StDG

Th. von Randow

Erdbeben oder Atomtest? In: "Die Zeit" vom 23.11.1962

Albert Rasker

Wir wählen das gefährliche Leben. Theologische Existenz
Heute, N.F., Nr. 92, München 1961

E. Reisner

Wandlung im Denken - Atomwaffen als Problem der Theologie,
in: Christ und Welt, 11. Jhg., 1958, Nr. 29, S. 6.

Jürgen Reiss

George Kennans Politik der Eindämmung
Berlin 1957 (brosch.)

Arthur Rich

Atomare Bewaffnung? Christliche Verantwortung im Atomzeitalter, in: "Kirchliche Zeitfragen", H. 48, Zürich 1958
(Vortrag auf dem Protestantentag am 2.11.1958)

Renate Riemack

Der Fall Herbert Mochalski, in: StDG, 10. Jhg., H.14, 1958

Friedrich Ruge

Politik, Militär, Bündnis, Politische Bücherei, Nr. 4
Stuttgart 1963

Bertrand Russell

Zurück vom Abgrund des Atomtodes, in: Blätter für Deutsche
und Internationale Politik, 3. Jhg., H. 7, 1958

Carl Selig

Helle Zeit - Dunkle Zeit - In Memoriam Albert Einstein
Zürich 1956

H. Siegler

Abrüstung und Sicherheit (Dokumentation 1943 - 1959)
Bad Godesberg, Stand von 1960
Verlag für Zeitarchive Bonn - Wien - Zürich

Gottlieb Söhngen

Analogia entis in Analogia fidei, in: "Antwort".
Festschrift für Karl Barth, S. 266 ff

Hans Speier

German Rearmament and Atomic War. The Views of German
Military and Political Leaders
New York 1957

Spiegel

11. Jhg. v. 8.5. - 19.6. 1957: "Und führe uns nicht in
Versuchung"

Spiegel

13. Jhg. v. 23.12.1959: Karl Barth: Kunde vom unbekannten
Gott, S. 69 f

Spiegel

16. Jhg. v. 23. Mai 1962: Luftschutz in Deutschland.
Antwort auf "Jeder hat eine Chance" (s. dort!)

Leo Szilard

Die Stimme der Delphine. Utopische Erzählungen
rororo 1963

Edmund Schlöck

Die Atomfrage in der kirchlichen Verkündigung, in:
Atomzeitalter, Krieg und Frieden, S. 204 ff

Carlo Schmid

Politik im Atomzeitalter, in: Weltmacht Atom (s.dort!)

Helmut Schmidt

Die unvermeidbare neue Strategie, in:
"Die Zeit" vom 17. und 24.8.1962

Hans Schönerer

Der Christ in der Bedrohung, in: Evang. Stimmen zur Atom-
frage, S. 83 ff

H.H. Schrey

Der Begriff der Komplementarität, Evang. Theologie 1959,
S. 391 ff

Wilhelm Wolfgang Schütz

Wir wollen überleben - Außenpolitik im Atomzeitalter
Stuttgart 1956

Ernst Schwarz

Am Wendepunkt - Weltbild und Mensch im Atomzeitalter
Stuttgart, Klett-Verlag 1960

Albert Schweitzer, Friede oder Atomkrieg

München 1958

Albert Schweitzer

3 Reden im April 1958 nach dem Beschluß zur atomaren Aus-
rüstung der Bundeswehr

I. Die tödliche Gefahr der Versuche

II. Wie sähe ein Atomkrieg aus?

III. Internationale Gespräche sind notwendig

In: StdG, Sonderdruck Mai 1958

Wolfgang Schweitzer

Die Bedeutung der Frankfurter Tagung der Kirchlichen Bru-
derschaften für das Gespräch in der EKd, in: JK, 19. Jhg.,
1958, S.561 ff.

Henry L. Stimson

Die Verwendung der ersten Atombomben, EA, April 1947, S.500 ff

Thielicke/Schrey

Christliche Daseinsgestaltung: Äußerungen evangelischer
Ethik zu Fragen der Gegenwart

Bremen 1958

Arnold J. Toynbee

Krieg und Kultur. Der Militarismus im Leben der Völker
Frankfurt/Main 1958

E. Troeltsch

Die Soziallehren der christlichen Kirchen und Gruppen.
Ges. Schriften, Bd. 1, Tübingen 1912

Unter der Herrschaft Christi

Sammelband, hrsg. von K.G.Steck, H.Diem, E.Käsemann,

J.L.Hromádka, E.Wolf, H.Gollwitzer
Beiträge zur evangelischen Theologie, Bd. 32
München 1960

Alfred Verdross
Völkerrecht, 4. Aufl.,
Springer-Verlag, Wien 1959

Violett-Buch
zur Obrigkeitsfrage von Bischof Dibelius. Dokumente zur
Frage der Obrikeit
Darmstadt 1960

Hermann Volle
Die Entstehung des Westblocks (Gemeinschaftsarbeit mit
Wilhelm Cornides), EA, 1949, S. 1810 ff.

Hermann Volle
Die Umstellung der NATO auf eine Verteidigung der "Langen
Sicht", EA, 1954, S. 6321 ff

Hermann Volle
Die Agonie der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft,
EA, 1954, S. 7115 ff

H.Volle und K.J.Dinsberg
Probleme der Internationalen Abrüstung. Die Bemühungen der
Vereinten Nationen um Internationale Abrüstung und Sicher-
heit 1945 - 1961
Frankfurt/Main 1964, 2 Bde.

C.F. von Weizsäcker
Atom und Atomtheorien, in: RGG, 3. Aufl., I, S. 632 ff

C.F. von Weizsäcker
Physikalische, technische und biologische Tatsachen....,
in: Atomzeitalter, Krieg und Frieden, S. 11 ff

C.F. von Weizsäcker
Militärische Tatsachen und Möglichkeiten, in:
Atomzeitalter, Krieg und Frieden, S. 23 ff

C.F. von Weizsäcker
Hat jeder eine Chance? In: "Die Zeit" vom 23.3.1962

C.F. von Weizsäcker
zum Tode von Niels Bohr, in: "Die Zeit" vom 30.11.1962

Weltmacht Atom

mit Beiträgen von Gerlach, Joos, von Bonin, Iwand, Carlo Schmid. Hrg.: Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Akademiker
Frankfurt/Main 1955

Heinz Dietrich Wendland

Die Kirche in der Modernen Gesellschaft. Entscheidungsfragen für das Kirchliche Handeln im Zeitalter der Massenwelt
Hamburg 1958 (s. besonders Kap. III)

Wiener Erklärung der III. Pugwash-Konferenz,
in: StdG, 11. Jhg., H. 1, 1959

Erik Wolf

Recht des Nächsten. Ein rechtstheologischer Entwurf.
Frankfurt/Main 1958

Ernst Wolf

Barmen. Kirche zwischen Versuchung und Gnade
München 1957

Ernst Wolf

Bilanz des Christentums, in: JK, Protestantische Monatshefte, 18. Jhg., 1957, S. 665 ff

L e b e n s l a u f

Am 7. April 1936 wurde ich als Tochter des Bankdirektors Joachim Görlich und seiner Ehefrau Margarete geb. Buggisch in Bunzlau/Schlesien geboren.

Von 1942 bis zu unserer Flucht im Januar 1945 besuchte ich die Volksschule in Gleiwitz/Oberschlesien.

Weitere Stationen meiner Schulausbildung waren die Volksschule in Piesteritz bei Wittenberg und später die Oberschulen in Peine, Bückeburg, Wiesbaden und Hamburg-Harburg. An der Wissenschaftlichen Oberschule für Mädchen in Hamburg-Harburg legte ich im Februar 1955 die Reifeprüfung ab.

Im WS 1955/56 begann ich das Studium in den Fächern Deutsch und Geschichte an der Hamburger Universität.

Im WS 1956/57 setzte ich das Studium in Freiburg/Br. fort und belegte seither Vorlesungen und Seminare bei Herrn Prof. Dr. A. Bergstraesser in Wissenschaftlicher Politik.

Im Dezember 1961 bestand ich an der Freiburger Universität das Staatsexamen in den Fächern Deutsch und Geschichte. Seit dem SS 1962 arbeitete ich an der vorliegenden Dissertation.

Als meine akademischen Lehrer betrachte ich die Herren Professoren Dr. A. Bergstraesser, Dr. F. Maurer, Dr. W. Rehm und Dr. G. Tellenbach.

Mit wärmstem Dank gedenke ich meines hochverehrten Lehrers, Herrn Prof. Dr. A. Bergstraesser, von dem ich die Anregung zu dieser Arbeit erhielt, der ihre Fertigstellung aber leider nicht mehr erlebte.

Mein besonderer Dank gilt ferner Herrn Prof. Dr. D. Oberndörfer, der mich nach dem Tode von Herrn Prof. Bergstraesser als seine Doktorandin übernommen hat und der es mir ermöglichte, diese Arbeit fertigzustellen.

Ich danke außerdem Herrn Dr. G. Howe (Heidelberg) für stete und wertvolle wissenschaftliche Hilfe, desgleichen danke ich den Herren Professoren Dr. C. v. Dietze und Dr. Ernst Wolf (Göttingen).

Abschließend gilt mein aufrichtiger Dank auch Herrn Dr. A. Schwan von der Universität Freiburg.

